einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.01.2005 1/05

DGB

DGB-Schwerpunkte 2005

Grenzüberschreitend Solidarität organisieren

Wie können die Würde des Menschen und soziale Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt gewahrt werden? Das ist eine der zentralen Fragen, mit denen sich DGB und Gewerkschaften 2005 beschäftigen werden. „Das vergangene Jahr hat gezeigt: Die Würde arbeitender Menschen und Erwerbsloser wird in unserer Gesellschaft zunehmend verletzt", beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die soziale Erosion der Republik. Während die großen börsennotierten Unternehmen 2004 so viel verdient haben wie nie zuvor, hat sich hierzulande wie auch weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, ist der Druck auf ArbeitnehmerInnen enorm gewachsen.

Die Würde des Menschen soll am 1. Mai 2005 im Mittelpunkt der Aktivitäten von DGB und Gewerkschaften stehen.

Auch das neue Jahr beschert vor allem den Großunternehmen glänzende Aussichten: Die führenden Finanzanalysten versprechen ihnen Gewinnsteigerungen von durchschnittlich acht Prozent in Europa und von zehn Prozent in den USA. Gleichzeitig würden manche Arbeitgeber – auch in hoch profitablen Unternehmen – Investitionen in mittel- und osteuropäischen Staaten nutzen, „um von den Belegschaften hierzulande Lohnverzicht in einem ungeheuren Ausmaß abzupressen", so Sommer. Mit fairen Verhandlungen habe es jedenfalls nichts zu tun, wenn Arbeitgeber ihrer Belegschaft diktierten: „Ihr bringt 500 Millionen Euro oder wir investieren im Ausland." Keine Frage: „Durch die Rückkehr der Lohnkonkurrenz in die Wertschöpfungsketten deutscher Konzerne stehen Beschäftigte massiv unter Druck", warnt der DGB-Vorsitzende.

Flagge zeigen gegen diese Politik der Arbeitgeber will der DGB mit dem Motto des 1. Mai: **„Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig sie!"** Ein ungewöhnliches Motto und eines der längsten in der Geschichte des 1. Mai, räumt DGB-Sprecher Hilmar Höhn ein. Es beschreibe aber treffend die Situation und Stimmung vieler ArbeitnehmerInnen.

Die Gewerkschaften müssten neue Strategien entwickeln, um der entsolidarisierenden Standortpolitik der Arbeitgeber zu begegnen, sagt Michael Sommer. „Wir müssen überlegen, wie wir grenzüberschreitend Solidarität organisieren können." Der DGB will deshalb die mit der EU-Erweiterung verstärkten grenzüberschreitenden Kontakte und gemeinsamen Initiativen mit Gewerkschaften beispielsweise in Polen oder Tschechien fortführen. Auch bei den Nachbarn im Osten sei zunehmend ein Problembewusstsein für Lohnkonkurrenz vorhanden „Die Zeiten, wo dies auch von Kolleginnen und Kollegen als Standortvorteil begriffen wurde, sind vorbei. Das eröffnet neue Chancen", so der DGB-Vorsitzende. •

plusminusBERLIN

+ *Dirk Niebel, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, unterstützt „ausnahmsweise" die Forderung von DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer 1-Euro-Jobs nicht auf die Privatwirtschaft auszudehnen. Sie dürften „keine regulären Arbeitsplätze verdrängen".*

– *Jörg van Essen, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, ist gegen eine Beschränkung der beruflichen Nebentätigkeit von Abgeordneten. Ein Verbot von Nebentätigkeiten führe „nur zu durchschnittlichem Personal im Bundestag".*

inhalt

Seite 3

Vielfalt ist Motor
Während DGB und Gewerkschaften das Antidiskriminierungsgesetz von Rot-Grün begrüßen, schreit die Wirtschaft Zeter und Mordio

Seite 5

Nutzlose Reform
Schritt für Schritt wird die Gerichtsbarkeit aus den Angeln gehoben – und keiner sieht hin

Seite 7

Dekrete statt Diskussionen
Der wöchentliche Katastrophentalk simuliert streitbare Demokratie. Walter van Rossum über unsere Sonntage mit Sabine Christiansen

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.otto-brenner-stiftung.de/aktivitaeten/akt.moenetz/akt.kontaktbank/index.html
Kontaktdatenbank Mittel- und Osteuropa: Gewerkschaften und industrielle Beziehungen

www.einblick.dgb.de
1-Euro-Jobs: Rechte und Möglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung

EGB

Demo in Brüssel

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft zu einer Demonstration am 19. März 2005 in Brüssel auf. Im Zentrum soll die Forderung nach mehr und nach qualitativ besseren Jobs stehen. Im Vorfeld des EU-Gipfels am 22./23. März wollen die Gewerkschaften für ein soziales Europa demonstrieren. Sie sagen Ja zu qualifizierten Jobs im Dienstleistungsbereich, sprechen sich aber klar gegen den Kommissionsentwurf einer EU-Dienstleistungsrichtlinie aus. Auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs soll es in erster Linie darum gehen, wie die EU ihre Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in den kommenden fünf Jahren ausrichtet. Im Rahmen einer Halbzeitbilanz der so genannten Lissabon-Strategie sollen Maßnahmen der EU und der Mitgliedsstaaten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beschlossen werden. •

Infos: Antonio Moreira
Tel. 0032 / 2 22 40 583
amoreira@etuc.org

Soziale Sicherung

DGB legt Fünf-Punkte-Plan vor

Gegen die gravierende Einnahmeschwäche, unter der die sozialen Sicherungssysteme leiden, will der DGB mit einem Fünf-Punkte-Plan vorgehen. Die Zunahme der Minijobs und der Rückgang der beitragspflichtigen Beschäftigung führten zu Ausfällen in Höhe von zehn Milliarden Euro. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer: „Die Politik muss umsteuern." So müsse sich die Sozialpolitik an die immer flexiblere Gestaltung von Arbeits- und Lebensbedingungen anpassen. Ein neues Gleichgewicht von einkommensbezogenen Sozialbeiträgen und Steuern sei notwendig. Für eine gerechte Finanzierung mit Entlastungen für jeden Beitragszahler soll die Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung sorgen. Die künstliche Trennung in gesetzliche und private soziale Sicherungssysteme müsse aufgehoben werden. Nicht zuletzt seien auch die Bedingungen für die betriebliche Altersvorsorge zu verbessern. •

www.einblick.dgb.de

Ausbildungsplätze

Angebot 2004 verschlechtert

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich trotz des zwischen der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden im vergangenen Jahr geschlossenen Ausbildungspakts weiter verschlechtert. Darauf hat DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock aufmerksam gemacht. Das Ausbildungsplatzangebot habe sich 2004 um 19 699 Stellen verringert, trotz der gleichzeitig gestiegenen Zahl von SchulabgängerInnen. Die Lücke bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen sei auf 133 510 gestiegen, 28 500 Stellen mehr als Ende 2003. Auch die 31 500 Angebote zur Einstiegsqualifizierung junger Menschen sowie die 116 400 Plätze im Bereich berufsvorbereitender Maßnahmen würden nichts an der schlechten Situation ändern. Sie böten allenfalls die Chance zur Vorbereitung auf eine Berufsausbildung. •

Volksinitiative Hamburg

Verfassungsänderung angestrebt

Volksentscheide der Hamburger Bevölkerung sollen nicht länger vom Senat der Hansestadt ignoriert werden können: Das ist das Ziel von zwei Volksinitiativen, die ein breites Bündnis von Gewerkschaften und politischen Organisationen Anfang 2005 ins Leben gerufen hat. Hintergrund ist ein im vergangenen Jahr von den Gewerkschaften mit initiierter Volksentscheid gegen eine vom Hamburger Senat geplante Privatisierung der Krankenhäuser. Ein dagegen gerichteter Volksentscheid war trotz eindeutigem Votums der Bevölkerung vom Senat ignoriert worden. Die Initiatoren, darunter der DGB Hamburg, hatten daraufhin das Verfassungsgericht des Landes angerufen *(einblick 18/2004).* Nach dessen Urteil sind Volksentscheide für den Senat aber „nicht bindend". Per Volksinitiative will das Bündnis deshalb eine Änderung der Verfassung durchsetzen. Zudem will es erreichen, dass entgegen den Plänen des Senats auch in Zukunft Unterschriften für Volksinitiativen auf der Straße gesammelt werden dürfen. •

wiewardiewoche?

Foto: Stefan Ehlers

Sie ist die neue Stimme der Pressestelle des DGB-Bundesvorstandes in Berlin: Wer künftig dort anruft, hat in der Regel zunächst Christiane Slanina, 44, an der Strippe. Seit dem 1. Januar ist die ehemalige Betriebsrätin, erfahren in der Arbeit in Redaktionen, die neue Chefin vom Dienst – als Nachfolgerin von Marlies Kaiser, 58, die nach vierzig Jahren Tätigkeit beim DGB Ende 2004 in den Ruhestand gegangen ist. Wie ihr Start ins neue Jahr war, wollte *einblick* von Christiane Slanina wissen.

Der Start war abwechslungsreich und bunt: Alles, was das Alltagsgeschäft in der Pressestelle mit sich bringt, gab's gleich in der ersten Woche – angefangen von einer Pressekonferenz über kurzfristige Änderungen in einer Pressemeldung kurz vorm Versand bis zum defekten Kopierer. Natürlich hat der just in einem völlig unpassenden Moment seinen Geist aufgegeben.
Das neue Jahr begann aber nicht ganz so hektisch, wie es in der sechsten Etage der DGB-Bundesvorstandsverwaltung ansonsten oft zugeht. Dass Marlies Kaiser häufig zwanzig Dinge gleichzeitig erledigen musste, habe ich schon mit bekommen. Zum Glück war mein Einstieg in den neuen Job gleitend – bereits seit Oktober arbeite ich in der Pressestelle. Schön war, dass in den ersten Januartagen JournalistInnen, PressesprecherInnen der DGB-Bezirke und Gewerkschaften und auch KollegInnen aus dem Haus, die einen guten Draht zu Marlies Kaiser hatten, extra angerufen haben, um mich in meiner neuen Funktion zu begrüßen. Wenn alle so nett bleiben wie im Moment, macht das richtig Lust auf mehr.
Dass ich mit viel Elan meine neue Aufgabe angehe, hat eher andere Gründe. Mit der Arbeit in der Pressestelle des DGB kann ich viele meiner Interessen und bisherigen beruflichen Erfahrungen verbinden – angefangen von der Arbeit in der Fotoredaktion einer Tageszeitung, als Korrektorin und DTP-Redakteurin bei einem Verlag für Computerfachzeitschriften bis hin zu meiner Tätigkeit als freigestellte Betriebsrätin, als Mitglied in der Tarifkommission der IG Medien und als Sachbearbeiterin bei ver.di. Und nicht nur, weil ich Germanistik und Geschichte studiert habe, habe ich ein Faible für das geschriebene und gesprochene Wort. Die Kreise schließen sich – in vielerlei Hinsicht. Gestern rief zum Beispiel eine Redakteurin von der hannoverschen Neuen Presse an, der Zeitung, bei der meine berufliche Laufbahn begann.

Antidiskriminierungsgesetz

Vielfalt ist Motor, nicht Hemmnis

Was lange währte, kommt endlich ins Rollen: Mitte Dezember legte Rot-Grün den Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes (ADG) vor. Während die Gewerkschaften ihn begrüßen, schreit die Wirtschaft Zeter und Mordio.

Mit dem Gesetz will die Bundesregierung vier europäische Antidiskriminierungsrichtlinien in deutsches Recht umsetzen. Das war längst überfällig – bei zwei Richtlinien ist sie so sehr im Verzug, dass die EU bereits 2003 ein Vertragsverletzungsverfahren einleitete. Erforderlich ist das Gesetz auch, weil Benachteiligungen nach wie vor Alltag sind – obwohl der Schutz vor Diskriminierungen im Grundgesetz verankert ist.

Statt verschiedener Einzelgesetze haben die Regierungsfraktionen einen Entwurf vorgelegt, der umfassend den Schutz vor Diskriminierung regelt. Neben arbeitsrechtlichen Regelungen sowie der Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle des Bundes sieht der Entwurf differenzierte Diskriminierungsverbote im Rechtsverkehr zwischen Privatleuten vor.

Der DGB bewertet den Entwurf insgesamt positiv. „Es ist ein großer Fortschritt, dass die Koalition alle von den EU-Richtlinien vorgeschriebenen Diskriminierungsformen im nationalen Zivilrecht berücksichtigen will", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Dazu gehört die Diskriminierung wegen Alter, Geschlecht, Behinderung, sexueller Orientierung, so genannter Rasse und ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung. Dieser umfassende Ansatz sei nötig, damit Diskriminierung im öffentlichen Bewusstsein tatsächlich als Problem erkannt und abgestellt wird, bekräftigt Engelen-Kefer. Besonders begrüßt die DGB-Vize, dass intelligente Lösungen gefunden wurden, um diskriminierende Strukturen über Einzelfälle hinaus aufzubrechen: „Die Möglichkeit, Diskriminierungsfälle über Verbände oder im Betrieb zu klären, eröffnet die Chance für partnerschaftliche Lösungen." Positiv wertet der DGB ebenso, dass Arbeitgeber zu vorbeugenden Maßnahmen gegen Benachteiligung verpflichtet werden.

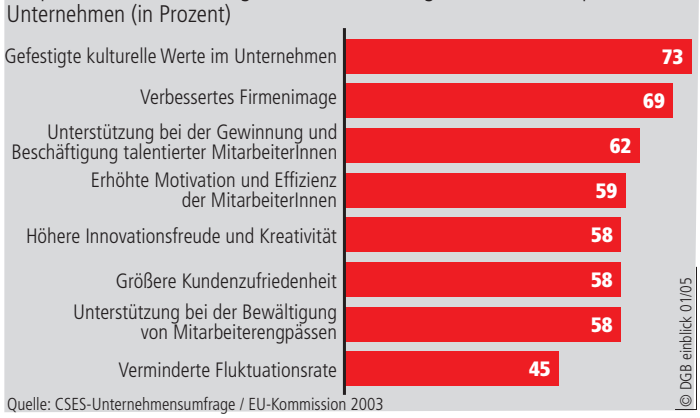
In die richtige Richtung weise auch die geplante Regelung der Beweislast, sagt DGB-Expertin Martina Perreng. Wenn künftig jemand glaubhaft darstellt, dass er aus einem der im Gesetz aufgeführten Gründe benachteiligt wird, muss der Diskriminierende beweisen, dass das nicht zutrifft. Nicht akzeptabel findet sie aber, dass auch Ausnahmen vom Benachteiligungsverbot zugestanden werden. „Es gibt keine Rechtfertigung für diskriminierendes Verhalten." Ob jemand für einen Job geeignet ist, habe nichts mit Herkunft oder Geschlecht zu tun, sondern mit individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten. Für verbesserungsbedürftig hält der DGB die Definition der Diskriminierungen oder Details bei der geplanten Antidiskriminierungsstelle. „Das fängt beim Namen an", so DGB-Frauenpolitikerin Anne Jenter. Er sei nicht geeignet, den positiven Ansatz der Arbeit erkennbar zu machen.

Schließlich geht es auch darum, zu zeigen, dass „Vielfalt ein Motor und nicht ein Hemmnis für wirtschaftliche Entwicklung ist", sagt Perreng. Unternehmen, die auf personelle Vielfalt setzen, wissen: Benachteiligungsfreiheit und Diskriminierungsschutz setzen ein großes Potenzial an Motivation und Innovation frei.

Eine Erkenntnis, die bei den Arbeitgeberverbänden, manchen Medien und Juristen noch nicht angekommen ist. Kaum lag der Entwurf vor, wurden reflexartig die üblichen Vorwürfe gegen gesetzliche Schutzbestimmungen vorgebracht – zu bürokratisch, zu teuer, eine Prozessflut drohe. Argumente, die sich leicht entkräften lassen. Martina Perreng verweist aufs Nachbarland Frankreich. Die dort geltenden wesentlich strengeren Regelungen hätten die Unternehmen nicht durch Schadensersatzforderungen belastet, sondern die Unternehmenskultur positiv verändert. Eine Reihe größerer Unternehmen, etwa Peugeot, hat das Gesetz bereits in Betriebsvereinbarungen umgesetzt. •

Die Unternehmen profitieren

Hauptvorteile von Unternehmen mit aktiven Maßnahmen zur Förderung der personellen Vielfalt / Ergebnisse einer Umfrage unter 200 europäischen Unternehmen (in Prozent)



Unternehmen, die sich aktiv für personelle Vielfalt einsetzen, haben im Wettbewerb die Nase vorn. Sie können die Potenziale ihrer Beschäftigten besser nutzen, Kosten senken, Leistung und Firmenimage verbessern. Das zeigt der Bericht der EU-Kommission „Kosten und Nutzen personeller Vielfalt in Unternehmen".

Fahrplan

Bis zur Sommerpause will Rot-Grün das Gesetz unter Dach und Fach haben. Die erste Lesung im Bundestag wird bereits Ende Januar stattfinden. Der Termin für eine Anhörung der Verbände in den zuständigen Ausschüssen des Bundestags steht noch nicht fest, die Anhörung dürfte aber bald auf die erste Lesung folgen.

Der Entwurf als Download:
www.bmj.bund.de

DGB-Position

In Kürze werden DGB und Gewerkschaften eine umfassende Stellungnahme zum ADG-Entwurf vorlegen. Die Position des DGB sowie Beispiele guter Praxis aus Unternehmen werden in der DGB-Broschüre „Diskriminierungsfreie Arbeitswelt" vorgestellt. Sie kostet einen Euro plus Versand.

Bestellungen online:
www.toennes-bestellservice.de
(Registrierungswort für unregistrierte Nutzer: lager)

Mehr Infos

Die EU-Kampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung" informiert über Anti-Diskriminierungsmaßnahmen in der EU, insbesondere in der Arbeitswelt.

Hintergrund, Dokumente, Handlungsanleitungen:
www.stop-discrimination.info

PROJEKTE UND PARTNER

Arbeitsrecht im Betrieb

Neues Design

Mit der ersten Ausgabe im Jahr 2005 präsentiert sich „Arbeitsrecht im Betrieb", kurz AiB, Fachzeitschrift für betriebliche InteressenvertreterInnen, im neuen Gewand. Anregungen für neue Inhalte und neues Outfit erhielt die Redaktion durch eine Leserumfrage. Mehr Klarheit in Struktur und Layout soll die inhaltliche Prägnanz und die Präsentation der Themen rund um das Arbeitsrecht unterstützen. Zeit ist eine knappe Ressource – das gilt gerade auch für Betriebsräte. Deshalb soll eine umfassende, verständliche und doch knappe Berichterstattung und Information künftig mehr Gewicht haben. Für mehr Praxisnähe bürgt seit Januar auch die neue Rubrik „Betriebsräte berichten".

Der Newsletter für AiB-Abonnenten wartet ebenfalls mit Änderungen auf. Klar strukturiert und überschaubar bekommt der Leser auf doppelter Seitenzahl nun mehr praktische Informationen. •

Kostenloses Probeheft: abodienste@bund-verlag.de

DGB-Ratgeber

Alterssicherung nach den Reformen

Die DGB-Broschüre „Alterssicherung nach den Reformen" informiert umfassend und verständlich über die drei Säulen der Alterssicherung – gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche Altersversorgung und private Vorsorge – nach den radikalen Veränderungen der letzten Jahre. Sie gibt außerdem detailliert Rat, wie sich die ArbeitnehmerInnen auf die Veränderungen einstellen können. Riester-Förderung, neue Renten-Formel oder die Auswirkungen des Alterseinkünftegesetzes: Die beiden DGB-ExpertInnen Ingo Nürnberger und Martina Perreng informieren anhand von Fakten, Daten und Fallbeispielen über zahlreiche Fragen und Stichworte zur Alterssicherung der Zukunft. Ergänzt wird die Broschüre durch einen Serviceteil, der unter anderem Entscheidungshilfen für die zusätzliche Vorsorge bereit hält. Die Broschüre kostet einen Euro plus Versand. Bestellungen über das Online-Bestellsystem der Toennes Druck + Medien GmbH, Registrierungswort für unregistrierte Benutzer: lager. •

www.toennes-bestellservice.de

DGB-Broschüre

Tipps zum Alg II auf Türkisch

Das große Chaos bei der Einführung von Arbeitslosengeld II ist ausgeblieben. Doch es wird damit gerechnet, dass noch viele Alg-II-Berechtigte Widerspruch gegen ihre Bescheide einlegen werden, weil sie Fehler vermuten. Bei der Überprüfung des Bescheids oder vor dem Ausfüllen eines Neuantrags empfiehlt sich die Lektüre der Broschüre „Arbeitslosengeld II – Tipps und Hilfen des DGB", die nun auch in türkischer Sprache vorliegt. Hier findet sich alles über Vermögensfreibeträge, angemessene Miete oder Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Broschüre kostet 3,50 Euro inklusive Versand und Porto. Bestellungen über das Online-Bestellsystem der Toennes Druck + Medien GmbH, Registrierungswort für unregistrierte Benutzer: lager. •

www.toennes-bestellservice.de

Tagung

Die anderen 68er

1968 ist längst zur Chiffre für Studentenprotest, Wertewandel und neue Lebensformen vor allem in akademischen Milieus geworden. Ausgeblendet bleibt dabei die Rolle der ArbeiterInnen in den Jahren um 1968. Das DGB-Bildungszentrum Hattingen will mit der Tagung „1968 und die Arbeiter. Ein europäischer Vergleich" vom 11. bis 13. Februar das Augenmerk auf die Rolle der ArbeiterInnen und der Gewerkschaften in verschiedenen Ländern lenken: Etwa auf das schwierige Verhältnis von ArbeiterInnen und Studenten in Italien 1968. Oder die Rolle der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei 1968/69. Die Teilnahme kostet 70 Euro, Nicht-Gewerkschaftsmitglieder zahlen 40 Euro mehr. Ermäßigungen gibt's für Studierende und Arbeitslose. •

www.forum-politische-bildung.de/xtgr

WSI-Tarifarchiv

Tarife 2004 im Überblick

Wie haben sich Löhne, Preise und Arbeitsproduktivität 2003/2004 in den Mitgliedsländern der EU entwickelt? Welche Lohn- und Gehaltsabschlüsse wurden 2004 unter Dach und Fach gebracht? Diese und viele andere Fragen rund um die Tarifpolitik beantwortet die kostenlose Broschüre „Tarifpolitik auf einen Blick" des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung. Unter *www.tarifvertrag.de* finden sich außerdem aktuelle Infos des Tarifarchivs zur beginnenden Tarifrunde 2005. •

tarifarchiv@wsi.de

interregio

••• Der ***DGB Niedersachsen*** hat die Landesregierung aufgefordert, die ***Kontrollen*** zur Einhaltung des Landesvergabegesetzes wieder aufzunehmen. Hintergrund: Auf der Baustelle einer Justizvollzugsanstalt erhielten vier Arbeitnehmer über Wochen keinen Lohn, so die IG BAU. Das niedersächsische Vergabegesetz ist seit 2003 in Kraft. Es verpflichtet öffentliche Stellen dazu, Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die Tarifverträge einhalten. Landesfinanzminister Hartmut Möllring (CDU) hatte jedoch bereits im Juni 2004 angeordnet, die Kontrollen aus Kostengründen einzustellen. Infos: Ulrich Gransee, Tel. 0511/1 26 01 47

••• Der ***DGB Sachsen*** hat eine ***Analyse*** zur Leiharbeit im Freistaat veröffentlicht: Nur 0,8 Prozent aller Beschäftigten stellten 2004 ihre Arbeitskraft über Leiharbeitsfirmen zur Verfügung. Mit fast 83 Prozent waren männliche Zeitarbeiter dabei überdurchschnittlich vertreten. Weiteres Ergebnis: Die Branche zeichnet sich durch eine hohe Fluktuation aus. Über die Hälfte der Leiharbeiter verließen das Arbeitsverhältnis bereits im ersten Halbjahr. Infos: Markus Schlimbach, Tel. 0351/86 33 104

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** und der ***DGB Sachsen*** laden für den 10./11. Februar zu einer ***Integrationskonferenz*** für die Grenzregionen zu Polen und Tschechien ein. Im Mittelpunkt der Tagung in Hoyerswerda steht die Frage, wie nicht nur Ballungsgebiete, sondern auch strukturschwache Grenzräume von der EU-Erweiterung profitieren können. Diskutieren werden die DGB-Bezirke gemeinsam mit der tschechischen Gewerkschaft ČMKOS, der polnischen Solidarność sowie VertreterInnen der Bundesländer Brandenburg und Sachsen. Infos: Anna Bernstorf, Tel. 0351/86 33 115

Zusammenlegung der Gerichte

Pseudoreform ohne Nutzen

Die Gerichtsbarkeit wird aus den Angeln gehoben – und keiner merkt's: Schritt für Schritt setzen die Bundesländer ihr Vorhaben durch, die Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte zusammenzulegen. Fast haben sie dieses Ziel erreicht, obwohl überzeugende Gründe dafür fehlen.

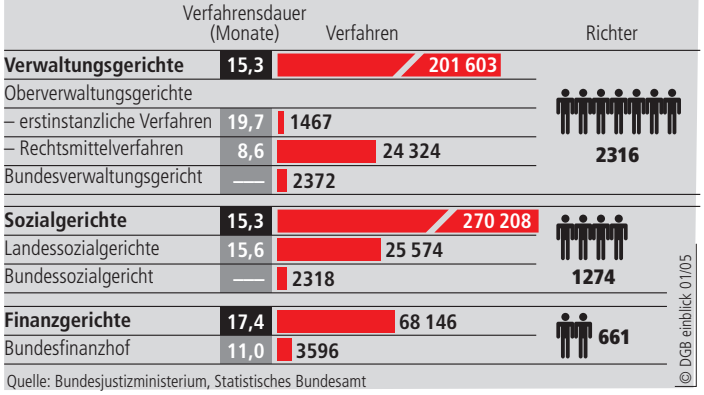
Die Begründung für die Zusammenlegung klingt vernünftig: Die Richter sollen flexibler eingesetzt werden können. Mal im einen, mal im anderen Gericht, je nach Bedarf. Dabei können Richter jetzt schon in einen anderen Gerichtszweig versetzt werden. Allerdings nicht gegen ihren Willen. Das würde ihre verfassungsrechtlich geschützte Unabhängigkeit gefährden. Das räumt selbst die Länderkammer in ihrem Gesetzentwurf ein.

Gleichwohl steckt hinter ihrem Plan eine vernünftige Absicht: Die Dauer der Gerichtsverfahren soll verkürzt werden, indem die unterschiedliche Belastung der Gerichte „kurzfristig und ohne großen Aufwand" ausgeglichen wird. Dieser Belastungsausgleich kann aber gar nicht durch Versetzungen erzielt werden, denn die Verfahrensdauer vor den Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten ist annähernd gleich (Grafik). Verkürzt werden könnte die Verfahrensdauer durch Neueinstellungen. Davor aber schrecken die Länder zurück. Sie erhoffen sich von ihrem Coup sogar „Kostenersparnismöglichkeiten", können deren Ausmaß aber selbst „nicht präzise" voraussagen.

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat schon früh „an alle politisch Verantwortlichen" appelliert, die traditionelle Struktur der deutschen Gerichtsbarkeit „nicht einer Pseudoreform ohne Nutzen zu opfern". •

Zwei Lahme ergeben keinen Flotten

Dauer der Verfahren vor den Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten sowie erledigte Verfahren 2003, Zahl der Richter 2002



Quelle: Bundesjustizministerium, Statistisches Bundesamt

Eine Zusammenlegung der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte würde die Prozesse nicht beschleunigen: Die Verfahren in erster Instanz dauern vor allen Gerichten annähernd gleich lang.

Fragen an ...

Führende Unionspolitiker haben sich gegen die Zerschlagung der bundeseinheitlichen Gerichtsbarkeit ausgesprochen. Das lässt hoffen. Immerhin erfordert die geplante Grundgesetzänderung eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Und die bringt Rot-Grün alleine nicht auf die Beine. *einblick* hat Dr. Norbert Röttgen, 39, den rechtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nach der Mehrheitsmeinung der Union gefragt.

■ Die Bundesländer wollen die Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte zusammenlegen, um Richter flexibler einsetzen zu können, um Kosten zu sparen und die Gerichtsverfahren zu beschleunigen. Alles vernünftige Ziele. Was spricht dagegen?

■ *Strittig ist nicht das Ziel, sondern die Geeignetheit des Mittels. Wenn man zum Beispiel die Gerichte nicht auch räumlich zusammenlegt, bringt die ganze Sache so wenig, dass die enorme Kraftanstrengung völlig unverhältnismäßig wäre. Im Übrigen wollen die Bundesländer ja, dass jedes Land für sich entscheidet, was es macht. Damit würde die Einheitlichkeit des Gerichtswesens in Deutschland preisgegeben.*

■ Richter gegen ihren Willen zu versetzen ist zwar möglich, aber äußerst schwierig. Übertreiben wir's mit der richterlichen Unabhängigkeit?

■ *Die Versetzbarkeit von Richtern muss und kann unter Wahrung des Prinzips der richterlichen Unabhängigkeit erleichtert werden. Dafür muss man aber nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen.*

■ Die geplante Änderung des Grundgesetzes bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag, d.h. ohne CDU/CSU geht's nicht. Wie ist denn die Mehrheitsmeinung in Ihrer Fraktion?

■ *In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich der rechtspolitische, der innenpolitische, der finanzpolitische, der sozialpolitische und der wirtschaftspolitische Sprecher für die Erhaltung der Dreigliedrigkeit der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeit ausgesprochen. Wenn eine solche Erklärung auch aus der anderen großen Fraktion im Bundestag vorläge, wäre die Sache ziemlich klar.*

Aus drei mach eins

Unter Federführung von Baden-Württemberg haben fünf Bundesländer erreicht, dass der Bundesrat Mitte 2004 eine Gesetzesinitiative gestartet hat. Danach soll das Grundgesetz (Artikel 98 und 108) geändert werden und jedes Land für sich bestimmen können, „dass Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit durch Fachgerichte einheitlich ausgeübt werden".

Mitte Dezember vergangenen Jahres hat der Bundestag diesen Gesetzentwurf (Drucksachen 15/4108 und 15/4109) in 1. Lesung ohne Aussprache passieren lassen. Die 2. Lesung ist noch nicht terminiert.

Die deutsche Gerichtsbarkeit hat fünf Säulen: Zivil- und Strafgericht, Arbeitsgericht, Verwaltungsgericht, Sozialgericht und Finanzgericht. Die vom Bundesrat geforderte Öffnungsklausel, die es den Ländern erlaubt, aus den drei letztgenannten Gerichten ein Gericht zu machen, würde zur Kleinstaaterei in der Justiz führen. Was vor welchem Gericht verhandelt würde, wäre von Bundesland zu Bundesland verschieden.

Weil jedes Bundesland entscheiden soll, was es macht, entstünde ein bunter Flickenteppich. Alle europäischen Staaten hätten ein einheitliches System, nur Deutschland nicht mehr.

kurz&bündig

Die IG BAU hat gemeinsam mit 23 Umwelt- und Unternehmensverbänden eine Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform gefordert. Das Bündnis verlangt den Abbau von Steuervergünstigungen für den Flugverkehr und den Ausbau der energetischen Gebäudesanierung.

DGB und Gewerkschaften haben ein Spendenkonto für die Opfer der Flutkatastrophe in Asien eingerichtet: SEB Düsseldorf, Konto 1 756 906 400, BLZ 300 101 11, Stichwort „Seebeben". Ende Dezember hat der DGB bereits 50 000 Euro überwiesen. Infos zur Verwendung der Spendenmittel gibt es unter www.dgb.de

TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA informieren in fast 90 regionalen Veranstaltungen gemeinsam ihre Mitglieder über den im Dezember 2004 ausgehandelten Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung bei der Bahn. Mitte Februar wollen die Vorstände beider Gewerkschaften endgültig über den Tarifvertrag entscheiden.

Die Gewerkschaft NGG hat für Ostdeutschland eine Meldestelle gegen Lohndumping und Schwarzarbeit eingerichtet. Über die Telefonnummer 01801/141516 können Zeugen anonym ihren Verdacht auf illegale Beschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe äußern. Eine vergleichbare Stelle hat die IG BAU bereits 2004 eingerichtet.

Mitgliederbonus

IG BCE prüft branchenweite Einführung

Dass die IG Metall Nordrhein-Westfalen keine Haustarifverträge mehr ohne Mitgliederbonus abschließt *(einblick 18/04),* hat Ende vergangenen Jahres bundesweit für Furore gesorgt und sogar eine Debatte im Düsseldorfer Landtag ausgelöst. Ob sich alle Gewerkschaften die Idee, ihren Mitgliedern per Tarifvertrag einen Vorteil zu verschaffen, zu eigen machen, ist allerdings noch nicht entschieden.

Die weitest gehenden Überlegungen, einen Bonus für Mitglieder einzuführen, gibt es bislang in der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Dort wird diskutiert, einen Mitgliederbonus für die Beschäftigten in der Chemie-Industrie einzuführen. Tarifvorstand Werner Bischoff hat bereits „interessante Vorschläge" angekündigt. Sollte es dazu kommen, würde ein Bonus erstmals in einem wichtigen Flächentarifvertrag verankert.

In der IG Metall wird der Bonus kontrovers diskutiert. Der 1. Vorsitzende Jürgen Peters hat sich positiv dazu geäußert, der 2. Vorsitzende Berthold Huber zurückhaltend, der IG Metall-Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Jörg Hofmann, ablehnend. NRW-Bezirksleiter Detlef Wetzel will „den Weg konsequent weiter gehen". An Rhein und Ruhr – dort gibt es inzwischen über 30 Haustarifverträge mit Bonus – kommt die Idee gut an. Von 25 Wortbeiträgen im Internetforum *www.nrw.igmetall.de* sind nur zwei negativ. Mittlerweile ist auch das Problem gelöst, dass die IG Metall nicht jedem Arbeitgeber die Namen ihrer Mitglieder preisgeben will: In diesen Fällen geht der Bonus an eine IG Metall-Stiftung, von dort zum Mitglied.

In der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat der Landesbezirksleiter von Niedersachsen-Bremen, Wolfgang Denia, eine Bonus-Diskussion angeschoben. Nach den Worten von Denias Pressesprecher Ulf Birch wird ver.di das Thema nicht nur diskutieren: „Da kommt was zustande." Auch ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske befürwortet Bonus-Regelungen.

Praktische Beispiele dafür gibt es bereits: Der Pflegekonzern Pro Seniore zahlt nur ver.di-Mitgliedern Weihnachtsgeld; die Stadt Leipzig räumt ihnen einen verlängerten Kündigungsschutz ein, die PSD-Banken gewähren zwei Extra-Tage Bildungsurlaub.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Landesbezirk Ost, schließt seit mehreren Jahren Haustarifverträge mit Bonus ab. In einigen Betrieben kann NGG-Mitgliedern nicht gekündigt werden, „wenn die NGG widerspricht", erklärte Landesvorsitzender Edmund Mayer gegenüber *einblick.* •

BGAG

Neues Vorstandsmitglied

Die BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften, Frankfurt/Main, will ihre Beteiligungsstrategie modifizieren und ihr unternehmerisches Engagement konzentrieren. Deshalb hat der Aufsichtsrat der BGAG mit dem Diplom-Kaufmann Dr. Helmut Balthasar, 43, einen Experten für Reorganisation und Finanzierung neu in den Vorstand berufen. Die Gewerkschaften erwarten von Balthasar, die Restrukturierung und Fokussierung der BGAG auf die Kernbereiche des unternehmerischen Engagements der Gewerkschaften voranzutreiben.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung kämen vor allem die Beteiligungsbereiche Finanzdienstleistungen und Immobilien auf den Prüfstand, so das neue Vorstandsmitglied gegenüber *einblick.* Konkrete Entscheidungen seien aber noch nicht gefallen. Bereits in der Vergangenheit hat die BGAG durch Desinvestitionen im Bereich Finanzdienstleistungen ihr Profil geschärft, etwa durch den Verkauf ihrer Anteile an der Direktbank DiBa im Jahr 2002. •

2005: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

19./20.2.	attac, IG BAU und ver.di, Konferenz „Globalisierung und Arbeit", Bochum
28.2. – 1.3.	NGG, Forum „Gerechter verteilen", Bildungszentrum Oberjosbach
8.3.	„Frauen bewegen Politik", Internationaler Frauentag
1.6.	Sozialwahlen 2005
23. – 27.4.	GEW, Gewerkschaftstag, Erfurt
1.5.	zentrale 1. Mai-Kundgebung des DGB, Berlin
	DGB Nord, Job Parade, Schwerin
	Eröffnung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen
23./24.6.	IG Metall, Konferenz „50 Jahre Migration", Berlin
3. – 7.10.	IG BAU, Gewerkschaftstag, Bonn
9. – 14.10.	IG BCE, Gewerkschaftskongress, Hannover
27./28.10.	IG Metall, Gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Forum, Berlin

Drei Gewerkschaften wählen 2005 ihren Vorstand. Den Anfang macht Ende April die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften, die nach dem Verzicht ihrer Vorsitzenden Eva-Maria Stange auf eine weitere Amtszeit eineN neueN VorsitzendeN wählen muss. Im Oktober folgen die Gewerkschaftskongresse von IG BAU und IG BCE. Weitere zentrale Ereignisse sind neben dem 1. Mai die Sozialwahlen 2005 und die ersten Vorbereitungen auf den DGB-Kongress im Mai kommenden Jahres.

Fernsehen

Die Sonntagsmediendemokratie

Als Autor des Buches „Meine Sonntage mit Sabine Christiansen" hat sich Walter van Rossum mit dem Verlust der Unabhängigkeit der vierten Gewalt und ihrer beredten Sprachlosigkeit beschäftigt.

Sonntags um 21.45 Uhr kann man in der ARD besichtigen, wie die konservative Mitte ihre neuesten Sprachregelungen dem Publikum verkauft. Dann umrundet eine kostbare Mischung aus Multimillionären und mit abstrusen Sondervergütungen gemästeten Spitzenbeamten eine schwer gestylte, doch unverkennbar verdrießliche Blondine namens Sabine Christiansen und stellt unerbittlich fest, dass Deutschland ein Sanierungsfall sei: „Wie krank ist Deutschland?", „Wirtschaftsflaute, Streik – Bleibt Deutschland Schlusslicht?", „Kassen leer, Nerven blank – Regierung ratlos" so lauten jeden Sonntag wieder die stets gleichen Themen. Und bald ist klar: Es geht im Grunde schon nicht mehr um Reformen, sondern um die Systemüberwindung.

Und deshalb bietet Sabine Christiansen der großen Koalition der Systemüberwinder allwöchentlich die Chance, dem Publikum zu verkünden, dass die heilige Utopie des Kapitalismus erst mal ans Ende gekommen ist. Denn es sieht nicht so aus, als ob es weiter ginge wie versprochen: Dass wir immer weniger arbeiten müssen und dabei immer mehr verdienen. Im Moment sieht es eher umgekehrt aus: Die Wirtschaft muss wachsen, dafür muss der „kleine Mann" mehr und länger arbeiten, weniger verdienen und seine selbstverschuldete Arbeitslosigkeit mit Sozialhilfe bezahlen. Dabei ist unsicher, ob er Arbeit findet und ob es „der" Wirtschaft beliebt, einen 50-Jährigen noch zu beschäftigen. Trotzdem wird das Rentenalter heraufgesetzt, und man sollte sich darauf einstellen, sich um drei Minijobs gleichzeitig zu prügeln. Wir wollen diesem Deutschland Rescue-Team unsere Hochachtung aussprechen: Die Aufgabe ist schwer, und trotzdem scheut es keine Mühe, seine unfrohe Botschaft zu verkünden. Sabine Christiansen gibt ihr Bestes, dass die Herrschaften dabei nicht gestört werden. So wird man in dieser Runde niemals hören, **dass in den letzten zehn Jahren die Netto-Realeinkommen um über vier Prozent gesunken sind, während die Wirtschaft um ca. 15 Prozent gewachsen ist.**

Solche Bagatellen erschüttern doch die freie Presse nicht. Zwar halten immer noch zwei Drittel der Bevölkerung neoliberale Reformen wie die Agenda 2010 für fiesen Unfug, aber das hindert 98 Prozent unserer medialen Dienstleister nicht daran, stramm gegen ihr Publikum zu halten. Auch bei Sabine Christiansen wird nicht diskutiert: Die Chefetage dekretiert ihre Zehnjahrespläne. Da es nichts zu diskutieren gibt, versucht man, uns mit der Androhung des Untergangs zu unterhalten. Hin und wieder wird nach Schuldigen gefahndet: „Die Stunde der Wahrheit: Wie viel soziale Gerechtigkeit können wir uns noch leisten?" oder: „Gewerkschaften, Beamte, Politiker – Wer blockiert das Land?". Leider stehen alle Antworten schon vor Sendebeginn fest. **Jeder dieser Katastrophentalks ist komplett austauschbar.**

Walter van Rossum, 50, arbeitet als freier Autor für *WDR, Die Zeit* und *Freitag*.

Sabine Christiansen funktioniert als Tonspur in der Endlos-Schleife mit den stets gleichen Figuren, die bloß unterschiedliche Namen tragen. Transkribierte man die Palavermasse in Schrifttext ohne Quellenangabe – 98 Prozent des Wortumsatzes bei Sabine Christiansen ließe sich keiner Person oder keinem eigenen Programm zuordnen. Heinrich von Pierer, Friedrich Merz, Wolfgang Clement mögen genetisch differieren, rhetorisch nicht.

Friedrich Merz formulierte in der Sendung vom 29. Juni 2003 eine treffende Einsicht: „Sie haben ja heute Ihre 250. Sendung – ich finde, wir sollten Ihnen erst mal gratulieren zu dieser Sendung. Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der deutsche Bundestag." Nun werden sich ältere Jahrgänge vielleicht nicht nur an den Bundestag erinnern, sondern auch daran, dass zur Demokratie unterschiedliche Programme gehören. Es lässt sich in gefahrloser Allgemeinheit sagen: Es gibt nicht nur keine politischen Programme (außer „Wirtschaftswachstum"), es gibt auch keine Unterschiede in den Als-ob-Programmen. **Politik beschränkt sich darauf, dem Wähler angebliche Zwänge zu verkaufen.** Sabine Christiansen sorgt dafür, dass das so wenig als möglich auffällt: Sie simuliert streitbare Demokratie.

Allerdings hat die Sendung auch erhebliche Vorteile. Wer drei Mal Sabine Christiansen gesehen hat, wird nicht mehr behaupten dürfen, er hätte den Offenbarungseid der deutschen Politik nicht mitbekommen. Andererseits dürfte aber auch niemandem mehr entgehen, **dass der größte Teil der Medien als unabhängige „vierte" Macht abgedankt hat.** •

Walter van Rossum, ***Meine Sonntage mit Sabine Christiansen,*** Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2003

Realitätsverlust

Geht es der Wirtschaft gut, dann geht es uns gut – so das Credo, mit dem Medien und Unternehmer hierzulande Politik machen. Die Realität ist anders.

Während in den DAX-Unternehmen angesichts von Rekordgewinnen im zweistelligen Prozentbereich die Korken knallen, mussten die ArbeitnehmerInnen in den letzten 15 Jahren reale Einkommensverluste hinnehmen: 0,1 Prozent pro Jahr. 2004 lagen die Gewinne von Unternehmen und Anlegern hoch wie seit dreißig Jahren nicht mehr: Ihr Anteil stieg auf 30,5 Prozent des Volkseinkommens, während der Anteil der Löhne mit 69,5 Prozent auf Rekordtief gesunken ist.

Auch um den Export muss man sich wenig Gedanken machen: So wurden 2002 Waren und Dienstleistungen im Wert von über 84 Milliarden Euro mehr ex- als importiert. 2003 waren es 120 Milliarden Euro. In Deutschland sind die Lohnstückkosten gering. Produktivität und Qualität der Arbeit der Beschäftigten sind überragend.

Und noch eine Zahl, die man weniger gern öffentlich nennt: Die beiläufige Senkung der Körperschaftssteuer von 2001 auf 2003 hat zu Einnahmeausfällen von über 50 Milliarden Euro geführt.

Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

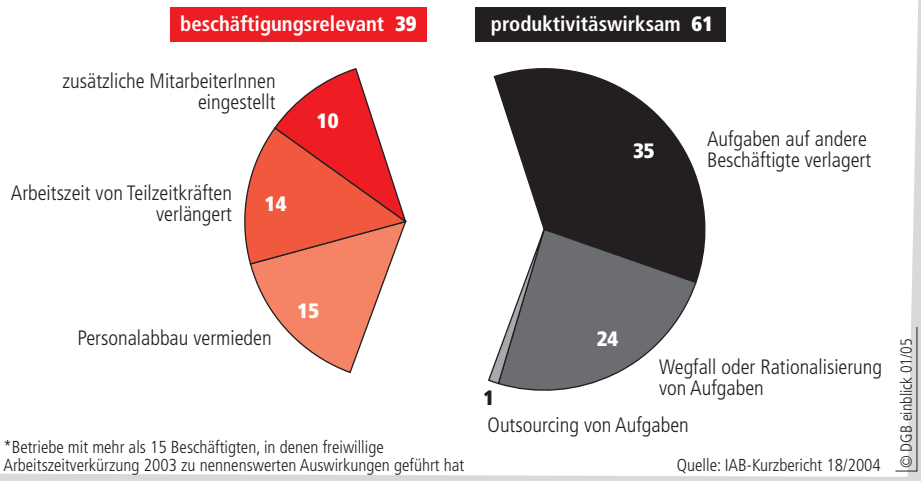
DIES & DAS

die DGB grafik

TEILZEITARBEIT: Kaum für Neueinstellungen genutzt

27 Prozent aller Beschäftigten arbeiten Teilzeit. Aber nur in zehn Prozent aller Fälle, in den Beschäftigte freiwillig auf einen Teil ihrer Arbeitszeit verzichten, werden zusätzliche MitarbeiterInnen eingestellt. In weiteren 14 Prozent wird die Arbeitszeit bereits beschäftigter Teilzeitkräfte erhöht. Den größten Teil der frei werdenden Arbeitszeit – 61 Prozent – nutzen die Unternehmen jedoch zur Produktivitätssteigerung: In 35 Prozent aller Fälle wird die Arbeit auf andere Beschäftigte verlagert, in weiteren 24 Prozent durch Rationalisierung eingespart.

Nutzung frei werdender Ressourcen durch freiwillige Teilzeitarbeit in den Betrieben (in Prozent)*



*Betriebe mit mehr als 15 Beschäftigten, in denen freiwillige Arbeitszeitverkürzung 2003 zu nennenswerten Auswirkungen geführt hat

Quelle: IAB-Kurzbericht 18/2004

© DGB einblick 01/05

personalien

••• ***Jochen Laux,*** 41, Referatsleiter für Europäische Berufsbildungspolitik und zuständig für den Bereich Kultur im DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. Januar Leiter des Bereichs Sponsering/Marketing der Ruhrfestspiele Recklinghausen.

••• DGB-Vorsitzender ***Michael Sommer,*** 53, ist am 10. Dezember 2004 auf dem Weltkongress des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Miyazaki/Japan zum stellvertretenden Präsidenten des IBFG gewählt worden.

••• ***Oliver Burkhard,*** 33, Tarifsekretär für die Metall- und Elektroindustrie im IG Metall-Bezirk Nordrhein-Westfalen, übernimmt am 1. Februar die Leitung des Funktionsbereichs Tarifpolitik beim IG Metall-Vorstand. Er folgt ***Armin Schild,*** 43, der seit Jahresanfang den IG Metall-Bezirk Frankfurt leitet.

14 TAGE

17.1. DGB-Bezirk Nord und Universität Flensburg, Start des Kooperationsprojekts „Kompetenzzentrum Wissenschaft und Arbeit Flensburg (kowa)", Flensburg

18.1. DGB-Bundesvorstand, Klausurtagung, Berlin

21.1. DGB-Bezirk West, Podiumsdiskussion „Die Chancen des Europäischen Sozialmodells in der EU 25", Mainz

20./21.1. Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Strategien der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft", Berlin

22.1. DGB Thüringen, Betriebsrätekonferenz „Mut zu Alternativen – Gesellschaft und Arbeitswelt sozial gestalten!", Erfurt

26.1. DGB, Tagung „Zukunft der sozialen Sicherung", mit Franz Müntefering, Angela Merkel und Dieter Hundt, Berlin

27.1. DGB-Bezirk Nord, Tagung „Rehabilitation, Teilhabe, Prävention", Hamburg

29./30.1. IG BAU, Betriebs- und Personalrätekonferenz, Göttingen

31.1.-2.2. TBS Hessen, Innovationstagung, Oberjosbach

Schlusspunkt

„Deutschland im Schnelldurchgang. Die Roadshow eines Überzeugungstäters, der Vernünftiges manchmal unvernünftig vorantreibt"

Die Süddeutsche Zeitung am 7. Januar über eine Rundreise von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), der an einem Tag die Umsetzung von Hartz IV in fünf Arbeitsagenturen beobachtet hat

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der *einblick* Verlagsgesellschaft mbH ist die BGAG Info & Know GmbH, Frankfurt am Main, zu hundert Prozent beteiligt. Die BGAG Info & Know GmbH ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main. Anteilseigner der BGAG sind die Vermögens- und Treuhandgesellschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie der Gewerkschaften, insbesondere die Treuhandverwaltung IGEMET GmbH, Frankfurt am Main, die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH, Berlin, die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der IG Bergbau und Energie mbH, Hannover, die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Oberursel, die Immobilienverwaltungsgesellschaft der ver.di mbH, Berlin, sowie die Treuhandverwaltung der Nachfolge des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands GmbH, Hannover.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 31.01.2005 2/05

DGB

Ein-Euro-Jobs

Chance oder Trickserei

Seit dem 1. Januar sind die Ein-Euro-Jobs Pflicht: Langzeitarbeitslose müssen nun mit einer Kürzung ihres Arbeitslosengeldes rechnen, wenn sie ein Angebot ihrer Arbeitsagentur ablehnen.

Haben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres vor allem Arbeitslosenorganisationen und Gewerkschaften auf die Gefahr hingewiesen, dass Arbeitgeber in beträchtlicher Zahl Gebrauch von den billigen Ein-Euro-Jobbern machen würden, zeigen erste Erfahrungen, was mit der Maßnahme zur Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit tatsächlich möglich ist. So verschickte die Agentur für Arbeit im thüringischen Erfurt schon im vergangenen Jahr Einladungen an Arbeitslose, sich an der Katalogisierung des Freihandbestandes der Universität Erlangen sowie an der Vorbereitung einer „Tagung der Staatswissenschaftlichen Fakultät" zu beteiligen. Für 30 Stunden Arbeit in der Woche sollten „maximal130 Euro" Gehalt gezahlt werden. Monatlich versteht sich.

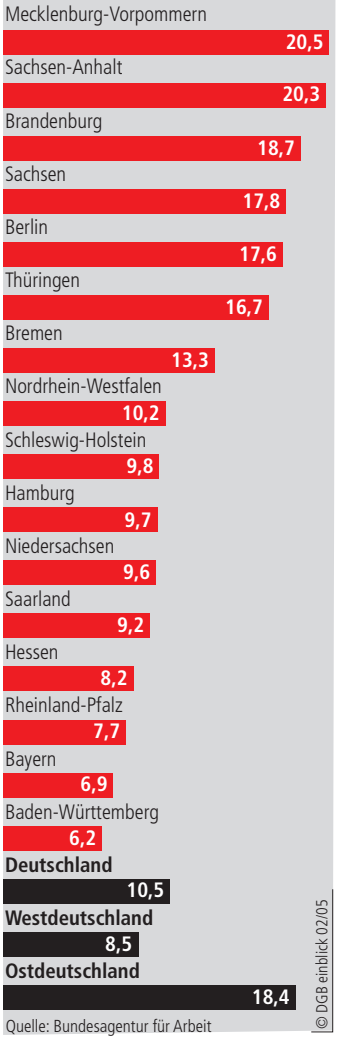
Ähnliche Nachrichten kommen auch aus anderen Teilen der Hartz-IV-Republik. Beim *Hamburger Abendblatt* hat sich ein Altenheim-Mitarbeiter gemeldet: Im Heinrich-Sengelmann-Haus im Stadtteil St. Georg gebe es zwei dieser Ein-Euro-Jobs. Während die eine Stelle gerade nicht besetzt sei, arbeite die andere Ein-Euro-Kraft den ganzen Tag in der Küche, spüle, verteile Kaffee und Essen an die Heimbewohner. Zusätzlich? Die Leitung des Altenheims sagt „ja", sie helfe nur ab und zu aus. Doch Wirtschaftsminister Wolfgang Clement schwor im vergangenen Jahr Stein und Bein, dass mit Ein-Euro-Jobs keine normale Arbeit verdrängt werde.

Aber es ist nicht allein der soziale Bereich, in dem Verstöße oder Tricksereien drohen. Im sächsischen Zwickau bauen schon seit Herbst geringfügig Beschäftigte Theaterkulissen auf. Schulhausmeister sollen durch Ein-Euro-Jobber ersetzt werden.

Ein größerer Coup aber ist in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn in der Mache. Auf so vielen Nahverkehrslinien wie eben möglich sollen Ein-Euro-Jobber als Fahrgastbetreuer mitfahren. Zwar haben Betriebsrat, ver.di-Bonn und Stadtwerke zuvor eine Betriebsvereinbarung mit weit gehenden Mitbestimmungsrechten abgeschlossen. Aber es bleibt am Ende das, was es ist und was die Vereinbarung auch selbst so benennt: „Die Abschaffung der Schaffner im öffentlichen Personennahverkehr brachte Probleme für Fahrgäste und Verkehrsunternehmen, die bis heute ungelöst sind." Probleme, die die Ein-Euro-Jobber nun lösen sollen. •

Arbeitsmarkt stagniert

Arbeitslosenquoten in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2004 (in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Wo und in welchem Maß mit Ein-Euro-Jobs zu rechnen ist, ist an der Arbeitsmarktbilanz des vergangenen Jahres ablesbar.

plusminusBERLIN

+ ***Familienministerin Renate Schmidt (SPD) hält Forderungen nach einem sozialen Pflichtjahr für „Unsinn". Ein Pflichtdienst für 80 000 junge Menschen sei arbeitsmarktneutral „nicht durchführbar". Zudem entstünden Kosten von acht Milliarden Euro jährlich.***

– ***Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) will den Privathaushalten einen Teil der Stromkosten der Industrie aufbürden. Für energieintensive Unternehmen sollen die Gebühren für die Stromdurchleitung halbiert werden – zu Lasten aller anderen Stromkunden.***

inhalt

Seite 3

Armut vor der Hartz-Reform

In den vergangenen fünf Jahren ist der Anteil Armer weiter gestiegen – trotz wachsendem gesellschaftlichem Wohlstand

Seite 5

Zersplitterung gefährdet Erfolg

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor Ort sind viele zuständig, verantwortlich ist keiner

Seite 7

Wir brauchen uns nicht zu verstecken

Dass in den Parlamenten auch aktive Gewerkschaftsmitglieder sitzen, ist kein Indiz für einen Gewerkschaftsstaat sondern Ausdruck einer funktionierenden Demokratie, meint der Bundestagsabgeordnete und bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.politikerscreen.de
Portal zu aktuellen politischen Themen und Fragen

www.einblick.dgb.de
Gemeinsame Erklärung von BDA und DGB zu den Konsequenzen aus PISA II

Gewerkschaften bündeln Ressourcen

Die Zahl der DGB-Mitglieder ist 2004 erneut gesunken, auf 7,013 Millionen. Das sind 350 000 weniger als Ende 2003. Die Gewerkschaften wollen auf den Mitgliederverlust mit einem besseren Informations- und Beratungsangebot für ihre Mitglieder und einer Konzentration ihrer Ressourcen reagieren. Das hat DGB-Vorsitzender Michael Sommer am 26. Januar nach der Klausursitzung des DGB-Bundesvorstands angekündigt. Ziel sei es, 2006 eine Trendwende bei der Mitgliederentwicklung zu schaffen. Eine gemeinsame IT-Plattform soll jedem Mitglied unmittelbar Zugang zu den Service- und Beratungsleistungen und den politischen Informationsangeboten der Gewerkschaften bieten. Politisch will sich der DGB 2005 auf drei Schwerpunkte konzentrieren: die Entwicklung einer neuen Finanzstruktur für einen modernen Sozialstaat, die Gestaltung des sozialen Dialogs in Europa und die Reform der Unternehmensmitbestimmung.

Betriebskrankenkassen

Gesundheitstraining für Arbeitslose

Die Betriebskrankenkassen (BKK) bieten nach eigenen Angaben als erste Kassenart gezielt Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten Gesundheitstrainings an. Im Rahmen ihrer Initiative „Mehr Gesundheit für alle" *(www.bkk.de/mehr-gesundheit-fuer-alle)* haben die BKK mehrere Projekte (JobFit und Gesundheitsorientierte Beratung bei drohender Arbeitslosigkeit) gebündelt. Sie werden wissenschaftlich begleitet, ausgewertet und die Ergebnisse anderen Gesundheitsanbietern zur Verfügung gestellt. Die 221 Betriebskrankenkassen versichern 14,8 Millionen Mitglieder. Mit einem Marktanteil von rund 20 Prozent sind sie nach den Ortskrankenkassen und den Ersatzkassen die größte Kassenart der gesetzlichen Krankenversicherung. •

Gleichstellung

Betriebsräte entscheidend

Aktivitäten für gleiche Chancen von Frauen und Männern gibt es in Betrieben mit Betriebsrat viel häufiger als in betriebsratslosen Unternehmen. Das zeigt eine aktuelle Studie des ZEW Mannheim. Der Maßnahmenkatalog werde umso vielfältiger, je größer und jünger der Betrieb ist, erläuterte die Wissenschaftlerin Miriam Beblo vom ZEW auf einer internationalen Konferenz von DGB und Hans-Böckler-Stiftung zu Strategien der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft am 20./21. Januar in Berlin.

Auch der internationale Vergleich zeige: Die Wahrscheinlichkeit von familienfreundlichen Maßnahmen im Betrieb steigt mit der Zahl der weiblichen Beschäftigten, der Qualifikation der Belegschaft, dem Engagement der Mitarbeiterbeteiligung und dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad. •

Infos zur Tagung: www.boeckler.de

Fragen an ...

Am 1. Februar ist der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber, 63, Gast des DGB-Bundesvorstands. Gemeinsam mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering hatte Stoiber im vergangenen Jahr ein Konzept zum Neuzuschnitt der Kompetenzen von Bund und Ländern vorgelegt. *einblick* hat ihn gefragt, welche Chancen es für die am 17. Dezember am Streit über die Bildungspolitik gescheiterte Föderalismusreform noch gibt.

■ Die Gewerkschaften dringen auf eine Fortsetzung der Föderalismusreform. Welche Chancen sehen Sie, dass es nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen kommt?

■ *Ich bin persönlich überzeugt, dass diese Staatsreform kommen muss und dass sie auch erreicht werden wird. Wir brauchen in Deutschland eine Reform unserer bundesstaatlichen Ordnung. Allen ist klar, dass wir zu weniger Blockaden und zu mehr Klarheit bei den Zuständigkeiten von Bund und Ländern kommen müssen. Die Politik braucht schnelle und klare Entscheidungen, um auf die Veränderungen in der globalisierten Welt reagieren zu können. Die Föderalismuskommission hat dazu überzeugende Vorschläge gemacht.*

■ Hauptstreitpunkt zwischen Bund und Ländern ist die Bildungspolitik. Warum ist es in Zeiten der Globalisierung, in denen selbst Hochschulabschlüsse nach internationalen Standards neu geordnet werden, schwierig, sich im Bereich der Schul- und Berufsausbildung auf gemeinsame Standards zu verständigen?

■ *Wichtig ist zunächst, dass auch in der Bildung eine klare Kompetenzverteilung vorgenommen wird. Gerade auf einem so wichtigen Zukunftsfeld können wir uns Blockaden durch Kompetenzvermischung nicht leisten. Ein modernes Bildungssystem muss ein hohes Leistungsniveau garantieren, aber auch Chancengleichheit für alle eröffnen. Hier haben die Länder nach PISA I bewiesen, dass sie schnell zu gemeinsamen Standards kommen und Vergleichbarkeit schaffen können. Dabei müssen praxisgerechte Lösungen im Vordergrund stehen. Wir in Bayern zum Beispiel bieten die größtmögliche Chancenvielfalt, indem wir unser Schulsystem auf volle Durchlässigkeit eingerichtet haben – wer in der Hauptschule anfängt, kann es bis zum Abitur bringen.*

■ In der Föderalismuskommission haben die Bundesländer weitreichende Gestaltungsspielräume bei den Anstellungskriterien und der Besoldung ihrer Beamten durchgesetzt. Kritiker sehen darin einen Rückfall in die Kleinstaaterei. Warum ist diese Forderung für Sie wichtig?

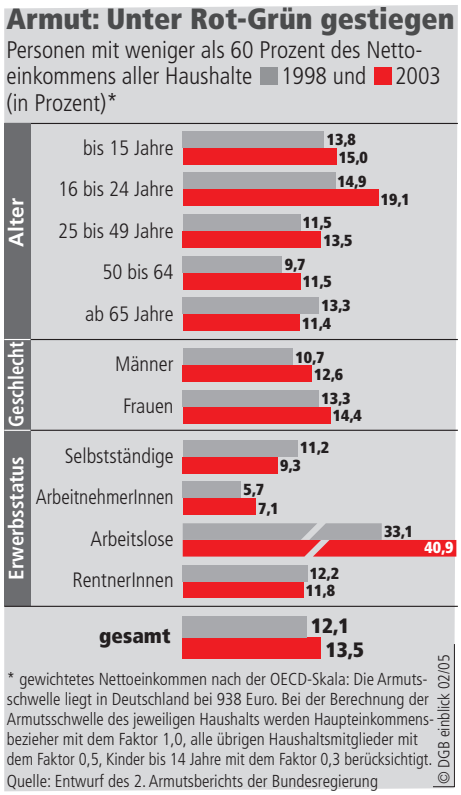
■ *Die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst leisten wertvolle Arbeit, und es ist nötig, dass wir die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch in Zukunft erhalten. Hier sind die Länder mit ihren vielen tausend Beschäftigten im öffentlichen Dienst einfach näher dran als der Bund. Wie jeder andere Arbeitgeber auch sollen die Länder für diejenigen, die bei ihnen arbeiten, umfassend zuständig sein. Die Akzeptanz des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen und die Vergleichbarkeit mit den Beschäftigten in der freien Wirtschaft ist eine Aufgabe, die sich in den Ländern stellt und die deshalb auch von den Ländern am besten gemeistert werden kann.*

Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Armut vor der Hartz-Reform

Die vergangenen fünf Jahre waren keine erfolgreichen Jahre, zumindest was die Bekämpfung der Armut betrifft: Während das Vermögen der Deutschen bis Ende 2003 auf fast fünf Billionen Euro wuchs, stieg der Anteil Armer zwischen 1998 und 2003 von 12,1 auf 13,5 Prozent. Das geht aus dem zweiten, noch unveröffentlichten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervor.

Als arm gelten Haushalte, deren Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens aller Haushalte liegt. Ende 2003 lag der Schwellenwert bei 938 Euro pro Monat für den Haupteinkommensbezieher. Für jedes weitere Haushaltsmitglied kommen 469 Euro hinzu, für Kinder bis 14 Jahre 281 Euro. Überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind vor allem Frauen, Kinder und Jugendliche bis 24 Jahre. 1998 lag die Armutsquote von Kindern bei 13,8 Prozent, von den unter 24-Jährigen bei 14,9 Prozent. Fünf Jahre später lag sie bei den Kindern bereits bei 15 Prozent, bei den unter 24-Jährigen sogar bei 19,1 Prozent. Ein Anstieg, der ohne die zwischenzeitlich erfolgte Erhöhung des Kindergeldes noch dramatischer ausgefallen wäre. Stark gestiegen ist zudem die Armutsquote unter den Arbeitslosen, von 33,1 auf 40,9 Prozent. Und das vor dem In-Kraft-Treten der Hartz-Reform.



In den vergangenen fünf Jahren ist der Anteil der Menschen, die als arm gelten, von 12,1 auf 13,5 Prozent gestiegen. Während der Anteil Armer unter den Selbstständigen und den RentnerInnen leicht zurückgegangen ist, stieg er bei den ArbeitnehmerInnen von 5,7 auf 7,1 Prozent. Bei den Arbeitslosen schnellte er gar von 33,1 auf 40,9 Prozent.

Wenig Anlass zum Optimismus bietet auch der Rückgang der Armut unter den RentnerInnen, der einzigen Bevölkerungsgruppe neben den Selbstständigen, in der die rot-grüne Bundesregierung auf Erfolge bei der Armutsbekämpfung verweisen kann. Deren Armutsquote sei nicht nur auf 11,8 Prozent gesunken, sondern läge auch unter dem Schnitt der übrigen EU-Länder, betont die Bundesregierung in ihrem bislang nur als Entwurf vorliegenden Bericht. Erhoben wurden die Zahlen allerdings vor Wirksamwerden der jüngsten Einschnitte bei der Rentenversicherung. Zudem laufen in den neuen Bundesländern die Jahrgänge aus, in denen das westdeutsche Rentenrecht mit ostdeutschen Erwerbsbiographien zusammen fällt. Viele, die künftig im Osten in Rente gehen, kennen bereits die Arbeitslosigkeit und damit die entsprechenden Abschläge im Alter.

Armut ist für viele nur ein Übergangsphänomen, das Resultat einer vorübergehenden wirtschaftlich schwierigen Lebenssituation. Besorgniserregend ist deshalb vor allem der Anstieg der dauerhaft Armen. Von 1998 bis 2003 ist der Anteil der Menschen, die aktuell und in mindestens zwei von drei Vorjahren unterhalb der Armutsschwelle leben, von 6,8 auf 9,3 Prozent gestiegen, bei den Frauen sogar von 8,0 auf 10,9 Prozent.

Auch die Kehrseite der Armut, der wachsende Reichtum von Teilen der Gesellschaft, bietet wenig Anlass zu Optimismus. Zwar stieg das Vermögen aller privaten Haushalte im Schnitt auf 133 000 Euro, inflationsbereinigt immerhin rund zehn Prozent mehr als 1998, aber gleichzeitig ist der Reichtum zunehmend ungleich verteilt: Die oberen 20 Prozent aller Haushalte teilen sich zwei Drittel des gesamten Vermögens. Auf die oberen zehn Prozent entfallen gar 46,8 Prozent aller Vermögen, fast zwei Prozent mehr als noch 1998. Die unteren 50 Prozent hingegen müssen sich mit 3,8 Prozent der Vermögen zufrieden geben. Fünf Jahre zuvor waren es zumindest 0,1 Prozent mehr.

Zugenommen hat in den vergangenen Jahren auch die Zahl der überschuldeten Privathaushalte. Sie stieg von 2,8 Millionen 1999 auf 3,1 Millionen in 2002. Das sind 8,1 Prozent aller Haushalte. In den neuen Bundesländern sind sogar 11,3 Prozent aller Haushalte überschuldet. •

Ursachenforschung

Ziel des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung ist keine reine Bestandsaufnahme der Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern auch eine kritische Analyse der Politik, ob sie dem Ziel einer sozial gerechten Gesellschaft nachkommt. So will es das Gesetz.

Dieses Ziel droht Rot-Grün aus den Augen zu verlieren, kritisiert der DGB in einer ersten Einschätzung des Entwurfs für den Armutsbericht. Die Bundesregierung unterstelle in ihrem Bericht, dass Politik nur die Rahmenbedingungen gestalten könne. Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Strategien zur Armutsbekämpfung würden nicht aufgeführt. Statt dessen setze die Bundesregierung lediglich auf die „Aktivierung" der Betroffenen. Die Intention des Armutsberichts werde dadurch in ihr Gegenteil verkehrt.

Der DGB hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, die Zeit bis zur Vorlage der Endfassung des Armutsberichts zu nutzen, um notwendige Korrekturen in den politischen Schlussfolgerungen vorzunehmen.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Erste Einschätzungen des DGB zum Entwurf des 2. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung

PROJEKTE UND PARTNER

Ruhrfestspiele Recklinghausen

Festliche Spiele mit den Prinzen

Sechs Monate nach der vorzeitigen Trennung von Frank Castorf haben die Ruhrfestspiele Recklinghausen unter ihrem neuen Leiter Frank Hoffmann das Programm für die am 1. Mai beginnende Spielzeit 2005 präsentiert. Neben klassischem Theater, darunter allein vier Stücken von Gotthold Ephraim Lessing, drei Uraufführungen, einem Ballettabend und einem eigenen Kabarettfestival (16. bis 26. Mai) öffnen die Ruhrfestspiele ihre Bühne in diesem Jahr für junge Talente: In Kooperation mit der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste werden Stücke junger AutorInnen aufgeführt. Innerhalb eines eigenen „Fringe Festivals" (27. Mai bis 5. Juni) präsentieren sich zudem Off-Theater-Kompanien aus Polen, Tschechien, Großbritannien, Norwegen und Frankreich.

Trotz knapper Kassen – der Etat der Ruhrfestspiele von 4,5 Millionen Euro wird durch ein Defizit von 800 000 Euro aus der Castorf-Ära belastet – ist es Hoffmann gelungen, wieder große Namen für Recklinghausen zu gewinnen. Zu sehen sind Inszenierungen von George Tabori und Peter Brook und bekannte Schauspielerinnen wie Angela Winkler und Isabelle Huppert. Bereits vor der Programmpräsentation hatte Hoffmann „festliche Spiele" angekündigt. Den Abschluss dazu bildet ein Open-Air-Konzert der „Prinzen" (12. Juni).

Mit prominenten Darstellern wie Isabelle Huppert in die neue Spielzeit

Foto: Ruhrfestspiele

Fast zeitgleich mit der Festivalpräsentation 2005 haben die Ruhrfestspiele auch den Rechtsstreit mit ihrem früheren Leiter Frank Castorf beendet. Er darf 2006 und 2007 eine Gastinszenierung in Recklinghausen aufführen. •

www.ruhrfestspiele.de

Arbeitszeit

Flexibilität dominiert

So genannte Normalarbeitsverhältnisse werden allmählich zur exotischen Restgröße. An fünf Tagen in der Woche sieben bis acht Stunden zu arbeiten, wird zum Auslaufmodell, gleichzeitig breiten sich Teilzeit, massenhafte Überstunden, Minijobs, befristete Honorarverträge, Arbeitszeitkonten und viele andere Formen der Arbeitszeitflexibilisierung immer mehr aus.

Flexibilität der Arbeitszeit sei nicht an sich schlecht, schreibt Gudrun Linne von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) einleitend in dem von ihr herausgegebenen Arbeitspapier „Flexible Arbeitszeit und soziale Sicherheit". Doch gehöre dazu auch, die speziellen Zeitbedürfnisse der Beschäftigten zu berücksichtigen, was aber bisher nur in Einzelfällen geschehen sei. Der Band versammelt die Referate einer HBS-Tagung, u.a. von Eckart Hildebrandt, Karin Jurczyk und Hartmut Seifert, Arbeitsmarktexperte des WSI. Das „HBS-Arbeitspapier 97" kostet 14 Euro und kann bei der Setzkasten GmbH bestellt werden. •

mail@setzkasten.de
Tel. 0211 / 408 00 900
Kreuzbergstr. 56
40489 Düsseldorf

DGB-Bildungswerk

Infodienste im neuen Layout

Das DGB-Bildungswerk hat das Erscheinungsbild seiner Infodienste zum Thema Migration geändert: *Forum Migration* und *Aktiv+Gleichberechtigt,* vormals *Aktiv gegen Rassismus,* erscheinen nun im DIN A 4-Format monatlich mit jeweils vier Seiten. Der *Mediendienst Migration* wird nicht mehr weitergeführt. Regelmäßig als Online-Angebot gibt es den *Datendienst Migration.* Die Infodienste, die über Projekte von Migranten ebenso wie über aktuelle Fragen zum Thema berichten, können als E-Mail-Newsletter abonniert werden. Aus Kostengründen bittet die Redaktion alle Interessenten, die über einen Internetzugang verfügen, statt der Printversion den Newsletter online zu beziehen. •

www.migration-online.de/aboletter.html

DGB zum SGB IX

Behinderte integrieren

Gesundheitlich beeinträchtigte bzw. behinderte Menschen sollen im Arbeitsleben nicht benachteiligt werden. Das verlangt das seit Juni 2001 geltende Sozialgesetzbuch (SGB) IX. Doch die Realität sieht anders aus, wie eine DGB-Broschüre zeigt. Der grundlegende Missstand bestehe darin, dass das SGB IX einem viel zu kleinen Kreis von Behinderten zu schwache Rechte zugestehe. Doch es gibt auch Beispiele guter Praxis. Vorgestellt werden in der Publikation Integrationsvereinbarungen, u.a. bei der T-Com, der Saarenergie AG, dem Süßwarenunternehmen Kinkartz sowie dem DGB-Bildungswerk Sasel. Einzelexemplare der Broschüre „Wir wollen ins Boot – Beschäftigung und gleiche Chancen für behinderte Menschen" kosten 2 Euro (plus Versand). •

bestellservice@toennes-bestellservice.de

interregio

••• Der Vorsitzende des ***DGB Hessen,*** Stefan Körzell, protestiert in einem ***Offenen Brief*** an die Grünen gegen die geplante hessische Verfassungsreform. Er befürchtet einen „Paradigmenwechsel in den Grundwerten" des Landes. Die geplanten Änderungen stellen Tarifverträge mit Betriebsvereinbarungen gleich und sollen künftige Verfassungsänderungen auch ohne Volksvotum möglich machen. Der DGB wolle „die Enttäuschung der hessischen Gewerkschaften zum Ausdruck bringen", dass neben CDU und FDP auch die Grünen diese Reformen mittragen. Die Grünen halten dem DGB entgegen, dass die Regelungen zum Tarifrecht ohnehin durch Bundesrecht gebrochen würden und anstatt der Volksabstimmung zu Verfassungsänderungen andere Wege direkter Demokratie gestärkt würden. Die Volksabstimmung zur nun geplanten Reform soll parallel zur Bundestagswahl 2006 stattfinden. Infos: *www.hessen.dgb.de/themen/Hessische_Verfassungsreform/index3*

••• Der ***DGB Nordrhein-Westfalen*** und die Grünen im Landtag NRW haben im Vorfeld der Landtagswahl im Mai 2005 eine ***gemeinsame Erklärung*** verabschiedet. Unter der Überschrift „Qualität statt billig" sprechen sie sich gegen Lohndumping und den Abbau sozialversicherungspflichtiger Stellen durch Ein-Euro-Jobs aus. DGB und Grüne fordern außerdem eine verbesserte betriebliche Weiterbildung und eine Schulreform hin zum „gemeinsamen Lernen aller Kinder bis zum Ende der Sekundarstufe I". Infos: *www.nrw.dgb.de*

Arbeitsmarktpolitik

Zu viele Köche

Die Entmachtung der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit fällt auf die Reform der Arbeitsmarktpolitik zurück: Die Zersplitterung der Zuständigkeiten auf lokaler Ebene gefährdet den Erfolg der Arbeitsvermittlung.

Die Hartz-Gesetze, der größte Umbau des Sozialstaats in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, treibt seltsame Blüten: Jetzt beteiligt sich sogar das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) – das einzige aus Beitragsmitteln finanzierte Arbeitsmarktinstitut – am Abbau des Kündigungsschutzes. Ein Jahr nach dessen Lockerung fordert IAB-Vize Ulrich Walwei, dass die Arbeitgeber das Recht haben sollen, ihre MitarbeiterInnen jederzeit gegen Zahlung einer Abfindung zu feuern.

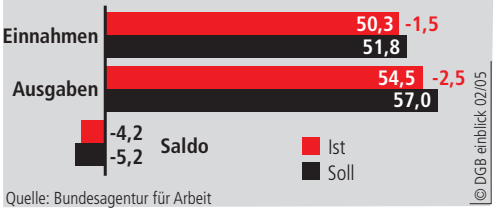
Dass die Selbstverwaltung der BA, die Drittelparität von Arbeitgebern, Gewerkschaften und öffentlicher Hand, den IAB-Vize rüffelt, muss er nicht befürchten: Die Selbstverwaltung ist – leise, still und heimlich – entmachtet worden. Und zwar auf allen drei Ebenen: Der Verwaltungsrat der BA in Nürnberg, das höchste Gremium der Selbstverwaltung, gestaltet die Geschäftspolitik nicht mehr mit, er kontrolliert und berät nur noch; auf der Landesebene, in den Regionaldirektionen der BA, existiert keine Selbstverwaltung mehr, und die Verwaltungsausschüsse der örtlichen Agenturen für Arbeit haben ihre Budgethoheit verloren.

Der DGB-Bundeskongress hatte 2002 noch gefordert, die Selbstverwaltung „auf allen drei Ebenen zu stärken", denn sie sei „ein Stück praktizierte Demokratie, die gesellschaftliche Beteiligung bei der Gestaltung von beitragsfinanzierten Aufgaben". Doch die DGB-Forderung verhallte bei Rot-Grün ungehört.

Die Selbstverwaltung versucht zu retten, was zu retten ist. In ihrem Entwurf der neuen Satzung der BA definiert sie ihr Informationsrecht so umfassend wie möglich: Sie will auch informiert werden über die Aufgaben der Bundesagentur „außerhalb des selbstverwalteten Bereichs, soweit diese Auswirkungen auf den selbstverwalteten Aufgabenbereich haben". Ob die Bundesregierung das akzeptiert, ist noch offen.

Bundeszuschuss drastisch reduziert

Geschäftsbericht 2004 der Bundesagentur für Arbeit (in Milliarden Euro)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) blieben 2004 zwar 1,5 Milliarden Euro unter den Erwartungen, ihre Ausgaben fielen aber um 2,5 Milliarden Euro niedriger aus, als im Haushalt eingeplant. Deshalb lag der Bundeszuschuss um eine Milliarde Euro unter der genehmigten Summe. Die geringeren Ausgaben sind vor allem bei der aktiven Arbeitsförderung (- 1,43 Mrd. Euro) und beim Arbeitslosengeld (- 0,44 Mrd. Euro) angefallen. Mehr als vorgesehen hat die BA für die Förderung selbstständiger Tätigkeit (+ 0,73 Mrd. Euro) ausgegeben.

Dabei geht es – auch aus Sicht des DGB – nicht allein um die Mitwirkung der Sozialpartner an der BA-Politik. Es stünde mehr auf dem Spiel, meint der Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy, nämlich „die bundeseinheitliche Gestaltung der Arbeitslosenversicherung".

Tatsächlich macht sich auf lokaler Ebene ein Spaltpilz breit: Neben den Agenturen für Arbeit existieren inzwischen 349 Arbeitsgemeinschaften (Arge) von Kommunen und Arbeitsagenturen sowie 69 „optierende Kommunen". Die Arge teilen sich mit den Arbeitsagenturen die Betreuung der Langzeitarbeitslosen, die optierenden Kommunen kümmern sich allein um sie. Beide arbeiten weitgehend autonom, die Zentrale der BA hat keinen direkten Zugriff auf sie. Die Atomisierung der Arbeitsmarktpolitik belastet deshalb den Reformprozess der BA. Ob sie auch den Erfolg der Arbeitsmarktpolitik gefährdet, ist für den DGB-Experten Adamy „ein offenes Rennen".

Kritischer sieht das ein Berater des BA-Vorstands. Die extrem fragmentierte Filialstruktur der BA sei nicht effizient, meint er. Niemand habe sie ursprünglich gewollt, sie sei das Ergebnis der politischen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat Ende 2003 gewesen. Von einem Wettbewerb zwischen Arbeitsagentur, Arge und optierender Kommune könne nicht gesprochen werden, weil keine einheitlichen Leistungsvorgaben existierten. Und wie die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort funktionieren solle, sei noch unklar. Angesichts fehlender Steuerungsinstrumente erscheint es fraglich, ob die BA die Vorgabe der Bundesregierung, die Arbeitsvermittlung zu optimieren, überhaupt erfüllen kann.

Wie Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) der BA das fehlende Steuerungsinstrument verschaffen könnte, weiß der BA-Berater: Der so genannte Aussteuerungsbetrag, den die BA den Arges und optierenden Kommunen für nicht vermittelte Arbeitslose zahlen muss, dürfte nur gezahlt werden, wenn die BA die Mittelverwendung auch überprüfen kann.

Pro nicht vermitteltem Arbeitslosen sind 9875 Euro fällig, die Nürnberg aus den Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufbringen muss. Im Jahr kommt auf diese Weise die gigantische Summe von 6,7 Milliarden Euro zusammen. •

Hartz im Überblick

- ***Hartz I:** In den 181 Agenturen für Arbeit werden Personal-Service-Agenturen eingerichtet, sprich vermittlungsorientierte Leiharbeitsunternehmen in privater Trägerschaft. Die Zumutbarkeits- und Sperrzeitregelungen werden verschärft, die Arbeitslosenhilfe wird gekürzt.*
- ***Hartz II:** Die Mini- und Midi-Jobs werden ausgeweitet, Ich-AGs erhalten einen Existenzgründungszuschuss.*
- ***Hartz III:** Die Bundesanstalt für Arbeit wird zur Bundesagentur für Arbeit umgebaut, die Selbstverwaltung geschwächt.*
- ***Hartz IV:** Die Arbeitslosenhilfe als Lohnersatzleistung wird abgeschafft, die Prinzipien der Sozialhilfe gelten damit auch für Langzeitarbeitslose. Das neue Arbeitslosengeld II gibt's nur bei Bedürftigkeit.*
  Jede legale Arbeit gilt als zumutbar, Hilfeempfänger sind auch zur Annahme so genannter gemeinnütziger Arbeiten verpflichtet. Bei Ablehnung einer Arbeit wird das Arbeitslosengeld II um 30 Prozent gekürzt, im Wiederholungsfall erneut.

kurz&bündig

ver.di fordert, dass LKW-Fahrer aus der „gesamtschuldnerischen Haftung" für Maut-Schulden ihrer Spedition entlassen werden. Nach dem Mautgesetz haften die FahrerInnen bei Insolvenz mit bis zu 20 000 Euro für Maut-Schulden ihres Unternehmens.

Die NGG will einen Informantenschutz für ArbeitnehmerInnen in der Lebensmittelindustrie und der Landwirtschaft durchsetzen. Die Aufsichtsbehörden könnten wesentlich mehr Verstößen gegen den Verbraucherschutz nachgehen, wenn den MitarbeiterInnen garantiert würde, dass Anzeigen gegen ihren Arbeitgeber anonym bleiben.

TRANSNET hat sich gegen Pläne der Bundesregierung ausgesprochen, den Bundeszuschuss für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) künftig der Deutschen Bahn zukommen zu lassen. Damit würden nur neue Löcher aufgerissen, um alte zu stopfen. Zudem werde das erklärte Ziel, die beiden Verkehrsträger zu verknüpfen, gefährdet. Neben TRANSNET hat sich auch ver.di gegen eine Umverteilung der Zuschüsse ausgesprochen.

Die IG BAU hat Arbeitgebern, die ihre Beschäftigten massiv nötigen, mit Strafanzeigen gedroht. Es sei eine „Verrohung der Sitten", wenn Unternehmer unter Androhung von Entlassungen unbezahlte Mehrarbeit einfordern.

Metall-Rente

Glänzende Bilanz 2004

Metall-Rente, das gemeinsame Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall, hat 2004 seine Position als „erfolgreichstes freiwilliges Versorgungswerk in Deutschland" bestätigt und „steuert nun die Position des größten Versorgungswerks in Deutschland an", so Metall-Rente-Geschäftsführer Heribert Karch.

Die Zahl der Firmenkunden ist im vergangenen Jahr um 22 Prozent auf 7043 gestiegen, die der Einzelkunden sogar um 48 Prozent auf 136 106. Die absolut meisten stammen aus den Branchen der IG Metall; Metall-Rente ist jedoch branchenoffen und versichert zum Beispiel auch die Beschäftigten der AOK.

Der Beitragsbestand stieg 2004 von 120 auf 176 Millionen Euro (plus 46 Prozent). Der jährliche Durchschnittsbeitrag von 1294 Euro liegt über dem marktüblichen von knapp 1000 Euro, die durchschnittliche Stornoquote von rund zwei Prozent liegt unter der allgemein üblichen von vier bis fünf Prozent. Die Rendite der Pensionskassen und Direktversicherungen betrug 4,4 Prozent. Damit bewegt sich Metall-Rente im oberen Drittel der Anbieter betrieblicher Altersvorsorgeprodukte. Metall-Rente hat den Kreis seiner Vertriebspartner vergrößert. Dem Konsortium von Allianz, Victoria, WestLB und BHW sind R+V Versicherung, Volksfürsorge und Swiss-Life beigetreten. •

Böcklerimpuls
Paare – gemeinsam am dran ...

Ende Januar ist die erste Ausgabe von Böcklerimpuls erschienen. Mit dem achtseitigen Newsletter will die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) in Zukunft alle zwei Wochen Entscheider in Politik und Gewerkschaften, in Unternehmen und Mibestimmungsgremien über aktuelle Projekte und Forschungsergebnisse informieren. Schwerpunkte der ersten Ausgabe sind die Auswirkungen von Hartz IV auf die Unterhaltspflicht von Paaren, die auch innerhalb der Gewerkschaften umstrittene Idee eines Tarifbonus für Gewerkschaftsmitglieder, der Kündigungsschutz in Kleinbetrieben und die Frauenquote für Betriebsräte. Leiterin der sechsköpfigen Redaktion, deren Mitglieder auch für den Internet-Auftritt der Stiftung verantwortlich sind, ist die Medienentwicklerin Regina Droge. Böcklerimpuls ist kostenlos, wird aber nach Abschluss der Einführungsphase nur auf persönliche Aboanforderung hin versandt. www.boecklerimpuls.de

?...nachgefragt

Zur Initiative „Bürger für Europa" haben sich Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur zusammengeschlossen, um in Deutschland für die europäische Integration zu werben. Mit dabei: Wolfgang Lutterbach, 51, Abteilungsleiter für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Weshalb er sich in der Initiative engagiert, wollte *einblick* von ihm wissen.

Als ich gefragt wurde, ob ich bei „Bürger für Europa" mitmache, habe ich nicht lange gezögert. Dass die Mitglieder der Initiative beispielsweise in Schulklassen oder Betriebe gehen, um den Menschen, vor allem der jüngeren Generation, Europa näher zu bringen, ist eine gute Sache. Denn die europäische Einigung darf nicht nur Sache der Regierungen und der politischen Eliten sein, sondern muss von den Menschen in den 25 Mitgliedsstaaten der Union mitgetragen werden. Werben will ich vor allem dafür, dass sich die BürgerInnen auch hierzulande ganz direkt in europäische Politik einmischen können – und müssen. Die Bedingungen dafür werden durch den europäischen Verfassungsvertrag verbessert. Darüber hinaus müssen durch eine Stärkung des Europaparlaments Entscheidungen auf europäischer Ebene transparenter und stärker als bisher demokratischer Kontrolle unterworfen werden.

Vergessen darf man aber auch nicht, dass die EU-Erweiterung nicht nur mit positiven Erwartungen verbunden ist, sondern bei vielen Menschen Ängste und Sorgen ausgelöst hat. Die müssen wir ernst nehmen. Deshalb setzen sich die Gewerkschaften etwa für eine koordinierte europäische Beschäftigungspolitik und ein sozialstaatlich verfasstes Europa ein, das mehr ist als ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum. Zusammen mit den anderen europäischen Gewerkschaften kämpfen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften dafür, dass die Beteiligungs- und sozialen Schutzrechte von ArbeitnehmerInnen bestehen bleiben und ausgebaut werden.
www.buergerfuereuropa.de

Gewerkschaftsmitglieder im Parlament

Wir brauchen uns nicht zu verstecken

Können Abgeordnete neben ihrem Bundestags- oder Landtagsmandat noch einen Beruf ausüben? Und wie wollen sie trotzdem ihre Unabhängigkeit wahren? Diese beiden Fragen stehen im Vordergrund der Debatte über die heimliche Einflussnahme von Wirtschaft und Verbänden auf die Politik. Dass in den Parlamenten auch aktive Gewerkschaftsmitglieder sitzen, ist kein Indiz für einen „Gewerkschaftsstaat", sondern Ausdruck einer funktionierenden Demokratie, meint Fritz Schösser.

Die Debatte um Nebentätigkeiten von Politikerinnen und Politikern erhitzt die Gemüter. **Im Fokus stehen dabei auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter,** die neben ihrem politischen Mandat eine nebenberufliche Tätigkeit oder Wahlfunktion innerhalb der DGB-Gewerkschaften ausüben. Die großen, bunten Schlagzeilen vom „Gewerkschaftslobbyismus" oder gar vom „Gewerkschaftsstaat" sind uns allen bekannt. Dass dies nicht stimmt, ist ebenso bekannt. Der Kündigungsschutz, Flächentarife, Mitbestimmung, Arbeitnehmerrechte, Arbeitsschutz, Tarifautonomie, der Sozialstaat in seiner Gesamtheit wären sonst nicht ständig den Angriffen der Chefideologen und Berufsfunktionäre der Arbeitgeberverbände ausgesetzt.

Foto: Jens Neumann/Edgar Rodtmann

Fritz Schösser ist seit Februar 1990 Vorsitzender des DGB-Bezirks Bayern. Seit Oktober 1998 ist er zudem für die SPD Abgeordneter des Deutschen Bundestags.

Das Problem ist also nicht, **dass sich zu viele Gewerkschafter in den Parlamenten befinden, sondern zu wenige.** Das Selbstverständnis der Gewerkschaften, ihrer Mitglieder und Funktionäre darf sich nicht auf die betriebliche Vertretung oder auf tarifpolitische Verhandlungen beschränken. Die Gewerkschaften sind zentraler Bestandteil des politischen Systems unseres Landes. Deswegen ist es richtig, dass sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in allen demokratischen Parteien engagieren, Parteiämter übernehmen und für Mandate in Kommunen, Landesparlamenten, Bundestag und Europaparlament kandidieren. Alles andere **wäre ein Ausschluss aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben** und nicht in Einklang mit den garantierten Grundrechten des Grundgesetzes.

Ein Mandat ist auch kein Beruf, sondern ein von den Wählerinnen und Wählern auf Zeit vergebenes politisches Amt. Es gibt ein gesellschaftliches und politisches Leben vor und nach der Übernahme eines Mandats. Wenn dessen Ausübung mit der Auflage verbunden wäre, sich ausschließlich auf dieses zu beschränken, würden die Parlamente und kommunalen Räte ihren **Bezug zur Gesellschaft und zur Realität verlieren.** Sogar der „Querdenker" der deutschen Sozialdemokratie und nicht unbedingt als Gewerkschaftsfreund bekannte SPD-Politiker Peter Glotz kommentiert in der Münchner Abendzeitung das Ansinnen, Nebentätigkeiten von Politikerinnen und Politikern zu verbieten, mit den Sätzen: „Ich habe in den knapp zwei Jahrzehnten, die ich dem Bundestag angehörte, viele tüchtige Abgeordnete erlebt, die nebenher beruflich hochaktiv waren. Ich nenne als Beispiele den Unternehmer Philipp Rosenthal und den Vorsitzenden der Chemie-Gewerkschaft, Hermann Rappe. Von beiden Männern profitierte der Bundestag viel, obwohl sie mindesten die Hälfte ihrer Kraft außerhalb des Parlaments einsetzten. Wollen wir so etwas wirklich verbieten?"

Jedes Parlament profitiert davon, dass Abgeordnete nicht gleich sind, und dass sie unterschiedliche Qualifikationen, Erfahrungen und Zugänge zur politischen Arbeit haben. Mit dieser Feststellung soll **nicht vom Problem der Nebentätigkeit von Abgeordneten abgelenkt werden.** Eine Diskussion über die Fragen: Was dürfen Abgeordnete und was dürfen sie nicht?, Was ist offen zu legen?, Was beeinträchtigt die Ausübung eines Mandats in unzulässiger Weise? muss sein!

Die **Gewerkschaften haben keinen Grund, sich vor diesen Fragen zu verstecken.** Sie haben seit langem Regelungen für die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten und für die Ausübung einer Abgeordnetentätigkeit. Sie sind vorbildlich! Hauptamtliche Gewerkschafter bringen sich – mit offenem Visier – in die politische Diskussion ein.

Wer Geld für nichts bekommt, sieht sich zu Recht auf der Anklagebank. Dem verdeckten Lobbyismus ist der Kampf anzusagen. Wer regelmäßig Geld von bestimmten Unternehmen bekommt, muss sagen, was er dafür tut.

Ein Abgeordnetenmandat ist ein Mandat auf Zeit – kein Beruf! Deshalb ist es gut, wenn Abgeordnete den Kontakt zu ihrer beruflichen Tätigkeit nicht verlieren. **Das schafft Unabhängigkeit.** Unabhängigkeit von der eigenen Partei und der neuerlichen Nominierung für ein Mandat. Unabhängigkeit von wirtschaftlichen, politischen und disziplinierenden Einflüssen. •

Transparenz entscheidend

Die Zahl aller hauptamtlichen Gewerkschafter, die in Parlamenten sitzen, ist überschaubar. Neben dem bayerischen DGB-Vorsitzenden Fritz Schösser sitzen auch der Vorsitzende der DGB-Region Siegen Wittgenstein, Willi Brase, und der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Gütersloh, Klaus Brandner, im Bundestag. Brandner bekommt nach einer IG Metall-Richtlinie wegen des Bundestagsmandats nur die Hälfte seiner Bezüge.

Fritz Schösser, der als DGB-Bezirksvorsitzender zur Zeit ebenfalls nur ein reduziertes Gehalt bekommt, hat alle Nebeneinkünfte auf der DGB-Homepage veröffentlicht (www.dgb-bayern.de). Wegen seiner Wahl in den ehrenamtlichen Verwaltungsrat der AOK hatte Schösser zudem bereits im vergangenen Jahr erklärt, aus Zeitgründen nicht mehr für den nächsten Bundestag zu kandidieren.

Eine Übersicht über alle Bundestagsabgeordnete, die in ihrem Berufsleben zumindest vorübergehend für die Gewerkschaften gearbeitet haben, hat der einblick bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl im September 2002 veröffentlicht (einblick 17/2002), eine Übersicht über alle Bundestagsabgeordneten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, im November 2002 (einblick 22/2002).

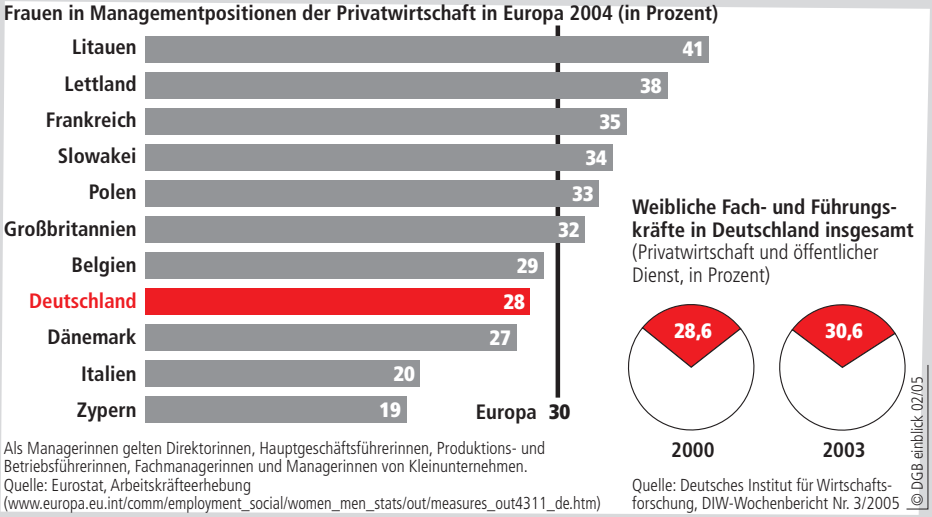
Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

FRAUEN IN FÜHRUNGSPOSITIONEN: Massiver Nachholbedarf

Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern aus dem Jahr 2001 greift nicht: In Europa liegt Deutschland mit einem Frauenanteil bei den Managementpositionen von 28 Prozent im unteren Mittelfeld. Zudem ist der Anteil weiblicher Fach- und Führungskräfte (Angestellte und Beamtinnen) zwischen 2000 und 2003 lediglich um zwei Prozent gestiegen. In den größten Privatunternehmen besetzen Frauen nur fünf Prozent der Posten in Vorstand, Aufsichtsrat und Geschäftsführung.



Als Managerinnen gelten Direktorinnen, Hauptgeschäftsführerinnen, Produktions- und Betriebsführerinnen, Fachmanagerinnen und Managerinnen von Kleinunternehmen.
Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung (www.europa.eu.int/comm/employment_social/women_men_stats/out/measures_out4311_de.htm)

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht Nr. 3/2005

14 TAGE

1.2. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Instrumente Nachhaltigen Wirtschaftens", Düsseldorf

1./2.2. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, „Europäisches Gespräch: Innovation, Wachstum, Arbeit – Perspektiven für Europa", Berlin

1./2.2. Forum Soziale Technikgestaltung, Bundeswirtschaftsministerium und DIHK, Kongress „E-Mobility – Mobile Arbeitswelten", Berlin

3.2. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Arbeitsschutzkonferenz „Bleibt die Gesundheit im Betrieb auf der Strecke?", Bremen

4./5.2. DGB Sachsen-Anhalt, Frauen-Wintertagung, Springe

8.2. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Fachtagung „Die vier Stationen der Hartz-Reise – erste Bilanz der Arbeitsmarktreformen", Bremen

10./11.2. DGB Berlin – Brandenburg und DGB Sachsen, Integrationskonferenz für die Grenzregionen zu Polen und Tschechien, Hoyerswerda

11.2. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitstagung „Das europäische Sozialmodell – Arbeitsbeziehungen und Partizipation", Düsseldorf

12.2. Hans-Böckler-Stiftung, Symposium „Stachel der Gerechtigkeit: Zur Zukunft des Sozialstaats", Frankfurt/M.

personalien

••• ***Dieter Pleyer,*** 44, seit Februar 2004 Leiter der Abteilung Veranstaltungs- und Innenservice des DGB-Bundesvorstands in Berlin, zuvor Bereichsleiter der Gewerkschaft ver.di, ist ab dem 1. Februar Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Post AG in Bonn.

••• ***Hans-Otto Hemmer,*** 58, seit 1981 Chefredakteur der Ende 2004 eingestellten Theoriezeitschrift *Gewerkschaftliche Monatshefte* sowie seit Januar 2002 Referatsleiter in der Grundsatzabteilung des DGB, wechselt Ende Mai in die passive Phase der Altersteilzeit.

Schlusspunkt

„Menschlich modernisieren – gerecht gestalten", unter diesem Motto hatte der DGB zu den Kundgebungen am 1. Mai 2003 aufgerufen. Jetzt hat die Zeitschrift „Schöner Wohnen" das DGB-Motiv für sich entdeckt. Unter dem Slogan „Schöner verändern" will die zum Verlag Gruner + Jahr gehörende Zeitschrift neue LeserInnen gewinnen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.02.2005 3/05

DGB

inhalt

Seite 3
Risse im Fundament
Der DGB will eine Diskussion über eine neue Finanzstruktur der Sozialsysteme anstoßen

Seite 5
Reiche in Zukunft unter sich
Deutschland hat zu wenig Studierende. Durch die Studiengebühren wird ihr Anteil weiter sinken, die soziale Selektion massiv zunehmen

Seite 7
Rekordarbeitslosigkeit ... und jetzt?
Wenn Rot-Grün Lohndumping verhindern will, sind Klarstellungen bei der Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslose überfällig, meint Hans-Joachim Schabedoth

Arbeitsmarkt

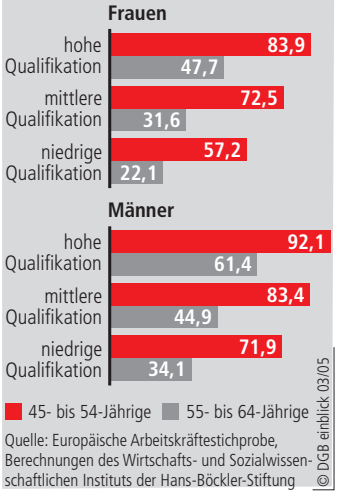
Arbeitslos für Rekordgewinne

Spitzenwerte zum Jahreswechsel: Während sich die UnternehmerInnen selbst heftigst auf die Schulter klopfen, fordern sie gleichzeitig von ihren Beschäftigten, kürzer zu treten. Von Daimler Chrysler bis zur Deutschen Bank, den Gewinnen, die sich an einem 30-Jahres-Hoch orientieren, sollen freiwillige oder erzwungene Einsparungen und Massenentlassungen folgen.

Obwohl gerade erst die Zahl der Arbeitslosen die Fünf-Millionen-Marke überschritten hat, ist schon bald mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Denn der Aufschwung geht weiter: auf dem Rücken der Beschäftigten, an den Arbeitslosen vorbei. „Sie finden keine Arbeit, weil immer mehr Unternehmen ihrer Verantwortung für den Standort Deutschland nicht nachkommen", sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und bezeichnet die Forderungen der Wirtschaft nach immer neuen Einschnitten ins soziale Netz und nach dem Abbau von Mitbestimmung als „die falsche Medizin, schlicht ein Ablenkungsmanöver von der Arbeitsmarktmisere, die in erster Linie die Wirtschaft zu verantworten hat."

Stille Reserve

Beschäftigungsquoten der 45- bis 54-Jährigen und der 55- bis 64-Jährigen nach Qualifikation und Geschlecht in Deutschland (in Prozent)



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung

Je niedriger die Qualifikation, desto höher der Anteil der entsprechenden Geschlechts- und Altersgruppen an der „Stillen Reserve". Nach Erreichen des 55. Lebensjahres nehmen die Beschäftigungsquoten rapide ab.

Dabei seien die Investitionsbedingungen so gut wie nie, so DGB-Ökonom Dierk Hirschel. „Nicht nur die realisierten Gewinne, auch die Gewinnerwartungen zeigen nach oben. Die Zinsen befinden sich auf historischem Tiefststand und die moderat steigenden Lohnstückkosten konnten nur noch von Japan unterboten werden."

Was die Arbeitgeber einmal mehr zum Ruf nach sozialen Beschränkungen, nach Einschränkungen bei Lohn und Freizeit veranlasst, führt zumindest vordergründig bei den Spezialisten des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung erst einmal zu vorsichtigem Optimismus. Sie prognostizierten im November des vergangenen Jahres in einem Bericht zur Entwicklung des Arbeitsmarktes für 2005 eine steigende Arbeitskräftenachfrage. Diese könnten die auf offiziell fünf Millionen angewachsenen Arbeitslosen so gut brauchen wie die in keiner Statistik auftauchende „stille Reserve". Denn die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist wohl noch schlechter, als es die offiziellen Zahlen suggerieren.

„Viele Arbeitssuchende werden von der Statistik nicht erfasst", wusste unlängst der neue Präsident des Institus für Wirtschaftsforschung in Halle, Ulrich Blum, in der ARD-Sendung *Sabine Christiansen* zu berichten und bezifferte die ganze Katastrophe auf annähernd neun Millionen arbeitssuchende Menschen. Dazu zählen beschäftigungssuchende Frauen und Männer über 55 Jahre, eine Bevölkerungsgruppe, die nach dem Willen der EU eigentlich bis zum Jahr 2010 zumindest zu 50 Prozent am Erwerbsleben beteiligt sein soll. Davon ist die Realität weit entfernt (siehe Grafik) und es werden wohl auch keine einfachen Rezepte helfen, diesen Zustand zu beseitigen. •

plusminusBERLIN

+ *Edda Müller, Vorstand des Bundesverbands Verbraucherzentralen, fordert, die Verbraucherschutzregelungen für Lebensmittel im Recht der Welthandelsorganisation (WTO) zu verankern. Sonst bestehe die Gefahr, dass die Kennzeichnungspflicht von der WTO gekippt werde.*

– *Dietrich Austermann, haushaltspolitischer Sprecher der Union, ist gegen stärkere Kontrollen von Schwarzarbeit und Schmuggel. Sie seien „entbehrlich". Die Verdreifachung des Kontrollpersonals seit 1998 sei Vergeudung von Steuergeldern.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.igmetall.de/themen/gutearbeit/schwarzbuch.pdf
Schwarzbuch „Krank durch Arbeit. Arbeitsbedingungen – Gesundheitsrisiken – Gegenwehr"

www.einblick.dgb.de
„Mehr und bessere Arbeitsplätze" Aufruf des DGB zur Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 19. März 2005 in Brüssel

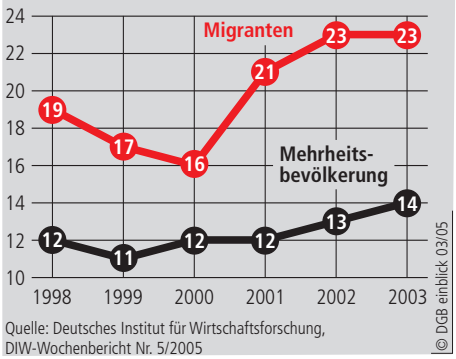
in eigener Sache

„Wollen Sie den einblick in Zukunft früher bekommen?" 1024 der 14 600 *einblick*-AbonnentInnen haben bislang auf die seit Sommer vergangenen Jahres bestehende Möglichkeit reagiert, den *einblick* bereits am Freitag vor dem Erscheinen der Print-Ausgabe als **E-Mail-Abo** zu erhalten. Von der Umstellung profitieren beide Seiten: Unsere LeserInnen, weil sie den *einblick* drei Tage vor allen anderen erhalten, und der Verlag, weil wir pro E-Mail-Abo 10 Euro im Jahr bei Druck und Vertrieb sparen.

Für alle *einblick*-LeserInnen, die ihr Print-Abo auf ein E-Mail-Abo umstellen wollen, haben wir auf Seite acht den **Rückmelde-Coupon** wiederholt. Gedacht ist der Coupon zudem als Rückmeldemöglichkeit für alle, die auf ihr *einblick*-Abo ganz verzichten wollen oder deren Adresse sich geändert hat. Wer sein *einblick*-Abo erst zu einem späteren Zeitpunkt vom Post- auf elektronischen Versand umstellen will, kann das natürlich jederzeit tun. Der Rückmeldecoupon steht auch auf unserer Internet-Seite: *www.einblick.dgb.de* (Klick auf „Bestellen")

Zuwanderer sind ärmer

Armutsquote bei Einheimischen und Zuwanderern 1998 – 2003 (in Prozent)



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht Nr. 5/2005

Zuwanderer sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Ihre wirtschaftliche Lage hat sich im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung erheblich verschlechtert. Mittlerweile lebt fast jeder fünfte Migrant in prekären finanziellen Verhältnissen. Drastisch gestiegen ist die Armutsquote der über 60-Jährigen, sie betrug 2003 knapp 30 Prozent. Besonders stark haben die Jüngeren unter der wachsenden Arbeitslosigkeit zu leiden. In der zweiten Zuwanderergeneration, den Migranten unter 35 Jahren, lebte 2002 jeder Dritte in Armut; in derselben Altersgruppe der Mehrheitsbevölkerung war es jeder Sechste. Als arm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des vergleichbaren durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügt.

Lissabon-Strategie

Nicht auf Wettbewerbsfähigkeit reduzieren

Die Lissabon-Strategie der EU muss wieder ins Gleichgewicht gebracht werden und darf nicht auf eine eng verstandene Wettbewerbsfähigkeit reduziert werden. Das fordert der DGB-Bundesvorstand in seiner Stellungnahme zur Halbzeitbilanz der 2000 von Europas Regierungschefs beschlossenen Agenda, die die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" machen soll. Mehr Wachstum, Arbeitsplätze und sozialer Zusammenhalt, ein besseres Bildungssystem und umweltfreundliche, nachhaltige Innovationen hatten sich die Staats- und Regierungschefs vor fünf Jahren bis 2010 zum Ziel gesetzt. Erreicht worden ist von den ehrgeizigen Zielen bisher fast nichts. Ernüchternd sei die Bilanz, so der DGB. Ein ähnliches Urteil hatte bereits eine hochrangige ExpertInnengruppe unter dem niederländischen Ex-Premier Wim Kok gefällt *(einblick* 22/04). Der DGB fordert eine konsequente Ausrichtung auf qualitatives Wachstum sowie sozial gerechte Strukturreformen.

Doch längst kursiert in Brüssel ein Papier der EU-Kommission, nach dem diese künftig bei den Lissabon-Zielen Umwelt- und Sozialaspekte außer Acht lassen will. Widerstand gegen eine Beschränkung auf Wirtschafts- und Bildungspolitik regt sich nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch im EU-Parlament und vonseiten der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft. Europa müsse sein Sozialmodell selbstbewusst verteidigen, fordert Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker. Der ganzheitliche Ansatz der Lissabon-Strategie müsse erhalten bleiben. Für ein soziales Europa, für „mehr und bessere Arbeitsplätze" wollen die europäischen Gewerkschaften am 19. März in Brüssel auf die Straße gehen. Im Vorfeld des EU-Gipfels am 22./23. März, auf dem die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie gezogen werden soll, sollen die Proteste auch ein deutliches Zeichen gegen den Kommissionsentwurf einer EU-Dienstleistungsrichtlinie setzen. •

DGB-Stellungnahme zur Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie www.einblick.dgb.de

?...nachgefragt

Was bleibt vom 5. Weltsozialforum („Eine andere Welt ist möglich") vom 26. bis 31. Januar im brasilianischen Porto Alegre? Das hat *einblick* Manfred Brinkmann, 46, gefragt, Projektleiter beim Nord-Süd-Netz im DGB-Bildungswerk. Brinkmann hat Programm und Teilnahme von 30 deutschen GewerkschafterInnen am Weltsozialforum organisiert.

Jeder der weit über 100 000 TeilnehmerInnen hat sein eigenes Weltsozialforum erlebt – bei 2500 Veranstaltungen kein Wunder. Allein 75 Veranstaltungen haben die deutschen Organisationen und ihre Partner angeboten. Gemeinsam mit attac und dem Evangelischen Entwicklungsdienst haben wir diese Angebote in einem dreisprachigen Programmheft präsentiert. Diese Dienstleistung ist gut angekommen, weil sie die Orientierung enorm erleichtert hat. Was bleibt? Die DGB-Jugend hat mit der CUT, dem größten Gewerkschaftsbund Brasiliens, den Aufbau gewerkschaftlicher Jugendstrukturen diskutiert. Vereinbart wurde, enger zusammen zu arbeiten und einen wechselseitigen Jugendaustausch zu organisieren. Außerdem haben wir erneut Betriebe von Bayer, Bosch und Thyssen-Krupp besucht. Wir drängen darauf, dass diese Multis ihrer sozialen Verantwortung in Lateinamerika stärker nachkommen. Und es gibt Fortschritte: Bei Bayer können in die so genannten Fabrikkommissionen, eine Art Betriebsrat, jetzt auch Gewerkschafter gewählt werden. Bosch verlangt die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), beispielsweise das Verbot der Kinderarbeit und den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit", auch von seinen Zulieferern. Wer sie missachtet, wird ausgeschlossen. Und Thyssen-Krupp investiert sieben Millionen Euro in den Arbeits- und Gesundheitsschutz seiner Gießerei in Barro do Pirai, nachdem es dort zu tödlichen Unfällen gekommen ist.

Finanzierung der Sozialsysteme

Risse im Fundament

Die Finanzbasis des Sozialstaats bröckelt. Der DGB will deshalb eine breite Diskussion über eine neue Finanzarchitektur der Sozialsysteme anstoßen.

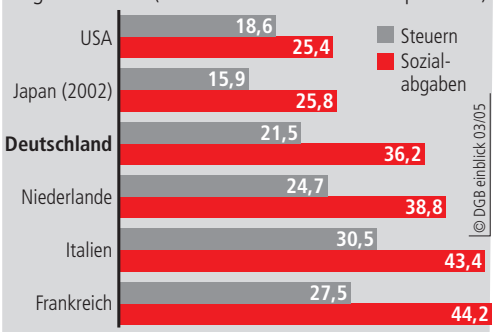
„Alle Zweige der Sozialversicherung litten in diesem Jahr unter der fortdauernden Einnahmeschwäche, die auf eine schwache Entwicklung der beitragspflichtigen Einkommen zurückzuführen ist", stellt der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Jahresgutachten fest. Deutschland zählte 2004 zwar 38,4 Millionen Erwerbstätige, 128 000 mehr als ein Jahr zuvor. Dieser leichte Zuwachs wurde aber fast ausschließlich durch Ich-AGs und Mini-Jobs getragen. Die Zahl der Mini-Jobs schoss Mitte 2003 binnen Jahresfrist von 5,5 auf 6,2 Millionen in die Höhe. Und Ende vergangenen Jahres gab es schon 223 300 Ich-AGs sowie 90 000 mit Überbrückungsgeld Selbstständige.

Ein größerer Zeitabstand macht die dramatische Verschlechterung des Verhältnisses von beitragspflichtiger zu nicht beitragspflichtiger Beschäftigung noch deutlicher: Von 1993 bis 2003 nahm der Anteil der selbstständig Tätigen an den Erwerbstätigen um 1,3 Prozentpunkte auf 11 Prozent zu – und der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 6,8 auf 70,6 Prozent ab. Dieser Rückgang kostet die Rentenkasse jährlich 3,9 Milliarden Euro, die Kranken- und Pflegeversicherung 3,1 Milliarden.

Diese gewaltigen Summen erklären die Sparwut der Bundesregierung: von der Einführung der Praxisgebühr über die Absenkung des Rentenniveaus bis zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Statt die Einnahmenseite zu stärken, werden die Ausgaben gekürzt. •

Nicht an der Spitze

Steuer- und Sozialabgabenquoten im internationalen Vergleich* 2003 (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)



*Die OECD-Definitionen entsprechen nicht denen der deutschen Finanzstatistik.
Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2003, Paris 2004

Deutschland ist weder ein Hochsteuerland noch zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hierzulande die meisten Sozialabgaben.

Fragen an ...

Müssen die Sozialabgaben runter? Das hat *einblick* DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer gefragt.

■ Du hast Politik, gesellschaftliche Gruppen und Kirchen aufgefordert, gemeinsam mit den Gewerkschaften Lösungen für die Finanzierungsprobleme des Sozialstaates zu erarbeiten. Ist der DGB mit seinem Latein am Ende?

■ *Nein, es geht um etwas anderes: Die Sparpolitik der Vergangenheit hat die Probleme nicht lösen können. Sie werden mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts eher noch größer. Die Basis von sozialer Sicherheit bröckelt längst. Deshalb müssen wir die Fundamente wieder in Ordnung bringen. Und dazu brauchen wir eine neue Verständigung über den Wert von sozialer Sicherheit.*

■ Gehen die gewerkschaftlichen Überlegungen in diese Richtung: Steuern hoch, Sozialabgaben runter?

■ *Das wäre zu einfach. Es geht darum, bei aller notwendigen Flexibilität ein hohes Maß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten. Dazu brauchen wir zuallererst eine Offensive für sozial abgesicherte Beschäftigung. Zweitens brauchen wir mehr Qualität und Effizienz, vor allem bei der Gesundheitsversorgung. Und drittens brauchen wir eine angemessene Finanzierung. Es ist nicht gerechtfertigt, wenn gesellschaftliche Aufgaben wie zum Beispiel die Finanzierung der deutschen Einheit über die sozialen Sicherungssysteme, das heißt zu Lasten regulärer Beschäftigung, finanziert werden.*

■ Also keine Entlastung der Sozialsysteme?

■ *Doch. Deshalb sollten ja die gesamtgesellschaftlichen Ausgaben über Steuern finanziert werden. Dadurch könnten die Sozialabgaben gesenkt werden. Vor allem hätten wir mit diesen Reformen ein Ende der Debatte um ständig neue Leistungskürzungen. Außerdem können wir nicht tatenlos zusehen, wie die Finanzbasis der sozialen Sicherheit weiter schrumpft.*

■ Sind die Lohnnebenkosten zu hoch?

■ *Wir wollen niedrige Beiträge und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Und deshalb müssen die Sozialversicherungen entlastet werden. Wir brauchen aber auch ein Umdenken bei den Arbeitgebern, denn der Abbau und die Umwandlung von Arbeitsplätzen in Billigjobs nimmt den Beschäftigten den Schutz und treibt die Beiträge immer wieder in die Höhe.*

Arbeitslosenbeitrag zu hoch?

Die Bundesregierung solle noch in diesem Jahr den Arbeitslosenbeitrag von 6,5 auf 5,5 Prozent drücken, fordert Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Die Senkung der Sozialabgaben um einen Prozentpunkt bringe 100 000 neue Arbeitsplätze und damit je eine Milliarde Euro mehr Steuern und Abgaben.

Der DGB denkt in dieselbe Richtung, aber aus anderen Gründen. Seiner Auffassung nach ist die Legitimation des Arbeitslosenbeitrags ins Wanken geraten, seitdem die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes dramatisch verkürzt worden ist. Sollte es zu einer Senkung des Arbeitslosenbeitrags kommen, müsse der Ausfall an Beiträgen aber über Steuern ausgeglichen werden, denn es dürfe keine weiteren Leistungskürzungen zu Lasten der Arbeitslosen geben.

Der Beitrag zur Sozialversicherung insgesamt, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundsätzlich zu gleichen Teilen erbringen, beträgt 41,7 Prozent des Bruttoeinkommens. Diese Summe ergibt sich aus den Beiträgen zur Rentenversicherung (jeweils 9,75 Prozent), zur Arbeitslosenversicherung (jeweils 3,25 Prozent), zur Krankenversicherung (durchschnittlich 7 Prozent) und zur Pflegeversicherung (jeweils 0,85 Prozent).

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugend

Angebot mit neuen Akzenten

Jugendliche für aktuelle gesellschaftspolitische Themen zu interessieren, erfordert Kreativität. Die DGB-Jugend bietet mit ihrem Jugendbildungsprogramm für 2005 für nahezu alle etwas – vom Seminar über Mitbestimmungsrechte der Azubis und jungen ArbeitnehmerInnen im Betrieb bis zur deutsch-türkischen Jugendbegegnung, vom Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung" bis zum Moderationstraining. Die DGB-Jugend

hat in ihrer Bildungsarbeit einige neue Akzente gesetzt: MultiplikatorInnen sollen intensiver qualifiziert werden. Die Zielgruppenarbeit, vor allem für SchülerInnen und StudentInnen, wird ausgebaut. Und schließlich soll die internationale Jugendarbeit intensiviert und stärker gefördert werden. •

www.dgb-jugend.de
Heike.Jost@bvv.dgb.de

Hans-Böckler-Forum

Arbeit und Recht

Alle zwei Jahre lädt die Hans-Böckler-Stiftung zu einem arbeits- und sozialrechtlichen Forum mit ExpertInnen aus den Bereichen Recht und Forschung. In diesem Jahr stehen bei der zweitägigen Veranstaltung am 14. und 15. April in Berlin Vorträge zu ersten Erfahrungen mit dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV), zur tarifvertraglichen Umgestaltung bestehender Arbeitsverträge sowie zu Kündigungsschutz und Arbeitsgerichtsbarkeit auf dem Veranstaltungsplan. Einleitend wird Regine Winter vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft in Straßburg über die Zusammenarbeit des Gerichtshofs mit den nationalen Arbeitsgerichten der EU-Länder referieren. Tagungsgebühren fallen nicht an, Anmeldeschluss ist der 16. März. •

Tel. 0211 / 77 78 111
jeanette-koenig@boeckler.de

Gegen Rechts

Aufmucken mit Musik

Begründungen, gegen alte und neue Nazis aktiv zu werden, sind angesichts des NPD-Wahlerfolges in Sachsen und fortgesetzter fremdenfeindlicher Übergriffe eigentlich nicht nötig. Doch manchmal bedarf es eines handfesten Auslösers: Als 56 Nazigruppen 2004 eine Neonazi-CD unter dem Titel „Anpassung ist Feigheit" veröffentlichten, um sie vor Schulen zu verteilen, startete die sozialistische Jugendorganisation „solid" die Gegeninitiative „Aufmucken gegen Rechts – Beweg dich, damit sich was bewegt!"

Gemeinsam mit der ver.di-, DGB- und IG Metall-Jugend sowie der Hans-Böckler-Stiftung plant „solid" in diesem Jahr eine Reihe von Informationsveranstaltungen und Konzerten gegen Rechts.

Im Mittelpunkt des Projektes steht eine CD, auf der 16 Gruppen und InterpretInnen, etwa Die Sterne, Konstantin Wecker, Virginia Jetzt! und die Fantastischen Vier mit Stücken vertreten sind. 50 000 CDs werden seit Dezember 2004 kostenlos bundesweit auf Schulhöfen verteilt. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. •

www.aufmucken-gegen-rechts.de
aufmucken@solid-web.de

AiB-Verlag

Zeitschrift in neuem Gewand

Seit Januar 2005 erscheint die Zeitschrift *Arbeit & Ökologie-Briefe* unter neuem Namen im AiB-Verlag: Aus *Arbeit & Ökologie-Briefe* wurde *Gute Arbeit,* die Zeitschrift für Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung. Im neuen Design, moderner, klarer und übersichtlicher wurde die Zeitschrift auch inhaltlich neu strukturiert. Monat für Monat berichtet sie wie bisher über alles Wichtige zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Aktuell, gut aufbereitet, kritisch, kurz und knackig oder auch mal ausführlicher mit den notwendigen Hintergrundinfos. *Gute Arbeit* eben.

Wer sich davon überzeugen möchte, bestellt ein kostenloses, dreimonatiges Probeabo. •

www.gutearbeit-online.de

interregio

••• Im Auftrag des Landes NRW führt die ***DGB-Region Emscher-Lippe*** das ***Pilotprojekt*** „Ausbildungsreife und Berufswahlorientierung" durch. Für dieses Projekt sind insgesamt eine dreiviertel Million Euro vorgesehen. Ziel ist ein verbessertes „Übergangsmanagement" von SchülerInnen ab der achten Klasse in das Berufsleben. Infos: Tel. 0 23 61 / 1 06 24 0

••• Der ***DGB Bremen*** hat gemeinsam mit dem Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) auf einem Diskussionsforum eine ***Kooperation*** des Stadtstaates Bremen mit seinen Umlandgemeinden erörtert. Im Mittelpunkt der Diskussion stand das Modell einer „Regionalkörperschaft Bremen-Unterweser" des Bremer Staatskanzlei-Chefs Reinhard Hoffmann, der bereits im Jahr 2000 die neue Gebietskörperschaft mit eigenen Hoheitsrechten vorgeschlagen hatte. Das Modell hatte damals starke Kritik aus Niedersachsen provoziert. Auf der Veranstaltung von DGB und IAW wurde auch der Erfahrungsbericht des Projekts „INTRA" vorgestellt, das seit 2001 intensive regionale Abstimmung im Bremer Umland organisiert. Ergebnisse: *www. dgb-bremen.de/aktuelles.html*

••• Die ***DGB-Region Süd-Ost-Niedersachsen*** organisiert am 29. April eine kulturelle ***„Nacht der Arbeit".*** Über 50 Institutionen präsentieren Ausstellungen und Aktionen zur Geschichte des Strukturwandels in der Region. Neben zwölf Museen öffnen auch Betriebe ihre Tore. Pendelbusse verbinden die Ausstellungsorte. Die „Nacht der Arbeit" ist Teil eines Ende 2003 beschlossenen Kulturkonzepts aller Gewerkschaften der Region. Weitere Aktionen: Ein alter Bauwagen wird bis zur „Nacht der Arbeit" zum rollenden Industriemuseum ausgebaut. Bis Juni 2005 wollen die DGB-Gewerkschaften außerdem mit Dozenten der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig eine Kulturwerkstatt einrichten. Infos: Gundolf Algermissen, Tel. 0531 / 48 09 60

Net-Activity

Bannertausch

Seit Mitte Januar bietet die Berliner Agentur *Warenform* die Kommunikationsplattform *Bannervista* an, um Internetauftritte mit emanzipatorischen sowie qualitativ hochwertigen Inhalten mit Partnerverbänden zu vernetzen und sich gegenseitig Bannerplatz zur Verfügung zu stellen. Jede teilnehmende Organisation kann sich ihre Partner im Verband frei wählen. •

Tel. 030/61652529
bannervista@warenform.net
www.bannervista.net

Einführung von Studiengebühren

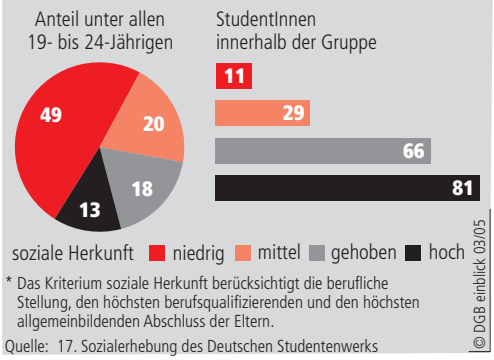
Reiche in Zukunft unter sich

2006 wollen die ersten Bundesländer Studiengebühren einführen. Vordergründig geht es ihnen um mehr Geld für die Hochschulen und um bessere Studienbedingungen. Doch die Folgen werden dramatisch sein: Der schon jetzt zu niedrige Studentenanteil wird weiter sinken, die soziale Selektion zunehmen.

35 Prozent aller Schulabgänger studieren in Deutschland, im Durchschnitt aller OECD-Länder sind es 51 Prozent. 19 Prozent schaffen hierzulande einen Hochschulabschluss, OECD-weit sind es 32 Prozent. Die wesentlich zu geringe Studentenquote ist eine der Ursachen der deutschen Innovations- und Wachstumskrise. Trotzdem hatten sechs unionsregierte Bundesländer gegen das von der Bundesregierung durchgesetzte Verbot von Studiengebühren für das Erststudium geklagt und damit Ende Januar vor dem Bundesverfassungsgericht Recht bekommen. Ein bundesweites Verbot ist nach Ansicht der Richter zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht erforderlich. Eine Position, die selbst die in Karlsruhe klagenden Länder noch im Mai 2000 anders gesehen hatten. Damals hatten die Kultusminister aller Bundesländer ein gebührenfreies Erststudium gefordert.

Massive Schieflage

Soziale Herkunft* der 19- bis 24-jährigen StudentInnen 2000 (in Prozent)



* Das Kriterium soziale Herkunft berücksichtigt die berufliche Stellung, den höchsten berufsqualifizierenden und den höchsten allgemeinbildenden Abschluss der Eltern.

Quelle: 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

© DGB einblick 03/05

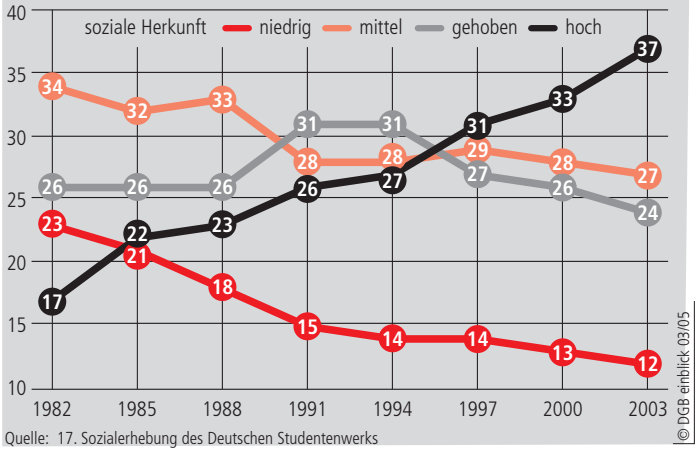
In Deutschland hängt die Chance zur Aufnahme eines Studiums vor allem vom Bildungsniveau und vom Einkommen der Eltern ab. Nur elf Prozent aller 19- bis 24-Jährigen, deren Eltern eine niedrige berufliche Stellung haben, studieren. Bei den 19- bis 24-Jährigen mit hoher sozialer Herkunft liegt der Anteil bei 81 Prozent.

Inzwischen ist die Stimmung gekippt. Dem Schritt von Bayern und Baden-Württemberg, die bereits angekündigt haben, Studiengebühren einzuführen, dürften bald weitere Bundesländer folgen. Nach der Bundestagswahl 2006 könnten dazu auch SPD-geführte Länder wie Nordrhein-Westfalen gehören, die in einer ersten Reaktion auf die Karlsruher Entscheidung erklärt hatten, auf Studiengebühren zu verzichten. Denn sobald die ersten Länder den Schritt tun, müssen die anderen nachziehen, um nicht Gefahr zu laufen, dass ihre Universitäten von StudentInnen aus den anderen Ländern überschwemmt werden.

500 Euro sollen die StudentInnen nach einem Beschluss der Hochschulrektorenkonferenz in Zukunft pro Semester zahlen. Bei einer durchschnittlichen Studiendauer von 5,8 Jahren sind das am Ende des Studiums 5500 Euro. Durch die Verzinsung wächst der Betrag bis zum Ende der Abzahlung auf rund 11 000 Euro. Für Studenten, die BAföG bekommen, weil ihre Eltern nur über ein geringes Einkommen verfügen, kommen weitere 10 000 Euro BAföG-Schulden hinzu. Heiraten zwei StudentInnen, verdoppelt sich die Summe auf 42 000 Euro. Ein Betrag, mit dem sich kein Hochschulabsolvent in Zukunft mehr selbstständig machen kann, weil er aufgrund des Basel II-Abkommens wegen Überschuldung keinen Kredit mehr bekäme. Und auch die Kinderfrage erübrigt sich angesichts solcher Schuldenberge. Doch das ist erst der Anfang. Für einzelne Hochschulen sind bereits Studiengebühren von 3500 Euro pro Semester im Gespräch. •

Zunehmende Ausgrenzung

Veränderung der sozialen Zusammensetzung der StudentInnen 1982 – 2003 (in Prozent)



Quelle: 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

© DGB einblick 03/05

Seit Beginn der achtziger Jahre hat sich die soziale Zusammensetzung der StudentInnen massiv zu Gunsten oberer Einkommensgruppen verschoben: Während der Anteil Studierender aus Familien mit niedriger beruflicher Stellung von 23 auf 12 Prozent sank, stieg der Anteil mit hoher sozialer Herkunft um mehr als das Doppelte, von 17 auf 37 Prozent.

Nicht mit Amerika vergleichbar

Wer wie der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) die Einführung von Studiengebühren für das Erststudium fordert, vergisst in der Regel nicht, auch für die Einführung eines Stipendiensystems nach amerikanischem Vorbild zu plädieren. Dies solle für den notwendigen sozialen Ausgleich sorgen, damit auch in Zukunft Kinder aus dem hintersten Winkel des bayerischen Walds studieren können. Doch mit der deutschen Wirklichkeit hat dieses Wunschbild wenig zu tun.

Zwar gibt es bundesweit rund 150 Studienförderungseinrichtungen, von der Hochbegabtenförderung bis zu industrienahen Stiftungen, von den Studienförderungswerken der Parteien bis zur Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung, doch profitieren von ihnen bundesweit gerade einmal zwei Prozent aller StudentInnen. Und ein Ausbau ist nicht in Sicht, eher im Gegenteil. Denn die Mittel der meisten Stiftungen sind begrenzt. Der weit überwiegende Teil der von ihnen vergebenen Stipendien wird zudem über öffentliche Mittel finanziert. Deren Aufstockung hätte deshalb unmittelbar zusätzliche Einschnitte bei den Hochschuletats zur Folge. Der Sinn der Studiengebühren, den Unis zusätzliche Finanzquellen zu erschließen, würde damit in sein Gegenteil verkehrt.

kurz&bündig

In einer Online-Umfrage der Gewerkschaft TRANSNET haben 70 Prozent der 1600 TeilnehmerInnen für eine Ausweitung der LKW-Maut auf Bundesstraßen votiert. Die Gewerkschaft sieht sich damit in ihrer Forderung bestätigt, durch die Ausdehnung der Mautpflicht mehr Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern.

Die Gewerkschaft NGG ist für die Einrichtung von 40 Prozent Nichtraucherplätzen in der Gastronomie auf Basis einer freiwilligen Vereinbarung zwischen der Drogenbeauftragten der Bundesregierung und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband. Ein vollständiges Rauchverbot oder ein Nichtrauchergesetz lehnt die NGG hingegen ab.

Der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters hat sich der Forderung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) angeschlossen, eine globale Steuer auf Spekulationsgeschäfte zu erheben, um Entwicklungsländern finanziell stärker zu helfen. Schröder könne sich der Unterstützung der Gewerkschaften sicher sein, so Peters.

Die IG BAU stellt in der Broschüre „Dem Leben Zukunft geben" ihre Nachhaltigkeits-Projekte in der Forst- und Wasserwirtschaft, beim Bauen sowie in Freizeit und Tourismus vor. Sie kann gegen zwei Euro Schutzgebühr bestellt werden: ***diego.morisco@igbau.de***

Zukunftswerkstatt „Profil 04"

Bericht zeigt Handlungsbedarf

In über 40 Prozent aller Betriebe hierzulande arbeiten keine ArbeitnehmerInnen mehr, die älter als 50 Jahre sind. Für Gewerkschaften ist das Anlass genug, sich mit eigenen Veränderungsvorschlägen in die Diskussion über die notwendigen Korrekturen in der Personalpolitik einzuschalten. Innovative Arbeitsformen, vorausschauende betriebliche Personalpolitik, Weiterbildung und Gesundheitsförderung gewinnen dabei rapide an Bedeutung.

Im Rahmen der Zukunftswerkstatt „Profil 04" beschäftigt sich der DGB seit einiger Zeit mit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Im Januar lag dem DGB-Bundesvorstand ein erster Zwischenbericht vor. Ziel der Gewerkschaften ist ein „längerer (und gesunder) Verbleib älterer ArbeitnehmerInnen in Erwerbsarbeit" ohne gleichzeitige Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Den Forderungen von Teilen von Politik und Wirtschaft nach einer Anhebung der Rentengrenze hält der DGB entgegen, dass das faktische Renteneintrittsalter allmählich steigt, und darauf kommt es an. Um den Erfordernissen älterer ArbeitnehmerInnen besser begegnen zu können, wurden vom DGB die Erwerbstätigkeit, die Arbeitslosigkeit, die altersgruppenbezogenen Arbeitszeiten Älterer und die arbeitsbedingten Erkrankungen analysiert. Zu den ersten Ergebnissen des Demografie-Projekts gehören ein Positionspapier zu den Vorschlägen des Bundesverbandes der Arbeitgeber sowie ein Ratgeber „50 Plus – Was nun?". Auch ist es den Gewerkschaften gelungen, die Forderung nach Erstattungspflicht des Arbeitslosengeldes durch den Arbeitgeber im Kündigungsfall durchzusetzen.

Für das kommende Jahr ist eine gemeinsame Tagung mit der Hans-Böckler-Stiftung geplant. Außerdem wollen die Gewerkschaften das von der Regierungskoalition geplante Gesetz zur Prävention von arbeitsbedingten Erkrankungen stärker im Sinne der Beschäftigten beeinflussen. •

8. Mai

Gegen NPD-Aufmarsch mobilisieren

Die Gewerkschaften werden sich an den Demonstrationen am 8. Mai, mit denen die Bundesregierung, die politischen Parteien und demokratische Organisationen an das Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft vor 60 Jahren erinnern wollen, beteiligen. Es müsse verhindert werden, dass Rechtsextremisten an diesem Tag sichtbar werden. Die Demokraten dürften ihnen nicht die öffentlichen Plätze überlassen. Das hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer im Anschluss an den SPD-Gewerkschaftsrat Ende Januar erklärt. Mit den Demonstrationen soll vor allem ein geplanter NPD-Aufmarsch am 8. Mai am Brandenburger Tor verhindert werden. In dessen unmittelbarer Nähe liegt die noch in Bau befindliche zentrale Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas.

Ob alle demokratischen Parteien gemeinsam zu den von SPD-PolitikerInnen in die Diskussion gebrachten Demonstrationen aufrufen werden, ist nach den jüngsten Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber zur NPD allerdings offen. Der Vorwurf Stoibers, die SPD hätte durch ihr „Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" wesentlich zum Erstarken der NPD beigetragen, hat zwar zu heftigen politischen Reaktionen geführt, aber bislang hat sich kein führender CDU-Politiker öffentlich von Stoiber distanziert. Parteienforscher sehen in dessen Äußerungen eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, warnen aber vor einer Überbewertung. Die Unionsparteien hätten traditionell „die Aufgabe, nach rechts hin zu integrieren", so der Parteienforscher Peter Lösche. „Das war nicht immer ästhetisch, aber es war erfolgreich." •

www.einblick.dgb.de
Erklärung des DGB-Bundesvorstands zum Rechtsextremismus

Schwerbehinderte

DGB vorbildlich

77 der bundesweit 889 Beschäftigten des DGB sind schwerbehindert (Stand 31.12.2004). Damit liegt der DGB erheblich über der vom Gesetzgeber geforderten Beschäftigungsquote von fünf Prozent Schwerbehinderter. Damit das auch in Zukunft so bleibt, haben sich der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV), die Gesamtbehindertenvertretung und der Gesamtbetriebsrat Ende 2004 auf eine Betriebsvereinbarung zur Förderung Schwerbehinderter verständigt, die inzwischen auch vom GBV formal bestätigt worden ist. Ziel der Betriebsvereinbarung ist die verstärkte Einstellung Schwerbehinderter, die Einrichtung behindertengerechter Arbeitsplätze und die Installierung eines speziellen Eingliederungsmanagements. Zudem soll jährlich überprüft werden, in welchem Umfang die vereinbarten Integrationsziele in den einzelnen Betriebsstätten des DGB erreicht worden sind. •

Die Folgen der Hartz-Reform

Rekordarbeitslosigkeit … und jetzt?

Mit der Hartz-Reform ist nicht nur die Arbeitslosigkeit sprunghaft gestiegen, sondern auch der Handlungsbedarf der Bundesregierung. Wenn Rot-Grün Lohndumping verhindern will, sind Klarstellungen bei der Zumutbarkeit überfällig. Und die Politik darf sich der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht verweigern, meint Hans-Joachim Schabedoth.

Das Jahr 2004 war für die meisten großen deutschen Unternehmen das erfolgreichste ihrer Geschichte. Hätten die neoliberalen Propheten Recht, müsste man das auch auf dem Arbeitsmarkt merken. Fünf Millionen Arbeitslose, so sagt es jetzt die amtliche Zählung. In Wirklichkeit sind es wohl noch ein bis zwei Millionen mehr. Darauf haben die Gewerkschaften immer wieder – allerdings nicht sonderlich erfolgreich – aufmerksam gemacht.

Mit den Hartz-Reformen **sollte es besser werden. Jetzt ist es schlechter geworden, als es je war.** Im Eifer der Gefechte um Hartz IV scheint übersehen worden zu sein, dass selbst die intelligenteste Arbeitsmarktpolitik und die beste Form der Weiterqualifizierung von Arbeitslosen die erforderlichen neuen Arbeitsplätze nicht herbeizaubern können.

Immerhin, eine späte Einsicht scheinen die Regierungsparteien ihren eifernden Kritikern aus der Opposition voraus zu haben: Wir brauchen mehr unternehmerische Verantwortung für den Standort Deutschland, fordern der Kanzler und sein Clement. Ob sich das auch zu einer Politik der Wachstumsförderung wenden lässt? Dabei ginge es um Investitionen und Innovationen, um Qualifizierung der Arbeitskräfte und um soziale Sicherheit. Wer sich darum nicht kümmern will, **sollte sich jetzt schon neue Ausreden für weiter steigende Arbeitslosenzahlen ausdenken.** Die Union ist fix bei der Hand. Sie will weitere Lohnsenkungen und legalisiertes Lohndumping. Der Regierung wirft sie vor, sie hätte den Arbeitslosen nur ein Ohr abgeschnitten, wo man ihnen doch beide hätte nehmen sollen. Vor einer Wahrheit verschließen Regierungs- und Oppositionspolitiker die eigenen Ohren: Ohne eine tariflich und gesetzlich abgesicherte Politik individueller und auch kollektiver Arbeitszeitverkürzungen wird es keine realistische Vollbeschäftigungsperspektive mehr geben.

Wie reagiert die Regierung? Sie hat immerhin unter dem Eindruck eines erheblichen Unwillens in der Öffentlichkeit den Gewerkschaften **versprochen, die Auswirkungen der Hartz-Gesetze zu überprüfen.** Das steht jetzt an. Hartz IV ist nun Realität. Natürlich gab es Anlaufschwierigkeiten. Bei den Banküberweisungen hat es noch nicht überall sofort geklappt, weil Nullen vertauscht wurden. Wir lernen daraus einmal mehr, welche schädlichen Folgen es hat, wenn die Nullen an der falschen Stelle sitzen. Doch auch bei den Berechnungen gab es Fehler. Eile ging vor Sorgfalt. Da dürften sich also noch viele wundern, denen man zunächst einmal mehr als 331 Euro (Ost) oder 345 Euro (West) überwiesen hat. Der Ärger über Ungleichbehandlung bleibt. Dass Leben und Wohnen im Osten kostengünstiger ist, das ist eine ungenügende Entschädigung für verletztes Selbstwertgefühl. Ginge es bei der Zumessung des Grundsicherungsbetrages tatsächlich nach den realen Lebenshaltungskosten, müssten jetzt ALG II-Bezieher z. B. aus Frankfurt, München und Hamburg noch stärker ins Grübeln geraten. Politiker, die **gerne vom Fordern reden, aber beim Fördern nur mit den Schultern zucken,** könnten durch Selbstversuch überprüfen, welche Sprünge man machen kann, wenn nur noch 331/345 Euro im Beutel sind. Hartz IV knüpft die Übernahme der Wohnkosten an Kriterien, die vielleicht in Frankfurt/Oder angemessen sein mögen, sich aber nicht nur in Frankfurt/ Main als völlig illusorisch erwiesen haben. Gerne hätten nicht nur die ALG II-Bezieher einen bezahlbaren Wohnraum, sondern auch die vielen Noch-Beschäftigten mit kleineren Einkommen. Leider hören die Vermieter nicht auf die Wünsche der Wohnungssuchenden und auf deutsche Bürokraten, die genau wissen wollen, was angemessener Wohnraum ist.

Dr. Hans-Joachim Schabedoth, 53, ist Leiter der Grundsatzabteilung des DGB.

Der Korrekturbedarf bei Hartz IV ist größer geworden. Wer neue Lohndumpingprozesse im Kontrast zur Union wirklich unterbinden will, der muss auch **bei der Zumutbarkeitsregel jetzt für die überfällige Klarstellung sorgen.** Oder er sollte einräumen, dass er Knappheit auf dem Arbeitsmarkt als Vorwand für neuen Druck auf die Einkommen genutzt sehen will.

Das alles steht also zur Debatte, wenn wirklich seriös überprüft werden soll, wie man von Gesetzten gegen Arbeitslose zu praxistauglichen Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von Arbeitssuchenden kommt. •

Aus der Traum

Noch liegen exakte Daten über die Wirkung der Hartz-Reformen nicht vor. Aber dass das Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren, nicht zu halten ist, wird inzwischen auch von den Reform-Verfechtern nicht mehr bestritten. Während die einen deshalb bereits laut nach „Hartz V" schreien, verschiebt Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) den längst verkündeten Aufschwung am Arbeitsmarkt ein weiteres Mal. Auf Ende 2005.

Professionelle Gesellschaftskritiker wie der Münchener Soziologe Ulrich Beck befürchten noch mehr. In Deutschland, so Beck in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung, sei spätestens seit Hartz IV ein Nachkriegstraum zerplatzt, der vom immer währenden Aufstieg. Politiker versuchten uns einzureden, dass wir „wieder in das verlorene Paradies von Prosperität zurückfinden" würden, wenn wir nur diese und jene bittere Medizin wie Hartz IV schluckten. „Aber wer das verkündet, sagt die Unwahrheit", warnt Beck.

„Wenn Reiche auch ohne Ausbeutung reich werden, wenn Regierungen auch ohne die Stimmen der Armen gewählt werden und die Wirtschaft wachsen kann, ohne am Schicksal der Arbeitslosen etwas zu ändern", werde das Vertrauen in die Demokratie gefährdet. „Niemand unterschätze das!"

Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

coupon

einblick PER E-MAIL Schneller zum *einblick*

22-mal pro Jahr erscheint der *einblick* als Printausgabe, immer montags. Wer den *einblick* früher lesen möchte, kann ihn künftig bereits am Freitag vor dem Erscheinen per E-Mail (pdf-Datei) erhalten. Komplett mit allen Seiten zum Lesen am Bildschirm und zum Ausdrucken.
Wer sein *einblick*-Abo auf E-Mail-Versand umstellt, ist nicht nur früher informiert, sondern hilft auch der Redaktion beim Sparen. Denn jedes Abo, das per Post verschickt wird, kostet den Verlag 10 Euro pro Jahr für Porto und Vertrieb. Deshalb gilt: Jeder bekommt den *einblick* nur einmal. Wer auf das schnelle E-Mail-Abo setzt, wird nicht zusätzlich per Post beliefert.

Änderung des *einblick*-Abos

- ☐ **Ich möchte den *einblick* in Zukunft früher erhalten. Bitte stellt/stellen Sie mein Abo auf E-Mail-Versand um.**
- ☐ **Ich möchte den *einblick* weiterhin in der Druckversion erhalten, aber meine Adresse hat sich geändert (s. unten).**
- ☐ **Das *einblick*-Abo soll ganz gestrichen werden.**

0305

Bitte alle Felder ausfüllen:

E-Mail

Name, Vorname

Institution/Betrieb

Straße

PLZ, Ort

ID-Nummer (siehe Adressaufkleber)

Telefon

Gewerkschaft

Funktion

zurück an:
Redaktion einblick
Wallstraße 60
10179 Berlin
Fax: 030 / 30 88 24 20

oder Antwort-Coupon im Internet nutzen: www.einblick.dgb.de

personalien

••• ***Dirk Neumann,*** 31, Diplomsozialwirt, seit November 2003 freiberuflicher Mitarbeiter für das ver.di-Tochterunternehmen Bildung+Beratung, das DGB-Bildungswerk und die DGB-Jugend, ist ab dem 1. März politischer Referent in der Abteilung Jugend des DGB. Er ist schwerpunktmäßig für den Bereich Neukonzeption der Jugendbildungsarbeit zuständig.

••• ***Ulrich Thöne,*** 53, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Berlin, kandidiert auf dem Gewerkschaftstag Ende April als Nachfolger für die scheidende GEW-Vorsitzende ***Eva-Maria Stange,*** 47. Für den Arbeitsbereich Finanzen kandidiert die bisherige Amtsinhaberin ***Petra Grundmann,*** 47, für den Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit der stellvertretende GEW-Vorsitzende ***Norbert Hocke,*** 52, für den Organisationsbereich Schule die bisherige Amtsinhaberin ***Marianne Demmer,*** 57, und für den Organisationsbereich Hochschule und Forschung der bisherige Amtsinhaber ***Gerd Köhler,*** 60. Für den Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung kandidiert als Nachfolgerin für ***Ursula Herdt***, 62, die GEW-Landesverbandsvorsitzende von Hamburg, ***Stephanie Odenwald,*** 55. Für die beiden weiteren Vorstandsfunktionen gibt es jeweils zwei KandidatInnen: Für den Arbeitsbereich Frauenpolitik kandidieren neben der Amtsinhaberin ***Larissa Klinzing,*** 53, auch die Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB, ***Anne Jenter,*** 51. Für den Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik kandidieren der derzeitige Amtsinhaber ***Heiko Gosch,*** 52, und die Leiterin des Referats Beamten- und Tarifrecht des GEW-Landesverbands Berlin, ***Ilse Schaad,*** 55.

••• ***Klaus Wiesehügel,*** 51, Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt und von 1998 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags, hat Anfang Februar in einem Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering erklärt, nicht mehr in den Bundestag zurückkehren zu wollen. Wiesehügel ist erster Nachrücker auf der SPD-Landesliste Hessen.

14 TAGE

16.2. ver.di, „Europäische Perspektiven der Mitbestimmung", Diskussion mit dem stellvertretenden EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann, Berlin

18./19.2. GEW und DGB Nordrhein-Westfalen, Kongress „Zukunft Bildung", Bochum

19./20.2. attac, IG BAU und ver.di NRW, Konferenz „Globalisierung und Arbeit", Bochum

23.2. DGB Nordrhein-Westfalen, Abschlussveranstaltung des Projektes „Kompetenzentwicklung in Betrieben mit alternden Belegschaften", Düsseldorf

25.2. DGB Thüringen, Demonstration zum Erhalt der Grundschulhorte, Erfurt

28.2./1.3. NGG, Forum „Gerechter verteilen", Bildungszentrum Oberjosbach

Schlusspunkt

„Die Alterspyramide ist längst keine Pyramide mehr. Sie hat die Form eines Dönerspießes."

Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen laut Welt am Sonntag vom 6. Februar über die Finanzierungsprobleme in der Altersversorgung

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.02.2005 4/05

DGB

inhalt

Seite 3
Unterschätzte Wahl
Selten waren die Sozialwahlen so wichtig wie 2005. Denn auch die SelbstverwalterInnen entscheiden über die Zukunft der Sozialversicherungen mit

Seite 5
Steuergerechtigkeit durchsetzen
Globalisierungskritiker von attac, DGB und Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt ziehen gemeinsam gegen Steuerflucht zu Felde

Seite 7
Mindestlöhne regeln
2004 konnten sich die Gewerkschaften nicht auf ein Modell zur Durchsetzung von Mindestlöhnen einigen. Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie macht eine Entscheidung notwendig, meint IG Metall-Vize Berthold Huber

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Gewerkschaftsprotest zeigt erste Wirkung

Die Warnungen der Gewerkschaften vor den Auswirkungen der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie scheinen endlich Gehör bei Politik und Medien zu finden.

Den Reigen eröffnete der Bundeskanzler persönlich. Anfang Februar erklärte Gerhard Schröder, dass der Vorschlag der EU-Kommission zur Liberalisierung des europäischen Dienstleistungsmarktes in seiner jetzigen Form *(einblick 21/04)* nicht umgesetzt werden dürfe. Das hohe Niveau der Arbeitnehmerschutzrechte in Deutschland könne nicht zur Disposition gestellt werden. Auch in anderen EU-Ländern, etwa in Frankreich, wächst die Kritik. Wenig später beeilte sich Kommissionspräsident José Manuel Barroso, die grundsätzliche Offenheit der Kommission für Änderungen an der Richtlinie zu erklären.

Die Auseinandersetzung um die Richtlinie ist endlich wieder in Bewegung geraten. Der DGB werde die Initiative des Bundeskanzlers, den Entwurf zu überarbeiten, nach Kräften unterstützen, versprach der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Die Initiative eröffnet neue Perspektiven, weitreichende Änderungen am Vorschlag der Kommission durchzusetzen."

Für ein soziales Europa wollen die europäischen Gewerkschaften am 19. März in Brüssel auf die Straße gehen. Die Proteste sollen auch ein Zeichen gegen den Kommissionsentwurf der Dienstleistungsrichtlinie setzen. Infos: www.dgb.de, www.etuc.org

Doch Entwarnung kann noch nicht gegeben werden. Denn in den Änderungsvorschlägen, die in Politik und Medien kursieren, geht es lediglich darum, für bestimmte Sektoren – wie Gesundheit, Handwerk, Bau oder Leiharbeit – Ausnahmen vom „Herkunftslandprinzip" zu schaffen. Im Kern soll das Prinzip, nach dem die Erbringung von Dienstleistungen den Standards unterliegt, die am Firmensitz des Dienstleisters gelten, erhalten bleiben. Doch gerade das eröffne eine Abwärtsspirale der Arbeits- und Sozialstandards, so die Kritik der Gewerkschaften, die sie bereits im Juli 2004 in einer Stellungnahme formulierten *(www.einblick.dgb.de)*. Unternehmen könnten ihren Sitz in die Länder mit den niedrigsten Standards legen und ihr Personal europaweit einsetzen. „Es kann nicht sein, dass in Europa 25 Rechtssysteme in einen Wettbewerb gestellt werden, und das Billigste setzt sich durch", so Sommer. Solange in der EU keine gemeinsamen Standards gelten, müsse für alle Dienstleister – und nicht nur für einzelne Berufsgruppen – das Arbeitsortprinzip gelten. „Die Richtlinie muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden", fordert Sommer. Das Herkunftslandprinzip müsse die Ausnahme sein. Nur für wenige Sektoren könne es nach vorheriger Prüfung und umfassender Harmonisierung der Standards gelten.

Grundlegende Änderungen erhoffen sich die KritikerInnen vor allem vom Gesetzgebungsverfahren im Europäischen Parlament (EP), denn die Richtlinie unterliegt der Mitentscheidung durch das EP. Im März wird die Hauptberichterstatterin Evelyn Gebhardt (SPE) den ersten Entwurf einer Stellungnahme vorlegen. •

plusminusBERLIN

+ ***SPD-Fraktionsvize Joachim Poß hat die Kontenabfrage verteidigt, mit der ab 1. April Finanzämter die Steuerehrlichkeit prüfen können. Wer den Kampf gegen Steuerhinterziehung ernst nehme, müsse den Behörden auch die Mittel zur Verfügung stellen, geltendes Recht durchzusetzen.***

– ***Hans Michelbacher, Vorsitzender der Mittelstands-Union, fordert, Wegeunfälle aus dem Leistungskatalog der Unfallversicherung zu streichen. Sie seien ein „allgemeines Lebensrisiko", das durch das Verhalten der Arbeitnehmer im Straßenverkehr bestimmt werde.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bmfsfj.de/Elternzeitrechner/
Elternzeitplanung online: Finanzen, gesetzliche Regelungen und mehr

www.einblick.dgb.de
Antidiskriminierungsgesetz – Vorurteile und Wirklichkeit: Hintergrundpapier des DGB

Ich-AGs

Nur zum Teil erfolgreich

268 000 Arbeitslose haben bislang von der seit Januar 2003 bestehenden Möglichkeit zur Gründung einer Ich-AG Gebrauch gemacht. 48 000 davon sind bereits aus der eigentlich auf drei Jahre angelegten Förderung wieder ausgeschieden. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) hat ermittelt, wo die abgebrochenen Ich-AG-Gründer geblieben sind. Das Fazit: Jeder zweite gescheiterte Kleinunternehmer (54 Prozent) landet nach dem Versuch, eine selbstständige Existenz aufzubauen, erneut in der Arbeitslosigkeit. Trotzdem sei nicht jeder Abbruch einer Ich-AG eine Pleite. Grund für den vorzeitigen Ausstieg aus der staatlichen Förderung war für ein Drittel aller Ich-AG-Gründer (33,6 Prozent) der Wechsel in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Knapp fünf Prozent der ehemaligen KleinunternehmerInnen sind zu anderen Formen von Selbstständigkeit übergegangen.

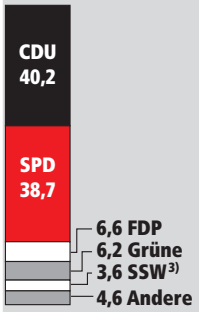
Gefragt nach den Gründen für eine Aufgabe gaben 57,3 Prozent der ehemaligen Ich-AG-Gründer Auftragsmangel an. 48,1 Prozent scheiterten an Finanzierungsengpässen, 20,5 Prozent an den unterschätzten Kosten für die eigene soziale Absicherung.

Bereits in früheren Untersuchungen sind das fehlende Marketing und der fehlende Zugang zu Fremdkapital als entscheidende Schwachstellen des Ich-AG-Konzepts analysiert worden. Während die Unterfinanzierung vieler Ich-AGs mit der eingeschränkten Kreditfähigkeit ehemaliger Arbeitsloser zusammenhängt, ist das Fehlen einer überzeugenden Geschäftsidee nach Meinung der IAB-Forscher konzeptionell bedingt: Mit einem sorgfältig ausgearbeiteten Business-Plan hätte zumindest bei einem Teil der gescheiterten Ich-AGs diese Schwäche rechtzeitig aufgedeckt werden können. •

GewerkschafterInnen gegen den Trend: Ihr Wahlverhalten ist gegenüber der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein konstant geblieben. Während die SPD bei allen WählerInnen ein Minus von 4,4 Prozent gegenüber 2000 verbuchen musste und die CDU 5,0 Prozent gewinnen konnte, verloren sowohl SPD als auch CDU unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen jeweils nur ein Prozent.

Schleswig-Holstein: SPD bei GewerkschafterInnen konstant

Stimmen bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 20.02.2005 (in Prozent)



1) vorläufiges amtliches Endergebnis, Landeswahlleiter Schleswig-Holstein
2) alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z.B. auch Beamtenbund), Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim
3) Südschleswigscher Wählerverband

© DGB einblick 04/05

Tarifsystem für den öffentlichen Dienst

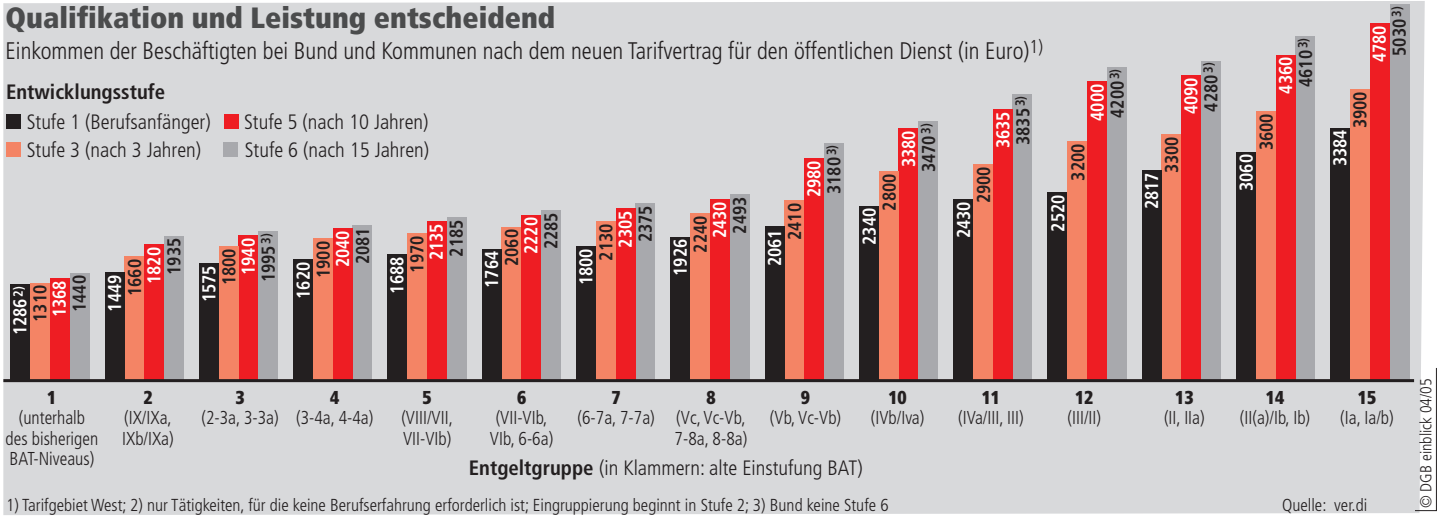
Erfolg durch Konsenstrategie

Noch gilt der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), auf den sich ver.di, Bundesregierung und Kommunen am 7./8. Februar nach zwei Jahren intensiver Verhandlungen geeinigt haben, formal nur für die 2,1 Millionen Beschäftigten beim Bund und bei den Städten. Ob es ver.di gelingt, den neuen Tarifvertrag ohne Arbeitskampf auch in den Ländern durchzusetzen, die sich im Mai 2004 durch die einseitige Verlängerung der Arbeitszeit aus den Verhandlungen verabschiedet hatten, entscheidet sich erst in den nächsten Wochen. Aber der Druck auf die Länder ist enorm gewachsen. Denn der neue Tarifvertrag bietet Vorteile für beide Seiten: Während die Beschäftigten von der Beseitigung traditioneller Ungleichbehandlung im alten BAT profitieren, nach dem zum Beispiel das Lebensalter honoriert wurde, nicht aber die persönliche Leistung, sowie von der Angleichung der Ost-Einkommen und der spürbaren Einkommensverbesserung für Jüngere, profitieren die Arbeitgeber von den Flexibilisierungsmöglichkeiten des neuen Tarifsystems. Öffentliche Leistungen können in Zukunft nachfrageorientiert und damit erheblich kostengünstiger angeboten werden.

Aber auch schon vor der Übertragung auf die Länder hat der neue TVöD Tarifgeschichte geschrieben: Er ist der erste Tarifvertrag von ver.di für eine große Beschäftigtengruppe, der im Konsens durchgesetzt wurde. Und das in einer Zeit, in der es in anderen Branchen massive Einschnitte bei Einkommen und Arbeitszeit gibt. •

Qualifikation und Leistung entscheidend

Einkommen der Beschäftigten bei Bund und Kommunen nach dem neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (in Euro)1)



1) Tarifgebiet West; 2) nur Tätigkeiten, für die keine Berufserfahrung erforderlich ist; Eingruppierung beginnt in Stufe 2; 3) Bund keine Stufe 6

Quelle: ver.di

© DGB einblick 04/05

Für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen gilt in Zukunft ein einheitliches Tarifrecht für Arbeiter und Angestellte. Das neue Tarifrecht umfasst 15 nach Qualifikation geordnete Entgeltgruppen mit jeweils sechs Entwicklungsstufen. Ausschlaggebend für die Bezahlung sind in Zukunft vor allem Qualifikation und Leistung.

Sozialwahlen 2005

Unterschätzte Wahl

Selten waren die Sozialwahlen so wichtig wie in diesem Jahr. Schließlich stellen auch die SelbstverwalterInnen entscheidende Weichen für die Zukunft der Sozialversicherungen. Unter dem Motto „Mitmachen und gestalten" wirbt der DGB für die Wahl der Gewerkschaftslisten.

Alle sechs Jahre das gleiche Lied – eine wichtige Wahl, doch nicht mal die Hälfte der wahlberechtigten Versicherten macht von dem Recht Gebrauch, darüber zu entscheiden, wer in den nächsten Jahren ihre Interessen in den Selbstverwaltungsgremien der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherungen vertritt. Gerade mal 38,41 Prozent betrug die Wahlbeteiligung bei der letzen Sozialwahl 1999, und eine Trendwende ist kaum in Sicht.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Deshalb investiert die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) gemeinsam mit vier Ersatzkassen acht Millionen Euro in eine groß angelegte Sozialwahl-Kampagne, mit der sie für die Beteiligung an der Sozialwahl 2005 werben. Und auch die DGB-Gewerkschaften verfolgen bei ihren Aktivitäten zwei Ziele – zum einen, möglichst viele WählerInnen von den Gewerkschaftslisten zu überzeugen, zum anderen, die Versicherten überhaupt zu animieren, bei der Sozialwahl mitzumachen.

Schließlich treffen die Selbstverwaltungsgremien wichtige Entscheidungen. Sie überwachen die Arbeit der hauptamtlichen Vorstände oder überprüfen in den Widerspruchsausschüssen Leistungsbescheide. Nicht zuletzt geht es bei ihrer Arbeit um viel Geld. Denn auch die Kontrolle über die Verwendung der Beitragsmittel in Höhe von jährlich 400 Milliarden Euro gehört zu den Aufgaben der Parlamente der Sozialversicherungen.

Selbstverwaltung heißt, dass alle, die Beiträge aufbringen, auch mitbestimmen. Die Selbstverwaltungsgremien setzen sich deshalb jeweils zur Hälfte aus VertreterInnen der Versicherten und der Arbeitgeber zusammen. Lediglich bei den Ersatzkassen gehören zu den Verwaltungsräten ausschließlich die VersichertenvertreterInnen.

Bei den meisten der gut 300 Sozialversicherungsträger – darunter die Landesversicherungsanstalten und die Berufsgenossenschaften – müssen die Versicherten keinen Stimmzettel abgeben. Hier finden so genannte Friedenswahlen statt. Dabei gelten die VertreterInnen automatisch als gewählt, wenn genauso viele KandidatInnen vorgeschlagen werden, wie Sitze zur Verfügung stehen. Dort sind die Sozialwahlen 2005 schon abgeschlossen, am 14. Februar wurden die Ergebnisse bereits bekannt gegeben.

Urwahlen gibt es in diesem Jahr lediglich bei der BfA und bei vier Ersatzkassen, der Barmer, der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK), der Kaufmännischen Krankenkasse Halle (KKH) sowie der Techniker Krankenkasse (TK). Annähernd 50 Millionen Versicherte haben die Chance, sich aktiv an den Sozialwahlen zu beteiligen.

Bei allen Urwahlen treten die Gewerkschaften mit einer DGB-Liste an, zum Teil auch mit einer ver.di-, IG Metall- oder IG BAU-Liste. Solidarische Lösungen bei den Reformen der Sozialversicherungen seien das wichtigste Ziel der gewerkschaftlichen SelbstverwalterInnen, so Jürgen Sendler, beim DGB-Bundesvorstand zuständig für die Sozialwahlwerbung. Ein Anliegen, das Gewerkschaftslisten zum Beispiel von den Listen kleiner Interessenvertretungen unterscheidet, die – nach geltendem Wahlrecht – unter dem Namen des Versicherungsträgers antreten dürfen. Allein dadurch sind sie gegenüber den Gewerkschaftslisten im Vorteil. „Dabei haben GewerkschafterInnen in der Selbstverwaltung das Know-how, die Geschlossenheit und den gesellschaftspolitischen Einfluss, um den vielen kommerziellen Interessen in den Sozialversicherungen die Stirn zu bieten", so Jürgen Sendler. „Sie kennen die Probleme der Versicherten und stellen das Solidarprinzip über den Egoismus der einzelnen Kassen oder Personengruppen."

Einige tausend gewerkschaftliche SelbstverwalterInnen haben sich in den vergangenen Jahren für die Versicherten stark gemacht. Einer von ihnen ist Erich Standfest, der Spitzenkandidat der DGB-Liste bei der KKH. Der ehemalige Leiter der DGB-Abteilung Sozialpolitik vertritt seit Jahren erfolgreich Versicherteninteressen im Verwaltungsrat der KKH. Besonders wichtig werde auch in Zukunft bleiben, „die Gesundheitsreform sozial gerecht umzusetzen". So sei es den gewerkschaftlichen VertreterInnen im Verwaltungsrat der KKH gelungen, sich bei den „notwendigen Haushaltsreformen für eine sozial gerechte und ökonomisch vernünftige Haushaltspolitik einzusetzen". Die Folge: Zweimal ist bereits der Beitragssatz der KKH auf jetzt 14,1 Prozent gesenkt worden, und „eine weitere Senkung von 0,9 Prozentpunkten steht in diesem Jahr in Aussicht".

Ein Thema im Verwaltungsrat sei zurzeit die Einrichtung ambulanter medizinischer Zentren. Sie könnten helfen, teure Doppeluntersuchungen zu vermeiden, die Kommunikation zwischen den Fachärzten zu vereinfachen und den PatientInnen lange Wege zu ersparen. Diese Gestaltungsoptionen der Gesundheitsreform für die Krankenkassen zu nutzen, das steht für die gewerkschaftlichen SelbstverwalterInnen im Gesundheitswesen auch künftig ganz oben auf der Agenda. •

Der Fahrplan für den Wahlkampf

✱ ***Bis Ende März** werden die DGB-Materialien zur Sozialwahl – eine Broschüre, Plakate, Redebausteine und Musterpresseerklärungen – an die Akteure vor Ort verteilt.*

✱ ***Mitte April** beginnt die heiße Wahlkampfphase mit dem Versand der Briefwahlunterlagen an die WählerInnen. Auch die Gewerkschaften werden dann ihre Aktivitäten verstärken, zum Beispiel mit Flugblattaktionen in Einkaufszonen und Bahnhöfen – unter anderem mit den SpitzenkandidatInnen.*

„Gesundheit darf kein Luxus sein": Eines von drei Motiven, mit denen der DGB für die Wahl von GewerkschafterInnen in die Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen wirbt.

✱ ***Bis zum 12. Mai** muss der Versand der Wahlunterlagen abgeschlossen sein.*

✱ ***Am 1. Juni ist Wahltag** – bis 24 Uhr müssen die Wahlbriefe bei den Wahlausschüssen der Sozialversicherungsträger eingegangen sein.*

Mehr Infos:
www.sozialwahlen05.de

PROJEKTE UND PARTNER

Frauentag 2005

Frauen bewegen Politik

„Frauen bewegen Politik" lautet das Motto des DGB für den Internationalen Frauentag 2005. Die Gewerkschafterinnen sind überzeugt: Frauen können politisch viel bewegen, wenn sie überzeugend und machtvoll auftreten. Und sie müssen sich gerade jetzt einmischen. Denn angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit und eines gesellschaftspolitischen Rollbacks werden Frauen wieder zunehmend an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt. Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Veranstaltungen zum 8. März stehen das Engagement von Frauen in Politik und Wirtschaft, die Auswirkungen der Sozialreformen auf Frauen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Am 6. März lädt der DGB-Bundesvorstand zu einem Frauenbrunch ins Coffee Connection am Hackeschen Markt in Berlin ein. Neben leiblicher Kost wird ab 11 Uhr reichlich Diskussionsstoff geboten: Über Gleichstellungspolitik, die Folgen der Hartz-Gesetze und den Ausbau von Kindertageseinrichtungen diskutieren die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer, die NRW-Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Birgit Fischer, die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Claudia Roth und die Berliner Unternehmerin Aynur Boldaz. •

Anmeldung: lilo.collm@bvv.dgb.de

Tagung

In der Schuldenfalle

Immer mehr Privathaushalte stecken in der Schuldenfalle. Die Überschuldung nimmt trotz der neu geschaffenen Möglichkeit der Verbraucherinsolvenz noch zu. Doch es fehlt an einer systematischen Aufarbeitung dieses Problems. Mehr Aufmerksamkeit für dieses Thema will die Gesellschaft für Sozialen Fortschritt erreichen, die in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die Veranstaltung „Überschuldung privater Haushalte" am 16. März in Berlin organisiert. ReferentInnen geben einen Überblick über die Überschuldungssituation in Deutschland, berichten aus der Praxis einer Schuldnerberatung, beleuchten die Rolle der Kreditwirtschaft und entwickeln Strategien für die Bewältigung des Problems. Veranstaltungsort ist die Landesvertretung des Saarlandes. •

Fax 0228 / 63 49 48
SozialerFortschritt@t-online.de

DGB-Bildungswerk

Integration im Job

Diskriminierung gehört zum Alltag vieler MigrantInnen in Deutschland. Gleichbehandlung beim Zugang zum Arbeitsmarkt ist in der Praxis eher die Ausnahme als die Regel. Anlässlich des UN-Tages gegen Rassismus veranstaltet das DGB-Bildungswerk am 17. März in Düsseldorf die Tagung „Arbeit als Tor zur Integration". Referieren werden Dr. Phil Martin, Professor an der University of California, und Dr. Klaus Lefringhausen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung NRW. Die Teilnahme ist kostenlos. •

Tel. 0211 / 430 11 41
migration@dgb-bildungswerk.de

WSI

Flexibel um jeden Preis?

Arbeitszeit ist in den zurückliegenden Jahren zur disponiblen Größe geworden, Flexibilität lautet die Zauberformel. Die neuen Arbeitszeitmodelle sind nicht per se gut oder schlecht, Gegenstand einer umfassenden Diskussion müssen sie jedoch sein. Einen Beitrag dazu leistet das gerade im Campus-Verlag erschienene Buch „Flexible Zeiten in der Arbeitswelt" (34,90 Euro), herausgegeben vom Arbeitsmarktexperten des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), Hartmut Seifert. Ausgehend von der These, dass „ökonomische Kosten-Nutzen-Kalküle Triebfeder des zeitpolitischen Modellwechsels" seien, setzen sich die 16 AutorInnen etwa mit der (Un-)Vereinbarkeit flexibilisierter Arbeitszeiten mit Familienleben und Freizeitbedürfnissen, mit neuen tarifpolitischen Herausforderungen und mit Schwierigkeiten der Zeitautonomie auseinander. •

www.campus.de

Riester-Rente

Besser als ihr Ruf

Endlos diskutiert, heftig geschmäht und schließlich wenig genutzt – das ist bisher das Schicksal der „Riester-Rente". Die Verbraucherzentrale Hessen kommt nach einer Untersuchung verschiedener geförderter Produkte wie Banksparpläne, Rentenversicherungen und Fondssparpläne allerdings zu dem Ergebnis, dass die Riester-Rente viel besser als ihr Ruf ist. Der Ratgeber „Die Riester-Rente – Planungshilfen, Finanzierungsformen, Fördermöglichkeiten, Vorsorge im Betrieb" erklärt, wie dieses Instrument zur zusätzlichen Alterssicherung funktioniert, welche Produkte gefördert werden und für wen welche Sparform am besten geeignet ist. Der Ratgeber ist in allen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Hessen für 7,80 Euro erhältlich. Gegen einen Aufpreis von 2 Euro wird er auch frei Haus versandt. •

Tel. 069 / 97 20 10 30
infodienst@verbraucher.de
www.verbraucher.de

interregio

••• ***Die DGB-Region Mühlheim-Essen-Oberhausen*** hat gemeinsam mit attac und der Universität Duisburg-Essen ein ***Forschungsprojekt*** gestartet, das die Auswirkungen von Arbeitslosengeld II (Alg II) näher untersuchen soll. Eine Arbeitsgruppe von 17 Studierenden befragt in einem ersten Schritt bis zum 15. April Alg II-Empfänger in Essen und Umgebung. Angestoßen wurde das Projekt vom Bündnis „Soziale Bewegung Essen", finanzielle Unterstützung kommt von der Hans-Böckler-Stiftung. Die Ergebnisse der Umfrage sowie den Fragebogen als Download gibt es beim Internet-Auftritt des Projekts:
www.AlgII-in-Essen.de

••• Der ***DGB Hessen*** und die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) wollen durch die ***Einrichtung von Beiräten*** für die regionalen Träger des neuen Grundsicherungssystems nach Hartz IV die Einführung von 1-Euro-Jobs in der Privatwirtschaft verhindern. Das Sozialgesetzbuch II spreche davon, bei Eingliederungsmaßnahmen für Erwerbslose „mit den Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes" zusammen zu arbeiten. Deshalb sollen im Modell der beiden Verbände die Sozialpartner in den Beiräten vertreten sein sowie die Kommunen und kommunalen Arbeitsgemeinschaften mit Arbeitsagenturen durch „betriebliches Know-how" unterstützen. Anbieter von 1-Euro-Jobs sollen nicht in den Beiräten mitarbeiten. Die gemeinsame Erklärung als Download:
www.hessen.dgb.de/presse/pressemeldungen/Erklaerung_DGB_und_VhU.pdf

attac, DGB und KDA

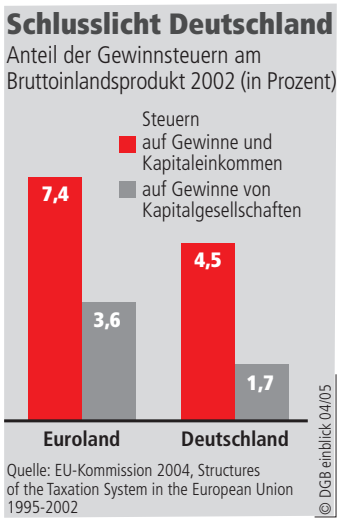
Gemeinsam gegen Steuerflucht

„Steuergerechtigkeit" haben sich alle drei auf die Fahnen geschrieben: Die Globalisierungskritiker von attac, der DGB und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) ziehen gemeinsam gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu Felde. Steuerflucht ist zwar illegal und kriminell, werde aber nicht energisch genug bekämpft.

Er ist der Robin Hood für Reiche: Hermann Burbaum, Chef der Volksbank im münsterländischen Raesfeld, hat gegen das neue Kreditwesengesetz (KWG) Verfassungsbeschwerde eingelegt. Laut Paragraf 24c KWG darf nämlich ein Finanzamt, das die Richtigkeit einer Steuererklärung in Zweifel zieht, ab 1. April beim Bundesamt für Finanzen einen so genannten Kontoabruf veranlassen. Das Amt erfährt auf diese Weise, ob der Steuerpflichtige mehr als die angegebenen Konten besitzt (die Kontostände bleiben geheim). Für Hermann Burbaum, den das *Handelsblatt* mit „der unerschrockene Westfale" tituliert, ist das „Staatsschnüffelei". Für so viel Mut hat ihm das Economic Forum Deutschland, eine Mittelständler-Initiative, prompt den National Leadership Award verliehen.

Der DGB plädiert für die völlige Aufhebung des steuerlichen Bankgeheimnisses. Kapitalerträge dürften nicht anders behandelt werden als Arbeitseinkommen. In den USA ist es längst gang und gäbe, dass eine Bank nicht nur ihren Kunden eine Kontomitteilung macht, sondern auch deren Finanzämtern. Zwar muss auch in Deutschland jeder Steuerpflichtige seine Kapitalerträge angeben, doch ob er's tut, kann kein Finanzamt prüfen. Das wäre allerdings sinnvoll. Denn gerade bei der Steuererklärung fällt die Erinnerung oft schwer – anders sind die schätzungsweise 600 Milliarden Euro Fluchtkapital nicht zu erklären, sprich das im Ausland illegal gebunkerte Kapitalvermögen privater Anleger. Würde dieses Kapital nur mit fünf Prozent verzinst, würden den Anlegern Zinserträge von 30 Milliarden Euro zufließen – und dem Staat 15 Milliarden Euro an Steuern und Sozialabgaben.

Ungleich höher fielen diese Einnahmen aus, wenn man alle Formen der Steuerhinterziehung durch Unternehmen berücksichtigen bzw. sie verstärkt unter die Lupe nehmen würde. Doch Unternehmen werden nur selten geprüft. Große im Schnitt alle fünf Jahre, mittlere sogar nur alle 13 Jahre, kleine oft überhaupt nicht. Trotzdem sammelten 11 000 Betriebsprüfer 2003 mehr als 14 Milliarden Euro vorenthaltene Steuern ein.



Die angeblich hohen Unternehmenssteuern in Deutschland sind bloße Theorie. Die tatsächlich gezahlten Gewinnsteuern liegen unterhalb des europäischen Durchschnitts. Denn hierzulande haben es die Unternehmen besonders leicht, ihren steuerpflichtigen Gewinn klein zu rechnen.

Als Flop erweist sich das „Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit", bekannt geworden unter dem Stichwort Steueramnestie: Wer dem Finanzamt bis Ende März nicht versteuerte Einnahmen offenbart, zahlt 35 Prozent Steuern und geht straffrei aus. Diese Amnestie sollte mal 20 Milliarden Euro in die Bundeskasse spülen, tatsächlich waren es bis Ende 2004 legiglich 903 Millionen Euro. Denn maßgeblich für Steuerhinterziehung ist nicht die Höhe des Steuersatzes, sondern das Risiko erwischt zu werden. Und das ist nicht besonders groß, der Fahndungsdruck auf Steuerflüchtlinge ist ein sanfter.

Dass schärfere Kontrollen die Staatskasse füllen können, hat sich die Bundesregierung gerade selbst bewiesen: Ihren Kampf gegen die Schwarzarbeit bezeichnet sie als „erfolgreich". Im Vergleich zu 2003 ist die Schattenwirtschaft 2004 um 3,8 Prozent gesunken – von 370 auf 356 Milliarden Euro – und ist damit erstmals seit 1975 rückläufig.

Kleine Fortschritte gibt es auch auf europäischer Ebene. Sobald am 1. Juli die EU-Zinsrichtlinie in Kraft tritt, werden sich die EU-Staaten wechselseitig über die Konten von Ausländern informieren. Das dürfte den Zugriff des Fiskus erleichtern bzw. Steuerflucht erschweren.

Für die Steuerparadiese Schweiz und Luxemburg gilt eine Übergangsregelung. Die Zinseinkünfte auf Ausländerkonten werden bis 2011 stufenweise pauschal mit 35 Prozent versteuert. Von diesen Einnahmen verbleiben 25 Prozent im Konto führenden Land, nur 75 Prozent fließen nach Deutschland – anonym. Insofern bleiben Schweiz und Luxemburg attraktive Fluchtländer.

Außerdem werden Anlageprofis neue Wege entdecken, wie man der heimischen Besteuerung entfliehen kann. Tricks dieser Art finden sich oft in Publikationsorganen von Verbänden, die gern über die Steuerbelastung klagen. Ein Beispiel ist das Buch „Steueroasen", für das die Zeitschrift *Der Steuerberater* des Bundes der Steuerzahler wirbt. Hier wird detailliert erklärt, wie Kapital weltweit versteckt werden kann. •

Mehr Steuergerechtigkeit

attac, DGB und KDA haben am 3./4. November 2004 in Berlin und Frankfurt/M. das deutsche Netzwerk für Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network/www.taxjustice.de) begründet. Entstanden ist die Idee auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz 2002. Inzwischen arbeiten Organisationen, WissenschaftlerInnen und AktivistInnen aus 20 Ländern mit. Am 25. Februar haben attac, DGB und KDA bei einem ersten Koordinierungstreffen Perspektiven der Zusammenarbeit bis zur Bundestagswahl 2006 diskutiert.

Denn in der öffentlichen Wahrnehmung ist es kaum verankert, dass sich Reiche vor der Finanzierung des Staates drücken, während die Beschäftigten einen immer größeren Teil zahlen. Seit Ende der 70er Jahre ist der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern am Steueraufkommen halbiert worden und auf 14 Prozent abgesackt. Die Lohnsteuern steigen hingegen und finanzieren den Staatshaushalt inzwischen zu 36 Prozent.

Im Internet

www.taxjustice.net
Netzwerk für Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network)

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gehen die geplanten Änderungen des Versammlungsrechts mit Blick auf die angekündigten NPD-Demonstrationen am 8. Mai nicht weit genug. Die GdP fordert eine Änderung des Grundgesetzes, um Grundrechte bei Aktivitäten einschränken zu können, die auf eine Wiederbelebung neonazistischen Gedankengutes zielen.

IG BCE und Bundesarbeitgeberverband Chemie fordern, dass der Entwurf der Bundesregierung für ein Antidiskriminierungsgesetz korrigiert wird. So dürfe ein Verbandsklagerecht, wie in der EU-Richtlinie vorgesehen, nur den Sozialpartnern zugestanden werden.

Vorstandsmitglieder fast aller DGB-Gewerkschaften haben das „Manifest Illegale Zuwanderung" des katholischen Forums „Leben in der Illegalität" unterzeichnet. Ziel des Manifestes ist es, für alle illegal in Deutschland lebenden Menschen einen würdigeren Status durchzusetzen.
www.forum-illegalitaet.de

Die GEW will mit einem Maßnahmenbündel jungen Menschen der so genannten Risikogruppen mit schlechter Sprach- und Mathematikkompetenz den Berufseinstieg erleichtern. Berufsschulen müssten ihre Förderangebote in allgemein bildenden Fächern wie Deutsch und Mathematik ausweiten.

Bochumer Memorandum

GEW setzt auf Zielvorgaben

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schlägt in der bildungspolitischen Diskussion eine neue Strategie ein. Statt über die Struktur des Bildungssystems zu streiten, will die Gewerkschaft mit der Politik über die Vereinbarung bildungspolitischer Ziele verhandeln, die in den nächsten Jahren erreicht werden sollen. Weil die Debatte über die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems immer wieder in ideologischen Grabenkämpfen stecken geblieben ist, erhofft sich die GEW, durch die Konzentration auf verbindliche Zielvorgaben mehr Bewegung in die bildungspolitische Debatte bringen zu können. Auf welchem Weg die Politik die Zielvorgaben erreicht, soll ihr dabei selbst überlassen bleiben.

Den ersten Schritt zur Umsetzung der neuen Strategie hat der GEW-Landesverband Nordrhein-Westfalen bereits getan. Ende Februar haben VertreterInnen des Landesverbands NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) ihr „Bochumer Memorandum" überreicht. Darin benennt die GEW neun bildungspolitische Ziele, die die Landesregierung in der nach der Landtagswahl im Mai beginnenden neuen Legislaturperiode erreichen soll. Gefordert wird unter anderem eine Halbierung der Zahl der Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen. •

DGB im Internet

Einheitliches Erscheinungsbild

Der DGB will sein Erscheinungsbild im Internet vereinheitlichen. Bundesweit sollen Websites von Regionen und Bezirken künftig auf den ersten Blick zeigen: Sie sind beim DGB. Um die variantenreichen Internetauftritte unter einen Hut zu bekommen, hat Internetkoordinatorin Ingrid von Dahlen gemeinsam mit der Internetmanufaktur Meder ein eigenes Werkzeug entwickelt. Mit Hilfe dieses Werkzeugs, das ähnlich wie eine Druckformatvorlage funktioniert, werden einheitliche Designvorgaben automatisch umgesetzt. Außerdem können so selbst Internet-Laien einen Minimal-Auftritt eigenständig realisieren. Ingrid von Dahlen: „Wer mit einer Textverarbeitung umgeht, der kann mit diesem Programm auch einen kleinen Internet-Auftritt umsetzen." •

Ingrid.vonDahlen@bvv.dgb.de

Fragen an ...

760 000 Arbeitsplätze sind in den vergangenen zehn Jahren in der Baubranche verloren gegangen, jeder zweite. 9000 Arbeitsplätze sind allein bei der Ende Januar in Insolvenz geratenen Walter Bau gefährdet. Welche Möglichkeiten haben Betriebsrat und Gewerkschaft, wenigstens die verbliebenen Arbeitsplätze zu erhalten? Das hat *einblick* Karl Bauer, 43, den Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats von Walter Bau, gefragt.

Foto: IG BAU

■ Das österreichische Bauunternehmen Strabag will rund 4100 der 9000 Beschäftigten von Walter Bau übernehmen. Sind die Arbeitsplätze endgültig gesichert?

■ *Die Übernahme ist nur ein Teilerfolg. Durch das Herausbrechen einzelner Filetstücke ist die Beschäftigungssicherung in der Walter Bau zum Teil sogar noch schwieriger geworden. Aber auch für die Kolleginnen und Kollegen, die in das neue Unternehmen übergehen, gibt es keine endgültige Arbeitsplatzsicherheit, weil auch bei Strabag versucht wird, so rational wie möglich zu arbeiten. Wir kämpfen deshalb weiter für den Erhalt aller Arbeitsplätze.*

■ Die Krise betrifft nicht nur Walter Bau. Welche Möglichkeit haben Betriebsrat und IG BAU, einen weiteren Arbeitsplatzverlust zu verhindern?

■ *Die Insolvenz von Walter Bau zeigt, wie dringend es ist, alle Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung auszuschöpfen. Hier muss die IG BAU in den laufenden Tarifverhandlungen noch mehr auf die Arbeitgeberverbände einwirken. Auch die Arbeitgeber müssen jetzt erkennen, dass ein ruinöser Wettbewerb durch Lohndumping und illegale Beschäftigung keine Lösung ist. Wir brauchen einen gemeinsamen Weg zur Beschäftigungssicherung. Der Erhalt des Flächentarifvertrags ist die einzige Chance, wieder zu geregelten Wettbewerbsbedingungen beim Bau zu kommen.*

■ Bei Unternehmenszusammenbrüchen werden Betriebsräte und Gewerkschaften oft gegeneinander ausgespielt. Was können Gewerkschaften aus dem Fall Walter Bau lernen?

■ *In unserer schwierigen Situation kann man sehen, wie notwendig eine enge Zusammenarbeit ist. Die Unterstützung von IG BAU und DGB hat uns geholfen, die Kolleginnen und Kollegen zeitnah zu informieren. Von Beginn an konnten wir uns in allen wichtigen Punkten der Insolvenz auf den Rechtsbeistand der Gewerkschaft verlassen. Es ist ganz wichtig, dass sich Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft nicht gegeneinander ausspielen lassen. Nur in der Gemeinsamkeit kann es uns gelingen, noch mehr Arbeitsplätze bei Walter Bau zu retten.*

MEINUNG

Neue Diskussion über Mindestentgelte

Wir brauchen eine gemeinsame Lösung

2004 konnten sich die DGB-Gewerkschaften nicht auf ein einheitliches Modell für die Regelung von Mindestentgelten einigen. Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern einen neuen Anlauf, meint Berthold Huber.

Berthold Huber, 55, ist Zweiter Vorsitzender der IG Metall. In seinem Vorstandsbereich ist der Funktionsbereich Tarifpolitik angesiedelt.

Niedrige Löhne werden für immer mehr Arbeitnehmer zum Problem. Bis vor wenigen Jahren waren die Arbeitsentgelte der großen Mehrheit von Beschäftigten durch Tarifvertrag gesichert. Das ist heute anders. In manchen Regionen und Branchen decken Tarifverträge nur noch einen kleinen Teil der Beschäftigten ab. Damit sind dem Lohn-Unterbietungswettbewerb Tür und Tor geöffnet.

Klagen kann man gegen unzumutbar niedrige Löhne nur individuell. Dieses Recht wird – wegen des Risikos der Schikane oder des Arbeitsplatzverlustes – nur selten in Anspruch genommen. Gerichtsurteile helfen auch nicht, ein angemessenes Arbeitseinkommen zu sichern. Vom Bundesarbeitsgericht wird ein Abschlag von bis zu 33 Prozent vom vergleichbaren Tariflohn bzw. ortsüblichen Lohn noch für akzeptabel gehalten.

Das „Arbeitsortprinzip" für die Entlohnung, mühsam im Rahmen des Entsendegesetzes durchgesetzt, ist jetzt ebenfalls bedroht. Durch das „Herkunftslandprinzip" bei der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie soll es durchlöchert werden. **Kommt die EU-Dienstleistungsrichtlinie, droht in den 25 EU-Staaten quer über alle Branchen ein knallharter Unterbietungswettbewerb.** Denn Dienstleistungstätigkeiten sind mittlerweile typisch für alle Branchen (z. B. Gebäudemanagement, Reinigung, Sicherheitsdienste, Wartung, Instandhaltung oder Software-Beratung).

Wir brauchen rechtsverbindliche Mindestentgelte, damit die Löhne und Gehälter am unteren Ende nicht weiter abrutschen können. Die IG Metall will die jeweils untersten Tarifentgelte einer Branche **zum verbindlichen Mindestarbeitsentgelt** für alle Beschäftigten dieser Branche machen. Und zwar unabhängig von deren Zugehörigkeit zu den jeweiligen Tarifverbänden. In diesem Sinn müsste das „Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen" (von 1952) vom Gesetzgeber verändert werden.

Maßstab für das jeweilige Mindestentgelt ist derjenige Tarifvertrag, der mit der für den jeweiligen Wirtschaftsbereich repräsentativsten Tarifvertragspartei geschlossen worden ist. Ein bestimmtes Mindestmaß an Tarifbindung („Quorum") ist nicht erforderlich. Dort, wo keine Tarifverträge existieren, wird der Tarifvertrag für Leiharbeitnehmer angewendet. Damit entsteht ein rechtlich abgesicherter und flächendeckender unterer Referenzlohn. Er ist sowohl bei der Arbeitsvermittlung als auch vor Gericht bei Einzelfallentscheidungen maßgeblich.

Dieses System hat gegenüber einer gesetzlich festgelegten Mindestgrenze klare Vorteile: Die Anpassung der unteren Löhne an die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Branche ist gesichert. Sie erfolgt zeitnah im Rahmen der regelmäßigen Tarifverhandlungen. **Die Tarifautonomie bleibt erhalten. Denn eine direkte Lohnfestsetzung durch die Politik ist ausgeschlossen** – anders als bei einem einheitlichen nationalen Mindestlohn per Gesetz. Es entstehen keine neuen (politischen) Abhängigkeiten und auch keine neue Bürokratie.

Das hilft allen Arbeitnehmern, die schon jetzt unter Tarif entlohnt werden. Auch wer in neue Arbeit vermittelt wird und derzeit oft weniger als das niedrigste Tarifentgelt erhält, profitiert davon. Der Einzelne hätte einen klaren Rechtsanspruch – das würde seine Position im Streitfall beträchtlich stärken. Und: Die Lohnspirale nach unten wäre gestoppt – das hilft auch denen, die oberhalb des Mindestentgelts liegen.

Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie erhöht den politischen und wirtschaftlichen Druck, **ein gemeinsames Konzept für Mindestentgelte zu verabschieden.** Hunderttausenden Beschäftigten droht sonst das Abrutschen auf ein Entgelt-Niveau, mit dem sie ihren Lebensunterhalt kaum noch bestreiten können. Die Politik darf davor die Augen nicht verschließen, sondern muss als Gesetzgeber handeln. Wir als DGB-Gewerkschaften müssen diesen Prozess befördern. Das gelingt uns mit einem schlüssigen Konzept, das gleichzeitig die Tarifautonomie sichert und ein differenziertes, rechtsverbindliches Mindestentgelt festlegt. •

NGG wehrt sich

Die Lebensmittelbranche sollte nach Auffassung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) von der so genannten Dienstleistungsfreiheit in Europa ausgenommen werden, um die Qualitätsstandards bei der Nahrungsmittelerzeugung aufrecht zu erhalten. Außerdem müsse klar gestellt werden, dass die Entsendung von Arbeitnehmerinnen keine Dienstleistung sei.

Die NGG wehrt sich damit gegen den zunehmenden Einsatz osteuropäischer Subunternehmer in der Fleischwirtschaft. Vielfach würde das Schlachten und Zerlegen von Rindern und Schweinen als Dienstleistung ausgeschrieben, so dass sich osteuropäische Unternehmen zu ihren Konditionen darum bewerben könnten. Tatsächlich handele es sich um Arbeitnehmerüberlassung.

Tarifabschluss Zeitarbeit

Der iGZ-Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen und die DGB-Tarifgemeinschaft haben sich geeinigt: Das Tarifvolumen steigt ab März um 2,2 Prozent. Damit erhöht sich in der Eingangsstufe das Entgelt von 6,85 auf 7,00 Euro die Stunde. In der Hauptstufe erhalten Zeitarbeiter mit einer Beschäftigungsdauer von zwölf Monaten weitere 0,4 Prozent. Für die neuen Bundesländer tritt das Tarifergebnis am 1. Juli in Kraft.

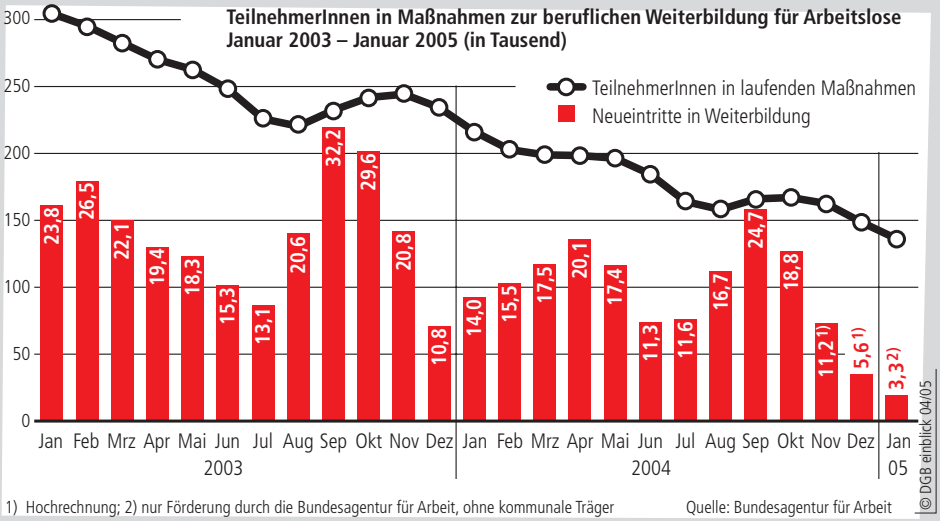
Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

dieDGBgrafik

ARBEITSLOSE: Kaum Chancen auf Weiterbildung

Die Chancen von Arbeitslosen, über berufliche Weiterbildung einen Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden, sind dramatisch gesunken. Während im Januar 2003 noch fast 24 000 Arbeitslose eine von den Arbeitsagenturen finanzierte Weiterbildungsmaßnahme begonnen haben, lag deren Zahl im Januar 2005 nur noch bei 3312 Arbeitslosen. Die Zahl aller an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Arbeitslosen ging von 308 000 auf 136 000 zurück – trotz dadurch höherer Vermittlungschancen.



1) Hochrechnung; 2) nur Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit, ohne kommunale Träger

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

personalien

••• ***Norbert Massfeller,*** 58, ehemaliger Vorsitzender der Geschäftsführung der VW Bank GmbH sowie Vorsitzender des Vorstands der Volkswagen Financial Services AG, ist am 15. Februar von der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) als weiteres Vorstandsmitglied der BGAG berufen worden. Er folgt ***Dr. Rolf-J. Freyberg,*** 62, der am 28. Februar aus seinen Funktionen ausscheidet. Freyberg war zunächst in der Rechtsabteilung der damaligen Bank für Gemeinwirtschaft tätig, bevor er 1977 zur BGAG wechselte. Im Juli 1982 bestellte ihn der Aufsichtsrat der BGAG in den Vorstand. 1997 wurde er zum Sprecher des Vorstands berufen, im Juli 2001 zum Vorsitzenden.

••• ***Dr. Christina Stockfisch,*** 33, freiberufliche Mitarbeiterin in der DGB-Projektgruppe „Lokale Bündnisse für Familie", ist seit dem 1. Februar Leiterin des vom Bundesfamilienministeriums geförderten DGB-Pilotprojekts „Vorfahrt für Familien!".

14TAGE

1.3. Hans-Böckler-Stiftung, Internationale Fachtagung zur europäischen Beschäftigungsstrategie, Göttingen

1./2.3. EGB, Konferenz „Erreichen der Lissabon-Ziele: Die Rolle der makroökonomischen Politik", Brüssel

2.3. DGB, Tagung „Vorfahrt für Familien! Arbeitswelt familienfreundlich gestalten", Auftakt des DGB-Pilotprojektes „Vernetzung der gewerkschaftlichen Aktivitäten in lokalen Bündnissen für Familie", Berlin

2.3. DGB, Arbeitstagung „Wir gestalten Berufsbildung – Berufsbildungsausschüsse aktiv", Hannover

3.3. DGB Hessen - Thüringen, Zukunftsforum „Innovationspolitik für Wachstum und Beschäftigung", Frankfurt/M.

5.3. DGB Thüringen, Konferenz „Gesundheit hat ein Geschlecht", Erfurt

7./8.3. Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall, Internationale Fachtagung „EU-Automobilkonferenz", Turin, Italien

8.3. Internationaler Frauentag „Frauen bewegen Politik"

8.3. DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Politik und Frauen = Frauenpolitik?", Berlin

10.3. DGB Thüringen, Vortrag „Mythos Demographie – eine solidarische Alterssicherung ist möglich!", Erfurt

11.3. DGB und SPD, Gemeinsame Anhörung zur Reform der Pflegeversicherung, Berlin

11.-13.3. IG BAU, „Grenzenlos liberal – bleiben Arbeitsbedingungen dabei auf der Stecke?", Bundesangestelltenkonferenz, Steinbach

Schlusspunkt

„Dann kann es sein, dass zwei oder drei Mitglieder einer Familie arbeiten müssen, damit es zum Leben reicht."

Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, in einem Interview in der Magdeburger Volksstimme vom 11. Februar 2005 über die Folgen sinkender Löhne für einfache Tätigkeiten durch die Konkurrenz mit mittel- und osteuropäischen Ländern

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.03.2005 5/05

DGB

inhalt

Seite 3
EU-Gipfel in Brüssel
Kommt ein Neustart der Wachstums- und Arbeitsplatzinitiative der EU?

Seite 5
Mitgliederentwicklung
Die Gewerkschaften verlieren weiter Mitglieder. Aber der Trend lässt sich auch umkehren

Seite 7
Doppelstrategie gefragt
Die Gewerkschaften müssen sich stärker in die Debatte über den wirtschaftspolitischen Kurs einmischen, fordert Konjunkturforscher Gustav A. Horn

Projekt Trendwende

Sparen alleine reicht nicht

Die Zahlen, die der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bereits Ende Januar nach der Klausur des DGB-Bundesvorstands präsentiert hatte, lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Nach einem Mitgliederverlust von 4,4 Prozent 2003 haben die acht DGB-Gewerkschaften im vergangenen Jahr erneut einen Anstieg des Mitgliedsverlustes hinnehmen müssen, auf 4,8 Prozent. Keine Mitgliedsgruppe gilt als langfristig gefestigt, so die interne Analyse. Die Überalterung der Gewerkschaften schreitet voran, Frauen sind noch immer unterrepräsentiert und viele Zukunftsbranchen werden in den Gewerkschaften kaum abgebildet, so die seit Jahren bekannte Erkenntnis. 2005 soll die Weichen für die Trendwende stellen: Der Mitgliederverlust soll gestoppt, mittelfristig sogar umgekehrt werden. Und vor allem wollen die Gewerkschaften die Meinungsführerschaft in zentralen Fragen der Weiterentwicklung des Sozialstaates und der Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen zurückgewinnen.

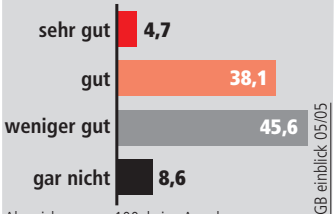
Wie dieses Ziel erreicht werden kann, diskutiert bereits seit September vergangenen Jahres eine 18-köpfige „Planungsgruppe Weiterentwicklung des DGB", in der auch die Gewerkschaften vertreten sind. Die Kooperation zwischen den Gewerkschaften muss nachhaltig verbessert, die Informations- und Organisationsstruktur muss effizienter gestaltet und die Leistungen der Gewerkschaften für die Mitglieder müssen deutlich optimiert werden, lauten die ersten Empfehlungen der Planungsgruppe. Vor allem aber müssten die Gewerkschaften sich wieder darauf konzentrieren, gemeinsame politische Ziele zu formulieren, die weit in die Gesellschaft hinein ausstrahlen. Dass den Gewerkschaften eine Trendwende nur gelingen kann, wenn sie ihre internen Differenzen – von der Zuständigkeit für einzelne Branchen bis zur unterschiedlichen Positionierung in politischen Sachfragen – zurückstellen, ist inzwischen auch innerhalb des DGB unbestritten.

Die Planungsgruppe schlägt zudem vor, die – zum Teil durchaus erfolgreichen – Projekte der Gewerkschaften für bestimmte Mitgliedergruppen auszuweiten. Das allein wird aber als nicht ausreichend eingeschätzt, um den Mitgliederschwund zu stoppen. Auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer warnt vor einer Unterschätzung der Mitgliederentwicklung: „Erfreulicherweise gibt es viele Erfolg versprechende Ansätze. Aber alles, was es jetzt schon gibt, hat nicht dazu geführt, dass uns eine Trendwende gelungen ist."

Neben der Optimierung der Organisationsstruktur kommt es auch auf die Konzentration auf politische Kernthemen an, für deren Durchsetzung die Gewerkschaften gemeinsam streiten. 2005 will der DGB die Entwicklung einer neuen Finanzstruktur für einen modernen Sozialstaat, die Gestaltung des sozialen Dialogs in Europa und die Reform der Unternehmensmitbestimmung in den Vordergrund stellen. Wie diese Kernthemen zu politischen Forderungen zugespitzt werden können, die in der Öffentlichkeit kampagnen- und mehrheitsfähig sind, ist Gegenstand der laufenden Diskussion im DGB-Bundesvorstand. •

Sand im Getriebe

Wie funktioniert bei der Erfüllung der Kernaufgaben die Zusammenarbeit zwischen DGB und Gewerkschaften? (in Prozent)



Abweichung von 100: keine Angaben
Quelle: Evaluierung der DGB-Organisationsreform

Bei der Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den Gewerkschaften gibt es noch immer erhebliche Reibungsverluste. Das geht aus der Evaluierung der Organisationsreform des DGB hervor.

plusminusBERLIN

+ ***Für Bert Rürup, Vorsitzender der fünf Wirtschaftsweisen, gehen „Lohnerhöhungen bis zu zwei Prozent in Ordnung". Damit widerspricht er dem Chef des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, der bei Lohnerhöhungen chaotische Verhältnisse prophezeit hatte.***

– ***Harald Schartau, SPD-Wirtschaftsminister und SPD-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, lehnt den rot-grünen Entwurf zum Antidiskriminierungsgesetz ab. Notwendig sei das Gesetz allerdings, „weil wir europäisches Recht umsetzen müssen".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.peking-plus-zehn.de
Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte von Frauen im 21. Jahrhundert

www.einblick.dgb.de
DGB-Informationen: EU-Richtlinienvorschlag über Dienstleistungen im Binnenmarkt

Ausbildung

Qualität unzureichend

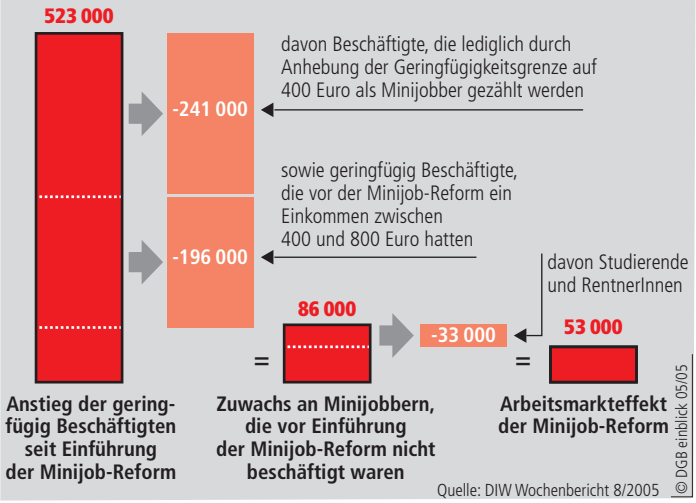
Der Deutsche Gewerkschaftsbund will mit Hilfe des Berufsbildungsreformgesetzes die Qualität der Ausbildung verbessern. Eindeutiges Indiz für den in den letzten Jahren zu beobachtenden Qualitätsverlust ist für DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock die hohe Abbrecherquote. So sei im Jahr 2003 jeder fünfte Ausbildungsvertrag vorzeitig aufgelöst worden. Nur ein Drittel der Abbrecher fände eine andere Stelle. Motiviert wird der Abbruch meist entweder durch enttäuschte Erwartungen an den jeweiligen Beruf oder durch unhaltbare Zustände in der Ausbildung. Über derartige Zustände etwa berichten seit Wochen Jugendliche, die durch einen Werbespot der DGB-Jugend im Musiksender MTV aufmerksam geworden sind. Der Spot soll auf das Internet-Projekt der Gewerkschaftsjugend unter dem Namen „Doktor Azubi" aufmerksam machen. Mit Erfolg, wie sich nun zeigt.

Der DGB will jetzt mit entsprechenden Maßnahmen für mehr Qualität und Verantwortung in der Ausbildung sorgen. Neben der Möglichkeit zum Entzug der Ausbildungsberechtigung sollen kleine und mittlere Unternehmen beispielsweise mit Förderprogrammen unterstützt und die Verbundausbildung soll noch weiter ausgebaut werden. SchülerInnen sollen durch eine verbesserte Berufswahlvorbereitung und -orientierung bei der Wahl der künftigen Laufbahn unterstützt werden. Denkbar seien in den Unterricht integrierte Arbeitsweltthemen, der Ausbau von Betriebspraktika sowie Berufserkundungen im Alltag. •

www.doktorazubi.de

Kein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit

Auswirkungen der Minijob-Reform auf den Arbeitsmarkt
März 2003 – März 2004



Quelle: DIW Wochenbericht 8/2005

Seit der Einführung der Minijob-Reform (Hartz II) im April 2003 ist nach Berechnung der Bundesagentur für Arbeit die Zahl der geringfügig Beschäftigten um 523 000 Personen gestiegen. Aber nur jede Zehnte neue Minijob-Stelle kommt einem bis dahin Arbeitslosen zugute, das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelt. Jeder zweite neue Minijobber wird nur deshalb in der BA-Statistik mitgezählt, weil der Gesetzgeber die Geringfügigkeitsgrenze von 325 auf 400 Euro angehoben hat. Weitere 196 000 neue Minijobber hatten zudem vor der Reform noch ein Einkommen zwischen 400 und 800 Euro. Dem Zuwachs von netto 53 000 geringfügig Beschäftigten stehen Einnahmeausfälle bei der Einkommensteuer und den Beiträgen zur Sozialversicherung von einer Milliarde Euro gegenüber.

Unternehmenssteuerreform

DGB macht Angebot

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat in der *Berliner Zeitung* erklärt, dass der DGB für eine Reform der Unternehmensbesteuerung offen sei. Ziel müsse aber sein, dass sie aufkommensneutral gestaltet werde sowie für mehr Investitionen und mehr Steuergerechtigkeit sorge. Dieses Angebot machte Sommer im Vorfeld des Reformgipfels von Bundeskanzler Schröder (SPD) mit der Union. •

?...nachgefragt

„Fordern und Fördern" – unter dieses Schlagwort hat die Bundesregierung ihre Arbeitsmarktreformen gestellt. Zeitgleich hat sie die Möglichkeit von Arbeitslosen massiv eingeschränkt, über berufliche Qualifizierung einen Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden (*einblick* 4/2005). „Ist die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen von Rot-Grün noch gewollt?" hat *einblick* Rudolf Helfrich, 52, den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (BBB), gefragt.

Alle Beteiligten wissen, dass ein großer Teil der Arbeitslosen ohne Weiterbildung keine Chance hat, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Trotzdem hat die Bundesregierung die Mittel für die Weiterbildung von Arbeitslosen in den vergangenen zwei Jahren mehr als halbiert. Die Zahl der TeilnehmerInnen aller Weiterbildungsmaßnahmen ist von 300 000 auf 122 000 gesunken, die der Neueintritte pro Monat auf nur noch 3300. Nach den internen Planungen will die Bundesagentur für Arbeit (BA) dieses sehr niedrige Niveau in diesem Jahr erneut absenken. Die Weiterbildung für Arbeitslose wird dadurch auf eine arbeitsmarktpolitisch kaum noch wirksame Restgröße reduziert.

Dass dieser Schritt nicht nur die Situation der Arbeitslosen mit geringer oder am Markt nicht mehr gefragter Qualifikation dramatisch verschlechtert, sondern auch die Arbeitslosigkeit weiter in die Höhe treibt, zeigt ein Blick auf die Fakten. Gestrichen werden selbst Maßnahmen, deren TeilnehmerInnen zu hundert Prozent in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Das gilt zum Beispiel für den gesamten Bereich der Alten- und Krankenpflegerausbildung.

Natürlich macht es keinen Sinn, in einem strukturschwachen Gebiet den hundertsten Floristen auszubilden – auch das ist in der Vergangenheit vorgekommen. Aber wer den Trägern der beruflichen Weiterbildung sämtliche Aufträge entzieht, verhindert nicht nur die mögliche Rückkehr der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt, sondern zerschlägt mutwillig eine Branche, auf die wir im Strukturwandel dringend angewiesen sind. Schon jetzt sind durch die Einschnitte der BA ein Drittel der 100 000 Arbeitsplätze in der Weiterbildungsbranche verloren gegangen. Etlichen Weiterbildungsunternehmen droht sogar die Insolvenz. Hier werden gewachsene Strukturen zerschlagen, die in wenigen Jahren mit erheblichen öffentlichen Mitteln wieder neu aufgebaut werden müssen, wenn sich auch in der Bundesregierung herumspricht, dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit staatliche Kostensenkungsprogramme und blinder Aktionismus wie die massenweise Initiierung von Ich-AGs allein nicht ausreichen.

Lissabon-Strategie

Wachstum ohne radikalen Sozialabbau

Mehr Wachstum, Innovation und Beschäftigung bis zum Jahr 2010: Die meisten EU-Staaten sind von den Zielen der Lissabon-Strategie zurzeit meilenweit entfernt. Weichen für einen Neustart der ehrgeizigen Wachstums- und Arbeitsplatzinitiative könnten auf dem EU-Gipfel am 22./23. März in Brüssel gestellt werden.

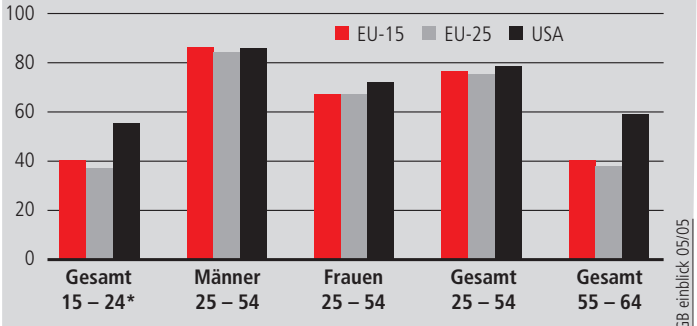
Kritik an der Brüsseler Politik gab es in den letzten Wochen reichlich – von der durchwachsenen Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie (*einblick* 22/04) bis zum Kommissionsvorschlag einer Dienstleistungsrichtlinie (*einblick* 4/05). Es scheint, als hätte die Kommission rechtzeitig vor dem Gipfel noch die Kurve gekriegt. Anfang März hat Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy eine umfassende Überarbeitung der Richtlinie angekündigt, die auch die Vorbehalte gegen das so genannte Herkunftslandprinzip ernst nehme. Bereits im Februar hat die Kommission die sozialpolitische Agenda für die Jahre 2005 bis 2010 vorgelegt und eine neue Partnerschaft zwischen Kommission und EU-Mitgliedsstaaten vorgeschlagen, um die Wachstums- und Beschäftigungsziele von Lissabon noch zu erreichen.

Ein Umsteuern ist auch notwendig, ansonsten wird Europa in fünf Jahren kaum der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt" sein, wie es die EU-Regierungschefs 2000 in Lissabon beschlossen. Doch statt in Bildung und in mehr und bessere Arbeitsplätze zu investieren, musste die Lissabon-Strategie europaweit vor allem für unausgewogene Strukturreformen herhalten. In seiner Halbzeitbilanz hat deshalb der DGB gefordert, die Lissabon-Strategie wieder ins Gleichgewicht zu bringen und nicht auf eine eng verstandene Wettbewerbsfähigkeit zu reduzieren *(einblick 3/05)*.

Denn fünf Jahre nach Lissabon können nur wenige Mitgliedsstaaten Fortschritte vorweisen. So haben lediglich Dänemark, die Niederlande, Schweden und Großbritannien bereits die 70-Prozent-Zielmarke bei der Beschäftigungsquote erfüllt. Weitere drei Länder – Finnland, Österreich und Portugal – überschreiten die 67-Prozent-Marke. Dagegen stagniert die Beschäftigungsquote in Deutschland bei 65 Prozent. Ob Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen, Wachstumsrate oder Chancengleichheit in der Bildung: Im europäischen Vergleich gehört Deutschland meist zu den Schlusslichtern.

Ungenutzte Potenziale

Beschäftigungsquoten nach Geschlecht und Altersgruppe, EU-15, EU-25 und USA, 2002 (in Prozent)



* für die USA: 16 bis 24 Jahre

Quelle: Bericht zur Zukunft der Sozialpolitik in der erweiterten EU, Mai 2004

EU-weit werden die Beschäftigungspotenziale von Jugendlichen, Frauen und älteren Erwerbstätigen zu wenig genutzt. Ein Ziel der Lissabon-Strategie ist es, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Anders dagegen die skandinavischen Länder, vor allem Schweden. Bei fast allen Indikatoren im internationalen Benchmarking liegt Schweden an der Spitze. Als Grund dafür, dass die Wirtschaft dort so leistungsfähig und innovativ ist, sieht Gerhard Bosch vom Gelsenkirchener Institut für Arbeit und Technik vor allem: „Als sich in den 80er und 90er Jahren der Wohlfahrtsstaat in einer tiefen Krise befand, hat Schweden wie Finnland mehr als alle anderen Länder in Forschung und Bildung investiert." Diese Investitionen waren keine temporären Sonderprogramme, sondern langfristig angelegt. Schweden war dazu in der Lage, weil die Investitionskraft nicht durch massive Steuersenkungen geschwächt wurde. Zwar sei auch in Schweden der Wandel mit schmerzlichen Einschnitten ins soziale System verbunden gewesen, so Bosch, „aber die Lasten wurden gleichmäßig verteilt".

Schweden als Vorbild für andere EU-Staaten, um die Ziele von Lissabon doch noch zu erreichen? Immerhin hat jetzt auch das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Schweden als Modell entdeckt. In einer neuen Studie rechnen die Ökonomen vor, dass Wachstumsraten der Pro-Kopf-Einkommen von 2,5 Prozent jährlich möglich sind, wenn private und öffentliche Investitionen sowie die Bildung hierzulande eine ähnliche Dynamik erreichen wie in Schweden oder in den USA in den 90er Jahren. Der Studie zufolge sei ein radikaler Abbau des Sozialstaats nach angelsächsischem Muster nicht nötig, um Deutschland aus der Krise zu führen. Auch das schwedische Modell mit hohen Steuersätzen und einem hohen Grad sozialer Absicherung könne einen Wachstumsschub auslösen. •

EU-Zentrum für Gleichstellung

Um Europa wettbewerbsfähiger zu machen, ist eine bessere Beteiligung von Frauen im Arbeitsleben Voraussetzung. Doch trotz wegweisender EU-Beschlüsse gibt es nur wenig Fortschritte. So verdienen EU-weit Frauen nach wie vor im Schnitt 15 Prozent weniger als Männer. Um der Gleichstellungspolitik neue Impulse zu geben, hat die EU-Kommission die Einrichtung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen vorgeschlagen.

Es soll EU-weit Forschung und Erfahrungsaustausch fördern sowie mit Konferenzen, Kampagnen und Seminaren für Gleichstellungsfragen sensibilisieren. Eine weitere Aufgabe ist es, Instrumentarien für das Gender Mainstreaming in allen EU-Politikbereichen zu entwickeln.

Ein solches Institut hatte der Europäische Rat bereits im Juni 2004 gefordert. Das Institut kann zwölf Monate nach dem Gründungsbeschluss durch Parlament und Rat seine Arbeit aufnehmen. Spätestens 2007 soll es voll arbeitsfähig sein. Insgesamt 52,5 Mio. Euro stellt die EU-Kommission für das Zentrum von 2007 bis 2013 zur Verfügung.

Im Internet

http://europa.eu.int/growthandjobs/

Infos zur Lissabon-Strategie

www.einblick.dgb.de

DGB-Halbzeitbilanz

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di

Ideen fördern

An innovativen Ideen mangelt es in den meisten Betrieben hierzulande nicht, wohl aber an einer positiven Innovationskultur. So lautet das zentrale Ergebnis einer Befragung von ver.di und TU München unter ver.di-Mitgliedern, die in Aufsichtsräten bundesdeutscher Unternehmen sitzen. Die Umfrage, die für den Aufbau eines Innovationsbarometers genutzt werden soll, zeigt, dass Beschäftigte nicht ermutigt werden, ihre Ideen für bessere Produkte oder Verfahren vorzustellen. Immerhin 87 Prozent der Befragten konnten nicht erkennen, dass in ihrem Betrieb neue Produkt- und Prozessideen gefördert werden. Die Antworten repräsentieren das Innovationsklima in rund 140 Unternehmen aus nahezu allen in ver.di organisierten Branchen. Wie Ideen von Beschäftigten in betriebliche Innovationen umgesetzt werden können und ein innovationsfreundliches Klima gefördert werden kann, steht beim Kongress „Menschen machen Innovationen" vom 5. bis zum 7. April in Bremen auf der Tagesordnung. Veranstalter sind ver.di und die Arbeitnehmerkammer Bremen. •

Tel. 069 / 66 55 43 42
www.menschen-machen-innovationen.de

DGB-Seminare

Blick über den Tellerrand

Die Folgen von Hartz IV oder Parteiengezänk – das dominiert die täglichen Nachrichten. Einen anderen Blickwinkel auf die aktuellen Probleme will das DGB-Bildungszentrum Hattingen mit drei Seminaren in diesem Frühjahr ermöglichen. „Entgrenzte Wirtschaft, vernetzte Welt, vagabundierende Arbeit – Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf Arbeit und Beschäftigung?" ist Thema der ersten Veranstaltung vom 17. bis 22. April. Mit dem „Flickenteppich Europa – Was hält die Europäische Union zusammen und wie lange noch?" befasst sich ein Seminar vom 29. Mai bis 3. Juni. „Lateinamerika zwischen wirtschaftlicher Krise und politischer Aufbruchstimmung" ist die Reihe vom 5. bis zum 10. Juni überschrieben. Die Kostenbeteiligung beträgt jeweils 130 Euro, Nicht-Gewerkschaftsmitglieder zahlen zusätzlich 100 Euro (Ermäßigungen sind möglich). •

www.forum-politische-bildung.de

DGB

Politsongs gesucht

„Gib Dir eine Stimme!" ist der Aufruf der Jugendabteilung des DGB an Musikerinnen und Musiker

aller Richtungen. Mit ihrem ersten bundesweiten politischen Bandwettbewerb will die DGB-Jugend Musik fördern, die etwas zu sagen hat. Hintergrund ist die Krise der Branche und ihr immer hektischeres Schielen nach dem Trend. Raum für den Aufbau von Talenten, die quer zum Mainstream liegen, bleibt da kaum. Genau hier setzt der Songcontest an: Den Gewinnern des bis zum Jahresende laufenden Wettbewerbs winkt die Möglichkeit einer Studioproduktion. Als Schirmherrin begleitet die 25jährige Rapperin Meli aus Berlin den Wettbewerb durch das Jahr und ruft auf Konzerten zum Mitmachen auf. Die Idee ist eine Weiterentwicklung der erfolgreichen Protestsongs-Doppel-CD der DGB-Jugend, die neben Klassikern auch aktuelle Musik zum Stand der Dinge bietet. •

www.dgb-jugend.de
www.songklub.de

Qualifizierung

Fachkraft für Frieden

Seit 1997 gibt es die Möglichkeit, sich innerhalb von vier Monaten zur Friedensfachkraft qualifizieren zu lassen. Diese arbeiten weltweit in Krisenregionen für Friedens- und Entwicklungsdienste und internationale Organisationen wie die OSZE. Im Einsatzgebiet unterstützen sie lokale Initiativen, vermitteln zwischen Konfliktparteien und organisieren die Zusammenarbeit. Vom 8. bis 10. April findet in Bornheim bei Bonn das nächste Orientierungswochenende statt, an dem über Inhalte und Ausrichtung der Qualifizierung informiert wird. Die Teilnahmegebühr beträgt 70 Euro. •

www.friedenbrauchtfachleute.de

IG Metall

Gehaltsanalyse auf der cebit

Die cebit, die größte Computermesse der Welt, feiert in diesem Jahr in Hannover vom 10. bis 16. März die Wiederauferstehung der IT-Branche. Wie schon in den vergangenen Jahren ist die IG Metall auf der cebit mit einem Stand in Halle 6 präsent. Täglich wird es zwei Vorträge rund um die Themen Arbeitsvertrag, IT-Aus- und Weiterbildung und anderes mehr geben. Außerdem stellt die IG Metall eine aktualisierte Gehaltsanalyse der Branche vor. •

Messe Hannover, Halle 6, Stand E 43

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Berlin-Brandenburg*** beteiligt sich an der ***Online-Kampagne*** „Das fehlt noch!" des Landesjugendrings, die mit Protest-Mails an Abgeordnete die geplanten Kürzungen im Landesjugendplan in Höhe von zwei Millionen Euro verhindern soll. Die große Koalition im Potsdamer Landtag hatte bereits im letzen Jahr die Mittel um vier Millionen Euro reduziert. Das komme insgesamt einer Halbierung der Mittel gleich, so die DGB-Jugend, und gefährde damit neben den erfolgreichen Berufsschultagen auch die DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin. Neben der Online-Aktion wollen die

beteiligten Jugendverbände zu jeder Lesung des Haushaltsplans mit kreativen Protestaktionen vor dem Landtag präsent sein. Die Kampagne im Internet: *www.ljr-brandenburg.de*

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat gemeinsam mit dem Landesverband des Naturschutzbundes (NABU) und dem Verein Mehr Demokratie e.V. einen eigenen Gesetzentwurf zur ***Reform von Bürgerentscheiden*** vorgelegt. Bisher seien zwei Drittel aller Begehren an zu hohen Hürden gescheitert, so der DGB. Statt eines Zustimmungsquorums von 30 Prozent fordert das Bündnis je nach Gemeindegröße lediglich 10 bis 20 Prozent sowie die Möglichkeit, auch Bauleitpläne oder kommunale Abgaben zum Thema von Bürgerentscheiden zu machen. Infos: *www.mitentscheiden.de*

Mitgliederentwicklung

Mittlere Generation entscheidend

Ende 2004 zählten die acht DGB-Gewerkschaften nur noch 7,013 Millionen Mitglieder. 350 333 weniger als ein Jahr zuvor. Ist das Ziel des DGB-Bundesvorstands realistisch, 2005 eine Trendwende einzuleiten? einblick hat sich die Mitgliederbilanz genauer angesehen.

Das Fazit: Es gibt keinen einfachen Weg, mit dem die Gewerkschaften schnell an Attraktivität gewinnen können. Aber es gibt viele erfolgreiche Praxisbeispiele, die zeigen, dass die Gewerkschaften wieder mehr Mitglieder gewinnen können, wenn sie die dazu notwendigen Ressourcen bereitstellen.

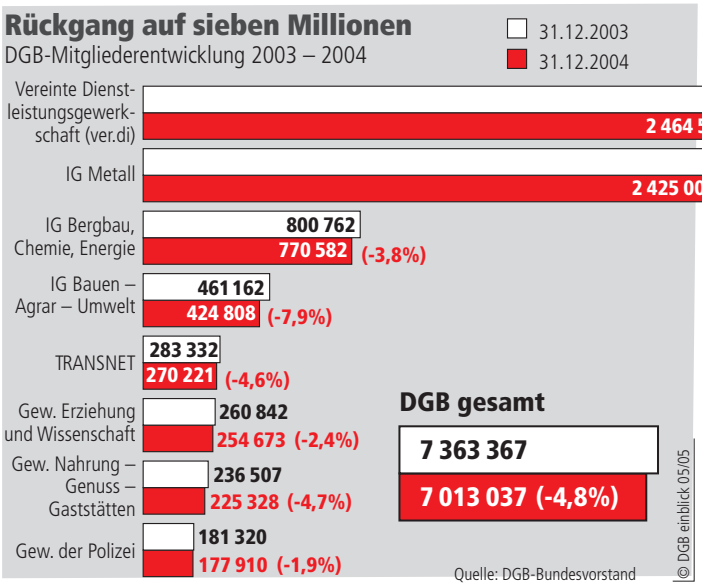
Drei Vorhaben sind für die langfristige Mitgliederentwicklung entscheidend: erstens die Gewinnung neuer, vor allem junger Mitglieder, zweitens die stärkere Bindung der mittleren Generation zwischen 25 und 45 Jahren, die nach dem erfolgreichen Berufseinstieg als Folge finanzieller Engpässe während der Familienphase die Gewerkschaften wieder verlassen, und drittens die verstärkte Öffnung zu neuen Branchen und bisher vernachlässigten Berufsgruppen. Scheitern und Erfolg liegen dabei nah beieinander: Zwischen 60 und 70 Prozent der Auszubildenden haben die Gewerkschaften im vergangenen Jahr in den Branchen organisiert, in denen sie gut aufgestellt sind, wie zum Beispiel in der Chemieindustrie. Aber nur noch sechs Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder gehören zur Gewerkschaftsjugend, 20 Prozent zählen zu den RentnerInnen.

Wenn ab 2007 die geburtenschwachen Jahrgänge ins Berufsleben eintreten, wird sich dieser Trend noch verstärken. Einen Ausweg aus diesem Dilemma werden die Gewerkschaften nur finden, wenn sie mehr Ressourcen in die Jugendarbeit investieren. Wenn sie nicht nur Berufsschultouren organisieren und eigene Jugendprojekte initiieren, sondern auch an den Hochschulen Präsenz zeigen.

Bei der GEW Baden-Württemberg stieg die Mitgliederzahl in den vergangenen zehn Jahren von 32 000 auf 40 000. Möglich wurde der Zuwachs, weil die Gewerkschaft auch da Präsenz zeigt, wo die späteren ArbeitnehmerInnen ausgebildet werden, an den Hochschulen und in den Lehrerseminaren. 3000 der Neumitglieder konnte die GEW auch deshalb gewinnen, weil der Landesverband vor zwei Jahren die Möglichkeit einer kostenfreien Mitgliedschaft für StudentInnen eingeführt hat. Die Beitragsanteile für die Bundes-GEW und den DGB finanzieren die anderen Mitglieder mit. Eine Investition in die Zukunft, bei der sich erst in einigen Jahren zeigen wird, ob sie sich rechnet. Weitere 1000 Mitglieder im Jugendhilfe- und im Weiterbildungsbereich wurden geworben, weil über steigende Mitgliedseinnahmen im Schulbereich zusätzliche Sekretärsstellen für den außerschulischen Bereich finanziert werden.

Erfolge können die Gewerkschaften aber auch in traditionellen Branchen erzielen. Die IG Metall NRW, die früh auf die Idee gesetzt hat, mit ihren Verwaltungsstellen Zielvorgaben für die Mitgliederentwicklung zu vereinbaren, konnte im Januar 2005 die Zahl ihrer Neuaufnahmen gegenüber dem Vorjahresmonat um 88 Prozent auf 2767 steigern. Im Februar sank die Zahl der Austritte um 56 Prozent auf 122.

Zuwächse wird es aber nur geben, wenn auch Service und Erreichbarkeit stimmen. ver.di will deshalb sein Hamburger Mitgliederservicecenter, in dem sämtliche Dienstleistungen vom Rechtsschutz über den Lohnsteuerservice bis zur Vorruhestandsberatung konzentriert sind, in andere Städte exportieren. •



Der Mitgliederverlust der acht DGB-Gewerkschaften lag im vergangenen Jahr zwischen 1,9 Prozent bei der Gewerkschaft der Polizei und 7,9 Prozent bei der IG BAU. Überproportional starke Verluste mussten die Gewerkschaften in den Branchen hinnehmen, in denen verstärkt Arbeitsplätze abgebaut wurden. Das gilt neben dem Bausektor zum Beispiel für die Druckindustrie und den öffentlichen Dienst, für den Einzelhandel und die Brauereien. Mitgliedergewinne in andere Bereichen konnten die Verluste nicht ausgleichen.

Das U-35-Problem

Das zentrale Problem der Gewerkschaften ist nicht, dass sie keine neuen Mitglieder gewinnen, sondern dass es immer schwerer wird, Beschäftigte langfristig als Mitglieder zu binden. „Wir haben Schwierigkeiten, die Gruppe der 25- und 45-Jährigen zu halten", so IG BCE-Vorstand Michael Vassiliadis in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Mitbestimmung. Auch Paul Rodenfels, Leiter des Funktionsbereichs Mitglieder bei der IG Metall, kennt das Problem der unter 35-Jährigen, „wenn nach der Ausbildung berufliche Karriere und Weiterqualifizierung oder Familienplanung im Mittelpunkt stehen".

Welche Antwort die Gewerkschaften auf die schwindende Bindekraft gegenüber der mittleren Generation geben können, ist eine der zentralen Fragen, an denen sich die künftige Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften entscheiden wird.

kurz&bündig

Die IG Metall ruft zur Teilnahme an der Aktionswoche der Welthandelskampagne „Gerechtigkeit Jetzt!" vom 8. bis 16. April auf. Getragen wird die Kampagne in Deutschland von 35 Organisationen. Informationen gibt es unter www.gerechtigkeit-jetzt.de

Die NGG hat zusammen mit Gewerkschaften aus Dänemark, Großbritannien, Polen, Ungarn und den Niederlanden ein europäisches Betriebsrätenetzwerk für die Fleischwirtschaft gegründet. Durch die internationale Zusammenarbeit soll der Gefahr des Lohndumpings durch die geplante Einführung des Herkunftslandprinzips bei EU-weit angebotenen Dienstleistungen entgegengewirkt werden.

Die GEW fordert, dass Kinder von Alg II-Empfängern von der Zahlung der Kita-Gebühren befreit werden. Die Bundesregierung müsse mit den kommunalen Spitzenverbänden eine entsprechende Vereinbarung treffen. Bislang seien die Kita-Gebühren auch von den Sozialämtern getragen worden.

Eine von IG BCE und Hans-Böckler-Stiftung unterstützte Studie des Fraunhofer Instituts für Systemforschung fordert von der Politik die Entwicklung einer „nationalen Pharmastrategie". Neben Wissenschaft, Industrie und Politik müssten auch Ärzte und Krankenkassen mit an den Tisch.

EGB-Demo in Brüssel

Zulauf stärker als erwartet

Der Zulauf aus Deutschland zur Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) am 19. März in Brüssel ist stärker als erwartet. Der DGB-Bundesvorstand erwartet schätzungsweise 5000 TeilnehmerInnen, der EGB insgesamt sogar 50 000. Ursprünglich war in den DGB-Bezirken NRW und West nur mit insgesamt 2000 Demonstranten gerechnet worden. Inzwischen hat allein NRW für über 2000 GewerkschafterInnen 44 Busse geordert, mehr als doppelt so viele wie anfangs geplant. NRW-Organisator Manfred Wotke: „Hätten wir für die Teilnahme geworben, weiß ich nicht, bei welcher Teilnehmerzahl wir gelandet wären."

Unter dem Motto „Mehr und bessere Arbeitsplätze" wollen DGB und EGB am 19. März gegen den EU-Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie protestieren, mit der „Sozialdumping zum Gesetz" würde. Laut Gesetzentwurf sollen Unternehmen Dienstleistungen europaweit künftig nach den Regeln des Herkunftslandes anbieten können. Betroffen wären davon hierzulande nahezu alle Branchen – vom Bau über den öffentlichen Dienst bis zur Gastronomie.

Nach Auffassung von Thorben Albrecht, beim DGB in Berlin zuständig für Europapolitik, besteht „eine reelle Chance", dass die geplante Dienstleistungsrichtlinie der EU neu verhandelt oder zumindest wesentlich korrigiert wird. Die massive Kritik am Richtlinienentwurf habe „offensichtlich" Bewegung in die Diskussion gebracht. •

IG BCE online

Internet-Auftritt für Mitglieder

Die IG Bergbau, Chemie, Energie ist seit Anfang März mit ihrem

komplett neu gestalteten Internet-Auftritt online. Frisch und durchaus ungewohnt präsentiert die Chemiegewerkschaft dabei ihre Inhalte – leider in Teilbereichen nur ihren Mitgliedern. Ganz bewusst wohl haben sich die MacherInnen der BCE-Hompepage am Newsletterkonzept orientiert. Kurz, knapp und auf einen Blick erfassen Online-NutzerInnen die Themen des jeweiligen Newsletters bzw. der aktuellen Homepage. Wer will, kann diesen Newsletter auch abonnieren – so er denn Mitglied der Gewerkschaft ist. Immerhin kann jeder, der sich mit entsprechender Software selbst versorgt, sich regelmäßig über Neuerungen auf der BCE-Homepage informieren. Änderungen auf der gewünschten Homepage werden so signalisiert. Oder man richtet sich gleich die BCE-Startseite als Startseite im Browser ein. Inhaltliche Schwerpunkte des Auftritts: Branchennews, Tarifverträge und Bildungsangebote, darüber hinaus sollen E-Groups und Links Einblick in die Arbeit der IG BCE geben. •

www.igbce.de

Einstellung der GMH

WissenschaftlerInnen fordern Fortsetzung des Dialogs

Braucht der DGB eine eigene Zeitschrift, in der sich die Gewerkschaften der kritischen Analyse ihrer eigenen Politik und ihrer theoretischen Positionen durch externe WissenschaftlerInnen und Publizisten stellen? 55 Jahre lang haben diese Funktion die *Gewerkschaftlichen Monatshefte (GMH)* wahrgenommen, deren Einstellung der DGB-Bundesvorstand wegen rückläufiger Abonnentenzahlen Anfang Dezember beschlossen hat *(einblick* 22/2004). In der nun erscheinenden letzten Ausgabe (*GMH* 11-12/2004) zieht die Redaktion noch einmal Bilanz der über 4000 Diskussionsbeiträge seit 1950, von denen etliche in den Gewerkschaften und ihrem Umfeld politische Debatten angestoßen haben.

Zu Wort kommen neben Chefredakteur Hans-Otto Hemmer und dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer mehr als zwei Dutzend langjährige AutorInnen, darunter Iring Fetscher, Helga Grebing, Arno Klönne, Andrei S. Markovits, Walter Müller-Jentsch, Oskar Negt und Rainer Zoll. Rainer Hank, Leiter der Wirtschaftsredaktion der *FAZ Sonntagszeitung,* fragt, warum die Gewerkschaften auf eine Zeitschrift verzichten, die bislang als Plattform für die Überprüfung der eigenen Konzepte gedient habe, während sie gleichzeitig ein eigenes Makroökonomisches Institut aufbauen, um ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen stärker in die politische Debatte einzubringen.

Dass der DGB den Dialog nicht beenden, sondern künftig auf andere Weise fortsetzen will, stellt Michael Sommer klar: Unter dem Titel „Einen neuen Schritt wagen!" bittet er die bisherigen LeserInnen der *GMH,* auch dem Neuen eine Chance zu geben. An einem solchen Konzept wird derzeit gearbeitet. •

Auswege aus der Defensive

Doppelstrategie gefragt

Die Gewerkschaften brauchen eine Doppelstrategie, um wieder in die Offensive zu kommen. Sie müssen sich nicht nur mit konkreten Vorschlägen an den wirtschaftspolitischen Debatten beteiligen, sondern auch in die intellektuelle Auseinandersetzung über den wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland einschalten, meint der Konjunkturforscher Gustav A. Horn.

Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, dass die Gewerkschaften in der Defensive sind. Dies gilt für ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen wie auch für die reine Mitgliederzahl und damit **letztlich insgesamt für ihre Verhandlungs- und Gestaltungsmacht** in unserer Gesellschaft. Die Gründe für diese missliche Lage liegen auf der Hand. Es ist zum einen die seit Jahren völlig unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung mit hoher Arbeitslosigkeit, die die Macht der Gewerkschaften schwächt. Maßgeblich verschärft wird das Ganze aber noch durch die intellektuelle Oberhoheit von wirtschaftlichen Theorien, die in den Gewerkschaften und den durch sie durchgesetzten vermeintlich zu hohen Lohnabschlüssen und der zu ausgeprägten sozialen Sicherung sogar die Ursachen für die wirtschaftliche Schwäche sehen. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit wäre demnach **nur durch einen Abbau von sozialen Rechten und gewerkschaftlichem Einfluss zu erreichen.** Diese Sichtweise ist auch in der derzeitigen Bundesregierung weit verbreitet; die Agenda 2010 ist Ausdruck dieser Überzeugung. Sie hat die Stellung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften weiter geschwächt.

Wie kann dieser starken Strömung begegnet werden? Hier empfiehlt sich ein Vorgehen auf zwei Ebenen. Die erste Ebene ist das wirtschaftspolitische Tagesgeschäft. Die Gewerkschaften müssen noch viel stärker als bisher **in den wirtschaftspolitischen Debatten mit konkreten Vorschlägen auch medial präsent sein.** Nur so erreicht man heute breite Bevölkerungsschichten, entwickelt politischen Druck und wirbt ganz nebenbei für sich. Die Botschaft muss sein: Es ist möglich, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, ohne dass es zu einem massiven Lohndruck kommt und die soziale Sicherung in Gefahr gerät. Denn die Krise basiert auf einer zähen Nachfrageschwäche und kann folglich auch nur durch Maßnahmen, die die Nachfrage stützen, überwunden werden. Hier sind die entsprechenden Belege immer wieder anzuführen und die reichhaltige Auswahl notwendiger Maßnahmen zu erläutern.

Aber dies alleine reicht nicht aus. Deshalb muss auf einer zweiten Ebene – längerfristig angelegt – **die intellektuelle Auseinandersetzung über den wirtschaftspolitischen Kurs** in Deutschland gesucht werden. Hier gilt es, Strategien zu entwickeln, die die Wirtschaftspolitik in Deutschland auf einen Kurs zurückbringen, bei dem Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit wieder im Gleichklang sind. Wichtig ist, dass diese Strategien, sollen sie eine breite Ausstrahlung aufweisen, nicht nur im direkten gewerkschaftlichen Umfeld entstehen dürfen. Ökonomische Think Tanks, Verbände und

Dr. Gustav A. Horn, 50, war bis Dezember 2004 Leiter der Konjunkturabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Seit Anfang des Jahres leitet er das im Aufbau befindliche Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

Gruppierungen sind unbedingt einzubeziehen. Die Gewerkschaften müssen dann allerdings **offen mit Ergebnissen umgehen, die nicht notwendigerweise ihren letzten Beschlüssen entsprechen.** Sie sollten sie als Teil eines Prozesses verstehen, der Erkenntnisse auf dem Weg zu einer langfristig tragfähigen Politik erzeugt.

Zentrales Element muss ein Konzept für die soziale Sicherung sein, das Wachstum und Beschäftigung fördert. In Zeiten weltweit liberalisierter Kapitalmärkte, die Unternehmen unter hohen Renditedruck setzen, ist dies ein schwieriges Unterfangen. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die **Unternehmen als Partner einer gesamtwirtschaftlichen Sicherung nur noch begrenzt in Frage kommen.** Wo es nur geht, bringen sie ihr Gewicht in die Waagschale, soziale Leistungen zu kürzen oder sie versuchen sie zu umgehen.

Hier stellt sich die Frage, ob diesem Problem nicht mit einem teilweise Steuer finanzierten System begegnet werden kann. Dann ist nämlich die Politik, die ihrer sozialen Verantwortung nicht ausweichen kann, mit im Boot. In einem solchen Umfeld kann die in Zeiten der Globalisierung erhebliche Unsicherheit für die Menschen vermindert werden. Wenn diese Umfinanzierung der Sozialsysteme dank der Gewerkschaften möglich wird, dürfte das deren gesellschaftlicher Akzeptanz zugute kommen und sie von der Defensive in die Offensive bringen. •

Jenseits der Beschlusslage

Gustav A. Horn, ist einer der renommiertesten Nachfragetheoretiker in Deutschland. Dass „die Lohnabschlüsse höher ausfallen müssen" und „die Lohndrückerei ein Ende haben muss", damit die Wirtschaftskrise überwunden werden kann, hat er in zahlreichen Interviews betont, seitdem ihn die Hans-Böckler-Stiftung Ende des vergangenen Jahres zum Leiter des neu gegründeten Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) berufen hat. Ein Vertreter gewerkschaftlicher Beschlusslagen ist Horn allerdings nicht.

„Wir sind nicht das Kampfinstrument der Gewerkschaften" hatte Horn bereits unmittelbar nach Bekanntwerden seines Wechsels an die IMK-Spitze Ende 2004 in der „Süddeutschen Zeitung" erklärt. Sein Institut werde „nach wissenschaftlichen Standards arbeiten und seriöse Prognosen ohne Gewerkschaftsbonus" abgeben, sagte er der „Frankfurter Rundschau".

Das IMK, ergänzte Horn im „Kölner Stadtanzeiger", sei „nicht für die tagespolitische Auseinandersetzung bestimmt". Es sei deshalb auch nicht der Gegenpol des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), auch wenn das IMK „wohl oft eine andere Meinung" vertreten werde.

Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

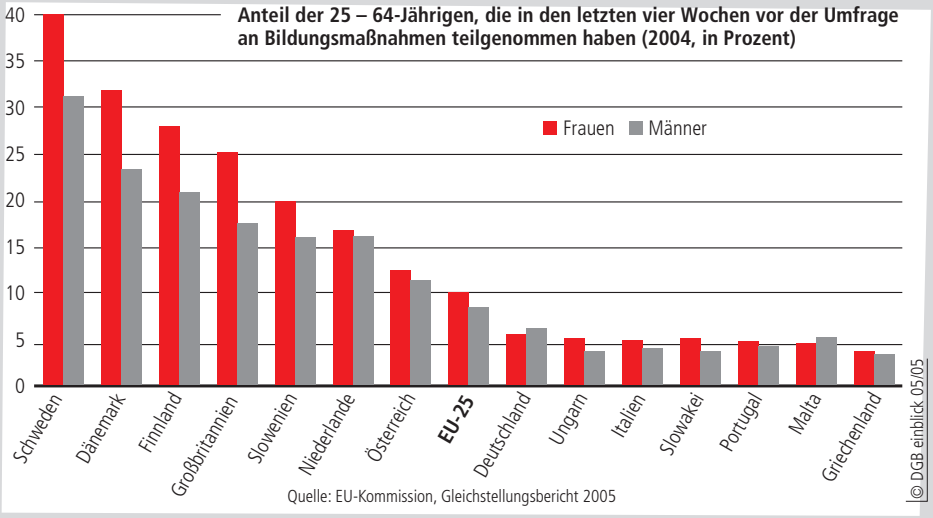
DIES & DAS

die DGB grafik

LEBENSLANGES LERNEN: Schwedinnen vorn

In der Bildung haben Frauen in der EU die Nase vorn, doch nach wie vor werden sie in der Arbeitswelt benachteiligt – ob bei Karriere oder Entgelt. Das zeigt der EU-Bericht zur Gleichstellung 2005. Frauen stellen EU-weit 55 Prozent der AkademikerInnen, besuchen häufiger weiterführende Schulen und nehmen mehr als Männer an Weiterbildung teil – nur in Malta, Belgien, Luxemburg und Deutschland nicht.

***Download:** http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2005/feb/gender_equ_rep_2005_de.html*



Quelle: EU-Kommission, Gleichstellungsbericht 2005

personalien

••• ***Peter Scherrer,*** 45, Sekretär für EU-Politik im Düsseldorfer Zweigbüro des IG Metall-Vorstands, davor Mitarbeiter des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI) in Brüssel, ist am 28. Februar vom Exekutivausschuss des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB) zum Generalsekretär gewählt worden. Er folgt ***Reinhard Kuhlmann,*** 58, der zum Personalvorstand des Werftenverbunds Thyssen Krupp Marine Systems in Hamburg berufen worden ist.

••• ***Dr. Jürgen Grumbach,*** 51, seit 1989 stellvertretender Leiter der Technologieberatungsstelle beim DGB Nordrhein-Westfalen (TBS), ist seit dem 1. März deren Leiter. Er folgt ***Dr. Ulrich Weber,*** 60, der seit Gründung der TBS Nordrhein-Westfalen 1981 an deren Spitze gestanden hat.

14 TAGE

14.3. ver.di, Workshop „Die Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten", Berlin

15.3. DGB, Tagung „Lokale Bündnisse für Familie und bürgerschaftliches Engagement", Berlin

16.3. DGB, Feierstunde aus Anlass des 60. Jahrestages des Neuaufbaus der Gewerkschaften nach der Hitler-Diktatur, Aachen

16.3. ver.di, Veranstaltungsreihe sicht.weisen „Internationale Rahmenvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und transnationalen Unternehmen – eine Chance bei der Globalisierung von Arbeitsbeziehungen?", Berlin

17.3. DGB-Bildungswerk, Tagung zum UN-Tag gegen Rassismus „Arbeit als Tor zur Integration", Düsseldorf

18./19.3. GEW und DGB-Bildungswerk, Friedenspolitische Konferenz „Europa MACHT Frieden", Berlin

19.3. Europäischer Gewerkschaftsbund, Demonstration „Mehr und bessere Arbeitsplätze", Brüssel

19.3. DGB Sachsen-Anhalt, „Soll man Reisende aufhalten?", Fachtagung zu Strategien gegen die Abwanderung, Magdeburg

Tipp

***Buch:** Joachim Beerhorst, Hans-Jürgen Urban (Hrsg.), **Handlungsfeld europäische Integration – Gewerkschaftspolitik in und für Europa,** VSA-Verlag, Hamburg 2005, 117 Seiten, 8,90 Euro.*

Europa braucht ein neues reformstiftendes Projekt, eine konkrete Vorstellung über seine eigene Zukunft, um die Zustimmung der Menschen zu gewinnen. Dass es dazu auch einer stärkeren europaweiten Koordinierung der Tarifpolitik in den Mitgliedsländern der EU bedarf, zeigt der Band, der die Beiträge des gewerkschaftspolitischen Forums der IG Metall vom September 2004 vorstellt.

Schlusspunkt

„Prostaktion der Hamburger Berufsschüler"

Überschrift einer Pressemitteilung des DGB Hamburg vom 24. Februar über Protestaktionen Hamburger SchülerInnen gegen die vom Senat der Hansestadt geplante Berufsschulreform

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 29.03.2005 6/05

DGB

inhalt

Seite 3
Ganz normale Aktionäre
Aktionäre kommen und gehen. Das gilt auch für Belegschaftsaktionäre

Seite 5
Chance zur Korrektur
Die EU-Kommission hat einen Änderungsvorschlag zur europäischen Arbeitsrichtlinie vorgelegt. Ob dadurch die gröbsten Mängel der bestehenden Richtlinie beseitigt werden, ist fraglich

Seite 7
Impuls für eine neue Rollenverteilung
Von einem Elterngeld mit Lohnersatzfunktion statt des bisherigen Erziehungsgeldes erwartet Anne Jenter vom DGB-Bundesvorstand Impulse für eine neue Rollenverteilung zwischen Vätern und Müttern

Jobgipfel-Bilanz

DGB sieht positive Ansätze

Wäre es nach den Plänen der Vorsitzenden der beiden Unionsparteien Angela Merkel (CDU) und Edmund Stoiber (CSU) gegangen, hätten die Parteien auf dem Jobgipfel von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am 17. März weitgehende Einschnitte in das Arbeits- und Tarifrecht beschlossen. Langzeitarbeitslose, so eine der Forderungen von CDU/CSU zum Abbau vermeintlicher Einstellungshindernisse, sollten bis zu einem Jahr „zu einer Entlohnung 10 Prozent unter Tarif einsteigen können". Der Kündigungsschutz sollte in den ersten Jahren der Betriebszugehörigkeit außer Kraft gesetzt werden. Zudem hatte die Union „eine gesetzliche Grundlage für betriebliche Bündnisse für Arbeit im Tarifrecht" gefordert. Bestehende Tarifverträge könnten dann durch Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene unterlaufen werden. Die Schutzfunktion des Tarifvertrags wäre faktisch aufgehoben.

Dass es dazu nicht gekommen ist und Bundeskanzler Gerhard Schröder stattdessen ein Bekenntnis zum europäischen Sozialstaat abgelegt hat, in dem Mitbestimmung und Tarifautonomie ihren festen Platz haben, werten die Gewerkschaften auch als ihren Erfolg.

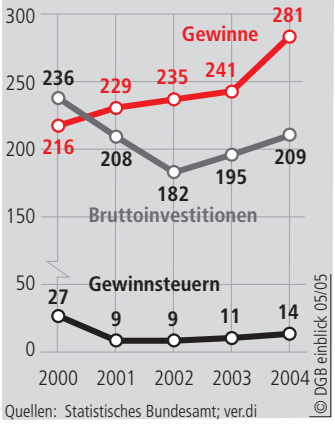
Im Vorfeld des Gipfels hatte DGB-Vorsitzender Michael Sommer hinter den Kulissen intensiv für die Argumente der Gewerkschaften geworben. „Unser Vorgehen hat Wirkung gezeigt. SPD und Grüne haben sich vom 10-Punkte-Programm der Union abgesetzt", lobt Sommer. Positiv bewertet der DGB nicht nur das Bekenntnis des Kanzlers zum Sozialstaat, sondern auch einen Teil der auf dem Job-Gipfel getroffenen Vereinbarungen. Dazu zählt die bessere Förderung von Jugendlichen und älteren ArbeitnehmerInnen und die Ausweitung der Zuverdienstmöglichkeiten für Alg II-Bezieher. Die angekündigten Investitionen im Verkehrsbereich und die geplante Verlängerung des Programms zur energetischen Gebäudesanierung seien zudem ein wichtiger Beitrag zur Ankurbelung der Binnennachfrage.

Sommer sieht hierin „einen ersten Schritt hin zu einer besseren Politik", dem weitere Schritte folgen müssten. Angesichts einer öffentlichen Investitionsquote von gerade einmal 1,4 Prozent fordert der DGB deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur.

Kritisch beurteilen die Gewerkschaften die geplante Senkung der Unternehmenssteuern. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass Steuersenkungen keine Arbeitsplätze schaffen. Zudem dürften niedrigere Steuersätze nicht dazu führen, dass die Handlungsfähigkeit des Staates weiter eingeschränkt wird. Zwar hatten auch Union und Regierungskoalition auf dem Job-Gipfel übereinstimmend erklärt, dass die Neugestaltung der Unternehmenssteuern nicht zu Einnahmeausfällen führen dürfe, über die Umsetzung dieses Ziels ist aber unmittelbar nach dem Gipfel Streit zwischen Regierung und Opposition ausgebrochen. •

Steuergeschenke nicht genutzt

Gewinne, Gewinnsteuern und Bruttoinvestitionen von Unternehmen 2000 – 2004 (in Milliarden Euro)



Quellen: Statistisches Bundesamt; ver.di

Ein Blick auf die vergangenen Jahre zeigt, dass niedrigere Unternehmenssteuern ohne eine gleichzeitige Stärkung der Binnennachfrage nicht zu höheren Investitionen führen.

plusminusBERLIN

+ ***Frauenministerin Renate Schmidt (SPD) hat in der „Welt am Sonntag" die Einführung eines „Gender-Dax" angekündigt. Er soll Unternehmen auszeichnen, „die tatsächlich etwas für Frauen tun". Der Gender-Dax ist Teil des neuen Internetportals www.frauenmachenkarriere.de des Ministeriums.***

– ***Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne), hat die Informationen über Anbauflächen gentechnisch veränderter Pflanzen eingeschränkt. Durch eine Änderung des erst im Februar beschlossenen Gentechnikgesetzes erhalten nur noch unmittelbar Betroffene wie Nachbarn und Imker detaillierte Informationen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gutearbeit-online.de
Zeitschrift für Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zum Präventionsgesetz

DGB international

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in Lateinamerika vertiefen

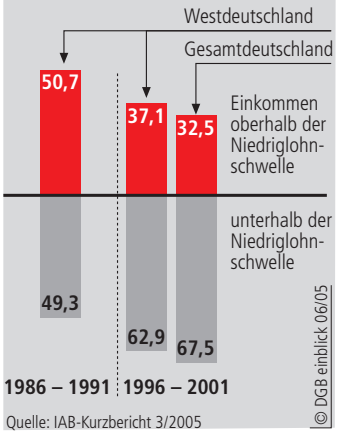
Mit einer kleinen Gewerkschaftsdelegation besucht der DGB-Vorsitzende Michael Sommer vom 8. bis 21. April Kolumbien, Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien. Vorgesehen sind Begegnungen mit dem Präsidenten Kolumbiens, Alvaro Úribe, dem chilenischen Staatspräsidenten Ricardo Lagos und dem Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio „Lula" da Silva. Bei den verabredeten Treffen mit den Arbeitsministern aller besuchten Länder wird es vor allem um rechtliche Verbesserungen für die Arbeit der Gewerkschaften gehen.

Im Mittelpunkt des Programms in jedem Land steht jedoch der Ausbau der bereits jetzt schon engen Arbeitsbeziehungen mit den Gewerkschaftsbünden Lateinamerikas. In Konferenzen, Workshops und Seminaren mit den Gewerkschaftsführungen wird etwa in Kolumbien die dramatische Lage in dem für GewerkschafterInnen gefährlichsten Land der Welt zur Sprache kommen. In Chile steht das Verhältnis von Gewerkschaften, Parteien und Regierung auf der Tagesordnung. In Argentinien, Uruguay und Brasilien werden die gewerkschaftlichen Positionen für die Assoziationsverhandlungen zwischen EU und MERCOSUR diskutiert, um in diesem Abkommen ein verbindliches Sozialkapitel zu verankern. Zum Abschluss der Reise wird Michael Sommer in seiner Funktion als stellvertretender Präsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) an der Eröffnung des 16. Kongresses von ORIT, der amerikanischen Regionalorganisation des IBFG, in Brasilia teilnehmen. ●

Internet-Reisetagebuch ab 10. April: www.dgb.de

Immer weniger steigen auf

Chancen von Beschäftigten im Niedriglohnbereich, innerhalb von fünf Jahren eine Tätigkeit oberhalb der Niedriglohnschwelle zu finden (Vollzeitbeschäftigte, in Prozent)



Quelle: IAB-Kurzbericht 3/2005

15 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten im Niedriglohnbereich. Trotz Vollzeitarbeit erhalten sie brutto weniger als 1630 Euro im Monat. Ihre Chancen, in eine besser bezahlte Tätigkeit aufzusteigen, sind in den vergangenen Jahren stark gesunken. Zwischen 1996 und 2001 gelang nur einem Drittel aller GeringverdienerInnen innerhalb von fünf Jahren der Schritt über die Niedriglohnschwelle. Zwischen 1986 und 1991 galt das immerhin noch für fünfzig Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnbereich. EU-weit haben Geringverdiener in Deutschland inzwischen die geringsten Aufstiegschancen, so das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

EGB-Demo in Brüssel

75 000 gegen neoliberale EU-Politik

75 000 GewerkschafterInnen aus ganz Europa, darunter knapp 10 000 aus Deutschland, sind nach Angaben des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) am 19. März in Brüssel auf die Straße gegangen, um für ein soziales Europa und gegen Sozialabbau und Lohndumping zu demonstrieren. Drei Tage vor dem EU-Frühjahrsgipfel richtete sich ihr Protest vor allem gegen die von der EU-Kommission geplante Dienstleistungsrichtlinie. Statt eine neoliberale Politik zu verfolgen, erwarteten die europäischen Gewerkschaften von der Kommission, dass sie den Sozialstaat und den sozialen Dialog verteidige, so der EGB-Generalsekretär John Monks. ●

Fragenan ...

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel, 51, ist Spitzenkandidat der DGB-Liste für die Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) bei der Sozialwahl 2005.

■ Welchen Stellenwert hat die Kandidatur für dich?

■ *Mit meiner Kandidatur für die BfA-Vertreterversammlung will ich deutlich machen, wie wichtig uns als Gewerkschaften die umlagefinanzierte Rentenversicherung ist – für die meisten Menschen entscheidet nach wie vor die gesetzliche Rentenversicherung über den größten Teil ihrer Altersversorgung, auch wenn diese in Zukunft gekürzt wird. Betriebliche und private Vorsorge können das zwar sinnvoll ergänzen, sind aber keine Alternative, besonders nicht für untere und mittlere Einkommen.*
Deshalb drängen wir auf Reformen in der so genannten ersten Säule, die nicht das Leistungsniveau weiter absenken, sondern mit einer Verbreiterung der Basis der Sozialversicherung auf eine auskömmliche Altersversorgung zielen. Im Gesundheitssystem wird inzwischen breit über eine Bürgerversicherung diskutiert. Eine solche Diskussion brauchen wir auch für die Rente.

Eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist aus Sicht der IG BAU eine absurde Vorstellung. Schon die heutige Regelaltersgrenze von 65 Jahren erreichen etwa im Bauhauptgewerbe wegen der hohen Arbeitslosigkeit und aus gesundheitlichen Gründen nur fünf Prozent der Beschäftigten.

■ Was zeichnet die GewerkschafterInnen in der Selbstverwaltung aus?

■ *Wir sind sehr nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen. Deshalb glaube ich, dass wir ihre Sorgen und Nöte, ihre Interessen, die wir aus den Betrieben und aus unserer Verankerung vor Ort kennen, direkter als andere aufgreifen und in unsere Arbeit in der Selbstverwaltung und in unsere politischen Reformvorschläge einfließen lassen können. Das ist unser besonderer Vorteil und gleichzeitig unsere besondere Verantwortung als Gewerkschaft.*

■ Was hast du dir für die Arbeit in der BfA-VertreterInnenversammlung vorgenommen? Welches sind die größten Herausforderungen der nächsten Jahre?

■ *Mehr Transparenz, gute Beratung, Service und Information, bei Reha-Maßnahmen und Kuren hohe Qualität – damit kann die Rentenversicherung Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen. Und mit Rentenreformen, bei denen die Interessen der Versicherten im Zentrum stehen!*

Belegschaftsaktien

Ganz normale Aktionäre

Aktionäre kommen und gehen – seit 2001 vor allem letzteres. Das gilt auch für Belegschaftsaktionäre. Ihre Zahl ist um 17 Prozent zurückgegangen, die aller Aktionäre und Fondsbesitzer um 18 Prozent.

Die Zahl der Aktionäre in Deutschland ist auch 2004 weiter gefallen – „trotz zuletzt positiver Kursentwicklungen", so Rüdiger von Rosen, Leiter des Deutschen Aktieninstituts (DAI), im Jahresbericht des Instituts. Die Ursachen: Die Anleger sind noch verunsichert, der Aktien-Crash von 2001 wirkt nach. Die Rekordarbeitslosigkeit und die nur schleppende konjunkturelle Erholung drücken auf die Stimmung.

Gleichwohl gibt es gegenläufige Entwicklungen: So hat der Industriekonzern Thyssen-Krupp 2001 und 2004 Belegschaftsaktien ausgegeben und für 2005 sei es geplant, sagt Günter Prystupa von der Abteilung Investor Relations. Denn das Interesse der knapp 100 000 inländischen MitarbeiterInnen ist beachtlich. Fast die Hälfte der Belegschaft hat Anteile gezeichnet. Dafür habe man „viel Aufklärungsarbeit" leisten müssen, erklärt Prystupa. Die Stahlwerker seien in Gelddingen vorsichtig, zudem seien ihnen Aktien ein Buch mit sieben Siegeln.

Der Kaufanreiz bestehe darin, dass die Aktien den Mitarbeitern zum halben Kurswert angeboten werden. Sie können Aktien im Wert von 308 Euro erwerben und erhalten vom Arbeitgeber einen steuerfreien Zuschuss von 154 Euro.

Den Traum vom großen Geld kann sich damit niemand erfüllen. Wer am 1. März 2001 eine Aktie im Wert von 18,52 Euro erworben hat, hat bis Mitte März 2005 exakt 12,9 Prozent oder 2,39 Euro verloren. Besser steht sich, wer am 1. März 2004 eingestiegen ist: Sein Aktien-Wert stieg um 2,1 Prozent oder 0,33 Euro. Der Börsenkurs schwankt eben, in den vergangenen zwölf Monaten zwischen minus 18 und plus zehn Prozent. Zu einem echten Verlustgeschäft würden die Belegschaftsaktien jedoch erst, wenn ihr Wert um mehr als 50 Prozent fiele – und das ist noch nie passiert.

Für die Beschäftigten seien die Belegschaftsaktien inzwischen ein fester Bestandteil ihres Einkommens, berichtet Annegret Finke, Sprecherin der IG Metall-Vertrauensleute von Thyssen-Krupp Stahl in Duisburg-Hamborn. Auch die Vertrauensleute sähen das Thema mittlerweile „ganz pragmatisch", es gebe „keine ideologischen Kontroversen mehr".

Die Schering AG gibt schon seit 1977 Belegschaftsaktien aus. Der Pharmakonzern bezuschusst den Aktienerwerb, möchte aber nicht sagen, zu wie viel Prozent. Vermutlich ist der Preis attraktiv. Über 80 Prozent der Beschäftigten nutzen das Angebot. Wer kurz vor Weihnachten 2004 eine Aktie für 55,29 Euro kaufte, notierte drei Monate später eine Wertsteigerung um 5,9 Prozent oder 3,27 Euro.

Eine gute Performance hatte in der Vergangenheit auch die Südzucker-Aktie. Wer im März 1988 umgerechnet 10 000 Euro in Südzucker-Aktien anlegte, verfügte 16 Jahre später – einschließlich wieder angelegter Dividenden und Bezugsrechtserlöse – über 62 915 Euro. Damit hatte diese Aktie einen durchschnittlichen Wertzuwachs von 12,2 Prozent jährlich. Der DAX legte in derselben Zeit nur um 8,6 Prozent zu. Doch sagt das über die Zukunft wenig. „Versprechen darf man keine machen", sagt Pressesprecher Rainer Düll. Das Vertrauen der Beschäftigten in diese Aktie scheint aber groß zu sein, drei Viertel der 3000 MitarbeiterInnen haben Belegschaftsaktien gezeichnet. Sie erhalten sie seit 38 Jahren zum Vorzugspreis.

In der chemischen Industrie gebe es schon seit Jahrzehnten „eine durchaus positive Einstellung" zu Belegschaftsaktien, sagt Gottlieb Förster, Abteilungsleiter Tarifpolitik der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Ausgabe und Erwerb von Belegschaftsaktien würden von der IG BCE auch befürwortet. „Wir wollen, dass die Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens beteiligt werden." Die hohe Beteiligungsquote bei Schering sei durchaus repräsentativ, jedenfalls für große Unternehmen wie Bayer und BASF.

Anders als für die IG BCE ist für die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Gewinnbeteiligung kein Thema. „Unsere Branchen sind zurzeit auch überwiegend ökonomisch gebeutelt", erklärt Tarifexperte Jörg Wiedemuth. •

Rückläufiges Interesse

Zahl der Aktionäre 1997 – 2004 (in Millionen)

Quelle: Infratest-Umfragen im Auftrag des Deutschen Aktieninstituts

Der erste Blick täuscht: Die Zahl der Belegschaftsaktionäre ist ebenso rückläufig wie die aller Aktionäre. In diesem Jahr könnte die Zahl aller Aktionäre und Fondsbesitzer unter zehn Millionen fallen.

Chance oder Risiko?

Die Vergabe von Belegschaftsaktien ist die traditionelle Methode der Mitarbeiterbeteiligung. Belegschaftsaktien sind Aktien, die zu Vorzugspreisen, die meist deutlich unter dem aktuellen Kurswert liegen, den Beschäftigten einer Aktiengesellschaft angeboten werden. Bis 2001 unterlagen sie einer Sperrfrist von sechs Jahren, seit 2002 unterliegen sie keiner Mindesthaltedauer mehr.

Der Belegschaftsaktionär hat das Recht auf Teilnahme an der Hauptversammlung, ein Stimmrecht und ein Recht auf Auskunft. Er kann – wie jeder Aktionär – natürlich auch Geld verlieren. Bis 1998 mussten nur Mitarbeiterdarlehen durch eine Bankbürgschaft abgesichert werden, seit 1999 gilt das auch für die Anlage vermögenswirksamer Leistungen im eigenen Unternehmen, nicht aber für Mitarbeiterbeteiligungen generell.

Möglichkeiten, kein Kursrisiko zu tragen, gibt es: Das Unternehmen gewährt seinen MitarbeiterInnen einen Kredit, für den diese Aktien der Gesellschaft erwerben, die sie nach Ende der Kreditlaufzeit verkaufen oder zum Einstandskurs zurückgeben können.

Im Internet
www.wmp-consult.de
Experten für Mitarbeiterbeteiligung

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Bildungswerk

Strategie 2008

Das DGB-Bildungswerk (BW) richtet sich neu aus. Ziel ist, bis 2008 „zum führenden Bildungsdienstleister für engagierte Menschen in der Arbeitswelt zu werden". Die Zukunft des BW soll gesichert, die Abhängigkeit von gewerkschaftlichen und öffentlichen Geldmitteln weitgehend aufgehoben werden.

Mit der „Strategie 2008" will sich das BW weg von der Angebots- hin zur Nachfrageorientierung entwickeln. BW-Geschäftsführer Dieter Eich: „Wir wollen nicht mehr darauf hoffen, dass unser Angebot ankommt, sondern fragen, was unsere Kunden wollen." Es gehe künftig nicht nur darum, Betriebs- und Personalräten Fachwissen zu vermitteln, sondern ihre fachliche, methodische und sozialkommunikative Kompetenz zu steigern. Das Kerngeschäft, die Qualifizierung von Betriebsräten, soll intensiviert werden, beispielsweise durch das Angebot von Masterstudiengängen für Betriebsräte. Gleichzeitig sollen neue Kunden gewonnen werden, zum Beispiel Führungskräfte. Das BW macht privaten Bildungsanbietern bewusst Konkurrenz, will ihnen – durch den Nachweis höherer Kompetenz in Fragen der Arbeitswelt – Marktanteile abjagen.

Um marktorientierter arbeiten zu können, wird die bisherige BW-Struktur nach Bildungsstätten abgelöst durch zentrale strategische Geschäftsfelder. Dazu zählen die Kompetenzentwicklung und Qualifizierung betrieblicher Akteure, politische Bildung, gewerkschaftliche Jugendbildung und der Nord-Süd-Dialog. Das DGB-Bildungswerk betreibt fünf Bildungszentren in Düsseldorf, Hamburg, Hattingen und Starnberg. •

www.dgb-bildungswerk.de

Hannover Messe 2005

WomenPower

Immer mehr Frauen studieren und erreichen exzellente Abschlüsse. Doch in Spitzenpositionen von Wirtschaft und Wissenschaft sind sie nach wie vor unterrepräsentiert. Im Rahmen der Hannover Messe will der Fachkongress „WomenPower" am 15. April Einblicke in Chancen, Erfolge, Potenziale und Netzwerke für Frauen in Industrie und Wirtschaft bieten. Der Eintritt für alle Kongressveranstaltungen und die Messe kostet 30 Euro, ohne Messezugang 20 Euro. Während der Messewoche vom 11. bis zum 15. April präsentiert der Verein „Frauen geben Technik neue Impulse" ein eigenes Programm, das sich insbesondere an Schülerinnen richtet. •

www.hannovermesse.de/womenpower

DGB

Hart(z) für Frauen

Durch Hartz IV steht Hunderttausenden von arbeitslosen Frauen seit Januar 2005 wegen der Anrechnung von Partnereinkommen kein Arbeitslosengeld (AlG) II mehr zu. Welche Auswirkungen die Hartz-Reformen insgesamt für Frauen haben, darüber informiert umfassend die DGB-Broschüre „Hart(z) für Frauen". Jedes Kapitel ist einer Personengruppe oder einer konkreten Lebenssituation gewidmet: Was müssen allein Erziehende, Berufsrückkehrerinnen oder Schwangere beachten? Was tun bei Ablehnung von Alg II, oder bei der Pflege Angehöriger, wenn der Kindesvater selbst Alg II bezieht oder die Antragstellerin vorübergehend im Frauenhaus leben muss?

Systematisch klärt die Broschüre über Zuständigkeiten, Ansprüche, Förderungen, Pflichten und Widerspruchsmöglichkeiten auf. Der Aufforderung, sich nicht widerspruchslos verwalten zu lassen, sondern eigene Vorstellungen zu entwickeln, folgen Hinweise zu Qualifizierungen und Praktika. Auch Ich-AG oder Selbstständigkeit sowie mögliche Starthilfen wie Einstiegs- und Überbrückungsgelder werden vorgestellt, deren Chancen und Risiken analysiert. Einzelexemplare gibt es kostenlos gegen Einsendung eines mit 0,77 Euro frankierten DIN A5-Umschlags beim DGB, Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik. •

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

TBS NRW

Beschäftigte aktivieren

Betriebliche Innovationen scheitern selten an den Beschäftigten – im Gegenteil: Ideen für neue Produkte und Arbeitsmethoden werden häufig von MitarbeiterInnen ausgetüftelt, oft jedoch weder unterstützt noch umgesetzt. Dass es anders geht, soll die Tagung der TBS Nordrhein-Westfalen „Beschäftigung sichern durch Innovation und Beteiligung" belegen, die am 14. April im Kongresszentrum Oberhausen stattfindet. Dabei werden drei betriebliche Positivbeispiele vorgestellt: die Simeonsbetriebe Minden, die Bochumer Eisenhütte Heintzmann sowie die Lehnkering GmbH, Duisburg, in denen Mitarbeitervorschläge und neue Arbeitszeitmodelle realisiert wurden. •

Tel. 0208 / 82 07 631
bib@tbs-nrw.de

Seminar

E-Learning gestalten

E-Learning und Wissensmanagement gewinnen an Bedeutung. Allerdings ist der Markt schwer zu durchschauen. Deshalb sollten Betriebs- und Personalräte auf gute Rahmenbedingungen bei deren Einführung im Betrieb achten. Insbesondere an sie richtet sich ein kombiniertes Präsenz- und Online-Seminar, das der Verein Technik und Leben in Kooperation mit elearnconcept zwischen dem 19. Mai und dem 17. Juni anbietet. Auftakt und Ende finden in Bonn statt, in der Zwischenzeit arbeiten die TeilnehmerInnen online am PC. Das Seminar kostet 1250 Euro. •

www.technik-und-leben.de

interregio

••• In einer gemeinsamen Erklärung gegenüber ihren Landesregierungen haben sich ***alle DGB-Bezirksvorsitzenden*** gegen die Einführung von ***Studiengebühren*** ausgesprochen. Eine bessere Ausstattung der Hochschulen müsse die öffentliche Hand finanzieren. Studiengebühren hingegen stünden für eine Privatisierung der Bildungskosten. Sechs Bundesländer planen derzeit Studiengebühren ab dem ersten Semester, nachdem das Bundesverfassungsgericht das Verbot allgemeiner Hochschulgebühren aufgehoben hatte. *www.dgb-bw.de*

••• Der ***DGB Westpfalz*** will vor allem junge Menschen motivieren, sich mit dem diesjährigen Mai-Motto „Würde zeigen!" zu beschäftigen. In einem ***Kurzfilm-Wettbewerb*** sollen die Teilnehmenden zeigen, dass ArbeitnehmerInnen „mehr als eine Nummer" sind. Die besten der 30 bis 120 Sekunden langen digitalen Filme wird die DGB-Region auf ihrer Website präsentieren. Insgesamt winken 1000 Euro Preisgelder. Einsendeschluss ist der 26. April. *www.dgb-westpfalz.de*

EU-Arbeitszeitrichtlinie

Vorwärts ins letzte Jahrtausend

Der Bereitschaftsdienst im Krankenhaus ist Arbeitszeit. Das hat der Europäische Gerichtshof 2003 entschieden. Nun will die EU-Kommission das Urteil konterkarieren.

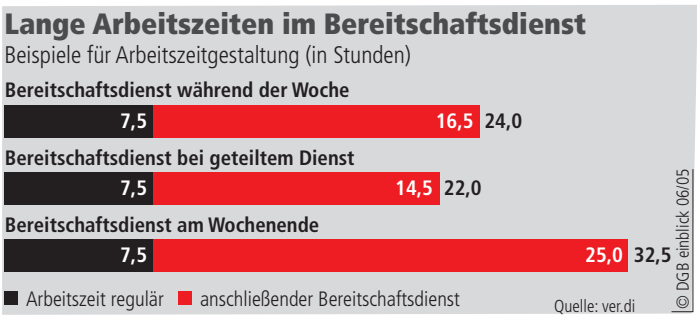
Seit September 2004 liegt ein Änderungsvorschlag der EU-Kommission zur europäischen Arbeitszeitrichtlinie vor. Hintergrund: „Der Vorschlag soll Mängel beheben, die sich in der Anwendung der Richtlinie gezeigt haben". Der vorübergehend zuständige Kommissar für Beschäftigung und Soziales, Stavros Dimas, will damit zwei Urteilen des Europäischen Gerichtshofs aus den Jahren 2000 und 2003 folgen, in denen festgestellt wurde: Bereitschaftsdienstzeit ist Arbeitszeit. „Der Entwurf ist in sich ausgewogen, denn er verbindet den Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer mit einem Mehr an Flexibilität und fördert damit auch die Wettbewerbsfähigkeit." Der Änderungsvorschlag sieht vor, die Arbeitszeiten in Bereitschaftsdiensten gesetzlich „abzusegnen". Geht es nach dem Vorschlag, wird es eine neue Form von Arbeitszeit geben. Die „inaktive" Bereitschaftsdienstzeit soll nicht mehr als Arbeitszeit angerechnet werden. Eine Verwandlung der Arbeitszeit, auf die vermutlich auch Arbeitgeber im Handel oder im Hotel- und Gaststättengewerbe erfreut warten: Die Zeit zwischen den Kunden ist „inaktive" Arbeitszeit. Mit anderen Worten – fast Freizeit.

Während die erlaubte wöchentliche Arbeitszeit weiterhin „durchschnittlich" 48 Stunden beträgt, wird also nicht nur die Definition von „Arbeitszeit" geändert, sondern auch der Bezugszeitraum. Der bislang gültige Rahmen von vier Monaten soll auf ein Jahr ausgedehnt werden. Damit können Arbeitgeber Höchstarbeitszeiten von 48 Wochenstunden durchsetzen.

Eine so genannte individuelle opt-out Regelung, die es den einzelnen ArbeitnehmerInnen sozusagen auf eigenen Wunsch ermöglichen, per Einzelvertrag von der Richtlinie abzuweichen, soll künftig unter Tarifvorbehalt gestellt werden. Was aber geschieht, wenn sich die Tarifpartner nicht einigen können?

Nach den negativen Erfahrungen der Vergangenheit wäre es aus Sicht des DGB konsequent gewesen, das individuelle opt-out zu streichen. Darin sieht sich der DGB in Übereinstimmung mit der Forderung des Europäischen Parlaments, das im Januar 2004 forderte, „so schnell wie möglich und spätestens bis zum 1. Januar 2007" die Abschaffung der Möglichkeit des individuellen opt-out umzusetzen. Das Parlament bekräftigt seine Auffassung, „dass die Inanspruchnahme des individuellen opt-out den Absichten der Richtlinie (…) abträglich und daher unerwünscht und unangemessen ist."

Gemeinsam mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer gingen deshalb jetzt deutsche EU-Parlamentarier von SPD, Grünen und CDU in die Offensive, um eine generelle Überarbeitung des Kommissionsvorschlags einzufordern. Es sieht zurzeit aus, als könnten sie Erfolg haben – hinter den Kulissen tut sich was. •



Arbeitszeiten, wie sie 2003 vom Europäischen Gerichtshof für nicht zulässig erklärt wurden. Die Kommission will sie wieder möglich machen.

Verfahren

Am 20. April befasst sich der Ausschuss für Beschäftigung und Soziales des Europäischen Parlaments (EP) mit der Neufassung der Richtlinie. Kurz vor Beginn der britischen Ratspräsidentschaft steht das Thema am 3. Juni auf der Agenda der Arbeits- und Sozialministerkonferenz. In die 2. Lesung im EP wird es im Herbst gehen.

Da damit gerechnet wird, dass die Kommission auf die Kritik reagiert, dürfte es frühestens im Jahr 2006 zur abschließenden dritten Lesung kommen. Das hat zweierlei Auswirkungen: Für positive Veränderungen im Sinne der ArbeitnehmerInnen ist noch Zeit. Und übermäßigen Deregulierungsstrategien der britischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte sind dadurch Grenzen gesetzt.

Voll entspannt

„Bereitschaftsdienst wird in den Krankenhäusern in zahlreichen Tätigkeitsgebieten geleistet (…). Die umfassende Versorgung im Krankenhaus muss 24 Stunden am Tag und an 7 Tagen in der Woche sichergestellt sein. Die Krankenhäuser sind auf den Bereitschaftsdienst zwingend angewiesen (…). Die nachfolgenden Überlegungen fokussieren sich ausschließlich auf den Arbeitsschutz. Weitere wesentliche Aspekte, die für eine besondere arbeitszeitrechtliche Berücksichtigung der Bereitschaftsdienste sprechen, sind unter anderem:

- *notwendiges Personal ist in Deutschland nicht vorhanden (…)*
- *erhebliche nicht finanzierbare Mehrkosten für das deutsche Gesundheitssystem (…)*
- *dramatische Verschlechterung der Patientenversorgung in Deutschland (…).*

Der Arbeitnehmer hält sich während der Nichtinanspruchnahme im Bereitschaftsdienst an einer anderen Stelle als dem Arbeitsplatz auf. Die Ärztezimmer (…) sind überwiegend mit Schlafmöglichkeiten ausgestattet. An dieser Stelle kann der Arbeitnehmer voll entspannen, einer privaten Beschäftigung nachgehen oder schlafen (…)."

Auszüge aus einem „Internen Papier zum Bereitschaftsdienst in Deutschland" der Deutschen Krankenhausgesellschaft, dass diese pikanterweise zum Download im Internet anbietet:
http://www.dkgev.de/pdf/660.pdf

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG Metall will Gesundheitsförderung zur „verbindlichen Handlungsmaxime" in Betrieben machen. Bei der Finanzierung entsprechender Maßnahmen müssten auch private Krankenversicherungen einbezogen werden.

Die Gewerkschaft der Polizei hat Forderungen von amnesty international (ai) zurückgewiesen, unabhängige Beschwerdestellen gegen Polizisten einzurichten. Dadurch werde die Unabhängigkeit der deutschen Justiz in Frage gestellt. Die von amnesty kritisierte schleppende Bearbeitung von Beschwerden sei ein Indiz für die mangelhafte Personalausstattung und nicht, wie von amnesty unterstellt, auf ein „durchgängiges Muster" zurückzuführen.

ver.di sieht Nachholbedarf bei der Infrastruktur von Autobahn-Rastanlagen. In einer Umfrage von ver.di und dem Autoclub Europa (ACE) bewerteten nur 30 Prozent der BerufskraftfahrerInnen die Rastsituation in Deutschland als gut oder sehr gut.

TRANSNET hat sich gegen den geplanten Verkauf des Linienbusunternehmens Deutsche Touring GmbH und der Deutschen Eisenbahnreklame ausgesprochen. Die Unternehmen seien profitabel. Zudem verliere die Bahn mit dem Verkauf den Einfluss auf das Werbegeschehen in Bahnhöfen und Zügen. Dadurch könnten selbst Billigflieger im ICE werben.

Trendwende

Nur mit neuen Strukturen

Bis Mitte nächsten Jahres wollen die Gewerkschaften die Mitgliederverluste stoppen. Aber bis die Trendwende endgültig greift und die Gewerkschaften wieder größere Zuwächse erzielen, werden nach Einschätzung führender GewerkschafterInnen drei bis vier Jahre vergehen. Die Gewerkschaften müssen dazu nicht nur ihre politischen Ziele auf den Prüfstand stellen, sondern auch ihre Organisationsstrukturen verändern. Das zeigt eine Mitte März im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV) diskutierte Studie zur Evaluierung der Organisationsreform.

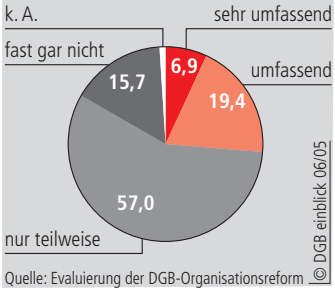
Für die im Auftrag des DGB erstellte Studie bewerteten über 400 Mitglieder aus Bezirks- und Regionsvorständen, hauptamtliche Beschäftigte von DGB und Gewerkschaften sowie ehrenamtliche Funktionsträger die Ergebnisse der 1998 bis 2002 durchgeführten Organisationsreform. Die meisten Befragten halten die heutige Form der Zusammenarbeit zwischen DGB und Gewerkschaften für nicht effektiv genug (siehe Grafik).

Welche Schlussfolgerungen der DGB aus der Studie zieht, will er bis Ende Mai/Anfang Juni gemeinsam mit den Gewerkschaften entscheiden. „Noch ist es für konkrete Schlussfolgerungen zu früh", so DGB-Vorstand Dietmar Hexel, „aber wir müssen dieses Jahr entscheiden, damit wir bis Mitte nächsten Jahres besser da stehen". Gesucht seien „intelligente Konzepte, wie wir unsere Kräfte bei sinkenden Ressourcen bündeln können".

Neben dem Zuschnitt der DGB-Regionen und -Bezirke soll dabei auch geprüft werden, wie die Organisationsstrukturen von DGB und Gewerkschaften in Zukunft stärker aufeinander abgestimmt werden können und ob die Gewerkschaften ihre Büros auch als Anlaufstelle für die Mitglieder anderer Gewerkschaften öffnen können. Beide Überlegungen sind in dem Mitte Februar im DGB-Bundesvorstand diskutieren Turnaround-Papier enthalten. •

Zu viele verschiedene Stimmen

Wie ist die Umsetzung des Ziels gelungen, dass der DGB in der Öffentlichkeit als „die gewerkschaftliche Stimme" auftritt? (in Prozent)

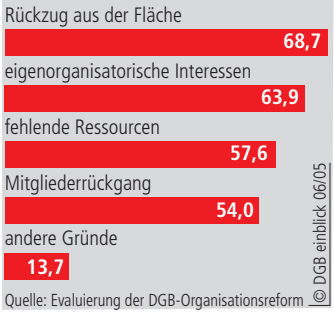


Quelle: Evaluierung der DGB-Organisationsreform

Um den Argumenten der Gewerkschaften in der politischen Auseinandersetzung mehr Gewicht zu geben, soll der DGB als „die Stimme der Gewerkschaften" gestärkt werden. 73 Prozent der befragten GewerkschafterInnen meinen, dass dieses Ziel „nur teilweise" oder „gar nicht" erreicht worden ist.

Zu viele divergierende Interessen

Welche Gründe gibt es für die zum Teil schlecht funktionierende Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den Gewerkschaften? (Mehrfachnennungen, in Prozent)



Quelle: Evaluierung der DGB-Organisationsreform

54 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre finden, dass die Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den Gewerkschaften bei der Erfüllung der Kernaufgaben „weniger gut" oder „fast gar nicht" funktioniert. 69 Prozent von ihnen nannten als Grund den „Rückzug aus der Fläche", 64 Prozent „eigenorganisatorische Interessen" der Gewerkschaften bzw. des DGB.

IG Metall-Kongress

Sozialstaat wohin?

Stabile, zukunftssichere Sozialsysteme – das war gestern. Inzwischen dominieren als Reformen verbrämte Einschnitte in Alterssicherung und Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsmarktpolitik die Debatte. Es erfordert schon „Mut zur Gerechtigkeit", so der Titel des Sozialstaatskongresses der IG Metall am 6. und 7. April in Berlin, um die Zukunft der sozialen Sicherung nicht den Neoliberalen zu überlassen. Im Mittelpunkt des zweitägigen Kongresses stehen Foren zu Schwerpunkten wie Alterssicherung, Gesundheit, Arbeitsmarktpolitik, betriebliche sowie branchenspezifische Sozialpolitik, Familienpolitik, Bildung und soziale Infrastruktur. Zu den ReferentInnen zählen der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, SPD-Präsidiumsmitglied Andrea Nahles und Professor Stephen J. Silvia von der American University, Washington D.C. •

www.igmetall.de/themen/sozialstaat/kongress/

Elektrohandwerk Bayern

IG Metall kontert Kampfansage

Als „Kampfansage" hat IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer den Antrag der bayerischen Elektroinnung beim Arbeitsgericht Frankfurt/M. bezeichnet, der IG Metall Bayern die Tariffähigkeit absprechen zu lassen. Über die Konsequenzen will die Gewerkschaft in den nächsten Wochen beraten. Neugebauer: „Ein Ziel wird die Aufrechterhaltung der Tarifstandards durch Haustarifverträge sein." •

Elterngeld als Lohnersatzleistung

Impuls für eine neue Rollenverteilung

Die Bundesregierung plant, das bisherige Erziehungsgeld in ein Elterngeld mit Lohnersatzfunktion umzuwandeln. Im Frühjahr 2006 soll Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) dazu einen Gesetzesentwurf vorlegen. Anne Jenter, DGB, beschreibt, wie aus gewerkschaftspolitischer Sicht ein solches Elterngeld ausgestaltet werden sollte.

Eine alte Forderung der Gewerkschaftsfrauen scheint endlich Realität zu werden. Seit langem setzen wir uns für ein Elterngeld mit Lohnersatzfunktion ein, das verhindert, dass Kinder hierzulande Armutsrisiko Nummer eins sind. Denn das bisherige Erziehungsgeld von 300 Euro monatlich für höchstens zwei Jahre (bzw. 450 Euro bei einer Bezugszeit von einem Jahr) kann ein wegfallendes Erwerbseinkommen nicht ausgleichen. Zudem sind die Einkommensgrenzen sehr niedrig. Aber nicht nur für gering verdienende Familien hat der Wegfall eines Einkommens massive Auswirkungen auf das Familienbudget und stellt sie schlechter als kinderlose Paare.

Vor allem aus gleichstellungspolitischer Sicht ist das bisherige Erziehungsgeld keine Lösung. **Es zementiert die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern.** Denn nach wie vor ist es oft der Vater, der besser verdient. Schon allein deshalb ist es in den meisten Familien von vorne herein klar, wer in Elternzeit geht. Während die Väter in die Rolle des Haupternährers gedrängt werden, verschlechtern sich die Chancen auf einen qualifizierten Arbeitsplatz für die Mütter mit jedem Monat, den sie länger in Elternzeit bleiben. Ohne eigenständige, existenzsichernde Einkünfte wächst die ökonomische Abhängigkeit des betreuenden Elternteils vom verdienenden Partner.

Von einem Elterngeld, das sich in seiner Höhe am bisherigen Einkommen orientiert, könnten dagegen **Impulse für eine stärker partnerschaftliche Teilung der Erziehungsverantwortung** ausgehen. Natürlich werden nicht auf einmal scharenweise Väter Elterngeld beantragen und sich in den ersten Monaten nach der Geburt um den Nachwuchs kümmern. Dazu braucht es – wie in Schweden – noch weiterer Anreize, wie etwa den „Papa-Monaten", einer Regelung, nach der ein Teil der bezahlten Elternzeit nur vom Vater genommen werden kann.

Finanziert werden sollte das Elterngeld aus Steuermitteln – schließlich liegt eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik im gesamtgesellschaftlichen Interesse. In einem Gutachten für das Bundesfamilienministerium über nachhaltige Familienpolitik beziffert Professor Bert Rürup die jährlich erforderlichen Ausgaben mit 4,3 Mrd. Euro – 1,3 Mrd. Euro jährlich mehr als die Ausgaben für das bisherige Erziehungsgeld. Die tatsächlichen Kosten sind natürlich abhängig von der Ausgestaltung des Elterngeldes.

Was Höhe oder Bezugsdauer angeht, bietet das schwedische Modell gute Anhaltspunkte. Damit es tatsächlich ein Lohnersatz ist, sollte es wie das Arbeitslosengeld I mindestens 67 Prozent des Nettoeinkommens betragen. Denkbar wäre, die Leistung auf maximal 2000 Euro zu begrenzen, gleichzeitig sollte es einen Sockelbetrag in Höhe des bisherigen Erziehungsgeldes geben. Nach dem Mutterschaftsgeld sollte der Bezugsraum zwölf Monate betragen. Auf diese Weise erhöht das Elterngeld den Anreiz, schneller ins Berufsleben zurückzukehren, um die Kontinuität des Erwerbseinkommens der Familie zu erhalten. Gleichzeitig muss es weiter möglich sein, drei Jahre in Elternzeit zu gehen. Ebenso müssen die bisherige Garantie auf die Rückkehr auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz sowie der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit während der Elternzeit gleichzeitig für Vater und Mutter erhalten bleiben.

Anne Jenter, 51, leitet die Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Ein Elterngeld mit Lohnersatzfunktion wird kaum dafür sorgen, dass Eltern nach der Geburt eines Kindes schneller wieder in den Job zurückkehren, **wenn nicht die Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige massiv ausgebaut werden.** Trotz aller anerkennenswerten Bemühungen von Rot-Grün ist der Nachholbedarf in Deutschland riesig. So gibt es in Westdeutschland gerade mal für 2,7 Prozent aller Kinder unter drei Jahren einen Krippenplatz, dagegen sind es zum Beispiel in Dänemark 50 Prozent.

Eine weitere Rahmenbedingung **ist eine familienfreundliche Unternehmenskultur.** Denn auch nach der Elternzeit brauchen Eltern Unterstützung, um Job und Kinder vereinbaren zu können – durch flexible Arbeitszeitmodelle, betriebliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder Hilfen bei unerwarteten familiären Anforderungen. Auch hier muss sich noch viel bewegen – schöne Worte und Absichtserklärungen der Wirtschaft allein reichen nicht.

Das schwedische Modell

Ein Elterngeld als Lohnersatzleistung wurde in Schweden bereits 1974 eingeführt. Die bezahlte Elternzeit nach der Geburt eines Kindes umfasst insgesamt 480 Tage, von denen 390 Tage unter den Eltern aufgeteilt werden können. Jeweils 60 dieser 390 Tage sind dem Vater bzw. der Mutter vorbehalten und nicht auf das andere Elternteil übertragbar.

Die Höhe des Elterngeldes beträgt für 390 Tage 80 Prozent des Bruttoeinkommens mit einem Sockelbetrag für gering Verdienende und Nichterwerbstätige. Für die restlichen 90 Tage wird ein Tagessatz von 60 schwedischen Kronen (ca. 6,50 Euro) gezahlt. 1974 waren unter denjenigen, die Elterngeld beantragten, nur drei Prozent Väter. 1998 betrug ihr Anteil zehn Prozent, 2002 bereits 15,5 Prozent.

Das Elterngeld in Schweden ist Teil eines umfassenden Konzeptes, das die Berufstätigkeit von Eltern unterstützt. So haben alle erwerbstätigen Eltern einen gesetzlichen Anspruch auf eine Tagesbetreuung ihrer Kinder zwischen einem und zwölf Jahren. Bei Erkrankung von Kindern können sich Eltern bis zu 60 Tage pro Jahr und Kind mit Lohnausgleich beurlauben lassen. 2002 wurden 43 Prozent aller Urlaubstage zur Pflege kranker Kinder von Vätern genommen.

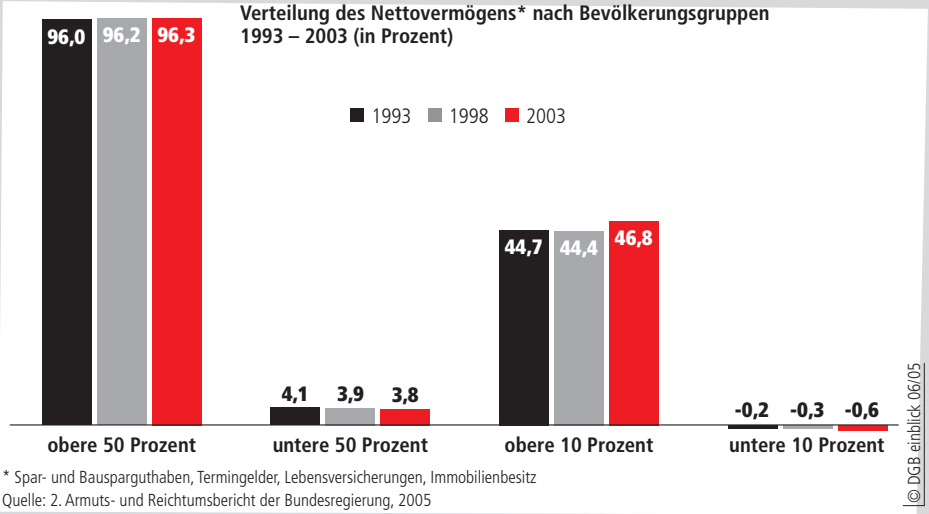
Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

VERMÖGENSVERTEILUNG: Reiche noch reicher

In den vergangenen fünf Jahren ist das Vermögen aller Haushalte um knapp 20 Prozent auf 4,2 Billionen Euro gestiegen. Profitiert haben vom Zuwachs aber nur die Haushalte, die ohnehin über große Vermögen verfügen. Während der Anteil der oberen 10 Prozent aller Haushalte am Gesamtvermögen seit 1993 von 44,7 auf 46,8 Prozent gestiegen ist, wuchsen bei den unteren zehn Prozent die Schulden von –0,2 auf –0,6 Prozent. Der Anteil der unteren 50 Prozent aller Haushalte am Gesamtvermögen ging von 4,1 auf 3,8 Prozent zurück.



* Spar- und Bausparguthaben, Termingelder, Lebensversicherungen, Immobilienbesitz

Quelle: 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2005

personalien

••• ***Edeltraud Glänzer,*** 49, seit 1997 stellvertretende Leiterin des Landesbezirks Rheinland-Pfalz/Saarland der IG Bergbau, Chemie, Energie, ist am 7. März vom Beirat der IG BCE in den Hauptvorstand gewählt worden. Sie ist dort für die Angestellten-, Frauen- und Arbeitsmarktpolitik zuständig. ***Wilfried Woller,*** 52, Tarifsekretär der ehemaligen IG Bergbau und Energie, seit 1990 Leiter des Bezirks Niederrhein der IG BCE, ist für den Bereich Sozialpolitik, Umweltschutz, Recht in den Hauptvorstand der IG BCE gewählt worden. Die bisherigen Vorstandsmitglieder ***Veronika Keller-Lauscher,*** 57, und ***Fritz Kollorz,*** 60, scheiden zum 31. März aus.

••• ***Rainer Jung,*** 35, freiberuflicher Korrespondent der *Frankfurter Rundschau* in Nordrhein-Westfalen, ist ab dem 1. April Pressesprecher der Hans-Böckler-Stiftung. Er folgt ***Pitt Marx,*** 39, der diese Funktion seit August vergangenen Jahres kommissarisch wahrgenommen hat.

14 TAGE

28.3. Pleisweiler Gespräche „Über 5 Millionen Arbeitslose – und weiter ‚Reformen'? Wie sähe ein Programm zur Überwindung der Wirtschaftskrise aus?", Pleisweiler

5.4. DGB Berlin-Brandenburg, Betriebsräte-Workshop „Chancengleichheit in Unternehmen. Zeit für Bilanz?!", Berlin

5.4. IG Metall Flensburg und DGB-Region Schleswig-Holstein Nord, Konferenz für Betriebs- und Personalräte „Zuwanderung – was geht mich das an?", Flensburg

5.-7.4. ver.di innotec, Innovationskongress „Menschen machen Innovationen", Bremen

6.4. DGB Hamburg, Infoveranstaltung zum Antidiskriminierungsgesetz, Hamburg

6./7.4. IG Metall, Sozialstaatskongress, Berlin

8./9.4. IG BAU, BundesseniorInnen-Konferenz, Steinbach

11.-13.4. ver.di, bundesweite JAV-Konferenz „mit.machen – mit.bestimmen", Magdeburg

Tipp

***Buch:* Heribert Prantl, Kein Schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, Droemer Verlag, München 2005, 208 Seiten, 12,90 Euro**

Dass man einen „kalten Standort" nicht lieben kann, hat die Politik erst nach dem PISA-Schock und dem Mord am niederländischen Filmemacher Theo van Gogh entdeckt, schreibt Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung,* in seinem neuen Buch. Die gespreizten Versuche von CDU/CSU und SPD, einen neuen Patriotismus auszurufen, um von den Versäumnissen der Vergangenheit abzulenken, seien untauglich: „Demokratie und Sozialstaat gehören zusammen".

Schlusspunkt

„Was wollen die Sozialdemokraten? Seit Jahrzehnten wird kaum eine Frage so häufig gestellt wie diese. Besonders häufig und auch angstvoll wird sie in den letzten Jahren aufgeworfen."

Beginn des Heidelberger Programms der SPD von 1925

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.04.2005 7/05

DGB

inhalt

Seite 3
Neuausrichtung der Lissabon-Strategie
Die Gewerkschaften sehen die Ergebnisse des EU-Gipfels als Schritte in die richtige Richtung

Seite 5
Endlich in die Offensive
Die Berufung des CDU-Politikers Kurt Biedenkopf in die rot-grüne Mitbestimmungskommission signalisiert Bewegung

Seite 7
Grenzenlose Tarifpolitik
Europas Metallgewerkschaften gehen 2005 mit einer einheitlichen Forderung in die Tarifauseinandersetzungen

Große Justizreform

DGB: Fachgerichte haben sich bewährt

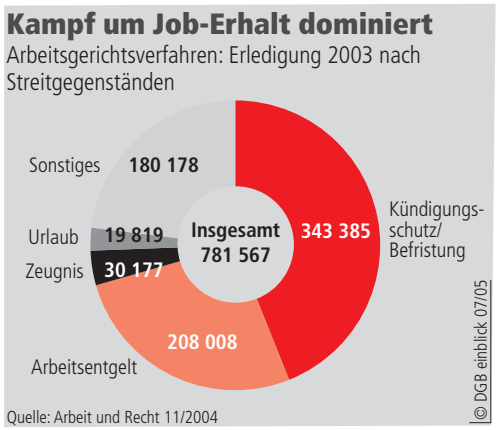
Der DGB-Bundesvorstand spricht sich für eine Beschleunigung der Gerichtsverfahren aus. Die von mehreren Bundesländern ins Auge gefasste Zerschlagung der bundeseinheitlichen Gerichtsbarkeit lehnt er jedoch ab. In seinem Eckpunkte-Papier vom 5. April zur so genannten Großen Justizreform – Thema der Länderjustizministerkonferenz Ende Juni – betont der DGB: „Die eigenständigen Fachgerichtsbarkeiten im Arbeits- und Sozialrecht sind in allen Instanzen beizubehalten."

Dass die Verfahren vor den Sozialgerichten im Schnitt über 15 Monate dauern (Stand 2003), kann aus Sicht der Gewerkschaften nicht hingenommen werden. Zur Beschleunigung der Verfahren schlagen sie deshalb vor, die Richterbank der Landessozialgerichte mit einem statt mit drei hauptamtlichen Richtern zu besetzen. Dieses Prinzip gelte auch für die Landesarbeitsgerichte und habe sich bewährt. Die in der 2. Instanz frei werdenden Sozialrichter könnten zur Entlastung der 1. Instanz eingesetzt werden.

Die von den Justizministern ins Spiel gebrachte Idee, die Berufungsverfahren drastisch einzuschränken, lehnt der DGB ab. Eine „zweite Tatsacheninstanz" müsse grundsätzlich beibehalten werden: „Fehler in der Rechtsauslegung lassen sich auch bei größter Sorgfalt nicht vermeiden", heißt es in einem ausführlichen Positionspapier des DGB zur Justizreform. Vor den Landessozialgerichten fänden in 52 Prozent der Berufungen Beweisaufnahmen statt. Das beweise, wie notwendig Berufungsverfahren seien. Zumal es sich dabei meist um Leistungsansprüche zur Sicherung der Lebensgrundlage handle. Für denkbar hält der DGB jedoch eine „sachgegenstandsbezogene Begrenzung der Berufungszulassung": Wenn zum Beispiel ein Grad der Behinderung von mehr als 50 festgestellt werden solle, der aber keine Vergünstigung im beruflichen Alltag nach sich zöge.

Sehr sensibel reagiert der DGB auf die von den Justizministern geplante Deregulierung der Gerichtsverfassungen und Prozessordnungen. Dass sie für alle Gerichtsbarkeiten (Zivil- und Strafgericht, Arbeits-, Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgericht) weitestgehend vereinheitlicht werden sollen, sei unlauter, kritisiert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer: „Wer die Zusammenlegung mehrerer oder aller fünf Fachgerichtsbarkeiten will, sollte das ehrlich sagen und nicht versuchen, das durch die kalte Küche – durch Vereinheitlichung des Gerichtsaufbaus und der Verfahrensordnungen – durchzusetzen."

Die Zusammenlegung von Gerichten würde laut DGB die Verfahren nicht beschleunigen, sondern – im Gegenteil – verlangsamen, „da die Kenntnisse und Fähigkeiten der Richter nicht mehr ausschließlich in ihrem Fachbereich eingesetzt werden". Letztlich könne die Zusammenlegung der Gerichte deshalb zu einem Vertrauensverlust der Bürger in die Gerichtsbarkeit führen. •



Vor den Arbeitsgerichten ist besondere Fachkunde und Praxisnähe gefragt: Meist klagen ArbeitnehmerInnen gegen ihre Kündigung.

plusminusBERLIN

+ ***Der Wirtschaftsweise Wolfgang Franz hat gefordert, dass die Kosten der Arbeitslosigkeit „besser auf die Verursacher verteilt werden". Unternehmen, die viele Mitarbeiter entlassen, sollten „höhere Arbeitslosenbeiträge bezahlen als Firmen, die wenig oder gar nicht entlassen".***

– ***Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan (CDU) will im Falle eines Wahlsiegs der Union auf Bundesebene die Studienfinanzierung über das BAföG abschaffen. Es solle nur so lange erhalten bleiben, „bis es einen attraktiven Markt der Bildungsfinanzierung gibt".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.girls-day.de
Alle Infos zum fünften Girls' Day, dem Mädchenzukunftstag, am 28. April

www.einblick.dgb.de
„Du bist mehr als eine Nummer" – Aufruf des DGB zum 1.Mai

Antidiskriminierungsgesetz

Kritik hält Überprüfung nicht stand

„Das geplante Antidiskriminierungsgesetz bedeutet das Ende der Vertragsfreiheit. Es führt zu mehr Bürokratie und ist für kleinere und mittlere Unternehmen kaum durchführbar." Das sind nur zwei der gängigsten Argumente, mit denen Opposition und Industrie gegen den Ende 2004 von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz zu Felde ziehen. Die Kritik am Gesetzentwurf hält einer Überprüfung in der Praxis jedoch nicht stand.

Mit dem Gesetz werde lediglich sichergestellt, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen niemand aufgrund von Vorurteilen benachteiligt wird, schreibt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer Ende März im neuen DGB-Newsletter „Informationen zum Arbeits- und Sozialrecht". Entgegen den Behauptungen von Union und Industrie habe die Bundesregierung zudem lediglich die Forderungen der entsprechenden EU-Richtlinien übernommen. Über die Richtlinien hinaus würden lediglich die Merkmale Religion/Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität und Geschlecht in den zivilrechtlichen Diskrimierungsschutz einbezogen. Dies ist aus Sicht des DGB aber notwendig, denn es gebe „keine mehr oder weniger schlimmen Diskriminierungen".

Um der Forderung nach einem wirksamen Diskriminierungsverbot mehr Nachdruck zu verleihen, hat der DGB-Bundesvorstand bei Betriebsräten eine Unterschriftenaktion für das geplante Antidiskriminierungsgesetz gestartet. •

Unterschriftenlisten: www.dgb.de/homepage_kurztexte/antidiskr_gesetz/index_html

8. Mai 2005

Gemeinsamer Aufruf

„Setzen Sie ein Zeichen!" – unter diesem Motto hat der Berliner Senat für den 7. und 8. Mai zu einem „Tag für die Demokratie" rund um das Brandenburger Tor aufgerufen. Mit zahlreichen Aktionen soll an die Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vor 60 Jahren erinnert werden. „Nach sechs Jahren Krieg und über 60 Millionen Toten bedeutete der 8. Mai das Ende der verbrecherischen Gewaltherrschaft Deutschlands über fast ganz Europa und das Ende des Massenmordes an den europäischen Juden. Auch die Verfolgung und die Ermordung von zahlreichen anderen Opfern endete an diesem Tag", heißt es in dem Aufruf für den 7./8. Mai. Die Initiatoren, zu denen neben den im Bundestag vertretenden politischen Parteien, den beiden christlichen Kirchen und dem Zentralrat der Juden auch der DGB und die Arbeitgeberverbände gehören, wollen mit ihren Aktionen nicht nur ein Bekenntnis zur Demokratie ablegen, sondern auch einen für den gleichen Tag ebenfalls am Brandenburger Tor geplanten Aufmarsch von Neonazis verhindern. „Jenen, die die Geschichte umdeuten und die Opfer am Tag der Befreiung verhöhnen wollen, setzen wir die Entschlossenheit aller demokratischen Kräfte entgegen. Wir wollen in Deutschland nie wieder Unfreiheit, Intoleranz, Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus zulassen. Wir werden an diesem Tag in der Mitte Berlins ein Zeichen der Stärke unserer Demokratie setzen", heißt es dazu in dem Aufruf. •

www.einblick.dgb.de
Aufruf für den „Tag der Demokratie"
www.tagfuerdemokratie.de
Aktionen am 7./8. Mai

?...nachgefragt

Seit Januar 2005 sind die Hartz IV-Reformen in Kraft. Seine ersten hundert Tage mit dem Arbeitslosengeld II hat uns ein 49-jähriger Berliner (Name der Redaktion bekannt) geschildert. Bereits seit Januar 2002 sucht der Softwarespezialist einen neuen Job.

Die neue Ära in der Arbeitsmarktpolitik fing für mich schon gut an – mein erstes Arbeitslosengeld II erhielt ich am 6. Januar. Schade, dass Strafen nur in einer Richtung verhängt werden können: Im letzten Jahr bekam ich wegen einer verspäteten Rückmeldung nach Krankheit sieben Tage lang keine Arbeitslosenhilfe, und zusätzlich wurden mir noch sieben Tage à 35 Euro als Strafe abgezogen. Den Bescheid dazu erhielt ich nach zwei Tagen, dem Widerspruch dagegen wurde nach 23 Tagen entsprochen.

Die Ungewissheit darüber, was auf mich zukommt, belastet ungemein; das Warten nervt. Ich bekomme keinen Ein-Euro-Job angeboten, ich habe Angst, meine Wohnung aufgeben zu müssen. Das Geld reicht vorn und hinten nicht. Am 26. Januar bitte ich schriftlich um einen Termin für ein Beratungsgespräch – keine Antwort. Über zwei Monate später tut sich endlich was: Nach drei Jahren und zwei Monaten Arbeitslosigkeit bekomme ich meine erste Stelle vom Arbeitsamt, auf neudeutsch jetzt „Jobcenter", zugewiesen! Wir schreiben den 8. März, der Job ist befristet vom 7. März bis zum 6. September. Wie soll ich mich da noch bewerben, um fristgerecht beginnen zu können? Unmöglich – dabei habe ich in zahlreichen vom Arbeitsamt angeordneten Bewerbungstrainings gelernt, wie viel Wert auf Pünktlichkeit, Ordnung etc. gelegt wird. Der Brief vom Jobcenter trägt das Datum 4. März. Naja, Freitag geschrieben, dann in die Poststelle und Montag schon raus. Relativ schnell für diese Behörde. Warum nur musste ich meine Telefonnummer und meine E-Mail-Adresse angeben?

Als Bürofachkraft soll ich mich bewerben, in Vollzeit, geil!!! Meine Aufgaben sollen sein: Beratungs- und Antragsservice für Arbeitslose, Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen und deren Überprüfung auf Vollständigkeit. Die Anforderungen: Gutes Auftreten sowie Zuverlässigkeit, und die Bewerber sollen möglichst eine Fremdsprache – Türkisch, Russisch oder Polnisch – sprechen. Kann ich nicht, habe ich auch nie angegeben.

Ich überlege gerade, was man beim Jobcenter in solchen Tätigkeiten verdienen würde, und lese dann: 1100 Euro brutto soll das Gehalt bei einer privaten Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft betragen. Nähme ich diese Stelle an, hätte ich netto 24 Euro weniger, als ich jetzt als Arbeitslosengeld II erhalte. Läge trotz 40-Stunden-Woche drei Euro unter der Armutsgrenze. Und die Monatskarte für den öffentlichen Nahverkehr kostet statt 32 dann 67 Euro. Ganz zu schweigen von den Kosten für den Fremdsprachenschnellkurs!

Nun muss ich noch ausrechnen, ob ich günstiger mit dem zehnprozentigen Abschlag von meinem Arbeitslosengeld II wegen Nichtannahme fahre, wenn ich zu Hause bleibe und weiter in der sozialen Hängematte schaukle! Eigentlich muss ich das nicht ausrechnen. Oder? ;-)

Neuausrichtung der Lissabon-Strategie

EU-Gipfel hält an sozialer Dimension fest

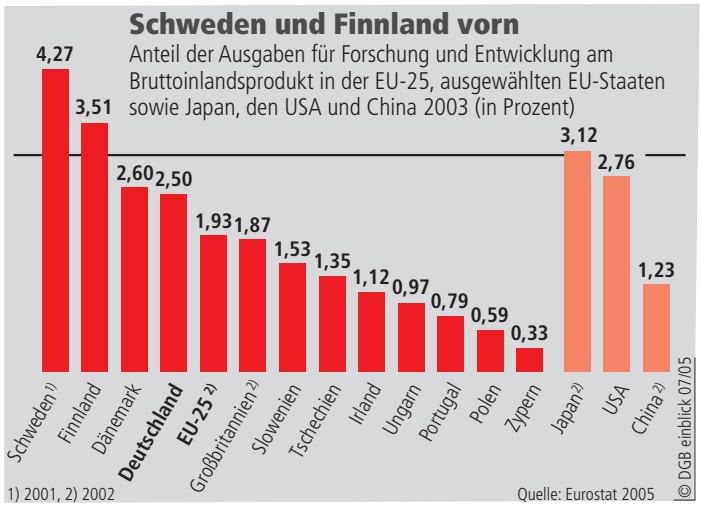
Von der „Neubelebung" der Lissabon-Strategie über die Reform des EU-Stabilitätspakts bis zur Kritik an der Dienstleistungsrichtlinie: Als Schritte in die richtige Richtung bewerten die Gewerkschaften die Ergebnisse des EU-Frühjahrsgipfels vom 22./23. März.

Es war einer der kürzesten EU-Gipfel überhaupt, doch auf ihm fielen Richtungsentscheidungen für die künftige europäische Wirtschaftspolitik. So sprachen sich die EU-Staats- und Regierungschefs nicht nur für eine grundlegende Überarbeitung der EU-Dienstleistungsrichtlinie aus, sie beschloss auch eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Danach bleibt die Fiskalpolitik der Mitgliedsstaaten zwar weiter der Stabilität verpflichtet, aber die Spielräume der EU-Staaten in wirtschaftlichen Krisenzeiten werden größer.

„In wirtschaftlichen Abschwungphasen ist es jetzt finanzpolitisch möglich, von der Bremse zu steigen und damit Tiefe und Dauer der Talfahrt zu begrenzen", begrüßte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Reform. „Die Bundesregierung kann nun die Freiräume nutzen, um die Binnenkonjunktur durch öffentliche Investitionen in Schwung zu bringen", so Sommer.

Eine Belebung der Binnenkonjunktur hierzulande ist notwendig, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. So sieht das Frühjahrsgutachten der EU-Kommission Deutschland mit einem Wachstum von 0,8 Prozent 2005 EU-weit als Schlusslicht (gesamte Eurozone: 1,6 Prozent). Nicht nur Deutschland ist weit von den Grundlagen der 2000 beschlossenen Lissabon-Agenda entfernt: Diese basiert auf einem jährlichen Wachstum von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Ob Wachstum, Beschäftigungsquote oder Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze: Nur wenige EU-Mitgliedsstaaten haben die Zielmarken erreicht, die zur Halbzeit der Lissabon-Strategie in diesem Jahr gesetzt waren. Vor fünf Jahren hatten die EU-Staats- und Regierungschefs in der portugiesischen Hauptstadt beschlossen, die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt" zu machen. Von diesem ehrgeizigen Ziel sind die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrer Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie abgerückt. Selbstkritisch merken sie in ihrer Gipfel-Erklärung an: „Neben nicht zu leugnenden Fortschritten gibt es Schwachstellen und deutliche Rückschritte."



Die EU-Staats- und Regierungschefs halten an dem Ziel der ursprünglichen Lissabon-Agenda fest, bis 2010 die Forschungsausgaben auf drei Prozent des Bruttosozialproduktes zu erhöhen.

Deshalb sollen künftig Prioritäten gesetzt und die Mitgliedsstaaten mehr in die Pflicht genommen werden. Die Neuausrichtung bedeute nicht, dass sich Europa von einer nachhaltigen und sozialverträglichen Entwicklung abwende, so der amtierende EU-Ratspräsident, der luxemburgische Ministerpräsident Jean Claude Juncker. Europa soll nicht nur die Grundlagen seiner Wettbewerbsfähigkeit erneuern, Wachstumspotenzial und Produktivität erhöhen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt stärken, „indem es vor allem auf Wissen, Innovation und Erschließung des Humankapitals setzt", erklärt der EU-Rat zur Neuausrichtung.

In der „neu belebten" Agenda soll die Zahl der Aufgaben und messbaren Erfolgskriterien reduziert werden. Das Abstimmungsverfahren und das Berichtswesen werden vereinfacht.

Alle drei Jahre sollen künftig die „Integrierten Leitlinien" zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik überprüft werden. Auf deren Grundlage erstellen die EU-Staaten nationale Reformprogramme und berichten jährlich über den Fortgang. Stärker als bislang sollen die Sozialpartner in die Strategie einbezogen werden.

Dass der Rat soziale Aspekte bei der Neuausrichtung der Agenda berücksichtigt, bewerten die Gewerkschaften positiv. Wie ernst es der EU mit der sozialen Komponente tatsächlich sei, werde sich aber erst dann zeigen, wenn die Kommission das „Lissabon-Programm der Gemeinschaft" und die neuen, reduzierten Fortschrittsindikatoren in den nächsten Wochen vorlege, so Reiner Hoffmann, stellvertretender EGB-Generalsekretär. •

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Der umstrittene Entwurf der EU-Kommission für eine Dienstleistungsrichtlinie und auch das so genannte Herkunftslandprinzip ist nicht vom Tisch (einblick 4/05). Der EU-Gipfel hat sich aber dafür ausgesprochen, den Entwurf der Richtlinie im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens grundlegend zu überarbeiten. Einig waren sich die Staats- und Regierungschefs, dass es einer solchen Richtlinie bedarf, wenn Wachstum und Beschäftigung in der EU gesteigert werden sollen. Allerdings dürfe sie nicht das europäische Sozialmodell in Frage stellen und müsse Sozialdumping entgegenwirken.

Die Gewerkschaften begrüßen die Stellungnahme des EU-Gipfels zur Dienstleistungsrichtlinie. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat die EU-Kommission aufgefordert, „einen echten Neuanfang zu wagen" und „das Herkunftslandprinzip zu kippen". Nur wenn soziale Standards als europäischer Wert begriffen würden, „kann eine echte europäische Gemeinschaft entstehen, zu der alle Ja sagen können".

Die Richtlinie gehört zu den europäischen Regelungen, die der Mitentscheidung durch das Europäische Parlament unterliegen. In Kürze wird Evelyn Gebhardt (SPE), die Hauptberichterstatterin zum Vorhaben, eine erste Stellungnahme vorlegen.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugend

Angebot für Studierende ausgeweitet

Immer mehr StudentInnen müssen neben ihrer Ausbildung jobben. Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks sind es inzwischen mehr als 1,35 Millionen Studierende, die einem Teilzeit- oder Minijob nachgehen. Deshalb hat die DGB-Jugend ihr vor drei Jahren gestartetes Projekt „Students at Work" ausgeweitet und aktualisiert. Auf der überarbeiteten Homepage sowie in der Broschüre „Studium. BAföG. Job" sind alle wichtigen Informationen zum Thema Studienfinanzierung von A wie Arbeitsvertrag bis Z wie Zweitausbildung versammelt. Rat und Hilfe in allen wichtigen Fragen finden Studierende über einen eigenen Online-Service des Projektes. Persönliche Beratung bieten

parallel dazu Campus Offices und Hochschulinformationsbüros des DGB vor Ort an. •

www.students-at-work.de/hib

DGB-Publikationen

Wissenswertes für Beamte

Vorurteile über den öffentlichen Dienst halten sich hartnäckig. Dabei arbeiten laut einer OECD-Studie hierzulande mit 10,7 Prozent der Erwerbstätigen deutlich weniger Menschen im öffentlichen Dienst als in Frankreich, Irland, Finnland oder Dänemark. Eine der vielen Infos, die die aktuelle Sonderausgabe „Zahlen – Daten – Fakten" der „Informationen für Beamtinnen und Beamte" des DGB enthält. Tabellen und Grafiken illustrieren die Personalentwicklung, Arbeitszeitformen und Altersstruktur im öffentlichen Dienst. Einzelexemplare gibt es gegen 85 Cent in Briefmarken beim DGB-Bundesvorstand, Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamte, Postfach 110372, 10833 Berlin. Umfassende Infos zum Thema enthält das in aktualisierter Auflage erschienene Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte". Übersichtlich gegliedert bietet es auf 284 Seiten Hintergrundtexte u.a. zur Beamtenpolitik des DGB, zur Verwaltungsmodernisierung sowie zu Beamtenrecht, Besoldung und Qualifizierung. Gewerkschaftsmitglieder erhalten den Band zum Vorzugspreis von 5 Euro plus 2 Euro Versand, Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro plus Versand. Bestellungen: Info-Service, Höherweg 270, 40231 Düsseldorf, Tel. 0180/5 83 52 26. •

www.beamten-informationen.de

Ratgeber zum SGB III

Leitfaden für Arbeitslose

Bereits in der 22. Auflage ist der bewährte „Leitfaden für Arbeitslose" des Arbeitslosenprojekts TuWas im Frankfurter Fachhochschulverlag erschienen. Das praktische Nachschlagewerk kostet 11 Euro und bietet auf fast 600 Seiten rechtlichen Rat bei allen Fragen zum Arbeitslosengeld (Alg). Der Band geht insbesondere auf die Änderungen des Sozialgesetzbuchs (SGB) III seit Januar 2005 ein und ist um das Kapitel „Beschäftigung von Ausländern" erweitert worden. Nicht mehr enthalten ist die Arbeitslosenhilfe, die nun als Alg II im SGB II geregelt ist. Dazu hat TuWas einen eigenen Leitfaden entwickelt, der ebenfalls im Fachhochschulverlag erhältlich ist. Übersichtlich informieren Tabellen und Beispiele über die Berechnung des Alg, Bemessungsgrenzen und Beihilfen. Heikle Themen wie Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten und Widerspruch werden detailliert besprochen. Am Ende jedes Kapitels finden sich Adressen von Institutionen und Beratungsstellen. Der Leitfaden macht auf spezielle Programme für Arbeitssuchende und Arbeitgeber aufmerksam und erklärt zum Beispiel auch die Organisation des Weiterbildungsmarktes. Besonders hilfreich sind die Musterschreiben, die juristische Tricks auch für den Laien handhabbar machen. •

www.fhverlag.de

Organizing-Woche

Solidarität praktizieren

Gibt es brauchbare Ansätze in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, dem allgegenwärtigen Neoliberalismus Paroli zu bieten? Beantwortet wird diese Frage zwischen dem 25. und 28. April während einer Organizing-Woche unter dem Motto „Never work alone". Hans-Böckler-Stiftung, DGB und ver.di laden gemeinsam zu der Veranstaltungsreihe nach Hamburg ein, bei der Gewerkschafter aus den USA aktuelle Konzepte, insbesondere Organizing, vorstellen. Die Fachtagung am 25. und 26. April wird von der Hans-Böckler-Stiftung, die am 27. und 28. April von ver.di gestaltet. Alle Veranstaltungen finden im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57a, statt. An unterschiedlichen Orten spielt sich das begleitende Kulturprogramm ab. Dazu gehören eine Sozialpartnerrevue, Filmvorführungen sowie Themenabende. Die Veranstaltungen sind kostenfrei. •

heike-stempel@boeckler.de
Tel. 0211/7778 124
helga.kempf@verdi.de
Tel. 040/2858 1411

interregio

••• Mit ***Kunstaktionen*** erinnert der ***DGB Berlin-Brandenburg*** an Kriegsende und Befreiung vom Nationalsozialismus. Zwischen dem 21. April und 8. Mai wird an der Fassade des Berliner DGB-Hauses an der Keithstraße der Bilderzyklus von Antonia Bisig „Menschen Bilder Krieg" zu sehen sein. Dieselbe Künstlerin präsentiert am 7. Mai dort ihre Bild-Raum-Installation „korporation", für deren Gestaltung sie Bilder von Nazi-Größen verfremdete. Ebenfalls am 7. Mai wird eine Projektgruppe unter Mitwirkung der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch" eine Performative Aktion präsentieren, in der Ton- und Zeitdokumente, Literatur und Musik aus dem unmittelbaren Umfeld des 8. Mai 1945 zu sehen und zu hören sein werden.
www.berlin-brandenburg.dgb.de

••• Mit Unterstützung des ***DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** haben zwölf Hauptschülerinnen aus Gronau eine ***Videoproduktion*** zur Berufsorientierung von Mädchen realisiert. Im zwölfminütigen Film „Haste was – biste was?" besuchen die jungen Frauen ArbeitnehmerInnen mit der Kamera an ihren Arbeitsplätzen. Die Gespräche dokumentieren neben der beruflichen Realität auch die Vorstellungen und Wünsche der Mädchen in Bezug auf ihre berufliche Zukunft. Der Film ist Teil eines Berufsorientierungsprojekts der DGB-Jugend und des Niedersächsischen Förderprogramms „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit". Der DGB stellt den Film zum Selbstkostenpreis von 5 Euro für Aktionen rund um den diesjährigen Girls' Day am 28. April zur Verfügung. Bestellung: DGB Niedersachsen, Abt. Jugend, Tel. 0511 / 126 01 60

Mitbestimmung

Endlich in die Offensive

Die Berufung des CDU-Politikers Kurt Biedenkopf zum Vorsitzenden der rot-grünen Mitbestimmungskommission signalisiert eine Trendwende: Die Zeit, in der die Mitbestimmung nur verteidigt wurde, ist vorbei.

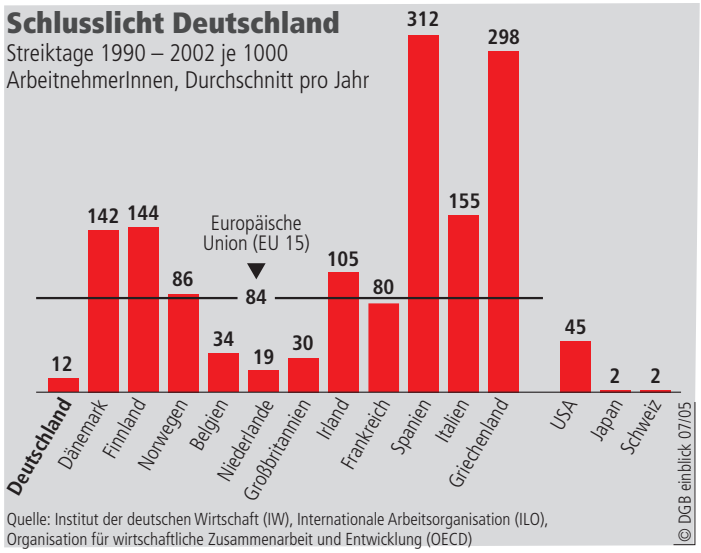
Das hat Seltenheitswert: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erfüllt eine Forderung des DGB. Wiederholt hat der DGB die Bundesregierung aufgefordert, sie möge sich auf europäischer Ebene für die Mitbestimmung einsetzen, denn Europa brauche „nicht nur ein wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Dimension". Schröders Vorstoß ist aber auch längst überfällig. Schon in ihrer ersten Regierungserklärung vom Oktober 1998 hatte sich die rot-grüne Koalition zur „Weiterentwicklung und Sicherung der Mitbestimmung" verpflichtet.

Jetzt sollen neun VertreterInnen von Arbeitgeberseite, Gewerkschaft und Wissenschaft innerhalb eines Jahres unter Leitung des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf Vorschläge entwickeln, wie die Mitbestimmung mit Blick auf das EU-Recht wetterfest gemacht werden kann.

Eine gewisse Gefahr für die paritätische Mitbestimmung geht von der geplanten EU-Richtlinie für grenzüberschreitende Fusionen aus: Hat das neue Unternehmen seinen Sitz in einem Land mit monistischer Unternehmensverfassung, in dem Vorstand und Aufsichtsrat nicht getrennt sind, sollen die Arbeitnehmervertreter nur ein Drittel der Mandate erhalten. Gelöst werden könnte das Problem aus DGB-Sicht wie im Fall der Europäischen Aktiengesellschaft (SE): Können sich Management und Arbeitnehmervertretung nicht auf eine Form der Mitbestimmung einigen, gilt das deutsche Niveau, wenn das beteiligte deutsche Unternehmen vor der SE-Gründung ein Viertel der gesamten Belegschaft beschäftigt hat.

Was Biedenkopf vorschlagen wird, bleibt abzuwarten. Die Vorschläge des DGB zur Modernisierung der Mitbestimmung liegen bereits vor:

- Kein Aufsichtsratsmitglied sollte mehr als fünf Mandate inne haben.
- Ausländische Beschäftigte, die in einem europaweit tätigen Konzern arbeiten, sollten das Recht erhalten, für einen deutschen Aufsichtsrat zu kandidieren.



Die Mitbestimmung, „der Weg vom Konflikt zum Konsens" (Ex-Bundespräsident Johannes Rau), sorgt auch für sozialen Frieden: In kaum einem anderen Land wird so selten gestreikt wie in Deutschland.

- Die Wahl der ArbeitnehmervertreterInnen in den Aufsichtsrat sollte vereinfacht werden.

Biedenkopf, 75, Träger des Hans-Böckler-Preises von 1993, ist in Sachen Mitbestimmung kein Unbekannter. Er hat 1968/70 eine Kommission geleitet, die zwar die Ausdehnung der Montanmitbestimmung abgelehnt, das Mitbestimmungsgesetz von 1976 aber mit vorbereitet hat. Biedenkopf zählt zu denen in der Union, die noch wissen, „dass alle wesentlichen Weichenstellungen zur Unternehmensmitbestimmung von der Union initiiert, zumindest aber – wie das Mitbestimmungsgesetz von 1976 – von ihr mitgetragen wurden", so Gerald Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Biedenkopf-Kommission soll auch ein Gegenpol sein zur Mitbestimmungskommission der Arbeitgeberverbände und der Industrie, die die Parität im Aufsichtsrat auf eine Drittelbeteiligung schrumpfen lassen will, weil sie nicht in die europäische Landschaft passe. Tatsächlich klaffen die Arbeitnehmerrechte in Europa weit auseinander: Mal müssen Arbeitnehmervertreter nur informiert und konsultiert werden, mal müssen sie sogar an der Einsetzung des Managements beteiligt werden. In 18 von 25 Staaten der EU sitzen Arbeitnehmervertreter in den höchsten Führungsorganen großer Unternehmen. „Die Unternehmensmitbestimmung in Deutschland ist weitreichend, aber sie ist von der Sache her kein Sonderweg", sagt Martin Höpner vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Sie werde in den meisten EU-Staaten als Instrument der Unternehmenskontrolle genutzt. Das gelte auch für viele Staaten Osteuropas. „Die Praxis in diesen Ländern spricht für eine gewisse Ausstrahlungskraft des deutschen Modells." •

Hohe Akzeptanz

Die Mitbestimmung genießt eine große Akzeptanz in der Gesellschaft. Laut einer von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebenen Emnid-Umfrage erklärten 82 Prozent der Befragten, die Mitspracherechte der Arbeitnehmer in Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften sollten nicht verringert werden. Eine deutliche Mehrheit hält die Mitbestimmung für notwendig, sie steigere die Motivation der Beschäftigten und befördere die Entwicklung der Unternehmen. Die Meinungen der Befragten gehen in West- und Ostdeutschland nicht auseinander. Auch Alter und Schulbildung spielen bei der Einschätzung keine Rolle.

Nach einer Umfrage der Unternehmensberatung Ernst & Young von 2004 unter ausländischen, international tätigen Unternehmen, in der die attraktivsten Standorte für Investitionen erfragt wurden, belegte Deutschland hinter China und den USA Platz 3. Eine Umfrage der Boston Consulting Group unter den 100 umsatzstärksten US-Unternehmen in Deutschland ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Deutschland der attraktivste europäische Standort für amerikanische Holdings ist. Nach Ermittlungen der Hans-Böckler-Stiftung und der Uni München haben immerhin 30 Prozent der 767 mitbestimmten Unternehmen (AGs und GmbHs) in Deutschland eine ausländische Mutter.

kurz&bündig

ver.di will als Maßnahme gegen Feinstaub Rußfilter auch für Busse im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur Pflicht machen. Die Umrüstung müsste von Bund und Ländern gefördert werden. Künftig sollten Rußfilter zudem Vergabekriterium bei Ausschreibungen im ÖPNV sein.

TRANSNET wird künftig auch die Interessen der Angestellten des Bordservice der Bahn, der früheren Mitropa, vertreten. Darauf hat sich TRANSNET mit der bisher zuständigen NGG geeinigt. Beide Gewerkschaften rufen die Mitglieder im Bordservice auf, zu TRANSNET zu wechseln.

Die Bundesvertretung der BeamtInnen und Angestellten in Forst und Naturschutz der IG BAU hat ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt. Parallel stellt die IG BAU die Bilanz aller Nachhaltigkeitsprojekte in einer Broschüre vor. Sie kann gegen eine Kostenbeteiligung von zwei Euro per E-Mail bestellt werden: diego.morisco@igbau.de

Der Arbeitgeberverband Nordmetall ist vor dem Arbeitsgericht Frankfurt/M. mit seinem Versuch gescheitert, der IG Metall einen Arbeitskampf für einen Tarifvertrag zu untersagen, in dem ein Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile von ArbeitnehmerInnen bei Werksschließungen geregelt werden soll.

Bürgerversicherung

DGB fordert Fairness

„Bürgerversicherung. Fair. Gerecht. Für alle" – unter diesem Motto wirbt der DGB für eine Weiterentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung. Eine kostenlose Broschüre stellt die Vorteile vor, die eine Bürgerversicherung für die Beschäftigten und für eine gerechte Finanzierung des Sozialstaates bringt.

„Kein anderes Gesundheitssystem in Europa wird so einseitig über Löhne und Gehälter finanziert wie das deutsche", benennt darin der Kölner Gesundheitsexperte Karl Lauterbach eine der zentralen Schwachstellen des Gesundheitssystems. „Die Starken der Gesellschaft sind nicht im Solidarsystem", kritisiert er die zweite Strukturschwäche. Ein solidarisches Gesundheitssystem, dem 15 Prozent der Mitglieder fehlen, „ist nicht nur ungerecht und ökonomisch falsch, sondern auch politisch nicht akzeptabel". In der Freistellung von gut verdienenden ArbeitnehmerInnen, von Selbstständigen und Beamten von der Pflichtversicherung sieht Lauterbach eine der Ursachen des wachsenden Trends zur Zwei-Klassen-Medizin. Ein großer Teil derjenigen, die das Gesundheitssystem reformieren, Politiker, leitende Beamte, Professoren, Verbandsvertreter und Journalisten, seien selbst nicht im System versichert. Die Folge: „Ein stark tabuisiertes Problem ist die wachsende Zwei-Klassen-Medizin, die von der Bevölkerung zwar täglich erlebt, in der Diskussion

über die Reform unseres Gesundheitssystems aber selten offen ausgesprochen wird." Nach Berechnung des DGB könnte durch die Einführung einer Bürgerversicherung der Beitragssatz von 14,1 auf 12,6 Prozent gesenkt werden. •

Bestellung:
bianca.vebler@bvv.dgb.de

Aufruf an Migranten

Aufenthaltsstatus schnell klären

Seit Januar 2000 verlieren Deutsche automatisch ihre Staatsbürgerschaft, wenn sie die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes annehmen, ohne dass sie zuvor eine Beibehaltungsgenehmigung eingeholt haben. Eine Ausnahme von dieser rigiden Regel besteht nur für die Länder, mit denen die Bundesrepublik ein Abkommen zur Doppelstaatsangehörigkeit geschlossen hat. Betroffen von der Verschärfung des Staatsbürgerschaftsrechts sind auch ehemalige Migranten, die bereits lange in Deutschland leben und zum Beispiel zur Sicherung eines Erbes die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes wiedererlangt haben. Ihnen droht trotz längst gelungener Integration die Abschiebung.

Nach dem neuen Zuwanderungsrecht haben ehemalige Deutsche allerdings einen Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Sie ist die Voraussetzung für eine anschließende Wiedereinbürgerung. Für diejenigen, die ihre Staatsangehörigkeit vor dem 1. Januar 2005 verloren haben, läuft die Antragsfrist am 30. Juni ab. Der DGB hat deshalb alle betroffenen Migranten aufgefordert, nicht bis zu einem möglichen Eingreifen der Ausländerbehörde zu warten, sondern ihren Aufenthaltsstatus schnell zu klären. •

Medienpolitik

Eigener Newsletter

Der DGB will aktive Gewerkschaftsmitglieder, die sich im Bereich der Medienpolitik engagieren, stärker unterstützen. Seit Ende März informiert ein monatlich erscheinender medien-newsletter Aktive über aktuelle Entwicklungen in der Medienbranche. Zudem ist der Aufbau eines eigenständigen Informationsangebots auf den Internetseiten des DGB geplant. Ziel ist die Entstehung eines Netzwerks aller im Medienbereich Aktiven.

Themen der ersten Ausgabe des medien-newsletters sind neben Informationen über das neue Sendeschema der ARD auch Überlegungen bei RTL zum Ausbau des Bezahlfernsehens, der Streit mit der EU über die Zukunft der Rundfunk-Finanzierung in Deutschland, die Vorstellung der Grimme-Preisträger 2005 sowie Personal-Nachrichten. Der Bezug des per E-Mail verschickten Newsletters ist kostenlos. •

Bestellung:
bernhard.schulz@dgb.de

ver.di-Grundsatzprogramm

Debatte über Selbstverständnis

Vier Jahre nach ihrer Gründung hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit einem Workshop die Debatte über ihr eigenes programmatisches Selbstverständnis gestartet. Mit dem neuen Grundsatzprogramm, dass vom nächsten Gewerkschaftstag verabschiedet werden soll, will die größte DGB-Gewerkschaft ihr Konzept zur Zukunft der Arbeit und des Sozialstaates weiterentwickeln. Das Grundsatzprogramm soll „keine Klageschrift, sondern ein Gegenentwurf zum Neoliberalismus" sein, so der Infoservice *ver.di News*. Ein Input-Papier zu den Schwerpunktthemen der Debatte will der ver.di-Bundesvorstand den Landesbezirken und Fachbereichen bis Mai vorlegen. •

Grenzenlose Tarifpolitik

Gemeinsame Forderungen

IG Metall und Europäischer Metallarbeiterbund wollen in diesem Jahr erstmals mit europaweit einheitlichen Forderungen in die Tarifauseinandersetzungen gehen. IG Metall-Tarifexperte Oliver Burkhard über grenzenlose Tarifpolitik.

Opel, Siemens, Volkswagen, Daimler-Chrysler und alle anderen Konfliktfälle der jüngsten Zeit haben unmissverständlich deutlich gemacht: Die nationale gewerkschaftliche Politik muss künftig Grenzen überschreiten. Mit der fortschreitenden Integration der Europäischen Union (EU), insbesondere mit der Einführung der Europäischen Währungsunion 1999, hat sich gezeigt, dass die Gefahr des lohnpolitischen Wettbewerbs untereinander wächst. Kommt es zu Tarifabschlüssen – sei es Entgelt oder Arbeitszeit – oder zu speziellen Regelungen auf Unternehmensebene, dann wirken sich diese auf die gesamte EU-Ebene aus. Denn zum einen setzen solche Regelungen generell ein Signal für die Tarifparteien der EU-Mitgliedsländer. Zum anderen wirken sie direkt auf die im europäischen Wirtschaftsraum tätigen Unternehmen derselben Branche, die dann für sich die gleiche Regelung einfordern. Deshalb müssen sich die europäischen Gewerkschaften in einer viel engeren Weise als jemals zuvor abstimmen.

Maßgeblich ist zunächst und vor allem eine Koordinierungsregel für Lohnerhöhungen. Denn damit wird der Kostenrahmen von allen in gleicher Weise so definiert, dass die nationale Produktivität und Preissteigerungsrate durch die Tarifabschlüsse ausgeschöpft wird. Bewusste Lohnunterbietung wird somit ausgeschlossen.

Neben der Lohn- und Gehaltsebene ist auch die Gestaltung der Arbeitszeit frühzeitig ein Thema europäischer Koordination gewesen. 1998 wurde eine „Arbeitszeitcharta des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes" (EMB) verabschiedet, die im Kern folgende Mindestpositionen für die jeweiligen nationalen Arbeitszeiten einfordert: 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, Ablehnung von Arbeitszeitverlängerung, europäischer Standard einer jährlichen Höchstarbeitszeit von 1750 Stunden und eine Begrenzung der Überstunden, die ausschließlich durch Geld kompensiert werden, auf 100 Stunden pro Jahr.

Die europäischen Gewerkschaften setzen die Koordinierung ihrer Tarifpolitik mit Hilfe verschiedener praktischer Instrumente um. Zu nennen sind vor allem:

1) Die regelmäßige Beteiligung von Gewerkschaftern anderer EU-Länder an den jeweiligen nationalen Tarifverhandlungen. Das Ziel solcher grenzüberschreitenden Tarifpartnerschaften besteht darin, ein festes bi- oder auch multilaterales Kooperationsnetzwerk aufzubauen, in das auch regionale und örtliche Gewerkschaftsvertreter einbezogen werden.

2) Der Aufbau eines Informationssystems über die tarifvertragliche Lage und Entwicklung in den einzelnen EU-Ländern: Der EMB erfasst, dokumentiert und bilanziert regelmäßig die tarifpolitischen Ergebnisse der Mitgliedsverbände (EUCOBA-System). Ständige Korrespondenten der jeweiligen Länder liefern zeitnah Berichte zu den Tarifverhandlungen und -ergebnissen.

Oliver Burkhard, 33, leitet seit Anfang Februar den Bereich Tarifpolitik der IG Metall in Frankfurt.

3) Eine Verstärkte Zusammenarbeit auf der Ebene europäischer Betriebsräte und in grenznahen Regionen. Dabei geht es nicht nur um lohnpolitische Fragen im engeren Sinne, sondern auch um Fragen der grenzüberlappenden und unternehmensbezogenen Beschäftigungspolitik, Arbeitsorganisation, Arbeitszeitsysteme und Standortpolitik.

4) Schließlich wird der EMB 2005 einen Schritt weiter in Richtung einer gemeinsamen Tarifpolitik gehen und zum ersten Mal eine gemeinsame Forderung in den verschiedenen Mitgliedsländern aufstellen. Im Zuge der künftigen Tarifverhandlungen werden alle EMB-Gewerkschaften verlangen, dass ein tarifvertraglich garantiertes individuelles Recht auf Qualifizierung vereinbart wird.

Das Instrumentarium wird in verschiedenen Regionen, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und Bayern, genutzt. Die praktische Tarifpolitik der europäischen Gewerkschaften wird dabei auf der nationalen Ebene stattfinden – schon allein deshalb, weil es keinen tariffähigen und -willigen Verband der Arbeitgeber auf der Europaebene gibt. Sie muss aber europäisch eingebettet sein. Dabei zeigen die Erfahrungen mit den unternehmensbezogenen Vereinbarungen (Opel etc.), dass in ein gewerkschaftspolitisch wirkungsvolles System der europäischen Tarifkoordination auch verstärkt die Europäischen Betriebsräte und ihre Koordinatoren auf nationaler Ebene einbezogen werden müssen. Dort, wo es eine bewährte kontinuierliche Zusammenarbeit über Grenzen hinweg gibt, funktioniert auch die akute Krisenbewältigung am besten. •

Effat: Vernetzen

Die European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions (Effat), der die Gewerkschaft NGG angehört, hat Anfang März eine Intensivierung der Zusammenarbeit beschlossen. Insbesondere für den Fleischsektor wurde eine Abkehr von Dumpingmaßnahmen verabredet. Effat will

- ***ein gemeinsames europäisches Netzwerk von Betriebsräten, Shop Stewards und Gewerkschaften schaffen,***
- ***in allen Ländern flächendeckend Tarifverträge abschließen und***
- ***in der Tarifpolitik und -arbeit eng zusammenarbeiten,***
- ***mit dem zentralen Management der Unternehmen soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene vereinbaren,***
- ***keine Unternehmensmaßnahmen und -strategien fördern oder fordern, die darauf abzielen, Unternehmen von ihrem bisherigem Standort zu anderen Standorten abzuwerben und***
- ***Regelungen wie Arbeitszeitverlängerungen ablehnen, die unfaire Wettbewerbsvorteile verschaffen***
- ***sowie einen europaweiten Schutz für Gewerkschaftsmitglieder anbieten.***

www.effat.org

Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

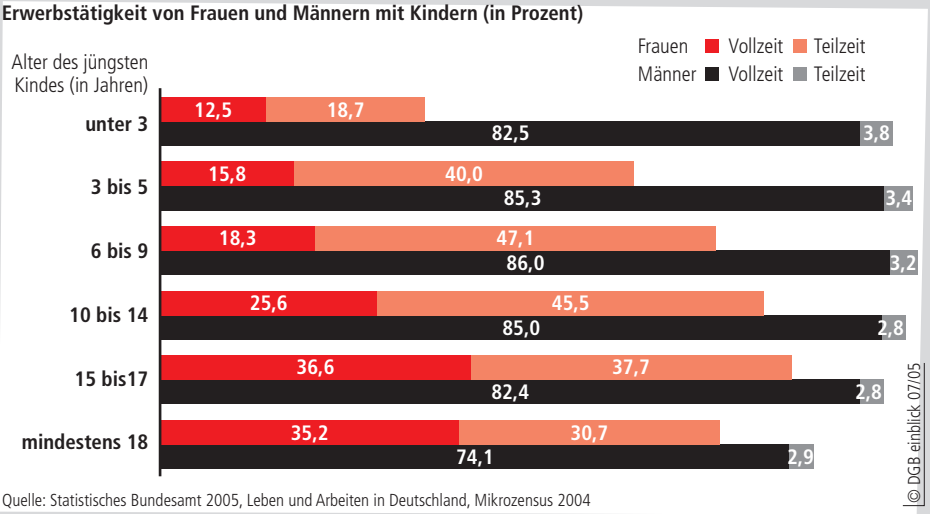
DIES & DAS

die DGB grafik

KINDERERZIEHUNG: Für Männer kein Thema

Nach wie vor beteiligen sich in Deutschland die Männer kaum an der Erziehung ihrer Kinder. Während der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit dem Alter des jüngsten Kindes kontinuierlich von 31 Prozent auf 74 Prozent steigt, liegt der Anteil berufstätiger Väter durchgängig bei über 86 Prozent. Noch stärker wird das Ungleichgewicht, wenn man nur die Vollzeitbeschäftigten betrachtet. Von den Frauen mit Kleinkindern unter drei Jahren sind nur 12,5 Prozent vollzeitbeschäftigt. Bei den Männern sind es 82,5 Prozent.

Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern mit Kindern (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2005, Leben und Arbeiten in Deutschland, Mikrozensus 2004

personalien

••• ***Bernhard Schulz,*** 44, seit Januar 2001 Leiter der Sekretariats des DGB-Vorsitzenden, ist seit dem 1. April Leiter des neuen Bereichs Internet und Publikationen in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB.

••• ***Marika Briedigkeit,*** 34, seit Dezember 2001 Referatsleiterin für den Bereich Beamtenversorgung/Beihilfe des DGB, ist seit dem 1. April persönliche Referentin des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.

••• ***Reinhard-Ulrich Vorbau,*** 55, Bereichsleiter Recht der IG BAU, ist am 16. März vom Aufsichtsrat der DGB Rechtsschutz GmbH zum Sprecher der Geschäftsführung berufen worden. Er folgt ***Helmuth Thieß,*** 54, der diese Funktion seit Gründung der DGB Rechtsschutz GmbH im April 1998 inne hatte.

14 TAGE

11.-13.4. ver.di, JAV-Konferenz „mit.machen – mit.bestimmen", Magdeburg

13.4. ver.di und DGB-Region Schleswig Holstein Nord, Betriebsrätekonferenz „Gefährdung des Standortes D?", Husum

13.4. DGB-Bezirk Bayern, Beamtentag, Bayreuth

14.4. TBS Nordrhein Westfalen, Tagung „Beschäftigung sichern durch Innovation und Beteiligung", Oberhausen

14.4. ver.di, Konferenz zur Alterssicherung von Frauen, Berlin

14./15.4. Hans-Böckler-Stiftung, Forum zum Arbeits- und Sozialrecht, Berlin

15./17.4. IG BAU, Bundesjugendkonferenz, Fulda

16.4. DGB Thüringen, Tagung „Bürgerantrag für eine solidarische Bürgerversicherung", Erfurt

16./17.4. e4globe – European Institute for Globalisation Research und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Globale Passagen – neue Wege der Globalisierung", Berlin

19.4. DGB Sachsen-Anhalt, Tagung „Innovationsfähigkeit Mitteldeutschlands", Halle

19.4. DGB Sachsen-Anhalt, Fachtagung „Soll man Reisende aufhalten? – Strategien gegen die Abwanderung", Magdeburg

21.4. Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB), Podiumsdiskussion „Lernen fürs Leben – aber wie?", Berlin

21./22.4. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Mindestlöhne in Europa", Zürich

21.4.-8.5. DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, Ausstellung „Menschen Bilder Krieg", Berlin

23.4. DGB-Bezirk Bayern, Aktionstag „Menschen beteiligen – Gerechtigkeit schaffen", Neumarkt/Oberpfalz

23.-27.4. GEW, Gewerkschaftstag „Bildung in Europa, Bildung für die Welt", Erfurt

25.4. DGB-Bezirk Sachsen, Konferenz „Die Zukunft des öffentlichen Dienstes", Dresden

Schlusspunkt

„Bevölkerung bei kerntechnischen Unfällen besser schützen – Verteilung der Jodtabletten beginnt im Juni"

Pressemitteilung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums vom 5. April über Schutzmaßnahmen für die Nachbarn von Atomkraftwerken. Die Kosten der Tabletten tragen laut Pressemitteilung des Ministeriums die Kraftwerksbetreiber.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.04.2005 8/05

DGB

Initiative gegen Lohndumping

Entsendegesetz nur erster Schritt

In der Mindestlohndebatte spielt die Bundesregierung den Ball an die Tarifparteien zurück. Rot-Grün will zwar das Entsendegesetz vom Bau auf alle Branchen ausweiten, um die Lohnkonkurrenz aus Osteuropa zu stoppen. Voraussetzung dafür seien aber „bundesweit flächendeckende Tarifvertragsstrukturen", so Gerd Andres (SPD), Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Das sei richtig, bestätigt Gregor Asshoff, Abteilungsleiter Politik und Grundsatzfragen der IG BAU. Und das bedeute: Dort, wo die Tarifparteien weder einen bundeseinheitlichen Lohn noch die Geltung des Arbeitsortsprinzips – danach muss der am Arbeitsort übliche Lohn gezahlt werden – vereinbart haben, werde es „keinen Mindestlohn nach dem Entsendegesetz geben können".

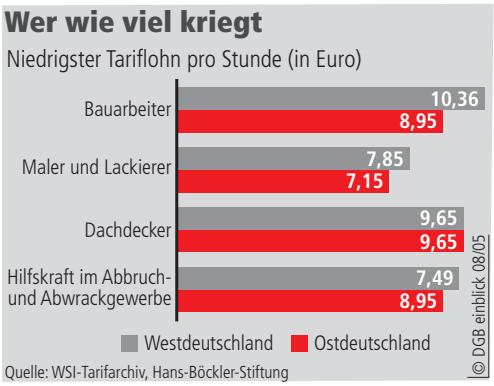
Gleichwohl hat DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer die Initiative der Regierung begrüßt. Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes sei „ein richtiger Schritt". Für das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung wäre das erweiterte Entsendegesetz ein „erster Schritt" auf dem Weg zum gesetzlichen Mindestlohn. Das WSI plädiert für einen Mindestlohn von 50 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns, 2003 waren das 1442 Euro.

Die DGB-Gewerkschaften halten mehrheitlich noch daran fest, dass ausschließlich die Tarifparteien die Höhe der Löhne und Gehälter bestimmen. Sie schließen jedoch nicht aus, dass es zu gesetzlichen Mindestlöhnen kommen könnte.

Denn der Appell der Bundesregierung an die Tarifparteien, die Voraussetzung für die Ausweitung des Entsendegesetzes zu schaffen, könnte ungehört verhallen. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt lehnt eine Ausweitung strikt ab. Und ob die CDU/CSU auch nach der Landtagswahl in NRW am 22. Mai noch zum Mindestlohn steht, wird sich zeigen. Die Ausweitung des Entsendegesetzes bräuchte die Zustimmung der Union im Bundesrat.

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg ist zwar zufrieden, dass in die Diskussion um die Mindestlöhne wieder Bewegung gekommen ist. Die geplante Ausweitung des Entsendegesetzes sei aber „kein Ersatz für einen gesetzlichen Mindestlohn". Das Entsendegesetz setzt Tarifverträge voraus. Von ihnen werden aber schon 30 Prozent der Beschäftigten in West- bzw. 45 Prozent in Ostdeutschland nicht mehr erfasst.

Wie man in Branchen ohne Tarifvertrag vorgeht, könne man später sehen, meint Berthold Huber, 2. Vorsitzender der IG Metall. Er schlägt für diese Fälle die Anwendung des für alle Branchen geltenden Zeitarbeit-Tarifvertrags vor *(einblick 4/2005)*. Danach wird in der Entgeltgruppe 1 derzeit ein Stundenlohn von 7,02 Euro gezahlt. •



Laut Entsendegesetz von 1996 gilt auf deutschen Baustellen der Mindesttarif auch für die von ausländischen Firmen entsandten Arbeitnehmer. Diesen Schutz vor Schmutzkonkurrenz sollen möglichst bald auch die Gebäudereiniger genießen.

plusminusBERLIN

+ ***Hans-Eberhard Schleyer, Geschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, hat im Fernsehsender Phoenix gegen Dumpinglöhne durch Unternehmen aus den EU-Beitrittsländern protestiert. „Jeder, der hier arbeitet, soll das zu Bedingungen tun, die hier gelten."***

– ***Ronald Pofalla, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, hat sich gegen einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen. Wer das fordert, „gefährdet die Arbeitsplatzchancen für Arbeitssuchende mit geringer Produktivität" und leiste der Jobverlagerung ins Ausland Vorschub.***

inhalt

Seite 3

Neue Nullrunde
Die Kassenlage der Rentenversicherung ist angespannt. Eine Rentenkürzung kommt zwar nicht, aber real gibt's 2005 erneut weniger

Seite 5

Das ist nicht alles neoliberal
Die scheidende GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange zieht Bilanz

Seite 7

Der Verunsicherung entgegentreten
DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer wirbt für eine hohe Beteiligung bei den Sozialwahlen

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ruhrfestspiele.de
Spielplan, Spielorte und Ticketservice der Ruhrfestspiele 2005

www.einblick.dgb.de
Hintergründe und Argumente des DGB zum Mindestlohn

7./8. Mai 2005

„Tag für Demokratie“

Mit einer zweitägigen Veranstaltung am 7. und 8. Mai rund um das Brandenburger Tor will der Berliner Senat anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur Zeichen setzen für Demokratie und Freiheit und gegen Rassismus und Antisemitismus. Neben dem Senat rufen Parteien, Kirchen, DGB, Arbeitgeberverbände und zahlreiche weitere Organisationen zur Teilnahme an diesem „Tag für Demokratie“ auf *(einblick 7/05)*. Mit Aktionen, Infos, Kultur und Musik sollen drei inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden: Erinnerung an die Opfer der Nazi-Diktatur, Toleranz und Demokratie sowie Zivilgesellschaft live. Los geht's am 7. Mai um 11 Uhr, für den Abend ist ein Konzert für Demokratie geplant. Am 8. Mai wird es u. a. einen ökumenischen Gottesdienst und ein Konzert des Ensembles der Komischen Oper Berlin geben. Der DGB wird gemeinsam mit den Gewerkschaften in einem „Gewerkschaftsdorf“ auf der Straße des 17. Juni unter anderem mit Projekten gegen Rechts wie etwa der „Aktion Courage“ das gewerkschaftliche Engagement für ein demokratisches und soziales Deutschland vorstellen. •

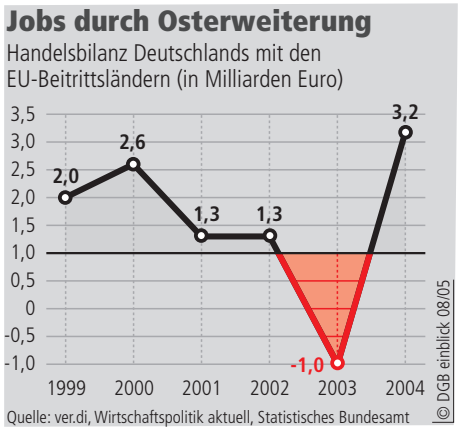
www.TagFuerDemokratie.de
www.dgb.de

Arbeitsbelastung

Zunehmender psychischer Druck

Nach einer Studie der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) nehmen die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz zu. Fast jeder Dritte leidet demnach unter Hektik und Termindruck. Mehr als jeder Vierte erlebt den Leistungsdruck am Arbeitsplatz als sehr belastend. Trotz des Trends zur Dienstleistungsgesellschaft spielen aber nach wie vor auch körperliche Belastungsfaktoren eine Rolle. So fühlt sich jeder fünfte Befragte im produzierenden Gewerbe durch schwere körperliche Arbeit stark belastet. Fast jeder Zweite leidet häufig unter Rückenschmerzen. •

www.wido.de



Die Osterweiterung der EU hat nicht zu der befürchteten Überschwemmung des deutschen Marktes mit billigen Ostprodukten und damit zur Vernichtung von Jobs in Deutschland geführt. Nach einem Rückgang der Exporte in 2003 lag der Handelsbilanzüberschuss gegenüber den neuen EU-Ländern im vergangenen Jahr bei über 3 Milliarden Euro.

DL-Richtlinie

Richtung stimmt

Als Schritt in die richtige Richtung wertet der EGB die Stellungnahme zur geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie *(einblick 7/05)*, die die Sozialdemokratin Evelyne Gebhardt am 19. April im Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments vorgelegt hat. Gebhardt, Berichterstatterin zu dem Vorhaben in Straßburg, schlägt vor, das Regelwerk radikal umzubauen. Im wesentlichen empfiehlt sie zwei Änderungen: Zum einen will sie das umstrittene Herkunftslandprinzip streichen. An seine Stelle soll die gegenseitige Anerkennung von Standards durch die Mitgliedstaaten treten. Außerdem soll die Richtlinie nur für kommerzielle Dienste gelten, nicht für allgemeine Dienste der Daseinsvorsorge, etwa im Gesundheits- oder Sozialbereich. Mit einem Abschluss der parlamentarischen Beratungen rechnet Gebhardt nicht vor Ende 2006. Der DGB hat in einem Brief die EU-Abgeordneten aufgefordert, „diesen grundlegenden Wechsel in der Gestaltung des Dienstleistungsmarktes auf den Weg zu bringen“. •

?...nachgefragt

Alle vier Jahre lädt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) JournalistInnen zu einer Pressefahrt in ein europäisches Nachbarland. In diesem Jahr führte die Reise vom 13. bis zum 15. April von Berlin über Frankfurt/Oder ins polnische Wroclaw, dem ehemaligen Breslau. Welche Erfahrungen bringen die 90 JournalistInnen, Polizeibeamte und GewerkschafterInnen aus Polen mit? Das hat *einblick* den GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg, 53, gefragt.

Die Pressefahrten der GdP gibt es seit 44 Jahren. Aber keine Begegnung war von einer derart intensiven Zusammenarbeit geprägt wie die Reise nach Polen. Den JournalistInnen haben nicht nur führende Polizeibeamte aus Brandenburg, des Bundeskriminalamtes und des Bundesgrenzschutzes Rede und Antwort gestanden, sondern auch ihre polnischen Kollegen. Das hat uns einen intensiven Einblick in die Sicherheitslage entlang der ehemaligen Ostgrenze der EU ermöglicht, aber auch die Chance gegeben, überkommene Vorurteile zu revidieren. Noch hat Polen den Sicherheitsstandard der Schengen-Staaten nicht erreicht. Aber die Kooperation von deutscher und polnischer Polizei ist nur ein Jahr nach dem EU-Beitritt Polens bereits weit vorangeschritten.

Die Polizeibeamten beiderseits der Grenze wollen ein Europa, in dem sich die Menschen frei bewegen können. Und wir wollen ein Europa, in dem sie sich sicher fühlen, denn das Sicherheitsgefühl ist eine Voraussetzung für die demokratische Stabilität der Gesellschaft. Wir wissen, dass sich Sicherheit nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit herstellen lässt, weil auch das Verbrechen international geworden ist. Als GdP wünschen wir uns von der Politik dabei mehr Unterstützung – vom Aufbau gemeinsamer Datenbanken bis zur Bereitstellung der notwendigen Ressourcen. Denn nur eine Polizei, die personell und technisch so ausgestattet ist, dass sie die innere Sicherheit in einem vereinten Europa gewährleisten kann, leistet einen Beitrag zur Akzeptanz der europäischen Einigung.

Die Menschen dürfen nicht in die Situation kommen, dass sie Angst vor Europa haben: weder Angst um die eigene Sicherheit, noch Angst um den eigenen Arbeitsplatz. Die GdP tritt deshalb nicht nur für ein Europa der inneren Sicherheit ein, sondern auch für ein Europa, das nicht auf der Lohnkonkurrenz aufgebaut ist. In Polen, einem Land mit großer Gewerkschaftstradition, wird der vermeintliche Standortvorteil eines im Vergleich zu Deutschland wesentlich geringen Lohnniveaus inzwischen auch kritisch gesehen.

Alterssicherung

Keine Rentenkürzung – noch nicht

Die Kassenlage der Rentenversicherung sei in der Tat angespannt, „aber nicht so dramatisch, wie's in der öffentlichen Darstellung 'rüberkommt", meint der DGB-Rentenexperte Heinz Stapf-Finé. Die Gewerkschaften lehnen sowohl eine Erhöhung der Rentenbeiträge als auch eine Kürzung der Rentenleistungen ab.

Am Stichtag 1. Juli gibt's wieder nichts. Zum zweiten Mal in Folge erhalten die 20 Millionen RentnerInnen keinen Cent mehr. Die Anpassung der Renten an die Entwicklung der Löhne und Gehälter, des Rentenbeitrags und der zusätzlich geförderten Altersvorsorge ist gleich Null. Das war im vergangenen Jahr so, ist in diesem Jahr so und wird wohl auch im nächsten Jahr so sein.

Eigentlich hätten die Renten um rund ein Prozent gekürzt werden müssen. Denn einerseits summieren sich der Altersvorsorgeanteil, d.h. die Riester-Rente, und der Nachhaltigkeitsfaktor, der das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern berücksichtigt, auf minus 1,2 Prozent. Und andererseits sind die beitragspflichtigen Einnahmen 2004 nur um 0,12 Prozent im Westen und um 0,21 Prozent im Osten gestiegen. Doch dank der Niveausicherungsklausel, versteckt in Paragraf 255e Sozialgesetzbuch (SGB) IX, kommt es nicht zu der befürchteten Minusrunde. Die hat es noch nie gegeben. Und damit ist auch im nächsten Jahr nicht zu rechnen. Eine Rentenkürzung im Bundestagswahljahr 2006 wäre der Super-GAU – für Rot-Grün.

Völlig ausgeschlossen werden kann sie allerdings nicht. Dafür sorgt die Koalition schon teilweise selbst. Denn die entscheidende Bezugsgröße der Rentenanpassung, die Bruttolohn- und gehaltssumme, wird nicht nur von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bestimmt, sondern auch von der Politik: Die Ausweitung der 1-Euro- und Mini-Jobs sowie der Ich-AGs führt zur Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Negativ wirkt sich auch die Zumutbarkeitsklausel aus, wonach Arbeitslose sogar Jobs annehmen müssen, die bis zu 30 Prozent unter Tarif bezahlt werden. Der – staatlich beförderte – Druck aufs Lohngefüge rächt sich.

Aufgrund der komplizierten Rentenanpassungsformel kann zwar streng genommen nicht von einer Rentenkürzung gesprochen werden, unterm Strich erhalten die Ruheständler am 1. Juli trotzdem weniger Geld aufs Konto überwiesen. Sie werden – wie die Beschäftigten auch – mit einem Sonderbeitrag für Zahnersatz und Krankengeld von 0,45 Prozent belastet. Das reduziert eine Rente von 1000 Euro um 4,50 Euro im Monat. Hinzu kommt der Kaufkraftverlust durch die nicht ausgeglichene Preissteigerungsrate.

Besserung ist nicht in Sicht. Die Einnahmen der Rentenkassen im ersten Quartal 2005 lagen um 400 Millionen Euro oder um ein Prozent unter denen im ersten Quartal 2004. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) rechnet deshalb damit, dass der Bundeszuschuss zur Rente vorgezogen wird. Denn die Schwankungsreserve ist bereits auf 20 Prozent einer Monatsausgabe abgeschmolzen worden.

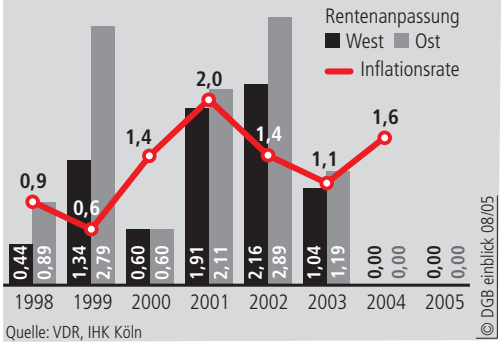
Eine Beitragserhöhung oder weitere Leistungskürzungen lehnt der DGB ab. Die stellvertretende Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer: „Der Bund hat der Rentenversicherung praktisch jeden finanziellen Puffer genommen." Deshalb müsse er die Konsequenzen tragen und einspringen, falls die Einnahmen sich weiter so schlecht wie bisher entwickelten.

Darüber hinaus fordert der DGB, dass der Fiskus den Rentenkassen die Last der deutschen Einheit abnimmt; aufgrund des Rentenüberleitungsgesetzes zahlen sie jährlich rund 7,5 Milliarden Euro an Ostdeutsche, die niemals selbst in die Kasse eingezahlt haben. Auch der Wanderungsausgleich in Höhe von 1,7 Milliarden Euro an die Bundesknappschaft, mit dem die Rentenkasse den Wegfall von Arbeitsplätzen im Bergbau ausgleicht, müsse von der Bundeskasse übernommen werden.

Langfristig hilft das jedoch alles nicht. „Wir müssen die Finanzierung der Renten auf eine breitere Grundlage stellen", fordert der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel, der auch Mitglied der vom Wirtschaftsweisen Bert Rürup geleiteten Rentenreform-Kommission war. „Alle, auch Selbstständige, Beamte, politische Mandatsträger gehören in die solidarische Rentenversicherung." •

Real weniger

Rentenanpassung (West/Ost) und Inflationsrate 1998 – 2005 (in Prozent)



Quelle: VDR, IHK Köln

Die so genannte Rentenanpassung, sprich die Rentenerhöhung, fällt in diesem Jahr aus. In den vorangegangenen sieben Jahren lag die Rentenerhöhung bereits fünf Mal unterhalb der Inflationsgrenze.

Beitragssätze und Bemessungsgrenzen

Der Beitragssatz in der Rentenversicherung beträgt seit Jahresanfang 19,5 Prozent des versicherungspflichtigen Arbeitseinkommens; Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen ihn je zur Hälfte. Ziel der Rentenreform 2001 ist es, den Beitrag bis 2020 nicht über 20 Prozent und bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen zu lassen.

Beträgt das Einkommen nicht mehr als 325 Euro (Geringverdienstgrenze), trägt der Arbeitgeber den Beitrag allein. Liegt das Arbeitsentgelt zwischen 400 und 800 Euro, kann der Versicherte einen reduzierten Arbeitnehmerbeitrag zahlen.

In der knappschaftlichen Rentenversicherung beträgt der Beitragssatz 25,9 Prozent; der Versicherte zahlt 9,75 Prozent, der Arbeitgeber 16,15 Prozent.

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung betragen in den alten Bundesländern 62 400 Euro, in den neuen Ländern 52 800 Euro jährlich oder 5200 bzw. 4400 Euro monatlich. In der Knappschaft betragen diese Werte 76 800/64 800 Euro (West/Ost) jährlich bzw. 6400/5400 Euro monatlich. Bis zu diesen Grenzbeträgen sind Beiträge zur Rentenversicherung zu berechnen.

www.vdr.de

PROJEKTE UND PARTNER

Girls'Day

Politik als Beruf für Frauen

Die Berufswahl vieler Mädchen ist immer noch auf das schmale Spektrum Frisieren, Verkaufen, Erziehen und Pflegen eingeengt. Der Girls' Day am 28. April bietet Schülerinnen der 5. bis 10. Klasse die Chance, sich mit Alternativen vertraut zu machen – in technischen und innovativen Zukunftsberufen.

Der DGB gehört zu den Mitveranstaltern des Mädchen-Zukunftstages, der 2005 bereits zum fünften Mal stattfindet. DGB-Bundesvorstandsverwaltung, Bezirke und Regionen beteiligen sich ebenso mit zahlreichen Angeboten wie Gewerkschaften, Unternehmen, Universitäten und Verbände.

Beim DGB-Bundesvorstand in Berlin wird es um „Politik als Beruf für Frauen" gehen. Eingeladen sind

40 Schülerinnen der Berliner Sophie-Scholl-Oberschule. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird über die Arbeit des DGB informieren, seine Stellvertreterin Ursula Engelen-Kefer über ihren Weg in die Politik berichten. In verschiedenen Abteilungen erfahren die Mädchen, wie politische Arbeit konkret aussieht oder erhalten praktische Tipps zur Internetrecherche in Sachen Berufswahl oder zur ergonomischen Sitzweise am PC. In der Presseabteilung werden Schülerinnen eine Pressemitteilung zum Girls' Day schreiben und in der Abteilung Frauenpolitik einen Artikel für den *einblick*.

2004 nahmen mehr als 5300 Unternehmen und Organisationen sowie 114 000 Mädchen teil. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass 2005 die Beteiligung an dem bundesweiten Aktionstag noch größer sein wird. •

www.girls-day.de

Perspektivenkongress

Alternativen gesucht

Lohnsenkungen, Sozialabbau und die Verarmung der öffentlichen Hände werden noch weitgehend stumm hingenommen. Doch aktuelle Veröffentlichungen und Veranstaltungen deuten zunehmend an, dass die Suche nach anderen Wegen ernst genommen wird. So steht der Perspektivenkongress am 17. und 18. Juni in Dortmund unter einem Motto mit Aufforderungscharakter: „Es geht nur anders!" ist die Veranstaltung überschrieben, die der DGB und Mitgliedsgewerkschaften, das Sozialforum, die Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund sowie das Referat für gesellschaftliche Verantwortung der evangelischen Kirchenkreise organisiert haben. Im Mittelpunkt stehen Themen wie „Grundeinkommen und soziale Rechte für alle statt Armut und Kontrolle für viele". •

www.werkstadt-dortmund.de (Perspektivenkongress)

WSI-Tarifhandbuch

Frauen im Fokus

Gerade erschienen ist das WSI-Tarifhandbuch 2005 mit allen wichtigen Zahlen, Daten und Fakten rund um die Tarifpolitik. Schwerpunktthema sind Tarifregelungen zu „Frauen, Familie und Beruf". Außerdem finden sich in dem rund 300 Seiten starken Handbuch u. a. Infos zu Tarifabschlüssen 2004/05, Tarifrechtsprechung sowie Tarifregelungen in fünfzig Wirtschaftszweigen. Zudem ist das Tarifvertragsgesetz im Wortlaut abgedruckt, und die Funktionsweise des Tarifsystems wird erläutert. Das WSI-Tarifhandbuch 2005 ist im Bund Verlag, Frankfurt/M. erschienen und kostet 17,90 Euro. •

Migrationsgespräch

Mobil in Europa

Intensiv wird zur Zeit im Zusammenhang mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie über die Grenzen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der größer gewordenen EU verhandelt. Umfassend soll das Thema „Arbeitnehmermobilität in Europa" beim zweiten Europäischen Migrationsgespräch des DGB-Bildungswerks diskutiert werden, das am 10. Mai in Berlin beim DGB-Bundesvorstand stattfindet. Während der ganztägigen Veranstaltung wird u.a. Dr. Ralph Göbel, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Gießen, die EU-Freizügigkeitsrichtlinie vorstellen. Weitere Vorträge befassen sich mit der Lissabonstrategie sowie mit neuen Akzenten in der europäischen Migrationspolitik. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. •

www.migration-online.de

DGB-Bildungswerk

Gesund und produktiv

Das DGB-Bildungswerk widmet seinen diesjährigen Workshop zur betrieblichen Gesundheitsförderung dem Thema „Alternde Belegschaften – gesund und produktiv". Sollen Männer und Frauen jenseits der Sechzig noch der täglichen Arbeitsbelastung gewachsen sein, müssen die Bedingungen am Arbeitsplatz ihnen angepasst werden. Bei dem Workshop, der vom 26. bis zum 29. Juni im DGB-Bildungszentrum Starnberger See stattfindet, sollen Positivbeispiele belegen, dass altersgerechte Karrieren möglich sind. Die Teilnahmegebühr für den Workshop beträgt 540 Euro, Verpflegung und Unterkunft sind darin nicht enthalten. •

www.dgb-bildungswerk.de

interregio

••• Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung will die ***DGB-Region Leipzig*** wissen, was die EU der 25 für die sozialen Standards in Ostdeutschland bedeutet. Auf einer ***Diskussionsveranstaltung*** „Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung – wie solidarisch ist Europa?" wollen die Podiumsgäste aus Europapolitik, Wirtschaft und Gewerkschaften am 18. Mai in der Handelsbörse in Leipzig dieser Frage nachgehen. Infos: Bernd Günther, Tel. 0341/211 09 55

••• Der ***ver.di-Ortsverein Hamburg*** eröffnet am 28. April eine ***Ausstellung*** kubanischer Solidaritätsplakate im ver.di-Center im Hamburger Besenbinderhof. Gezeigt werden Plakate kubanischer GrafikerInnen der „Organisation der Solidarität mit Afrika, Asien und Lateinamerika" (OSPAAAL). Nach der Eröffnung ist die Ausstellung vom 2. bis 31. Mai montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr (freitags nur bis 16 Uhr) geöffnet. Zum Begleitprogramm im Mai gehören Vorträge, Kinovorführungen und Lesungen kubanischer Autoren. Infos: ver.di-Ortsverein Hamburg, Fachbereich 8, Tel. 040/28 58 40 87

••• Der ***DGB Bremen*** gehört zu den Unterzeichnern der ***Resolution*** für eine Metropolregion Bremen-Oldenburg. Die Initiatoren fordern die Länder Niedersachsen und Bremen auf, sich in der Ministerkonferenz für Raumordnung dafür einzusetzen, Bremen und die umliegenden niedersächsischen Gemeinden als europäische Metropolregion anzuerkennen. Das hätte den Vorteil einer besseren Förderung durch die EU. Neben dem DGB unterstützen die Resolution auch die regionale IHK und der Verkehrsverbund Niedersachsen/Bremen. Infos: *www.dgb-bremen.de*

Interview mit der scheidenden GEW-Vorsitzenden

„Das ist nicht alles neoliberal“

Nach acht Jahren an der Spitze der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kandidiert Eva-Maria Stange, 48, auf dem Erfurter Gewerkschaftstag nicht mehr für eine dritte Amtsperiode. Ist die GEW für die Zukunft gerüstet? Das hat einblick hat die scheidende Vorsitzende gefragt.

Dr. Eva-Maria Stange ist Lehrerin für Physik und Mathematik. Seit der Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im März 2001 war sie nicht nur die einzige Frau an der Spitze einer DGB-Gewerkschaft, sondern bisher auch die einzige Vorsitzende aus Ostdeutschland.

■ Wie sieht deine persönliche Bilanz aus?

■ *Gespalten. Auf der einen Seite ist Bildung in den letzten Jahren zu einem Top-Thema geworden, wie ich mir das 1997 nicht hätte träumen lassen. Die Position der GEW – von den Kindertagesstätten bis zur Weiterbildung – ist gefragt. Mit gemischten Gefühlen sehe ich dagegen die innere Entwicklung der GEW. Wir haben nach einer schwierigen Diskussion 1999 auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag entschieden, uns nicht an der Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu beteiligen und statt dessen die GEW zu einer Bildungsgewerkschaft zu machen. Wir haben uns in vielen Fragen erfolgreich weiterentwickelt, aber dieser Prozess ist noch nicht unumkehrbar. Ich sehe die Gefahr, dass wir uns vom Ziel Bildungsgewerkschaft wieder entfernen, wenn die GEW nicht konsequent die Erfahrungen nutzt, die wir in den vergangenen Jahren im Rahmen der Organisationsentwicklung gemacht haben.*

■ Für viele Mitglieder steht ein anderes Problem im Vordergrund, dass der Staat zu wenig Geld in die Bildung investiert.

■ *Auch das gehört zur Bilanz. Bildung ist zwar ein zentrales Thema der Politik geworden, aber wir haben den Trend zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen nicht stoppen können. Wir haben harte Auseinandersetzungen mit den Kommunen und Ländern um ErzieherInnen- und LehrerInnenstellen und um die Arbeitszeit. Für die GEW ergibt sich daraus ein schwieriger Spagat. Wir sind zum Beispiel für die Ganztagsschule. Aber die Länder sind nicht bereit, das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen. Das führt dazu, dass die KollegInnen vor Ort zu Recht gegen „Ganztagsangebote light“ sind.*

■ In den letzten Jahren hat es eine intensive Diskussion über die bildungspolitische Ausrichtung der GEW gegeben. Bildung soll nicht auf den Finanzaspekt verkürzt werden. Der Leitantrag für den Gewerkschaftstag bleibt aber hinter den Positionen zurück, die unter dem Titel „Bildung 2015“ diskutiert worden sind.

■ *Ich halte es nicht für problematisch, dass der Antrag anders aussieht als der Ursprungstext. Dazu war die Diskussion da. Ich hätte mir sogar eine noch intensivere Auseinandersetzung gewünscht, denn auch die GEW hat einen Nachholbedarf, was die Definition einer Bildungspolitik aus einem Guss angeht. Wir diskutieren Bildungspolitik noch immer zu sehr im Rahmen der bestehenden Institutionen. Das bildungspolitische Konzept soll Bildung als lebenslangen Prozess definieren. Die Bildungseinrichtungen können diesen Prozess nur unterstützen. Nicht sie stehen im Mittelpunkt, sondern die Frage, wie wir die individuellen Bildungsprozesse erfolgreich gestaltet können.*

■ Was heißt das für die GEW?

■ *Das ist ein anderer Blickwinkel auf die Bildungspolitik. Er erfordert, dass etwa ErzieherInnen mit LehrerInnen zusammen diskutieren, wie wir die Schuleingangsphase gestalten können. Und Grundschullehrkräfte diskutieren mit Gymnasiallehrkräften, wie der Übergang gestaltet sein soll, damit es nicht zu Brüchen in der Bildungsbiographie der Kinder kommt. Diese veränderte Perspektive verlangt auch einen anderen Diskussionsprozess in der GEW. Wir dürfen Bildungspolitik nicht auf die Forderung „Mehr Geld für Bildung“ verengen. Wir müssen auch diskutieren, welche Leistungen damit verbunden sind.*

■ Für Teile der GEW sind solche Überlegungen „neoliberal“.

■ *Die GEW steht wie der DGB insgesamt in der Auseinandersetzung um den „richtigen“ politischen Kurs. Unser Problem ist, dass wir in vielen Fragen trotz Rot-Grün nicht so weit gekommen sind, wie das notwendig wäre. Die Politik der Bundesregierung ist zum Teil sogar gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen gerichtet. Dazu kommen die unterschiedlichen politischen Realitäten in den Ländern, die in den letzten Jahren nicht einfacher geworden sind. Auf der anderen Seite erwarten unsere KollegInnen von uns ganz konkrete Antworten, zum Beispiel beim Thema eigenverantwortliche Schule. Mehr Selbstständigkeit für die Schulen wird von einigen als neoliberales Konzept kritisiert, als ein Schritt zur Privatisierung von Bildung. Diese pauschale Bewertung teile ich nicht. Die größere Selbstständigkeit von Schulen ist unter gesicherten Rahmenbedingungen eine Voraussetzung für die von uns geforderte Weiterentwicklung von Bildungseinrichtungen.* ●

Strategie gesucht

Drei Themen stehen beim Gewerkschaftstag der GEW vom 23. bis 27. April in Erfurt im Vordergrund: Mit einem bildungspolitischen Leitantrag will die GEW ihr Konzept einer „Bildungspolitik aus einem Guss“ der Öffentlichkeit vorstellen. Zudem wollen die Delegierten die Frage diskutieren, wie die Qualität der Bildungseinrichtungen trotz knapper öffentlicher Kassen nachhaltig verbessert werden kann. Und es geht um die Weiterentwicklung der GEW zu einer Bildungsgewerkschaft für alle.

In Erfurt wird auch der Vorstand neu gewählt. Als Nachfolger für die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange kandidiert der Berliner Landesvorsitzende Ulrich Thöne. Für zwei Vorstandsbereiche sind zudem Kampfkandidaturen angekündigt: Für den Bereich Frauenpolitik kandidiert neben der Amtsinhaberin Larissa Klinzing auch Anne Jenter, bislang Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB. Für den Bereich Angestellten-/Beamtenpolitik tritt neben Amtsinhaber Heiko Gosch auch Ilse Schaad an, Referatsleiterin der GEW Berlin.

Im Internet

www.gew.de/gewerkschaftstag_2005.html

Anträge, KandidatInnen und aktuelle Informationen zum Gewerkschaftstag

kurz&bündig

IG BAU-Vize Hans-Joachim Wilms sieht in der Riester-Rente „eine Marktverzerrung, die privates Bauen als Altersvorsorge benachteiligt". Die Baubranche leide darunter, dass eine milliardenschwere staatliche Förderung „ausschließlich in Anlageformen bei Banken und Versicherungen" fließe.

Die GdP hat auf der 1. Internationalen Anti-Graffiti-Konferenz gefordert, „Graffiti-Schmiereien" wie in Skandinavien als Straftat zu ahnden. Die Grünen müssten ihre Blockadehaltung dagegen aufgeben. Schirmherr der Konferenz war Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD).

ver.di hat die SPD in Schleswig-Holstein aufgefordert, die Beteiligung privater Investoren an öffentlichen Sparkassen zu verhindern. Die Partei dürfe nicht vor entsprechenden Plänen ihres Koalitionspartners CDU „einknicken". Dieser Weg führe zu Fusionen mit Privatbanken und damit zu Filialschließungen.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat eine Koppelung von Tarif- und Transfereinkommen gefordert. In den unteren Lohngruppen bedürfe es gemeinsamer Anstrengungen von Arbeitgebern und der Bundesagentur für Arbeit, um die Abwanderung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer zu stoppen.

Jobparade 2005

Mit Trucks und Beats für Lehrstellen

Zum achten mal findet am 1.Mai 2005 die Schweriner Job Parade statt. Die DGB-Jugend Nord erwartet zu ihrem etwas anderen „Tag der Arbeit" wieder zehntausende junger Menschen, die mit thematisch gestalteten Trucks und schnellen Beats längst überfällige Verbesserungen einfordern: Ob Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel oder PISA-Krise – es ist der DGB-Jugend wichtig, Arbeitgeber und Politik lautstark daran zu erinnern, dass die Jugendlichen nicht auf ein besseres Morgen warten können. Das Motto lautet auch in diesem Jahr: „Youth can't wait".

Im Mittelpunkt der diesjährigen Job Parade steht die politische Auseinandersetzung mit dem von der Bundesregierung und den Arbeitgebern geschlossenen „Nationalen Ausbildungspakt". Mit ihm wird zwar die Ausbildungsstatistik schön geredet, aber der Pakt hat weder die Ausbildungsplatzlücke beseitigt, noch den Trend zu immer längeren Warteschleifen und schlechterer Ausbildungsqualität gestoppt.

Ab zwölf Uhr wird sich der Wagenzug seinen Weg durch die Schweriner Innenstadt bahnen, Ziel ist der Alte Garten vor dem Schweriner Schloss. Dort findet ein kostenloses Open-Air-Event statt, bei dem erstmals nicht nur Techno-DJ's für die Musik sorgen. Mit dabei: Die Happy, Hot Banditoz und Charlene. •

www.jobparade.de

1. Mai 2005

Würde ist unteilbar

„Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig sieh!" Unter diesem bislang längsten Motto steht der Aufruf des DGB für den 1. Mai 2005. Das Motto nimmt Bezug auf Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Die Gewerkschaften wollen angesichts der in den vergangenen Jahren gestiegenen Armut von Teilen der Bevölkerung und von über sechs Millionen Arbeitslosen mit dem Bezug auf die Verfassung an die Verpflichtung des Staates erinnern, für die Würde jedes einzelnen Menschen einzutreten. Dazu gehört auch das Recht, mit eigener Arbeit den Lebensunterhalt verdienen zu können, und das Recht, dass Arbeit nicht nur existenzsichernd sein muss, sondern auch der eigenen Qualifikation und den Interessen entsprechen muss.

Die zentrale Mai-Kundgebung mit dem DGB-Vorsitzendem Michael Sommer findet in diesem Jahr in Mannheim statt. Den Auftakt bildet eine Rheinfahrt mit der MS „1. Mai" um 8:30 Uhr, um 10:30 Uhr startet der Demonstrationszug vom Gewerkschaftshaus. Größere Demonstrationen gibt es u.a. in Paderborn (Ursula Engelen-Kefer), Erlangen (Dietmar Hexel), Leipzig (Heinz Putzhammer), Recklinghausen (Ingrid Sehrbrock), Hannover (Klaus Wiesehügel), Frankfurt/M. (Jürgen Peters), Essen (Berthold Huber), Köln (Franz-Josef Möllenberg), Cottbus (Norbert Hansen), München (Frank Bsirske) und Ludwigshafen (Hubertus Schmoldt). •

Alle Kundgebungen: www.dgb.de

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

ver.di sieht Autonomie gefährdet

Angesichts des von der EU-Kommission eingeleiteten Verfahrens gegen die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik spricht sich ver.di für dessen nachhaltige Sicherung aus. Die Generaldirektion der EU-Kommission für Wettbewerb will in ihrem Verfahren mehrere Beschwerden prüfen, in denen die Vereinbarkeit des deutschen Gebührensystems mit den Prinzipien des Gemeinsamen Marktes in Frage gestellt wird. Dabei argumentiert die Generaldirektion nach Ansicht von ver.di in drei Punkten gegen die Grundsätze der Rundfunkfreiheit, die durch das Grundgesetz und die EU-Dokumente gewährleistet ist: Erstens interpretiere sie das deutsche Gebührensystem als „Zwangsabgabe" im Sinne einer staatlichen Beihilfe, lasse dabei aber die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Programmfragen außer Acht. Zweitens greife sie mit der Forderung nach einem restriktiven Informationsangebot in wettbewerbsstarken Bereichen unmittelbar in die verfassungsrechtlich geschützte Programmautonomie der Rundfunkanstalten ein. Und schließlich verstoße die Generalkommission durch ihre konservative Festlegung auf bestimmte Kommunikationswege – und unter Ausschluss des zukunftsträchtigen mobilen Medienbereichs – gegen das Prinzip des „dynamischen Rundfunkbegriffs", wie er vom Bundesverfassungsgericht und im Amsterdamer Protokoll definiert wurde.

ver.di fürchtet, dass durch das Eingreifen der EU-Kommission eine permanente staatliche Überwachung der öffentlich-rechtlichen Anstalten droht. •

Sozialwahl 2005

Der Verunsicherung entgegentreten

Seit Mitte April werden von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) und einigen Ersatzkassen die Briefwahl-Unterlagen für die Sozialwahl 2005 versandt. Weshalb die Gewerkschaften gerade in diesem Jahr jede Gelegenheit nutzen müssen, möglichst viele Wahlberechtigte zu bewegen, sich an der Sozialwahl zu beteiligen, beschreibt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

Den Sozialwahlen kommt in diesem Jahr eine besondere Bedeutung zu. Durch die Sozialreformen der letzten Jahre ist viel Vertrauen in die soziale Sicherung verloren gegangen. Mit der Gesundheitsreform wird den Versicherten eine Menge abverlangt. Auch für die Rentnerinnen und Rentner steigen die Belastungen, 2005 steht für sie die zweite Nullrunde in Folge an. Für die Jüngeren ist heute klar, dass sie zusätzlich fürs Alter vorsorgen müssen. Dennoch bleiben die Sozialversicherungen finanziell unter Druck. Zum einen sinkt die Arbeitslosigkeit kaum, zum anderen brechen immer mehr reguläre Arbeitsplätze weg oder werden in Billigjobs umgewandelt. Die Fundamente der sozialen Sicherung haben Risse bekommen.

Deshalb gilt es umso mehr, **Einfluss auf die Richtung der erforderlichen Veränderungen zu nehmen,** in der Politik, aber auch in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger. Gerade hier liegen die besonderen Stärken des DGB in der Selbstverwaltung: Der Einsatz im Innern der Sozialversicherungen verbindet sich mit dem politischen Einfluss des DGB und der Gewerkschaften auf die Gesetzgebung und auf die Weiterentwicklung der sozialen Sicherung.

Die größten Gestaltungspotenziale für die Selbstverwaltung **bestehen zurzeit in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).** Die Vertreterinnen und Vertreter des DGB setzen sich in der GKV vor allem dafür ein, die Möglichkeiten für neue Versorgungsformen zu nutzen, die wir mit der letzten Gesundheitsreform erreicht haben. Dazu gehören die integrierte Versorgung, das Hausarztmodell und der Ausbau von Gesundheitszentren. Diese Modelle verbessern die Gesundheitsversorgung und ermöglichen einen effizienten Einsatz der Beitragsmittel. Die Behandlungen werden besser, gleichzeitig kann viel Geld gespart werden. Die Einführung dieser Versorgungsformen ist aber kein Selbstläufer. Damit diese Gestaltungsoptionen genutzt werden, **ist der engagierte Einsatz des DGB in der Selbstverwaltung der GKV gefragt.**

Dazu braucht es funktionierende Verwaltungen und gute Vorstände. Auch die Wahl der Vorstände ist Sache der Selbstverwaltung – und die Höhe ihrer Vergütung. Bereits bei der Einführung der hauptamtlichen Vorstände in der GKV 1996 haben DGB und BDA dazu eine Handlungsempfehlung für die Selbstverwaltung vereinbart. Für den DGB ist vor allem wichtig, dass sich die Erhöhungen der Vorstandsbezüge an der allgemeinen Gehaltsentwicklung orientieren.

Ursula Engelen-Kefer, 61, die stellvertretende DGB-Vorsitzende, ist im Geschäftsführenden Bundesvorstand für den Bereich Sozialpolitik zuständig.

In den vergangenen Wochen hat die Erhöhung einzelner Vorstandsgehälter für Wirbel gesorgt. Betrachtet man die veröffentlichten Zahlen genauer, so ist schnell festzustellen, dass es unter den insgesamt knapp 300 Kassen nur eine Handvoll gibt, bei denen die Gehälter unbegründet und unverhältnismäßig erhöht wurden. Hier ist die Aufsicht zu Recht tätig. In den allermeisten Fällen ist der vorgeschlagene Rahmen von der Selbstverwaltung eingehalten worden.

Auch in der Rentenversicherung setzen wir auf die **Verbindung von Gestaltungskraft in der Selbstverwaltung mit politischen Initiativen des DGB.** Wir wollen die gesetzliche Rente als Grundlage der Altersvorsorge festigen. Der Ausbau der Rentenversicherung zu einer Versicherung für alle Erwerbstätigen ist für uns ein sozial gerechter Weg in die Zukunft. Auch neue Risiken durch die Flexibilisierung der Arbeit müssen künftig für die Altersicherung berücksichtigt werden.

Die Rentenversicherung ist aber noch mehr – etwa der gesamte Bereich der Rehabilitation. Hier engagieren sich die gewerkschaftlichen Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter für hohe Qualitätsstandards und stellen die Verbindung zu vernünftigen Arbeitsbedingungen und zu Präventionsangeboten in der GKV her. Mitmachen und gestalten, das ist unser Motto in der Sozialpolitik und in der sozialen Selbstverwaltung. Dazu benötigen wir **eine gute Wahlbeteiligung und eine Stärkung des DGB und der Gewerkschaften in der Selbstverwaltung.** Wir sollten in den kommenden Wochen alle Gelegenheiten nutzen, dafür zu werben. •

Mitmachen und gestalten

Mit diesem Motto werben die DGB-Gewerkschaften bei den Sozialwahlen 2005 für die Gewerkschaftslisten. Gleichzeitig wollen sie möglichst viele der 46 Millionen Wahlberechtigten dazu bewegen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die Gewerkschaftslisten

Urwahlen gibt es in diesem Jahr bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) sowie bei vier Ersatzkassen.

BfA: DGB (Liste 11), IG Metall (Liste 9), ver.di (Liste 2).

BARMER: DGB (Liste 5), ver.di (Liste 3)

Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK): DGB (Liste 6), ver.di (Liste 3)

Kaufmännische Krankenkasse Halle (KKH): DGB (Liste 3), ver.di (Liste 2)

Techniker Krankenkasse (TK): ver.di (Liste 2), IG Metall (Liste 3), IG BAU (Liste 7)

Der Wahlkalender

Seit Mitte April werden die Briefwahlunterlagen an die WählerInnen versandt. Bis zum 12. Mai muss der Versand abgeschlossen sein.

Am 1. Juni ist Wahltag – bis 24 Uhr müssen die Wahlbriefe bei den Wahlausschüssen der Sozialversicherungsträger eingegangen sein.

Spätestens im November findet die erste ordentliche Sitzung der neuen Vertreterversammlung bzw. des Verwaltungsrates statt. Auf diesen Sitzungen werden die Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. der Vorstand gewählt.

DGB-Materialien zum Download und weitere Infos:
www.sozialwahlen05.de

Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

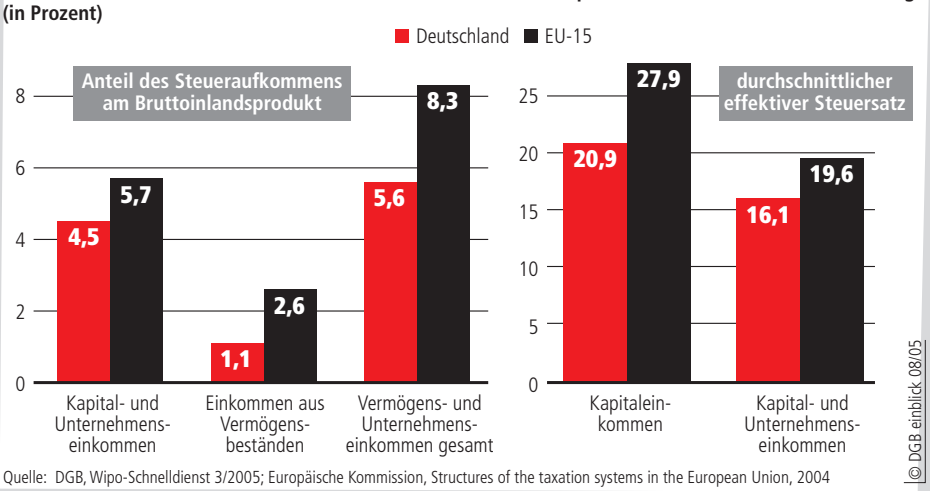
DIES & DAS

die DGB grafik

UNTERNEHMENSSTEUERN: In Deutschland weit unter EU-Durchschnitt

Nach Berechnung der EU-Kommission liegt die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland entgegen der von den Arbeitgebern verbreiteten These weit unter dem EU-Durchschnitt. Das gilt sowohl für den effektiven Steuersatz als auch für den Anteil der Unternehmenssteuern am Bruttoinlandsprodukt. Der DGB fordert deshalb, dass die Mitte März von Bundesregierung und Union beim Job-Gipfel verabredete Senkung der Körperschaftssteuer von den Unternehmen gegenfinanziert werden muss.

Anteil des Steueraufkommens der Unternehmen am Bruttoinlandsprodukt und effektive Steuerbelastung (in Prozent)



Quelle: DGB, Wipo-Schnelldienst 3/2005; Europäische Kommission, Structures of the taxation systems in the European Union, 2004

personalien

••• ***Anne Jenter,*** 51, Abteilungsleiterin Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist am 13. April zu einer von drei Stellvertreterinnen im Präsidium des Frauenausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gewählt worden.

14 TAGE

25.4. DGB-Bezirk Sachsen, Konferenz „Die Zukunft des öffentlichen Dienstes", Dresden

25.-27.4. Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung und Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Konferenz „Das Europäische Sozialmodell – Vision, Option oder Fiktion?", Wroclaw (Breslau), Polen

26.4. ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg, Fachdiskussion „Was bedeutet Electronic Mobility? – Über die Gestaltung mobiler Arbeitsumgebungen", Stuttgart

28.4. Girls' Day, Schnuppertag für Schülerinnen in die Praxis technischer und innovativer Berufe

29.4. DGB Südost-Niedersachsen, Museen und Unternehmen der Region, „Nacht der Arbeit", Braunschweig

29.4. DGB-Jugend Hessen, bildungspolitischer Kongress „Lange Nacht der Bildung", Marburg

29.4. DGB-Bezirk Baden-Württemberg, Verleihung des Willi-Bleicher-Preises für Projekte von Schulklassen zum Thema Faschismus und Rechtsextremismus, Schwäbisch Hall

1.5. Zentrale 1. Mai-Kundgebung des DGB, Mannheim; DGB Nord, Job Parade, Schwerin

1.5. Eröffnung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen

5.-8.5. GEW, Mai-Meeting, Halberstadt

7./8.5. Politische Parteien, Kirchen, DGB und Arbeitgeberverbände, „Tag für die Demokratie", Berlin

Tipp

Buch: ***Gustav A. Horn, Die Deutsche Krankheit – Sparwut und Sozialabbau, Carl Hanser Verlag, München 2005, 203 Seiten, 19,90 Euro***

Hohe soziale Standards und mächtige Gewerkschaften waren ein Thema der 70er und der 80er Jahre. Die Klagen, mit denen die Angebotstheoretiker Sturm gegen die bestehenden Einkommens- und Sozialstandards laufen, sind „Schlachten der Vergangenheit", schreibt der Leiter des neuen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der HBS. Eine nur auf die Interessen der Unternehmen ausgelegte Wirtschaftspolitik helfe nicht aus der Krise.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des Gemeinnützigen Erholungswerks der IG BAU (GEW) und in einer Teilauflage der weitblick personalpartner GmbH bei.

Schlusspunkt

„Den Tag mit einem Lied der Arbeiterbewegung beginnen! ‚Wann wir schreiten Seit an Seit' um 6 Uhr"

Pressemitteilung des ver.di-Landesbezirks Hessen vom 11. April zu einer Forderung der Jungen Union, jeden Tag um 24 Uhr mit dem Abspielen der Nationalhymne und des Hessenlieds zu beenden.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 09.05.2005 9/05

DGB

inhalt

Seite 3
In der Schuldenfalle
Banken tragen Mitschuld an der Überschuldung der Privathaushalte

Seite 5
Steuerfinanzierung wäre gerechter
DIW plädiert für eine staatliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen

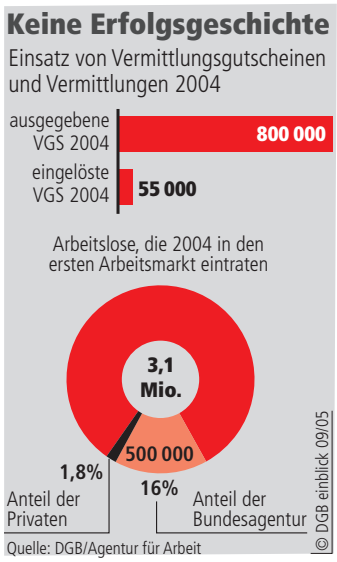
Seite 7
Gemeinsame Schnittstellen suchen
Die Gewerkschaften brauchen belastbare Arbeitsbeziehungen zu allen Parteien, fordert Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB Nord

Arbeitsmarktpolitik

Vermittlungsgutscheine helfen kaum

Die Vermittlungsgutscheine, die Arbeitslosen schneller zu einem Job verhelfen sollten, entpuppen sich als Rohrkrepierer. Seit März 2002 existiert das Instrument, mit dem der damalige Bundesarbeitsminister Walter Riester für Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Arbeitsvermittlungen sorgen wollte. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat eine erste Bilanz gezogen: „Zu jung für eine abschließende Bewertung". Nach Kosten-Nutzen-Kriterien sei zurzeit noch offen, ob sich der Einsatz der Gutscheine auf Dauer wirklich rechne. Fakt ist: Zwanzig Prozent der ausgegebenen Gutscheine wurden unrechtmäßig eingelöst. Das Institut schätzt die Missbrauchsquote gar auf deutlich über 30 Prozent.

Den Vermittlungsgutschein erhalten seit Anfang des Jahres Arbeitslose, die seit mindestens sechs Wochen Arbeitslosengeld beziehen. Der Gutschein ist drei Monate gültig und kann durch den privaten Vermittler eingelöst werden, wenn er in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vermittelt, das mindestens drei Monate dauert.



Die meisten Privaten wollen gar keine Vermittlung per Gutschein, sie spezialisieren sich lieber auf Fachkräfte, für die der Arbeitgeber zahlt.

Vom April 2002 bis zum Dezember 2004 hat die Bundesagentur für Arbeit 1,4 Millionen Vermittlungsgutscheine ausgegeben. Lediglich 102 000 sind tatsächlich auch eingelöst worden. Das entspricht einer Erfolgsquote von etwas mehr als sieben Prozent. Dabei ist selbst diese Quote noch zweifelhaft. Das Riestersche Instrument sei tatsächlich in mindestens 20 Prozent der Fälle vom Vermittler eingelöst worden, obwohl die Betroffenen sich ihren Arbeitsplatz selbst beschafft haben, so das IAB. Darüber hinaus habe der Arbeitgeber in 14 Prozent der Fälle den Arbeitslosen zuvor zu einem privaten Arbeitsvermittler geschickt und dann mit diesem einen Vermittlungsvertrag geschlossen.

Trotz ihrer vernichtenden Bilanz geben die Autoren der Studie keine klare Antwort auf die Frage, ob das Instrument tatsächlich seinen Zweck erfüllt. „Die durchgeführten Kosten-Nutzen-Analysen geben zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen sicheren Aufschluss darüber, ob sich der Einsatz der Vermittlungsgutscheine auf Dauer tatsächlich rechnet. Allerdings gibt es Hinweise auf Austauscheffekte: Durch den Vermittlungsgutschein erhält zwar ein Arbeitsloser einen neuen Job, sonst hätte aber ein anderer Arbeitsloser diesen Job bekommen." Dabei zog der Bundesverband Personalvermittlung selbst bereits vor über einem Jahr ein eindeutiges Fazit: „Die Vermittlungsgutscheine, die die Arbeitsämter seit einem Jahr an länger als drei Monate Arbeitslose ausgeben, sind ein Flop." Für die Personalvermittler war allerdings eher das in ihren Augen zu geringe Honorar sowie das „aufwändige Verfahren" Anlass für die negative Bewertung.

Ursula Engelen-Kefer bezeichnet den Missbrauch der Gutscheine als nicht länger hinnehmbar. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende: „Sollte es nicht gelingen, den Missbrauch zu stoppen, muss man ernsthaft überlegen, dieses Instrument wieder abzuschaffen." •

plusminusBERLIN

+ ***Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) will die Höhe der Bezüge für die Vorstände der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZV) prüfen. Hohe Managerbezüge seien nur zu rechtfertigen, „wenn daraus auch gute Managerleistungen folgen".***

– ***Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) hat sich gegen eine Ausweitung des Entsendegesetzes ausgesprochen. „Wir brauchen eine stärkere Spreizung der Löhne, damit im Niedriglohnbereich wieder Arbeit angeboten werden kann."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgbrechtsschutz.de
Adressen, aktuelle Urteile und Basisinformationen zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz

www.einblick.dgb.de
DGB-Eckpunkte zur Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes

Öffentliches Dienstrecht

Beförderungen bald uninteressant

Am 25. Mai will das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Reform des öffentlichen Dienstrechts beschließen. Analog zur Tarifreform bei den Angestellten soll das Gesetz den öffentlichen Dienst auch für Beamte wieder attraktiv machen und zur Leistungssteigerung des staatlichen Sektors beitragen.

Ob dieses Ziel mit dem vorliegenden Entwurf erreicht werden kann, ist allerdings fraglich. „Beförderungen lohnen nach der neuen Leistungsbesoldung deutlich weniger als im bisherigen System", kritisiert der DGB in einer vorläufigen Stellungnahme den Gesetzentwurf von Innenminister Otto Schily (SPD). Zudem fehle eine ausreichende Finanzierung der neuen Leistungsstufen. Weil die Umstellung auf das neue Gehaltssystem kostenneutral erfolgen müsse, fürchtet der DGB, dass künftig nicht nur bei der Übertragung der Tarifabschlüsse der Angestellten auf die Beamten, sondern auch bei der Leistungsbeurteilung „nach Kassenlage verfahren" werde.

Defizite sieht der DGB zudem im Bereich Arbeitszeitgestaltung und bei der Altersvorsorge. Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit seien im Gesetzentwurf nicht erkennbar. Die Arbeitszeitgestaltung werde weiterhin durch „einseitige Dienstherrenregelungen" geprägt. Bei der Altersvorsorge würden niedrigere Durchschnittseinkommen, längere Wartezeiten und das Absenken des Basisniveaus zu einem insgesamt deutlichen niedrigeren Versorgungsniveau führen. Zugleich werde wegen des geringeren Einkommens aber der Spielraum zur privaten Vorsorge enger.

Positiv bewertet der DGB hingegen die Möglichkeit, Beamtinnen zur Beseitigung geschlechtsbezogener Ungleichheit bei Besoldungsfragen im Einzelfall bevorzugen zu können. Die Erfahrung hätte gezeigt, dass eine geschlechtsneutral gestaltete Reform der Bezahlstruktur „nicht ausreicht, um Diskriminierungen zu vermeiden". ●

in eigener Sache

Mehrwert: E-Mail-Abonnenten des ***einblick*** werden nicht nur früher mit den aktuellen Infos aus der Gewerkschaftswelt versorgt, sie erhalten auch mehr als die Abonnenten der Printversion – falls nicht die Technik versagt. Beides gab es erstmals in der letzten Woche – zum einen erhielten die Online-Abonnenten ihr Abo aufgrund einer technischen Panne verspätet, zum anderen wurden sie exklusiv mit den aktuellen Infos zu den Aktivitäten in Berlin anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung von der Nazi-Diktatur versorgt: Die ***einblick***-Sonderausgabe zum „Tag der Demokratie" in Berlin am 7. und 8. Mai gab es nur vor Ort – und vorab als pdf-Datei für unsere E-Mail-Abonnenten. Alle anderen können unter **www.einblick.dgb.de** nachlesen, was sie rund ums Brandenburger Tor verpasst haben – und können auf der Homepage des ***einblick*** auch ihr Printabo in ein E-Mail-Abo umwandeln.

was willst du werden?

Fotos: Helmut Bieß

Mehr als 125 000 Schülerinnen nutzten am 28. April bundesweit den Girls' Day 2005, um sich selbst ein erstes Bild vom Berufsalltag zu machen und sich über Zukunftsjobs für Frauen zu informieren. Beim DGB-Bundesvorstand waren 17 Schülerinnen der neunten Klasse der Berliner Sophie-Scholl-Oberschule zu Gast. Gemeinsam mit *einblick*-Redakteurin Anne Graef haben Esra, Hannah, Miriam, Nadine, Norina, Soraya und Vanessa, alle zwischen 14 und 16 Jahre alt, ihre Vorstellungen über ihre persönliche Zukunft zu Papier gebracht.

Journalistin ist für viele junge Frauen ein Traumberuf – auch für Hannah, Miriam und Soraya. Hannah reizt, dass sie als Journalistin die öffentliche Meinung mitbestimmen kann, Miriam denkt, dass es in diesem Job kaum langweilig wird. Auch die anderen wissen schon recht genau, was sie werden wollen. Nadine hat bereits eine Lehrstelle als Friseurin – ihr ist vor allem wichtig, möglichst schnell eigenes Geld zu verdienen und unabhängig zu sein. Esra will entweder Krankenschwester oder Bankkauffrau werden. Nachdem Vanessa ihr Berufspraktikum in einem Hotel gemacht hat, sucht sie nun nach einem Ausbildungsplatz als Hotel- oder Reiseverkehrskauffrau. Für Norina ist klar, dass sie nach dem Abi die Schauspielschule besuchen möchte. Deshalb hat sie bereits im 9. Schuljahr „Darstellendes Spiel" als Wahlpflichtfach gewählt. An Vorbildern mangelt es ihr nicht: „In meiner Familie gibt es jede Menge Künstler."

Wie Norina holen sich die meisten Anregungen für ihre berufliche Zukunft aus ihrem persönlichen Umfeld, bei der besten Freundin, bei den Eltern. Esra hat sich von ihren Eltern davon überzeugen lassen, dass Bankkauffrau ein internationaler Beruf ist, den sie in vielen Ländern ausüben kann.

Ein abwechslungsreicher Job mit Zukunft, ein gutes Einkommen, Umgang mit Menschen, Spaß bei der Arbeit und die Verwirklichung von Träumen – das sind für die Schülerinnen wichtige Kriterien bei der Berufswahl. Auch ihre Erfahrungen aus ihren schulischen Berufspraktika oder die Infos vom Besuch des Berufsinformationszentrums BIZZ der Bundesagentur für Arbeit beeinflussen ihre Entscheidung. Ebenso spielt der Girls' Day eine Rolle.

„Politik als Beruf für Frauen" war am Girls' Day beim DGB-Bundesvorstand das Thema. „Mehr Frauen gehören in die Politik", für die meisten ist das keine Frage. Während Hannah, Norina oder Soraya sich gut vorstellen können, sich selbst vor allem im Bereich Sozial- oder Chancengleichheitspolitik zu engagieren, möchte etwa Vanessa nur so viel mit Politik zu tun haben, wie es für BürgerInnen in einer Demokratie notwendig ist. Aber auch wenn sie sich selbst nicht unbedingt vorstellen können, Politik zu ihrem Beruf zu machen, war der Besuch beim DGB für alle hoch interessant. „Selbst wenn ich dort nie arbeiten werde, war ich schon neugierig, was die Leute dort machen", sind sich Esra und Nadine einig.

Überschuldung

Banken tragen Mitschuld

Die Zahl der überschuldeten Haushalte wächst. Gleichzeitig müssen immer mehr Schuldnerberatungsstellen schließen. Obwohl sie nachweislich nützen.

Ein Privathaushalt gilt als überschuldet, „wenn Einkommen und Vermögen über einen längeren Zeitraum trotz Reduzierung des Lebensstandards nicht ausreichen, um fällige Forderungen zu begleichen", heißt es im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Auslöser von Überschuldung sind an erster Stelle Arbeitslosigkeit, gefolgt von Scheidung und Niedrigeinkommen, unwirtschaftlicher Haushaltsführung und gescheiterter Selbstständigkeit.

Betroffen sind 3,13 Millionen oder 8,1 Prozent aller Haushalte (2002). Wer überschuldet ist, gerät ohne Hilfe immer tiefer in die Schuldenfalle: Bei Verlust des Girokontos ist er vom bargeldlosen Verkehr ausgeschlossen, sein Arbeitsplatz ist gefährdet bzw. seine Arbeitssuche wird erschwert, Obdachlosigkeit und psychosoziale Destabilisierung drohen.

Jeder vierte Schuldner hat elf und mehr Gläubiger: Banken, Versandhäuser, Behörden, Versicherungen, Telefongesellschaften, Vermieter. In Westdeutschland haben 22 Prozent der Schuldner Schulden unter 10 000 Euro, in Ostdeutschland 52 Prozent. Mit über 50 000 Euro stehen 25 bzw. 15 Prozent der Überschuldeten in der Kreide.

Nur zwölf Prozent der Überschuldeten suchen eine Schuldnerberatung auf. Mit beachtlichem Erfolg. Fast jedem Zweiten kann die Schuldnerberatung einen Ausweg weisen. Trotzdem wird die – von den Kommunen und Bundesländern finanzierte – Schuldnerberatung nicht ausgebaut, sondern zurückgefahren. Hatten beispielsweise die Verbraucherzentralen im Jahr 2000 bundesweit noch 240 Beratungsstellen, sind es derzeit nur noch 180. Die Landeszuwendungen nahmen von 2002 bis 2005 um 3,6 Millionen Euro oder 13 Prozent ab.

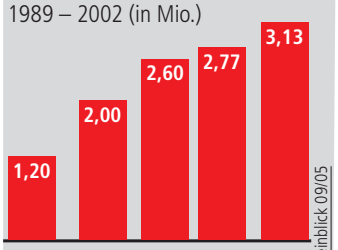
Dabei kaufen immer mehr Haushalte auf Pump. 2001 musste jede vierte Familie einen oder mehrere Konsumentenkredite abstottern, vier Jahre zuvor war es jede fünfte. Von 1999 bis 2003 stiegen die Ratenkredite um 13 auf 114 Milliarden Euro.

Laut Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne) trägt die massive Kreditwerbung der Banken eine Mitschuld an der Überschuldung der Haushalte. Den Kunden werde suggeriert, dass sich Wünsche sofort und problemlos erfüllen lassen. Künast hat die Praxis der Kreditvergabe untersuchen und „Orientierungswerte für eine verantwortungsvolle Kreditvergabe" entwickeln lassen, die auch in die neue EU-Verbraucherrichtlinie einfließen sollen. Danach gelten Kredite bis zu 15 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens als risikoarm, zwischen 15 und 30 Prozent als risikoreich und über 30 Prozent als hoch riskant.

Trotz ihrer Mitschuld an der Überschuldung stehlen sich die Banken aus der Verantwortung: Sie verweigern Überschuldeten die Eröffnung eines Guthabenkontos oder kündigen ihnen das Konto. Darauf hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung hingewiesen. Dabei haben die im Zentralen Kreditausschuss (ZKA) zusammengeschlossenen Verbände der Kreditwirtschaft bereits 1995 allen Banken empfohlen, ein „Girokonto für jedermann" anzubieten. Danach ist eine Schufa-Eintragung, die auf schlechte wirtschaftliche Verhältnisse hindeutet, allein kein Grund, die Führung eines Girokontos zu verweigern. Es geschieht trotzdem. In diesem Fall muss laut ZKA die Bank auf die Möglichkeit hinweisen, ihre Entscheidung von der Kundenbeschwerdestelle überprüfen zu lassen. Das geschieht laut Schuldnerberatung nie. •

Tendenz steigend

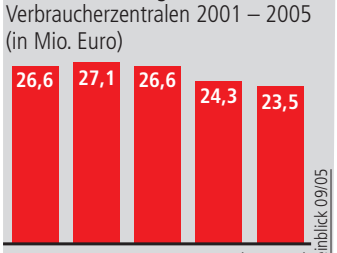
Überschuldete Privathaushalte 1989 – 2002 (in Mio.)



Quelle: 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005)

Tendenz fallend

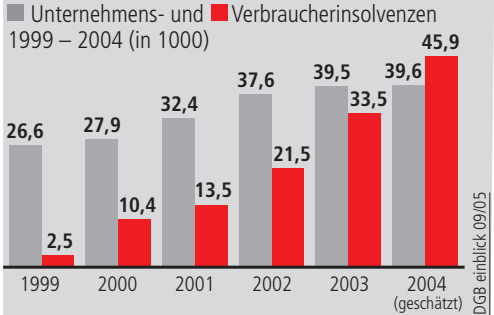
Landeszuwendungen an die Verbraucherzentralen 2001 – 2005 (in Mio. Euro)



* vorläufig
Quelle: Verbraucherzentrale Niedersachsen

Boom der Privatinsolvenzen

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 1999 – 2004 (in 1000)



Quelle: Creditreform, Insolvenzen, Neugründungen, Löschungen 2004

Scheinbar unaufhaltsam steigt die Zahl der überschuldeten Haushalte. Die Verbraucherinsolvenzen haben 2004 sogar die Unternehmensinsolvenzen überholt. Trotzdem fahren die Länder die Förderung der Verbraucherzentralen zurück. Sie sind ihnen nur noch 28 Cent pro Bürger und Jahr wert.

Kein Recht auf ein Girokonto

Die Verbraucherzentrale (VZ) Nordrhein-Westfalen hat Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 22. Mai veröffentlicht. Sie fordert ein Recht auf ein Girokonto als wichtige Voraussetzung für die Wiedereingliederung in das soziale und wirtschaftliche Leben. Den Parteien stellte die VZ die Frage: „Werden Sie auf Bundesebene Vorstöße für einen gesetzlichen Anspruch auf ein Girokonto unternehmen?"

Die Antworten: Der SPD genügt die freiwillige Vereinbarung der Bankenverbände, wonach allen BürgerInnen auf Wunsch ein Girokonto eingerichtet wird; ein Rechtsanspruch sei überflüssig. Die CDU meint, ein gesetzlicher Anspruch auf ein solches Konto müsse „im konstruktiven Dialog" geprüft werden. Nach Einschätzung der Grünen wird die Selbstverpflichtung der Kreditinstitute „nur mangelhaft umgesetzt". Sollte es dabei bleiben, wollen die Grünen durchsetzen, „dass den Verbraucherinnen und Verbrauchern das Recht auf ein Girokonto gesetzlich eingeräumt wird".

Die FDP will den nächsten Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Selbstverpflichtung der Banken im Frühjahr 2006 abwarten – und schreibt: „Es ist bereits jetzt erkennbar, dass sich dieses Instrument bewährt hat."

www.bag-schuldnerberatung.de

PROJEKTE UND PARTNER

Flyer zum ALG II

Harte Fakten

Fast kein Tag vergeht ohne Berichterstattung über Hartz IV, wenig findet sich in den Medien jedoch über die Berechnungsgrundlagen für das Arbeitslosengeld II. Diesem Missstand hilft ein Info-Flyer der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen ab. Genau 1,53 Euro monatlich sind beispielsweise im ALG-II-Budget für die Instandhaltung der Wohnung vorgesehen, kein Cent für den Unterhalt eines Autos, obwohl die Bezieher „ein angemessenes Kraftfahrzeug" besitzen dürfen. Das achtseitige Faltblatt „Wieviel Geld braucht ein Mensch zum Leben" listet etliche weitere Ungereimtheiten rund ums ALG II auf. •

www.erwerbslos.de

ver.di-Publikation

Kündigungen unter der Lupe

Eine Kündigung ist ein Rechtsakt, bei dem viel falsch gemacht werden kann – von Formfehlern bis zu irrelevanten Kündigungsgründen. In fünfter, aktualisierter Auflage hat ver.di Bildung + Beratung die Arbeitshilfe für Betriebsräte „Kündigung – Die Beendigung von Arbeitsverhältnissen" herausgegeben. Sie enthält alle Gesetzesvorschriften, geht auf Abfindungen und Abmahnungen ein und widmet sich detailliert dem Kündigungsschutz sowie den Beteiligungsrechten des Betriebsrats. Die Autorin Ulrike Ziehm hat die komplexe juristische Materie in eine allgemein verständliche Form gebracht. Der Band kostet 13 Euro. •

www.verdi-bub.de

Jugendliteratur

GEW prämiert Grips-Stück

Für Kinder- und Jugendliteratur, die sich der Arbeitswelt widmet, vergibt die GEW seit 1986 alle drei Jahre den „Heinrich-Wolgast-Preis". In diesem Jahr erhält erstmals ein Theaterstück die mit 4000 Euro dotierte Auszeichnung: der Globalisierungskrimi „Der Ball ist rund" von Thomas Ahrens, Schauspieler und Autor beim Berliner Grips-Theater. Entlang des Themas Fußball wird die brutale Arbeitsrealität in den Textilfabriken Asiens und Lateinamerikas illustriert, die hinter prestigeträchtigen Sportartikelmarken steckt. Zum Heinrich-Wolgast-Preis 2005 hat die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW ein Materialheft (Nr. 50) herausgegeben, das gegen eine Schutzgebühr von einem Euro plus Versandkosten bestellt werden kann. •

GEW Vorstandsbereich Schule
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt/M.

CD zum 8. Mai

Erinnerung in Wort und Musik

Der 8. Mai 1945 löst vielfältige Assoziationen aus: Kriegsende, Befreiung vom Naziregime, aber auch Angst vor der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Mit unterschiedlichen Interpretationsformen nähern sich auch die Beiträge der CD „Befreit! Lieder und Texte nach dem 8. Mai" dem 60. Jahrestag der Befreiung an. Es finden sich Songs von Konstantin Wecker, Dieter Dehm und Pete Seeger auf der CD sowie musikalisch begleitete Rezitationen, gesprochen etwa vom Schauspieler Peter Sodann und vom Dramatiker Rolf Hochhuth. Die CD enthält Radiointerviews mit dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel und den von Willy Brandt und Götz George vorgetragenen Text „Das weiche Wasser", begleitet vom Jazzposaunisten Albert Mangelsdorff. Die CD versteht sich als ein Beitrag gegen Rechts und gegen das Vergessen, soll aber gleichzeitig die Verbindung zur Gegenwart herstellen. Mit ihren Ton-Text-Arrangements schafft sie es, das Aufatmen vom 8. Mai 1945 in die Jetztzeit zu bringen. •

www.spv.de

interregio

••• Der ***DGB Hamburg*** hat eine ***Arbeitsschutzpartnerschaft*** mit dem Gesundheitssenator der Hansestadt, Jörg Dräger, unterzeichnet. Weitere Partner der Vereinbarung: Vertreter der Hamburger Wirtschaft, die Handwerkskammer und die Berufsgenossenschaft. Ziel ist, vor allem kleine und mittelständische Betriebe „für einen vorbildlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz" zu gewinnen. Der DGB bringt in die Partnerschaft Qualifizierungsangebote für Betriebs- und Personalräte ein und initiiert etwa Projekte zum Thema „Lärm am Arbeitsplatz". Daneben will der DGB auch die staatlichen Arbeitsschutzbehörden bei der vermehrten Durchführung von Kontrollen „unterstützen und bestärken". Infos: Petra Heese, Tel. 040 / 28 58 242

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** hat gemeinsam mit der GEW einen ***Wahlaufruf an Jugendliche*** zur Landtagswahl am 22. Mai gestartet. Im Vordergrund steht dabei unter dem Motto „Wählen gehen! – Gegen Nazis!" der Aufruf, demokratische Parteien zu wählen. Außerdem verdeutlichen Beispiele, für welche Politik Gewerkschaften stehen. Der Wahlaufruf und Hintergrundmaterial zu rechten Gruppierungen in NRW finden sich im Internet unter: *www.dgb-jugend-nrw.de*

DGB-Bildungswerk

Für wen boomt Brasilien?

Die brasilianische Wirtschaft brummt: Dank steigender Rohstoffexporte klettert der Börsenindex des südamerikanischen Landes in die Höhe. Doch wer profitiert vom Boom – und wer zahlt drauf? Dieser Frage wollen die TeilnehmerInnen der Tagung „Brasilien boomt – für wen?" nachgehen, die das DGB-Bildungswerk und die Evangelische Sozialakademie Friedewald initiiert hat. Vom 10. bis zum 12. Juni werden im DGB-Bildungszentrum Hattingen ReferentInnen aus Brasilien und Deutschland die aktuelle wirtschaftliche und soziale Situation Brasiliens darstellen. In Arbeitsgruppen geht es u.a. um gewerkschaftliche Netzwerke in multinationalen Konzernen, um die Landreform sowie um die Arbeitszeitdiskussion. Die Tagungsgebühr beträgt 60 Euro. •

nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

Potsdamer Forum

Auf neuen Wegen

Seit die öffentlichen Kassen leer sind, ist die Diskussion über die Reform des öffentlichen Dienstes in Schwung gekommen. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung wollen diese Debatte beim 3. Potsdamer Forum am 20. und 21. Juni in konstruktive Bahnen lenken. Unter dem Titel „Wohin steuert der öffentliche Dienst?" sollen vor allem Führungskräfte aus öffentlichen Verwaltungen über ein neues Tarif- und Dienstrecht, Leitungskultur sowie das Management von Wissensarbeit diskutieren. Die Teilnahme an der Veranstaltung kostet 170 Euro für ver.di-Mitglieder, 220 Euro für Nichtmitglieder. •

www.verdi.de/potsdamer-forum

DIW-Studie Zukunft der Sozialversicherung

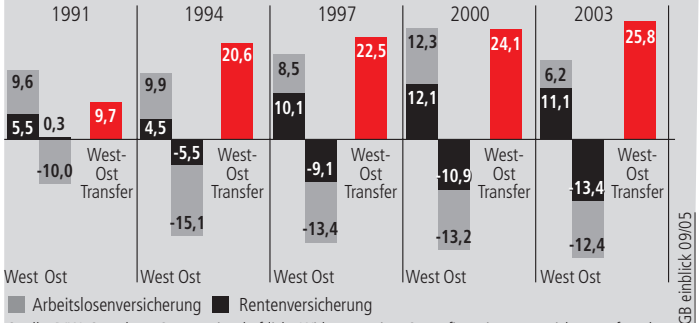
Steuerfinanzierung wäre gerechter

Über 80 Milliarden Euro werden jedes Jahr von der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung für Leistungen aufgebracht, für die die Empfänger keine Beiträge gezahlt haben. Ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, dass eine stärkere Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen zu mehr Gerechtigkeit führen würde.

Was im Detail zu den versicherungsfremden Leistungen zählt, ist umstritten. Das DIW rechnet hierzu in seinem Ende März erschienenen Gutachten, das der DGB gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und der IG Metall-nahen Otto-Brenner-Stiftung in Auftrag gegeben hat, bei der Rentenversicherung nicht nur die so genannten Kriegsfolgelasten (14 Mrd. Euro), die Anrechnungszeiten für die Kindererziehung (10 Mrd. Euro) und die Kosten eines Rentenbeginns vor dem 65. Lebensjahr (16 Mrd. Euro), sondern auch die Witwen- und Witwerrente (31,6 Mrd. Euro). 2002 wurden die Rentenversicherungen nach den Berechnungen des DIW durch versicherungsfremde Leistungen in Höhe von 88,5 Mrd. Euro belastet. 49,3 Mrd. Euro wurden durch einen Bundeszuschuss finanziert. Die übrigen 39, 2 Mrd. Euro blieben bei den Beitragszahlern hängen. Auch bei der gesetzlichen Kranken- und bei der Arbeitslosenversicherung kommt das DIW auf einen zweistelligen Milliardenbetrag an fehlfinanzierten Leistungen. 18,9 Mrd. Euro entfallen allein auf die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Größter Kostenfaktor ist die Fehlfinanzierung der Deutschen Einheit. Deren Kosten werden auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer zu einem wesentlichen Teil über die Beiträge der abhängig Beschäftigten finanziert. Beamte, Selbstständige und Aktienbesitzer beteiligen sich daran nicht (siehe Grafik).

Verdeckte Lasten der Einheit

Belastung der Beitragszahler in Westdeutschland durch die Defizite der Renten- und Arbeitslosenversicherung in den ostdeutschen Bundesländern (in Mrd. Euro)



Quelle: DIW, Gutachten Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung, 2005

© DGB einblick 09/05

Die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zur Finanzierung des Defizits in der Renten- und in der Arbeitslosenversicherung in den neuen Ländern von über 20 Mrd. Euro pro Jahr werden trotzdem ausschließlich die sozialversicherungspflichtig beschäftigten ArbeitnehmerInnen in Westdeutschland herangezogen.

Leidtragende der ungerechten Finanzierung sind vor allem die ArbeitnehmerInnen mit mittleren Einkommen. Ihre Nettoeinkommen sanken nach der Wiedervereinigung. Auch Angestellte mit einfachen Tätigkeiten gehören zu den Verlierern. Ihre Beitragszahlungen stiegen in den 90er-Jahren um mehr als die Hälfte, ihr Bruttogehalt nur um ein Drittel. Nach Ansicht des DIW hat der starke Anstieg versicherungsfremder Leistungen nach der Wiedervereinigung zudem zu erheblichen Legitimationsproblemen geführt. Das Vertrauen der Bürger schwinde, dass die über Beitragszahlungen erworbenen Ansprüche dauerhaft bestehen. Das DIW fordert deshalb eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialsysteme. Die Wissenschaftler schlagen eine Kombination aus höherer Mehrwertsteuer und einer Anhebung der direkten Steuern um jeweils 20 Mrd. Euro vor. Gleichzeitig sollen die Beiträge zur Sozialversicherung um 48 Mrd. Euro sinken.

Gewinner der Umfinanzierung wären auch die sozialversicherungspflichtig beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Deren Kaufkraft würde wegen sinkender Sozialabgaben wachsen, trotz höherer Mehrwert- und Lohnsteuern. Zudem könnten nach Berechnungen des DIW dauerhaft rund 700 000 Arbeitsplätze entstehen, weil mit den geringeren Arbeitskosten die Exportfähigkeit Deutschlands gestärkt werde.

Welche Forderungen des Gutachtens sich die Gewerkschaften zu Eigen machen werden, ist noch nicht entschieden. Einzelne Empfehlungen werden kritisch bewertet. Das gilt vor allem für die Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung auf die Arbeitnehmerhaushalte. Auch die Klassifizierung einzelner Sozialleistungen als versicherungsfremd wird bislang von einem Teil der GewerkschafterInnen abgelehnt, zum Beispiel bei der Witwen- und Witwerrente. Die Debatte darüber verläuft zum Teil kontrovers zwischen den Fachabteilungen der Gewerkschaften. Dennoch geht das DIW-Gutachten in die Diskussion über eine „neue Finanzarchitektur für den Sozialstaat" ein. •

Neue Finanzarchitektur

Noch ist nicht entschieden, welche Forderungen sich der DGB und die Gewerkschaften aus dem DIW-Gutachten zur Umfinanzierung der Sozialversicherung zu Eigen machen. Aber dass die Forderung, noch mehr Geld in die Sozialversicherung zu investieren, keine realistische Perspektive eröffnet, wird auch in den Gewerkschaften nicht mehr bestritten.

Im Gegensatz zu den Arbeitgebern, die mit ihrem ständigen Klagen über die Sozialabgaben nicht die Zukunftssicherung des Sozialsystems im Auge haben, sondern nur eine weitere Reduzierung ihrer Beiträge, sind niedrigere Sozialabgaben für die Gewerkschaften kein Selbstzweck. Rechtfertigen lassen diese sich nur, wenn sie mit der Erschließung neuer Finanzierungsquellen einhergehen, die die von der Gesellschaft als notwendig erachteten sozialen Aufgaben auf mehr Schultern verteilen.

Im Internet

www.boecklerimpuls.de
(Ausgabe 6/2005)
DIW-Gutachten zu den Auswirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen

kurz&bündig

Der DGB ruft alle Gewerkschaftsmitglieder auf, sich in lokalen Arbeitskreisen „Schule und Arbeitswelt" zu engagieren. Auf die gemeinsame Initiative von IG BCE, GEW, IG Metall, ver.di und DGB hin haben sich bereits sieben örtliche Arbeitskreise gegründet, die zum Beispiel Eltern als „Berufsbegleiter" ihrer Kinder ausbilden. www.schule-gewerkschaften.de

Die GdP fordert eine Wiedereinführung der Kronzeugenregelung für Prostituierte. Den Frauen müsse ein Zeugenschutzprogramm und eine gesicherte Zukunft in Deutschland garantiert werden, wenn sie helfen, „die Strukturen der organisierten Kriminalität zu bekämpfen".

IG BAU-Vize Hans-Joachim Wilms hat gefordert, die Ratifizierung der EU-Verfassung in Deutschland bis zum Jahresende zu verschieben, um zuvor eine „breite Information und Diskussion" in der Bevölkerung zu ermöglichen. Der geplante Ratifizierungstermin am 12. Mai lasse kaum Zeit dazu.

Zum 50. Jahrestag des Gastarbeiter-Anwerbeabkommens mit Italien laden ver.di und die IG Metall zu einer Migrationskonferenz am 23. und 24. Juni nach Berlin ein. Die Themen reichen von „Migration im 21. Jahrhundert" bis zur Migrationspolitik in anderen EU-Staaten. migration@verdi.de

Tarifverhandlungen mit den Ländern

Kompromisssuche geht weiter

Trotz des Abbruchs der Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über die Übernahme des bereits Anfang Februar mit dem Bund und den Kommunen geschlossenen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst geht hinter den Kulissen die Suche nach einem möglichen Kompromiss weiter. Worin er liegen könnte, ist zur Zeit allerdings vollkommen unklar, weil die Länder nach wie vor auf einer Ausweitung der Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden bestehen. Zudem hatten sie gefordert, Lehrkräfte und WissenschaftlerInnen aus dem Tarifvertrag herauszunehmen. Beide Forderungen sind für die beteiligten Gewerkschaften, ver.di, GdP, GEW und die zum Deutschen Beamtenbund gehörende dbb-Tarifunion, unannehmbar. Zum einen, weil eine Verlängerung der Arbeitszeit in den Ländern wegen der Meistbegünstigungsklausel im neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst sofort auch auf den Bund und die Kommunen durchschlagen würde und damit Zehntausende von Arbeitsplätzen gefährdet wären. Und zum anderen, weil das Herausbrechen einzelner Beschäftigtengruppen die Solidarität der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Frage stellen würde.

Dennoch haben die beteiligten Gewerkschaften bislang auf eine formale Erklärung des Scheiterns der Verhandlungen und auf die Einleitung einer Urabstimmung unter den 900 000 ArbeiterInnen und Angestellten der Länder verzichtet. Statt dessen versuchen sie mit einer flexiblen Strategie, eine möglichst große Gruppe von Bundesländern doch noch zu einem gemeinsamen Tarifabschluss zu bewegen, um so ein endgültiges Auseinanderbrechen der Tarifgemeinschaft der Länder zu verhindern. Ansatzpunkt ist neben den ostdeutschen Bundesländern, die wegen ihres hohen Angestelltenanteils eher kompromissbereit sind, derzeit vor allem die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Dort wird am 22. Mai gewählt. •

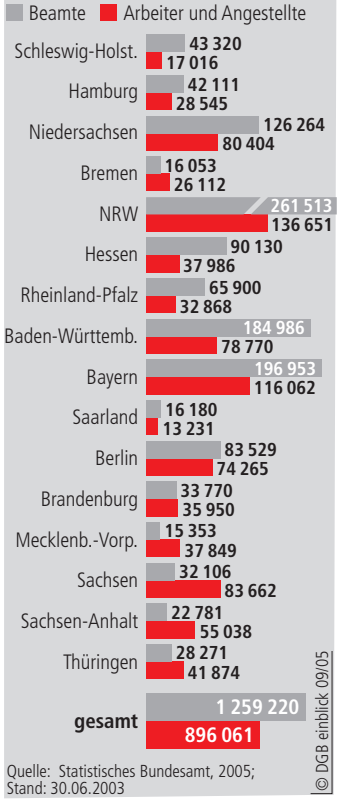
?...nachgefragt

Rot-Grün will das Arbeitnehmer-Entsendegesetz über die Baubranche hinaus auf die gesamte Wirtschaft ausweiten. Damit könnten ausländische Arbeitgeber verpflichtet werden, ihren nach Deutschland entsandten ArbeitnehmerInnen einen Mindestlohn zu zahlen – vorausgesetzt, die Tarifvertragsparteien hierzulande haben ihn zuvor bundesweit vereinbart. Das ist oft nicht der Fall. Wem nützt also die Ausweitung des Entsendegesetzes? Das hat *einblick* Franz-Josef Möllenberg, 51, den Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), gefragt.

Die bisher formulierte Bedingung, dass nämlich bundesweit geltende Flächentarifverträge vorliegen müssen, ist eine hohe Hürde. Die Frage ist, ob es uns gelingt, diese Bedingung auf regionale Tarifverträge zu erweitern, die zum Beispiel nur in einem Bundesland gelten. Das wäre ein weiterer großer Schritt auf dem Weg zum Mindestlohn. Aber auch eine solche Regelung würde dort ins Leere laufen, wo wir keine regionalen Tarifverträge haben, zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe von Berlin-Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Auch dort brauchen wir eine Sicherung nach unten. Deshalb halten wir an unserer Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn fest. Vielleicht führt diese Diskussion ja dazu, dass die Arbeitgeber sich doch bereit erklären, mit uns Tarifverträge abzuschließen, bevor der Gesetzgeber auf die Notbremse tritt. Immerhin spricht mittlerweile niemand mehr davon, neue Niedriglohnbereiche zu schaffen. Das hat die Diskussion schon bewirkt.
Leider weiß die Union, die im Bundesrat der Ausweitung des Entsendegesetzes zustimmen müsste, nicht, was sie will. Erst sagt sie, man müsse über Mindestlöhne nachdenken. Kaum wird es konkret, heißt es, „wir stimmen nicht zu". Mit diesem Zickzack-Kurs ist kein Staat zu machen.

Im Osten überwiegend Angestellte

Beamte, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst der Bundesländer



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005; Stand: 30.06.2003

Bei den Beschäftigten der Bundesländer gibt es ein starkes Ost-West-Gefälle: Während in den westdeutschen Ländern vor allem Beamte arbeiten, sind in den ostdeutschen Bundesländern Arbeiter und Angestellte in der Mehrheit.

Umgang mit CDU-geführten Landesregierungen

Gemeinsame Schnittstellen suchen

Aus den Wahlen der vergangenen Jahre sind CDU und CSU gestärkt hervorgegangen. In Bayern, Sachsen und Thüringen lag die Union auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern vor der SPD. Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB-Bezirks Nord, rät den Gewerkschaften zum Aufbau belastbarer Arbeitskontakte zu allen Parteien.

Trotz 17 Jahren Engholm und Simonis sind SPD-geführte Regierungen in Schleswig-Holstein die Ausnahme, die meiste Zeit nach 1946 regierte die CDU. Teile der CDU sehen SPD-Regierungen im Land zwischen den Meeren als historischen Betriebsunfall. Die Gewerkschaften im Norden konnten sich derartige Ressentiments nie leiste. Notgedrungen haben sie eine lange Erfahrung im Umgang mit dem konservativen politischen Lager.

Peter Deutschland, 60, ist oberster Repräsentant des DGB in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Eine Große Koalition in Kiel ist dagegen ein echtes Novum. Deren Auswirkungen auf den Bundesrat sind zunächst begrenzt. Dort ändert sich nichts an der Unionsmehrheit, weil die Stimmen Schleswig-Holsteins in das neutrale Lager gehen. Auch wenn in NRW die CDU im Mai gewinnen sollte, gäbe es im Bundesrat noch immer keine Zwei-Drittel-Mehrheit der Union. Deshalb **bringt die Große Koalition in Kiel sogar eine kleine Atempause für Berlin,** es könnte tatsächlich schlimmer sein.

Mit der SPD verlieren wir aber einen wichtigen Verbündeten, der nun in die Kieler Koalitionsdisziplin eingebunden ist. Bei Themen wie Bürgerversicherung, Steuerreform und Bildungspolitik stand die traditionell eher links stehende schleswig-holsteinische SPD gewerkschaftlichen Positionen oft näher als die Bundespartei in Berlin. Die Kontakte zur Landtagsfraktion waren, ganz im Gegensatz zu denen zur CDU, eng und regelmäßig. Das ist natürlich ein Verlust, aber gemessen etwa an der Situation in Hessen sind wir immer noch in einer komfortablen Situation.

Mittelfristig kann sich allerdings ein Problem dann ergeben, wenn **sowohl NRW an die CDU gehen sollte, als auch die Koalition in Kiel vorzeitig scheitert,** Carstensen die folgende Landtagswahl gewinnen und eine bürgerliche Mehrheit die jetzige Bundesregierung 2006 ablösen würde. Damit ergäbe sich für die Gewerkschaften eine schwierige Situation, weil sich damit ein Politikwechsel auf wichtigen Feldern wie dem Arbeits- und Tarifrecht leicht bewerkstelligen ließe. Für konservative Bundestags- und Bundesratsmehrheiten eröffnete sich hier ein weites Betätigungsfeld, **das Rollback wäre eine reale Möglichkeit.**

Die Zeiten können also härter werden, aber gerade in solch schwierigen Situationen ist Realitätssinn gefragt. Meine Erfahrungen aus drei norddeutschen Bundesländern zeigen, dass Wahlen durch Gewerkschaften kaum beeinflusst werden können. Wahlempfehlungen machen wenig Sinn, wenn keine der Parteien in den Parlamenten eine wirklich soziale Politik betreibt. **Selbst Kampagnen für eine bestimmte Politik erzeugen oft einen entgegengesetzten Effekt,** wie an den vorletzten Wahlen in Hamburg schmerzhaft deutlich wurde, als die Schill-Partei fast 20 Prozent der Stimmen erhielt, davon viele auch von Gewerkschaftsmitgliedern. SPD-nahe Wählerinitiativen in Schleswig-Holstein zeigten ebenfalls die begrenzte Wirkung von derartigen Unterstützungskampagnen.

Der DGB setzt sich aber nicht mit Wunschdenken auseinander, sondern mit der realen Welt. Das bedeutet für uns, dass wir es nun mit einer tendenziell konservativen Regierung in Kiel zu tun haben, und sich auf Bundesebene diese Möglichkeit andeutet. Was Kiel betrifft, so werden wir schmerzhaft daran erinnert, dass es von den Gewerkschaften **keine stabilen Arbeitskontakte** in die konservativen Parteien hinein gibt, auf die wir aufbauen können. Ich denke, dass wir mit dieser Nachlässigkeit im DGB nicht alleine stehen. Deshalb müssen wir nun dringend unsere Hausaufgaben machen und **nach gemeinsamen Schnittstellen in allen Parteien suchen** – die allerdings mit der SPD noch immer größer sind als mit den meisten anderen Parteien. Das bedeutet aber auch den Abschied vom mitunter sentimentalen Blockdenken, ohne dass deshalb historische und politische Affinitäten in Frage gestellt werden müssen.

Ich rechne damit, dass die kommenden Monate weder in Schleswig-Holstein noch auf Bundesebene einfach werden. Auch in der neuen Landesregierung gibt es gewerkschaftsfeindliche und dumpfe Strömungen, die es uns schwer machen werden. Aber **sollen wir deshalb in eine aufgeregte Endzeitstimmung verfallen?** Ich ziehe eine Politik vor, die sachorientiert Arbeitnehmerinteressen verteidigt. Aber das können wir trockenen Norddeutschen natürlich leicht sagen. •

Dialogbereitschaft

In elf der 16 Bundesländer sitzt die Union in der Landesregierung. In Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stellt sie auch den Ministerpräsidenten. Und der Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen, wo sich am 22. Mai die einzige noch verbliebene rot-grüne Landesregierung zur Wiederwahl stellt, ist ungewiss. Im Bundesrat haben sich in den vergangenen Jahren die politischen Gewichte in einer Form verschoben, auf die auch die Gewerkschaften reagieren müssen, wenn sie politikfähig bleiben wollen.

Doch längst gibt es nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch in den Ländern vielfältige Kontakte zu den dortigen Regierungsparteien. Das gilt nicht nur dort, wo die SPD mit in der Regierung sitzt.

Als Günther Oettinger (CDU) Ende April zum Ministerpräsident in Baden-Württemberg gewählt wurde, hat DGB-Bezirksleiter Rainer Bliesener umgehend seine Dialogbereitschaft erklärt. Der DGB sei zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung bereit. Zugleich kündigte Bliesener aber seinen Widerstand an, falls die Landesregierung das Tarifvertragsrecht, die Mitbestimmung und den Kündigungsschutz auf den Prüfstand stellen sollte.

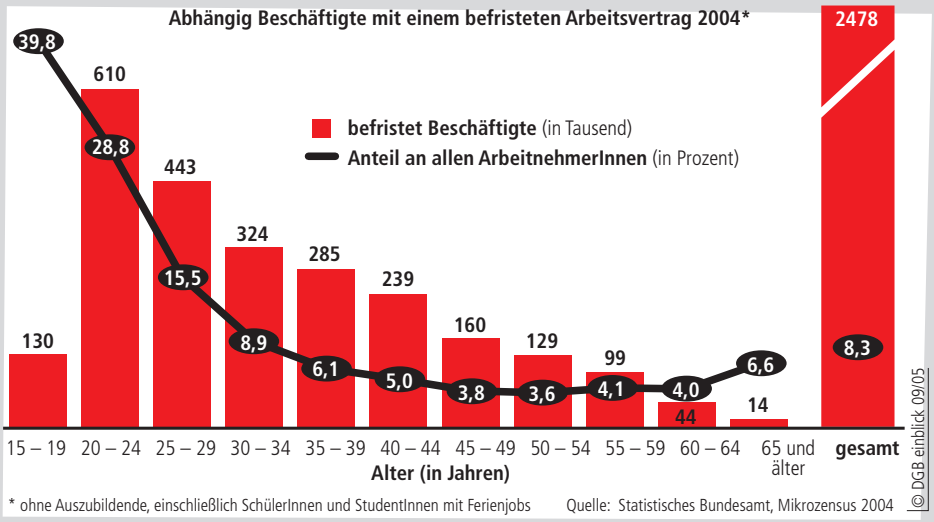
Vertrieb durch PrintNetwork PN GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

BEFRISTUNG: Für Jüngere schon fast der Normalfall

Jüngere ArbeitnehmerInnen finden zunehmend nur noch einen befristeten Arbeitsplatz. Das zeigt der Mikrozensus 2004: Danach ist der Anteil der abhängig Beschäftigten, die in einem befristeten Arbeitsverhältnis arbeiten, von 1996 bis 2004 bei den unter 20-Jährigen von 33 auf 40 Prozent gestiegen. Bei den 20- bis 24-Jährigen stieg der Anteil von 22 auf 29 Prozent. Ohne die in der Statistik mit erfassten SchülerInnen und Studenten liegt der Anteil befristeter Verträge bei 26 (bis 20 Jahre) bzw. bei 24 Prozent (20- bis 24-Jährige).



14 TAGE

11.5. DGB Niedersachsen, Tagung „Mitbestimmung in Europa – Euro-Betriebsräte und EU-Erweiterung", Hannover

12./13.5. Hans-Böckler-Stiftung, DGB, „Grenzregionen ein Jahr nach der EU-Erweiterung" – Abschlusskonferenz der DGB-Grenzlandinitiative GRIPS, Berlin

18.5. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen, „Flexicurity", Berlin

19./20.5. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Noch zu vertreten? Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihr Bedarf an kollektiver Interessenvertretung", Friedewald

20./21.5. IG BAU, Bundeshandwerkskonferenz, Steinbach

personalien

••• ***Burkhard von Seggern,*** 60, Referatsleiter für Schwerbehindertenrecht und internationale Sozialpolitik des DGB, ist am 30. April in den Ruhestand gegangen.

••• ***Ulrich Thöne,*** 53, GEW-Landesvorsitzender in Berlin, ist vom Leipziger Gewerkschaftstag als Nachfolger von ***Dr. Eva-Maria Stange,*** 48, zum GEW-Vorsitzenden gewählt worden. Als Nachfolgerin für ***Ursula Heerd,*** 62, wurde für den Bereich Berufliche Bildung die bisherige GEW-Landesvorsitzende Hamburg, ***Dr. Stephanie Odenwald,*** 55, gewählt. In zwei Kampfabstimmungen konnten sich zudem ***Anne Jenter,*** 51, Abteilungsleiterin für Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB, für den Bereich Frauenpolitik und ***Ilse Schaad,*** 56, Leiterin des Referats Tarifrecht der GEW Berlin, für den Bereich Angestellten- und Beamtenpolitik gegen die bisherigen AmtsinhaberInnen ***Dr. Larissa Klinzing,*** 53, und ***Heiko Gosch,*** 52, durchsetzen. Die Vorstandsmitglieder für den Bereich Schule, ***Marianne Demmer,*** 58, Finanzen, ***Petra Grundmann,*** 48, Hochschule und Forschung, ***Gerd Köhler,*** 60, und Jugendhilfe und Sozialarbeit, ***Norbert Hocke,*** 52, wurden bestätigt. Marianne Demmer wurde zudem zur stellvertretenden GEW-Vorsitzenden gewählt.

Tipp

Buch: ***Thomas Gesterkamp, Die Krise der Kerle, LIT Verlag, Münster 2004, 177 Seiten, 17,90 Euro***

Die Krise der Arbeitsgesellschaft ist zugleich eine Krise der männlichen Arbeitsidentität und der sozialen Sicherungssysteme, die auf dem Mann als Haupternährer beruhen, so die zentrale These des Autors. Gesterkamp erweitert die Gender-Analyse der Zukunft der Arbeit um die männliche Perspektive und zeigt Konsequenzen für Politik, Bildung, Gewerkschaften auf.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork PN GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, Tel. 030 / 27 59 - 2128, Fax 030 / 27 59 - 1309

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Es kommt der Frühling jetzt mit Schnelle –
es quakt der Frosch und auch der Westerwelle."

Die Kölnische Rundschau am 28. April zur Behauptung des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle, der Aufruf des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske zu Warnstreiks gegen längere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst sei ein „Verrat an der Arbeitnehmerschaft".

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 23.05.2005 10/05

DGB

inhalt

Seite 3
Schuss ins eigene Knie
Unternehmen können die Kosten des Jobexports von der Steuer absetzen. DGB und Grüne wollen das ändern

Seite 5
Kein Platz für Nazis
Tausende haben am 8. Mai einen geplanten NPD-Aufmarsch verhindert und statt dessen einen „Tag für Demokratie" gefeiert

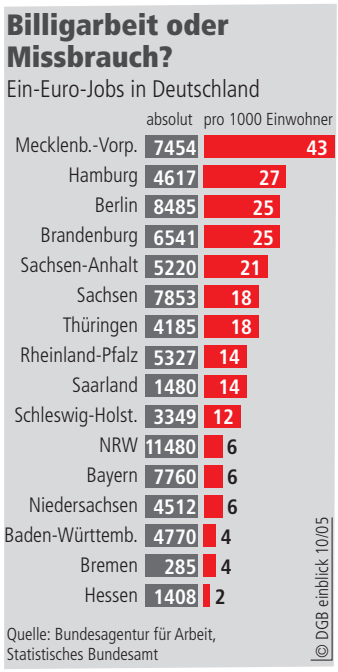
Seite 7
Mehr Mut zur Makroökonomie
Kapitalismuskritik ist das Tagesgeschäft der Gewerkschaften. Die Debatte müssen sie mit eigenen Reformbeiträgen vorantreiben, meint DGB-Ökonom Dierk Hirschel

Profit mit Ein-Euro-Jobs

Weder gemeinnützig noch zusätzlich

Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobs – was anfänglich vor allem von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) als Argument für Hartz IV herangezogen wurde, wird zunehmend Gewissheit: Die Zahl der Jobs, die noch nicht einmal Niedriglohnniveau erreichen, steigt zusehends. 120 000 Arbeitslose hat die Bundesagentur für Arbeit so mittlerweile aus der Statistik getilgt, wenigstens für die Dauer von sechs Monaten. Und wenn es nach einer Empfehlung des Verlags für die Deutsche Wirtschaft in Bonn geht, dann kann ihre Zahl gar nicht hoch genug sein. Denn für die für die Unternehmer profitablen Jobs warb der Verlag Mitte April auf seiner Homepage: „So können auch Sie von den Ein-Euro-Jobs profitieren". Und erklärte im Text Schritt für Schritt, wie Unternehmen „mit etwas Geschick von dieser arbeitsmarktpolitischen Neuerung profitieren".

Doch ganz offensichtlich wurde dem Verlag, 2004 Träger des Innovationspreises Nordrhein-Westfalen, die Anleitung zum Missbrauch der Ein-Euro-Jobs selbst schnell peinlich. „Leider gibt es die von Ihnen aufgerufene Seite nicht mehr", heißt es heute unter der schnell im Internet kursierenden Adresse. Aber keine Angst – darüber wie es geht und was es den Unternehmen bringt, informieren auch andere Sites: „Diese Vorteile hat Ihr Handwerksbetrieb von Ein-Euro-Jobs" heißt es zum Beispiel. Aufgelistet werden: geringe Personalkosten, keine Arbeitnehmerrechte sowie billige und sichere Personalbeschaffung bei ausgiebigen Tests ohne Risiko."



Eine Antwort auf die Frage „Billigarbeit oder Missbrauch?" findet sich in keiner Statistik.

„Ein-Euro-Jobber als Bürgerwehr", die „Schulverwaltungen von Berlin bis Bochum im Ein-Euro-Rausch", „Caritas, Arbeiterwohlfahrt und Diakonie in der Kritik" – kein Tag, an dem nicht so oder ähnlich über die Zwischenergebnisse der Arbeitsmarktreform berichtet wird. „1000 Billigjobs in Wuppertal" titelte die *taz* Mitte April und berichtete über eine illustre Liste von Trägern und Stellenbeschreibungen. „Leichte Bürotätigkeiten bei der Fach- und Vermittlungsstelle für gemeinnützige Arbeit. EDV-Erfassung von Daten, Bearbeitung, Erstellen von Tabellen und Statistiken, Büroarbeiten …" heißt es da etwa. Zusätzlich und gemeinnützig? Wohl eher eine Chance auf zusätzlichen Profit.

Keine Ruhe geben will unterdessen ein Ein-Euro-Jobber aus der Oberpfalz. Helmut W. fuhr für den Malteser Hilfsdienst Behinderte. Die Tour gibt es seit Jahren, die Fahrten werden ganz normal zwischen Malteser Hilfsdienst und Sozialversicherungsträger abgerechnet. Deshalb fordert Helmut W. jetzt mit Unterstützung der Gewerkschaft ver.di „für einen ganz normalen Job" den ihm zustehenden Lohn vor dem Arbeitsgericht. Zu Recht, wie Wolfgang Lubig vom DGB-Rechtschutz meint: „Die Beklagte setzte den Kläger unter Umgehung der Vorschriften des Sozialgesetzbuchs II zweckfremd als billige Arbeitskraft ein." •

plusminusBERLIN

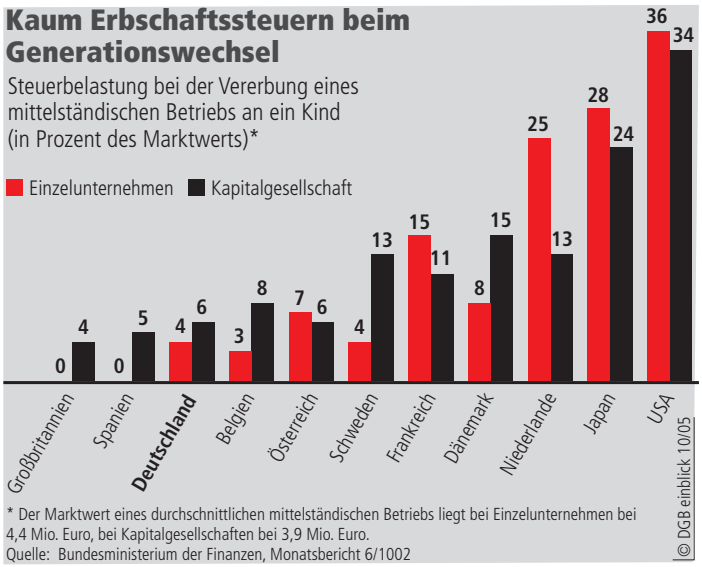
+ *Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat im „stern" Maßnahmen gegen Auswüchse der Globalisierung verlangt. Das CSU-Mitglied forderte, das Sozialstaatsprinzip nicht der Globalisierung zu opfern. „Wenn man meint, dass es Auswüchse gibt, muss man die Gesetze ändern."*

– *Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Ludwig Georg Braun, hat sich gegen eine Abschaffung des arbeitsfreien Pfingstmontags ausgesprochen. Längere und flexiblere Arbeitszeiten ließen sich viel besser über die Vereinbarung von „zwei Stunden Mehrarbeit pro Woche" erreichen.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.lobbycontrol.de
Informationen über Macht und Methoden konservativer Denkfabriken

www.einblick.dgb.de
DGB-Stellungnahme zur Reform der Europäischen Strukturförderung



Beim Jobgipfel am 17. März haben sich Bundesregierung und Union auf eine Senkung der Erbschaftssteuern für Unternehmen geeinigt. Dadurch soll der Betriebsübergang von Unternehmen auf die nächste Generation erleichtert werden. Ob durch die geplanten Steuergeschenke an die Unternehmenserben von 450 Millionen tatsächlich Arbeitsplätze erhalten bleiben, ist allerdings fraglich: Bereits jetzt liegt die Erbschaftssteuer bei der Übernahme von Unternehmen in Deutschland weit unter den Sätzen vergleichbarer Industrieländer. Selbst die Industrie- und Handelskammer kennt keine Fälle, an denen der Betriebsübergang an der Erbschaftssteuer gescheitert ist.

Zwangsarbeit

Arbeitssklaven auch in Deutschland

Weltweit arbeiten mindestens 12 Millionen Männer, Frauen und Kinder unter Zwang oder sklavenähnlichen Bedingungen. Das geht aus einem Mitte Mai veröffentlichten Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hervor, für den zum ersten Mal konkrete Zahlen über die Verbreitung von Zwangsarbeit ermittelt wurden. Zwangsarbeit gibt es vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika, aber auch in den Industrieländern.

Nach ILO-Berechnungen erzielen skrupellose Geschäftemacher durch Zwangsarbeit und Menschenhandel pro Jahr einen Profit von mindestens 44 Milliarden Dollar. Die Hälfte davon werde bei den rund 360 000 in den Industrieländern lebenden ZwangsarbeiterInnen eingestrichen. In einer parallel vorgestellten Studie über „Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in Deutschland" schätzt deren Autor Norbert Cyrus, dass in der Bundesrepublik mindestens 15 000 ZwangsarbeiterInnen leben. Zwangsarbeit gebe es neben der Sexindustrie vor allem im Bereich der Haushaltsdienstleistungen, aber auch in der Landwirtschaft, im Baugewerbe sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Zur Bekämpfung der Zwangsarbeit ist laut ILO eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen notwendig. In Deutschland sind vor allem die IG BAU und die Gewerkschaft NGG seit längerer Zeit bei der Bekämpfung von Zwangsarbeit engagiert. •

www.ilo.org/berlin
Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in Deutschland

100 Jahre Sicherheit

Seit 1905 stehen wir für hervorragenden Service und ausgezeichnete Leistungen.

Damit geben wir Ihnen Sicherheit – ein Leben lang.

Die Debeka-Gruppe – überzeugende Testergebnisse !

Capital
7/05, 3/05, 21/04

Finanztest
11/04, 12/03, 11/03

Debeka
Versichern • Bausparen

100 Jahre Debeka
erfahren · sicher · günstig

Hauptverwaltung: Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18 · 56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-1399 · Telefax (0261) 41402

Steuerfinanzierter Jobexport

Schuss ins eigene Knie

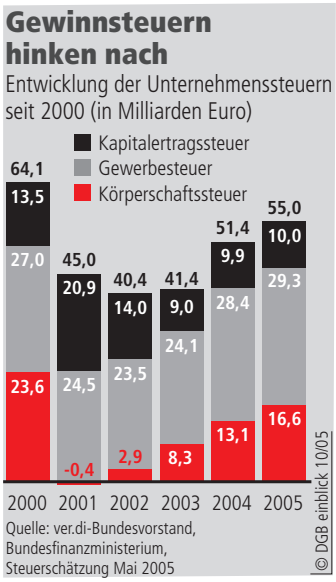
Dass die Unternehmen die Kosten von Auslandsinvestitionen mit ihrer Steuerschuld im Inland verrechnen können, ist für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer „ein Hohn". Sollte das dem EU-Recht entsprechen, „dann muss man das ändern", fordert er. Rot-Grün müsse sich für eine Vereinheitlichung des Unternehmenssteuerrechts in Europa stark machen.

An Pfingsten überkam auch die Grünen der heilige Geist: Sehr zum Missfallen der SPD forderte Verbraucherschutzministerin Renate Künast, assistiert von ihrem Parteivorsitzenden Reinhard Bütikofer, Nachbesserungen am Gesetzentwurf zur geplanten Senkung der Unternehmenssteuern von 25 auf 19 Prozent. Jobverlagerungen ins Ausland dürften nicht auch noch steuerlich begünstigt werden, „bei der Reform der Körperschaftssteuern sollten diese Abschreibungsmöglichkeiten gestrichen werden," sagte die Grünen-Politikerin der *Berliner Zeitung*.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft hatten das schon kommen sehen und sich in einem Schreiben an SPD-Fraktionsvize Joachim Poß besorgt geäußert. DIHK, BDA und BDI erklärten, Forderungen nach steuerlichen Abzugsverboten von Auslandsinvestitionen gefährdeten das Vertrauen der Wirtschaft in den Standort Deutschland. Dass eher ein Vertrauensverlust der Steuerzahler in die Wirtschaft befürchtet werden muss, würden sie bestreiten: So haben die Raucher 2003 via Tabaksteuer mehr Geld in die Staatskasse fließen lassen (14,1 Mrd. Euro) als alle Konzerne via Kapitalertragssteuer (9,0 Mrd. Euro).

Künast übernimmt mit ihrem Vorstoß als erstes Kabinettsmitglied eine entsprechende Forderung der Grünen-Fraktion. Bereits kurz nach dem Jobgipfel Mitte März im Kanzleramt hatte ihre Parteifreundin Christine Scheel, Vorsitzende des Bundestags-Finanzausschusses, gefordert: „Schluss mit Steuersubventionen für den Export von Arbeitsplätzen."

Kassenwart Hans Eichel lehnt solche Pläne bislang strikt ab. Gleichwohl stehen die Grünen nicht allein, sondern haben einen seltenen Bündnispartner an ihrer Seite: Porsche-Chef Wendelin Wiedeking. Dass angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen der Jobexport noch aus dem deutschen Steuertopf subventioniert werde, sei „gerade-



Kapitalismusdebatte hin oder her: Die SPD-geführte Bundesregierung hat sich um die Senkung der Unternehmenssteuern verdient gemacht. Die Gewinnsteuern erreichen auch 2005 nicht das Niveau von 2000.

zu der Gipfel des Unsinns", hatte Wiedeking im Stuttgarter Landtag gesagt.

Berlins SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin hat berechnet, wie viel dem Fiskus auf diese Weise durch die Lappen geht: fünf Milliarden Euro. Auf diesen „Steuerwahnsinn mit Methode" *(Süddeutsche Zeitung)* haben mit als erste die Fünf Weisen in ihrem jüngsten Gutachten Ende 2004 hingewiesen. Kaum jemand hat das vor einem halben Jahr zur Kenntnis genommen.

Davor und danach wies vor allem der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass, Professor an der Fachhochschule Wiesbaden und 1998/99 Mitglied der Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung, auf den Missstand hin. In Fachblättern, aber auch in „Tagesschau" und „Monitor". Jarass sieht eine Grundregel des Steuerrechts verletzt: das Abzugsverbot. Danach darf, wer Einnahmen erzielt, die nicht der Steuer unterliegen, die dafür entstandenen Kosten auch nicht von der Steuer absetzen. Anders ausgedrückt: Wer hierzulande Kosten von der Steuer absetzen will, muss auch hierzulande seinen Gewinn versteuern. Für Konzerne scheint das nicht zu gelten. Verlagern sie Jobs ins Ausland, laden sie die Kosten beim deutschen Fiskus ab, versteuern aber nur fünf Prozent der späteren Gewinne.

Wenn beispielsweise Siemens in der Slowakei eine Tochterfirma gründe, könne das Unternehmen seine Kosten weitest gehend mit seinem in Deutschland erwirtschafteten Gewinn verrechnen, sagt Jarass. Der Gewinn werde in der Slowakei versteuert und dann nach Deutschland transferiert, „wo er mit zwei Prozent abschließend besteuert wird", so Jarass, „da maximal fünf Prozent der Dividenden dem deutschen Steuersatz von knapp 40 Prozent unterliegen." Jarass' Schlussfolgerung: „Die deutschen Arbeitnehmer subventionieren den Export ihrer eigenen Arbeitsplätze."

Gestoppt werden könne diese Praxis letztlich nur, „wenn die im Inland erbrachte Wertschöpfung an der Quelle einem generellen Steuerabzug unterliegt, unabhängig vom in- oder ausländischen Sitz des Betriebseigentümers". Löhne würden ja auch am Sitz der Betriebsstätte durch Lohnsteuer und Sozialabgaben belastet. Appelle an den Patriotismus von Unternehmen nützten nichts, meint Jarass. Würde hingegen das Abzugsverbot strikt eingehalten, würde auch der steuerfinanzierte Jobexport beendet. •

Von Sabine zu Hans – warum die Unternehmenssteuer sinken soll

In der ARD-Talkrunde „Sabine Christiansen" Anfang Februar forderte Jürgen Thumann, der neue Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), eine deutliche Absenkung der ertragsabhängigen Unternehmenssteuern. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) kommentierte: „Ich stimme dem zu." Dieser Steuersenkung räumte zunächst niemand Chancen ein. Doch die Idee war in der Welt. Und entwickelte auf der politischen Bühne ein Eigenleben.

DGB-Vorsitzender Michael Sommer signalisierte Gesprächsbereitschaft: Eine Senkung der Unternehmenssätze sei möglich, wenn die Wirtschaft gleichzeitig weniger Ausnahmen geltend machen könne und das Steueraufkommen insgesamt nicht sinkt.

Auf dem Job-Gipfel von Rot-Grün und CDU/CSU Mitte März wurden erste Schritte beschlossen:

- ***Die Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften soll von 25 auf 19 Prozent gesenkt werden – aufkommensneutral.***
- ***Die Steuerausfälle von 6,2 Milliarden Euro soll die Wirtschaft finanzieren. Wie, darüber grübelt jetzt Finanzminister Hans Eichel (SPD).***
- ***Anfang Juni soll sein Gesetzentwurf beraten werden.***

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Rechtsschutz

Neue Homepage

Die größte bundesdeutsche „Fachkanzlei" für Arbeits- und Sozialrecht, die DGB Rechtsschutz GmbH, ist mit einer neuen Homepage im Internet vertreten. Unter *www.dgbrechtsschutz.de* findet sich alles Wissenswerte über gewerkschaftlichen Rechtsschutz, sind Zusammenfassungen aktueller Urteile aus dem Arbeits- und Sozialrecht zusammengestellt und erhalten Gewerkschaftsmitglieder Informationen, wie sie Rechtsschutz in Anspruch nehmen können. Darüber hinaus können sämtliche Newsletter-Ausgaben von *Recht So!* heruntergeladen werden. Die DGB Rechtsschutz GmbH ist im Bundesgebiet mit mehr als 125 Büros vertreten. 2004 hat sie insgesamt 515 Millionen Euro für klagende Gewerkschaftsmitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Verfahren erstritten. Außerdem wurden im vergangenen Jahr 150 000 neue Verfahren aufgenommen, die oftmals mit der veränderten Rechtslage durch Hartz IV zusammenhängen. •

Willi-Bleicher-Preis

Zeichen gegen rechts

Mit dem Song „Lay your weapons down" haben SchülerInnen einer 9. Hauptschulklasse aus Tübingen den Willi-Bleicher-Preis 2005 des DGB Baden-Württemberg gewonnen. Der 2003 erstmals ausgelobte Wettbewerb wendet sich an Jugendliche, die sich inhaltlich mit den Themen Fremdsein, Ausgrenzung, Rechtsextremismus, Zivilcourage und Gegenwehr auseinandersetzen. Genau das taten die Mitglieder der Schulband „HSI Project" an der Tübinger Hauptschule, denn das prämierte Stück ist eine klare Absage an rechtsextreme Gewalt. Der 2. Preis ging an die Eugen-Grimminger-Schule aus Crailsheim für ein Mahnmal gegen Gewalt. Den 3. Platz belegte der Unabhängige Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit, ein Zusammenschluss von 20 Jugendlichen aus Ravensburg, die eine Aktionswoche zum Thema Nationalsozialismus und Neonazis organisiert haben. •

www.dgb-bw.de

DGB-Flyer zu Hartz IV

Wie teuer darf Wohnen sein?

Arbeitslosengeld II (ALG II) ist knapp bemessen – auch bei den Unterkunftskosten. Ebenso ist die Wohnungsgröße begrenzt, für eine Einzelperson gilt etwa eine 45 bis 50 Quadratmeter große Wohnung als angemessen. Der DGB informiert in einem aktuellen Flyer über Details der Regelungen. So müsse niemand umgehend mit einem Zwangsumzug rechnen, weil die Miete über den „angemessenen" Kosten liegt. Fristen zwischen drei und sechs Monaten würden in der Regel von den Kommunen eingeräumt. In Einzelfällen können allerdings auch die Umzugskosten unverhältnismäßig im Vergleich zu einer geringfügig höheren Miete sein. Das sollte dem zuständigen Sachbearbeiter vorgetragen werden. Der Flyer ist in allen DGB-Regionen erhältlich. •

Ratgeber

Wege im Alg II-Dschungel

Seit Anfang des Jahres sind Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Arbeitslosengeld II (Alg II) zusammengefasst. Für die „Kunden" wie auch für die Mitarbeiter der eilig zusammengewürfelten Behörden und Beratungsstellen ist die Lage undurchsichtig und verwirrend. Der Leitfaden Alg II/Sozialhilfe, als völlig neu überarbeitete Auflage gerade erschienen, hilft allen Beteiligten durch den Dschungel der vielen neuen Regelungen. Erstellt wurde er von der AG TuWas der Fachhochschule Frankfurt und dem Sozialhilfeverein Tacheles aus Wuppertal. Das Buch startet mit der Anleitung zur Bedarfsberechnung. Geordnet ist es nach einem Stichwortverzeichnis. Das ermöglicht zum einen bei konkreten Fragen den direkten Zugriff. Zum anderen findet sich unter sämtlichen Begriffen die Erläuterung des dazugehörigen Gesetzestextes. Es folgen Tipps zu Verfahren und Selbstschutz sowie kritische Anmerkungen.

Hrsg. AG TuWas, FB 4 der FH Frankfurt, Leitfaden Alg II / Sozialhilfe von A – Z, Digitaler Vervielfältigungs- und VerlagsService, Frankfurt/M. 2005, 348 Seiten, 7,50 Euro (einschl. Versand) •

interregio

••• Die niedersächsischen Gewerkschaften wollen ein ***„Soziales Gütesiegel"*** entwickeln. Hartmut Tölle, Vorsitzender des ***DGB Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt,*** will mit dem „Qualitätssiegel" Unternehmen auszeichnen, die „sozial verantwortungsbewusst handeln". Der DGB greift damit einen Vorschlag des ver.di-Landesbezirksleiters Niedersachsen-Bremen, Wolfgang Denia, auf. Denia hatte in seiner 1.-Mai-Rede ein von den Gewerkschaften verliehenes Gütesiegel gefordert, dass Unternehmen auszeichnet, die sich sozial engagieren, ihre Beschäftigten menschenwürdig behandeln und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten.

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** fordert in einem Memorandum an den Berliner Senat einen neuen ***Industriedialog.*** Es müsse sich die Erkenntnis durchsetzen, dass Dienstleistungen sich nur dort ansiedeln, wo ein „industrielles Fundament" vorhanden sei. Das Konzept der „Dienstleistungsmetropole" sei nicht wirksam, gleichzeitig fehlten in der Bundeshauptstadt aber 400 000 Industrie-Arbeitsplätze. Der DGB fordert deshalb eine Bestandspflege für ansässige Unternehmen und eine Task Force zur Gewinnung neuer Investoren. Insgesamt 45 Berliner Betriebs- und Personalräte von IG BCE, IG Metall, NGG und ver.di unterstützen die Initiative.

••• Einen neuen Messe- und Infostand hat die ***DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg*** zum Thema eines ***Gestaltungswettbewerbs*** gemacht. 24 SchülerInnen des Heinrich-Hertz-Berufskollegs in Bonn haben auf Bitten des DGB zehn Entwürfe für den Infostand gemacht. Die Siegerauswahl, so die siebenköpfige Jury aus haupt- und ehrenamtlichen GewerkschafterInnen, sei „außerordentlich schwer gefallen". Alle Arbeiten seien gut durchdacht und präsentiert gewesen, lobte Ingo Degenhardt, Orga-Sekretär in Bonn. Die ersten drei Plätze wurden mit kleineren Preisen belohnt, insgesamt gab es für die Klassenkasse ein Dankeschön in Form eines 100-Euro-Scheins.

8. Mai 2005 in Berlin

Kein Platz für Nazis

Nazi-Demo verhindert, 120 000 BesucherInnen beim „Tag für Demokratie" am 7. und 8. Mai – DGB und Gewerkschaften mischten bei beidem kräftig mit.

+++ Ziele erreicht: Bundesweit nahmen Hunderttausende an Veranstaltungen aus Anlass der Befreiung von der Nazi-Diktatur teil, allein in Berlin waren es über 120 000. Mit der zentralen Veranstaltung vor dem Brandenburger Tor sei es gelungen, ein bundesweites Signal für Demokratie und Toleranz zu setzen, stellte der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand tags darauf fest. **+++ Einigkeit der Demokraten:** Zum 60. Jahrestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hatten DGB und zahlreiche weitere Organisationen zusammen mit dem Berliner Senat zum „Tag für Demokratie" rund um das Brandenburger Tor aufgerufen. „Die braune Soße darf keine Chance haben", erklärte der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering. Gemeinsam mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer stellte er bei einer Podiumsdiskussion fest, dass Rechtsextremismus nicht nur dann Thema sein dürfte, wenn es knallt. „Demokratie lebt von Demokraten, die nicht nur zuschauen, sondern sich engagieren", so Sommer. **+++ Neonazis blockiert:** Und das taten denn auch Tausende von Demonstranten am 8. Mai. Rund 3000 Neonazis hatten sich am Morgen auf dem Berliner Alexanderplatz versammelt, um bis auf wenige hundert Meter vors Brandenburger Tor zu ziehen. Doch dank der vielen friedlichen Demonstranten, die Brücken und Straßen blockierten, darunter auch viele GewerkschafterInnen, einem massiven Polizeiaufgebot und einer klugen Polizeistrategie blieben sie dort, bis die Polizei sie gegen 17 Uhr zur Heimfahrt wieder in die S-Bahnen verfrachtete. **+++ DGB unübersehbar:** Den Neonazis war so ein Blick auf die vier drei mal vier Meter großen aufblasbaren Transparente nicht vergönnt, die der DGB an der geplanten Demoroute der Neonazis postiert hatte. Mit Sprüchen wie „Wer hier marschiert, hat nichts kapiert" oder „Braune Flaschen gehören ins Altglas". Auch auf der Festmeile war der DGB unübersehbar mit einer ganzen Zeltstadt vertreten. **+++ Demokratie lebt vom Mitmachen:** Freiheit verpflichtet – für Demokratie, Toleranz und Teilhabe: Das war der Leitgedanke aller Aktivitäten des DGB und der Gewerkschaften. In ihrer Zeltstadt stellten sie zahlreiche Projekte gegen rechtsextreme Tendenzen vor. Vom Netzwerk Courage über das Projekt Schule ohne Rassismus bis zum Azubi-Projekt gegen Rechts. Mehr über die einzelnen Projekte erfährt man im *einblick-Extra* zum Tag (siehe Randspalte). **+++ Reger Besucherverkehr:** Infos, Diskussionen, Mitmach-Aktionen, Theater, Talks mit PolitikerInnen und Zeitzeugen, Afro-Reggae mit Fôô Fanick & One Roots, Streetdance, Gipsy-Sound von Casino Gitano sowie ein großes Angebot für Kinder und Familien: Das Programm in der DGB-Zeltstadt fand regen Zuspruch. **+++ Keine solidarische Finanzierung:** Ob der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth, CDU-Chefin Angela Merkel oder FDP-Mann Guido Westerwelle – kaum ein Polit-Promi ließ es sich nehmen, beim „Tag der Demokratie" öffentlichkeitswirksam den Stand seiner oder ihrer Partei zu besuchen. Doch gemeinsam planen, heißt nicht gemeinsam zahlen: CDU, CSU und FDP riefen neben 19 weiteren Organisationen zwar zum Fest auf, beteiligten sich aber nicht an der Finanzierung. +++

Fotos: Helmut Bieß

Hier geblieben!

So lautet der Titel eines neuen Stücks des Berliner Kinder- und Jugendtheaters Grips, einem der kulturellen Highlights in der DGB-Zeltstadt beim „Tag für Demokratie". Sein Thema: Asylprobleme und Bleiberecht. Entstanden ist es im Rahmen eines gemeinsamen Aktionsprogramms von GEW, Flüchtlingsrat und Grips-Theater für das Bleiberecht von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien. „Hier geblieben!" zeichnet den Fall der bosnischen Schülerin Tanja Ristic nach. Im vergangenen Jahr wurde die in Berlin lebende Dreizehnjährige aus dem Unterricht geholt und in Abschiebehaft gebracht.

Das Grips-Theater führt das Stück vor allem in Schulen auf. Infos und Buchungen: www.hier.geblieben.net

Im Internet

www.einblick.dgb.de

einblick-extra zum „Tag für Demokratie" als pdf-Datei zum Download

kurz&bündig

IG BAU und der Auto Club Europa (ACE) haben in einer gemeinsamen Studie die Qualität der kommunalen Straßen als „dramatisch" eingestuft. Straßenschäden verursachten wachsenden volkswirtschaftlichen Schaden. Mit öffentlichen Mitteln von einer Milliarde Euro ließen sich ein volkswirtschaftlicher Nutzen von jährlich über 170 Millionen Euro erzielen sowie 18 000 neue Jobs schaffen.

Der Automobilhersteller BMW hat sich in einer Vereinbarung mit dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund (IMB) verpflichtet, weltweit die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einzuhalten.

Der DGB unterstützt den Wettbewerb „Beschäftigung gestalten – Unternehmen zeigen Verantwortung" des Bundeswirtschaftsministeriums. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli. Unter den 16 Jurymitgliedern sind Michael Sommer (DGB), Hubertus Schmoldt (IG BCE) und Franz-Josef Möllenberg (NGG).

TRANSNET, die Deutsche Bahn AG und Innenminister Otto Schily (SPD) werden bei der geplanten Dienstrechtsreform im öffentlichen Dienst die Situation von Bahn-Beamten „gesondert prüfen". TRANSNET will zudem darüber verhandeln, die DB-Beamten von der leistungsbezogenen Besoldung auszunehmen.

Akademie der Arbeit

Jetzt mit zertifiziertem Abschluss

Gleich mit drei Neuerungen startet der im Oktober beginnende 70. Lehrgang der vom DGB mit getragenen Frankfurter „Akademie der Arbeit" (AdA). Es ist nicht nur der erste Jahreskurs, der in enger Kooperation mit der Fachhochschule Frankfurt/M. durchgeführt wird, sondern auch der erste Kurs, in dem die rund 40 TeilnehmerInnen die fachgebundene Hochschulreife erwerben können. Und schließlich wird das Lehrangebot um den Themenbereich „Zukunft der europäischen Mitbestimmung" erweitert.

Gedacht ist der elf Monate dauernde Jahreskurs der Akademie für ArbeitnehmerInnen mit Berufsausbildung aber ohne Abitur, die Basiswissen im Bereich Arbeits- und Sozialrecht, Ökonomie und Verwaltungswissenschaften erwerben wollen, um sich auf den Wechsel zu einer hauptberuflichen Arbeit bei Verbänden und Gewerkschaften vorzubereiten. Mit der Zertifizierung des AdA-Abschlusses sollen die Berufschancen der AbsolventInnen erhöht werden. Zudem wird ihr Wechsel zu einem anschließenden Fachhochschulstudium erleichtert.

Mit der Neukonzeption des AdA-Studiums ist auch die Debatte um die Zukunft der traditionsreichen Weiterbildungseinrichtung beendet, die durch eine Halbierung der Finanzierungsbeteiligung des Landes Hessen ausgelöst worden war *(einblick* 17/2004). Über zweckgebundene Projektmittel beteiligt sich die Bundesregierung in den kommenden drei Jahren an der Finanzierung der Akademie.

ArbeitnehmerInnen, die sich für ein Studium an der AdA interessieren, können sich noch bis zum 15. August mit einer Empfehlung ihrer Gewerkschaft beim DGB-Bildungswerk bewerben. •

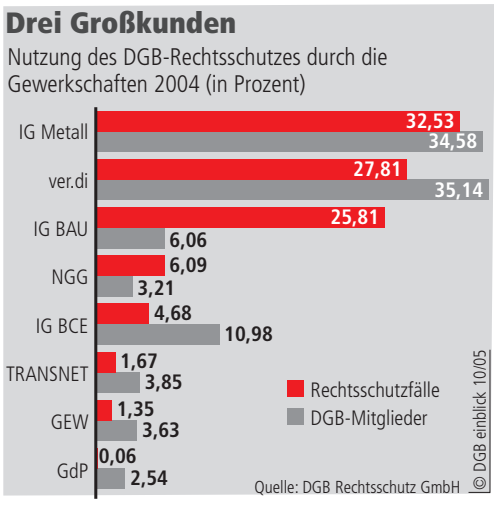
TRANSNET-Kampagne

Inflationsausgleich gefordert

Die Gewerkschaft TRANSNET hat eine Rentenkampagne gestartet, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, dass die RentnerInnen in diesem Jahr zumindest einen Inflationsausgleich erhalten. In einem offenen Brief, der am 1. Juli an alle 601 Bundestagsabgeordnete übergeben werden soll, bekennen sich die TRANSNET-Senioren ausdrücklich zu dem Ziel, die Finanzlage der Gesetzlichen Rentenversicherung wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dies dürfe aber nicht dadurch geschehen, „dass immer mehr Rentnerinnen und Rentner nur durch Verzicht überleben können". Nach der Nullrunde 2004 seien die RentnerInnen bereits durch die Neuregelungen beim Zahnersatz und beim Krankengeld belastet. Betroffen seien insbesondere ältere Menschen, „die mit kleinen und Kleinstrenten ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen". Bis Ende Juni sammelt die Gewerkschaft Unterschriften unter ihren offenen Brief. Unterschriftenlisten zum Download gibt es auf der TRANSNET-Homepage *(www.transnet.org).*

Parallel zum Start ihrer Rentenkampagne hat die Gewerkschaft am 9. Mai auch einen offenen Brief an den Rentenexperten Bert Rürup verfasst. Dieser hatte vorgeschlagen, die Beamtenpensionen bis 2025 um ein Sechstel zu kürzen. Der Vorschlag ignoriere die in den vergangenen Jahren bereits beschlossenen Kürzungen bei den Beamtenpensionen. Mit im Schnitt 1720 Euro erhielten Bahn- und Postbeamte im Ruhestand nicht mehr, als ihre nicht verbeamteten KollegInnen aus gesetzlicher und betrieblicher Rente bekommen. Zudem ignoriere Rürup, dass zum Beispiel im Bahnbereich 82 Prozent aller BeamtInnen dem einfachen und mittleren Dienst angehören. •

515 Millionen Euro hat die DGB Rechtsschutz GmbH im vergangenen Jahr für die Gewerkschaftsmitglieder vor den Arbeits- und Sozialgerichten erstritten, 19 Millionen Euro mehr als 2003. 86 Prozent aller 2004 begonnen Verfahren fallen auf nur drei Gewerkschaften: IG Metall, ver.di und IG BAU. Überproportional viele Verfahren gab es neben der IG BAU auch bei der NGG. Im Organisationsbereich beider Gewerkschaften gibt es einen hohen Anteil von Niedriglohnjobs, von Teilzeitstellen und befristeter Arbeit.
Die wichtigsten Streitpunkte waren im Arbeitsrecht erneut der Schutz bei betriebsbedingten Kündigungen (35,7 Prozent aller Verfahren) sowie Auseinandersetzungen um die Höhe des Arbeitsentgelts (43,2 Prozent). Im Sozialrecht ging es in jedem dritten Verfahren um die Arbeitslosenversicherung (31,4 Prozent), gefolgt von Auseinandersetzungen über die Rente (24,4 Prozent) sowie das Schwerbehindertenrecht (22,0 Prozent).



Münteferings Kapitalismusdebatte

Mehr Mut zur Makroökonomie!

Kapitalismuskritik ist eigentlich das Tagesgeschäft der Gewerkschaften. Denn wer weiß besser, dass die zivilisatorischen Errungenschaften des Kapitalismus keine Selbstverständlichkeit sind?, meint DGB-Ökonom Dierk Hirschel.

In der vom SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering angestoßenen Kapitalismusdebatte geht es nicht um Systemkritik, sondern um **die Richtung eines sich im Umbruch befindlichen Rheinischen Kapitalismus.** Die Rolle des Staates in einer global integrierten Volkswirtschaft soll neu bestimmt werden. Damit wird auch der politische Rahmen gewerkschaftlichen Handelns festgelegt. Deswegen ist diese politische Debatte für die Gewerkschaftsbewegung von zentraler Bedeutung.

Mit seinem Heuschreckenvergleich stellt Müntefering den Finanzkapitalismus an den Pranger. Die aktuelle Diskussion über angelsächsische Finanzinvestoren greift aber zu kurz. Private-Equity-Fonds bewegen lediglich ein Investitionsvolumen von 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Im Vergleich zur wirtschaftlichen Bedeutung der Dax30-Unternehmen reden wir über Peanuts. Hier aber müsste die Kritik ansetzen. Der kapitalmarktorientierte Umbau der deutschen Konzerne ist mehr als ein Modetrend. Die Shareholder-Value-Orientierung großer deutscher Aktiengesellschaften **destabilisiert das Investitionsverhalten.** Es wird anfälliger gegenüber Stimmungslagen. Im Boom geht es schneller nach oben, in der Krise steil nach unten.

Aktuell verstärkt die Shareholder-Value-Orientierung die chronische Nachfrageschwäche. Wenn die Gewinne zum Kauf eigener Aktien und zur Dividendenausschüttung verwendet werden, beeinträchtigt das die Realinvestitionen ebenso wie kurzfristig renditesteigernde Sparprogramme. Erschwerend kommt hinzu, dass, im Gegensatz zu den USA und zu Großbritannien, die deutsche und die europäische Wirtschaftspolitik **nicht angemessen auf die krisenverschärfenden Tendenzen reagieren.** Beim ersten Anzeichen einer Wachstumsschwäche senken die angelsächsischen Zentralbanken ihre Zinsen und die Staatsausgaben werden erhöht. In der Eurozone gilt eine solche keynesianische Makropolitik immer noch als Teufelszeug.

Nach dem Ende des Rheinischen Kapitalismus hat sich Deutschland für die schlechteste aller Alternativen entschieden: eine kapitalmarktorientierte Umstrukturierung des Unternehmenssektors ohne jede makropolitische Flankierung. Der Appell an die unternehmerische Verantwortung reicht in einer solchen Situation nicht aus. Was also ist zu tun?

Die viel gescholtene Shareholder-Value-Orientierung ist nicht vom Himmel gefallen. Sie setzt die politische Deregulierung der Finanzmärkte voraus. Wenn dieser Trend wachstums- und beschäftigungsfeindlich ist, so ist es nicht ausreichend, wenn sich die Kritik auf Nebenschauplätze wie Private-Equity oder Hedge-Fonds beschränkt. Eine **umfassende Reregulierung der europäischen Kapitalmärkte** müsste dann auf die Tagesordnung. Dies umfasst die Besteuerung kurzfristiger Kapitalanlagen, verschärfte Eigenkapitalvorschriften für riskante Bankkredite, eine Austrocknung der Offshorezentren, eine stärkere Mitverantwortung von Gläubigern, die Rücknahme wesentlicher Elemente der Finanzmarktförderungsgesetze (Stock-Options, Eigenaktienkauf) und der Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen ebenso wie erste Schritte zum Aufbau einer neuen Finanzarchitektur (Bretton Woods II).

Dierk Hirschel, 34, ist Chefökonom des DGB.

Um die deutsche Wachstums- und Arbeitsmarktkrise zu überwinden, bedarf es jedoch einer Renaissance der Makropolitik. Die stark angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre ist, gemessen an ihren eigenen Zielvorgaben, komplett gescheitert. **Nationalstaatliche Politik ist heute auf zwei Feldern sofort handlungsfähig.** Erstens müsste die Finanzpolitik ihren Sparkurs aufgeben und die öffentlichen Investitionen auf das europäische Durchschnittsniveau anheben. Zweitens benötigen wir neue Regeln auf dem Arbeitsmarkt. Die staatliche Förderung geringfügiger Beschäftigung und die Zumutbarkeitsregelung müssen zurückgenommen werden, ein Mindestlohn eingeführt und der Flächentarifvertrag politisch gestärkt werden. Ohne diese Reregulierung wird eine Trendumkehr der volkswirtschaftlich schädlichen Lohnzurückhaltung immer unwahrscheinlicher.

Auf europäischer Ebene ist darauf hinzuwirken, dass die EZB ihre ausschließlich preisstabilitätsorientierte Geldpolitik **zugunsten einer deutlichen Wachstums- und Beschäftigungsorientierung korrigiert.** Der europäische Unternehmenssteuersenkungswettlauf ist durch eine europäische Mindeststeuer zu unterbinden. •

Nach der NRW-Wahl

Ist die vom SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering angestoßene Kapitalismusdebatte nur der Versuch, ein mögliches Auseinanderbrechen der SPD nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu verhindern, wie manche Kommentatoren meinen? Oder geht es Müntefering um eine Renaissance der Politik nach dem Ende des Rheinischen Kapitalismus?

„Frust ist kein guter Ratgeber" hatte der Wirtschaftsweise Peter Bofinger noch vor der NRW-Wahl in einem „stern"-Beitrag vor falschen Erwartungen gewarnt. Die Nationalstaaten seien nicht, wie von Müntefering unterstellt, der Globalisierung und ihren Protagonisten, den „Heuschrecken", hilflos ausgeliefert. Das Problem sei vielmehr, dass die SPD „nie grundsätzlich überlegt hat, welches Modell von Sozialstaat sie künftig will." Das skandinavische, das britische oder das österreichische? Erst wenn die SPD diese Frage geklärt habe, „kann sie ihre Reformfahrt ins Blaue beenden und zu einer stimmigen Reformpolitik kommen".

Korrekturbedarf sieht Bofinger vor allem in der Steuerpolitik, die besser Verdienende im Vergleich zu anderen Industriestaaten begünstige, aber auch in der „ungewöhnlich zurückhaltenden Lohnentwicklung". Sie sei mitverantwortlich für die stagnierende Binnennachfrage.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

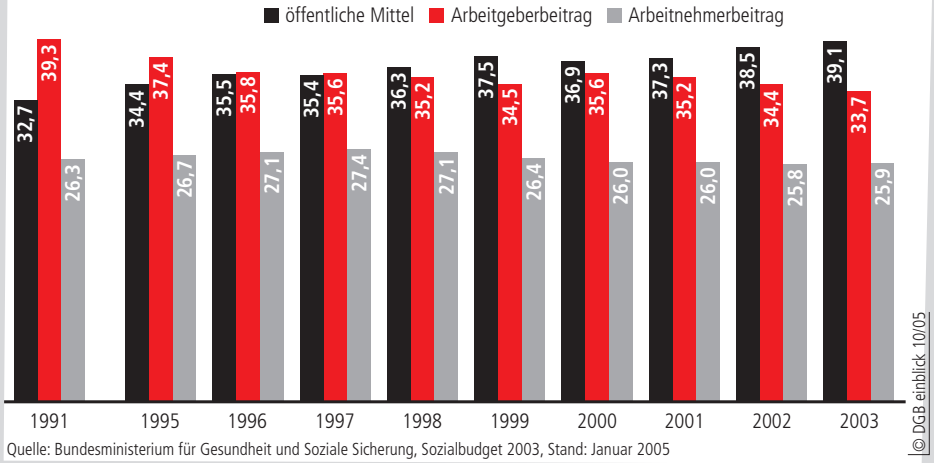
DIES & DAS

die DGB grafik

SOZIALLEISTUNGEN: Arbeitgeberanteil kontinuierlich gesunken

Seit Anfang der neunziger Jahre ist der Anteil der Arbeitgeber an der Finanzierung der Sozialleistungen kontinuierlich gesunken: von 39,3 Prozent 1991 auf 33,7 Prozent 2003. Berücksichtigt man nur die Beiträge an die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung, liegt der Anteil der Arbeitgeber noch niedriger. Auf sie entfallen lediglich 23,8 Prozent, auf die ArbeitnehmerInnen hingegen 25,9 Prozent. Entlastet werden die Arbeitgeber vor allem durch den seit Jahren steigenden Finanzierungsbeitrag des Staates.

Anteil öffentlicher Mittel, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer an der Finanzierung der Sozialleistungen 1991 – 2003 (in Prozent)



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Sozialbudget 2003, Stand: Januar 2005

personalien

••• ***Dr. Hans Pauli,*** 35, niedergelassener Rechtsanwalt, ist seit dem 1. Mai Referatsleiter für Gewerkschaftliche Arbeitsrechtspolitik in der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht des DGB.

••• ***Dr. Katharina Erdmenger,*** 34, Referatsleiterin für Struktur- und Regionalpolitik, Aufbau Ost sowie Unternehmenspolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. Mai Leiterin des Verbindungsbüros des DGB in Brüssel zu den Institutionen der EU.

••• ***Gloria Müller,*** 58, bislang Leiterin des Verbindungsbüros des DGB in Brüssel, ist ab dem 1. Juli Sozialreferentin der deutschen Botschaft in Wien.

14 TAGE

23.5. ISA Consult, Netzwerk-Treffen der Betriebsräte „Chancengleichheit in der Privatwirtschaft darf kein Zufall bleiben!", Berlin

1.6. Stichtag für die Sozialwahlen 2005

3./4.6. DGB Nord, Konferenz für Ehrenamtliche, „Gemeinsam sind wir besser", Hamburg

3.-5.6. IG BCE, Bundesjugendkonferenz, Bamberg

3.-5.6. DGB Baden-Württemberg, Landesjugendkonferenz, Markelfingen/Bodensee

7.6. Hans-Böckler-Stiftung und IMU Institut, Konferenz „Wirtschaftsförderung und Clusterpolitik in der Region Karlsruhe", Karlsruhe

Tipp

***Buch:* Martin Gehlen, Politikberatung in den USA, Der Einfluß von Think Tanks auf die amerikanische Sozialpolitik, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2005, 390 Seiten, 39,90 Euro**

Für die Debatte über die Zukunft des deutschen Sozialstaats sind die beiden Welfare-Reformen in den USA von 1988 und 1996 ein Lehrstück, nicht nur wegen der Einschnitte in das ohnehin schwach ausgeprägte soziale Netz in den USA, sondern weil sie die Blaupause für den Paradigmawechsel bilden, der seit den Hartz-Gesetzen auch unter Rot-Grün mehrheitsfähig ist. Ausgangspunkt der Sozialstaatsreform in den USA war ein Buch des konservativen Publizisten Charles Murray, der die Empfänger von Sozialleistungen selbst für ihre Lage verantwortlich macht. Durch die von beiden politischen Lagern getragenen Welfare-Reformen wurde nicht nur das Verhältnis von staatlicher Unterstützung und Eigenverantwortung neu definiert, sondern die staatlichen Leistungen wurden generell auf lebenslang maximal fünf Jahre begrenzt.
Detailliert zeigt der Politikwissenschaftler Martin Gehlen, welchen Einfluss die nicht nur in den USA mächtigen politischen Think Tanks auf diese bislang radikalste Abkehr eines Industriestaats vom Sozialstaatsmodell hatten.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, Tel. 030 / 27 59-2128, Fax 030 / 27 59-1309

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Berlin entnazifiziert"

Die Berliner tageszeitung (taz) am 9. Mai über die Sitzblockaden mit der am Tag zuvor gut 10 000 BesucherInnen des Festes der Demokratie, Gewerkschaftsmitglieder, Globalisierungskritiker und Anhänger sozialer Bewegungen einen Marsch der NPD durch die Berliner Innenstadt verhindert haben.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.06.2005 11/05

DGB

inhalt

Seite 2
Keine Wahlempfehlung
Der DGB stellt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor der kommenden Bundestagswahl in den Mittelpunkt

Seite 5
Politisch tot
Nach Günter Verheugen, Vizepräsident der EU-Kommission, ist die EU-Dienstleistungsrichtlinie vorerst vom Tisch. „Die Gewerkschaften haben gewonnen"

Seite 7
Vorteile erfahrbar machen
Das drohende Scheitern der EU-Verfassung hat ein politisches Erdbeben ausgelöst. Wolfgang Weinz, Projektkoordinator der Internationalen Union der Lebensmittel-, Restaurant- und Genussmittelarbeitergewerkschaften sieht noch Chancen für Europa.

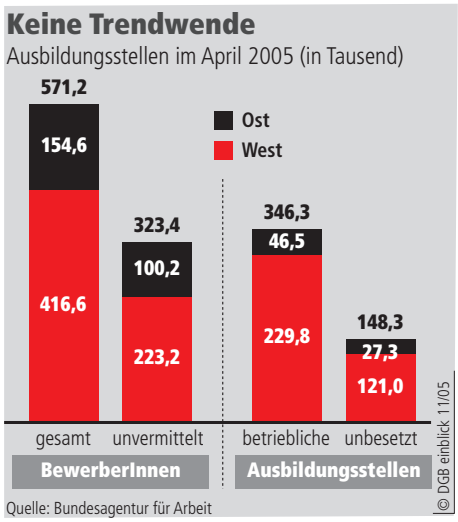
Ausbildungsplätze

Faule Wirtschaft

„Mobilisierung zeigt Erfolge – Der Ausbildungspakt": Glaubt man den plakativen Zeilen aus dem Bundeswirtschaftsministerium, ist „die Trendwende am Ausbildungsmarkt" eingeleitet. Dabei ist die Lage alles andere als rosig, weiß Heinrich Alt, Mitglied im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit. Seinen Angaben zufolge gab es Ende April eine rechnerische Lücke: 308 700 unvermittelten BewerberInnen standen lediglich 123 700 freie Lehrstellen gegenüber. Damit wurden zehn Prozent weniger Ausbildungsplätze als ein Jahr zuvor gemeldet.

Auch die DGB-Jugend kann die von Bundeswirtschaftsminister Clement (SPD) beschworene Trendwende nicht erkennen. Sie fürchtet vielmehr, dass es „immer drastischer bergab" geht. Nach ihren Berechnungen fehlen mehr als 200 000 Plätze (siehe Grafik). Die im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht bessere Vermittlung könne über den Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen nicht hinwegtäuschen.

Ver.di-Vize Frank Werneke bezeichnet den Ausbildungspakt als „völlig unzureichend". Er will langfristige und konjunkturunabhängige Lösungen, um die Ausbildungsplatzkrise zu beheben. ver.di halte an der Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage fest. Den Ausbildungspakt auf bestem Wege zur Mogelpackung sieht die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Grietje Bettin. Sie warf der Wirtschaft „Ausbildungsfaulheit" vor.



Bundesweit fehlen nach Berechnungen der DGB-Jugend zurzeit 224 914 betriebliche Ausbildungsstellen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ausbildungsplatzbilanz gerät ein Projekt der DGB-Jugend ins Blickfeld: In ihrem gerade vorgestellten „Schwarzbuch Ausbildung" listet die Gewerkschaftsjugend 77 Fälle aus einer Praxis in Ausbildungsbetrieben auf, die längst überwunden schien. Vom Putzen, Einkaufen über mehr als 60 Stunden Wochenarbeitszeit bis hin zu sexueller Belästigung und Mobbing zeugen die Berichte. Über fünfzig solcher Fälle werden mittlerweile jede Woche an die DGB-Jugend herangetragen, berichtet Christian Kühbauch, DGB-Bundesjugendsekretär. Die Website *www.doktor-azubi.de,* Mitte 2003 eingerichtet, wurde zur Anlaufstelle für Jugendliche, die Schwierigkeiten an ihrem Ausbildungsplatz haben.

Die schlechte Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erhöht den Druck auch auf die, die einen Ausbildungsplatz haben. Ingrid Sehrbrock, DGB-Vorstandsmitglied: „Hinsichtlich der Leidensbereitschaft müssen wir feststellen: Erst im schlimmsten Notfall bitten Auszubildende um Rat. Aus Angst, ihren Ausbildungsplatz zu verlieren, lassen sie sich viel zu viel gefallen."

Der DGB will nun mit den Arbeitgebern einen Qualitätspakt schließen. Künftig müsse es weniger Abbrecher und ein sinnvolles Qualitätsmanagement-System für die Ausbildung geben. •

plusminusBERLIN

+ ***Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, SPD, will Bemühungen um ältere Langzeitarbeitslose verstärken. Sie hätten nach wie vor besondere Probleme am Arbeitsmarkt, weshalb er einen mit 250 Millionen Euro dotierten Wettbewerb für die besten Beschäftigungspakte zu Gunsten Älterer starten will.***

– ***Edmund Stoiber, CSU, noch bayerischer Ministerpräsident, will niedrigere Steuern. Die sollen die ArbeitnehmerInnen finanzieren: Die Steuerbefreiung für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge soll fallen, „die Entfernungspauschale wird auf 25 Cent bis maximal 50 Kilometer gesenkt", so Stoiber.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.genderkompetenz.info
Grundlagen zu Gender Mainstreaming

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Eckpunkte für eine Reform des dualen Arbeitsschutz-Systems

Bundestagswahl 2005

Keine Unterstützung für Parteien

Der DGB stellt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt des für den Herbst geplanten Bundestagswahlkampfs. Er will keine Wahlempfehlung für Rot-Grün abgeben.

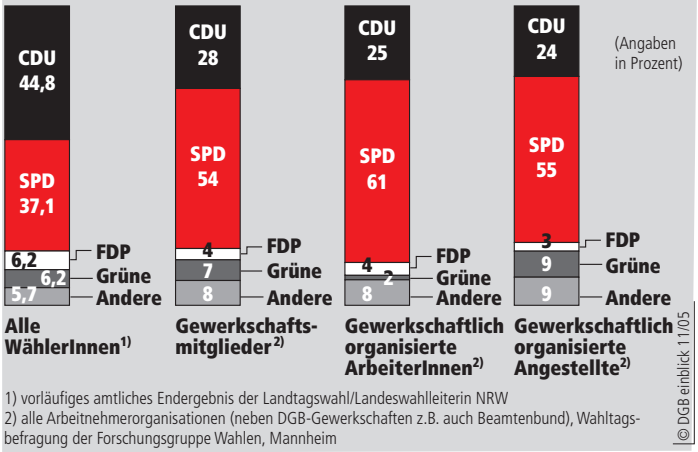
Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte gegenüber *einblick,* die Parteien müssten „in drei Punkten" Farbe bekennen: „Wie wollen sie erreichen, dass den Menschen ihre Zukunftsängste genommen werden? Wie wollen sie verhindern, dass Menschen zu Schmutzlöhnen arbeiten müssen? Und wollen sie die Tarifvertragsfreiheit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sichern?"

Mit Blick auf die mehr als 4,8 Millionen Arbeitslosen sagte Sommer: „Die Menschen haben genug von Sozialabbau und Deregulierung des Arbeitsmarktes." Diese Rezepte, die schon seit 25 Jahren verfolgt würden, hätten sich „als falsch erwiesen". Deshalb sei „ein kompromissloses Weiter-so" keine Antwort auf die Frage, „wie sozialer Zusammenhalt in diesem Land erhalten und ausgebaut werden kann".

In einem Interview mit der *Zeit* bekräftigte der DGB-Vorsitzende seine frühere Aussage, keine Wahlempfehlung zugunsten von Parteien abgeben zu wollen. „Im Zusammenhang mit den Hartz-Reformen und der Agenda 2010 gab es nun einmal Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften, die nicht vergessen sind." Dennoch gebe es gravierende Unterschiede zwischen den Parteien: „Bei der Tarifautonomie und der Mitbestimmung ist die Politik von Union und FDP schwammig bis antigewerkschaftlich", sagte Sommer im ZDF.

NRW: SPD bei GewerkschafterInnen vorn

Stimmen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 22.05.2005



1) vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl/Landeswahlleiterin NRW
2) alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z.B. auch Beamtenbund), Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Zwar bleibt die SPD bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen mit einem Stimmenanteil von 54 Prozent nach wie vor stärkste Partei, sie hat aber gegenüber der Landtagswahl 2000 sieben Prozentpunkte verloren. Dagegen konnte die CDU ihr Ergebnis bei den Gewerkschaftsmitgliedern von 22 Prozent bei der Wahl 2000 um sechs Prozentpunkte auf 28 Prozent verbessern.

Wichtige Gesetzesvorhaben: Noch viel zu tun

Die Absicht von Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Bundestagswahl um ein Jahr auf den 18. September vorzuziehen, stellt das Schicksal vieler Gesetzesinitiativen in Frage.

Antidiskriminierungsgesetz: Die längst überfällige Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien in deutsches Recht wird wahrscheinlich weiter auf sich warten lassen. Das Gesetz soll vor Diskriminierung im Arbeitsleben und Beruf schützen und Benachteiligungen wegen Rasse, Herkunft, Religion, Alter oder Behinderung verhindern; auch Betriebsrat und Gewerkschaft sollen dagegen klagen können. Die 2. und 3. Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag soll am 17. Juni stattfinden. Arbeitgeberverbände und Union lehnen den Gesetzentwurf ab. Im Bundesrat am 8. Juli dürfte er deshalb keine Mehrheit finden; er ist allerdings auch nicht zustimmungspflichtig. Was im Bundesrat oder danach passiert, ist offen. Fest steht nur, dass eine Lösung gefunden werden muss. In einem ersten Urteil hat der Europäische Gerichtshof Ende April bereits festgestellt, dass die Bundesregierung die Frist zur Umsetzung der Richtlinie nicht eingehalten hat. Nun droht möglicherweise ein Zwangsgeld.

Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes: Tariflich vereinbarte Mindestlöhne sollen nicht nur am Bau, für Maler, Lackierer und Dachdecker sowie im Abbruchgewerbe gelten, sondern auf alle Branchen ausgeweitet werden können – vorausgesetzt, die Tarifparteien wollen das. Ausländische Arbeitgeber müssten dann ihren nach Deutschland entsandten Arbeitnehmern diesen Mindestlohn zahlen. So ist der Plan. Union und FDP lehnen den am 13. Mai erstmals im Bundestag beratenen rot-grünen Kabinettsentwurf allerdings ab. Die CDU/CSU ist nur bereit, die Ausweitung des Entsendegesetzes auf einzelne Branchen zu prüfen. Am 1. Juli soll die 2. und 3. Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag stattfinden. Stimmt die Mehrheit des Parlaments der Novelle erwartungsgemäß zu, könnte sie am 8. Juli im Bundesrat auf der Tagesordnung stehen.

Eigenheimzulage: Die von Rot-Grün angestrebte – und vom Bundestag bereits im Oktober 2004 beschlossene – Abschaffung der Eigenheimzulage zugunsten von Investitionen in Bildung und Forschung, die auf Zustimmung des DGB gestoßen war, ist vorläufig gescheitert. Die Union lehnt sie bislang ab, das Vermittlungsverfahren ist bereits mehrfach vertagt worden. Damit liegt das Vorhaben auf Eis. Mehrere Oppositionspolitiker erwägen aber, nach einem Wahlsieg die Eigenheimzulage ganz oder teilweise zu streichen.

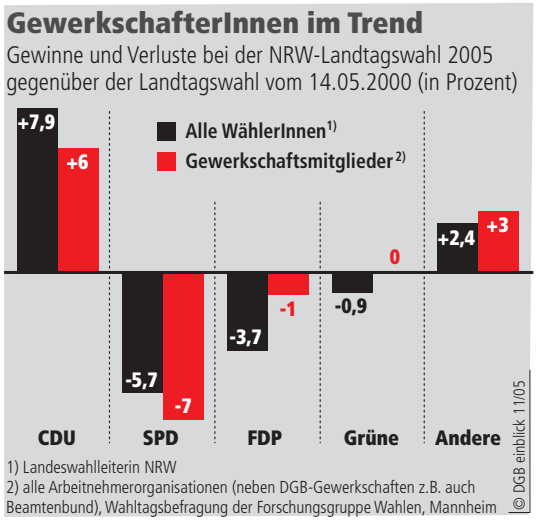
Senkung der Unternehmenssteuer: Die Körperschaftssteuer wird wohl nicht wie geplant zum 1. Juli von 25 auf 19 Prozent sinken. Die SPD-Fraktion ist zwar mehrheitlich dafür, aus Sicht der Grünen fehlt es jedoch an der – auch vom DGB geforderten – aufkommensneutralen Gegenfinanzierung. Zudem hat der unionsdominierte Bundesrat Vorbehalte. Den zu erwartenden Steuerausfall von 6,2 Milliarden Euro solle die

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske sagte dem Berliner *Tagesspiegel,* die Bürger zweifelten offenbar zunehmend an der Fähigkeit von Rot-Grün, „soziale Gerechtigkeit mit Innovationen zu verbinden". Allerdings, so Bsirske weiter, würde „eine schwarz-gelbe Agenda die Lage noch deutlich verschlechtern".

Nach Auffassung des IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters kann „nur ein Politikwechsel" die SPD wieder mehrheitsfähig machen. Die Partei müsse „wieder eine klare und nachvollziehbare Politik im Interesse der Arbeitnehmer" machen. Die rot-grünen Arbeitsmarktreformen würden „als Bedrohung empfunden". Gleichzeitig betonte Peters, dass die Programmatik der CDU „keine Alternative für die Arbeitnehmer" darstelle.

Dem Linksbündnis, das PDS und WASG in Konkurrenz zur SPD anstreben, erteilten sowohl Peters als auch Sommer eine Absage. „Wenn sich die Linke spaltet", so der DGB-Vorsitzende, „wird sie dadurch sicher nicht stärker." Davon profitierten die Konservativen und Rechten.

Auch der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel meint, die Sozialdemokraten hätten nur dann eine Chance, „wenn sie ihren Kurs ändern". Verbale antikapitalistische Attacken seien zu wenig, schreibt Wiesehügel in der Mitgliederzeitschrift seiner Organisation. Das sieht der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt etwas anders. Ein radikaler Kurswechsel wäre „nicht glaubwürdig", zitiert ihn *IG BCE aktuell.* Ein solcher Schwenk würde von den WählerInnen nicht honoriert. Schmoldt hält es allerdings „für erforderlich und selbstverständlich, den bisherigen Reformprozess zu überprüfen". Das sei im Übrigen in Sachen Hartz IV zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften längst vereinbart. Akzeptanz gewinne Reformpolitik nur, wenn sie auch sozial ausgewogen sei. •



Die SPD hat bei der NRW-Wahl unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit einem Minus von sieben Prozentpunkten nur wenig mehr verloren als von der Gesamtheit aller WählerInnen. Doppelt so hoch wie bei allen Wählerinnen fallen dagegen die Verluste für die SPD bei den ArbeiterInnen und den Arbeitslosen mit minus elf Prozent aus, auch wenn sie in beiden Gruppen stärkste Partei bleibt (ArbeiterInnen: SPD 45 Prozent, CDU 39 Prozent; Arbeitslose: SPD 36 Prozent, CDU 34 Prozent). Auch bei ihrer Stammklientel, den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, verliert die SPD elf Prozentpunkte, schneidet in dieser Gruppe aber immer noch mit 61 Prozent überdurchschnittlich gut ab. Die CDU gewinnt dagegen bei ArbeiterInnen und Arbeitslosen jeweils neun Prozentpunkte sowie bei den ArbeiterInnen mit Gewerkschaftsmitgliedschaft sieben Prozentpunkte hinzu.

Wirtschaft gegenfinanzieren, hatten Rot-Grün und CDU/CSU auf dem Job-Gipfel Mitte März vereinbart. Ob das Gesetz noch vor der geplanten Neuwahl im Herbst verabschiedet werden kann, ist fraglich.

Vorziehen des Zahlungstermins für Sozialversicherungsbeiträge: Ab Januar 2006 sollten die Unternehmen die Sozialabgaben bereits Ende des Monats und nicht erst Mitte des Folgemonats an die Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung überweisen. So die Idee von Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD). Den Sozialkassen will sie auf diese Weise zu mehr Liquidität verhelfen bzw. die Beitragssätze stabil halten. Die Sozialversicherung könne sich den bislang gewährten „zinslosen Kredit an die Unternehmen nicht mehr leisten". Der Gesetzentwurf soll noch vor der Sommerpause alle parlamentarischen Hürden genommen haben. Der Bundesrat muss dem Gesetz nicht zustimmen.

Zusatzverdienst für Langszeitarbeitslose: Bundesregierung und CDU/CSU haben sich bereits Mitte April darauf verständigt, die Zuverdienstgrenzen für Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen zu erweitern. Dem gemeinsamen Gesetzentwurf zufolge werden die bisherigen Absetzbeträge wie zum Beispiel Werbungskosten durch einen Grundfreibetrag von 100 Euro ersetzt. Bis zu einem Bruttoeinkommen von 800 Euro beträgt der Freibetrag 20 Prozent; ab einem Einkommen von 800 Euro dürfen Langzeitarbeitslose zehn Prozent behalten. Die Obergrenze liegt für Hilfsbedürftige ohne Kinder bei 1200 Euro, für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern bei 1500 Euro. Diese Nachbesserung der Hartz IV-Reform soll am 1. Oktober in Kraft treten.

Ältere Arbeitslose besser stellen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will Hartz IV aufbrechen. Der Anspruch älterer ArbeitnehmerInnen auf Arbeitslosengeld solle verlängert werden, erklärte Fraktionsvize Ronald Pofalla. Konkreter wurde DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer: Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere müsse „aufgehoben und verschoben" werden, bis sich die Arbeitsmarktlage entspannt habe. Es könne nicht sein, dass ArbeitnehmerInnen, die jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, „künftig nach nur zwölf Monaten Arbeitslosigkeit vor dem persönlichen Offenbarungseid stehen". Noch beziehen über 57-Jährige 32 Monate lang Arbeitslosengeld, ab Februar 2006 wird die Bezugsdauer auf maximal 18 Monate verkürzt (für Jüngere wird sie im Regelfall auf zwölf Monate begrenzt).

Der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Gerd Andres, hat den Unions-Vorschlag abgelehnt. Die erforderlichen Angaben zu den Beschäftigungszeiten stünden „kurzfristig nicht zur Verfügung". Auch Grünen-Sprecherin Thea Dückert und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt winkten ab: „zu teuer".

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di und weed

Billig wird zum Problem

Der Großeinkauf beim Discounter, für Menschen mit geringem Einkommen schiere Notwendigkeit, gilt anderen als schick. Welche Ausmaße die „Discounterisierung" des Einzelhandels national und global angenommen hat, zeigt die Informationsbroschüre „Grenzenlos billig?". ver.di und weed (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) haben sie gemeinsam herausgegeben, um die Zusammenhänge zwischen Schnäppchen hier und miesen Jobs dort, zwischen Marktmacht und Druck auf Zulieferer deutlich zu machen. Auf rund hundert Seiten informieren die Autorinnen über Deregulierung, Strategien der Einzelhandelskonzerne und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf EU-Ebene. Sie zeigen aber auch Alternativen. Sarah Bormann, Christina Deckwirth, Saskia Teepe, Grenzenlos billig?, Berlin 2005, ISBN: 3-937383-21-2. Erhältlich für 7 Euro plus Versand. •

www.weed-online.org

Konservative Denkfabriken

LobbyControl enttarnt Netzwerke

Wirtschaftsnahe Lobbygruppen, konservative Denkfabriken und von der Industrie finanzierte PR-Kampagnen wie die Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft gewinnen immer mehr Einfluss auf Politik und Medien und auf die öffentliche Meinung. Wirksam sind die konservativen Netzwerke, weil sie im Verborgenen arbeiten.

Das neue Internetportal LobbyControl will das ändern. Es legt offen, wer mit wem in Wirtschaft, Politik und Medien vernetzt ist. Und es berichtet, wie die Wirtschaft Kampagnen steuert und Politiker finanziert. Basis des Informationsangebots sind vor allem aktuelle Zeitungsartikel und Studien über die verschiedenen Lobbygruppen.

Entstanden ist die Idee zum Aufbau des Internetportals LobbyControl im vergangenen Jahr auf dem Kongress „Gesteuerte Demokratie?". Mitinitiator des Projekts ist der Politikwissenschaftler Ulrich Müller, bis Anfang des Jahres Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation FIAN. Die aktuellen Beiträge und Terminhinweise werden auch als Online-Newsletter verschickt.

www.lobbycontrol.de

DGB-Tagung

Fachgerichte erhalten

Die CDU-regierten Bundesländer wollen die bestehenden fünf Fachgerichtsbarkeiten stärker vereinheitlichen, um sie eventuell in einem zweiten Schritt zu nur noch zwei Gerichtsbarkeiten zusammenzulegen. Nach Auffassung des DGB ist der Erhalt der Arbeits- wie auch der Sozialgerichte aus inhaltlichen Gründen dringend nötig. Der Sicht der Gerichte selbst wird bei einer Tagung des DGB-Bundesvorstandes am 20. Juni Gehör verschafft. Die Tagung beginnt um 10.30 Uhr in der Hessischen Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin. •

ver.di-Fachtagung

Farbe bekennen

Die Wellen schlugen hoch, als der Entwurf der rot-grünen Bundesregierung für ein Antidiskriminierungsgesetz (ADG) bekannt wurde. Arbeitgeber und Opposition sehen darin massive Beeinträchtigungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dabei werden mit diesem Gesetz lediglich EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt. Der ver.di-Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik und die Heinrich-Böll-Stiftung wollen mit einer Fachtagung einen Beitrag zur Versachlichung leisten: Unter dem Titel „Farbe bekennen!" werden am 15. Juni GewerkschafterInnen und PolitikerInnen über die Auswirkungen des ADG diskutieren. Dabei erläutert Gesa Böckermann von der EU-Kommission, wie die Antidiskriminierungsrichtlinien in anderen EU-Ländern umgesetzt worden sind. Die Veranstaltung beginnt um 11 Uhr in der ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. •

Fax 030 / 69 56 30 80

DGB-Bildungswerk

Angebote zu Gesundheit

Arbeit ist gefährlich, denn sie kann krank machen. Ob nun durch Mobbing, belastende Arbeitsabläufe oder zu viele Überstunden: In jedem Fall sollte rechtzeitig gegengesteuert werden. Dazu müssen Beschäftigte und Betriebsräte wissen, wie sich Stressfaktoren äußern, welche Sicherheitsbestimmungen es gibt und wie Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz durchgesetzt werden kann. Diese Themen behandelt das DGB-Bildungswerk in seinen Seminaren im Bereich „Sicherheit und Gesundheit". Sie sind in einem Infoflyer zusammengefasst, der beim DGB Bildungswerk, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, erhältlich ist. •

www.dgb-bildungswerk.de

Bund-Verlag

Starke Seiten

Für Betriebs- und Personalräte, Gewerkschafter, Fachanwälte für Arbeitsrecht und alle Interessierten sind sie unverzichtbar, die informativen Bände aus dem Bund-Verlag zu Themen wie Betriebsratswahlen, Öffentliches Dienstrecht, Arbeits- und Sozialrecht. Anfang Mai ist der aktuelle, 40 Seiten umfassende Katalog erschienen, der in knappen Zusammenfassungen vermittelt, für welche Zielgruppen die Bund-Bände konzipiert sind. •

www.bund-verlag.de

interregio

••• Der ***DGB NRW*** will, dass schulische Lehrerräte mehr Verantwortung bei der ***Interessenvertretung der Lehrkräfte*** und bei der Verbesserung der Schulqualität erhalten. Entsprechende Ergebnisse hatte das Kooperationsprojekt „Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitgestaltung in Schulen" von NRW-Schulministerium, der Bertelsmann Stiftung und dem DGB NRW ergeben. An sechs Modellschulen war erprobt worden, ob sich aus dem Lehrerrat „eine stärker mitwirkende Institution entwickeln lässt". Infos: Norbert Wichmann, Tel. 0211 / 43 01 239

••• Die ***DGB Region Bremen*** beherbergt noch bis zum 15. August Bilder des ***Kunstprojekts*** „moving paintings". Die Idee: Kunstwerke tauchen für unbestimmte Zeit an ungewöhnlichen Orten auf: im Schnellimbiss, im Polizeirevier oder im Gewerkschaftshaus. Ein Stadtplan auf der Internetseite des Projekts weist den Weg zu aktuellen Ausstellungen. Das DGB-Haus am Bahnhofsplatz ist montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr geöffnet (freitags nur bis 12:30 Uhr).

Infos: *www.movingpaintings.de*

POLITIK AKTUELL

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Verheugen: Gewerkschaften haben gewonnen

Glaubt man Günter Verheugen, dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, so ist der umstrittene Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie politisch tot. Auf einer Fachtagung von ver.di-Bund und ver.di-NRW am 20. Mai in Düsseldorf sagte er: „Dieser Entwurf wird nicht verabschiedet." Die Kommission werde keiner Richtlinie zustimmen, die einer Verschlechterung von Lohn-, Sozial-, Qualitäts- und Umweltstandards Tür und Tor öffne.

Genau das befürchten die Kritiker des Entwurfs. Sieht er doch vor, dass Firmen aus EU-Staaten überall in der EU ihre Dienstleistungen zu den Bedingungen erbringen dürfen, die in ihrem Heimatland gelten (Herkunftslandprinzip). Der Europäische Gewerkschaftsbund hatte dagegen am 19. März in Brüssel demonstriert.

Er sehe „keine unüberwindbaren politischen Probleme mehr, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen", sagte Verheugen in Düsseldorf. Aus Sicht der Gewerkschaften, so der EU-Kommissar, sei die Schlacht gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie „nicht nur geschlagen – sie ist gewonnen".

Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske war das „eine gute Botschaft". Trotzdem warnte er davor, den Richtlinien-Entwurf – „diesen unkontrollierten neoliberalen Freilandversuch" – schon als gescheitert anzusehen. Es müsse weiter dagegen gehalten werden.

Die Korrekturarbeiten am Entwurf machen derweil Fortschritte. Die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt, Berichterstatterin in Sachen Dienstleistungsrichtlinie, hat am 24. Mai im Binnenmarkt-Ausschuss des EU-Parlaments den zweiten und letzten Teil ihres 106 Seiten-Berichts zum Richtlinien-Entwurf vorgelegt *(www.europarl.eu.int/comparl/imco/services_directive/050525_pr_gebhardt_de.pdf).*

Bereits am 19. April hatte sie entscheidende Änderungen vorgeschlagen: Danach soll das Herkunftslandprinzip gestrichen und durch das Ziellandprinzip ersetzt werden. Firmen sollen also in jedem EU-Land ihre Dienstleistung „unter den gleichen Bedingungen ausüben, wie sie dieses Land auch für seine eigenen Staatsangehörigen vorschreibt". Außerdem soll die Dienstleistungsfreiheit nur für kommerzielle Dienstleistungen – und nicht für solche der öffentlichen Daseinsvorsorge – gelten. Am 24. Mai ergänzte sie ihren Bericht um den Vorschlag, im Zielland „einen einheitlichen Ansprechpartner vorzusehen". Denn nicht wie geplant das Herkunftsland des Dienstleisters soll die Qualität der erbrachten Dienstleistungen sicherstellen, sondern das Zielland. Mit der 1. Lesung des Richtlinien-Entwurfs im EU-Parlament rechnet Gebhardt Ende Oktober.

Die IG Metall hat eine Studie zu den Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgestellt *(www.igmetall.de/pressedienst/2005/044.html).* Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode erklärte, dem bereits stattfindenden Dumpingwettlauf werde durch die geplante Richtlinie „erst recht Tür und Tor geöffnet". Er appellierte an die EU-Kommission, „den verkorksten Entwurf komplett zurückzuziehen". Das sei „besser als Schadensbegrenzung".

Der DGB dringt in seiner – zur Anhörung im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Arbeit am 30. Mai – vorgelegten Stellungnahme auf wesentliche Änderungen des Richtlinien-Entwurfs. Dabei zog auch der Bundestagsausschuss ein ganz ähnliches, kritisches Fazit. Sowohl die rot-grüne Regierungskoalition als auch die CDU bemängelten, dass die EU-Kommission weder einen Vertreter noch schriftliche Antworten auf die Fragen des Ausschusses geschickt hatte. •

Neue Mindestlöhne

Chance verbaut

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) wäre in der Lage, im Gebäudereinigerhandwerk sowie in der Land- und Forstwirtschaft Mindestlöhne einzuführen. Allein die Ankündigung der Bundesregierung, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auszuweiten, habe dazu geführt, dass sich die Arbeitgeberverbände in diesen beiden Branchen für die Vereinbarung von Mindestlöhnen verhandlungsbereit gezeigt hätten, erklärte IG BAU-Vize Ernst-Ludwig Laux. Diese Mindeststandards würden dann auch für ausländische Arbeitgeber gelten und dem Lohndumping in Deutschland Grenzen setzen.

Ob es dazu kommt, ist jedoch höchst fraglich. Die CDU/CSU lehnt die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen ab. Laut Unions-Fraktionsvize Ronald Pofalla käme allenfalls „eine partiell befristete Ausweitung des Entsendegesetzes auf einzelne Branchen" in Frage. •

Forum für Gerechtigkeit

Erstes deutsches Sozialforum

Vier Jahre nach dem ersten Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre findet vom 21. bis 24. Juli in Erfurt das erste deutsche Sozialforum statt. Getragen wird das „Sozialforum in Deutschland" von über einhundert politischen Organisationen, vom Arbeitslosenverband Deutschland über das globalisierungskritische Netzwerk attac, christlichen Verbänden wie die KAB und Brot für die Welt bis hin zum entwicklungspolitischen Dachverband weed. Auch das DGB-Bildungswerk und die Gewerkschaften GEW, IG BAU, IG Metall und ver.di gehören mit zu den Veranstaltern des viertägigen Treffens. Geplant sind neben einer Vielzahl kleiner Veranstaltungen vier parallele Konferenzen zu den Themen „Arbeitswelt", „Frieden, Globalisierung, Nord/Süd", „Menschenrechte" sowie „Anders leben". Der Teilnahmebeitrag am gesamten Sozialforum beträgt 50 Euro, bei geringem Einkommen 20 Euro. •

www.sozialforum2005.de

Migration in der EU

Unterschätzter Effekt

Das Bruttoinlandsprodukt der erweiterten EU steigt um 0,2 bis 0,3 Prozent, wenn ein Prozent der Bevölkerung aus den osteuropäischen Beitrittsländern in den Westen wandert. Die Wachstumseffekte der Ost-West-Wanderung liegen damit höher als die Effekte, die durch den zusätzlichen Handel im Zuge der Osterweiterung zu erwarten sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Während die Arbeitslosigkeit in der EU insgesamt sinke, könnte sie in den Zuwanderungsländern allerdings geringfügig steigen. Das gelte aber nicht, wenn sich die Migranten in prosperierenden Ballungszentren niederlassen. •

kurz&bündig

GEW-Hochschulexperte Gerd Köhler hat vorgeschlagen, dass Studierende selbst entscheiden können, ob sie mit den neuen Bachelor- und Master-Abschlüssen oder mit einem traditionellen Abschluss ihr Studium beenden. Nur so lasse sich die Akzeptanz der neuen Studiengänge bei den Studierenden und der Wirtschaft erhöhen.

Die Gewerkschaft der Polizei hat auf ihrer Homepage eine Stellentauschbörse eingerichtet. In einem passwortgeschützten Bereich können Mitglieder bundesweit Tauschangebote veröffentlichen. Name und E-Mail-Adresse der Interessenten werden verschlüsselt.

Die NGG hat einen Preis für Nachwuchsjournalisten ausgelobt. Unter dem Motto „Solidarität und Arbeit – Museum oder Zukunftswerkstatt?“ werden Beiträge aus Print- und Rundfunkmedien gesucht, die sich mit der Zukunft der Solidarität in der modernen Arbeitswelt auseinandersetzen. Bewerbungsschluss ist der 1. September. Der Preis ist mit 10 000 Euro dotiert.
www.ngg.net

Die IG BAU fordert eine Korrektur der Förderkriterien für Ich-AGen. Nach dem Wegfall der Meisterpflicht in einigen Berufen würden die Ich-AGs in der Baubranche massiv für Scheinselbstständigkeit missbraucht.

Aufsichtsratsvergütungen

Auf dem Prüfstand

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Deutsche Gewerkschaftsbund überprüfen zurzeit die Regelungen zur Abführung von Aufsichtsratstantiemen an die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung. Der Beschlusslage in den verschiedenen Gewerkschaften zufolge dürfen deren VertreterInnen in Aufsichtsräten nur einen geringen Teil der Vergütungen behalten. Mit den Mitteln aus diesen Abführungen finanziert die Böckler-Stiftung Forschungen zum Thema Arbeit und Gesellschaft und fördert Studierende und Doktoranden.

Nach den Vorstellungen von ver.di sollen künftig bei der Berechnung des abzuführenden Anteils die eigenen Kosten durch Schulung, Personal und eventuelle Sachmittel berücksichtigt werden. Währenddessen berät auch die Revisionskommission des DGB über Änderungen der seit 2000 geltenden Regelungen. Es sei notwendig, die Abführungsregeln an die geänderten Modalitäten und Höhen der Aufsichtsratsvergütungen anzupassen. •

Pressestellen-Test

ACE liegt vorn

Bei einem Test der Fachzeitschrift *prmagazin* (Ausgabe Mai) hat die Pressestelle des gewerkschaftlich orientierten ACE Auto Club Europa mit einer Durchschnittsnote von 1,3 den ersten Platz unter neun getesteten Automobilclubs erreicht. Die zentrale Pressestelle des Branchenführers ADAC in München, dort sind alleine 15 Medienfachleute im Einsatz, landete hingegen nur im Mittelfeld auf Platz 4. Grundlage der Bewertung war ein verdeckter Test, mit dem die Leistungsfähigkeit der Pressestellen ermittelt wurde. Die Testfragen rankten sich um die Feinstaubproblematik und die Lösungen, die die Clubs dazu parat haben. Bewertet wurde die telefonische Erreichbarkeit eines fachkundigen Gesprächspartners (ACE: sofort, Note 1), die Reaktionszeit bis zur Antwort/zum Rückruf (ACE: schnell, Note 2) und die Qualität der Auskunft (ACE: sehr gut, Note 1). •

„We love to support you“: Die IG BCE wartet mit einem neuen Serviceangebot auf, dass kompetente Beratung und Unterstützung für die Planung und Durchführung von Projekten liefern soll. Mit modernen Arbeitsformen für beteiligungsorientierte Projektarbeit sollen Aufgaben und Projekte auf eine stabilere Basis gestellt und auf mehr Schultern verteilt werden. Die Devise der IG BCE dabei: Machen statt Macht!
www.pronet.igbce.de

EU-Arbeitszeitrichtlinie

EU-Parlament setzt Maßstab

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und seine Stellvertreterin Ursula Engelen-Kefer haben Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) in einem Brief aufgefordert, sich in den weiteren Beratungen über die Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie *(einblick 6/05)* dafür einzusetzen, dass dem Votum des EU-Parlaments vom 11. Mai Rechnung getragen wird. Mit großer Mehrheit hatte das Parlament dem Vorschlag der EU-Kommission zur Revision der Richtlinie widersprochen und den weitreichenden Flexibilisierungsplänen der Kommission eine Absage erteilt. Unter anderem beschlossen die europäischen Parlamentarier, dass entsprechend einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit zu werten seien. Das wird von den Gewerkschaften einhellig begrüßt. Positiv sei auch, dass die Beibehaltung des so genannten Opt-out, der Möglichkeit, in individuellen Vereinbarungen die Arbeitszeit auszudehnen, von den Parlamentariern abgelehnt wurde. Zwar sei das EU-Parlament nicht in allen Punkten den Vorschlägen der Gewerkschaften gefolgt, etwa was den Stellenwert tarifvertraglicher Lösungen betrifft, dennoch könnten mit den beschlossenen Änderungen die Absenkung von Mindeststandards und die Gefahr einer grundsätzlichen Verschlechterung der Arbeitszeitpolitik eingedämmt werden, so Sommer und Engelen-Kefer. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren dürften die beteiligten Institutionen nun nicht hinter die Positionen des Europäischen Parlaments zurückfallen. Anfang Juni befasst sich der Europäische Rat mit der Arbeitszeitrichtlinie und der Entscheidung des EU-Parlamentes. •

Folgen des EU-Referendums in Frankreich

Ach, Europa

Das Scheitern des Referendums über die EU-Verfassung in Frankreich hat ein politisches Erdbeben ausgelöst. Zurückgewinnen kann die EU das Vertrauen ihrer Bürger nur, wenn die Vorteile der europäischen Integration für sie erfahrbar werden, meint Wolfgang Weinz.

Das französische EU-Votum ist mehr als die Abstrafung der französischen Regierung und ihres Präsidenten. Zusammen mit dem Votum in den Niederlanden ist in ihm ein tiefes **Misstrauen gegen Tempo und Seriosität der europäischen Integration** erkennbar. Die drei großen Projekte – Binnenmarkt, gemeinsamer Währungsraum und Osterweiterung – sind bei den BürgerInnen nicht angekommen. Der Dialog mit den WählerInnen findet, wenn überhaupt, zu spät und nur oberflächlich statt. Die EU gefährdet dadurch ihre Zukunft, denn das Misstrauen der Menschen richtet sich nicht gegen Europa, sondern gegen dessen unzureichende Ausgestaltung, wie das Beispiel Osterweiterung zeigt.

Gerade mal ein Jahr nach dem Beitritt der neuen EU-Länder **brechen überall die Dämme.** Mit hektischen Notmaßnahmen – einheitliche Steuersätze, Mindestlohn, Entsendegesetz – sollen die sozialpolitischen Kollateralschäden der europäischen Einheit geheilt werden. Gleichzeitig erfahren wir Aufklärung in ökonomischer Vernunft. Wer die hohen Tariflöhne und Sozialkosten nicht senkt, dürfe sich über Wanderungsbewegungen, Konkurrenzdruck und Arbeitslosigkeit nicht wundern. Die zweite Lektion betrifft die Tabuisierung des Wortes Lohndumping. Der EU-weite Lohnsenkungswettlauf sei keine Außenhandelsstrategie, bei der die Exportpreise unter den vergleichbaren Inlandspreisen liegen. Diese Feinheiten der ökonomischen Theorie sind für die unter miserablen Arbeitsbedingungen tätigen mittel- und osteuropäischen Beschäftigten und die Arbeitslosen in den Niedriglohnsektoren Westeuropas von geringer Relevanz. Denn natürlich handelt es sich um Sozialdumping, wenn günstigere Herstellungskosten durch niedrigste Löhne und unsoziale Standards **Belegschaften und ganze Volkswirtschaften erpressbar machen.**

Und wir lernen, dass sich der reformresistente Westen endlich ein Beispiel am reformfreudigen Osten nehmen soll. Tatsache ist aber, dass die Beitrittsländer ökonomisch ausgeblutet sind. Selbst ein Wachstum von zwei Prozent über dem EU-Durchschnitt muss die nächsten 30 Jahre anhalten, wenn die Kaufkraft der alten EU erreicht werden soll. Zweitens drückt natürlich die ökonomische Lage in den Beitrittsländern auf die soziale Situation: hohe Arbeitslosigkeit, hoher Anteil der Schwarzarbeit, Korruption, marode soziale Sicherungssysteme. Hinzu kommt der schon chronisch zu nennende Volkssport, staatliche Steuersysteme, wo es nur geht, zu umgehen. Die niedrigen Steuersätze kommen einer fiskalpolitischen Verzweiflungstat gleich, um wenigstens einen Teil der nationalen Wertschöpfung in die Staatskasse zu lenken. Und drittens darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich im Fall des Baltikums, bei

Dr. Wolfgang Weinz, 51, ist Projektkoordinator der Internationalen Union der Lebensmittel-, Restaurant- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) in Genf.

Slowenien, Tschechien und der Slowakei – also bei sechs der acht Beitrittsländer Mitteleuropas – um **Nationalstaatsbildungen im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert** handelt. Nach über vierzigjähriger sowjetischer Hegemonie entsteht so nicht wirklich nachahmenswert Neues, sondern der Not gehorchend entwickeln sich Elemente eines Neuanfangs, und niemand weiß wirklich, wie stabil das Fundament ist. Dass schließlich in diesen Staaten Zivilgesellschaften erst im Entstehen sind, wird allseits beklagt. Die Frage ist also nicht, ob den Staaten Mittel- und Osteuropas eine reformpolitische Vorbildfunktion zukommt. Sie hatten gar **keine Alternative in der Hektik der Zeitläufte** und mit der Vergangenheit, die sie hinter sich gelassen haben.

Für die 75 Millionen NeubürgerInnen der EU, die dem realen Sozialismus gerade entkommen sind, stellen die Anpassungsleistungen die Eintrittskarte in die EU dar. Dies allerdings nicht, um einem Unterbietungswettlauf weiter die Hand zu reichen, sondern um endlich **im siegreichen Gegenmodell der sozialen Marktwirtschaft** anzukommen.

Die Erwartungen der Menschen in den Beitrittsländern und in den alten EU-Ländern sind weit weniger gegensätzlich, als oft von den Neoliberalen unterstellt. Für beide gilt: Die Akzeptanz der europäischen Integration hängt entscheidend davon ab, ob die BürgerInnen in der europäischen Integration **einen Vorteil erkennen und ihn alltäglich erleben.** In der Nachkriegszeit gelang das durch die Schaffung von Wohlstand und die Abwesenheit von Krieg. Mit dem Ende des Kalten Krieges muss dies von einem europäischen Sozialmodell geleistet werden, das seinen Namen auch verdient. •

Europas Neustart

Mit 54,9 Prozent Neinstimmen ist das Votum der Franzosen über die EU-Verfassung deutlicher ausgefallen als erwartet. Für viele Franzosen war das Nein nicht nur eine Misstrauenserklärung gegen die französische Innenpolitik, sondern auch ein Votum gegen eine als zu wirtschaftsnah empfundene EU-Politik, die sich über die Interessen ihrer Bürger nach Arbeit und sozialer Sicherheit hinwegsetzt. Allen Zielen der EU-Verfassung zum Trotz, mit der zum ersten Mal Elemente eines europäischen Sozialmodells in das europäische Vertragswerk verankert werden sollen.

Angesichts des drohenden Scheiterns der EU-Verfassung hat Sommer von den Spitzenvertretern der EU sofortige Initiativen „für ein soziales Europa" verlangt. In einem Schreiben an die Präsidenten des Rates, die Kommission und das Parlament führt Sommer die gegenwärtige Krise auf einen „Mangel an sozialer Balance in der europäischen Politik" zurück. Die Politik sei gut beraten, sich nicht über das Abstimmungsergebnis hinwegzusetzen. „Europa wird sozial sein oder es wird gar nicht sein".

Eine erste Vorentscheidung, wie die EU auf das Scheitern des Verfassungsreferendums in Frankreich reagieren soll, wollen die Regierungschefs der 25 EU-Staaten auf ihrem Gipfel am 16. und 17. Juni in Brüssel treffen.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

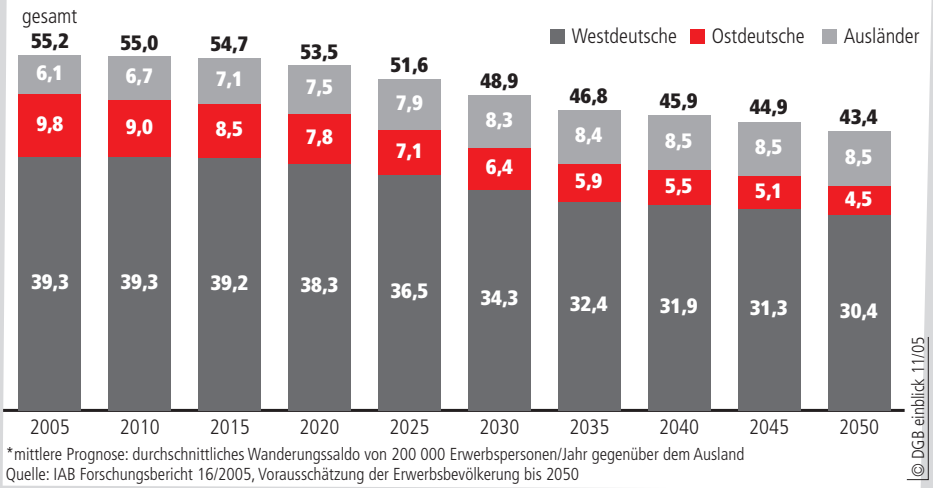
DIES & DAS

die DGB grafik

ERWERBSBEVÖLKERUNG: Bis 2050 im Osten halbiert

Ohne eine Veränderung der Geburtenrate geht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland bis 2050 um ein Fünftel zurück, von 55,2 auf 43,4 Millionen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Dramatisch ist der Rückgang in den neuen Ländern: Dort sinkt die Zahl der 15- bis 64-Jährigen in den nächsten 45 Jahren um 50 Prozent, von 9,8 auf 4,5 Millionen. Ohne das unterstellte Wanderungssaldo von 200 000 Ausländern pro Jahr wäre der Rückgang noch stärker.

Zahl der 15- bis 64-Jährigen in Deutschland 2005 bis 2050 (in Millionen)*



*mittlere Prognose: durchschnittliches Wanderungssaldo von 200 000 Erwerbspersonen/Jahr gegenüber dem Ausland
Quelle: IAB Forschungsbericht 16/2005, Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung bis 2050

© DGB einblick 11/05

personalien

••• ***Audrey Podann,*** 29, Studium der Politikwissenschaften an der FU Berlin, bis April 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, ist seit dem 31. Mai Gewerkschaftssekretärin in der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB.

••• ***Hans-Detlev Küller,*** 61, ehemals Referatsleiter für Mitbestimmung beim DGB-Bundesvorstand, von September 1999 bis August 2004 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Riga, seitdem Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik beim DGB Sachsen, ist seit dem 1. Juni Referatsleiter für Europäische Berufsbildungspolitik beim DGB-Bundesvorstand.

14 TAGE

7./8.6. IG Metall Bayern, Fachtagung „Zukunftsperspektiven für die Automobilhersteller- und Zulieferindustrie", Bayreuth

9.6. DGB und Arbeitnehmerkammer Bremen, Tagung „Was heißt hier geschlechtergerecht? Gender Mainstreaming in Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung", Bremen

10.-12.6. DGB-Bildungswerk und Evangelische Sozialakademie Friedewald, Tagung „Brasilien boomt – für wen?", Hattingen

12.-17.6. DGB- und IG BAU-Jugend, deutsch-polnisches Gemeinschaftsseminar „Aktiv gegen Rechtsextremismus", Hattingen

13.6. DGB Nord, „Just do it – Was ändert sich?" Tagesveranstaltung zum Berufsbildungsgesetz, Hamburg

15.6. ver.di und Heinrich-Böll-Stiftung, Fachtagung „Farbe bekennen! – Mit dem Antidiskriminierungsgesetz Vielfalt gestalten und Diskriminierung verhindern", Berlin

15./16.6. DGB Bayern, Bezirksjugendkonferenz, Würzburg

16.6. ver.di und Forum Soziale Technikgestaltung Baden-Württemberg, Fachtagung „Soziale Standards für das Lernen über das Netz – Kriterien für Betriebs- bzw. Dienstvereinbarungen", Stuttgart

16.6. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Open-space für Stabsmitarbeiter betrieblicher Interessenvertretungen", Düsseldorf

16.6. DGB Berlin - Brandenburg, Konferenz „Frauen gestalten Politik", Berlin

16.6. GEW und DGB-Jugend Hamburg, Demonstration „Gebührenfreie Bildung für alle – von der Kita bis zur Hochschule", Hamburg

17.-19.6. DGB Baden-Württemberg „Frauenwelten", Frauen- und Lesbencamp, Markelfingen

18.6. IG Metall-Jugend, Aktionstag zur Kampagne „Wir können auch anders", Nürnberg

20.6. DGB Hessen - Thüringen, IG BCE, IG Metall, ver.di, Tagung „Neue Ansätze für betriebliches Eingliederungsmanagement", Löhnberg

20./21.6. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, „Wohin steuert der öffentliche Dienst?", Potsdamer Forum für Führungskräfte, Potsdam

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, Tel. 030 / 27 59 - 2128, Fax 030 / 27 59 - 1309

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Schröder will Kanzler werden"

Die Berliner tageszeitung (taz) am 23. Mai über den Vorschlag, die Neuwahlen vorzuziehen, den der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering unmittelbar nach der dramatischen Wahlniederlage seiner Partei in Nordrhein-Westfalen gemacht hat.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 20.06.2005 12/05

DGB

inhalt

Seite 3
Die Union bezieht keine feindliche Position
Interview mit Gerald Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU im Bundestag

Seite 5
Krisenverarbeitung entscheidend
Gewerkschaftsmitglieder, die sich als Modernisierungsverlierer fühlen, sind nicht vor rechtsextremen Einstellungen gefeit

Seite 7
Es gibt viel zu verlieren
DGB-Ökonom Hartmut Tofaute analysiert die Steuerpläne von Union und FDP

Der nächste einblick erscheint am 11. Juli 2005

Bundestagswahl 2005

DGB fordert klare Aussagen

Mehr als drei Monate vor der geplanten Bundestagswahl am 18. September und noch vor der Verabschiedung der Wahlprogramme der Parteien hat der DGB am 8. Juni seine Anforderungen an die Politik der künftigen Bundesregierung vorgelegt. Die Botschaft der 28 Seiten umfassenden Anforderungen des DGB: Die Gewerkschaften werben nicht für die Unterstützung einzelner Parteien, auch nicht durch versteckte Hinweise. Aber sie treten für einen Politikwechsel ein.

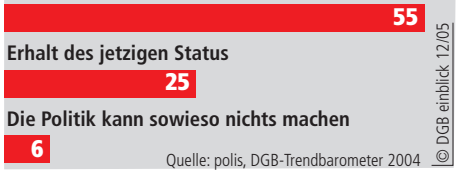
„Die Wirtschaft muss den Menschen dienen", mahnte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Vorstellung des DGB-Konzepts. Deutschland sei zwar die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft, aber Millionen Menschen seien vom Reichtum ausgeschlossen, warnte Sommer vor einer Unterschätzung der Gefahr für die Demokratie, wenn die Parteien die Interessen der Menschen aus dem Blick verlieren sollten.

Im Zentrum der Wahlanforderungen des DGB stehen neben der Rückkehr der Politik zu einem gerechten Steuersystem, das wieder die Leistungsfähigkeit des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt, vor allem das Recht auf Arbeit und der Schutz der Tarifautonomie und der Demokratie im Betrieb. Kritisiert wird von den Gewerkschaften die von der Politik mit zu verantwortende Entwicklung hin zu immer niedrigeren Löhnen. Der Respekt vor der Menschenwürde verlange eine Arbeit mit einem angemessenen Mindesteinkommen, von denen die Menschen in der Gesellschaft leben können und nicht an deren Rand. Der DGB erwartet deshalb, dass sich die Parteien „nicht länger zum Ziel setzen, den Niedriglohnsektor noch zu vergrößern".

Parallel zur Vorstellung der Wahlanforderungen des DGB hatte es in den letzten Wochen von beiden großen Volksparteien, von der SPD und von der CDU, Signale gegeben, das Verhältnis zu den Gewerkschaften verbessern zu wollen. Für den DGB gibt es dafür Bedingungen: „Die Union muss endlich klarstellen", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer gegenüber *einblick,* „mit welchem Programm sie zur Wahl antritt. Will sie die Tarifverträge anbohren, die Mitbestimmung durchlöchern und den Sozialabbau noch weiter treiben? Vor allem: Wie geht sie mit den Ideologen von der FDP und ihren Forderungen um?"

Auch auf die plötzliche Sympathie der SPD für höhere Löhne reagiert Sommer differenziert: Es sei zu begrüßen, „dass die SPD erkannt hat, dass dieses Land unter einer schwachen Binnennachfrage leidet und dass das auch etwas mit den Einkommen zu tun hat. Aber es wäre gut, wenn sich die Parteien aus der Tarifpolitik heraushalten". Auch zum geplanten Linksbündnis von Wahlalternative und PDS geht der DGB auf Distanz. „Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich in der Spaltung der Linken keinen Vorteil sehe", so Sommer. Aber wenn die Linkspartei zur Bundestagswahl antreten sollte, „werden wir sie genauso beurteilen, wie andere Parteien". •

Fairness gefordert
Wie soll der Sozialstaat umgebaut werden, damit der Standort Deutschland eine Zukunft hat? (in Prozent)



Quelle: polis, DGB-Trendbarometer 2004

© DGB einblick 12/05

Auch bei den ArbeitnehmerInnen gibt es eine Bereitschaft zum Umbau des Sozialstaates, aber die Bedingungen müssen fair und gerecht sein.

plusminusBERLIN

+ ***Unter einer CDU/CSU-Regierung wird der Etat der Bundeswehr nicht erhöht. Das hat ihr Wehrexperte Christian Schmidt (CSU) erklärt. Man könne nur die Mittel ausgeben, die zur Verfügung stehen. Zuvor hatte die Union wiederholt die „Unterfinanzierung der Bundeswehr" beklagt.***

– ***Auch der FDP gehören Medienunternehmen. Das ist durch die veränderte Offenlegungspflicht der Parteien bekannt geworden. Anfang Mai hatte ihr medienpolitischer Sprecher Hans-Joachim Otto noch ein Verbot sämtlicher Medienbeteiligungen der Parteien gefordert.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.mittelstand-und-familie.de
Portal für mehr Familienfreundlichkeit

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Deutschland sozial gestalten
Gewerkschaftliche Anforderungen an die Programme der Parteien im Bundestagswahlkampf 2005

Biotechnologie

IC BCE will bessere Rahmenbedingungen

10 000 Beschäftigte arbeiten in Deutschland in der Biotechnologie-Branche. Nach Ansicht der IG BCE könnten es bei veränderten politischen Rahmenbedingungen wesentlich mehr sein. Mittelfristig schätzt die Gewerkschaft das Beschäftigungspotenzial sogar auf 100 000 Stellen. Mit der Konferenz „Innovationskraft Bio- und Gentechnologie" hat die IG BCE Mitte Juni noch einmal öffentlich dafür geworben, die Zukunftschancen „eine der innovativsten Technologien des 21. Jahrhunderts" nicht nur im Bereich der Pharmazie sondern auch in der Landwirtschaft stärker zu nutzen.

Das selbst in anderen Gewerkschaften der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen eher kritisch gesehen wird, führt der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt vor allem auf Informationsdefizite zurück. Statt nüchterner Analyse sei die Diskussion über die so genannte grüne Gentechnik in Deutschland von „emotionsgeladenen Vorurteilen" geprägt. Die IG BCE nehme die Ängste der Menschen ernst. Aber „wer diese Ängste für eigene Zwecke und Ideologien instrumentalisiert", warnt Schmoldt, „den betrachten wir als politischen Gegner".

Auch den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf für ein Gentechnikgesetz bewertet die IG BCE kritisch. Er werde dem Anspruch, Innovation zu fördern, nicht gerecht. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) legte auf der IG BCE-Veranstaltung ebenfalls ein Bekenntnis zur Bio- und Gentechnologie ab. Ihr Anwendungsspektrum in der Medizin, der Landwirtschaft und der Umwelt sei enorm. •

Arbeitslose

Weiterbildungsdauer entscheidend

Längere dauernde Umschulungen sind deutlich besser geeignet, Arbeitslose wieder zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, als kurze Weiterbildungsmaßnahmen. Das belegt eine vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) veröffentlichte Studie der Universität St. Gallen, in der erstmals die Arbeitsmarkteffekte während der ersten acht Jahre nach Abschluss der Weiterbildungsmaßnahme untersucht wurden. Danach ist die Chance der TeilnehmerInnen einer Umschulung, eine Arbeit zu finden, in Westdeutschland 10 bis 15 Prozent höher als die von Arbeitslosen ohne Umschulung. Bei ostdeutschen Frauen, die an Umschulungsmaßnahmen teilgenommen haben, stiegen die Chancen, wieder eine Stelle zu finden, sogar um 25 Prozent. Für die TeilnehmerInnen der zurzeit aus Kostengründen von den Arbeitsagenturen bevorzugten kürzeren Weiterbildungsmaßnahmen verbesserten sich die Arbeitsmarktchancen dagegen nur um 5 bis 9 Prozent. Entscheidend für den Erfolg der Weiterbildungsmaßnahmen sei zudem, dass für Berufe umgeschult wird, in denen es längerfristig Beschäftigungschancen gibt. •

Neue Soziale Marktwirtschaft

Förderverein soll Unternehmerinitiative stützen

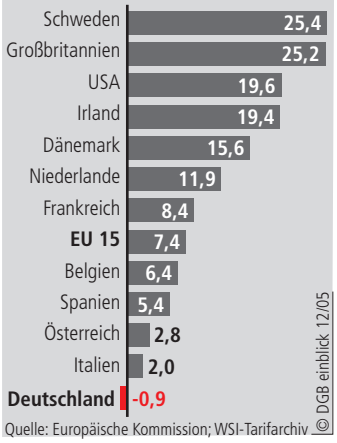
Mithilfe eines Fördervereins, zu dessen Finanzierung breite Bevölkerungsschichten aufgerufen werden, will die unternehmernahe Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft für ihren neoliberalen Politikkurs zusätzliche Finanzquellen erschließen.

Ziel des Fördervereins sei es, „das Verständnis der Bürger für wirtschaftliche Zusammenhänge zu stärken und auf die notwendigen Reformen aufmerksam zu machen", erklärte der Sprecher der Initiative, Tasso Enzweiler. Mit den Mitteln aus dem Förderverein wolle man die PR-Arbeit für die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln verbessern. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wurde im Oktober 2000 vom Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie gegründet und wird seitdem von ihm mit jährlich 10 Millionen Euro unterstützt.

Der Förderverein will sich in seiner Arbeit auf die Bereiche Soziales, Arbeitsmarkt, Steuern, Finanzen und Bildung konzentrieren. Dabei dürfte schon ein Blick auf die Auswahl einiger Gründungsmitglieder deutlich machen, wohin die Reise künftig geht: Von Ex-Bundesbank-Chef Hans Tietmeyer über den Bierdeckel-Steuerpolitiker Friedrich Merz bis hin zum ehemaligen Chef der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, reicht die Funktionärsvielfalt. Dass dabei für „soziale Übertreibungen" künftig kein Platz mehr sei, dass sie im Gegenteil zurückgenommen werden müssten, dafür plädiert selbst der frühere sozialdemokratische Minister aus Rheinland-Pfalz und ehemalige BA-Chef Gerster. Und dazu gehören nach seinen Worten eben auch gewisse „Instrumente der Arbeitsmarktpolitik". •

Deutschland hat die rote Laterne

Reallohnentwicklung in Deutschland, Europa und den USA 1995 – 2004 (in Prozent)



Quelle: Europäische Kommission; WSI-Tarifarchiv

In den letzten zehn Jahren sind die Einkommen der abhängig Beschäftigten in den 15 alten EU-Ländern real um 7,4 Prozent gestiegen, in den USA um 19,6 Prozent, in Großbritannien und Schweden sogar um etwas über 25 Prozent. In Deutschland sind die Einkommen nach Berechnungen des WSI-Tarifarchivs im gleichen Zeitraum hingegen um 0,9 Prozent gesunken. Die durch die moderate Tarifentwicklung ermöglichten Vorteile für die Exportwirtschaft seien gesamtwirtschaftlich durch die schwache Binnenkonjunktur wieder zunichte gemacht worden.

Kündigung

Nur jeder sechste klagt

Die Zahl der Arbeitsgerichtsverfahren ist weniger dramatisch, als von Kritikern behauptet. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Befragung von 2000 Personalverantwortlichen durch die Uni Halle-Wittenberg: 84 Prozent der Beschäftigten, die eine Kündigung ihres Arbeitgebers erhalten, nehmen den Jobverlust ohne gerichtliche Auseinandersetzung hin. Lediglich 16 Prozent klagen. Diese Quote habe sich zwar seit 1979, dem Zeitpunkt der letzten empirischen Studie zum Klageverhalten, verdoppelt, gleichzeitig sei aber die Arbeitslosenquote auf nahezu das Dreifache gestiegen. •

Interview

„Keinen Popanz aufbauen"

Bei aller Kritik in Einzelfragen beziehe die Union „keine grundsätzlich feindliche Position zu den Gewerkschaften", betont der Sprecher des Arbeitnehmerflügels von CDU/CSU im Bundestag, Gerald Weiß.

■ Die FDP fordert die Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung sowie tiefe Eingriffe in die Tarifautonomie und die Betriebsverfassung. Trägt die Union das mit?

■ *Das Allerwichtigste: Die Union bekennt sich zur Mitbestimmung, zur Sozialpartnerschaft und zur Tarifautonomie. Unsere Position zur Unternehmensmitbestimmung ist noch nicht abgeschlossen, sie wird am 11. Juli in unserem Regierungsprogramm stehen. Meine persönliche Auffassung ist, dass sich die paritätische Mitbestimmung bewährt hat. Vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklungen besteht allerdings Handlungsbedarf.*

■ Die FDP will so genannte betriebliche Bündnisse für Arbeit, also betriebliche Abweichungen vom Flächentarifvertrag, erst ermöglichen, wenn 75 Prozent der Belegschaft zustimmt – der Union genügt eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Ist die FDP also weniger radikal?

■ *Das ist grober Unfug. Im Unterschied zur FDP fordern wir ein Einspruchsrecht der Tarifvertragsparteien. Sie sollen – rechtlich abgesichert – mit ins Boot.*

■ Führt dieses Vetorecht gegen betriebliche Bündnisse nicht zwangsläufig zu Konflikten zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten?

■ *Es gibt ja schon viele Bündnisse, Konflikte sind da eher die Ausnahme als die Regel. Die Straße der Vernunft ist sehr schmal, meist besteht eine gemeinsame Einsicht in die oft bitteren Notwendigkeiten. Konflikte sind aber nicht in jedem Fall auszuschließen.*

■ Der DGB-Vorsitzende Sommer hat – wie zuvor Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt – vor einem „Häuserkampf" gewarnt, falls die Konflikte um Löhne und Arbeitszeiten in die Betriebe verlagert würden. Nehmen Sie diese Warnungen ernst?

■ *Dieser Warnung bedarf es nicht. Wir lehnen die totale Verbetrieblichung der Tarifpolitik doch ab und stellen den Flächentarifvertrag nicht grundsätzlich zur Disposition. Wir wollen ein flexibles Instrument für Ausnahmesituationen, damit Arbeitsplätze gerettet werden.*

Gerald Weiß, 59, ist Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

■ Betriebsräte haben kein Streikrecht. Sie könnten zu betrieblichen Bündnissen erpresst werden.

■ *Deshalb haben wir diese Bremse, das Vetorecht der Gewerkschaften, eingebaut. Diese Mechanik verhindert Erpressungen.*

■ Hebeln betriebliche Bündnisse die – verfassungsrechtlich geschützte – Tarifautonomie nicht aus?

■ *Nein. Das Einspruchsrecht der Tarifvertragsparteien stellt ihre Verfassungskonformität sicher. Das haben uns namhafte Gutachter bestätigt. Ich weiß natürlich, dass die Gewerkschaften das mehrheitlich kritisch sehen. Dann müssen wir diesen Meinungsstreit halt führen.*

■ Das Thema Tarifautonomie rührt an den Lebensnerv der Gewerkschaften, gleichzeitig plädieren Sie für einen Neuanfang in den Beziehungen zwischen Union und Gewerkschaften. Wie passt das zusammen?

■ *Jenseits aller Meinungsverschiedenheiten gibt es beachtliche Schnittmengen zwischen uns, beispielsweise in der Frage, dass die Erweiterung der Europäischen Union nicht zu Lohndumping führen darf.*

■ Unionspolitiker schimpfen gern auf „die Gewerkschaftszentralen" und loben die Betriebsräte, wollen deren Zahl aber reduzieren. Ist das kein Widerspruch?

■ *Bei aller Kritik in Einzelfragen – wir beziehen keine grundsätzlich feindliche Position zu den Gewerkschaften, und halten auch nichts davon, sie gegen die Betriebsräte auszuspielen. Aber die Qualität der Betriebsratsarbeit hängt nicht unbedingt von der Größe des Betriebsrats ab. Wenn wir das bis 2001 geltende Betriebsverfassungsrecht wiederherstellen wollen, sollte man nicht den Popanz aufbauen, es drohe das Ende der betrieblichen Mitbestimmung.*

■ Die Union will auch den Kündigungsschutz in Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten abschaffen. Wieso hält sie am Irrglauben fest, der Kündigungsschutz sei ein Einstellungshindernis?

■ *CDU/CSU sind keine politischen Zechpreller. Wir sagen ehrlich, was wir vorhaben. Im Kern geht es darum, die schlechten Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern. Die Arbeitnehmergruppe ist skeptisch, ob das über ein neues Kündigungsrecht machbar ist. Aber es gab weiter gehende Vorstellungen in der Union, der jetzige Vorschlag ist ein Kompromiss. Wir sollten die Umsetzung abwarten und die Wirkung kritisch prüfen.*

■ Die für den 18. September geplante Bundestagswahl ist noch nicht gewonnen, aber – für den Fall des Falles – in welcher Rolle sähe sich die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion?

■ *Es geht darum, Arbeit zu schaffen – nach dem Motto „sozial ist, was existenzsichernde und menschenwürdige Arbeit schafft". Arbeit um jeden Preis – nicht mit uns. Sie darf nicht die Würde des Menschen verletzen. Da übernehmen wir eine Wächterrolle. Und falls die FDP zu stark aufs Tempo drücken sollte, übernehmen wir auch die Rolle des Bremsers.* ●

Die Pläne von CDU und CSU

Unter dem Titel „Für eine nationale Kraftanstrengung – Pakt für Deutschland umsetzen" fordert die Union in einem Antrag an den Bundestag vom 19. April:
Die „Schaffung der rechtlichen Grundlage für betriebliche Bündnisse für Arbeit unter Beachtung der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie sowie Änderung des Günstigkeitsprinzips". Vom Tarifvertrag soll abgewichen werden können, „wenn es der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dient". Vorausgesetzt, die „Arbeitsvertragsparteien" sowie Belegschaft und Betriebsrat stimmen – jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit – zu:

- ***Arbeitslose sollen bis zu einem Jahr zehn Prozent unter Tarif entlohnt werden können.***
- ***„Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, damit die betriebliche Mitbestimmung, die sich im Grundsatz bewährt hat, kostengünstiger wird."***
- ***„Vorlage eines Lohndumping-Berichts als Grundlage für die Diskussion um die Auswirkungen der EU-Osterweiterung."***
- ***„Aufbau eines Niedriglohnsektors, um Arbeit in Deutschland für alle Beteiligten wieder lohnend zu gestalten."***

PROJEKTE UND PARTNER

TIBAY-Tagung

Wie sicher sind WLANs?

Internet via Funknetz (WLAN) wird zunehmend populärer. Mit der Verbreitung der neuen Technologie stellt sich aber auch verstärkt die Frage, wie die übermittelten Daten vor unberechtigtem Zugriff geschützt werden können. Die Technologie- und Innovationsberatungsagentur des DGB in Bayern (TIBAY) will mit einer Tagesveranstaltung am 12. Juli im Siemens-Forum in München die Sensibilität für das Problem schärfen. Zwischen 9.30 und 16 Uhr sollen Einblicke in die WLAN-Technologie und die Sicherungssysteme gegeben und mit einem „Live-Hack" das Gefahrenpotenzial demonstriert werden. Die Teilnahmegebühr beträgt 98 Euro (inkl. Getränke und Mittagsimbiss). •

Tel. 0921 / 787 76 880
www.tibay-m.de

GEW-Broschüre

Beamtenrecht im Umbruch

Über Reformen des Beamtenrechts wird seit Jahren verhandelt. Ganz nebenbei haben die öffentlichen Dienstherren längst in dieses Recht eingegriffen: Arbeitszeiten wurden verlängert, Leistungen gekürzt. Die GEW zeichnet in der kürzlich erschienenen Broschüre „Beamtenrecht im Umbruch – Vom gesicherten Status zum Spielball der Haushaltspolitik?" Vorschläge zur Weiterentwicklung des Beamtenrechts nach. Die GEW, so heißt es einleitend in der Broschüre, macht sich für ein einheitliches, modernes Dienstrecht im öffentlichen Dienst stark. So lange die Unterscheidung in Angestellte/ArbeiterInnen und BeamtInnen jedoch aufrecht erhalten bleibt, sollten die Gewerkschaften, namentlich der DGB, Verhandlungskompetenzen für diese Berufsgruppe erhalten, die denen bei Tarifverhandlungen gleichgestellt sind. Die Broschüre ist als PDF-Datei im Internet erhältlich. •

www.gew.de

DGB-Bildungswerk

Jugendrevolte und Musik

Dass Musik nicht nur politische Botschaften enthalten, sondern eine ganze Generation politisch prägen kann, ist spätestens seit Woodstock bekannt. Welche Musikstile heute und in jüngerer Vergangenheit vor allem in den Krisenherden der Welt Jugendlichen Abgrenzung und Selbstbestimmung ermöglichen, ist Thema einer dreitägigen Veranstaltung des Nord-Süd-Netzes des DGB-Bildungswerks: Unter dem Titel „Unbequeme Kinder der Globalisierung – Jugendrevolte und Musik" werden sich ReferentInnen und TeilnehmerInnen zwischen dem 15. und 17. Juli im DGB-Bildungszentrum Hattingen mit Reggae und RAI, japanischer Popmusik und HipHop beschäftigen. Anmeldung bis 4. Juli. •

nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

Tacheles

Datenbank zu Sozialrecht

Noch nie war der Informationsbedarf zu Fragen des Arbeitslosen- und Sozialrechts so groß wie seit Hartz IV. Auch deshalb hat der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles unter *www.my-sozialberatung.de* eine bundesweite Adressdatenbank eingerichtet, in der Hilfesuchende Initiativen und RechtsberaterInnen finden, die auf Sozialrecht (SGB II, III, XII) spezialisiert sind. •

www.tacheles-sozialhilfe.de

Perspektiven für Frauen

Kaum Verbesserungen

Die Perspektiven von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern sich nur langsam. Zu diesem Fazit gelangt die Bundesagentur für Arbeit in einer aktuellen Untersuchung zur Entwicklung der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt. Die Broschüre mit dem Titel „Die Entwicklung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt" ist ausschließlich im Internet abrufbar. Die PDF-Datei ist erhältlich unter *www.arbeitsagentur.de* – Service A bis Z – Beratung und Berufswahl – Chancengleichheit. •

IG BAU

Baustelle Europa

Gerade in der Baubranche ist Lohndrückerei durch den Einsatz von Billigarbeitnehmern aus Osteuropa seit Jahren an der Tagesordnung. Seit dem 1. September 2004 haben Beschäftigte auf bundesdeutschen Baustellen allerdings Anspruch auf einen Mindestlohn, der – je nach Qualifikation und differenziert nach Ost und West – zwischen 8,95 und 12,47 Euro pro Arbeitsstunde liegt. Über diesen Sachverhalt klärt die Gewerkschaft in einer Infobroschüre auf. In zwölf Sprachen, darunter Polnisch, Serbisch und Türkisch, werden Arbeitnehmer über ihre Lohnansprüche aufgeklärt. Für alle, die sich ausführlich über die Folgen der EU-Erweiterung auf die Baubranche informieren wollen, hat die IG BAU das Handbuch „Baustelle Europa" herausgegeben. Es kann zum Preis von 3,95 Euro (Mitglieder) bzw. 9,50 Euro (Nicht-Mitglieder) bei der IG BAU bestellt werden. •

diego.morisco@igbau.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Bamberg-Forchheim*** nimmt die bayerische Bildungspolitik unter die Lupe. Die ***Diskussionsveranstaltung*** „Bildung nur für Reiche?" am 11. Juli im Bamberger DGB-Haus beleuchtet Büchergeld, Studiengebühren oder das neue Kindertagesstättengesetz im Freistaat. Schwerpunkt der Diskussion ist die Frage, ob die Bildungspolitik der Staatsregierung mehr den „ökonomischen Interessen und dem neoliberalen Zeitgeist" verpflichtet ist als den Interessen der Eltern und Kinder.
Infos: *DGB-Region Bamberg-Forchheim, Tel. 0951 / 208 00 66*

••• Das Forum Soziale Technikgestaltung beim ***DGB Baden-Württemberg*** hat eine neue ***Initiative*** für Geringqualifizierte gestartet. Das Projekt „Digitale Trennung überwinden – Onlinekompetenz entwickeln" will vor allem ungelernte Frauen an die Arbeit mit Internet und Online-Medien heran führen. Die neue Initiative ist Teil des EU-Programms EQUAL.
Infos: Welf Schroeter, *schroeter@talheimer.de*

••• Der ***Filmpreis 2005*** des ***DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** für einen „gesellschaftlich besonders engagierten Film" geht in diesem Jahr an den britischen Film „Bullet Boy" des Regisseurs Saul Dibb. „Bullet Boy" zeichnet den Weg arbeitsloser Jugendlicher in Gewalttätigkeit und Kriminalität nach. Der mit 5000 Euro dotierte Filmpreis wird seit 1998 im Rahmen des jährlichen Internationalen Filmfestes Emden als Publikumspreis verliehen.
Infos: *www.niedersachsen.dgb.de*

Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Krisenverarbeitung entscheidend

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eines der Kernelemente gewerkschaftlicher Politik. Trotzdem sind nicht alle Gewerkschaftsmitglieder gegen rechtsextreme Einstellungen immun. Das belegt eine von der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung in Auftrag gegebene Studie der FU Berlin.

Wer als rechtsextrem gilt, haben die Forscher anhand einer zwölf Kriterien umfassenden Einstellungsskala mit Fragen zum Autoritätsverständnis, zum Freund-Feind-Denken und zum übersteigerten Nationalismus ermittelt. 20 Prozent der nicht gewerkschaftlich Organisierten wurden als rechtsextrem eingestuft, weil sie mit mindestens 121 von möglichen 198 Punkten Zustimmung zu rechtsextremen Positionen gezeigt haben. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern gilt das für 19 Prozent der Befragten. Für gravierend halten die Forscher zudem die Verteilung des rechtsextremen Einstellungspotenzials: Während es bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeitslosen geringer ist als bei den Nicht-Mitgliedern, liegt es bei den Facharbeitern und Angestellten in verantwortlichen Positionen höher.

Über die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen entscheidet nicht nur der soziale Status der befragten Gewerkschaftsmitglieder – ihre Arbeitsplätze sind moderner, ihre Beschäftigungsverhältnisse weniger prekär als die von Nicht-Mitgliedern –, sondern auch die Form, wie die politisch-ökonomischen Einschnitte der vergangenen Jahre von ihnen verarbeitet wurden. Globalisierung, Deregulierung, Arbeitsplatzverluste durch Abwanderung und sinkende Realeinkommen auf der einen und der gleichzeitige Bedeutungsverlust der Gewerkschaften auf der anderen Seite würden als „doppelte Niederlage" empfunden. Der daraus erwachsenen Empfänglichkeit für rechtsextreme Positionen müssten die Gewerkschaften durch eine Schärfung ihres Profils als Wertegemeinschaft entgegenwirken, die für ihre Mitglieder nicht nur Serviceleistungen bietet. •

Fragen an ...

Rechtsextreme Einstellungen finden sich auch bei Gewerkschaftsmitgliedern. Das belegt die Anfang Juni veröffentlichte Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus". *einblick* hat Dieter Pougin (45), Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand, gefragt, welche Konsequenzen der DGB daraus ziehen will.

■ Ist das Ergebnis der Studie überraschend?

■ *Nein, die Studie belegt nur empirisch, was seit langem bekannt ist: Rechtsextreme Einstellungen sind unter Gewerkschaftsmitgliedern fast ebenso verbreitet wie unter Nicht-Mitgliedern. Die Studie steht zudem in der Kontinuität einer selbstkritischen Bestandsaufnahme, die im Bericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB-Bundesvorstands aus dem Jahre 2000 dokumentiert ist – eine Bestandsaufnahme, die im übrigen bei anderen gesellschaftspolitisch relevanten Organisationen bislang nicht stattgefunden hat.*

■ Die Studie der FU Berlin zeigt, dass rechtsextreme Einstellungen bei der wichtigen Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter und mittleren Angestellten sogar stärker verbreitet sind als bei Nicht-Mitgliedern.

■ *Es sind vor allem passive Mitglieder aus der Mittelschicht, die ein überdurchschnittliches rechtsextremes Einstellungspotenzial aufweisen. Dabei ist nicht ausschließlich der soziale Status ausschlaggebend, sondern die Frage, wie in dieser Gruppe Ängste vor einem möglichen Statusverlust durch zunehmende Modernisierung, Flexibilisierung, Deregulierung und Unterbietungskonkurrenz individuell verarbeitet werden. Die schlichte Gleichung: „Arm, arbeitslos und bildungsfern gleich rechtsextrem" ist empirisch nicht haltbar und führt strategisch in eine Sackgasse.*

■ Die Gewerkschaften sind in zahlreichen Projekten gegen Rechtsextremismus engagiert. Reicht das?

■ *Richtig ist, dass keine andere gesellschaftliche Organisation derart vielfältige Aktivitäten im Umgang mit Rechtsextremismus und zur Förderung von Demokratie in der Arbeits- und Lebenswelt entwickelt hat. Das entbindet uns allerdings nicht von der Aufgabe, die mit dem Rechtsextremismus verbundenen Herausforderungen wie Diskriminierung, antidemokratisches Handeln und Denken oder rechtsextrem motivierte Gewalt öffentlich als eine der zentralen gesellschaftspolitischen Zukunftsaufgaben zu thematisieren – und zwar auch dann, wenn das Thema gerade keine Hochkonjunktur hat. Konkret heißt das, partizipatorisches und solidarisches Engagement in allen Lebensbereichen zu stärken. Es geht also um erlebbare und erlebte Werte.*

Stärkung der Demokratie

Die Gewerkschaften haben sich in den vergangenen Jahren in einer Vielzahl von Projekten auf betrieblicher und politischer Ebene gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagiert. Vom Projekt „Wir steh' n auf Toleranz" der IG BCE bis zur Initiative „Bau auf mich! Für Demokratie und Courage" der IG BAU. Von der Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an – gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus" des Vereins „Gelbe Hand" bis zum „Ost-West-Netzwerk für Zivilcourage und Gewaltprävention" der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben.

Entstanden ist ein Netzwerk unterschiedlichster Initiativen, nicht nur auf Bundesebene, sondern häufig auch vor Ort, wo aktive Gewerkschaftsmitglieder konkrete Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gestartet haben. Viele von ihnen waren auch auf dem „Tag für Demokratie" am 7.l.8. Mai in Berlin aktiv (einblick 10/2005).

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus"

„Gewerkschaften gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" Die wichtigsten Initiativen im Überblick

kurz&bündig

Die NGG und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG) haben einen regelmäßigen Dialog zum demografischen Wandel vereinbart. Die Gespräche sollen die Themen altersgemischte Arbeitsteams, altersgerechte Arbeitsgestaltung und künftige Einkommensverteilung aufgreifen und Handlungsempfehlungen erarbeiten.

GdP-Vize Heinz Kiefer hat sich als Präsident der europäischen Polizeigewerkschaft Eurocop skeptisch zu den Plänen der EU geäußert, Telekommunikationsdaten zur Kriminalitätsbekämpfung zu speichern. Die riesigen Datenmengen seien mit der derzeitigen Technik nicht sinnvoll auszuwerten.

Mit der Kampagne „Wahl-Check" will TRANSNET die politischen Debatten vor der Bundestagswahl transparent machen. Auf der Kampagnen-Homepage (www.transnet.org/.BT-Wahl) werden die Standpunkte der Parteien zu sieben Politikbereichen analysiert . Ein „Check-Monitor" fasst die wichtigsten Debatten zusammen.

Die GEW sieht die Qualität der Lehrerbildung gefährdet. Unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern könnten zu einem unsystematischen Nebeneinander von LehrerInnen aus den kürzeren Bachelor- und den längeren Master-Studiengängen führen.

Verkehrsgewerkschaften

Grenzen überschritten

TRANSNET hat zusammen mit der zum Deutschen Beamtenbund gehörenden Verkehrsgewerkschaft GBDA, der Gewerkschaft der Eisenbahner Österreichs (GdEÖ), dem Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonalverband (SEV), der luxemburgischen Eisenbahnergewerkschaft FNCTTFEL und der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) eine Internetplattform für die deutschsprachigen Verkehrsgewerkschaften in Europa gegründet.

Unter *www.atenta.org* wollen die fünf nationalen Gewerkschaften ihren Mitgliedern Informationen über die politische Entwicklung im europäischen Verkehrssektor zur Verfügung stellen. Der Begriff „atenta" ist der Kunstsprache Esperanto entliehen und steht für „aufmerksam". Die neue Internetplattform soll den Mitgliedern und FunktionärInnen der beteiligten Gewerkschaften Informationen über politische Initiativen und Projekte in den einzelnen Ländern vermitteln, damit sie Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können, zum Beispiel über die Abgeordneten in den Regionen und bei Wahlen. Eine Ausweitung der Internetplattform auf andere Länder ist angedacht. ●

www.atenta.org

Foto: IG Metall

Im Beisein von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat die IG Metall-Vorstandsverwaltung am 15.Juni ihr neues Domizil am alten Frankfurter Standort eingeweiht. Anfang 2005 war die Vorstandsverwaltung nach zwölf Jahren am Standort Niederrad in die Innenstadt zurückgekehrt. In dem 22-geschossigen Neubau an der Wilhelm-Leuschner-Straße arbeiten rund 550 Beschäftigte auf rund 19 000 Quadratmetern. Das Gebäude umfasst rund 28 000 Quadratmeter Bürofläche, einen großen Konferenzbereich sowie Ladenflächen. Unter dem Leitsatz „Leben, wohnen und arbeiten am Fluss" hat die Treuhandverwaltung der IG Metall mit dem architektonisch prämierten Gebäude einen Beitrag zur Stadtentwicklung realisiert. Das Main-Forum, so der offizielle Name des Gebäudes, soll auch in Sachen Ökologie Maßstäbe setzen.

DGB-Broschüre

Gender braucht Qualität

Gender Mainstreaming ist in. Mit diesem Politikkonzept soll erreicht werden, dass bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf beide Geschlechter berücksichtigt werden. Doch nicht überall, wo Gender drauf steht, ist auch Gender drin. Das belegt die Broschüre „Gender Mainstreaming braucht Qualität" der DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Sie bündelt die Erfahrungen aus der Beratungspraxis von CHAD, dem unter anderem vom DGB unterstützten Gender-Konpetenzzentrum für Chancengleichheitspolitik. Die Broschüre stellt Qualitätskriterien für eine Gender-Beratung auf und will eine Diskussionsgrundlage sein, um das Genderkonzept zu einer erfolgversprechenden Strategie für Geschlechtergerechtigkeit zu machen. Die Broschüre ist kostenlos. ●

Bestellungen:
maria.kathmann@dgb.de

DGB-Projekt

Schule und Arbeitswelt

Die Initiative „Schule und Arbeitswelt" will ihre Mitglieder dazu anregen, sich in lokalen Arbeitskreisen zu engagieren. Die Arbeitskreise „Schule und Arbeitswelt", eine gemeinsame Initiative von IG Metall, GEW, IG BCE, ver.di und DGB, wollen sich nach den Worten von DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock für die Verbesserung der Schulen einsetzen und den Dialog zwischen Schule und Arbeitswelt fördern.

Gute Schulbildung, Chancengleichheit im Schulwesen, eine breite Bildungsbeteiligung und die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen sind die zentralen Ziele der beteiligten Gewerkschaften. In den Arbeitskreisen wollen sich die Gewerkschaften zudem dafür einsetzen, dass künftig SchülerInnen aus Arbeitnehmerhaushalten und Migrantenfamilien nicht länger diskriminiert werden. Erste Arbeitskreise gibt es bereits in Hamburg, Mannheim/Rhein-Neckar, Ludwigshafen/Vorderpfalz, Dresden, Berlin, Recklinghausen und Koblenz.

Im Internet hat das Projekt eine erste Heimat beim Portal *www.workshop-zukunft.de* gefunden. Parallel wird unter *www.schule-gewerkschaften.de* bereits an einer eigenen Kommunikationsplattform gearbeitet. Sie soll den Aufbau und den Austausch untereinander unterstützen. ●

NGG-einigkeit

Im neuen Gewand

Die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten hat ihre Zeitschrift einigkeit neu gestylt, mehr Farbe ins Blatt gebracht und sich von einem strengen Newsletter-Konzept gelöst. Ziel des neuen Konzepts sei es, die NGG-Mitglieder-Publikationen einheitlich und attraktiver zu gestalten, so die Redaktion. ●

Steuerpläne von Union und FDP

Angriff auf das Portemonnaie der ArbeitnehmerInnen

Noch ist nicht entschieden, ob es am 18. September tatsächlich zur vorgezogenen Bundestagswahl kommt. Aber schon jetzt steht für Union und FDP die Steuerpolitik im Fall eines Wahlsiegs ganz oben auf der politischen Agenda. Ihre Pläne gehen vor allem zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und könnten die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter schwächen, meint Hartmut Tofaute.

Die mögliche Bundestagsneuwahl bringt die Steuerpolitiker von Union und FDP in große Verlegenheit. **Sie müssen jetzt Farbe bekennen,** welchen Kurs sie im Falle einer Regierungsübernahme in der Steuerpolitik tatsächlich einschlagen werden. Bisher hatten sie – im Gegensatz zu den Regierungsparteien – massive Steuersenkungen von bis zu 25 Mrd. Euro sowie eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts (Bierdeckelsteuer) versprochen.

Von Steuerentlastungen dieses Umfangs ist zumindest bei der Union im Augenblick nicht mehr die Rede. Die Union hält jetzt, wie z. B. der baden-württembergische Finanzminister Gerhard Stratthaus, nur noch eine leichte Einkommensteuersenkung für möglich. Noch ist nicht klar, wie sich der Wirrwarr unter den Unionssteuerexperten legen wird. Aber eines schimmert schon jetzt deutlich durch: **CDU und CSU wollen zunächst den ArbeitnehmerInnen in die Tasche greifen.** Besonders schießen sie sich zur Zeit auf die Entfernungspauschale und auf die Steuerfreiheit der Erschwerniszuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit ein. Während die FDP beide Maßnahmen komplett und ersatzlos streichen will, sieht die Union bisher nur eine Senkung der Entfernungspauschale von derzeit 0,30 Euro pro Entfernungskilometer auf 0,25 Euro bis zu einer Distanz von maximal 50 Entfernungskilometern vor. Außerdem will sie die Steuerfreiheit der Erschwerniszuschläge in einem fünfjährigen Übergangszeitraum abbauen.

Bei diesen Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen wird es aber nicht bleiben: Auf der Steueragenda der CDU/CSU stehen u.a. der **weitere Abbau der Arbeitnehmerfreibetragspauschale** von derzeit 920 Euro auf 840 Euro. Zudem muss mit zusätzlichen Einschränkungen bei der Anerkennung von Arbeitnehmerwerbungskosten gerechnet werden. Auch die Rückführung des Sparerfreibetrags von derzeit 1370 Euro auf nur noch 300 Euro, bei gleichzeitiger Einführung einer Abgeltungssteuer von maximal 25 Prozent ist bisher beschlossene Sache. Bei der Eigenheimzulage **wird jetzt sogar der komplette Abbau ins Visier genommen.** Selbst die Anhebung der Mehrwertsteuer von bis zu vier Prozent-Punkten wird nicht mehr ausgeschlossen. Dass die Gewerbesteuer zum großen Teil auf abhängig Beschäftigte weitergeleitet wird, gehört schon lange zum Steuerrepertoire von Union und FDP.

Die ArbeitnehmerInnen müssen sich also demnächst warm anziehen. Als erste treffen soll es die über 700 000 Krankenschwestern, BusfahrerInnen, PolizistInnen, Feuerwehrleute sowie die Beschäftigten z. B. in der Chemie-, der Stahl- und Automobilindustrie, die regelmäßig Schichtarbeit verrichten.

Hartmut Tofaute, 61, ist Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB.

Ihnen dürften **deftige Einkommensverluste ins Haus stehen,** denn Spät-Nacht- und Feiertagszuschläge stellen bei diesen Beschäftigungsgruppen einen hohen Anteil ihrer Gesamteinnahmen dar. Eine Krankenschwester z. B. hätte 660 Euro weniger im Jahr zur Verfügung, ein Polizeikommissar im Wechselschichtdienst 360 Euro. Vergessen wird häufig, dass bei Aufhebung der Steuerfreiheit von Erschwerniszuschlägen auch Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt werden müssen.

Diese Belastungen würden sich durch die beabsichtigte Absenkung der Entfernungspauschale von 30 auf 25 Cent nochmals erhöhen. Dies wäre nicht nur ein **gravierender Verstoß gegen das Recht von Arbeitnehmern,** Fahrtkosten als Werbungskosten steuerlich absetzen zu können. Es würden auch viele Menschen dafür bestraft, dass sie mit Rücksicht auf ihren Arbeitsplatz zu erhöhten Mobilitätsanstrengungen bereit sind. Geschädigt würden insbesondere Fernpendler aus Ostdeutschland und in ländlich strukturierten Gebieten.

Eine höhere Belastung der Beschäftigten mit Steuern und Abgaben **wäre ökonomisch ein vollkommen falsches Signal.** Denn die zusätzliche Belastung von Einkommensbeziehern mit hoher Konsumquote würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter schwächen. Die wirtschaftliche Erholung würde damit noch weiter verzögert. •

Eine Frage der Gerechtigkeit

Eine Steuerpolitik, die Unternehmensgewinne und hohe Einkommen begünstigt, um die so entstehenden Einnahmeausfälle des Staates durch die Streichung der wenigen für die ArbeitnehmerInnen geltenden Steuersparmöglichkeiten gegenzufinanzieren, ist eine vom Staat organisierte Umverteilung von unten nach oben. Das ist unter einer möglichen Regierung von Union und FDP nicht anders, als es vorher unter Rot-Grün war.

Eine grundlegende Neuausrichtung des Steuersystems ist überfällig, stellt der DGB in seinen Anforderungen an die Programme der Parteien im Bundestagswahlkampf 2005 fest. Der Gesetzgeber müsse sowohl für Gerechtigkeit sorgen als auch für eine Stärkung der gesamtstaatlichen Steuerbasis.

Der DGB fordert:

- ***eine Beibehaltung der progressiven Besteuerung entsprechend der individuellen Leistungsfähigkeit,***
- ***eine gleichmäßige Besteuerung aller Einkommensarten, insbesondere eine möglichst vollständige Erfassung von unternehmerischen Gewinneinkommen und von Kapitalerträgen,***
- ***eine Begrenzung des Steuerwettbewerbs in der EU durch die Einführung von Mindeststeuersätzen***
- ***und eine Modernisierung der Gewerbesteuern als eigene Steuerquelle der Kommunen.***

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

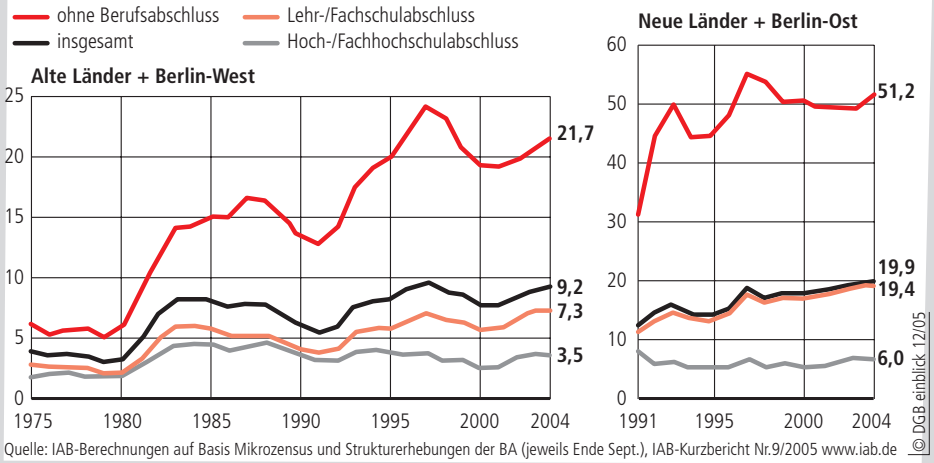
DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSLOSIGKEIT: Höhere Bildung schützt auch in der Krise

Bildungsförderung bleibt – langfristig – die beste Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Auch in konjunkturellen Krisen gilt der vertraute Befund: Niedrige Qualifikation bedeutet ein hohes Arbeitsmarktrisiko, hohe Qualifikation ein niedriges. Das ist das Fazit einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit. Langfristige Beschäftigungsverluste von Geringqualifizierten verlaufen ebenso konjunkturneutral wie massive Arbeitsplatzgewinne bei Hochqualifizierten.

Prozentualer Anteil der Arbeitslosen unter allen Erwerbspersonen gleicher Qualifikation in der privaten Wirtschaft (ohne Auszubildende)



Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis Mikrozensus und Strukturerhebungen der BA (jeweils Ende Sept.), IAB-Kurzbericht Nr.9/2005 www.iab.de

personalien

••• ***Franziska Wiethold,*** 59, bis zur ver.di-Gründung 2. Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, seither Leiterin des Fachbereichs Handel sowie Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, geht am 1. Juli in den Ruhestand. Den Bereich Handel übernimmt zusätzlich die stellvertretende ver.di-Vorsitzende ***Margret Mönig-Raane,*** 57.

••• ***Alberdina Körner,*** 43, bislang Leiterin der Abteilung Tarifpolitik der Gewerkschaft der Polizei (GdP), ist ab dem 1. August Leiterin der Bundesgeschäftsstelle der GdP. Sie folgt ***Wolfgang Dicke,*** 62, der nach 36 Jahren hauptamtlicher Tätigkeit in der GdP in die Freistellungsphase der Altersteilzeit geht.

••• ***Dietmar Michael,*** 53, Gewerkschaftssekretär für Bildung, Werbung sowie die Junge Gruppe beim Bundesvorstand der GdP, ist ab dem 1. Juli Organisationssekretär der GdP. Er folgt ***Bernd Böwing,*** 60, der nach 31 Jahren als GdP-Hauptamtlicher in Altersteilzeit geht.

••• ***Kay Hoffmann,*** 24, seit 1998 Jugend- und Auszubildendenvertreter, ist im Juni zum Bundesjugendvorsitzenden der IG Bauen-Agrar-Umwelt gewählt worden. Er folgt ***Simon Rottloff,*** 28, der dieses Amt seit Dezember 2001 innehatte.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, Tel. 030 / 27 59-2128, Fax 030 / 27 59-1309

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Der nächste *einblick* erscheint wegen der Entscheidung über die angekündigte Vertrauensfrage von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) statt am 4. Juli erst **eine Woche später** am 11. Juli.

21 TAGE

20.6. DGB, Tagung „Große Justizreform", Berlin

21.6. DGB Hessen - Thüringen, Tagung „Arbeitszeit – Lebenszeit – Folgen von Flexibilisierung", Löhnberg

22.6. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und TBS Niedersachsen, Tagung „Mitbestimmung in Europa", Hannover

22.6. DGB Nord, Kieler-Woche-Gespräch, „Die EU-Dienstleistungsrichtlinie", Kiel

23./24.6. IG Metall und ver.di, Konferenz „50 Jahre Migration", Berlin

25.6. DGB Hessen, Fachtagung „Ein Bildungssystem für alle!", Marburg

25.6. DGB Baden-Württemberg, Bezirksfrauenkonferenz „Zeit für Taten", Karlsruhe

28.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Gesundes Arbeiten von Mann und Frau", Frankfurt

29.6. DGB Sachsen-Anhalt, Konferenz „Die Masse macht's nicht mehr – gibt es Alternativen zur globalisierten Massenproduktion und deren Folgen?", Wittenberg

29.6. Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz mit Wolfgang Clement, Michael Sommer, Jürgen Thumann und Peter Hartz, „Mitbestimmung in Europa", Berlin

29.6. DGB und OECD, Tagung „Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen", Berlin

11.7. DGB Baden-Württemberg, Tagung „FrauenStärken" zum Antidiskriminierungsgesetz der Bundesregierung, Stuttgart

11.7. DGB Sachsen, Strukturpolitische Konferenz, Chemnitz

Schlusspunkt

„Wie wird Schröder den Kanzler los?"

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 12. Juni über die Suche von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) nach einem verfassungskonformen Weg zur vorzeitigen Auflösung des Bundestags, mit dem nicht das Verhältnis Schröders zu den Regierungsfraktionen beschädigt wird.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.07.2005 13/05

DGB

inhalt

Seite 3
Streit um das Günstigkeitsprinzip
Die Pläne von Union und FDP zur Ausweitung betrieblicher Bündnisse gefährden die Tarifautonomie

Seite 5
Streik ohne Zukunft?
Im globalisierten Kapitalismus werden Streiks durch neue Formen betrieblicher Konfliktlösung abgelöst, meint Buchautor Michael Kittner

Seite 7
Einmischen in den Wahlkampf
Die Gewerkschaften müssen den Bundestagswahlkampf nutzen, um für ihre Politikkonzepte zu werben, rät IG Metall-Sozialexperte Wolfgang Schroeder

Der nächste einblick erscheint am 15. August 2005

DGB zur Wahl

„Deutschland sozial gestalten"

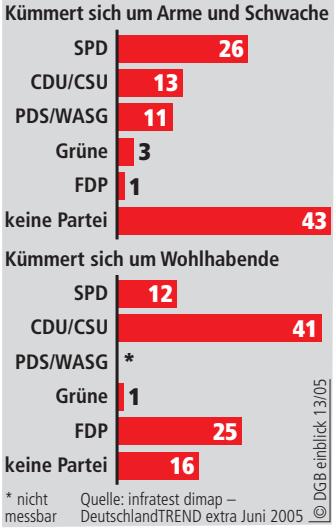
Zwei Monate vor einem möglichen Urnengang haben DGB und Gewerkschaften ihre Lobbyarbeit noch einmal verstärkt. Mit „Positionen zur Wahl", Eckpunkten und einem „Arbeitnehmerbegehren" wollen sie sich in den laufenden Bundestagswahlkampf einmischen.

So legte der DGB-Bundesvorstand unter dem Titel „Deutschland sozial gestalten" detaillierte Forderungen an die Parteien vor. Dabei wirft er der Politik vor, zu lange der Propadanda der Wirtschaftsverbände nachgegeben zu haben. Eine Wahlempfehlung wollen die DGB-Gewerkschaften für keine Partei geben. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer: „Als Einheitsgewerkschaft sind wir parteipolitisch unabhängig, ergreifen aber Partei für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentner und sozial Schwachen."

Auch die Mitgliedsgewerkschaften werden sich in den kommenden Wochen einmischen. So will sich ver.di mit einer umfangreichen Analyse aller Wahlprogramme zu Wort melden, nachzulesen unter *www.verdi.de.*

Keine Lobby für Arme

Welche Partei kümmert sich am ehesten um Arme und Schwache bzw. um Wohlhabende? (in Prozent)



Ein Großteil der Wahlbevölkerung glaubt, dass die Interessen der Schwachen bei den Parteien nur unzureichend vertreten sind. Die Interessenvertreter der Wohlhabenden lassen sich leicht ausmachen.

Die IG BAU will ihre „Knackpunkte" Mitte Juli der Bundespressekonferenz vortragen. In regionalen Veranstaltungen, Broschüren und einem Schwerpunkt in der September-Ausgabe des Mitgliedermagazins *Grundstein* sollen die gewerkschaftlichen Anforderungen vorgestellt und die Positionen der PolitikerInnen dazu herausgearbeitet werden.

IG BCE-Vorsitzender Hubertus Schmoldt warnt vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung „weg von der sozialen Marktwirtschaft hin zur Marktwirtschaft pur". Niemand solle hinterher behaupten, „man hätte nicht gewusst, was da auf die Menschen zukommt. In geradezu brutaler Offenheit stellen die konservativen und neoliberalen Kräfte dar, was sie beabsichtigen: Gewerkschaften sollen entmachtet, Betriebsräte geschwächt und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ein Minimum reduziert werden."

Als „wenig plausibel" hat Jürgen Peters, Vorsitzender der IG Metall, das sozialdemokratische Wahlprogramm bewertet. Die Agendapolitik sei wirtschaftlich, sozial und politisch erfolglos geblieben. In ihrem „Arbeitnehmerbegehren zur Bundestagswahl" benennt die IG Metall ihre Forderungen zur Wahl, die in regionalen Veranstaltungen dazu dienen sollen, die Kandidaten auf Herz und Nieren zu prüfen. Auch nach der Wahl, denn die Erfahrungen der vergangenen Legislaturperiode waren ganz offensichtlich schmerzhaft. Michael Sommer: „Wir haben als erste große Organisation in unserem Land unsere Anforderungen an die Parteien vorgestellt. Wir messen sie vor und nach der Bundestagswahl daran, ob sie Deutschland sozial gestalten wollen oder nicht." •

plusminusBERLIN

+ ***Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne) will mit der Ausweitung der Beratungs- und Aufklärungspflichten bei der Kapitalanlage mehr Klarheit bei Verträgen zur betrieblichen Altersvorsorge schaffen. Künast: „Nur mit Transparenz erhalten die VerbraucherInnen die optimalen Vorsorgeprodukte."***

– ***Bayerns Sozialministerin Christa Stewens will die Sozialhilfe für Ausländer einschränken. Wer neu ins Land kommt, soll frühestens nach drei Monaten, ausreisepflichtige Ausländer sollen keine Sozialhilfe erhalten. Stewens: „Der Missbrauch von Sozialleistungen muss wirkungsvoller bekämpft werden."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.verdi.de (Positionen: 1-Euro-Jobs)
Grundlagen und gewerkschaftliche Handlungsoptionen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme zur Sozialpolitischen Agenda der EU-Kommission

58er-Regelung

DGB strengt Musterklagen an

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wird bundesweit sechs Musterklagen führen, um ältere Arbeitslose vor den Folgen von Hartz IV zu schützen. 393 000 Arbeitslose im Alter von mindestens 58 Jahren haben sich bereit erklärt, auf eine Arbeitsvermittlung zu verzichten, bis sie abschlagsfrei in Rente gehen. Sie haben dazu gegenüber der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Verpflichtungserklärung nach Paragraf 428 SGB III unterschrieben, wonach sie bis zur Rente Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe erhalten. Zuvor hatte ihnen die BA ausdrücklich versichert, dass ihnen dadurch keine Nachteile entstehen.

Seit In-Kraft-Treten der Hartz IV-Reform Anfang 2005 erhalten die Betroffenen aber nur noch Arbeitslosengeld II – d.h. statt 53 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens lediglich 345 bzw. 331 Euro in West- bzw. Ostdeutschland. Der Unterschied kann für die Betroffenen mehrere hundert Euro ausmachen.

Dass die Arbeitslosen, die die so genannte 58er-Regelung in Anspruch genommen haben, auf Hartz IV verwiesen werden, verstößt nach DGB-Auffassung sowohl gegen den Eigentumsschutz der Arbeitslosenhilfe als auch gegen den Vertrauensschutz. •

Sonderbeitrag

Widerspruch gegen Rentenbescheid

Der DGB und die Gewerkschaften empfehlen allen RentnerInnen, die seit 1. Juli einen Sonderbeitrag zur Krankenversicherung von 0,9 Prozent zahlen müssen, Widerspruch gegen ihren Rentenanpassungsbescheid einzulegen. Der Sonderbeitrag dient der Finanzierung des Krankengelds, für die die ArbeitnehmerInnen künftig allein aufkommen müssen. Weil die RentnerInnen jedoch keinen Anspruch auf Krankengeld haben, sei die Erhebung des Sonderbeitrags „ein unverhältnismäßiger Eingriff" in ihre Eigentumsrechte, argumentiert der DGB.

Gegen Rentenbescheide muss innerhalb eines Monats Widerspruch eingelegt werden (Musterwidersprüche im Internet unter www.dgb.de). Die Erfolgsaussichten hält der DGB im aktuellen Fall für „ungewiss", dennoch will er mehrere Musterverfahren „einer höchstrichterlichen Klärung zuführen". •

Sozialwahlen: Gewerkschaftslisten in der Minderheit

Vergleich der Sozialwahlen 1999 und 2005, Stimmenanteil der Gewerkschaftslisten [1] (in Prozent) sowie Sitzverteilung [2]

	1999		2005	
	Wahlergebnis in Prozent	Sitze	Wahlergebnis in Prozent	Sitze
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)	27,8	8	24,0	7
BARMER	28,1	9	21,5	6
Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK)	23,6	7	16,7	5
Kaufmännische Krankenkasse (KKH)	13,4	4	13,1	4
Techniker Krankenkasse (TK)	19,6	6	20,7	6

1) Stimmenanteil der Fraktionsgemeinschaft bestehend aus den Listen von DGB, ver.di, IG Metall, IG BAU sowie ACA (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen)
2) Gesamtzahl der Sitze jeweils 30 Quelle: DGB-Bundesvorstand

© DGB einblick 13/05

Die Beteiligung an den Sozialwahlen 2005 ist gegenüber den letzten Wahlen im Jahr 1999 erneut gesunken und hat beispielsweise bei der Bundesanstalt für Angestellte mit rund 30 Prozent (1999: 39 Prozent) einen neuen Tiefstand erreicht. Auch die Gewerkschaftslisten haben weiterhin an Boden verloren, lediglich bei der Wahl zum Verwaltungsrat der Techniker Krankenkasse konnte die Fraktionsgemeinschaft von Gewerkschaften und Christlichen Arbeitnehmerorganisationen ihren Stimmenanteil um 1,3 Prozent erhöhen. Die Ergebnisse von 2005 bestätigen die Schlussfolgerungen aus den letzten Wahlen: Unter den Bedingungen des geltenden Wahlrechtes – danach dürfen Wählerlisten unter den Namen des Versicherungsträgers antreten – werden diese „Namenslisten" ihre hohen Stimmanteile behalten bzw. ausbauen und Gewerkschaftslisten in einer Minderheitenposition stagnieren bzw. verlieren. Positiv aus Sicht der Gewerkschaften ist, dass im neu gewählten Verwaltungsrat der BARMER GewerkschaftsvertreterInnen gemeinsam mit den VertreterInnen der gewerkschaftsnahen Namensliste BARMER VV mit 17 Sitzen (von insgesamt 30) die Mehrheit stellen – trotz hoher Verluste insbesondere der ver.di-Liste (minus 3 Sitze).

in eigener Sache

Personelle Veränderungen beim *einblick*: **Udo Perina,** 51, ist am 30. Juni aus der Geschäftsführung der *einblick* Verlagsgesellschaft ausgeschieden. In Zukunft wird er als freier Autor tätig sein und sich insbesondere auf wirtschaftspolitische Themen konzentrieren.
Alleiniger Geschäftsführer der *einblick* Verlagsgesellschaft ist seit dem 1. Juli **Christian Paulsen,** 43. Einen Teil der Managementaufgaben vor Ort in Berlin wird künftig *einblick*-Redakteurin **Anne Graef,** 44, übernehmen.
einblick-Verlag und -Redaktion bedanken sich bei Udo Perina für sein Engagement und wünschen ihm alles Gute für seine neuen Aufgaben.

Hartz-Reformen

Ombudsrat-Vorschläge umgehend umsetzen

Der „Ombudsrat – Grundsicherung für Arbeitssuchende" hat Ende Juni seinen ersten Zwischenbericht vorgelegt. Der Rat, dem die ehemalige Familienministerin Christine Bergmann, Sachsens Ex-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und der ehemalige Vorsitzende der IG BCE, Hermann Rappe, angehören, befasste sich mit Eingaben betroffener BürgerInnen und den Erfahrungen vieler Institutionen mit den Hartz-Reformen. Während der Rat die Reformen grundsätzlich nicht anzweifelt, empfiehlt er im Detail einige Veränderungen. So schlägt er vor, die ALG II-Regelsätze für Ost (331 Euro) und West (345 Euro) anzugleichen.

Kritik übte der Rat auch an der pauschalen Praxis vieler Kommunen, ALG-II-Empfänger zum Wohnungswechsel zu veranlassen, auch wenn nur geringe Überschreitungen hinsichtlich des Miethöchstsatzes oder der Wohnungsgröße vorliegen. Auch sollte die Eigenheimzulage als „zweckbestimmte Einnahme" nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden.

Der Ombudsrat empfiehlt außerdem, das Kindergeld für volljährige Kinder auf das Einkommen der Eltern nicht anzurechnen, wenn es nachweislich an die Kinder weitergegeben wird. Nicht eheliche Kinder müssten in der Sozialversicherung genauso behandelt werden wie eheliche. Nicht zuletzt spricht sich der Rat auch für eine bessere finanzielle Absicherung älterer ArbeitnehmerInnen aus. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer hat Bundesregierung und Opposition aufgefordert, die Vorschläge des Ombudsrates umgehend umzusetzen. •

www.ombudsrat.de

Verbetrieblichung der Tarifpolitik

Am Rande der Verfassung

Union und FDP wollen betrieblichen Bündnissen zum Durchbruch verhelfen. Tarifstandards sollen abgesenkt werden können, wenn dadurch Arbeitsplätze erhalten werden. Die Gewerkschaften sehen darin einen Angriff auf die Tarifautonomie und verweisen auf die hohe Flexibilität des Tarifsystems.

70 Prozent der Beschäftigten im Westen und 54 Prozent im Osten werden von Tarifverträgen erfasst. Ein Anteil, der sich seit Anfang des Jahrzehnts kaum verändert hat. Trotzdem steht das deutsche Tarifsystem massiv unter Druck. Die Zahl der Branchen wächst, in denen Tarifverträge gekündigt sind, die Arbeitgeber aber keinen Neuabschluss anstreben. Ebenso die Zahl der betrieblichen Bündnisse, in denen die Öffnungsklauseln der Tarifverträge von den Arbeitgebern als Instrument zur dauerhaften Kostensenkung genutzt werden. Ihnen gehe es nicht mehr um Abweichungen vom Tarifvertrag im Krisenfall, sondern um eine „grundlegende Änderung des Charakters der Tarifstandards – weg von verbindlichen Mindestvorgaben, hin zu Rahmenvereinbarungen mit Empfehlungscharakter", so die Einschätzung des Leiters des WSI-Tarifarchivs Reinhard Bispinck.

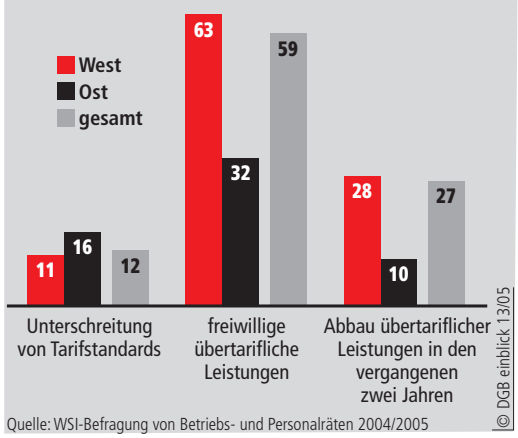
Auch die Bedeutung firmenbezogener Tarifregelungen hat sich in den letzten Jahren spürbar verändert. Allein im Bereich der IG Metall hat sich ihre Zahl seit Anfang der neunziger Jahre fast verdreifacht, 70 Prozent davon enthalten befristete oder dauerhafte Abweichungen unter dem Niveau der Fläche.

Zudem sind die Vereinbarungen zur Standortsicherung, die im vergangen Jahr bei Siemens in Bocholt und Kamp-Lintfort sowie bei DaimlerChrysler noch für Furore gesorgt hatten, längst keine Ausnahme mehr. Selbst florierende Unternehmen machen inzwischen Ausnahmebedingungen für sich geltend. Auch das ist ein Grund, warum nicht nur die Arbeitgeber der Chemieindustrie sondern zum Beispiel auch Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegießer die von Union und FDP geplanten gesetzlichen Öffnungsklauseln für betriebliche Bündnisse für nicht erforderlich hält. In der Metall- und Elektroindustrie gebe es „zahlreiche Gestaltungsspielräume zur Anpassung des Flächentarifvertrags an betriebliche Notwendigkeiten", so Kannegießer im Berliner *Tagesspiegel*.

Auch die Betriebsräte selbst sehen die betrieblichen Bündnisse eher negativ. 53 Prozent halten sie für „generell problematisch", nur 12 Prozent für „begrüßenswert". Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Ende Juni veröffentlichten Betriebsrätebefragung 2004/2005 ermittelt. 81 Prozent der befragten Betriebsräte sehen in einer Verbetrieblichung der Tarifpolitik „eher eine Möglichkeit des Arbeitgebers, seine Interessen durchzusetzen", nur 49 Prozent meinen, dass auch Betriebsräte „größere Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten" bekommen würden. Experten wie der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Thomas Dieterich, warnen vor einer Überforderung der Betriebsräte. Tarifverträge dürften nicht zur unverbindlichen Richtlinie verkommen, die nur so lange Geltung beanspruchen, „bis ein Arbeitgeber seine Belegschaft mit Stillegungsprojekten so lange unter Druck setzt, bis sie alles unterschreiben". •

Abweichung von der Norm

Überbetriebliche Bezahlung und Unterschreitung geltender Tarifstandards in den Unternehmen (in Prozent)



Quelle: WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 2004/2005

Zwölf Prozent aller Betriebe verstoßen gegen geltende Tarifverträge. Auch der Rückgang bei den übertariflichen Leistungen zeigt, wie groß der Druck auf die Beschäftigten ist, Einkommenseinbrüche hinzunehmen.

Geregelte Ausnahmen

Nutzung betrieblicher Öffnungsklauseln in tarifgebundenen Betrieben (in Prozent)

Quelle: WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 2004/2005

75 Prozent aller Betriebe nutzen tarifliche Öffnungsklauseln, um ihre Wettbewerbsbedingungen zu verbessern. Für die Beschäftigten sind sie aber oft mit Einkommensverlusten verbunden.

Streit um das Günstigkeitsprinzip

Ist es nicht besser, eine schlecht bezahlte Arbeit zu haben, als keine? Das ist die Frage, auf die Union und FDP die Debatte über betriebliche Bündnisse für Arbeit zuspitzen wollen. Bislang sind Abweichungen vom Tarifvertrag nach unten nur erlaubt, wenn die Tarifvertragsparteien dem zuvor zugestimmt haben. Die Beschäftigten dürfen nur besser – sprich „günstiger" – gestellt werden, als im Tarifvertrag vorgesehen, nicht schlechter. Denn Tarifverträge regeln Mindestbedingungen.

Künftig soll diese Regel nur noch eingeschränkt gelten: Als „günstiger" wollen Union und FDP auch längere Arbeitszeiten und einen geringeren Lohn definieren, wenn dies der „Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dient".

Ob eine entsprechende Vereinbarung auf betrieblicher Ebene einem Einspruchsrecht der Tarifvertragsparteien unterliegen soll, ist zwischen den potenziellen Koalitionspartnern umstritten (einblick 12/2005). Die FDP will darauf verzichten. Das würde allerdings die Wirksamkeit von Tarifverträgen generell in Frage stellen. Die vom Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit wäre in ihrem Kern bedroht.

Aktuelles Buch

Europa ist weiblich

Frauen stellen die Bevölkerungsmehrheit in Europa, werden aber nach wie vor auf vielen Gebieten benachteiligt. Dabei wurde schon in die Römischen Gründungsverträge das Recht auf gleiches Entgelt bei gleicher Arbeit verankert. In der aktuellen EU-Politik spielt Geschlechtergerechtigkeit eine wichtige Rolle – auf dem Papier. Dass der Alltag in den 25 Mitgliedsstaaten oft anders aussieht, illustriert das Buch „Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für die Gleichstellungspolitik nach der EU-Erweiterung".

Gerade bei Einkommen, Zugang zum Arbeitsmarkt und Karrierechancen sind die Unterschiede gewaltig. Ende 2003 waren 70,9 Prozent aller Männer und 55,1 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig, wobei diese Zahl unberücksichtigt lässt, dass Frauen oft in Teilzeit oder in nicht existenzsichernden Jobs arbeiten. 18 AutorInnen haben in dem von Kirsten Rölke, Christiane Wilke (beide IG Metall) und Mechthild Kopel (ISA Consult) herausgegebenen Band zusammengetragen, wie Euro-Betriebsräte, Gewerkschaften, Interregionale Gewerkschaftsräte, politische Akteure in den Grenzregionen oder Netzwerke dazu beitragen können, Geschlechtergerechtigkeit in Europa Wirklichkeit werden zu lassen. Die Botschaft ist eindeutig: Gleichstellungs- und Frauenpolitik muss auch in der EU der 25 auf der Agenda bleiben. Erschienen ist das Buch im VSA-Verlag, Hamburg 2005, 184 Seiten, 12,80 Euro. •

„Sicher sonnen! Sicher arbeiten!" lautet die Botschaft auf Tausenden von Tütchen mit Sonnenschutzlotion, die der DGB Baden-Württemberg in den Sommerferien kostenlos auf Flughäfen und Bahnhöfen an UrlauberInnen verteilt. Mit der Aktion erinnert der DGB daran, dass nicht nur die Haut

vor zu starker Sonneneinstrahlung geschützt werden muss, sondern auch die ArbeitnehmerInnen vor unfairen Arbeitsbedingungen: Tarifverträge geben nicht nur den Beschäftigten Sicherheit. Sie haben Deutschland auch zu einem der produktivsten Standorte der Welt gemacht.

Wettbewerb

Im Netz gegen Rechts

Zeichen setzen gegen Rechts geht auf vielerlei Weise. Zum Beispiel mit Arbeitsmaterialien aus dem World Wide Web. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!", der seit 1986 mit dem Logo der Gelben Hand Farbe bekennt gegen Fremdenfeindlichkeit, will Auszubildende und BerufsschülerInnen mit einem Wettbewerb motivieren, solche Arbeitsmaterialien zu entwickeln. Lohn der Mühe sind Geld- und Sachprämien. Bis zum 1. November können Beiträge eingereicht werden, die einen kreativen Zugang zum Themenkreis Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt zeigen. Das kann ein selbst entwickeltes Computerspiel oder ein Bildschirmschoner sein, der zum Nachdenken anregt. •

www.gelbehand.de

Forschungsprojekt

Teilnehmer gesucht

Wie sollen Vorgesetzte sich verhalten, um von ihren MitarbeiterInnen respektiert zu werden? Dieser Frage geht eine interdisziplinäre Forschungsgruppe des Arbeitsbereichs Sozialpsychologie der Universität Hamburg nach. PsychologInnen, Politik- und WirtschaftswissenschaftlerInnen wollen herausfinden, welche Bedeutung „Respekt" in verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhängen hat. Dafür sucht die Forschungsgruppe noch ArbeitnehmerInnen, die an einer Online-Studie teilnehmen. Unter *http://unipark.de/uc/hh_uni_psych_inst/2d7b/* findet sich der entsprechende Fragebogen. Alle Antworten werden anonym behandelt. Unter den TeilnehmerInnen werden zehn Amazon-Gutscheine im Wert von je 25 Euro verlost. •

Hartz-Bilanz

Schwerpunkt beim Fordern

Die Formel vom „Fordern und Fördern" wurde bei Einführung der vier Hartz-Gesetze von PolitikerInnen gebetsmühlenhaft wiederholt. Zwei Jahre nach Inkrafttreten der ersten Hartz-Reformen zeigt sich, dass in der Realität der Schwerpunkt vor allem beim Fordern liegt. Zu diesem Ergebnis kommen die AutorInnen des Buches „Die Hartz-‚Reformen' – Die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen". 19 AutorInnen aus Gewerkschaften, Politik, Wissenschaft, Arbeitsagenturen sowie Hartz-Betroffene beschreiben, was aus den Gesetzen geworden ist. Außerdem enthält der 224 Seiten starke Band (VSA-Verlag, Hamburg 2005, 12,80 Euro) die wichtigsten Fakten. •

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Hamburg*** und die SchülerInnenkammer Hamburg ***protestieren*** gegen die Einschränkung der Mitbestimmungsrechte von BerufsschülerInnen in der Hansestadt. In den an vier Pilotschulen geschaffenen Schulvorständen sollen künftig nur noch Lehrer- und ArbeitgebervertreterInnen Stimmrecht haben. Eltern- und SchülerInnenvertreterInnen sowie Gewerkschaften dürfen nur noch mit beratender Stimme teilnehmen. Damit würden die Schulen zu „demokratiefreien Zonen". Außerdem handle Schulsenatorin Alexandra Dinges-Dierig (CDU) eigenmächtig: Ein Beschluss der Bürgerschaft sehe die gleichberechtigte Beteiligung von Eltern und SchülerInnen vor. Infos: Olaf Schwede, Tel. 0170 / 487 75 73

••• Der ***DGB Thüringen*** steigt aus der „Projektgruppe Bürokratieabbau" beim Thüringer Wirtschaftsministerium aus. Die Landesregierung setze Bürokratieabbau mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten gleich, so der DGB. Hintergrund ist das „Thüringer Konzept für mehr Wirtschaftsfreundlichkeit". Das Papier sieht den Vorrang von betrieblichen Bündnissen gegenüber dem Flächentarif vor sowie die Anhebung des Schwellenwerts beim Kündigungsschutz auf 20 Beschäftigte. Nur noch für rund 10 Prozent der thüringischen ArbeitnehmerInnen würde dann der Kündigungsschutz gelten. Infos: Frank Spieth, Tel. 0361 / 59 61 - 401

Weiterbildung

Gender Change Management

Gender Change Management können Führungskräfte und PersonalentwicklerInnen lernen. Die Beratungsfirma ISA Consult hat dafür eine Weiterbildung entwickelt. Im März 2006 startet bereits die vierte Runde der berufsbegleitenden Ausbildung. Von der Organisationsanalyse bis zur Personalentwicklung: Die TeilnehmerInnen lernen, Veränderungsprozesse geschlechtergerecht zu gestalten. Die Weiterbildung kostet 3450 Euro plus Mehrwertsteuer. Bei Anmeldungen bis zum 2.11. gibt's zehn Prozent Frühbucherrabatt (bis 1.12. fünf Prozent). •

www.isa-consult.de

Interview mit Michael Kittner

Streik ohne Zukunft?

Im globalisierten Kapitalismus verliere der Streik bisherigen Zuschnitts als Mittel zur Durchsetzung nationaler Arbeitnehmerinteressen an Bedeutung, meint der Arbeitsrechtler Michael Kittner. Möglicherweise würden in Zukunft „vermehrt betriebliche Konflikte ausgetragen".

■ Im Jahr 2005 einen dicken Wälzer über die Geschichte des Arbeitskampfs zu publizieren – ist das nicht unzeitgemäß?

■ *Wir leben in einer Epochenwende, die alte Bundesrepublik verschwindet. Zweierlei hat sie ausgezeichnet: stetiges Wachstum und die Systemkonkurrenz von Kapitalismus und Kommunismus. Von beidem haben die Arbeitnehmer profitiert. Sie waren ökonomisch auf der Gewinnerseite, und ihre Systemloyalität ist mit politischen Zugeständnissen honoriert worden. Jetzt erleben wir den normalen, den globalisierten Kapitalismus. Und da lohnt ein Blick zurück in die Geschichte, um vielleicht einen roten Faden zu entdecken.*

■ Du warst 25 Jahre lang Justitiar der IG Metall, also parteiisch. Kann man da eine sachliche Darstellung der Streik-Geschichte erwarten?

■ *Zum einen waren diese 25 Jahre eine ideale Voraussetzung. Ein Stück Geschichte habe ich selbst erlebt, und aus dieser Zeit rührt der bestmögliche Kontakt zur früheren Gegenseite. Zum anderen haben mir viele Freunde und Kollegen geholfen, mit Anregungen, Kritik und Informationen. Ich halte zwar mit meiner Meinung nicht hinterm Berg, aber die Fakten halten jeder Prüfung stand.*

■ Hast du rückblickend eigene Auffassungen korrigiert?

■ *Zu meiner großen Überraschung habe ich festgestellt, dass es kein in der Geschichte angelegtes Fortschrittsprinzip gibt. Der Fortschrittsglaube ist eine Täuschung. Erfolge, die von den Gewerkschaften einmal errungen worden sind, schreiben sich nicht von selbst fort. Wir werden sogar zurückgeworfen auf die grundsätzliche Frage, ob der Kapitalismus überhaupt sozial regulierbar ist – und von wem.*

■ Die Gewerkschaften fühlen sich dazu berufen.

■ *Ihre Erfolgschancen steigen, je mehr sie im Einklang mit dem gesellschaftlichen Grundkonsens stehen. Dafür müssen sie stark sein, ohne Organisation ist alles nichts. Die Orientierung am Selbsthilfegedanken ist dabei jedoch wichtiger als viele denken. Arbeitnehmer müssen die Gewerkschaft als ihre Organisation wahrnehmen, nicht als eine, für die sie geworben werden. Aus Sicht der Gewerkschaften lautet die Frage: Wie kann man Menschen bewegen, für ihre Interessen selbst einzutreten?*

■ Die IG Metall hat zwei ihrer 15 Streiks verloren: 1954 in Bayern und 2003 in Ostdeutschland. Beide Male hat das die Organisation erschüttert. Müssen Streiks gewonnen werden?

■ *Sie dürfen jedenfalls nicht verloren gehen. Sie werden zwar im Kopf entschieden, aber mit Leidenschaft und Herzblut geführt. Arbeitnehmer, die streiken, vertrauen ihrer Gewerkschaft. Wird dieses Vertrauen enttäuscht, dauert es sehr lange, bis die Menschen sich wieder bereit finden, zu streiken.*

■ Sind Streiks nicht out? Die Globalisierung der Produktion, die wachsende Macht der Investmentfirmen und der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften – alles spricht gegen sie.

■ *So weit gehe ich nicht. Grundlage und Effektivität von Streiks haben zwar gelitten, aber den Gewerkschaften bleibt letztlich nichts anderes, solange sie eine kollektive Verhandlungsmacht darstellen wollen. Ohne Streiks sind Tarifverhandlungen kollektives Betteln. Möglicherweise werden in Zukunft statt der wenigen großen Arbeitskämpfe vermehrt betriebliche Konflikte ausgetragen.*

■ CDU/CSU planen tief greifende Eingriffe in die Tarifautonomie. Bleibt vom Arbeitskampfrecht am Ende nur eine Worthülse übrig?

■ *Diese Absicht steckt dahinter, das ist keine haarsträubende Unterstellung. Die Union legt die Axt an die Wurzel des Flächentarifvertrags.*

Michael Kittner, 63, war Professor für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Kassel und Justitiar der IG Metall.

Falls das verfassungsrechtlich Bestand hat, werden die Gewerkschaften stärker auf die Betriebe zurückgeworfen – und die Arbeitnehmer müssen selbst die Frage beantworten, ob sie das mit sich machen lassen. Anders ausgedrückt: Jeder Arbeitgeber, der den Arbeitgeberverband verlässt und sich dem Tarifvertrag entzieht, repräsentiert eine Belegschaft, die das zulässt. Die Gewerkschaft ist kein Automat, wo oben der Beitrag reinfällt und unten der Tarifvertrag rauskommt. Wer tarifliche Leistungen in Anspruch nehmen will, muss sich dafür in Zukunft stärker als bisher selbst engagieren.

■ Auch wenn der Streik als Hebel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen an Stärke verliert, die Verteilungskonflikte um Entgelt und Arbeitszeit bleiben. Wie werden sie künftig gelöst?

■ *Es entsteht eine neue Risikolandschaft: Die Belegschaften, die schwach organisiert sind, werden zu den Verlierern zählen; ihnen – also vielen – wird es schlechter gehen. Und wenn es den Arbeitskampf als Instrument zur Lösung von Konflikten in der heutigen Form nicht mehr geben sollte, werden betriebliche Einzelkonflikte unkontrolliert ausgetragen: Dann explodiert irgendwann der Kessel.* ●

Von Theben bis Ostdeutschland

Die ersten Streik-Dokumente stammen aus Ägypten. Damit beginnt Michael Kittner: mit dem Streik der thebanischen Nekropolenarbeiter im Jahr 1155 v. Chr. Die erste Gesamtdarstellung des Arbeitskampfs in Deutschland beginnt mit dem Streik der Breslauer Gürtlergesellen 1329 – und reicht bis zum Metaller-Streik 2003 in Ostdeutschland. Geschildert werden mehr als 65 berühmte und unbekannte, erfolgreiche und gescheiterte Arbeitskämpfe: die Bergarbeiterstreiks des 19. Jahrhunderts, der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, der Volksaufstand am 17. Juni 1953, die Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die 35-Stunden-Woche – ein mutiger Streifzug durch die Geschichte, der sich nicht auf die historische Betrachtung beschränkt, sondern die Arbeitskämpfe als Teil der ökonomischen und politischen Entwicklung darstellt und ihre Widerspiegelung in der Rechtsordnung verständlich macht. Vor diesem Hintergrund lässt sich trefflich über die Zukunft des Arbeitskampfs – und der Gewerkschaften – streiten.

Arbeitskampf,
Geschichte – Recht – Gegenwart
Verlag C. H. Beck, München 2005
rd. 780 Seiten, ca. 39 Euro
(erscheint Ende August)

kurz&bündig

Die GEW will mit einem Fünf-Punkte-Sofortprogramm die Berufsperspektiven junger Menschen unter 25 Jahren fördern. Zu den Forderungen gehören die Aufwertung nichtbetrieblicher Ausbildungsgänge sowie der Ausbau der frühkindlichen präventiven Pädagogik. Download: www.gew.de/Binaries/Binary9927/

Der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters setzt sich für eine stärkere Integration von MigrantInnen ein. Dazu gehöre eine leichtere Einbürgerung mit doppelter Staatsbürgerschaft für Nicht-EU-BürgerInnen und ein Aufenthaltsrecht, das Jugendlichen eine Berufsausbildung ermögliche.

TRANSNET hat als vierte DGB-Gewerkschaft eine zentrale Service-Hotline für Mitglieder eingerichtet. Für zwölf Cent pro Minute ist TRANSNET-direkt unter 01805 / 38 37 38 montags bis donnerstags von 8 bis 18 Uhr und freitags bis 16 Uhr erreichbar.

Die IG BAU bietet seit Ende Juni auf ihrer Homepage einen Themendienst zu aktuellen Fragen an. Thema der ers–ten Ausgabe ist die Scheinselbstständigkeit. Auf zehn Seiten werden die Ursachen der rasanten Zunahme von Scheinselbstständigen, politischen Reaktionen und Handlungsmöglichkeiten für Betroffene vorgestellt. www.igbau.de (Pressecenter)

Betriebsratswahlkampagne 2006

Vertrauen ist gut …

… Betriebsrat ist besser: So lautet das Motto der Kampagne, mit der DGB und Gewerkschaften die turnusmäßigen Betriebsratswahlen 2006 begleiten. Erstmals haben sich die DGB-Gewerkschaften darauf geeinigt, gemeinsam Materialien für die Wahlen zu erstellen – von einer Wahlhilfe-Broschüre über eine CD-ROM mit einem elektronischen Wahlkalender bis hin zu gemeinsamen Hintergrundtexten und Plakaten. Ergänzt werden sollen die konkreten Hilfestellungen zur Betriebsratswahl durch eine öffentlichkeitswirksame Begleitkampagne. Ihre Ziele: eine höhere Wahlbeteiligung, mehr GewerkschafterInnen in Betriebsräten sowie die Gründung neuer Betriebsräte in Unternehmen ohne Interessenvertretung. Sie soll Ende 2005 starten und die heiße Phase der Betriebsratswahlen im Frühjahr 2006 begleiten. Wichtigste Zielgruppen sind die Beschäftigten in Handwerksbetrieben sowie in kleinen und mittelständischen Unternehmen, junge Angestellte und Frauen. Geplant ist unter anderem neben einem Pendlerprojekt, Radiospots und einem SMS-Service auch die Einrichtung einer Telefon-Hotline, die ab Februar 2006 externe Unterstützung bei der Durchführung der Betriebsratswahl bietet. Bis Ende September 2005 sollen außerdem in den DGB-Regionen konkrete Projekte entwickelt werden. •

www.betriebsrat-ist-besser.de

ChancenGleich

Nachhaltige Wirkung

Ein positives Resümee des DGB-Aktionsprogramms ChancenGleich hat der DGB-Bundesvorstand in seiner Sitzung am 5. Juli gezogen. Von Juli 2003 bis Ende 2004 sind in DGB-Regionen und -Bezirken eine ganze Reihe von Projekten zur Chancengleichheit in der privaten Wirtschaft sowie neue Kommunikationsplattformen realisiert worden. Das Spektrum reicht von der Entwicklung einer chancengerechten Beschäftigungs- und Strukturpolitik in der hessischen Logistikregion Hersfeld-Rotenburg bis hin zum Betriebsräte-Netzwerken.

Die Erfahrungen aus diesen Projekten sollen jetzt daraufhin überprüft werden, ob sie zur Mitgliedergewinnung beitragen können. Dafür wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, an der neben der DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik die am Aktionsprogramm beteiligten DGB-Bezirke und -Regionen sowie Gewerkschaften mitwirken. •

Dokumentation des Aktionsprogramms: lilo.collm@dgb.de

Betriebsräteinitiative

Forum Verantwortung

„Vertragen sich unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft noch?" fragt angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung die Betriebsräteinitiative „Macht Politik sozialgerecht". Auf dem „Forum Verantwortung" sucht sie am 12. Juli in Berlin nach Antworten. Eckart Hildebrandt, Professor am Berliner Wissenschaftszentrum, stellt soziale und ökologische Dimensionen nachhaltigen Wirtschaftens dar.

An einem Podiumsgespräch unter dem Titel „Verantwortliche Unternehmensführung – Alibi, Mode oder eine gute Perspektive?" beteiligen sich u.a. der Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau,* Wolfgang Storz, Hans-Peter Brix von der Stiftung Warentest sowie der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Ulrich Dargel vom Nahrungsmittelkonzern Béguin-Say. An der Tagung nehmen rund 70 Betriebsräte vor allem aus dem Organisationsbereich von IG BCE, TRANSNET und NGG teil. •

www.betriebsratsinitiative.de

DGB-Jugend

Praktikumscheck

Beruf PraktikantIn statt ausbildungsadäquater Beschäftigung: Für viele Studierende ist das nach dem Abschluss die einzige Perspektive. Sie gehen von einem Praktikum zum nächsten. Betreuung, Lerneffekt und Bezahlung lassen oft zu wünschen übrig. Für alle Betroffenen hat die DGB-Jugend Mitte Juni das Internet-Forum „Faires Praktikum" gestartet. Der Online-Fragebogen für PraktikantInnen ist einfach zu beantworten. Die Ergebnisse sind übersichtlich geordnet und helfen, ein faires Praktikum zu finden. Es können bereits eine Reihe Bewertungen eingesehen werden. So wird ein Praktikum bei der ILO in Peking sehr empfohlen. •

www.students-at-work.de/praktika

„Das Prinzip Lidl – Billig durch Ausbeutung" lautet der Slogan auf einem Ende Juni erschienenen Plakat, das der Grafiker Klaus Staeck gestaltet hat. Staeck, der 1972 durch sein Plakat „Deutsche Arbeiter, die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen" bekannt wurde, unterstützt die im vergangenen Jahr gestartete Kampagne der Gewerkschaft ver.di gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen bei Lidl *(einblick* 22/2004). Das Plakat kostet 5 Euro zuzüglich Versand.

Gewerkschaften im Bundestagswahlkampf

Einmischen und zuspitzen

Die Gewerkschaften müssen sich aktiv in den Bundestagswahlkampf einmischen. Entscheidend sind ihre eigenen Poltikkonzepte und nicht die Nähe zu einzelnen Parteien, meint Wolfgang Schroeder.

Dr. Wolfgang Schroeder, 45, ist Leiter des Bereichs Sozialpolitik der IG Metall.

Alle scheinen verunsichert. Selbst jene, die von den Fehlern der rot-grünen Noch-Regierung profitieren. Neuwahlen – so viel haben die Parteimanager verstanden – lassen sich nicht mit den Parteitagsbeschlüssen von gestern gewinnen. So wird die SPD keinen offensiven Wahlkampf für die Agenda 2010 machen und die CDU/CSU nicht für die Rente ab 67. Doch damit ist noch nicht geklärt, welche Schritte die Parteien nach der Wahl einschlagen.

Die DGB-Gewerkschaften sollten bei all dem, was sich an neoliberalen Attacken gegen den Wohlfahrtsstaat denken lässt, nicht wie das Kaninchen vor der Schlange verharren. Sie müssen selbst aktiv werden. Sicher, sie sind Einheitsgewerkschaften. Sie werden auch keinen Wahlkampf für eine Partei machen. Sie engagieren sich vielmehr für eine Politik, die eine tragfähige Perspektive für die ArbeitnehmerInnen ermöglicht. Aber das setzt voraus, dass sie ihre **politischen Kernforderungen so zuspitzen,** dass sie im bevorstehenden Kurzwahlkampf während der Sommerzeit auf öffentliche Resonanz stoßen.

Die Verhältnisse sind heute vertrackter als 1998, als die Gewerkschaften der neuen Regierung mit auf den Weg gaben, dass ein Wechsel der Regierung alleine nicht ausreicht. Droht doch ein einfacher Wechsel der Regierung nach dem Motto „weiter so – nur noch ein bisschen unsozialer". Jedenfalls sind die Rahmenbedingungen, die durch eine zukünftige Regierung abgesteckt werden, für lange Zeit maßgeblich für die ökonomischen und sozialen Chancen der Beschäftigten. Bei den Alternativen, die die Gewerkschaften gegen eine solche arbeitnehmerfeindliche Politik in die Debatte bringen wollen, ist zu berücksichtigen, dass es dabei vor allem um die Durchsetzbarkeit von Politik geht, nicht um politische Schnellschüsse.

Für die Gewerkschaften geht es zudem **nicht primär um die Frage, wie nah oder fern sie zur CDU, SPD oder WASG stehen,** sondern es geht darum, dass die Gewerkschaften den Wahlkampf aktiv nutzen, um ihre inhaltlichen Vorstellungen öffentlich zu kommunizieren. Dass sie den Streit der Modelle und Optionen annehmen, um sich im Wettbewerb der Ideen offensiv einzubringen. Dies beginnt wie immer bei den eigenen Mitgliedern und Beschäftigten. Dazu gehören Lob und Kritik an den Forderungen der Parteien ebenso wie eigene Vorschläge.

Schließlich geht es angesichts von 4,7 Millionen Arbeitslosen, eines unzureichenden Sozialstaates, extremer Haushaltslöcher, bislang ungekannter demografischer Verschiebungen, schwächer werdender Bildungsinstitutionen und eines angeschlagenen europäischen Projektes um grundsätzliche Weichenstellungen. Es geht ums Ganze und nicht nur um das Kleingedruckte. Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, ist Wachstum allein unzureichend. Eine **einfache Angebotspolitik als Antwort auf die Beschäftigungsprobleme** der Republik ist gescheitert. Das brauchen wir nicht noch einmal. Es bedarf zumindest einer breit angelegten Innovationsoffensive und einer nachhaltigen Nachfrageförderung. Um den Sozialstaat zu stärken, sind ergiebige und gerechte Finanzgrundlagen, eine verbesserte Infrastruktur und eine qualitätsvolle Präventionspolitik notwendig.

Der Markt alleine wird weder mehr Arbeitsplätze schaffen noch eine bessere soziale Sicherung ermöglichen. Wir brauchen wieder den Primat der Politik, um die Realitäten sozial zu gestalten. Wir müssen uns **auf die großen Fragen einlassen:** Gerechtigkeit muss auch unter den Bedingungen der Globalisierung ein zentrales Ziel jeder Bundesregierung sein. Mitbestimmung und Beteiligung sind keine Hindernisse für Innovationsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum, sondern deren Bedingung. Der Sozialstaat ist eine wesentliche Voraussetzung für Demokratie und Wettbewerb. Der Innovationswettbewerb ist das Gebot der Stunde, und dazu leisten die Gewerkschaften einen maßgeblichen Beitrag.

Noch gehört die Gewerkschaftsschelte zum schon fast vertrauten Ritual der allabendlichen Talkrunden. Weil die Politik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt hat, prügelt sie öffentlich auf die Interessenvertreter der Beschäftigten und der Arbeitssuchenden ein. Wir sollten uns davon nicht beirren lassen und uns darauf konzentrieren, **unsere Ideen und Positionen offensiv in den Wahlkampf einzubringen.** Wer dieses Land verbessern will, tut dies mit den Gewerkschaften, weil sie nicht nur gute Ideen haben, sondern Mitgestalter einer besseren Zukunft sind. Denn weder mit Kapitulationsurkunden noch mit Wunschkonzerten lassen sich Wachstum und Gerechtigkeit erreichen. •

Halbe Wahrheit

Die ersten Schritte zum neuen Regierungsprogramm sind bereits getan – wer auch immer im neuen Bundestag die Nase vorne haben wird. Am 4. Juli hat ein kleiner Parteitag das Wahlmanifest der SPD beschlossen. Am 9. und 10. Juli folgten die Grünen und am 11. Juli ist es auch bei der CDU so weit. Am 17. Juli schließlich folgt der Parteitag der PDS, auf dem das Bündnis mit der Wahlalternative WASG besiegelt werden soll. Doch über die Politik der künftigen Bundesregierung sagt all das noch wenig aus. Auch die Agenda 2010 stand vorher in keinem Wahlprogramm. Und auch nicht die in einer faktischen Großen Koalition beschlossenen Hartz-Gesetze.

Nur wenig deutet darauf hin, dass es diesmal anders sein wird, auch wenn die Parteien einen Teil der geplanten Grausamkeiten auf den Tisch gelegt haben. Und dazu zählen nicht nur die verbalen Angriffe der FDP gegen die Gewerkschaften und die von der Union bereits angekündigten Einschnitte bei den Arbeitnehmerrechten.

Wichtig sind die Wahlprogramme der Parteien trotzdem. Was die ArbeitnehmerInnen von ihnen zu erwarten haben, wird von den Gewerkschaften aufmerksam verfolgt. Eine erste Analyse der Wahlprogramme will die Gewerkschaft ver.di am 19. Juli auf ihre Website einstellen:
www.wahl2005.verdi.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

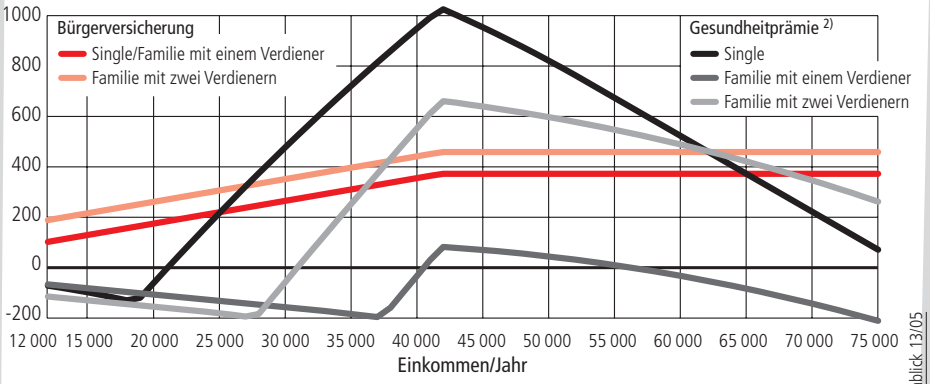
DIES & DAS

die DGB grafik

KRANKENVERSICHERUNG: Bürgerversicherung gerechter

Im Falle eines Wahlsiegs wollen CDU/CSU die einkommensabhängigen Beiträge zur Krankenversicherung durch eine Gesundheitsprämie ablösen. Profitieren würden hiervon nach Berechnungen des Gesundheitsexperten Karl Lauterbach vor allem Singles. Auf Familien mit mehreren Kindern und niedrigem Einkommen kämen hingegen Mehrbelastungen zu. Bei der von der SPD favorisierten Bürgerversicherung würden alle Einkommensbezieher entlastet. Der Entlastungseffekt steigt aber bis zu einem Einkommen von 45 000 Euro/Jahr.

Entlastung bei der Krankenversicherung von erwerbstätigen Singles und von Familien mit zwei Kindern durch die Bürgerversicherung bzw. die Gesundheitsprämie (in Euro)[1]



1) Grundlage: Konzept der Nahles-Kommission vom August 2004 zur Bürgerversicherung; Kompromiss der Parteivorsitzenden von CDU/CSU vom 15. November 2004 zur Gesundheitsprämie;
2) einschließlich der Effekte der geplanten stärkeren Steuerfinanzierung der Krankenversicherung auf die individuelle Steuerbelastung
Quelle: Soziale Sicherheit 6/2005

© DGB einblick 13/05

personalien

••• ***Bernhard Schulz,*** 44, bislang Leiter des Bereichs Internet und Publikationen des DGB, ist seit dem 13. Juni Leiter der Abteilung Veranstaltungs- und Innenservice des DGB.

••• ***Barbara Adamowsky,*** 32, politische Referentin für Finanzen, Schul- und Berufsschularbeit in der Abteilung Jugend des DGB, ist seit dem 1. Juli politische Referentin für Arbeit und Innovation in der Grundsatzabteilung des DGB.

••• ***Barbara Sušec,*** 37, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner (SPD), ist seit dem 1. Juli Referatsleiterin für Gesellschaftspolitische Analysen in der Grundsatzabteilung des DGB.

••• ***Sonja Austermühle,*** 27, Studium der Rechtswissenschaften an der FU Berlin, Tätigkeit als Rechtsanwältin, ist seit dem 27. Juni politische Referentin für den Bereich Beamtenversorgung, Beihilfe, Gesundheitsmanagement in der Abteilung Öffentlicher Dienst, Beamte des DGB.

••• ***Birgit Fritsche,*** 49, Sekretärin im Bereich Vorsitzender des DGB, ist seit dem 1. Juli persönliche Sekretärin des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Sie folgt ***Isolde Funke,*** 60, die diese Funktion mehr als zwei Jahrzehnte inne hatte.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, Tel. 030 / 27 59-2128, Fax 030 / 27 59-1309

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Der nächste *einblick* erscheint am 15. August.

35 TAGE

15./16.7. DGB Bayern, Bezirksjugendkonferenz, Würzburg

15.-17.7. DGB-Jugend Thüringen, Sommercamp, Lützensömmern

21.-24.7. DGB Thüringen, attac und Nichtregierungsorganisationen, „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur", 1. Sozialforum in Deutschland, Erfurt

22.7. Ende der Entscheidungsfrist von Bundespräsident Horst Köhler über eine mögliche Auflösung des Bundestags

22.7. DGB und DGB-Bildungswerk Thüringen, Vortrag „Bürgerversicherung statt Kopfpauschale", Erfurt

6.-19.8. DGB Baden-Württemberg, Internationales Jugendcamp, Themen: Rechtsextremismus, EU-Osterweiterung, Markelfingen

Tipp

***Buch:* Richard Sennett, *Die Kultur des neuen Kapitalismus,* Berlin Verlag, Berlin 2005, 160 Seiten, 18 Euro**

Arbeitsplätze, Sozialstaat, das ganze institutionelle Leben sind einem immer rasanteren Wandel unterworfen. Sinnzusammenhänge verlieren sich in einem Netz von Unwägbarkeiten und Zufälligkeiten, auf die der Einzelne immer weniger Einfluss hat. Der Kultur des neuen Kapitalismus stellt der Gesellschaftstheoretiker Richard Sennett in seinem neuen Buch das Konzept eines sozialen Kapitalismus entgegen, für dessen Durchsetzung sich auch Rolle und Arbeitsweise der Gewerkschaften wandeln müssen.

Schlusspunkt

„Union nimmt Abschied von der Hausfrau"

Das Handelsblatt vom 27. Juni über das Wahlprogramm von CDU/CSU, in der sich die Union zum ersten Mal zur Notwendigkeit einer gezielten Förderung berufstätiger Mütter bekennt.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 15.08.2005 14/05

DGB

inhalt

Seite 2
Check: Wahlprogramme der Parteien
Eine Wahlempfehlung für eine Partei gibt der DGB nicht, hat aber detailliert seine Anforderungen an die Parteien im Wahlkampf formuliert. einblick hat sich die Wahlprogramme unter dem Blickwinkel der DGB-Forderungen angesehen

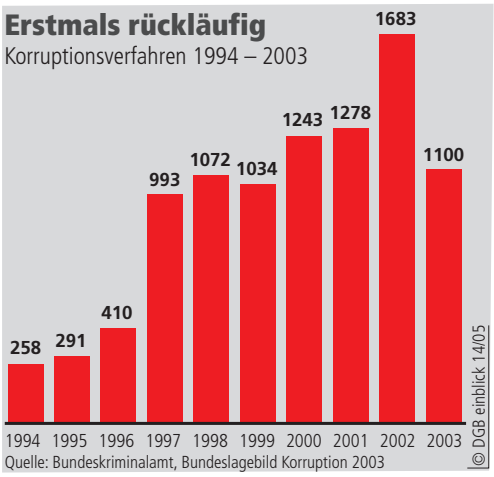
Seite 5
Überraschende Zusammenhänge
SPD-Politiker entdecken plötzlich, dass Löhne und Sozialkassen irgendwie zusammenhängen

Seite 7
Mehr Willkür im Betrieb
Die von Union und FDP geplanten Einschränkungen des Kündigungsschutzes schaffen nur unsichere Arbeitsverhältnisse, keine neuen Jobs. Meint Karen Ullmann von der Hans-Böckler-Stiftung

Wirtschaftskriminalität

DGB: Strafen für Korruption verdoppeln

Der DGB fordert eine schärfere Bekämpfung der Korruption. „Korruption scheint wie Steuerhinterziehung zum Kavaliersdelikt geworden zu sein", erklärte DGB-Vorstand Dietmar Hexel gegenüber *einblick*. Notwendig sei eine Verdoppelung der Strafen. Laut Strafgesetzbuch werden Bestechlichkeit und Bestechung mit Freiheitsstrafe bis zu drei bzw. – in besonders schweren Fällen – bis zu fünf Jahren bestraft. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sieht eine Geldbuße bis zu einer Million Euro vor.



Die Korruptionskriminalität war 2003 erstmals seit 1994 rückläufig. Hinter den 1110 Verfahren verbargen sich 7232 Korruptionsstraftaten und 2301 Tatverdächtige.

Noch wichtiger als härtere Strafen sei jedoch, so Hexel, Korruption im Unternehmen gar nicht erst entstehen zu lassen. „Alle Führungskräfte sollten in diesem Punkt Vorbild sein." Sie müssten glasklar vermitteln: „Korruption – bei uns nicht. Wer erwischt wird, fliegt raus."

Mindestens einmal im Jahr müsse das Thema Anti-Korruptionsmaßnahmen auf die Tagesordnung des Aufsichtsrates. Ein jährlicher Korruptionsbericht des Vorstands solle dokumentieren, wie ernst das Thema genommen werde. Ein öffentliches Korruptionsregister solle Unternehmen aufführen, die sich der Korruption schuldig gemacht haben, um sie von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließen zu können. Jeder Aufsichtsrat eines Konzerns solle zudem einen externen Antikorruptionsbeauftragten einsetzen.

Für erforderlich hält DGB-Vorstand Hexel auch eine Regelung für „Whistleblower" (Hinweisgeber). ArbeitnehmerInnen, die einen Korruptionsverdacht melden, dürften arbeitsrechtlich nicht belangt werden. Hexel hat der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung empfohlen, als Anlaufstelle für Korruptionsfälle zu fungieren. „Hier wäre dann ein Vertrauensschutz für diejenigen gegeben, die Verdachtsfälle melden."

Transparency International *(www. transparency. de)* empfiehlt als Beratungsstelle für Whistleblower die Fairness Stiftung *(www. fairness-stiftung.de)*.

Beispiele guter Praxis im Kampf gegen die Korruption sind rar: Die Deutsche Bahn schließt seit 2003 Geschäftspartner, die bestechen, für mehrere Jahre von der Auftragsvergabe aus; sie hat Ombudsmänner etabliert, an die sich Hinweisgeber anonym wenden können, und sie veröffentlicht – als einziger deutscher Konzern – jährlich einen Korruptionsbericht. Fraport, der Betreiber des Frankfurter Flughafens, hat in Verträgen mit Lieferanten Integritätsklauseln aufgenommen und sensibilisiert seine Beschäftigten für die Gefahr, korrumpiert zu werden. Beim Essener Baukonzern Hochtief sind Ethik-Grundsätze gegen Korruption Bestandteil des Arbeitsvertrags; die Firma hat auch eine Hotline geschaltet für Beschäftigte, die ihren Verdacht auf Korruption angstfrei äußern wollen.

Dass Korruption als Kavaliersdelikt gilt, verwundert nicht. Bis 1999 waren Bestechungsgelder von der Steuer absetzbar. •

plusminusBERLIN

+ ***Nach Meinung von Kurt Biedenkopf (CDU), Vorsitzender der von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzten Mitbestimmungskommission, hat sich die Mitbestimmung im Großen und Ganzen bewährt. Die Rolle externer und interner Gewerkschaftsvertreter sei „durchaus vernünftig".***

– ***Unions-Fraktionsvize Ronald Pofalla (CDU) fordert noch weitergehende Einschnitte beim Kündigungsschutz, als im Wahlprogramm der Union bereits geplant. Azubis sollen bei der Feststellung des Schwellenwerts nicht mehr mitgezählt werden.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.igmetall.de
Die neu gestaltete Homepage der IG Metall

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Die ökonomische Effizienz der Mitbestimmung" Positionspapier des DGB

CHECK: Die Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

Schon Anfang Juni hat der DGB seine Anforderungen an die Wahlprogramme der Parteien vorgelegt. einblick hat sich angesehen, was die Parteien dazu zu sagen haben.

Unter dem Titel „Deutschland sozial gestalten" hat der DGB-Bundesvorstand detaillierte Forderungen zu zehn Themenblöcken formuliert *(einblick* 13/05). Erhalt und Erneuerung des Sozialstaates, Tarifautonomie, Mitbestimmung und wirksame Initiativen zur Anregung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt stehen im Zentrum.

Eine Wahlempfehlung für eine Partei gibt der DGB nicht, führt aber die inhaltliche Auseinandersetzung. Entsprechend hat der DGB seinen Anforderungskatalog den Parteien übermittelt. Detaillierte Stellungnahmen lagen bei Redaktionsschluss (9.8.) nur von SPD und Die Linke.PDS vor, nachzulesen auf der DGB-Homepage *(www.dgb.de)*.

Unabhängig von den Antworten der Parteien hat sich *einblick* die Wahlprogramme unter dem Blickwinkel der DGB-Forderungen angesehen. Im *einblick* dokumentieren wir die wichtigsten Aussagen zur Wirtschaftspolitik, zum Sozialstaat sowie zu den Rahmenbedingungen von Existenz sichernder Arbeit. Die komplette Synopse gibt's unter *www.einblick.dgb.de*

„Nicht vergessen: Der Mensch ist mehr als ein Kostenfaktor" – diese Botschaft des DGB an die Politik gilt für alle Politikfelder. Zu lesen ist dieser Slogan auch auf verknoteten Taschentüchern, einem vom DGB Niedersachsen entwickelten Give-Away für Wahl-Veranstaltungen. Wie gut die „Gedächtnisstützen" ankommen, zeigte ihr erster Einsatz beim CDU-Landesparteitag Anfang Juli in Emden. *(www.niedersachsen.dgb.de).* •

Im nächsten *einblick:* Betriebliche Bündnisse versus Flächentarifverträge, die Aussagen der Parteien zur Zukunft der Mitbestimmung und was Betriebsräte davon halten.

Anforderungen des DGB	***Wahlprogramm der SPD***	***Wahlprogramme von CDU/CSU***
1 **Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen:** Um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen, braucht unser Land eine aktive Wirtschaftspolitik. Die schwache Binnennachfrage muss durch staatliche Investitionen angekurbelt werden. Erforderlich sind: ■ eine Stärkung der Investitionsfähigkeit der Kommunen ■ eine gerechte Neuordnung des Steuerrechts: Kapitalgesellschaften und Vermögende müssen sich angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. ■ eine Regulierung der Finanzmärkte: Dazu gehört das Austrocknen von Steueroasen, die Besteuerung kurzfristiger Kapitalanlagen sowie eine Rücknahme der Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen.	1 Festhalten an der Agenda 2010; Belebung der Binnennachfrage durch Einkommenssteuerreform (Entlastung von Geringverdienenden und Mittelstand); Topverdiener (Ledige ab 250 000 Euro, Verheiratete ab 500 000 Euro Jahreseinkommen) sollen drei Prozent Reichensteuer zahlen; Festhalten an der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge; keine zusätzlichen Sparrunden; keine Mehrwertsteuererhöhung. Unternehmenssteuerreform; Reduzierung der Körperschaftssteuer von 25 auf 19 Prozent; Freistellung kleiner und mittlerer Betriebe von der Gewerbesteuer; Reform der betrieblichen Erbschaftssteuer; internationaler Kampf gegen Steuerhinterziehung, günstigere Kredite für den Mittelstand, Stärkung der regionalen Wirtschaft.	1 Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 18 Prozent; Senkung des Eingangssteuersatzes auf 12 und des Spitzensteuersatzes auf 39 Prozent; Kürzung der Pendlerpauschale; Abbau der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen; Senkung der Körperschaftssteuer auf 22 Prozent; Beibehalten der Gewerbesteuer; Abbau von Subventionen (Steuern, Steinkohle); Stundung der Erbschaftsteuer beim Betriebsübergang bzw. Wegfall bei einer Unternehmensfortführung für mindestens zehn Jahre; Deregulierung und Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten, etwa durch den Abbau von gesetzlichen Bestimmungen im Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz; bessere Kreditvergabe für den Mittelstand; KMU-Förderung; Technologietransfer mit Clusterpolitik.
2 **Der Sozialstaat ist das Fundament:** Seine Aushöhlung verschlechtert die Lebensverhältnisse von Millionen Menschen und gefährdet den sozialen Frieden. Doch die sozialen Sicherungssysteme bluten aus durch die Massenarbeitslosigkeit und die Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen in Mini- und Midi-Jobs. Die Politik muss Schritte zur Sicherung der Sozialsysteme einleiten. Dazu gehört u.a.: ■ eine neue Finanzarchitektur für den Sozialstaat: Das Verhältnis von Steuern und Abgaben muss neu justiert werden. Niedrigere Sozialabgaben senken die Kosten der Arbeit. ■ der Ausbau der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu einer echten Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen einbezogen werden, also auch Selbstständige und Beamte. Zu ihrer Finanzierung wird die Besteuerung von Kapitalerträgen herangezogen.	2 Die SPD will betriebliche und private Altersvorsorge stärken; Rentenbeiträge sollen stabil bleiben; Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Einführung eines partnerschaftlichen Rentensplittings für eine eigenständige Alterssicherung von Frauen; Angleichen des faktischen Renteneintrittsalters an das gesetzliche (65 Jahre); Bürgerversicherung mit Weiterbestehen von gesetzlicher und privater Krankenversicherung; Beibehaltung der Familienversicherung; Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Pflege-Bürgerversicherung.	2 Bonus für neugeborene Kinder von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung zur Rentenversicherung ab 2007 (bis zum 12. Lebensjahr); Beitragssatz zur Rentenversicherung beibehalten (19,5 Prozent); mehr private und betriebliche Altersvorsorge; Krankenversicherung: Jeder erwachsene Versicherte soll eine Gesundheitsprämie (Kopfpauschale) zahlen, der Arbeitgeberanteil soll eingefroren werden; beitragsfreie, steuerfinanzierte Krankenversicherung für alle Kinder; die private Krankenversicherung bleibt erhalten.
3 **Das Recht auf Existenz sichernde Arbeit:** Die Gewerkschaften wollen Löhne und Gehälter, von denen die Menschen in Würde leben können. Tarifverträge müssen an erster Stelle stehen, um Lohndumping zu vermeiden. Wo das nicht gelingt, brauchen wir branchenbezogene gesetzliche Mindestlöhne. Versuche, die Tarifautonomie auszuhebeln, werden die Gewerkschaften nicht hinnehmen. Belegschaften dürfen nicht unter dem Deckmantel so genannter betrieblicher Bündnisse zu niedrigeren Löhnen erpresst werden. Zum Recht auf Existenz sichernde Arbeit gehört der Schutz vor unternehmerischer Willkür. Dazu fordern die Gewerkschaften: einen wirksamen Kündigungsschutz auch in Kleinbetrieben, einen Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten, ein effektives Antidiskriminierungsgesetz (ADG), ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.	3 Erhalt der Arbeitnehmerrechte, des Kündigungsschutzes, der Tarifautonomie und der betrieblichen Mitbestimmung; keine Arbeitszeitverlängerung und/oder Lohnkürzungen; Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping; Bekämpfung der Schwarzarbeit; Zustimmung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie nur nach Überarbeitung, ohne das Herkunftslandprinzip; Umsetzung des ADG.	3 Betriebliche Bündnisse (vom Tarifvertrag abweichende einzelvertragliche Vereinbarungen) können geschlossen werden, wenn zwei Drittel der Belegschaft und der Betriebsrat zustimmen; flexibler Kündigungsschutz erst in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten, bei Neueingestellten erst nach zwei Jahren; Erleichterung befristeter Beschäftigung; bei Einstellung eines ALG-II-Empfängers kann der Lohn 24 Monate lang bis zu 10 Prozent unter dem tariflichen Lohn liegen; Kombi-Lohn-Modell (staatliche Zuschüsse, um Niedriglohnjobs attraktiv zu machen); kein ADG, stattdessen nur eine 1:1-Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in nationales Recht.

mit den Anforderungen des DGB

Wahlprogramm der GRÜNEN	Wahlprogramm der FDP	Wahlprogramm von Die Linke.PDS
1 Aufkommensneutrale Steuerreform; keine Erhöhung der Mehrwertsteuer; Beibehaltung des Spitzensteuersatzes von 45 Prozent; Reduzierung der Entfernungspauschale; Abschmelzen des Ehegattensplittings bei höheren Einkommen; Abbau von Steuervergünstigungen und -subventionen; Steuerflucht bekämpfen; Körperschaftssteuer reformieren; Erhebung einer Vermögenssteuer; Abschaffung der Kohlebeihilfe, Einführung einer Kerosinsteuer; Mehrwertsteuer für grenzüberschreitende Flüge; Ökosteuer-Ausnahmen für Großverbraucher streichen; Lohnkosten im unteren Einkommensbereich senken; Wachstumsmärkte Gesundheit, Pflege und (Weiter-)Bildung nutzen; Entbürokratisierung; kommunale Wirtschaftssteuer statt Gewerbesteuer; Ankurbelung der regionalen Binnennachfrage durch Förderung kommunaler Investitionen.	1 Reform der Einkommenssteuer: Steuer-Stufentarif von 15 Prozent (bis 15 000 Euro), 25 Prozent (15 000 bis 40 000 Euro) und 35 Prozent (ab 40 000 Euro); Abschaffung der Steuerklasse V; Besteuerung von Zuschlägen; Kürzung der Pendlerpauschale; keine Mehrwertsteuererhöhung; Senkung der Unternehmenssteuer; Abschaffung der Gewerbesteuer; Gemeindefinanzreform; keine Vermögenssteuer; Abbau der Ökosteuer und des Solidaritätszuschlages; Privatisierung von Bundesbeteiligungen; Subventionsbegrenzungsgesetz; Abbau der Mitbestimmung und von Tarifrechten zur Förderung der Wirtschaft.	1 Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer; lineare Besteuerung der Einkommen – bisheriger Eingangssteuersatz 15 Prozent ab einem Einkommen von 12 000 Euro; Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50 Prozent ab 60 000 Euro; Erhalt der Pendlerpauschale; Sozialabgaben auf die Wertschöpfung des Unternehmens abstellen; Reduzierung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent bei arbeitsintensiven Dienstleistungen; Einführung von Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer und einer Steuer auf Devisentransaktionen; Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer; Körperschaftssteuer mindestens 15 Prozent, maximal 35 Prozent – je nach Höhe der Gewinne; Steigerung der Binnennachfrage zur Senkung der Massenarbeitslosigkeit; Streichung ungerechtfertigter Subventionen; Erhöhung der öffentlichen Investitionen, z. B. durch kommunale Investitionsprogramme.
2 Einführung einer sozialen Grundsicherung; Ausbau der privaten Altersvorsorge; Erneuerung des Generationenvertrages; Umwandlung der Krankenversicherung in eine solidarische Bürgerversicherung; Beamte und Besserverdienende zahlen nach Leistungsfähigkeit ein; Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze; bessere Prävention im Gesundheitswesen; Zuzahlungen (Praxisgebühr) abschaffen; Beitragsfreiheit für Kinder; Unisex-Tarife.	2 Grundlegende Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme; Einfrieren des Beitrags zur Rentenversicherung bei 19 Prozent; größere Renteneinbußen für Frührentner, massiver Ausbau der privaten Rentenversicherung; Abschaffung der gesetzlichen Krankenkassen, stattdessen privater Krankenversicherungsschutz; alle BürgerInnen müssen eine Grundsicherung abschließen, die Versicherer dürfen dabei keinen als KundInnen ablehnen. Unterschieden wird zwischen verpflichtenden Regelleistungen und Zusatzleistungen mit Eigenbehalt; der Arbeitgeberanteil zur Pflichtversicherung wird ausgezahlt und muss versteuert werden. Regelleistungen für Kinder und sozial Schwache werden steuerfinanziert.	2 Erhalt der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungen; Einführung einer Mindestrente von 800 Euro (nach 30 Beitragsjahren); Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die Rentenversicherung; Rentenbeiträge auf Aktiengewinne und Mieteinnahmen; Bürgerversicherung wird favorisiert; Abschaffung der privaten Krankenversicherung (lediglich private Zusatzversicherung); Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze; Strukturreformen im Gesundheitswesen.
3 Keine Einschränkung des Kündigungsschutzes; keine Beschneidung der Arbeitnehmerrechte; kein Eingriff in die Tarifautonomie; Arbeitszeitkonten, Familien-Teilzeit, Job-Rotation und Job-Sharing; Arbeitszeitverkürzung; Ausbau der beruflichen Weiterbildung; Ablehnung von Lohndumping; Einführung von Mindestlohnregelungen (branchenbezogen, regional); Ausweitung des Entsendegesetzes, Umsetzung des ADG.	3 Öffnung des Flächentarifs, wenn Betriebsrat oder drei Viertel der Belegschaft zustimmen; Veränderung des Günstigkeitsprinzips von Tarifverträgen, um längere Arbeitszeiten und geringere Bezahlung zuzulassen; kein Veto für Tarifvertragsparteien; Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen; „Entmachtung" der Gewerkschaften durch Verlagerung von Tarifverhandlungen in die Betriebe; keine Mindestlöhne; Kündigungsschutz erst in Betrieben ab 50 Mitarbeiter; für Neueingestellte erst ab vier Jahren Beschäftigung; Betriebsräte erst ab 20 Beschäftigte; Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes; kein ADG; Einführung eines Niedriglohnsektors; Anhebung der Minijobgrenze auf 600 Euro.	3 Stärkung der Rechte von ArbeitnehmerInnen; Maßnahmen gegen Tarifflucht, Lohn- und Sozialdumping; Beibehaltung des Kündigungsschutzes; Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten; Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz; Reduzierung der Arbeitszeit; Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Ausbildungsplatzabgabe; Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes.

Infos satt zur Wahl

Von den Anforderungen des DGB im Bundestagswahlkampf 2005 bis zu den Antworten der Parteien gibt's im Wahl-Spezial auf der DGB-Homepage jede Menge Hintergrundinfos und Materialien:

www.dgb.de/themen/btw2005/index_html

Auf der Homepage des DGB Berlin-Brandenburg finden sich Analysen, die Positionen aller Mitgliedsgewerkschaften sowie alle Wahlprogramme zum Download:

www.bundestagswahl.mit.grips.dgb.de

Ziel der Kampagne Wahl-Check der Gewerkschaft TRANSNET ist es, die politischen Debatten vor der Bundestagswahl transparent zu machen. So gibt es jede Woche den „Check-Monitor", der komprimiert über die wichtigsten Ereignisse, Themen und Trends in Sachen Wahl informiert:

www.transnet.org/.BT-Wahl

pdf-Dateien zum Download

www.einblick.dgb.de

Synopse: Die Wahlprogramme der Parteien im Vergleich mit den Anforderungen des DGB

Frauen- und Gleichstellungspolitik: Was wollen die Parteien? Info-Service der DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik

Frauen sind nicht nur Mütter. Kritische Prüfsteine für die Bundestagswahl 2005: Positionspapier des IG Metall-Frauenausschusses

Außerdem: Links zu den Wahl-Seiten der Gewerkschaften und der Parteien

PROJEKTE UND PARTNER

Konferenz

Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert

Geschlechterdemokratie ist 2005 immer noch Utopie. Die Heinrich-Böll-Stiftung lädt daher vom 8. bis 10. September zur Tagung „Femme Globale" in die Humboldt Universität Berlin ein. In über 30 Workshops sollen neue Perspektiven für die Geschlechterpolitik diskutiert werden. Die Themenpalette reicht von Gender Mainstreaming über Migration bis zur Zukunft der Arbeit. Zehn Jahre nach der Internationalen Pekinger Frauenkonferenz wird eine Zwischenbilanz gezogen. Gleichzeitig sollen Netzwerke gestärkt und neue Kontakte geknüpft werden, um die Geschlechtergerechtigkeit weltweit voranzubringen. Referentinnen von ver.di und DGB sprechen zum Thema „Die Hartz-Gesetze: Moderne Dienstleistungen für Frauen am Arbeitsmarkt?". •

www.femme-globale.de

Veranstaltung

Ökonomie ohne Menschen?

Die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche führt zu Widersprüchen zwischen Anspruch und Realität – besonders im Sozial- und Gesundheitsbereich. Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) und die Soltauer Initiative zu Sozialpolitik und Ethik rufen deshalb zur Verteidigung der Kultur des Sozialen auf. Impulse dazu soll die Tagung „Ökonomie ohne Menschen?" geben, die unter der Schirmherrschaft der ehemaligen Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin vom 15. bis 17. September im Rathaus Schöneberg in Berlin stattfindet. Neben Diskussionen und einer Ideenbörse wird es u.a. eine Expertenanhörung zum Thema „Entsolidarisierung und Technokratisierung im Sozial- und Gesundheitswesen" geben. Ziel ist, die Psychiatrie mit anderen sozialen Arbeitsfeldern zu vernetzen. Die Teilnahme kostet 120 Euro, ermäßigt 50 Euro. •

dgsp@netcologne.de

TBS-Broschüre

Ältere Belegschaften

Nur 39 Prozent der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland sind erwerbstätig, in Finnland sind es dagegen mehr als fünfzig Prozent. Wie aber wird es in fünfzehn Jahren aussehen, wenn die heute 40- bis 50-Jährigen die Mehrzahl der Beschäftigten ausmachen? Bisher wurden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt nur selten thematisiert. Diese Lücke füllt die Technologieberatungsstelle (TBS) beim DGB NRW mit der Broschüre „Alternde Belegschaften im demografischen Wandel. Ein Thema für Interessenvertretungen". Auf 47 Seiten ist zu lesen, wie sich Betriebsräte auf die veränderte Altersstruktur vorbereiten können. Behandelt werden dabei u.a. Gesundheitsaspekte, spezielle Qualifizierungen, Nutzung von Erfahrungswissen und die Bildung altersgemischter Teams. Die Broschüre kostet 4,50 Euro plus 3 Euro Versand. •

www.tbs-nrw.de

DGB-Jugend West

Rechte Szene unter der Lupe

Nicht nur in Sachsen, sondern auch im Saarland konnte die NPD bei den Wahlen 2004 zulegen. So zogen die Rechtsextremen in die Stadtparlamente von Saarbrücken und Völklingen ein. Diese „Erfolge" waren Anlass für die DGB-Jugend West, beim Bildungs- und Forschungswerk Saar-Lor-Lux (BIFOR) eine Info-Broschüre zum Thema in Auftrag zu geben. Seit Juli liegt das 56-seitige Heft unter dem Titel „Von Lifestyle bis Hatecrime – Rechtsradikalismus in Rheinland-Pfalz und Saarland" vor. Ausführlich werden die Strukturen der rechten Szene, ihre Strategien und Konzepte unter die Lupe genommen. Die Broschüre richtet sich insbesondere an Jugendliche und Multiplikatoren in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Das Heft kostet 3 Euro plus 1 Euro Versand. Zehn Exemplare gibt es für 29 Euro plus Versandkosten. •

info@dgb-jugend-saar.de

interregio

••• Die ***GEW Hessen*** hat die gemeinnützige ***„lea" Bildungsgesellschaft gegründet.*** Es habe bisher kaum Fortbildungsangebote gegeben, die mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen an der täglichen Praxis pädagogischer Berufe ansetzen. Diese Lücke soll „lea" schließen und dabei die KollegInnen in die Organisation und Entwicklung der Fortbildung einbeziehen. Infos: *www.lea-bildung.de*, Tel. 069 / 97 12 93 27

••• Der ***DGB NRW*** kritisiert die von der neuen schwarz-gelben Landesregierung geplante ***Reduzierung der Berufsschulzeiten.*** Die bestehende Ausbildungsordnung lasse bereits etliche Flexibilisierungen zu, die nur genutzt werden müssten. Die von Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) diskutierte Abschaffung des zweiten Berufsschultages gefährde nachhaltig die Qualität der Ausbildung, so der DGB-Vorsitzende Walter Haas. Infos: DGB NRW, Tel. 0211 / 43 01 241

Buch & Mehr

Online-Shop für Betriebsräte

Buch & Mehr, die Versandbuchhandlung der Gewerkschaften, bietet seit kurzem einen Online-Shop für Betriebs- und Personalräte bzw. Interessenvertretungen, der ganz auf deren Bedürfnisse zugeschnitten ist. Er präsentiert über 800 Titel zum Thema Arbeits- und Sozialrecht. Für den schnellen Überblick erhält man die Titel in der Trefferliste beschrieben und bewertet. Die Detailansicht bringt ausführliche Infos zu jedem Titel. Verschiedene Suchfunktionen

BUCH & MEHR direkt
www.buchundmehr.de

ergänzen das nutzerfreundliche, komfortable Angebot, das auch kostenlose Downloads bereithält. Zusätzlich können die User unter der Rubrik „Betriebsrat privat" unter 450 000 Titeln aus Sachliteratur und Belletristik auswählen. •

www.buchundmehr.de

Bildungsinitiative

Schüler sollen gemeinsam lernen

Die Ergebnisse der Pisa-Studien belegen, dass sich der Besuch von Gemeinschaftsschulen positiv auf die Leistungen der SchülerInnen auswirkt. Deshalb befürworten auch hierzulande viele Organisationen das Modell einer Gemeinschaftsschule bis zum Ende der Pflichtschulzeit, darunter die GEW, der Bundeselternrat und die Aktion Humane Schule. Insgesamt zwölf bildungspolitische Organisationen haben sich in der „Initiative Länger gemeinsam lernen" zusammengeschlossen, die sich für eine kindgerechte, sozial gerechte, gemeinsame und gute Schule für alle engagiert. Am 23. September lädt die Initiative zum Bildungsfest nach Kleinmachnow bei Berlin. •

www.laenger-gemeinsam-lernen.de

Löhne und Sozialkassen

Ein Zusammenhang wird entdeckt

SPD-Politiker entdecken den Zusammenhang von Löhnen und Sozialkassen. Reichlich spät – und ein bisschen scheinheilig. Die rückläufigen Einnahmen der Renten-, Kranken- und Pflegekassen sind auch politisch bedingt.

Löhne haben in der öffentlichen Debatte nur ein Gesicht: Sie sind Kosten – und die müssen runter, damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt. So lautet seit Jahren das Credo jeder Polit-Talkshow. Das andere Gesicht von Lohn und Gehalt ist völlig in Vergessenheit geraten: Die Arbeitseinkommen tragen via Sozialabgaben entscheidet zur Finanzierung der Renten- und Krankenkassen bei.

Dass diese Geldzuflüsse abgenommen haben und die Sozialkassen in Finanznöte geraten sind, hat drei Gründe:

1. die moderate Lohnentwicklung (der durchschnittliche Tarifzuwachs im ersten Halbjahr 2005 lag mit 1,8 Prozent nur knapp über der Preissteigerungsrate),

2. die hohe Arbeitslosenzahl (sie lag im Juli bei fast 4,8 Millionen und damit um mehr als 400 000 über der des Vorjahresmonats),

3. das – politisch beförderte – Wegbrechen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung durch eine Ausweitung des Niedriglohnsektors. Die Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse betrug im Mai rund 26,16 Millionen; das waren 356 000 oder 1,3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Vergleich von Juni 2004 bis Juni 2005 um 47 000 auf 38,97 Millionen. Ausschlaggebend waren der Zuwachs an Existenzgründungen (die Zahl der Selbstständigen war im zweiten Quartal um 166 000 größer als vor einem Jahr), die Einrichtung so genannter Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslosengeld II-Empfänger (217 000) und die steigende Zahl ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigter (sie stieg im Mai um 100 000 auf 4,87 Millionen). Die Zahl der Ich-AGs betrug im Juli 237 000.

Aus alledem resultiert eine eklatante Wachstumsschwäche der sozialversicherungspflichtigen Einkommen, wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Fünf Weise") in seinem Gutachten 2004/2005 festgestellt hat: Seit Mitte der 90er Jahre sind die beitragspflichtigen Einkommen geringer gewachsen als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Wären die Einkommen seit 1991 immer mit der selben Rate gestiegen wie das BIP, könnte der Beitragssatz in der Krankenversicherung um 0,8 Prozentpunkte und in der Rentenversicherung sogar um 1,2 Prozentpunkte niedriger liegen. Das sind traumhafte Zahlen – ein Beitragspunkt bedeutet zehn Milliarden Euro.

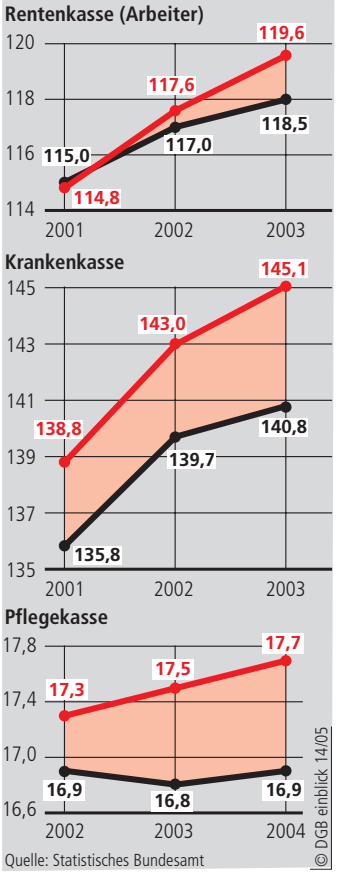
Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen hat seit 1992 um 1,3 Prozentpunkte auf knapp elf Prozent im Jahr 2003 zugenommen. Der Anteil der Erwerbstätigen ist im selben Zeitraum nach Berechnungen des Sachverständigenrates von 77,4 auf 70,6 Prozent gesunken. Das führte zu geschätzten jährlichen Einnahmeverlusten in der Rentenversicherung von 3,9 Milliarden Euro, in der Krankenversicherung von 2,8 Milliarden Euro und in der Pflegeversicherung von 300 Millionen Euro.

Die Zahl der Mini-Jobs – sie betrug im Juni 2004 rund 6,2 Millionen – ist rasant gestiegen. Heinz Stapf-Finé, Leiter der Abteilung Sozialpolitik des DGB: „Untersuchungen der Bundesagentur und des RWI lassen berechtigte Zweifel daran aufkommen, ob die Ziele der Reform wirklich erreicht worden sind, die da lauteten: Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Umwandlung von Schwarzarbeit in legale Beschäftigung."

Fest steht aber, dass die finanziellen Folgen der Minijob-Expansion auf die sozialen Sicherungssysteme enorm sind. Angenommen, die Mini-Jobs hätten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit dem gleichen Bruttoentgelt in vollem Umfang verdrängt, schätzt der Sachverständigenrat den Einnahmeverlust der Rentenkassen für 2004 auf 1,3 Milliarden Euro, den der Krankenkasse auf 500 Millionen Euro, den der Pflegekasse auf 290 Millionen und den der Arbeitslosenversicherung sogar auf 1,1 Milliarden Euro. •

Kosten laufen davon

Einnahmen und Ausgaben der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung (in Mrd. Euro)



Das Sozialsystem steckt in der Finanzklemme. Die Einnahmen halten nicht mit den Ausgaben Schritt.

Der Wahlkampf geht um

Klimawechsel in der Lohndiskussion: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) plädiert im „Bericht aus Berlin" der ARD für höhere Löhne. Und erklärt in der „Märkischen Allgemeinen", warum: Er verspreche sich davon „Impulse für den privaten Konsum und damit auch für eine dynamischere Binnennachfrage".

Zuvor hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) der „Neuen Presse" gesagt, die Tarifabschlüsse dürften „wieder etwas höher sein". Denn wenn die Lohnsumme steige, „geht es auch den Rentenkassen wieder besser." Auch Bundesozialministerin Ulla Schmidt (SPD) hält ein höheres Lohnniveau für sinnvoll, um die Finanzkrise der Rentenversicherung zu überwinden. Man brauche „wieder Wachstum bei den Löhnen, damit mehr Einnahmen da sind", sagte sie dem ARD-Morgenmagazin.

Bert Rürup, Regierungsberater und Chef des Sachverständigenrats, hatte Ende Juli höhere Löhne ins Gespräch gebracht. Zur Lösung der Rentenprobleme wäre es „hilfreich", sagte er der „Welt", wenn die Löhne „künftig stärker steigen".

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer verwahrte sich in der „Welt am Sonntag" gegen jede Einmischung in die Tarifautonomie: „Die Tarifautonomie lebt von der Staats- und Politikferne. Und das sollte auch so bleiben."

kurz&bündig

ver.di fordert angesichts der Übernahme des Fernsehsenders ProSiebenSat.1 durch den Springer-Verlag, Regelungen aus dem Rundfunkstaatsvertrag durch medienübergreifende Kriterien zu ergänzen. Cross-mediale Strategien großer Konzerne würden weder vom Kartellrecht noch von den Medienstaatsverträgen erfasst.

Die GdP hat in einem „Berliner Appell" zehn konkrete Maßnahmen zur Terrorbekämpfung gefordert. Dazu gehören die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung und eine stärkere Nutzung des genetischen Fingerabdrucks. Zum Download: www.gdp.de

Familienministerin Renate Schmidt (SPD) und der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt haben ein „Impulspapier" zur nachhaltigen Familienpolitik vorgelegt. Dazu gehören auch zwei Leitfäden für familienorientierte Betriebs- und Personalratspolitik. Zum Download: www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=33852.html

Die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall wird erstmalig den Otto-Brenner-Preis zum Thema „Kritischer Journalismus – gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten" verleihen. Der Preis ist mit insgesamt 20 000 Euro dotiert. Teilnehmen oder vorgeschlagen werden können JournalistInnen aller Medien. Mehr Infos unter www.otto-brenner-stiftung.de

Dokumentarfilm

Workingman's Death

Die Arbeit im 21. Jahrhundert hat nur wenig mit der des 19. Jahrhunderts zu tun. Die Arbeitsgesellschaft wird von der Wissensgesellschaft abgelöst – so die gängige, auch in Gewerkschaften verbreitete These zur Zukunft der Arbeit. Doch körperliche Schwerstarbeit ist nicht verschwunden, sie ist nur aus dem Blick geraten, weil sie fernab in den Schlachthöfen Nigerias stattfindet, bei der Zerlegung von Öltankern in Pakistan, die zuvor Europa mit Erdöl versorgt haben, und in den chinesischen Stahlwerken. Dieses hässliche Gesicht der Globalisierung zeigt das Filmepos „Workingman's Death" von Michael Glawogger. Nach einer Vorpremiere am 17. August in Berlin wird der Film erstmals auf der Biennale in Venedig zu sehen sein, bevor er in Deutschland in die Kinos kommt.

Wer nicht auf den Kinostart von Workingman's Death warten will, kann sich auf dem heimischen Videorecorder auch eine andere verdrängte Realität der neuen Arbeitswelt ansehen: Unter dem Titel „Neue Wut" hat der Dokumentarfilmer Martin Keßler den Protest der hier von der Arbeit ausgeschlossenen Alg II-Empfänger festgehalten. Zu sehen sind nicht nur Protestaktionen, sondern auch Statements der Gewerkschaftsvorsitzenden Michael Sommer (DGB) und Frank Bsirske (ver.di). Den 90-minutigen Film gibt es als DVD und als VHS-Kopie (27,50 Euro plus Versand). ●

www.neueWut.de

IG Metall

Mitbestimmungsakademie geplant

Der IG Metall-Vorstand hat im Rahmen seines Aktionsprogramms „Unternehmen Mitbestimmung" die Gründung einer – virtuellen – Mitbestimmungsakademie beschlossen. Dahinter verbirgt sich die Absicht, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zur Unterstützung von Aufsichtsräten erheblich auszubauen. Bis November sollen die Qualifizierungsangebote für Aufsichtsratsmitglieder erweitert und um neue Schwerpunkte ergänzt werden. Außerdem ist die Bildung eines Beirats mit externen Sachverständigen geplant. Am 8. September veranstaltet die IG Metall in Frankfurter/M. eine Konferenz zum Thema „Mitbestimmung und Demokratie im 21. Jahrhundert". ●

Fragen an ...

Mag Wompel, 45, Industriesoziologin und verantwortliche Redakteurin des gewerkschaftsnahen Online-Magazins Labournet, bekam in den frühen Morgenstunden des 5. Juli unangemeldet Besuch: Die Staatsanwaltschaft suchte bei Labournet nach einem gefälschten Flugblatt der Agentur für Arbeit.

■ Was hat die Staatsanwaltschaft gefunden, was sie vor Gericht gegen Labournet verwenden kann?

■ *Nichts, sie sucht noch weiter, weshalb wir unsere Datenträger noch nicht zurück haben und auch bei den mittlerweile herausgegebenen Festplatten und Ordnern davon ausgehen müssen, dass sie kopiert wurden. Da wir dieses Flugblatt nicht gemacht haben, werden sie auch nie etwas finden können. Dies soll allerdings nicht heißen, dass wir uns von dem Flugblatt des „Kommando Paul Lafargue" distanzieren, aber wir hätten es an diejenigen gerichtet, die sich an der entrechteten Arbeit in Ein-Euro-Jobs eine goldene Nase verdienen – und wir hätten es natürlich über unsere Homepage verbreitet.*

■ Aber die Staatsanwaltschaft hält den Vorwurf der Urkundenfälschung weiter aufrecht? Oder nutzt sie die aus der Durchsuchung gewonnenen Daten schlicht zur Informationsbeschaffung?

■ *Der strafrechtliche Vorwurf gegen uns besteht nach wie vor, was allerdings eine andere Nutzung der Daten nicht ausschliesst, weshalb ich immer noch in großer Sorge um unseren Informantenschutz bin. Weit über hundert CD-Roms fehlen noch.*

■ Hat die Staatsanwaltschaft sensible Daten über eure Informanten gewinnen können?

■ *Sie haben die Korrespondenz der Redaktion vom Dezember 2004 bis Ende Januar 2005 sowie alle Daten der Kampagnen „Agenturschluss" sowie „Schwarze Schafe", der Sammlung von Informationen über Ein-Euro-Job-Träger.*

■ Welche Konsequenzen wirft das für eure künftige Arbeit auf?

■ *Da weiterhin gegen uns ermittelt wird, sind diese Konsequenzen nicht abzusehen und der Schaden für den zugesicherten Informantenschutz ebenso wenig. Fest steht, dass wir uns Gedanken machen müssen über ein anderes Betriebssystem und eine wirkungsvolle Verschlüsselung. Diese Erkenntnis planen wir demnächst in einem Workshop mit dem Arbeitstitel „Linke, sichert eure Daten!" weiterzugeben.*

Über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung wird auf www.labournet.de berichtet.

Einschränkung des Kündigungsschutzes

Prekäre Arbeit statt neuer Jobs

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzen Union und FDP neben der Möglichkeit, Tarifverträge durch betriebliche Bündnisse für Arbeit zu unterlaufen, vor allem auf eine Einschränkung des Kündigungsschutzes. Zusätzliche Arbeitsplätze bringt das nicht, meint Karen Ullmann.

In der Analyse sind sich alle einig: Fünf Millionen Arbeitslose sind ein Problem, das einer Lösung bedarf. Und obwohl noch nie bewiesen werden konnte, dass die Arbeitsmarktregulierung eine Wirkung auf das Beschäftigungsniveau hat, werden unermüdlich immer wieder dieselben Vorschläge verbreitet: Deregulierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Diverse Studien haben versucht, einen **Einfluss des Kündigungsschutzes auf die Arbeitslosigkeit** nachzuweisen – ohne Erfolg.

Unter dem Titel „Arbeit hat Vorfahrt" fordert die FDP in ihrem Wahlprogramm eine weitgehende Abschaffung des Kündigungsschutzes. Er soll nur noch in Betrieben ab 50 Beschäftigte und nach einer Betriebszugehörigkeit von über vier Jahren gelten. Das ist mehr, als selbst die Arbeitgeber fordern. Sie streben, ebenso wie die CDU, einen Schwellenwert von 20 Beschäftigten und eine Mindestbetriebszugehörigkeit von zwei Jahren an. Außerdem sollen die ArbeitnehmerInnen schon zu Beginn des Arbeitsvertrages im Tausch für eine garantierte Abfindung auf den Kündigungsschutz verzichten können. Das wollen auch CDU und FDP, wobei die CDU den Abkauf des Kündigungsschutzes auf betriebsbedingte Kündigungen begrenzen will. Damit wäre der Kündigungsschutz **ein Sonderrecht für Großbetriebe.**

Bei einer Anhebung des Schwellenwertes auf 20 Beschäftigte würden 91 Prozent der Betriebe nicht mehr unter das Kündigungsschutzgesetz fallen. Bis zu neun Millionen Beschäftigte wären hiervon betroffen – ein Drittel aller abhängig Beschäftigten. Würde der Vorschlag der FDP Gesetz, würde der Kündigungsschutz gerade noch für vier Prozent der Betriebe gelten, die Hälfte aller abhängig Beschäftigten. Würde es einen Bestandsschutz für bereits Beschäftigte geben, wären es anfangs weniger. Durch die Fluktuation am Arbeitsmarkt würden allerdings auch die „Alt-Fälle" nach und nach der Vergangenheit angehören.

Auch wer das Glück hat, in einem größeren Betrieb anzufangen, hätte große Chancen, dass sich seine Kündigung **nicht mehr an den Begründungserfordernissen des Kündigungsschutzgesetzes messen lassen muss,** denn mehr als die Hälfte aller Kündigungen in Betrieben ab 20 Beschäftigte wird in den ersten drei Jahren ausgesprochen. Würde der Vorschlag der FDP Gesetz, würden nur noch 43 Prozent aller Kündigungen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten unter den Kündigungsschutz fallen. Da wären die Beschäftigten schon gut beraten, sich auf eine „Abfindungsoption" zu Beginn des Arbeitsvertrages einzulassen. Denn dann hätten sie wenigstens eine garantierte Abfindung. Aufgrund der Machtasymmetrie bei Abschluss eines Arbeitsvertrages werden sich das **neue Beschäftigte allerdings in der Regel nicht aussuchen können.** Wie viele Betriebe

Karen Ullmann, 30, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Regulierung des Arbeitsmarktes" (REGAM) des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI).

sich schon bei Abschluss des Arbeitsvertrages verpflichten würden, bei dessen Ende eine Abfindung zu zahlen – noch dazu, wenn sie in den ersten vier Jahren ohnehin grundlos kündigen können –, ist ungewiss. Schon jetzt bekommt nach einer Untersuchung des WSI noch nicht einmal jeder vierte Gekündigte eine Abfindung. Die gezahlten Abfindungen orientieren sich an der von der Rechtsprechung angewandten Faustformel von einem halben Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr. Auch unter den geänderten Bedingungen dürften die Abfindungen kaum höher liegen. Das Neue an der Abfindungsoption wäre allerdings, dass ein arbeitsrechtliches Gesetz erstmals **suggeriert, es gäbe Verhandlungsparität zwischen den Partnern des Arbeitsvertrages.**

Der hohe Preis der Aufgabe des Schutzes vor unbegründeter Kündigung – mehr garantiert der bestehende Kündigungsschutz auch nicht – verhilft einem Arbeitslosen nicht zu einem neuen Job, allerdings vielen Beschäftigten zu prekäreren Arbeitsbedingungen als heute. Auch wenn sich der Mythos vom Einstellungshindernis Kündigungsschutz nachhaltig hält – bei ungerechtfertigten Kündigungen, vor allem wenn sie nicht betriebsbedingt begründet sind, geht es nicht um ökonomische Argumente, sondern um Gerechtigkeit. •

These ohne Beleg

„Der deutsche Kündigungsschutz ist zu teuer, provoziert Konflikte und hält insbesondere Kleinbetriebe von Einstellungen ab" – für diese weit verbreitete These gibt es keinen empirischen Beleg. Der Arbeitsmarkt ist im Gegenteil wesentlich flexibler, als in der öffentlichen Debatte unterstellt: Nach Berechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) beginnen jedes Jahr zwischen 7,3 und 8,9 Millionen Menschen ein neues Arbeitsverhältnis.

Endet ein Arbeitsverhältnis, ist dafür in 38 Prozent aller Fälle die Kündigung durch die ArbeitnehmerInnen ausschlaggebend. Nur in 32 Prozent wird die Kündigung durch den Arbeitgeber ausgesprochen. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) ermittelt. Auch Klagen sind eher die Ausnahme. Nur 15 Prozent der gekündigten ArbeitnehmerInnen klagen, in Kleinbetrieben mit bis zu fünf Beschäftigten sind es sogar nur sieben Prozent.

Weil bislang kaum empirische Daten zu den Folgen des Kündigungsschutzes auf die Arbeitsplatzentwicklung vorliegen, hat das WSI bereits Ende 2002 ein auf fünf Jahre angelegtes Forschungsprojekt über die „Regulierung des Arbeitsmarktes" gestartet.

www.boeckler.de (Stichwort: REGAM)

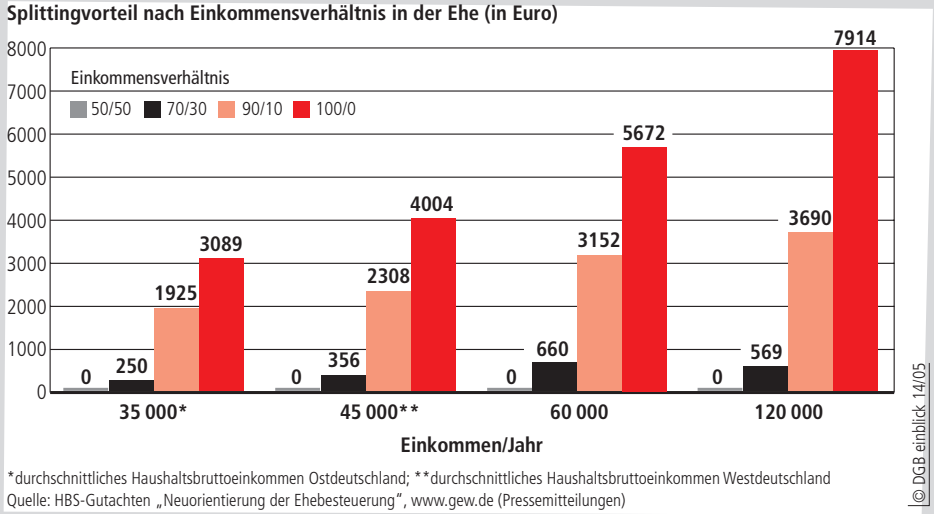
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

EHEGATTENSPLITTING: Ein familienpolitischer Irrläufer

43 Prozent aller Ehen, die vom Ehegattensplitting profitieren, sind kinderlos. Unverheiratete Eltern und allein Erziehende gehen hingegen leer aus. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) fordern statt des Splittings eine Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Grundfreibetrag je Elternteil. Die dadurch eingesparten acht Milliarden Euro sollten für eine direkte Familienförderung und eine bessere Kinderbetreuung genutzt werden.



*durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen Ostdeutschland; **durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen Westdeutschland
Quelle: HBS-Gutachten „Neuorientierung der Ehebesteuerung", www.gew.de (Pressemitteilungen)

personalien

••• ***Dr. Regina Görner,*** 55, Mitglied des CDU-Bundesvorstands sowie von 1990 bis 1999 Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, danach bis zum Oktober 2004 Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland, soll Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Metall werden. Das hat der IG Metall-Vorstand dem im September tagenden Beirat der Gewerkschaft vorgeschlagen. Görner soll ***Erwin Vitt,*** 63, folgen, der Ende des Jahres in den Ruhestand geht.

••• Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat am 26. Juli die Mitglieder der neunköpfigen Mitbestimmungskommission benannt, die bis September 2006 Vorschläge erarbeiten soll, wie die deutsche Mitbestimmung europatauglich weiterentwickelt werden kann. Ihr gehören neben dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten ***Prof. Dr. Kurt Biedenkopf*** (CDU), 75, der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, ***Prof. Dr. Wolfgang Streeck,*** 58, und der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts, ***Prof. Dr. Hellmut Wißmann,*** 65, an. Die ArbeitnehmerInnen sind durch den DGB-Vorsitzenden ***Michael Sommer,*** 53, den IG Metall-Vorsitzenden ***Jürgen Peters,*** 61, sowie den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der RWE Power AG ***Günter Reppien,*** 54, vertreten, die Arbeitgeber durch BDA-Präsident ***Dr. Dieter Hundt,*** 66, BDI-Präsidenten ***Jürgen Thumann,*** 64, und das ehemalige Vorstandsmitglied der DaimlerChrysler AG ***Dr. Manfred Gentz,*** 63.

14 TAGE

20.8.-2.9. DGB Baden-Württemberg, Internationales Jugendcamp, Themen: Rechtsextremismus, EU-Osterweiterung, Markelfingen

25./26.8. DGB Sachsen-Anhalt, Frauen-Sommertagung, Sonneck

26.-28.8. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Bezirksjugendkonferenz, Magdeburg

28.8. Wahlparteitag der CDU, Dortmund

Tipp

Buch: ***Manuela Sauer, Arbeitswelten und Geschlechterdifferenz, Herbert Utz Verlag, München 2005, 296 Seiten, 39 Euro***

Die Gestaltung und Verteilung von Arbeit und Reproduktionsaufgaben sind zentrale Herausforderungen der Gesellschaft. Manuela Sauer verknüpft in ihrem Buch die Zukunft der Arbeit mit der der Familie und des Geschlechterverhältnisses. Die begrenzte Reichweite einer rein männlichen Sichtweise sei im 21. Jahrhundert nicht mehr ausreichend. Gleichberechtigung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürften nicht länger als „Problem der Frauen" angesehen werden.

Schlusspunkt

„SPD-Sterbekasse soll Bundestagswahlkampf mitfinanzieren"

Die Nachrichtenagentur dpa am 8. August über den Plan der SPD, die im Bezirk Westliches Westfalen bestehende Sterbekasse für Parteimitglieder aufzulösen und das Geld für den Bundestagswahlkampf zu nutzen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Köpenicker Str. 20, 10997 Berlin, Tel. 030 / 27 59-2128, Fax 030 / 27 59-1309

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 29.08.2005 15/05

DGB

inhalt

Seite 2
Kein Kostennachteil
Die Kosten von Betriebsräten in klein- und mittelständischen Betrieben sind gering. Sie rechnen sich auch für die Unternehmen

Seite 3
Riskant für Beschäftigte
Arbeitszeitkonten bergen eine Gefahr – ihr Insolvenzschutz ist mangelhaft

Seite 6
Tarifautonomie für Schwarz-Gelb ein Auslaufmodell
Union und FDP wollen, dass die Beschäftigten in betrieblichen Bündnissen auf einen Teil ihres Tariflohns verzichten können. Die Betriebsräte sehen darin ein Erpressungspotenzial für die Arbeitgeber

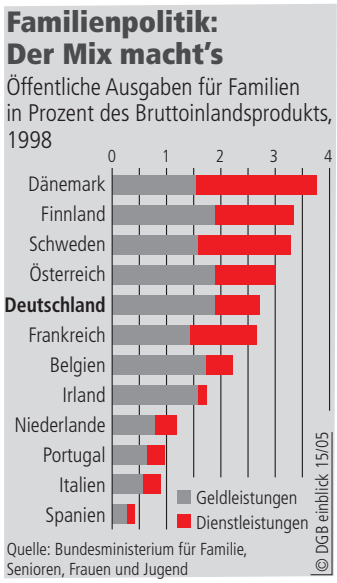
Familienpolitik

Familienbericht fordert Strategiewechsel

Familienpolitik hat im Wahlkampf Hochkonjunktur. Während die CDU Eltern Steuervorteile und Rentenbonus verspricht, will Rot-Grün die Kinderbetreuung ausbauen und ein Elterngeld als Lohnersatzleistung einführen. „Eine nachhaltige Familienpolitik umfasst einen gestalterischen Mix aus guter Infrastruktur, familienorientierter Arbeitszeitpolitik und effizienten Geldleistungen", davon ist Familienministerin Renate Schmidt (SPD) überzeugt.

Rückenwind für den von ihr geforderten Paradigmenwechsel in der Familienpolitik gibt ihr der 7. Familienbericht der Bundesregierung. Schwerpunkt der Analyse ist die Balance von Familie und Arbeitswelt im Lebensverlauf. Die Bilanz, die die ExpertInnen ziehen, ist vernichtend. Die staatliche Familienförderung entspricht längst nicht mehr den realen Familien-, Geschlechter-, Generationen- und Arbeitsverhältnissen.

150 Milliarden Euro geben Bund, Kommunen und Sozialversicherungen alljährlich für die Förderung von Familien aus. Dieses Geld habe nicht dafür gesorgt, dass junge Deutsche Kinder als Teil einer gemeinsamen Lebensplanung begreifen wie etwa in Frankreich oder Dänemark. Auch bei der Bekämpfung der Kinderarmut schneidet Deutschland im internationalen Vergleich schlecht ab. Seit den 70er Jahren habe man versäumt, „eine beide Geschlechter stärkende Familienpolitik" zu entwickeln. Voraussetzung für eine wirksame Familienförderung sei eine Politik, die sich für gleiche Chancen einsetzt.



Familienpolitisch erfolgreichere Länder investieren stärker in Dienstleistungen für Familien, weniger in direkte Geldleistungen an Eltern.

Junge Frauen wie Männer wollen heute beides – Beruf und Familie. Doch beim Spagat zwischen Arbeits- und Familienwelt sind sie weitgehend auf sich allein gestellt. Viel zu klein sei das Zeitfenster, „die Rush-Hour im Leben" junger Frauen, in der sie hierzulande alles auf einmal erledigen müssten: Partnerwahl, Abschluss der Ausbildung, Berufseinstieg und Kinderkriegen. Dieses Dilemma führt zum Verzicht auf Kinder oder zu einer erheblichen Doppelbelastung.

Der Bericht empfiehlt, die bisherige Fixierung auf Geldleistungen durch einen umfassenden Strategie-Mix zu ersetzen. Dazu gehöre der Ausbau der Kinderbetreuung ebenso wie eine neue Zeitpolitik und bessere Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern. Das von Rot-Grün angestrebte Elterngeld sei eine wirksame Maßnahme. Die unterschiedlichen finanziellen Leistungen für Familien sollten in einer Familienkasse gebündelt werden. Im Lebensverlauf müsse zudem neben der Arbeit mehr Raum für Freistellungen sein, um sich der Familienarbeit, der Bildung oder dem sozialen Engagement widmen zu können.

Als eine „Plattform für gesellschaftliches Handeln" wertet Renate Schmidt den Bericht und wünscht sich eine ernsthafte Debatte über die Vorschläge. Der Bericht zeige in bemerkenswerter Klarheit, was Eltern und Kinder brauchen, begrüßt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Empfehlungen. Auch für den DGB sei eine Politik, die Chancengerechtigkeit verfolge, unverzichtbar für Familienpolitik. •

plusminusBERLIN

+ *Karl-Josef Laumann, Bundesvorsitzender der CDA und Arbeitsminister in NRW, hat die FDP gemahnt, die Arbeitnehmerinteressen nicht zu vernachlässigen. Um überhaupt regieren zu können, brauche man „mit Sicherheit auch 40 Prozent der Arbeitnehmerstimmen".*

– *Für Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI, ist das Klimaprotokoll von Kyoto „gescheitert". Deutschland solle dem von den USA favorisierten „Klimapakt" beitreten. Er sieht statt fester Emissionsziele lediglich die Entwicklung klimafreundlicher Technologien vor.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.stop-discrimination.info
EU-Kampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung."

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
ver.di-Bundesvorstand: Positionen zur Innovationspolitik

Betriebsräte im Kleinbetrieb

Kein Kostennachteil

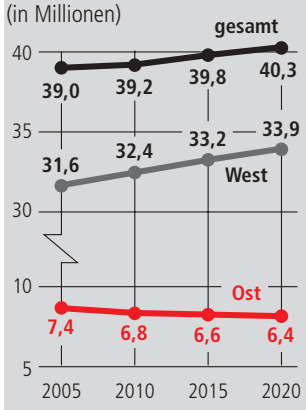
Die Kosten von Betriebsräten in klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) sind erheblich geringer, als in der öffentlichen Debatte unterstellt. Zudem bringen Betriebsräte auch für die Unternehmen einen wirtschaftlichen Nutzen. So können zum Beispiel die Kosten für die Personalsuche reduziert werden, weil Beschäftigte in Betrieben mit Betriebsrat weniger häufig kündigen. Das belegt eine von der IG Metall in Auftrag gegebene Studie des Info-Instituts an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW).

Befragt wurden Betriebsräte aus 79 KMU. Bei Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten hat das Info-Institut Kosten der Betriebsratstätigkeit von 260 Euro pro Jahr und MitarbeiterIn ermittelt. Bei Betrieben mit 101 bis 200 Beschäftigten liegen die Kosten bei 273 Euro, bei Betrieben mit 201 bis 500 Beschäftigten bei 397 Euro. Größter Ausgabenfaktor sind die Freistellung der Betriebsratsmitglieder für Sitzungen sowie die Personalkosten für Betriebsversammlungen. Bezogen auf die Gesamtpersonalkosten der KMU liege der Anteil der Betriebsratstätigkeit bei unter einem Prozent.

Trotz der geringen Kosten der betrieblichen Mitbestimmung raten die ForscherInnen den Gewerkschaften, den Angriffen der Arbeitgeber auf die Betriebsräte nicht alleine durch den Hinweis zu begegnen, dass das konsensorientierte deutsche Mitbestimmungsmodell einen Wettbewerbsvorteil darstellt. Die kurzfristige Renditeorientierung vieler Unternehmen würde die Anforderungen an eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ignorieren. Die Gewerkschaften müssten sich verstärkt mit den unternehmenspolitischen Konzepten selbst auseinandersetzen, wenn sie eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten an der Gestaltung des Arbeitsprozesses durchsetzen wollen. •

Im Osten noch einmal eine Million Jobs weniger

Zahl der Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland 2005 – 2020 (in Millionen)



Quelle: IAB, Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2020

© DGB einblick 15/05

Ohne eine Belebung der Binnennachfrage wird es in den kommenden Jahren nicht zu einer spürbaren Entlastung des Arbeitsmarktes kommen. Das geht aus der Ende Juli veröffentlichten Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2020 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Danach soll die Zahl der Erwerbstätigen bis 2010 nur geringfügig von 39,0 auf 39,2 Millionen wachsen und damit lediglich knapp wieder das Niveau von 2001 erreichen. Erst für das danach folgende Jahrzehnt rechnet das IAB mit einem kräftigen Anstieg des Arbeitskräftebedarfs. Er soll bis 2020 um über eine Million auf 40,3 Millionen Erwerbstätige steigen. Allerdings verläuft die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengesetzt. Während die WissenschaftlerInnen im Westen mit einem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 2,3 Millionen rechnen, gehen sie im Osten von einem Verlust von noch einmal einer Million Arbeitsplätze aus.

Einstellungskriterien

Gentests drohen

Der DGB lehnt Gentests für ArbeitnehmerInnen grundsätzlich ab und widerspricht damit einer Empfehlung des Nationalen Ethikrates von Mitte August. Der Ethikrat fordert zwar eine strenge Begrenzung von Gentests bei Einstellungsuntersuchungen, lässt aber Ausnahmen zu. Genetische Untersuchungen könnten durchgeführt werden, wenn Anhaltspunkte für eine Krankheit vorliegen, die die gesundheitliche Eignung des Bewerbers erheblich einschränkt. Zudem muss die Krankheit mit einer über 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit innerhalb der nächsten sechs Monate auftreten. Für Beamte soll die Frist sogar fünf Jahre betragen.

Der DGB fürchtet, dass Gentests den Vorrang der Informationsfreiheit der ArbeitnehmerInnen vor dem Informationsbedürfnis des Arbeitgebers verletzen. Der Fünf-Jahres-Zeitraum für Beamte stellt für den DGB zudem eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung der Staatsdiener dar.

Auch die CDU sieht durch die Gentests das Recht der ArbeitnehmerInnen auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. Im Falle eines Wahlsiegs will die Union zügig ein Gentestgesetz verabschieden und darin Gentests bei Einstellungen verbieten. •

Mitbestimmung

DGB richtet Projektbüro ein

Zur Unterstützung der Gewerkschaftsvertreter in der Regierungskommission „Modernisierung der deutschen Unternehmensmitbestimmung" richtet der DGB ein Projektbüro ein. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand dem DGB-Bundesvorstand vorgeschlagen. Zudem soll eine Begleitkommission aus Mitbestimmungsexperten von ver.di, IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG, DGB und Hans-Böckler-Stiftung gebildet werden. Die Gewerkschaften sind in der Mitbestimmungskommission durch die Vorsitzenden von DGB und IG Metall sowie den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der RWE Power AG vertreten *(einblick 14/2005).* •

in eigener Sache

Wahlkampfzeiten sind hektische Zeiten. Am 29. Juli hatte dpa mit Bezug auf die *Berliner Zeitung* gemeldet, Unions-Fraktionsvize **Ronald Pofalla** (CDU) habe gefordert, „Auszubildende bei der Feststellung der Schwellenwerte für den Kündigungsschutz in Betrieben nicht mehr mitzuzählen". Die *einblick*-Redaktion hat ihm dafür ein **minus** gegeben *(einblick 14/2005).* Zu Unrecht. Denn bereits nach dem geltenden Kündigungsschutzgesetz werden Auszubildende bei der Ermittlung des Schwellwertes nicht mitgezählt (KSchG § 23).

In der *Berliner Zeitung* hatte Pofalla deshalb auch keine Verschärfung dieser Regelung gefordert. Stattdessen hatte er der Bundesregierung eine Mitschuld an der Lehrstellenmisere gegeben. Die Politik müsse die Voraussetzungen schaffen, dass die Betriebe wieder mehr Jugendliche beschäftigen. Für Pofalla zählt hierzu auch eine „Flexibilisierung der Betriebsverfassung": „Analog der Regelung im Kündigungsschutz sollten Auszubildende bei der Festlegung der Schwellenwerte künftig nicht mehr mitgezählt werden". **Das ist uns auch ein minus wert.**

Arbeitszeitkonten

Riskant für Beschäftigte

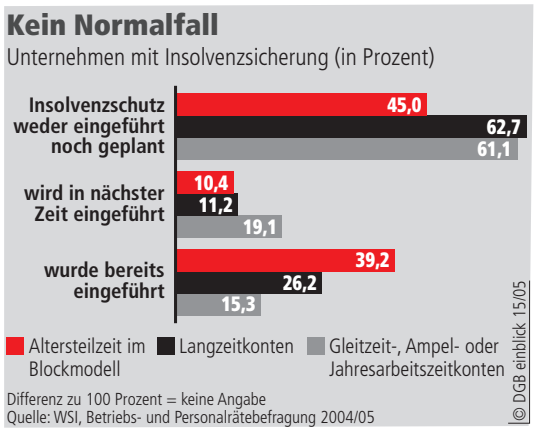
Der Trend zur Arbeitszeitflexibilisierung mittels Arbeitszeitkonten hält an. Nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) führen 65 Prozent der Betriebe Zeitkonten. Im Fall einer Insolvenz können die Beschäftigten allerdings leer ausgehen. Denn der Insolvenzschutz für Arbeitszeitguthaben ist bisher nur unzulänglich geregelt.

1998 wurde das „Gesetz zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen" (§ 7d SGB IV) verabschiedet. Ein Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten wurde vorgeschrieben, aber nur für Wertguthaben, die über 7245 (neue Bundesländer 6090) Euro liegen und in einem Zeitraum von mindestens 27 Monaten ausgeglichen werden müssen. Damit bietet § 7d in der Praxis kaum konkreten Schutz. Denn Arbeitszeitflexibilisierung wird überwiegend über Kurzzeitkonten von bis zu einem Jahr Ausgleichszeitraum realisiert. So ergab die Befragung des IW, dass 79 Prozent der Unternehmen mit Arbeitszeitguthaben Kurzzeitkonten und lediglich 39 Prozent Langzeitkonten führen.

Ein weiterer Schwachpunkt des § 7d ist seine Folgenlosigkeit: Auch Unternehmen, die Langzeitkonten nicht gegen Insolvenz sichern, müssen keine Sanktionen befürchten. Die Beschäftigten sind gleichwohl verpflichtet, sich an Arbeitszeitkonten-Regelungen zu beteiligen, wenn der Betrieb sie einführt.

Das Risiko, Arbeitszeitguthaben schlagartig zu verlieren, ist in den letzten Jahren gestiegen. Zwischen 1991 und 2003 stieg die Zahl der jährlichen Unternehmensinsolvenzen von 10 000 auf knapp 40 000. In 55 Prozent aller Fälle konnte mangels Masse kein Insolvenzverfahren eröffnet werden. Ohne Sicherung der Konten verlieren Beschäftigte in solchen Fällen ihre Wertguthaben, denn das Insolvenzgeld deckt lediglich Ansprüche aus den letzten drei Monaten ab.

Eine aktuelle Befragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) unter Betriebs- und Personalräten ergab, dass nur in einer Minderzahl der Unternehmen Altersteilzeit- und Arbeitszeitguthaben gegen Insolvenz gesichert sind. Vor allem Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sichern die Guthaben: 63,5 Prozent haben einen Insolvenzschutz für Altersteilzeitguthaben, 41,4 Prozent für Kurzzeitkonten. Bei den kleinen Unternehmen mit bis zu 99 Beschäftigten schützen jeweils nur rund 37 Prozent diese Guthaben gegen Insolvenz.



Obwohl gesetzlich vorgeschrieben, haben 45 Prozent der Unternehmen mit Altersteilzeitkonten diese nicht gegen Insolvenz gesichert.

Der DGB-Bundesvorstand hat bereits im Oktober 2004 ein Eckpunktepapier zum Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten vorgelegt. Danach sollte § 7d SGB IV strenger gefasst werden. Vorbild ist aus Sicht des DGB das 2004 novellierte Altersteilzeitgesetz (ATZ). § 8a ATG schreibt verbindlich die Insolvenzsicherung von Guthaben aus Altersteilzeitvereinbarungen im Blockmodell vor und schließt bestimmte nicht-insolvenzfeste Sicherungswege aus. Außerdem ist der Arbeitgeber gegenüber Beschäftigten und Betriebsrat informationspflichtig. Die ArbeitnehmerInnen können zudem bestimmte Sicherungswege einklagen. Sofern der Insolvenzschutz tarifvertraglich vorgegeben ist, soll diese Regelung Vorrang vor dem Gesetz haben.

Allerdings spielt die Festschreibung des Insolvenzschutzes in Tarifverträgen in der Praxis keine überragende Rolle, wie Marc Schietinger vom Institut für Arbeit und Technik in den *WSI-Mitteilungen* 6/05 feststellt: „Tarifverträge haben sich zwar in bestimmten Branchen als eine wichtige Unterstützung für die Einführung einer Insolvenzsicherung herausgestellt, für einen Durchbruch auf breiter Basis können sie aber (noch immer) nicht sorgen."

Die rot-grüne Bundesregierung hat bisher keine ernsthaften Anstalten gemacht, den Insolvenzschutz zu verschärfen. Die Sozialdemokraten haben das Thema allerdings in ihr Wahlmanifest aufgenommen: „Die SPD wird einen wirksamen gesetzlichen Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten schaffen." Wie der konkret aussehen soll, ist unklar. Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion hat bisher Gespräche mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern zum Thema geführt, aber noch keine abschließende Entscheidung getroffen.

Eine CDU-geführte Bundesregierung will den Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten „wohlwollend prüfen". Gleichwohl plant die Union aber, das Altersteilzeitgesetz so schnell wie möglich abzuschaffen – und damit auch den einzig verbindlichen Insolvenzschutz. •

Fünf sichere Wege

Es gibt viele verschiedene Sicherungsformen für Altersteilzeit- und Arbeitszeitguthaben. Nur fünf gelten als wirklich sicher.

- ***Fondslösung:*** *Die zu sichernden Beträge werden auf ein Depot bei einer Bank oder Versicherung eingezahlt und an die ArbeitnehmerInnen verpfändet. Im Insolvenzfall übernimmt die Bank oder Versicherung die Auszahlung der Wertguthaben.*
- ***Doppelseitige Treuhand:*** *Der Arbeitgeber überträgt einem Treuhänder die zu sichernde Summe. Gleichzeitig wird eine Sicherungsübereignung und Sicherungstreuhand zugunsten der Arbeitnehmer vereinbart.*
- ***Kautionsversicherung:*** *Eine Versicherung bürgt für den Arbeitgeber, der als Sicherheit in der Regel 25 Prozent der Gesamtsumme einzubringen hat.*
- ***Verpfändungen:*** *Der Arbeitgeber räumt den Arbeitnehmern ein Pfandrecht an Wertpapieren, Immobilien oder anderen Vermögenswerten ein.*
- ***Bürgschaft:*** *Der Arbeitgeber setzt – in der Regel eine Bank oder Versicherung – als Bürgen für die Wertguthaben ein. Dieser „Avalkredit" wird auf die Kreditlinie des Unternehmens angerechnet.*

PROJEKTE UND PARTNER

Prüfungshandbuch

Infos zu Metall- und Elektroberufen

Nicht nur die Ausbildung für die industriellen Metall- und Elektroberufe ist verändert worden, auch die Prüfungen. Die IG Metall hat ein Prüfungshandbuch „Der betriebliche Auftrag – das Ticket für den Beruf" herausgegeben, das alle wichtigen Änderungen auf hundert Seiten zusammenfasst. Ausbilder informieren, worin die Vorteile des betrieblichen Auftrags bestehen. Es wird beschrieben, wie sich die Prüfungsausschüsse neu orientieren müssen. Und der Kostenvergleich zwischen alter und neuer Prüfung belegt, dass es ein erhebliches Sparpotenzial gibt. Das Handbuch ist für fünf Euro plus Mehrwertsteuer und Versand erhältlich. •

www.betrieblicher-auftrag.de

DGB-Arbeitstagung

Zukunft der Aus- und Weiterbildung

Mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes hat die Bundesregierung versucht, auf die Anforderungen der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft zu reagieren. Für die AkteurInnen der Berufsbildungsausschüsse ergeben sich aus der Neuordnung viele Fragen. Der DGB thematisiert bei der diesjährigen Arbeitstagung für die Arbeitnehmerbeauftragten in den Berufsbildungsausschüssen die „Zukunft der Aus- und Weiterbildung". Bei der Veranstaltung am 13. und 14. Oktober in Berlin stehen die Bereiche Lebenslanges Lernen und Anforderungen an die berufliche Weiterbildung im Mittelpunkt. Veranstaltungsort ist das Logenhaus, Emser Str. 12/13. •

sigrid.bartholomy@dgb.de

Alternative Wirtschaftspolitik

Rundes Jubiläum

Nie waren sie so wichtig wie in den Zeiten des allgegenwärtigen Neoliberalismus: alternative Wirtschaftskonzepte. Um ihre wissenschaftliche Erarbeitung und öffentliche Erörterung macht sich seit mittlerweile 30 Jahren die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik verdient. Das runde Jubiläum wird am 22. Oktober mit einer wissenschaftlichen Konferenz in der ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, in Berlin begangen, zu der die Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem ver.di-Bereich Wirtschaftspolitik einlädt. Den Hauptvortrag bei der Konferenz wird Gustav Horn halten, Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Weitere ReferentInnen sind u.a. Sabine Reiner von ver.di und Jörg Huffschmid von der Uni Bremen. Die anschließende Feier findet ab 19 Uhr im Restaurant „Cum Laude" statt. Kostenbeitrag: 20 Euro, für Erwerbslose und Studierende 5 Euro. •

memorandum@t-online.de

Fachtagung

Graues Gold oder Altes Eisen?

Die Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen in der EU soll auf mindestens fünfzig Prozent erhöht werden. Tatsächlich liegt die Zahl in den meisten Mitgliedsstaaten derzeit deutlich darunter. Dabei zeichnet sich längst ab, dass der demographische Wandel die stärkere Einbeziehung der Älteren in die Arbeitswelt dringend erfordert. Die Fachtagung „Graues Gold oder Altes Eisen?" der Arbeitnehmerkammer Bremen wird sich am 1. September sowohl mit dem Status quo wie auch mit den Chancen befassen, die in der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen stecken. Die Tagung findet von 10 bis 18 Uhr im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer, Bürgerstr. 1, in Bremen statt. •

hbaumeister@arbeitnehmerkammer.de

Beamtenversorgung

Auf dem Prüfstand

Über die Entwicklung der Beamtenversorgung kursieren regelmäßig Schreckensszenarien. Der DGB hat nun gemeinsam mit den Gewerkschaften den Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung genau analysiert und eine Handreichung für BeamtInnen erarbeitet. Die Sonderausgabe der „Informationen für Beamtinnen und Beamte" stellt die wichtigsten Daten und Fakten des Versorgungsberichts zusammen und zeigt die Perspektiven der Beamtenversorgung auf. 25 Exemplare der Sonderausgabe sind für 15, 50 für 25 und 100 für 40 Euro (inkl. Versand und MwSt.) erhältlich bei: Info-Service, Höherweg 264, 40231 Düsseldorf. •

infoservice@beamteninformationen.de

HBS-Schriftenreihe

Vereinbarungen analysiert

Transparenz in betriebliche Regelungen bringen und Anregungen für die betriebliche Gestaltung geben: Das sind die Ziele der Schriftenreihe über Betriebs- und Dienstvereinbarungen des Archivs „Betriebliche Vereinbarungen" der Hans-Böckler-Stiftung. 8000 Vereinbarungen zu aktuellen betrieblichen Handlungsfeldern wurden bisher analysiert. 27 Bände, u.a. zu den Themen Teilzeitarbeit, betriebliche Weiterbildung, Arbeitserfassungssysteme und Europäische Betriebsräte, sind bereits erschienen; weitere sind in Arbeit, etwa zu Chancengleichheit, Interessenausgleich und Sozialplan sowie Zeitarbeit. •

www.betriebsvereinbarungen.de

interregio

••• Der ***DGB Nord*** hat die Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert, bei ***Unternehmensansiedlungen*** zu kooperieren. Gerade die Ansiedlung großer Gewerbegebiete an den Grenzen könnte von beiden Bundesländern aus betrieben werden. Vorwürfe über Abwerbungen, wie sie erst kürzlich der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kieler Landtag, Lothar Hay, geäußert hatte, brächten die Länder nicht weiter. „Das verfestigt nur die Fronten zwischen Ost- und Westdeutschland", so der DGB Nord-Vorsitzende Peter Deutschland. Infos: *www.nord.dgb.de*

••• Der ***DGB Hessen-Thüringen*** hat ein Projekt gestartet, um zu untersuchen, wie sich die Arbeitsplätze in der Region Nordosthessen mit Mitteln der ***Qualifizierung und Chancengleichheitspolitik*** langfristig sichern lassen. Durch Ansiedlung und Expansion von Logistikbetrieben sind dort in den vergangenen Jahren überwiegend Teilzeitarbeitsplätze für Frauen geschaffen worden. Die Herausforderung: Wie lässt sich Beschäftigungspolitik mit Chancengleichheitspolitik verknüpfen? Das Projekt wird von ISA Consult und der TBS Hessen durchgeführt. Infos: *www.hessen.dgb.de*

Antikriegstag 2005

Keine Militärintervention ohne UN-Mandat

Bei der Bundestagswahl im September 2002 ging es auch um Krieg und Frieden, um eine von der Union geforderte Beteiligung Deutschlands am Irak-Krieg. 2005 steht Deutschland erneut vor einer Bundestagswahl. Aber anders als vor drei Jahren steht das Thema Krieg nicht im Fokus des politischen Interesses.

Für den DGB ist der Antikriegstag am 1. September auch 2005 ein Tag der Mahnung. In seinem Aufruf erinnert er an die 60 Millionen Toten, die zwischen 1939 und 1945 Opfer eines von Deutschland entfachten Vernichtungskriegs wurden. Zugleich fordert der DGB ein stärkeres Gewicht der Vereinten Nationen bei der Lösung internationaler Konflikte. Die Eskalation der Gewalt im Irak sei ein trauriges Beispiel dafür, dass eine militärische Intervention ohne UN-Mandat keine Lösung sei.

Veranstaltungen zum Antikriegstag gibt es u.a. beim DGB Berlin-Brandenburg. Am 1. September will der Bezirksvorsitzende Dieter Scholz gemeinsam mit Adam Krzeminski, Redakteur des polnischen Nachrichtenmagazins „Polityka", über das Thema „Europa. Nachbarschaften. Friedenswünsche" diskutieren. Im Anschluss wird im Foyer des Berliner DGB-Hauses die Ausstellung „Junge polnische Plakatkunst der Gegenwart" eröffnet. •

www.einblick.dgb.de
Aufruf zum Antikriegstag

Audit Beruf & Familie

DGB erhält Zertifikat

Der DGB hat für seine familienbewusste Personalpolitik das Grundzertifikat des Audit Beruf & Familie der Hertie-Stiftung erhalten. Die offizielle Verleihung findet am 5. September in Berlin statt. Damit darf der DGB das Markenzeichen des Audit in den nächsten drei Jahren verwenden.

Im Mai hatte der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand beschlossen, sich am Audit zu beteiligen, weil zur Glaubwürdigkeit des DGB als familienpolitischer Akteur auch eine familiengerechte Politik in der eigenen Organisation gehört. Für die Auszeichnung wurden die vorhandenen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf überprüft. Hier kann der DGB etwa Betriebsvereinbarungen über verlängerte Elternzeit, flexible Arbeitszeiten oder Lohnersatzleistungen bei erkrankten Kindern vorweisen. Im Rahmen des Auditierungsprozesses soll die familienbewusste Personalpolitik aber auch durch neue Ansätze weiterentwickelt werden. Eine Arbeitsgruppe unter der Federführung der DGB-Abteilung Personal hat dazu gemeinsam mit VertreterInnen aus allen Organisationsebenen des DGB – Bundesvorstandsverwaltung, Bezirke und Regionen – weiterführende Ziele und Maßnahmen formuliert. •

„Gib mir ein Motiv" lautet das Motto der bis Ende Oktober laufenden Mitgliederwerbekampagne der IG BCE. Im Zentrum der Kampagne stehen die Werte Gerechtigkeit, Sicherheit und Chancengleichheit. Mit der Aktion sollen die IG BCE-Mitglieder motiviert werden, durch persönliche Gespräche neue Gewerkschaftsmitglieder zu werben. Dabei setzt die IG BCE unter der Überschrift „Frauen werben Frauen" auch auf eine Erhöhung ihres Frauenanteils. Gezielt sollen aktive, nicht organisierte Frauen angesprochen werden. „Gerade jetzt müssen die Bedingungen für Beruf und Familie neu ausgerichtet werden. Politisch engagierte Frauen sind gefordert. Es ist unsere Zeit", wirbt die IG BCE. Weitere inhaltliche Schwerpunkte sind das betriebliche Gesundheitsmanagement und eine familienbewusste Personalpolitik.

IMK Report

Makroökonomie kompakt

Acht Monate nach dem Start des Newsletters *Böcklerimplus* hat die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) unter dem Titel *IMK* Report Mitte August einen weiteren Informationsdienst herausgebracht. Der vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der HBS herausgegebene *IMK Report* will jeden Monat auf wenigen Seiten Basisinformationen zu aktuellen ökonomischen Themen präsentieren. Thema der ersten Ausgabe ist die anhaltende Inflationsdifferenz im Euroraum. Verantwortlich hierfür sei vor allem die uneinheitliche Lohnpolitik in Europa. Die strikte Lohnzurückhaltung in Deutschland berge mittlerweile Gefahren für die Konjunktur im gesamten Euroraum, so die Autoren Gustav Horn, Bernd Mülhaupt und Katja Rietzler. Den *IMK Report* gibt es als kostenfreies E-Mail-Abo. •

Hatice-Karaca@boeckler.de

kurz&bündig

Auf Grund eines Widerspruchs der IG BAU hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Leistungen für arbeitslose Jugendliche nachgebessert. Nach der bisherigen Rechtslage sollten arbeitslose Jungfacharbeiter lediglich 0,39 Euro am Tag erhalten. Eine Handlungsempfehlung der Agentur besagt nun, dass nach bestandener Prüfung die tarifliche Ausbildungsvergütung Bemessungsgrundlage beim Arbeitslosengeld ist.

Die GEW wird bis zur Bundestagswahl mit allen Parteien Gespräche über die Zukunft des Bildungswesens führen. Den Auftakt machte Die Linke.PDS. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne traf mit Spitzenkandidat Gregor Gysi zusammen. Thöne kritisierte dabei auch die Kürzungen der rot-roten Berliner Landesregierung im Bildungsbereich.

TRANSNET und GDBA haben weitere Schritte ihrer Kooperation vereinbart. Die Zusammenarbeit beider Gewerkschaften soll durch einen „Kooperationsvorstand" intensiviert werden.

ver.di und der Deutsche Beamtenbund (dbb) haben mit dem Bundesverkehrsministerium eine Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes vereinbart. Die Vereinbarung soll die Fortentwicklung der Wasserstraßen als umweltfreundlichsten Verkehrsweg sichern.

Bundestagswahl 2005: Tarifautonomie für Schwarz-

Im Zentrum der „Anforderungen des DGB an die Parteien" zur Bundestagswahl steht die Tarifautonomie. Nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung sei notwendig. Demgegenüber wollen Union und FDP die Tarifautonomie einschränken: Betriebliche Bündnisse sollen auch gegen den Willen der Tarifvertragsparteien Abweichungen vom Tarifvertrag vereinbaren können. ***einblick*** *hat Betriebsräte gefragt, was sie davon halten.*

Harald Volk, 42, ist Mitglied des Betriebsrats und Vorsitzender der Vertrauensleute der IG Metall bei den Sachsenwerken in Dresden.

Ich halte die Pläne der CDU für eine große Schweinerei. Sie wälzen das unternehmerische Risiko auf die Belegschaft ab. Der Arbeitgeber kann mit jedem Anliegen kommen, egal ob Lohnkürzungen oder Arbeitszeitverlängerung, wir können als Betriebsrat nichts dagegen machen. Denn in der Belegschaft wird es immer genügend Leute geben, die dem Druck des Arbeitgebers nicht standhalten und zurückstecken.
Was das in der Praxis heißt, kann man bei uns heute schon sehen. Im Sachsenwerk gilt nämlich nicht der Tarifvertrag der IG Metall, sondern der Arbeitgeber hat sich die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) ins Haus geholt und mit ihr die 40-Stunden-Woche vereinbart. Bezahlt werden nur 38 Stunden. Diesen Tarifvertrag hat der Arbeitgeber dann per Einzelvertrag legalisiert. Den Kollegen wurde gedroht, wenn ihr nicht unterschreibt, ist die Zukunft des Werkes nicht sicher. Die Klage der IG Metall gegen die Einzelverträge ist beim Bundesarbeitsgericht gescheitert. Da nicht alle IG Metall-Mitglieder sind, müsste jeder Einzelne klagen.

Katharina Faßnacht, 44, ist Betriebsratsvorsitzende der Karwendel-Werke in Buchloe/Bayern. Der Betrieb ist eine der wenigen noch bestehenden Privatmolkereien.

Wenn die Beschäftigten per Abstimmung im Betrieb über Abschläge bei den Löhnen entscheiden sollen, werden sich viele verunsichern lassen, wenn es um ihren Arbeitsplatz geht. Auch dann, wenn der Arbeitgeber keinen Nachweis erbringt, dass es dem Unternehmen schlecht geht. Das wird im Endeffekt auch uns treffen. Es wird dann heißen: „Wir müssen wettbewerbsfähig bleiben. Ihr müsst nachgeben."
Die ArbeitnehmerInnen so einem Risiko auszuliefern, ist unredlich. Und es ist gefährlich, weil die Inlandsnachfrage noch mehr abgewürgt wird. Arbeitszeitverlängerung heißt nichts anderes als sinkende Nettolöhne und noch mehr Arbeitslosigkeit. In dieser Situation noch betriebliche Bündnisse draufzusatteln, finde ich schon herb. Für die Binnennachfrage ist das eine Katastrophe. Für die Beschäftigten ist es ein Fass ohne Boden.

Ralf von Vorst, 53, ist als Betriebsratsvorsitzender der Provinzial Rheinland für 2200 Mitarbeiter zuständig.

Ich halte dieses „Geschenk" für ein trojanisches Pferd. Anders als bei

Gewerkschaften mit einem eindeutig festgelegten Auftrag zur Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten ist die Aufgabe der Betriebsräte im Betriebsverfassungsgesetz als eine Form der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten definiert – es gilt der Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Deshalb fehlen Betriebsräten auch qua Gesetz die wichtigsten Instrumente, die Gewerkschaften in der Auseinandersetzung zur Verfügung stehen. Eine Verlagerung von zurzeit auf Tarifebene geregelten Punkten – und nichts anderes steckt hinter diesem Vorschlag – würde dazu führen, dass die Durchsetzungsmittel nicht mehr vorhanden wären. Darüber hinaus verhindert der Tarifvertrag den Wettbewerb der Unternehmen auf dem Rücken der Beschäftigten durch Sozialdumping. Der Tarifver-

Wahl-Check: Betriebliche Bündnisse und Tarifautonomie

FDP: „Wir machen den Arbeitsmarkt wieder fit – indem wir Verkrustungen aufbrechen und alte Zöpfe abschneiden! Das bedeutet:
- **Die Selbstbestimmung der Arbeitnehmer rückt an die Stelle der Fremdbestimmung durch Gewerkschaftsfunktionäre.**
- **Das Tarifkartell darf künftig nicht mehr betriebliche Bündnisse für Arbeit blockieren.**
- **Kündigungsschutz darf kein Einstellungshindernis sein.**
- **Arbeitnehmer in mitbestimmten Konzernen müssen ihre Vertreter im Aufsichtsrat künftig selbst wählen können."**

Betriebsräte soll es erst ab 20 Beschäftigte geben, eine Freistellung von Betriebsratsmitgliedern erst ab 500. Betriebliche Bündnisse sollen Abweichungen vom Tarifvertrag vereinbaren können: 75 Prozent der Belegschaft müssen zustimmen, die Tarifvertragsparteien werden nicht beteiligt.

CDU/CSU: „Betriebliche Bündnisse müssen geschlossen werden", so die Union, wenn der Betrieb noch die Kraft habe, im Wettbewerb in die Offensive zu gehen. Abweichungen vom Tarifvertrag sollen zur Beschäftigungssicherung und zum Beschäftigungsaufbau per Betriebsvereinbarung zulässig sein. Betriebsrat und zwei Drittel der Belegschaft müssen zustimmen. Abweichungen bei Entlohnung, Weihnachts- und Urlaubsgeld bis hin zur Arbeitszeitdauer sind möglich – auch ohne die Zustimmung der Tarifvertragsparteien.

Die Grünen lehnen Eingriffe in die Tarifautonomie ab – ebenso die SPD: „Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie hat sich als Grundpfeiler sozialer Marktwirtschaft bewährt. Tarifverträge ermöglichen bei Bedarf flexible Lösungen. Es ist Aufgabe der Tarifparteien, diese Flexibilität gemeinsam weiterzuentwickeln. Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie lehnen wir ab."

DIE LINKE.PDS setzt sich ein für den „Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen. Auch in transnationalen Konzernen und auf europäischer Ebene ist die Mitbestimmung der Beschäftigten zu gewährleisten und auszuweiten. Die europäischen Betriebsräte sind zu stärken."

Gelb ein Auslaufmodell

trag liefert eine klare Grenze in puncto Lohn und Gehalt, Regelung der Wochenarbeitszeit, Anzahl der Urlaubstage oder finanzielle Zusatzleistungen. Dies in die Hand von Betriebsräten zu geben, hieße, sie erpressbar zu machen im Sinne von „Für fünf Tage Urlaub stellen wir zwanzig Leute zusätzlich ein".
Es gibt ausreichend Felder, auf denen Unternehmen Wettbewerb betreiben können – von intelligenten Produkten bis hin zu intelligenten Arbeitsorganisationsformen. Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gehören nicht dazu. Diese vermeintliche Stärkung der Betriebsräte stellt sich als Schwächung der Beschäftigten und auch der Betriebsräte dar, weil die Betriebsräte Konflikte führen sollen, für die ihnen die Instrumente nicht an die Hand gegeben sind.

Birgit Steinborn, 45, ist seit neun Jahren Betriebsratsvorsitzende in der Siemens-Niederlassung Hamburg.

Die gesetzliche Regelung betrieblicher Bündnisse, wie sie von Angela Merkel beabsichtigt ist, ist ein Angriff auf die Tarifautonomie. Siemens ist ja erst einmal ein tarifgebundener Betrieb, wo man bei Problemen auf Ergänzungstarifverträge zurückgreifen kann. Dann aber muss der Wunsch des Arbeitgebers nach Ausnahmen vom Flächentarif ausführlichst begründet werden. Dabei hat die IG Metall die Übersicht, wie es in der Branche aussieht und welche Konsequenzen solche Ausnahmen nach sich ziehen. Sonst nimmt nur der Mitbewerber solche Ausnahmen zum Anlass, um seinerseits seine Betriebsräte um ein betriebliches Bündnis anzugehen. Die Konsequenz ist eine Abwärtsspirale. Ich halte ein solches Bündnis für Augenwischerei – es geht dabei einzig darum, Druck auf die Betriebsräte auszuüben, es geht um Verschlechterungen für die Beschäftigten und womöglich um Arbeitsplatzabbau. Gewerkschaften haben mehr Möglichkeiten, sich gegen solche Zumutungen zur Wehr zu setzen, uns bindet das Betriebsverfassungsgesetz.

Jörg Buhren-Ortmann, 47, ist Betriebsratsvorsitzender für rund 2900 Beschäftigte im Bergwerk Lohberg/Osterfeld bei der Deutschen Steinkohle AG.

Es gibt bereits heute eine große Zahl an betrieblichen Bündnissen, an Abweichungen, bei denen Betriebsräte und Gewerkschaften zusammenarbeiten. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation und Stimmungslage unseres Landes ist der Sachverstand all derjenigen mehr denn je gefragt, die erkannt haben, dass die deutsche Form der Mitbestimmung ein Standortvorteil ist. Deshalb geht es gerade jetzt um die Sicherung und Fortentwicklung von Mitbestimmung, Tarifautonomie und Arbeitnehmerrechten.

Günter Harrack, 54, ist Betriebsratsvorsitzender des Leuchtsysteme-Herstellers Zumtobel Staff im ostwestfälischen Lemgo mit 535 Beschäftigten.

Wir gehören zu einem internationalen Konzern, der schon ein paar Mal versucht hat, die Wochenarbeitszeit zu verlängern. Bislang habe ich das immer kalt lächelnd abwehren können: Der Betriebsrat ist der falsche Ansprechpartner, wenden Sie sich an die IG Metall. Damit wäre es vorbei, wenn die Union wie geplant das Betriebsverfassungsgesetz ändern und das Unterlaufen des Tarifvertrags ermöglichen würde. Wir brauchen den Schutz des Tarifvertrags, denn Betriebsrat und Belegschaft sind erpressbar; dass sie einem so genannten Beschäftigungsbündnis laut CDU/CSU mehrheitlich zustimmen müssten, ändert daran nichts. Dem Lohndumping würden Tür und Tor geöffnet.
Das Unternehmen hat sich übrigens in Sachen Arbeitszeitverlängerung nie an die IG Metall gewandt. Dafür gäbe es auch keine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, das Unternehmen macht Gewinne. Trotzdem wird 2006 der erste von drei Standorten in Deutschland geschlossen, die Produktion in China ausgebaut und in Rumänien ein Werk aufgebaut.

Mario Gierl, 45, ist Betriebsratsvorsitzender der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft MIBRAG in Theißen/Thüringen.

Die Pläne sind widersprüchlich. Einerseits wollen CDU und FDP eine große Kaufkraft haben, um die Konjunktur anzukurbeln, andererseits versuchen sie, Tarifverträge durch Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene zu unterlaufen. Wenn man sich anschaut, wie schwierig die Situation vor allem in klein- und mittelständischen Unternehmen heute schon ist, dann ist doch offensichtlich, dass in Zukunft ganze Belegschaften erpressbar werden.
Hinzu kommt, dass es auch eine Diskussion über die Mitbestimmung gibt. Wenn die Unternehmensmitbestimmung fallen sollte, kriegt die Belegschaft, aber auch der Betriebsrat, in Zukunft kaum noch Informationen, wie es dem Unternehmen wirtschaftlich geht. Geht es bei den geforderten Einschnitten tatsächlich um den Erhalt des Unternehmens? Das kann doch keiner mehr kontrollieren.

Politische Streiks

Die Gewerkschaften sähen sich bei einem Wahlsieg von Schwarz-Gelb in ihrer Existenz bedroht, sagte der Gewerkschaftsexperte* Josef Esser *gegenüber der Online-Tageszeitung „netzeitung". Der Wissenschaftler der Uni Frankfurt warnte: „Mit einer ausreichenden Agitation und Vorbereitung wird es den Gewerkschaften – gerade in der momentan sehr erfolgreichen Exportwirtschaft – gelingen, politische Streiks erfolgreich auf die Beine zu stellen."

Zuvor hatte* Hubertus Schmoldt, *Vorsitzender der IG BCE die Union vor Angriffen auf die Tarifautonomie gewarnt. Für diesen Fall „würden wir, wenn es nötig ist, auch zu Arbeitsniederlegungen aufrufen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen", hatte Schmoldt gegenüber der „Welt" gesagt. Und DGB-Vorsitzender* Michael Sommer *fügte anlässlich einer Rundreise zu nordrhein-westfälischen Unternehmen hinzu, wenn die Union Arbeitnehmerrechte beschneiden will, „gibt es Ärger, dass es knallt."

Rund um Parteien und Programme zur Wahl:
www.einblick.dgb.de

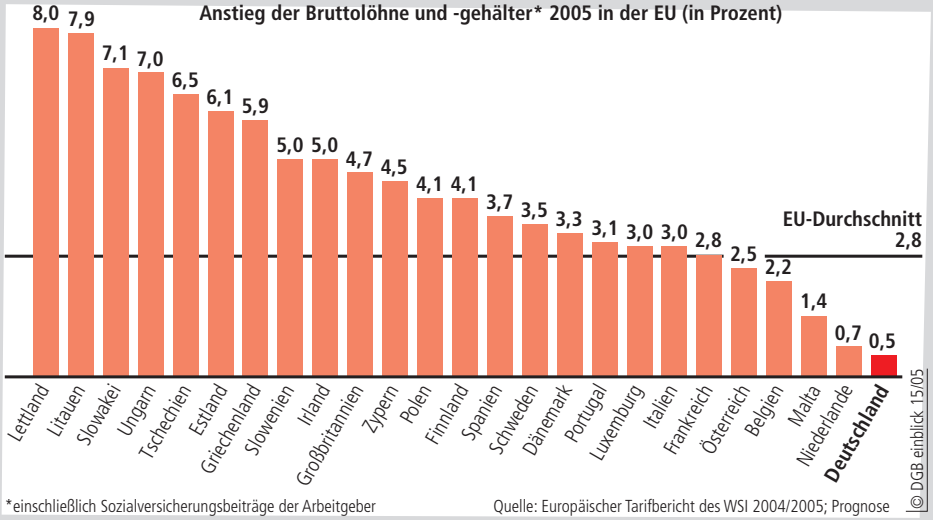
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

LOHNKOSTEN: Deutschland erneut Schlusslicht

Deutschland ist 2005 mit einem voraussichtlichen Anstieg der Bruttoeinkommen der ArbeitnehmerInnen von 0,5 Prozent erneut Schlusslicht in Europa. Nur in den Niederlanden (0,7 Prozent) und in Malta (1,4 Prozent) gibt es einen vergleichbar niedrigen Einkommenszuwachs. In allen anderen EU-Staaten sind die Arbeitnehmereinkommen um mindestens zwei Prozent gestiegen, im EU-Schnitt sogar um 2,8 Prozent. Ein positiver Effekt der Lohnzurückhaltung auf den Arbeitsmarkt sei nicht zu beobachten, so das WSI.



*einschließlich Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber

Quelle: Europäischer Tarifbericht des WSI 2004/2005; Prognose

14 TAGE

30.8. DGB, Tagung „Neue gesundheitspolitische Aufgaben für die soziale Selbstverwaltung", Berlin

31.8. Wahlparteitag der SPD, Berlin

1.9. Antikriegstag

1.9. Arbeitnehmerkammer Bremen, Fachtagung „Graues Gold oder altes Eisen – Altern und Arbeiten im Land Bremen", Bremen

1./2.9. Hans-Böckler-Stiftung und Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP), Fachtagung „Arbeitnehmersolidarität oder Bürgersolidarität? – Die Schweiz und Deutschland im sozialpolitischen Vergleich", Basel

2./3.9. CSU-Parteitag, Nürnberg

6.9. TBS Niedersachsen, Fachtagung „Die neue Überwachungsgesellschaft – Kontrolle personenbezogener Daten am Arbeitsplatz", Hannover

7.9. DGB Berlin-Brandenburg, Handwerkstagung „Vertrauen ist gut. Betriebsrat ist besser – auch im Handwerk", Berlin

8.9. IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Mitbestimmung und Demokratie im 21. Jahrhundert", Frankfurt/M.

8.-10.9. Heinrich-Böll-Stiftung, Tagung „Femme Globale – Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert", Berlin

9./10.9. DGB Niedersachsen, Best-Practice-Konferenz der DGB-Ehrenamtlichen, Hustedt

10./11.9. Wahlparteitag der FDP, Berlin

personalien

••• ***Dr. Christel Degen,*** 41, bislang Referatsleiterin in der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstands, ist seit dem 1. August Referatsleiterin in der Abteilung Struktur- und Umweltpolitik. Sie ist für die Bereiche Struktur- und Regionalpolitik, Unternehmens- und Industriepolitik sowie Aufbau Ost zuständig.

Tipp

***Buch:* Ulrich Beck, *Was zur Wahl steht,* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 2005, 128 Seiten, 7 Euro**

Am 18. September geht es nicht um das Auswechseln einer Regierung. Auch nicht um die Rückkehr zur Vollbeschäftigung, die es nicht mehr geben wird. Für den Soziologen Ulrich Beck geht es um die Frage „Wie sieht ein Deutschland aus, das aus der Reformpolitik entsteht?" Beck bietet keine fertigen Anworten aber einen Blickwechsel: Der Macht der Konzerne setzt er die Idee des politischen Konsumenten entgegen, der wachsenden Arbeitslosigkeit das Konzept eines Grundeinkommens für alle.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 27 59-2128, Fax 030 / 27 59-1309

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Merz rast auf Erde zu! Wir sind alle beunruhigt."

Peter Deutschland, DGB-Vorsitzender Nord, am 18. August zur Forderung des CDU-Politikers Friedrich Merz, die ArbeitnehmerInnen sollten freigestellte Betriebsräte direkt bezahlen, weil das angeblich in Österreich so üblich sei. Am gleichen Tag hatte die Bild-Zeitung getitelt: „Beunruhigende Nachricht – Asteroid rast auf Erde zu!"

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 12.09.2005 16/05

DGB

Bundestagswahl 2005

Fernduell beim DGB

Auf die Stimmen der ArbeitnehmerInnen kommt es am 18. September an – auch auf die der sieben Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Um sie zu gewinnen, rät der DGB-Vorsitzende Michael Sommer „allen Parteien, sich stärker an den Interessen der ArbeitnehmerInnen zu orientieren".

Wie sehr – zumindest im Wahlkampf – den KanzlerkandidatInnen am Gespräch mit den Gewerkschaften gelegen ist, zeigten Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und seine Herausforderin Angela Merkel (CDU) in der ersten Septemberwoche. Im Endspurt des Wahlkampfes ließen sie es sich nicht nehmen, in der DGB-Zentrale das Gespräch mit dem Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und den Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften zu suchen.

Betriebliche Bündnisse:
„Die Gewerkschaften haben selber für eine neue Balance zwischen zentraler Verhandlungsmacht und betrieblichen Gestaltungsmöglichkeiten gesorgt."
Gerhard Schröder

Wenige Tage vor der Wahl waren inhaltliche Zugeständnisse in Sachfragen kaum zu erwarten. Die GewerkschaftsvertreterInnen nutzten statt dessen die Gespräche, um noch einmal ihre Forderungen an die nächste Bundesregierung zu verdeutlichen. Diese müsse „glaubhaft ihren Beitrag leisten, um dem verbreiteten Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben und um eine aktive Politik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu betreiben", bringt es der DGB-Aufruf zur Bundestagswahl auf den Punkt.

Auch wenn es keine Annäherung bei den zwischen Union und Gewerkschaften strittigen Themen gab, betonten Michael Sommer und Angela Merkel in der gemeinsamen Pressekonferenz unisono, dass das Gespräch offen und fair verlaufen sei. Die Gewerkschafter hätten deutlich gemacht, wo „unsere Schmerzgrenze liegt", so Sommer. „Wir sind nicht im Zeitalter der Drohungen. Wir sind im Zeitalter der Gespräche."

Merkel bekräftigte, dass ihr viel an einem guten Verhältnis zu den Gewerkschaften liege. Das Treffen stehe in einer Folge von Gesprächen, die auch nach der Bundestagswahl fortgesetzt werden sollen. Zwar sprach sich Merkel für den „Erhalt der betrieblichen Mitbestimmung" aus, doch beim Thema betriebliche Bündnisse bleiben die Positionen diametral entgegengesetzt.

Auf den Hinweis, dass es möglicherweise durch die Verlagerung der Tarifpolitik auf die betriebliche Ebene zu erheblichen Konflikten und in der Folge zu einem Erstarken der Gewerkschaften kommen könnte, entgegnete Merkel, das sei „keine Drohung", denn sie habe „ein Interesse an starken Gewerkschaften". Zudem sicherte Merkel zu, dass sie das Gespräch mit den Gewerkschaften suchen würde, bevor die Union nach einer Regierungsübernahme ein Gesetz über betriebliche Bündnisse verabschiedet.

Betriebliche Bündnisse:
„Wenn wir gewinnen, werden wir dieses Gesetzesvorhaben nicht ohne das Gespräch mit den Gewerkschaften ablaufen lassen."
Angela Merkel

Der Kanzler nutzte seinen Besuch beim DGB zwei Tage nach seiner Kontrahentin vor allem, um „das große Maß an Übereinstimmung" mit den Positionen der Gewerkschaften zu betonen – etwa bei der Steuerfreiheit der Nacht-, Schicht- und Feiertagszuschläge, bei der Pendlerpauschale und beim Erhalt von Kündigungsschutz und Tarifautonomie.

Besonders hart kritisierte Schröder die von FDP und Union geplante Verlagerung der tarifpolitischen Entscheidungskompetenz auf die Akteure betrieblicher Bündnisse. Das berühre die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Gesetzgeberischer Aktionismus sei überflüssig,

weiter auf Seite 2

Fotos: einblick

inhalt

Seite 2
Eine Kanzlerkandidatin reicht nicht
Wie ernst nehmen die Parteien die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Kandidatenaufstellung? Wo kandidieren aktive GewerkschafterInnen für den Bundestag?

Seite 5
Außer Kontrolle
Erst hat Rot-Grün den Hedge-Fonds den Weg geebnet, jetzt ist die SPD um Schadensbegrenzung bemüht

Seite 7
Die Macht der WählerInnen
Haben die WählerInnen am 18. September überhaupt eine Wahl? Oder geht es wieder einmal nur um das kleine Übel? Wolfgang Storz gibt seine ganz eigene Wahlempfehlung

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de
Die neu aufgefrischte Homepage des DGB mit Brotkrümelpfad

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Jede Stimme zählt. Auch Ihre" Wahlaufruf des DGB zur Bundestagswahl am

Fortsetzung von Seite 1

weil die Gewerkschaften bereits selbst für eine „neue Balance zwischen zentraler Verhandlungsmacht und betrieblichen Gestaltungsmöglichkeiten" gesorgt hätten.

Auf die Hartz-Reformen, die im vergangenen Jahr zu erheblichen Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften geführt hatten, ging Schröder beim DGB-Besuch nicht ein. Er zeigte sich aber überzeugt, „dass die SPD nach wie vor bevorzugte Partei der Mitglieder der Gewerkschaften ist".

Michael Sommer stellte fest, dass es seit Schröders Regierungserklärung im März eine „deutliche Wiederhinwendung" der SPD auf die Themen und Positionen gebe, die auch die Gewerkschaften vertreten. Er betonte aber, dass der DGB – wie üblich bei Bundestagswahlen – keine Wahlempfehlung abgeben werde. „Nicht nur, weil wir insgesamt als Einheitsgewerkschaft parteipolitisch unabhängig sind, sondern weil wir auch der Meinung sind, dass die ArbeitnehmerInnen selbst sehr genau wissen, welche Themen ihnen auf den Nägeln brennen, und wer was macht." •

Frauenpolitik

Keine Nebensache

Was Frauenpolitik und Chancengleichheit betrifft, bleiben die Wahlprogramme der Parteien eher vage. „Frauenpolitik ist keine Nebensache", stellt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer klar.

Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein wirksames Antidiskriminierungsgesetz (ADG), die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung, Maßnahmen gegen Lohndumping sowie Korrekturen bei den Hartz-Reformen: Der DGB hat seine frauenpolitischen Anforderungen an die Parteien klar formuliert.

Ein Gleichstellungsgesetz streben sowohl Grüne als auch Die Linke.PDS an. Union, FDP und SPD äußern sich dazu nicht. Die SPD will wie die Grünen das ADG umsetzen. Bei FDP und Die Linke.PDS taucht das ADG im Wahlprogramm nicht auf. Die Union hingegen will die Vorgaben aus Brüssel zur Antidiskriminierung nur 1:1 in nationales Recht umwandeln.

Um die „besondere Problematik von Frauen am Arbeitsmarkt und bei den Arbeitsmarktreformen" zu berücksichtigen, sind für den DGB Korrekturen an den Hartz-Gesetzen unerlässlich – etwa bei der Anrechnung des Partnereinkommens und der Förderung von Nicht-Leistungsempfängerinnen. Die SPD sieht durchaus eine stärker geschlechtsspezifische Umsetzung von Hartz IV vor. Die Linke.PDS will sich für Rahmenbedingungen bei Hartz IV einsetzen, die Frauen eine unabhängige Existenzsicherung ermöglichen. Die Grünen wollen eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen und deshalb die soziale Sicherung stärker von der Erwerbstätigkeit abkoppeln. Union und FDP planen keine geschlechtsspezifischen Neuerungen bei Hartz IV.

Frauenpolitik ist nicht auf Familienpolitik reduzierbar. Dennoch ist für gleiche Chancen von Frauen und Männern in der Arbeitswelt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wesentlich. Wichtig sind für den DGB dabei etwa familienfreundliche Arbeitszeiten, ausreichende Betreuungsmöglichkeiten oder ein Elterngeld als Lohnersatzleistung. SPD und Grüne wollen ebendies einführen. FDP und Die Linke.PDS haben in ihren Programmen den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung aufgenommen. „Im Wahlprogramm der CDU/CSU findet sich leider nur wenig zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf", so Engelen-Kefer. Die Union setzt vor allem auf finanzielle Kompensation für Familien.

Auch auf eine weitere Forderung des DGB, die Reform des Ehegattensplittings, bieten die Parteien unterschiedliche Antworten. Die Union will unverändert am Ehegattensplitting festhalten. Die Linke.PDS hingegen fordert dessen gänzliche Abschaffung, und die Grünen wollen eine schrittweise Aufhebung. SPD und FDP äußern sich nicht zum Ehegattensplitting, die FDP will aber die Steuerklasse V abschaffen. Fazit: Alle Parteien wie auch ihre Programme bräuchten dringend „ein wirksames Gender-Mainstreaming", so Ursula Engelen-Kefer. •

Gewerkschaftsmitglieder unter den KandidatInnen

Ein Drittel der 603 Abgeordneten des 2002 gewählten Bundestags sind Gewerkschaftsmitglied (einblick 21/ 2002). Wie viele es im neuen Bundestag sein werden, entscheiden die WählerInnen am 18. September. Dabei sagt die Gewerkschaftsmitgliedschaft allein wenig über das Stimmverhalten im Bundestag aus. Selbst Abgeordnete, die sich politisch in der Gewerkschaft engagiert haben oder dort beschäftigt waren, sind vor allem Interessenvertreter Ihrer WählerInnen.

Die meisten PolitikerInnen, die bei der Gewerkschaft beschäftigt waren oder sind, finden sich auf den Listen von SPD und Die Linke.PDS. Bei der SPD waren neben dem ehemaligen IG Metall-Vize Walter Riester auch Klaus Barthel, Ute Kumpf, Jella Teuchner und Jörg Tauss bei der IG Metall beschäftigt. Für kurze Zeit gilt das auch für Andrea Nahles. Klaus Brandner ist neben seiner Abgeordnetentätigkeit Bevollmächtigter der IG Metall in Gütersloh. Gerd Andres und Franz Thönnes waren vorher bei der IG BCE tätig, der frühere Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig beim DGB. Zudem bewerben sich IG BAU-Vorstand Andreas Steppuhn und der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Norbert Spinrath, die frühere Vorsitzende des DGB Nordmark, Karin Roth, sowie mehrere DGB-Regionsvorsitzende um ein Bundestagsmandat, darunter der Regionsvorsitzende von Siegen-Wittgenstein, Willi Brase. Mit Hans-Jürgen Uhl (VW) und Josip Juratovic (BMW) gilt das auch für zwei Betriebsräte großer Unternehmen.

Unter den KandidatInnen von Die Linke.PDS finden sich mehrere aktive GewerkschafterInnen. Zu ihnen gehören der Schweinfurter IG Metall-Bevollmächtige und WASG-Gründer Klaus Ernst, sein Offenbacher Kollege Werner Dreibus sowie der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Kaiserslautern, Alexander Ulrich. Zudem kandidieren die DGB-Regionsvorsitzende von Vogtland/Zwickau, Sabine Zimmermann, und der stellvertretende Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Frank Spieth, für die Linkspartei.

Bei der Union gibt es auf den aussichtsreichen Listenplätzen keine Ex-Gewerkschaftsbeschäftigten, aber etliche KandidatInnen werden dem Arbeitnehmerflügel zugerechnet. Zu ihnen zählen der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU-Fraktion, Gerald Weiß (ver.di), und der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der Lindemaier Präzision AG, Franz Romer (IG Metall).

Bei den Grünen/Bündnis 90 sind 13 Abgeordnete Gewerkschaftsmitglied. Politisch engagiert haben sich die meisten Grünen eher in der Ökologie- oder der Frauenbewegung, nicht bei den Gewerkschaften. Zu den Ausnahmen zählt Thea Dückert, früher Leiterin der Kooperationsstelle Hochschule – Gewerkschaften in Oldenburg.

Frauen im Bundestag

Eine Kanzlerkandidatin reicht nicht

Chancengleichheitspolitik ist keine Frage des Geschlechts. Dennoch gilt: Ein hoher Frauenanteil im Parlament erhöht die Chancen für eine Gleichstellungspolitik.

198 Frauen – das sind 32,8 Prozent aller Abgeordneten – saßen zu Beginn der gerade bendeten 15. Legislaturperiode im Bundestag. Das ist der höchste Frauenanteil in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Grünen liegen mit 58,2 Prozent Frauenanteil vorn, gefolgt von der SPD mit 37,8 Prozent und der FDP mit 25,5 Prozent. Schlusslicht ist die Union mit 23 Prozent. Hinzu kommen die zwei fraktionslosen weiblichen Abgeordneten der PDS.

Erklärtermaßen wollen alle Parteien den Frauenanteil im Bundestag erhöhen und setzen dazu beispielsweise auf quotierte Landeslisten. Doch welche Chancen haben Frauen tatsächlich, auf aussichtsreichen Positionen zu kandidieren?

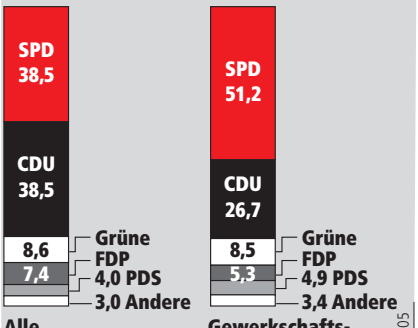
Bei den Grünen funktioniert das Prinzip „jeder ungerade Platz an eine Frau" – also auch der Spitzenplatz. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland kandidiert ein Mann auf dem ersten Listenplatz, ihm folgen dann jeweils zwei bzw. drei Frauen. Die SPD will ihre Listenplätze abwechselnd mit einer Frau und einem Mann besetzen und so einen Frauenanteil von 50 Prozent erreichen. Tatsächlich führen Frauen die Landeslisten in Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen-Anhalt und Thüringen an. Dagegen finden sich in Sachsen und Schleswig-Holstein gerade mal drei Frauen auf den zehn ersten Listenplätzen.

Die Linke.PDS will jeden ungeraden Listenplatz mit einer Frau besetzen – doch in keinem westdeutschen Bundesland kandidiert eine Frau auf dem Spitzenplatz. Außer im Saarland, wo sich nur eine Frau unter zehn Kandidaten befindet, setzt die Linkspartei aber eine Frauenquote von 50 Prozent um.

Die Listen der Union kommen meist auf ein Drittel Frauenanteil – wie angestrebt. Die Frauen finden sich aber oft auf den hinteren Plätzen. Die erste Frau auf der Liste hat meistens Platz drei inne. In Mecklenburg-Vorpommern, wo Angela Merkel an der Spitze steht, sind nur zwei von zwölf Kandidaten weiblich. Die FDP, die eine Quotierung ihrer Landeslisten ablehnt, lässt ihre Frauen oft erst auf Platz fünf oder sechs antreten. •

2002: 60 Prozent der Gewerkschafter für Rot-Grün

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl vom 22. September 2002 (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z.B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

© DGB einblick 16/05

59,7 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder stimmten 2002 für Rot-Grün, 1998 waren es mit 62,3 Prozent (SPD 56,0 %, Grüne 6,3 %) etwas mehr, 1994 mit 56,5 Prozent (SPD 49,5 %, Grüne 7,0 %) etwas weniger.

Wahlaufrufe

Arbeitnehmer umworben

Der DGB hat selbst keine Wahlempfehlung ausgesprochen, aber aktive GewerkschafterInnen und Betriebsräte rufen per Zeitungsannonce und Internet zur Wahl von SPD, Linkspartei, Grüne und Union auf.

Über 300 Unterschriften trägt ein vom früheren Arbeitsminister und Zweiten IG Metall-Vorsitzenden Walter Riester initiierter Aufruf für die SPD, der Ende August in der *Frankfurter Rundschau* erschienenen ist *(www.walter-riester.de).* Unterzeichnet haben ihn unter anderen der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg, IG Metall-Vorstand Kirsten Rölke, der Betriebsratsvorsitzende von Daimler-Chrysler, Erich Klemm, IG BAU-Vize Hans-Joachim Wilms sowie mehre Vorstandsmitglieder von ver.di.

Mit dem Wahlaufruf will Riester deutlich machen, „dass GewerkschafterInnen sich nicht einordnen lassen in das linke Lager unter Führung der PDS". Der Wahlaufruf von Gewerkschaftsmitgliedern für Die Linke.PDS trägt inzwischen weit über 1600 Unterschriften *(www.wirwaehlenlinks.de).* Zu den Unterstützern gehören der frühere IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche, der ehemalige IG Metall-Vorstand Horst Schmitthenner und der stellvertretende bayerische ver.di-Vorsitzende Michael Wendl.

Auch die Gewerkschaftsfunktionäre, die den Grünen nahe stehen, haben einen eigenen Wahlaufruf ins Netz gestellt *(www.gewerkschafts-grün.de).* Zu den Initiatoren des Netzwerks gehört ver.di-Sekretär Niko Stumpfögger.

Und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) wirbt auf ihrer Homepage um Unterstützung für Angela Merkel *(www.cda-bund.de).* Die Unterzeichner des Votings werden allerdings nicht veröffentlicht. •

In eigener Sache

Erfreulich: einblick-LeserInnen lesen ihren Infoservice aufmerksam, so wie es sich jede Redakteurin, jeder Redakteur wünscht. Das zeigte zuletzt die große Resonanz auf unseren Wahl-Check im einblick 14/05 – vor allem die Hinweise, was wir in unserer Programm-Synopse nicht berücksichtigt haben.

So haben wir nicht erwähnt, dass die SPD Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn ergreifen will, wenn sich die Tarifparteien nicht auf tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen einigen. Ebenso fehlte, dass die Grünen wie die SPD am Reformkurs der Agenda 2010 festhalten. In der Übersicht stand auch nicht, dass CDU und CSU die Besteuerung von Beteiligungsveräußerungen von Kapitalgesellschaften wieder einführen wollen. Genauso wenig haben wir erläutert, dass bei der von der Union geplanten Gesundheitsprämie bei Versicherten mit niedrigem Einkommen ein sozialer Ausgleich greift.

Deshalb haben wir unsere Online-Synopse der Wahlprogramme um viele Detailforderungen der Parteien ergänzt. Sie steht auf unserer Homepage zum Download bereit.

Im Internet
www.einblick.dgb.de
Rund um Parteien und Programme zur Wahl

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

IG BCE und Vertreter der beiden großen Kirchen haben sich für den Erhalt des Steinkohlebergbaus ausgesprochen. Anlässlich des Starts der IG BCE-Kampagne „Zukunft statt Auslaufbergbau" sagte der katholische Weihbischof Franz Grave, Entscheidungen zur Steinkohle müssten von „Sozialverträglichkeit und Zukunftsfähigkeit" geprägt sein.

ver.di hat erste Konzepte für ein Kündigungsverbot für Unternehmen mit hohen Gewinnen vorgestellt. Das Betriebsverfassungsgesetz solle festlegen, dass ArbeitnehmervertreterInnen Einspruch gegen Kündigungen einlegen können, wenn keine „dringenden wirtschaftlichen Gründe" vorliegen. Die Steigerung von Gewinnen dürfe nicht als dringender Grund gelten.

TRANSNET und die Allianz Pro Schiene warnen mit Blick auf Europa vor sinkenden Schieneninvestitionen in Deutschland. Im Haupttransitland der EU seien die Investitionen auf den zweitniedrigsten Wert seit der Bahnreform 1994 gesunken.

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat mit den Bau-Tarifpartnern ein Konzept gegen Winterarbeitslosigkeit vorgestellt. Zentraler Punkt: Ein „Saison-Kurzarbeitergeld" soll Arbeitsausfälle am Bau von Dezember bis März überbrücken.

Lidl-Kundenwoche

ver.di sucht Paten

25 000 Beschäftigte arbeiten in Deutschland beim Discounter Lidl. Vom 19. bis 24. September sollen sie Besuch von ihren KundInnen erhalten, die ausnahmsweise nicht auf der Suche nach billigen Schnäppchen sind, sondern den Beschäftigten Mut machen wollen, in ihrer Filiale einen Betriebsrat zu gründen. Auf eigens hergestellten „Kundenkarten" sollen die Lidl-Käufer den Beschäftigten gegenüber erklären, dass sie Kunden eines Unternehmens sein wollen, das die Rechte seiner Beschäftigten wahrt, ihnen faire Arbeitsbedingungen bietet und Betriebsratswahlen ohne Nachteile für die Beschäftigten ermöglicht.

Damit die Aktion in allen 2600 Lidl-Filialen durchgeführt werden kann, sucht ver.di Paten, die sich am Besuch der Filialen beteiligen. Sie sollen den Beschäftigen Mut machen, ihre Rechte im Betrieb wahrzunehmen und Repressalien gegen VerkäuferInnen, die einen Betriebsrat gründen wollen, öffentlich machen. •

www.lidl.verdi.de

Aufsichtsratsarbeit

IG Metall legt Leitlinien vor

Die IG Metall hat auf ihrer Mitbestimmungskonferenz am 8. September in Frankfurt/M. „Leitlinien für gute Aufsichtsratsarbeit" präsentiert. Danach wollen sich die ArbeitnehmervertreterInnen in den Aufsichtsräten „für größt mögliche Transparenz" einsetzen. Vergütungen von Vorständen, GeschäftsführerInnen und Aufsichtsräten seien offen zu legen. Dasselbe gelte für Abhängigkeiten und Verbindungen beispielsweise durch die Ausübung von Mandaten bei anderen Unternehmen. Außerdem seien die Vergütungen „nach sozialen Kriterien zu bemessen und nicht unfair zu erhöhen". Die Bundesregierung und die EU-Kommission werden aufgefordert, die Mitbestimmung zu fördern und auszubauen. Bei Wahlen, heißt es weiter, machen die ArbeitnehmervertreterInnen ihre Stimmabgabe von der Haltung der Parteien zur Mitbestimmung abhängig. •

ver.di-Grundsatzprogramm

Solidarische Gesellschaft

Zwei Jahre vor ihrem nächsten Bundeskongress im Herbst 2007 hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di den ersten Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms vorgelegt. Der Titel des 57-seitigen Papiers lautet: „Aufbruch in die Zukunft – Gesellschaft und Arbeitswelt für alle Menschen sozial gerecht gestalten". Angestrebt wird – im deutlichen Kontrast zum herrschenden Neoliberalismus – eine Gesellschaft, in der sowohl die materiellen Ressourcen als auch die Lebens- und Teilhabe-Chancen gerecht verteilt sind. Im ersten Kapitel heißt es, die Gewerkschaften müssten „auch unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft" in der Lage sein, „die Logik der Ökonomie mit der Logik der Menschenwürde herauszufordern". Sonst drohe den Gewerkschaften ein weiterer Bedeutungsverlust.

Der Entwurf sei keine Fortschreibung der programmatischen Aussagen der ver.di-Gründungsgewerkschaften, schreibt *ver.di-News,* sondern Ergebnis mehrerer Programmdiskussionen im Frühjahr 2005. Im Frühjahr des nächsten Jahres soll es einen zweiten Entwurf geben. Der jetzige sei „vermutlich noch meilenweit von seiner Endfassung entfernt". •

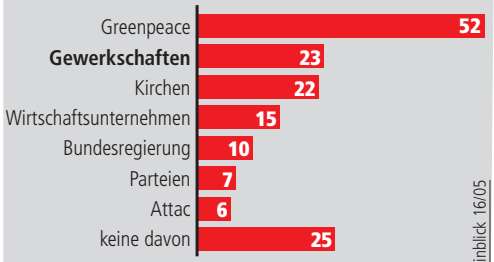
DGB-Kongress 2006

Würde ist unser Maßstab

Der DBG-Bundeskongress vom 22. bis 26. Mai 2006 in Berlin steht unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab". Das hat der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand beschlossen. Zugleich hat der Bundesvorstand auf der Basis der Mitgliedszahlen vom Dezember 2004 über die Verteilung der Delegiertenmandate des Bundeskongresses entschieden. Die meisten Delegierten stellt mit 137 VertreterInnen die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, knapp gefolgt von der IG Metall mit 133 Delegierten. Die IG BCE hat 45 Delegierte, die IG BAU 25. Die übrigen 60 Delegierten entfallen auf die vier kleineren DGB-Gewerkschaften TRANSNET (17), GEW (16), NGG (15) und GdP (12). •

Nur Greenpeace glaubwürdiger als Gewerkschaften

Organisationen / Institutionen, die 18- bis 30-Jährige für glaubwürdig halten (in Prozent)



Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Repräsentative Befragung von 2000 18- bis 30-Jährigen durch das Institut Forsa im Auftrag der Zeitschrift *Neon* 2005

© DGB einblick 16/05

Das Image der Gewerkschaften bei jungen Menschen ist besser als vermutet. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Zeitschrift *Neon*. Welche dieser Organisationen halten Sie für glaubwürdig? Das wollten die Meinungsforscher von den 18- bis 30-Jährigen wissen. Am meisten Vertrauen haben die Befragten zu Greenpeace (52 %). Die Gewerkschaften erreichten immerhin mit 23 Prozent den zweiten Platz, dicht gefolgt von den Kirchen (22 %), aber weit vor den Parteien (7 %).

Investmentfonds

Außer Kontrolle

Sie kaufen mit viel geliehenem Geld Firmen auf, wälzen ihre Schulden auf die Unternehmen ab und setzen die Belegschaften mit hohen Renditeerwartungen unter Druck. Aggressive Investmentfonds treiben immer stärker ihr Unwesen. Die rot-grüne Bundesregierung hat den Fonds erst den Weg geebnet. Die SPD ist jetzt um Schadensbegrenzung bemüht.

Plötzlich bestimmen sie den Unternehmenskurs: Manager von Hedge- und Private Equity-Fonds. Ihr Einstieg in große Aktiengesellschaften beziehungsweise nicht-börsennotierte kleine und mittlere Unternehmen wird oft erst bekannt, wenn die Fondsmanager auf Profitsteigerung drängen.

Daimler-Chrysler wurde offenbar kalt erwischt: 20 Prozent der Firmenaktien gehören nach Schätzungen von Investmentbankern mittlerweile Hedge-Fonds. Die Banker beziehen sich auf ein aktuelles Großgeschäft: Beim Verkauf von 3,5 Millionen Daimler-Chrysler-Aktien durch die Deutsche Bank seien, hieß es Ende August, rund zwei Drittel von Fonds erworben worden.

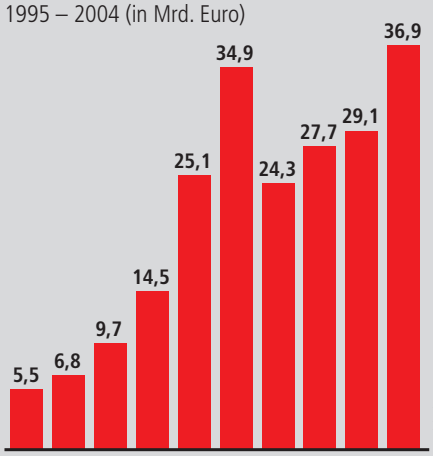
Über ihre Interessen im Fall Daimler-Chrysler wird noch spekuliert. Üblicherweise zielen Hedge-Fonds auf schnellen Profit, indem sie ihre Anteile abstoßen, sobald der Kurs steigt. Der lässt sich allerdings auch durch Einfluss auf die Geschäftspolitik in die Höhe treiben: Der Bau des unrentablen Smarts könnte eingestellt, der Bereich Nutzfahrzeuge verkauft werden, vermuten die Bankleute, da diese Strategie Erfolg versprechend für den Aktienkurs wäre. Für die Fonds ginge die Anlagestrategie auf: Kasse machen, wenn es sich richtig lohnt.

In Deutschland sind Hedge-Fonds erst durch Änderung des Investmentgesetzes am 1. Januar 2004 zugelassen worden. Hier zu Lande werden sie von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kontrolliert. Anders sieht es in den USA, in Großbritannien oder auf den Cayman-Inseln in der Karibik aus. Die dort residierenden Hedge-Fonds unterliegen dem jeweiligen Landesrecht und können weitgehend unreguliert agieren.

BaFin-Präsident Jochen Sanio setzt sich deshalb für weltweite Regeln zur Risikobegrenzung der Hedge-Fonds ein. Sie sollten lediglich in dem Umfang Risiken eingehen dürfen, in dem diese durch Eigenkapital gedeckt sind. Derzeit birgt die hohe Verschuldung vieler ausländischer Fonds, die sich das Geld für die Firmenkäufe von den Banken leihen, die Gefahr von Firmenpleiten.

Rasante Entwicklung

Private Equity-Fonds, Anlagevolumina in Europa 1995 – 2004 (in Mrd. Euro)



Quelle: European Private Equity & Venture Capital (EVCA)

Das Anlagevermögen von Private Equity-Fonds hat sich in den vergangenen Jahren mehr als versechsfacht.

Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder forderte beim G 8-Gipfel im Juli in Schottland einheitliche internationale Regeln für Investmentfonds. In ihrem Wahlmanifest verspricht die SPD, sich „auf europäischer und internationaler Ebene für einheitliche Mindeststandards bei Hedge-Fonds" einzusetzen. Unerwähnt bleibt, dass Rot-Grün durch Gesetzesänderungen zu den beklagten Missständen selbst beigetragen hat. Deshalb verlangte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Anfang Juni, dass der Gesetzgeber „wesentliche Elemente des Finanzmarktförderungsgesetzes, die unter anderem zu einer mangelnden Kontrolle von Hedge-Fonds geführt haben", zurücknimmt.

Im Bundesfinanzministerium hält man sich hingegen einiges auf die Anzeige- und Kontrollvorschriften für die riskanten Fonds zugute. Im „Forum für Finanzstabilität" werde multinational zudem über einheitliche Regeln und mehr Transparenz für Hedge-Fonds verhandelt. BaFin-Präsident Sanio schätzt allerdings die Chancen als nicht sonderlich gut ein, da wichtige Länder wenig Interesse an einheitlichen Standards zeigten.

Und nicht nur Hedge-Fonds sorgen für Verunsicherung in Unternehmen, bei Beschäftigten und in der Politik. Als ebenso gefährliche „Heuschrecken-Plage" haben sich im Einzelfall Private Equity-Fonds erwiesen. Anders als Hedge-Fonds suchen diese Kapitalsammler ihr Geschäft überwiegend außerhalb der Börse. Beim Kauf von Firmen werden privatrechtliche Verträge geschlossen, die keiner staatlichen Kontrolle unterliegen.

So war es die Familie Grohe selbst, die ihr hochrentables Sanitärarmaturenunternehmen 1999 an einen Private Equity-Fonds verkaufte – und in Kauf nahm, dass Fonds-Manager und Kapitalgeber nur Interesse an hohen Profiten auf Kosten der Beschäftigten hatten.

Die rot-grüne Bundesregierung hat ihr Scherflein zur Popularisierung von Private Equity-Geschäften beigetragen, indem sie Firmenverkäufe steuerfrei gestellt hat. Die CDU/CSU will die Besteuerung laut ihrem Regierungsprogramm „erhöhen". •

Riskante Geschäfte

In der Bundesrepublik wurden Hedge-Fonds erst Anfang 2004 zugelassen. Weit verbreitet ist diese besonders riskante, weil auf hohe Gewinne ausgerichtete Spielart des Investmentfonds in den USA und Großbritannien.

1949 wurde der erste Hedge-Fonds gegründet. Ursprünglich ging es darum, schnell Gewinne auf so genannten beweglichen Märkten zu machen, etwa mit Termingeschäften auf die Kursentwicklungen von Aktien, Rohstoffen oder Anleihen. Mittlerweile steigen Hedge-Fonds verstärkt in Private Equity-Unternehmen ein oder erwerben Firmenaktien Weltweit gibt es mehrere tausend Hedge-Fonds, die insgesamt rund eine Billion Dollar verwalten.

Private Equity heißt wörtlich übersetzt privates Beteiligungsvermögen. Private Equity-Fonds sammeln außerhalb der Börsen Kapital bei reichen Privatleuten und institutionellen Anlegern, die sich damit an nicht-börsennotierten Unternehmen beteiligen. Seriöse Private Equity-Strategien sind auf mehrere Jahre angelegt und zielen darauf ab, das erworbene Unternehmen an die Börse zu bringen. In Verbindung mit Hedge-Fonds-Praktiken stehen die Renditeerwartungen der Anleger im Mittelpunkt. Das erworbene Unternehmen wird möglichst schnell mit Gewinn weiterverkauft.

PROJEKTE UND PARTNER

Memorandum

Mehr Rechte für Verbraucher

Die rot-grüne Bundesregierung hat das geplante Verbraucherinformationsgesetz nicht gegen die Opposition durchsetzen können. Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbände fordern deshalb in einem gemeinsamen Memorandum, die Ansätze für mehr Verbraucherinformation nach der Bundestagswahl nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Nötig sei eine Diskussion über die ökologische und soziale Verantwortung von Unternehmen ebenso wie ein Zugang zu entsprechenden Firmendaten, heißt es in dem sechsseitigen Papier, das bisher von 14 Nichtregierungsorganisationen und zwölf Einzelpersonen aus Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen und Verbänden getragen wird. Weitere UnterstützerInnen werden gesucht. •

volkmar.luebke@verbraucher.org
www.verbraucher.org
(Stichwort: Memorandum)

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Berlin-Brandenburg*** will nicht mehr hinnehmen, dass die NPD Propaganda-CDs auf Schulhöfen verteilt. Deshalb hat sie eine ***Rückruf-Aktion*** für rechte CDs gestartet. Wer bis zum 30.September eine NPD-CD an den DGB schickt, nimmt an einem Gewinnspiel teil.
DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin, Stichwort: Hau weg den Scheiß! http://hauwegdenscheiss.berufsschultour.de

Schöneberger Forum

Mehr Rechte für BeamtInnen

Angesichts zunehmender Konflikte im öffentlichen Dienst wollen auch viele BeamtInnen ihre Interessen und Rechte kollektiv vertreten sehen. Das diesjährige, achte Schöneberger Forum befasst sich mit dem Thema „Gestaltungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Tarifautonomie – Beteiligungsrechte – Mitbestimmung". Die vom DGB-Bundesvorstand, Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamte, organisierte Veranstaltung findet am 9./10. November in Berlin statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 250 Euro, bei Anmeldung bis zum 30. September nur 195 Euro. Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft erhalten einen zusätzlichen Rabatt in Höhe von 15 Euro. •

www.schoeneberger-forum.de/forum2005

Jahrestagung

Hartz IV und die Folgen

Die Neuordnung des Sozialgesetzbuches II (Hartz IV) hat mehr gesetzliche Änderungen nach sich gezogen, als vor dem 1. Januar 2005 erwartet worden ist. „Hartz IV und die Auswirkungen auf verschiedene sozialpolitische Handlungsfelder" lautet deshalb das Thema der Jahrestagung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt am 13. und 14. Oktober in Hennef bei Bonn. Die ReferentInnen geben Antworten auf die Fragen, wie sich Hartz IV auf Wohnungslose und Inhaftierte auswirkt, was die Neuregelung für die Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit bedeutet und welche Probleme für die Krankenversicherung durch die Neuerungen entstanden sind. •

SozialerFortschritt@t-online.de

Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Die Debeka-Gruppe – überzeugende Testergebnisse!

Capital
7/05, 3/05, 21/04

Finanztest
11/04, 12/03, 11/03

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall?
Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig?
Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer. Rund 2 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

Debeka **Krankenversicherungsverein a.G.**
Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.
Hauptverwaltung: Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18 · 56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-1399 · Telefax (0261) 41402

100 Jahre Debeka
erfahren · sicher · günstig

Die Macht der WählerInnen

Was heißt hier: Eine Wahl? Ein, zwei, drei, vier … viele Wahlen!

Sieben Jahre Rot-Grün sind genug, jedenfalls, wenn man den Demoskopen glauben kann. Aber haben die WählerInnen am 18. September überhaupt eine Wahl? Geht es wirklich um Alternativen? Oder geht es – wieder einmal – nur um das kleinere Übel? Wolfgang Storz, Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, gibt seine ganz eigene Wahlempfehlung.

Diese Bundestagswahl ist eine besondere. Besonders, weil das Wahlvolk noch nie zugleich so unzufrieden war mit denen, die abgewählt und denen, die gewählt werden sollen. Welch wunderbare Perspektive. Was also ist zu tun? **Depressiv werden? Depressiv bleiben? Oder sich auf seine eigene Macht besinnen?**

Einige Anregungen: Die Gewerkschaften fordern künftig die Unternehmen nicht nur heraus, wenn es um die Zahl der Arbeitsplätze, die Höhe des Lohnes und die Arbeitsbedingungen geht. Sie machen sich auch die Aufgabe zu Eigen, die Unternehmen als gesellschaftliche Akteure zu sehen und ihre Mitglieder in ihrer **Doppelrolle als Beschäftigte und Konsumenten.** Die Folge: Die Debatten von früher über die Qualität von Produkten und deren gesellschaftliche Sinnhaftigkeit werden wiederbelebt. Konkret: Was wäre, wenn es zum wichtigen Anliegen der IG Metall wird, die Vorstände der Automobilkonzerne davon abzubringen, weiter mit Sprit fressenden Geschossen, Autos genannt, Geschäfte zu machen? Vorstellbar? Und umgekehrt: Die Verbraucher-Verbände würden künftig nicht nur fleißig beraten, sondern sich auch politischen Biss zu legen. Vorstellbar? Dann hätten die Gewerkschaften die Unterstützung von Konsumenten, die bewusster bei Unternehmen einkaufen, für die soziale und ökologische Kriterien nicht aus einer anderen Welt stammen. ver.di schlägt mit ihren Discounter-Kampagnen in diesem Sinne vielversprechende Wege ein.

Weiter: Der Bürger überschätzt nicht länger seine Ohnmacht, lernt vielmehr seine Macht kennen und nimmt das Heft in die Hand. Er geht nicht nur am 18. September wählen. **Er wählt künftig jeden Tag.** Der Bürger, der Arbeitnehmer: Er legt Geld an, er versichert sich, kauft ein, geht aus, fährt zur Arbeit. Jedoch nutzt er nur eine Rolle bewusst politisch: wenn er an die Wahlurne tritt. Das ist allein deshalb merkwürdig, weil er ausgerechnet bei dieser Wahl am wenigsten weiß, was er damit bewirkt.

Im oberflächlich harmlosen Vorgang des Einkaufens stecken **Macht, Brisanz und Einfluss,** steckt eine politische Dimension. Der Käufer kann dem nicht entrinnen: Wenn beispielsweise alle zu den Discountern laufen, schaden sie dem Einzelhandel, stützen sie den weiteren Konzentrationsprozess im Handel, die dortigen Arbeitsbedingungen und so weiter. Was wäre, wenn bewusst und geplant nicht alle oder gar alle nicht dort hinlaufen würden? Ein Stoff, aus dem Macht entstehen könnte, um das Leben zu verändern. Nur dem erscheinen die gegebenen Strukturen übermächtig, der die kleinen Schritte nicht schätzt. Und was besser ist als früher: **Früher konnte man nur boykottieren. Heute kann jeder zur guten Alternative greifen:** die ethische Geldanlage, die gesünderen Nahrungsmittel, die andere Versicherung, der grüne Strom, die zunehmende Zahl an Unternehmen, die ihr Handeln an ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten.

Wolfgang Storz, 50, von 1998 bis 2000 Chefredakteur der Printmedien der IG Metall, ist seit Oktober 2002 Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau.*

Ein letzter Vorschlag: Gruppen, Institute, Gewerkschaften, NGO`s, alle, die an einer anderen Politik bestehend aus Zivilgesellschaft und nachhaltigem Wirtschaften basteln – zwei schreckliche Wörter und zwei wunderbare Zukunftsthemen –, sollten **dem herrschenden Mainstream in der Wirtschafts- und Sozialpolitik etwas Starkes entgegensetzen:** einen regelmäßigen alternativen Jahreswirtschaftsbericht. Ein Bericht, der mit echten Preisen und mit einem anderen Verständnis von wirtschaftlichem und technischem Fortschritt die Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft analysiert. Die heutigen Jahreswirtschaftsberichte und Sachverständigen-Gutachten sind Inbegriff und Papier gewordene Verkörperung der herrschenden Leere. Sie nehmen nur die Dimension des Geldes wahr. Wer deren Autorität bricht, hat damit begonnen, mit dieser veralteten Form eines eindimensionalen Wirtschaftens zu brechen. Das alles zu tun, das ersetzt nicht den Gang zur Urne am 18. September und den Streit um die Ausrichtung der „großen Politik". **Aber es würde dieser mal Beine machen –** und das kann zudem Spaß machen. •

Der Staatspolitik Beine machen

Nur noch wenige Tage, dann stehen die Mehrheitsverhältnisse im neuen Bundestag fest. Und dann?

„Heute ärgern sich viele Bürger über den politischen Stillstand" konstatieren Stephan Hebel, Wolfgang Kessler und Wolfgang Storz, allesamt verantwortliche Redakteure der Frankfurter Rundschau und der Zeitschrift Publik-Forum, in ihrem Buch „Wider die herrschende Leere". Dem Krisengejammer in Medien und Talksendungen stellen sie die nüchterne Frage entgegen, in welcher Krise wir eigentlich leben. Eine Verfassungskrise, eine Wirtschaftskrise oder eine Mentalitätskrise, in der der Bevölkerung das Vertrauen in eine Politik verloren geht, die die Interessen ihrer WählerInnen aus den Augen verliert?

In ihrem über den Wahltag hinausreichenden Buch entwerfen die drei Journalisten nicht nur das Konzept einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, in der Arbeit und Gerechtigkeit auch unter den Bedingungen der Globalisierung durchsetzbare politische Ziele sind, sondern zeigen auch, wie die BürgerInnen der Politik Beine machen können.

Stephan Hebel, Wolfgang Kessler, Wolfgang Storz, ***Wider die herrschende Leere, Neue Perspektiven für Politik und Wirtschaft,*** *Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main und Publik-Forum Verlagsgesellschaft, Oberursel 2005, 262 Seiten, 13,90 Euro*

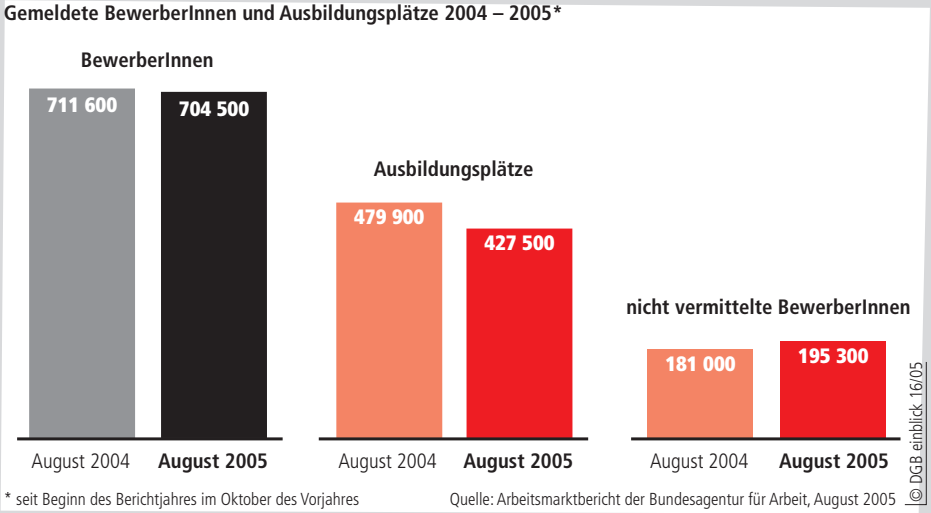
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

AUSBILDUNGSPAKT: Doppelt gescheitert

Der Ausbildungspakt führt auch im zweiten Jahr in Folge nicht zu dem von den Arbeitgebern und der Bundesregierung behaupteten Erfolg. Im Gegenteil: Bis zum Beginn des Ausbildungsjahrs 2005 ist die Zahl der angebotenen Ausbildungplätze erneut gesunken, um weitere 50 000 auf nur noch 428 000. Das sind elf Prozent weniger als 2004. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der nicht vermittelten BewerberInnen trotz des leichten Rückgangs bei den Ausbildungsplatzsuchenden um fast acht Prozent auf 195 300 gestiegen.



* seit Beginn des Berichtjahres im Oktober des Vorjahres

Quelle: Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit, August 2005

personalien

••• Beim Gewerkschaftstag der IG Bauen-Agrar-Umwelt vom 3. bis 7. Oktober in Bonn soll der Vorstand der IG BAU von zehn auf neun Mitglieder verkleinert werden. Wiedergewählt werden sollen nach einem Vorschlag des Beirats der IG BAU der Bundesvorsitzende ***Klaus Wiesehügel,*** 52, sowie dessen Stellvertreter ***Hans-Joachim Wilms,*** 50. Als weiteren stellvertretenden Vorsitzenden hat der Beirat ***Dietmar Schäfers,*** 50, vorgeschlagen. Er ist im Vorstand bislang für die Bereiche Organisation und Industrielle Dienstleistungen zuständig. Zur Wiederwahl vorgeschlagen wurden außerdem die Vorstandsmitglieder ***Christoph Burmester,*** 56, ***Rolf Steinmann,*** 58, ***Andreas Steppuhn,*** 43, ***Karl Heinz Strobl,*** 58, und ***Frank Wynands,*** 53. Der stellvertretende Bundesvorsitzende ***Ernst-Ludwig, Laux,*** 56, und Vorstandsmitglied ***Irmgard Meyer,*** 60, treten aus Altersgründen nicht mehr an. Für sie soll ***Bärbel Feltrini,*** 41, bislang Fachreferentin für Organisationsberatung/Controlling bei der IG BAU, in den Vorstand gewählt werden.

••• ***Friederike Posselt,*** 31, Studium der Rechtswissenschaft an der Uni Frankfurt/M., 2. Staatsexamen, bis November 2004 juristische Mitarbeiterin in einer Wirtschaftskanzlei in Frankfurt/M., ist seit dem 1. August politische Referentin in der Abteilung Tarifpolitik des DGB.

14 TAGE

17.9. IG BAU, Tag des Malers „Zukunft der Arbeit – für ein soziales Europa", Berlin

18.9. Bundestagswahl

19.-21.9. Beratungsstelle für Technologiefolgen und Qualifizierung Kassel (BTQ), „Technologieforum 2005", Kassel

20.9. IG BCE, Tagung „Welche Mitbestimmung braucht Europa?", Hannover

26.-30.9. Friedrich-Ebert-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung, Sommerakademie zur Gestaltung der Weltwirtschaft, Hofgeismar

Tipp

Buch: ***Michael Opoczynski, Die Blutsauger der Nation. Wie ein entfesselter Kapitalismus uns ruiniert,*** *Droemer Verlag, München 2005, 270 Seiten, 16,90 Euro*

Warum gilt der Mensch im Unternehmen nur noch als Kostenfaktor? WISO-Chefredakteur Michael Opoczynski prangert den Verlust der Moral im Management an und schildert anhand konkreter Beispiele, wie skrupellose Manager Unternehmen in den Ruin treiben. Gleichzeitig stellt Opoczynski auch Unternehmer vor, die sich um das Wohl ihrer Belegschaft bemühen, und fragt nach der Verantwortung der Politik.

Schlusspunkt

„Im Grundsatzprogramm des DGB lese ich jeden Abend. Das liegt unter meinem Kopfkissen neben dem Godesberger Programm der SPD."

Bundeskanzler Gerhard Schröder am Stand des DGB im Kanzlerpark beim „Tag der offenen Tür" der Bundesregierung am 28. August

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 26.09.2005 17/05

DGB

inhalt

Bundestagswahl 2005

So haben GewerkschafterInnen gewählt: Welche Parteien verlieren Prozente, welche legen zu? Seite 2

Rechte Gefahr: Die NPD festigt ihr Ergebnis in Sachsen Seite 2

„Mehrheit links von der Mitte": Stimmen zur Wahl Seite 3

GewerkschafterInnen im Bundestag: So wurden sie gewählt Seite 3

Linke Politik nach der Wahl: Der Publizist Hans-Jürgen Arlt zeigt Perspektiven auf Seite 7

Erfolgreiche Mitgliederrückgewinnung

Die IG BAU hat ihre Verfahren verbessert, um ausgetretene Mitglieder zurückzugewinnen Seite 5

Bundestagswahl 2005

Klares Votum für eine sozialere Politik

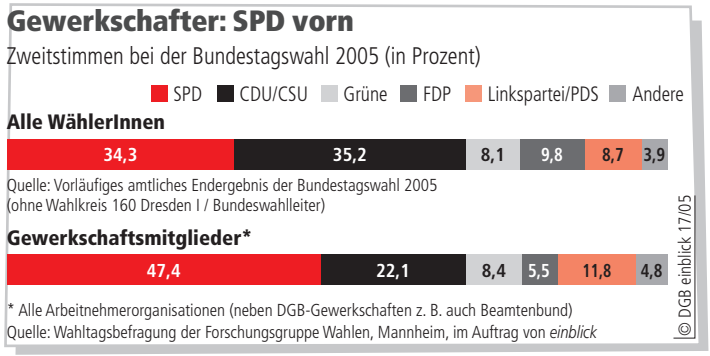
Noch nie war nach einer Bundestagswahl die Regierungsbildung so schwierig wie 2005. Weder SPD/Grüne noch Union/FDP verfügen über eine eigenständige Mehrheit im neuen Bundestag. Die Gewerkschaften bewerten das Ergebnis dennoch positiv. „Zwei Drittel der WählerInnen haben eindeutig gegen eine Politik der sozialen Kälte votiert, wie sie Guido Westerwelle, Dirk Niebel und Paul Kirchhof in Reinkultur vertreten", bilanziert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die WählerInnen haben den von Schwarz-Gelb geplanten Eingriffen in die Tarifautonomie, beim Kündigungsschutz oder der betrieblichen Mitbestimmung sowie der Streichung der Steuerfreiheit von Nacht-, Feiertags- und Sonntagszuschlägen eine deutliche Absage erteilt.

Die Strategie der Gewerkschaften, sich in der Auseinandersetzung mit den politischen Parteien auf die vom DGB vorgelegten Anforderungen für eine sozial gerechte Politik zu konzentrieren, sei aufgegangen, so Sommer. „Unsere Themen waren in den letzten vier Wochen wahlentscheidend", betont der DGB-Vorsitzende.

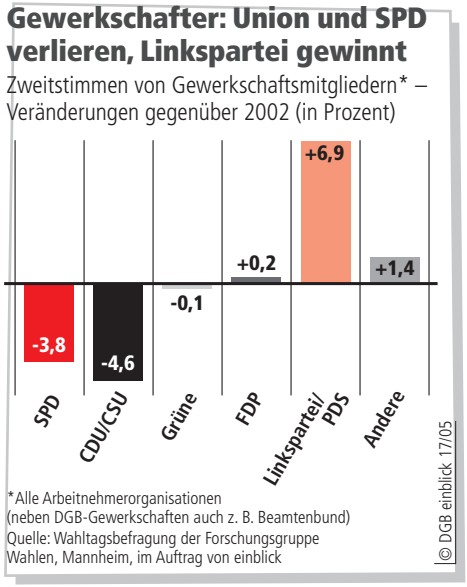
An „Spekulationen über Ampeln, Schwampeln oder Jamaika-Bündnissen, große Koalitionen und andere Spielarten" werde sich der DGB nicht beteiligen, so Sommer. „Wir haben keine Wahlempfehlung gegeben, und wir votieren auch nicht für bestimmte farbliche Konstellationen." Die Gewerkschaften wollen ihre Anforderungen aber „zum Prüfstein von Sondierungsgesprächen und späteren Koalitionsverhandlungen machen".

In dieser Haltung sieht sich der DGB durch das Stimmverhalten der Gewerkschaftsmitglieder bestätigt. „Ihr Wahlverhalten", so Sommer gegenüber *einblick*, „zeigt ganz klar, dass es uns gelingt, die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unabhängig von ihrer Parteipräferenz oder -zugehörigkeit zu bündeln. Das ist im besten Sinne die Einheitsgewerkschaft. Und stellt an alle von uns den Auftrag, als Gewerkschafter in den Parteien zu wirken und parteipolitischen Streit außen vor zu lassen."

Auch Ingrid Sehrbrock, Vertreterin des Arbeitnehmerflügels der Union im DGB-Vorstand, sieht die Forderung nach einer sozialeren Politik bestätigt. Beide großen politischen Lager hätten nicht verstanden, dass die Wähler eine Politik wollen, die Arbeitsplätze schafft, aber auch soziale Sicherheit bietet. „Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm unterschätzt, welche Bedeutung soziale Sicherheit für die Menschen hat." Die SPD müsse hingegen „noch unter Beweis stellen, dass das verbreitete Bild, dass sie nach links blinkt und nach rechts fährt, nicht stimmt". •



Die SPD liegt mit einem Stimmenanteil von 47,4 Prozent in der Gunst der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen weit vorn, gefolgt von der CDU/CSU mit 22,1 Prozent und der Linkspartei.PDS mit 11,8 Prozent.



Während die Verluste der SPD unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit 3,8 Prozent geringer sind als insgesamt (minus 4,2 %), verlor die Union mit 4,6 Prozent überdurchschnittlich (alle WählerInnen: minus 3,3 %). Mit einem Plus von 6,9 Prozent liegen die Gewinne der Linkspartei.PDS (alle WählerInnen: plus 4,7 %) über dem Schnitt.

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.igmetall.de/metalldax

Analyse der IG Metall zur Investitionszurückhaltung der DAX-Unternehmen im Metallbereich

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

„Das deutsche Bildungssystem bleibt ungenügend" DGB-Analyse der OECD-Studie „Bildung 2005 auf einen Blick"

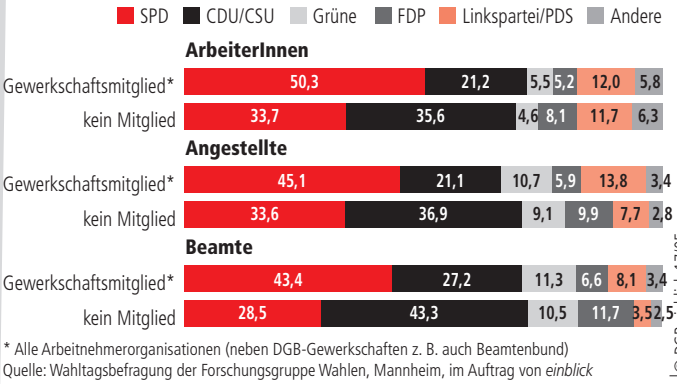
BUNDESTAGSWAHL

Im Rahmen ihrer Wahltagsbefragung am 18. September 2005 hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen insgesamt 24 620 WählerInnen interviewt, 15,1 Prozent der Befragten gehören Arbeitnehmerorganisationen an.

Ob ArbeiterInnen, Angestellte oder Beamte – bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen liegt in allen Berufsgruppen die Union weit hinter der SPD. Trotz Verlusten der SPD bei ArbeiterInnen und besonders hohen bei Angestellten: Während sich 2002 noch 55,7 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Angestellten für die SPD entschieden, waren es 2005 nur noch 45,1 Prozent. Gestiegen ist der Stimmenanteil der Sozialdemokraten dagegen bei den Beamten, die einer Gewerkschaft angehören – von 37,6 Prozent vor drei Jahren auf 43,4 Prozent bei der Wahl 2005.

Gewerkschaftsmitglieder: Union in allen Berufsgruppen chancenlos

Zweitstimmen von Berufstätigen bei der Bundestagswahl 2005 nach Berufsgruppen und Gewerkschaftszugehörigkeit (in Prozent)

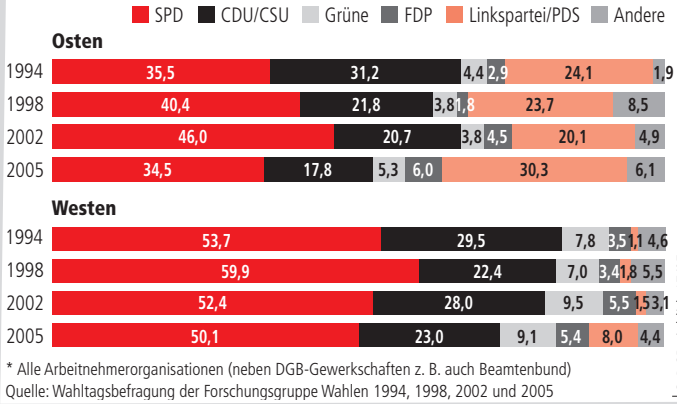


* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

Herbe Verluste musste die SPD bei den Gewerkschaftsmitgliedern im Osten hinnehmen. Gegenüber 2002 ist ihr Stimmenanteil um 11,5 Prozent auf 34,5 Prozent gesunken, nachdem er von 1994 bis 2002 kontinuierlich gestiegen war. War die CDU im Osten vor drei Jahren unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen mit 20,7 Prozent noch zweitstärkste Kraft, erreicht sie nun mit 17,8 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1990. Großer Gewinner im Osten ist mit einem Plus von 10,2 Prozent die Linkspartei.PDS, die auch im Westen mit 8,0 Prozent deutlich zulegte (2002: 1,5 Prozent).

Hohe Verluste für SPD im Osten, geringe im Westen

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei den Bundestagswahlen 1994, 1998, 2002 und 2005 in Ost und West (in Prozent)

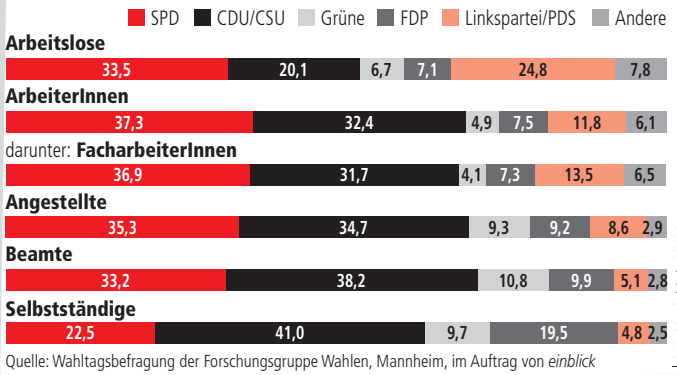


* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen 1994, 1998, 2002 und 2005

Insgesamt liegt bei Beamten und Selbstständigen die Union vorn, bei ArbeiterInnen und Angestellten trotz Verlusten nach wie vor die SPD. Die größten Veränderungen gibt es bei den Arbeitslosen: Beide Volksparteien mussten deutliche Verluste hinnehmen, gegenüber 2002 verlor die SPD 7,3 Prozent, die CDU/CSU 6,9 Prozent. Dagegen hat die Linkspartei.PDS mit 24,8 Prozent ihren Stimmenanteil unter den Arbeitslosen gegenüber 2002 mehr als verdoppelt (2002: 10,3 %). Überdurchschnittlich legte die Linkspartei.PDS mit einem Plus von 8,4 Prozent gegenüber 2002 auch bei den FacharbeiterInnen zu.

Linkspartei: Stark bei Arbeitslosen und FacharbeiterInnen

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005 nach Berufsstatus (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

Rechtsextreme Parteien

Unterschätzte Gefahr

1,6 Prozent der Stimmen hat die NPD bei der vorgezogenen Bundestagswahl erzielt, weitere 0,6 Prozent entfallen auf die Republikaner. Das ist zwar weniger, als die rechtsextremen Parteien erhofft hatten, die eigentlich 2006 in den Bundestag einziehen wollten, aber kein Grund zur Entwarnung. In Sachsen kommt die NPD auf 4,9 Prozent der Stimmen, ein Kandidat sogar auf 16,1 Prozent. Im brandenburgischen Gröden erzielte die NPD 14,1 Prozent, in einzelnen Wahllokalen im Osten Berlins bis zu 11,4 Prozent. Die NPD, warnt der Parteienforscher Hajo Funke, habe sich nicht nur in der rechten Jugendszene etabliert, „sondern auch regionale Anerkennung bekommen, wo sie mit dem Biedermeiergesicht agiert".

Der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen fordert deshalb, dass es endlich zu einer „Auseinandersetzung der demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen mit der NPD" kommt. Sein Thüringer Kollege Frank Spieth, gerade für die Linkspartei.PDS in den Bundestag gewählt, fordert mehr Geld für Projekte gegen Rechts. Deren Finanzierung läuft aus. Im Wahlkampf hatte Spieth in Plattenbausiedlungen oft gehört: „Wir wählen euch diesmal noch, weil ihr unsere Themen ins Parlament tragen wollt. Aber wenn ihr das nicht macht, wählen wir das nächste Mal braun."

Auch unter Gewerkschaftsmitgliedern finden sich WählerInnen rechtsradikaler Parteien. Dies sei bedrückend, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Das Wahlergebnis widerlege allerdings die Unkenrufe einiger Journalisten wie dem stellvertretenden Chefredakteur des *stern*, Ulrich Jörges, der den Gewerkschaften noch kurz vor der Wahl eine überdurchschnittliche Neigung zu rechtsextremen Parteien nachreden wollte. •

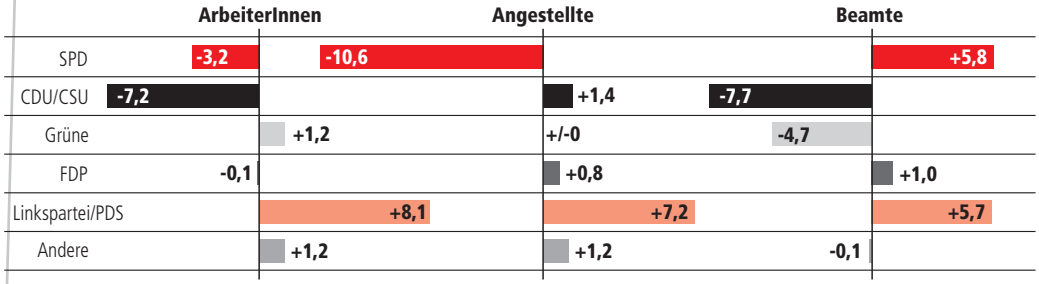
Stimmen zur Wahl

„Mehrheit links von der Mitte“

„Das Wahlergebnis zeigt klar, dass es eine Mehrheit links von der Mitte gibt. Schwarz-Gelb wird von den Wählern nicht gewollt“, so ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske. Sein IG BCE-Kollege Hubertus Schmoldt fordert, dass eine neue Bundesregierung den Reformkurs von Rot-Grün entschlossen, aber sozial ausgewogen fortsetzt. Und der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters meint, dass das Werben der Gewerkschaften für eine soziale Politik „zu einer Akzentverschiebung bei den Regierungsparteien“ geführt hat. einblick hat einige der neu gewählten Bundestagsabgeordneten, die den Gewerkschaften nahe stehen, nach ihrer Bewertung gefragt.

Gewerkschafter: Hohe Verluste der SPD bei Angestellten, der CDU/CSU bei Beamten

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2005 nach Berufsgruppen (Veränderung gegenüber 2002, in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

Der bayerische SPD-Abgeordnete und ehemalige ÖTV-Sekretär **Klaus Barthel** hat sich vor allem darüber gefreut, dass es „keine Mehrheit für eine neoliberale Wirtschaftspolitik gibt“. Die WählerInnen hätten zudem eine Schwächung der Gewerkschaften abgelehnt. Für den Gütersloher IG Metall-Bevollmächtigten und SPD-MdB **Klaus Brandner** geht es jetzt darum, „auszuloten, mit wem die SPD ihre Inhalte am ehesten durchsetzen kann“. Die Tarifautonomie sei allerdings „nicht verhandelbar“. Zumal die Union nicht zuletzt deshalb so schlecht abgeschnitten habe, weil sie im Wahlkampf „ihre arbeitnehmerfeindliche Politik offenbaren musste“. Für den DGB-Vorsitzenden von Siegen-Wittgenstein, **Willi Brase,** SPD, kommt es darauf an, dass die Politik den Menschen die Angst vor der Arbeitslosigkeit nimmt. Möglich sei das nur mit den großen Volksparteien. Die Reformpolitik von Gerhard Schröder sei in der Schlussphase des Wahlkampfs auf überraschend große Zustimmung gestoßen, betont der frühere Arbeitsminister und Ex-IG Metall-Vize **Walter Riester,** SPD. Sorgen machten ihm die Gewerkschaften, die teilweise die Linkspartei „hofiert“ hätten. **Jörg Tauss,** Ex-Pressesprecher der IG Metall Baden-Württemberg, SPD, freut sich, dass die Pläne von Schwarz-Gelb zur Einschränkung des Kündigungsschutzes verhindert werden konnten, bedauert aber, „dass die Kampagnen gegen Rot-Grün, auch die von den Gewerkschaften, nicht wirkungslos geblieben sind“. **Sabine Zimmermann,** DGB-Regionsvorsitzende im Vogtland, Die Linke.PDS, betont, dass 1989 das System der DDR an seine Grenze gestoßen sei. „Jetzt ist auch das System an seine Grenze gestoßen, das die Menschen wie eine Zitrone immer mehr ausquetscht. Die Leute machen nicht mehr alles mit.“ Zudem meint sie, man müsste sich daran gewöhnen, dass es auch in Deutschland eine Linkspartei gibt. „In anderen Ländern in Europa ist das nichts Ungewöhnliches“. IG BAU-Vorstand **Andreas Steppuhn,** neu gewählter SPD-Bundestagsabgeordneter, meint, dass die Menschen sich wieder mehr soziale Gerechtigkeit wünschen. „Das bringt der Wahlerfolg der Linkspartei zum Ausdruck. Die Menschen erwarten das auch von der SPD.“ **Klaus Ernst,** Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt, Mitbegründer der WASG und MdB von Die Linke.PDS, will, dass Linkspartei, außerparlamentarische Bewegung und Gewerkschaften zusammenfinden, „damit die Parlamentsarbeit nicht losgelöst von dem passiert, was außerparlamentarisch läuft“. **Gerd Andres,** SPD, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und ehemaliger IG BCE-Sekretär, macht die inhaltliche Zuspitzung, insbesondere beim Kündigungsschutz, bei den Nachtarbeitszuschlägen und der Pendlerpauschale für die Stimmenverschiebung in den letzten Wochen verantwortlich. Er wünscht sich, „dass der DGB etwas unternimmt, damit Mitbestimmung wieder populär wird“. **Frank Spieth,** Vorsitzender des DGB Thüringen, MdB von Die Linke.PDS, empfiehlt dem DGB, „im Osten nicht noch mehr verbrannte Erde zu produzieren durch die Ausgrenzung der Linkspartei. Das Projekt der Unberührbarkeit, wie es das früher auch in Bezug auf die Grünen gab, ist schädlich.“ •

So wurden sie gewählt

Der DGB hat keine Wahlempfehlung für eine Partei gegeben und er plädiert für keine Koalition. Aber die Gewerkschaften brauchen Abgeordnete, die sich bei Gesetzesvorhaben für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. einblick stellt die Wahlergebnisse von Mitgliedern des neuen Bundestags vor, die vor ihrer Abgeordnetentätigkeit gewerkschaftspolitisch aktiv waren – soweit bei Redaktionsschluss bekannt.

***Gerd Andres,** parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, ehem. Sekretär beim Hauptvorstand der IG BCE, SPD, Hannover I, 52,9 Prozent der Erst- / 46,4 Prozent der Zweitstimmen*

***Hüseyin-Kenan Aydin,** Gewerkschaftssekretär IG Metall Düsseldorf, Die Linke.PDS*

***Doris Barnett,** ehem. Rechtsschutzsekretärin der ÖTV, SPD, Ludwigshafen-Frankenthal, 43,3 / 37,4*

***Klaus Barthel,** ehem. ÖTV-Gewerkschaftssekretär, SPD, Starnberg, 22,0 / 19,2 (Liste)*

***Karin Binder,** DGB-Regionsvorsitzende Mittelbaden, Die Linke.PDS, Karlsruhe-Stadt, 4,3 / 4,9 (Liste)*

***Volker Blumentritt,** ehem. Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Mitropa AG, SPD, Gera/Jena 31,8 / 30,9*

***Kurt Bodewig,** Bundesminister a.D., ehem. Abteilungsleiter DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen, SPD, Neuss, 40,3 / 35,3 (Liste)*

***Klaus Brandner,** 1. Bevollmächtigter der IG Metall Gütersloh, SPD, Gütersloh, 38,9 / 34,5 (Liste)*

weiter auf Seite 5 →

PROJEKTE UND PARTNER

Berufsförderungszentrum Essen

Ausbildung mit Jobgarantie

Das Essener Berufsförderungszentrum (Bfz Essen) bietet mindestens 25 StudienabbrecherInnen ab Herbst neue Ausbildungsgänge an. Die Ex-Studis können sich in fünf klassischen Berufsfeldern für den direkten Einstieg in den Arbeitsmarkt qualifizieren. Zur Wahl stehen die Ausbildung zum/zur MechatronikerIn, FachinformatikerIn Anwendungsentwicklung sowie Systemintegration, Mikrotechnologen/Mikrotechnologin und Industriekaufmann/Industriekauffrau. Statt wie üblich zwei bis drei Jahre dauert die Ausbildung nur 15 Monate. Alle Berufsabschlüsse sind von der IHK anerkannt. Die StudienaussteigerInnen müssen ein Fachstudium von mindestens sechs Semestern mitbringen.

Das Besondere am Angebot des Bfz Essen: Wer zur Berufsausbildung zugelassen wird, erhält eine Jobgarantie. Wer nach der Ausbildung nicht innerhalb eines Jahres einen Job gefunden hat, erhält sein Geld zurück. Die Ausbildung kostet 7500 Euro (zahlbar in Raten).

Das Bfz Essen ist 1968 vom Bund, dem Land NRW, der Bundesanstalt für Arbeit und den Sozialpartnern gegründet worden. Mitglied des Trägervereins ist auch der DGB. •

www.studienaussteiger.de
www.bfz-essen.de
Hotline 0800/2393773

Altersvorsorge

Das RentenPlus

Nicht jede/r hat die Möglichkeit, eine betriebliche Altersversorgung abzuschließen. Gleichzeitig werden Zusatzversicherungen immer wichtiger, da die gesetzliche Rente alles andere als sicher ist. Der DGB und die Gewerkschaften ver.di, GEW, TRANSNET, IG BAU sowie IG BCE bieten deshalb ihren Mitgliedern, die keine betriebliche Altersversorgung haben, „Das RentenPlus" an. Zur Wahl stehen drei Tarifvarianten: Klassik, Chance und die DWS TopRente. Sechs Versicherungs- und ein Investmentunternehmen haben diese speziellen Angebote für Gewerkschaftsmitglieder zusammengestellt. •

www.Das-RentenPlus.de

DGB-Bildungswerk

Psychisch krank

Arbeit macht viele Menschen krank – nicht allein körperlich, sondern zunehmend auch psychisch. Das DGB-Bildungswerk widmet sich bei der zweiten „Impuls Werkstatt" – in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung – diesem Thema. Unter dem Titel „Gefährdungsbeurteilung als Prozess im Betrieb unter besonderer Beachtung psychischer Belastungen" werden vom 16. bis zum 21. Oktober im Bildungszentrum am Starnberger See vor allem Praxisbeispiele vorgestellt, Gefährdungsbeurteilungen beschrieben und konkrete Handlungsanleitungen für betriebliche Interessenvertretungen gegeben. Die Seminargebühr beträgt 850 Euro zuzüglich Übernachtungs- und Verpflegungskosten. •

Tel. 0211/43 01 380
www.dgb-bildungswerk.de

ver.di-Leitfaden

Konzern Stadt

Die Privatisierung oder Ausgliederung von Ver- und Entsorgungsbetrieben gehören heute zum Standardprogramm der Kommunen. Der ver.di-Fachbereich Gemeinden hat einen umfangreichen Leitfaden „Steuerung und Mitbestimmung im Konzern Stadt" erarbeitet, der sich an Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute und Beschäftigte wendet, um ihnen eine Arbeitshilfe für die spezifischen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsprobleme zu geben. Die gut 60 Seiten starke Broschüre zeigt u.a. auf, welche Rolle die betriebliche Interessenvertretung im Konzern Stadt spielt, wie eine „Konzern-Beschäftigten-Vertretung" etabliert werden kann und welchen Stellenwert Gewerkschaftsarbeit unter den veränderten Bedingungen hat. Die Broschüre kostet drei Euro. •

Tel. 030/69 56 22 31
www.verdi.de/konzern_stadt

WSI-Herbstforum

Sozialstaat im Wandel

Selten waren die Einschnitte in die deutschen Sozialsysteme so gravierend wie in den letzten drei Jahren. Das ist der thematische Ausgangspunkt für das diesjährige WSI-Herbstforum unter dem Titel „Der Sozialstaat zwischen Eigenverantwortung und Solidarität". Im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen am 1. und 2. Dezember in Berlin steht die Frage, wie viel Eigenverantwortung in den einzelnen Sozialversicherungssystemen möglich, wie viel Solidarität unerlässlich ist. Die Tagungsgebühr beträgt 30, ermäßigt 20 Euro. Am Vormittag des 1. Dezember findet außerdem die 2. Frauen-Alterssicherungskonferenz von ver.di statt. Ziel ist, die betriebliche Altersversorgung für Frauen voranzubringen. •

Katharina-Kruse@boeckler.de
judith.kerschbaumer@ver.di.de

interregio

••• Einen neuen Service für Mitglieder und Nicht-Mitglieder bietet der ***DGB Hamburg*** mit einem ***Gewerkschaftsladen*** in Hamburg-Harburg. Montags bis donnerstags bietet die Einrichtung erste Infos zu den DGB-Gewerkschaften und vermittelt gegebenenfalls Gesprächstermine bei den Mitgliedsgewerkschaften oder beim DGB-Rechtsschutz. Die Besonderheit: Der Gewerkschaftsladen bündelt nicht nur die Kompetenzen des DGB. Mittwochs und freitags bietet der Mieterverein Hamburg Beratung in Mietfragen, und auch der Auto Club Europa (ACE) konnte als Kooperationspartner gewonnen werden. *Kontakt: Gewerkschaftsladen Harburg, Schloßmühlendamm 4, 21073 Hamburg-Harburg, Tel. 040/32 31 09 37.*

••• Die bayerische ***DGB-Region Oberland*** hat das ***EU-Projekt*** „smart region – Altersgerechtes Arbeiten in innovativen Regionen" nach Weilheim, Landsberg und Garmisch-Partenkirchen geholt. Das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES) wird über einen längeren Zeitraum ArbeitnehmerInnen befragen und analysieren, wie in 15 bis 20 Jahren die Arbeitswelt aussehen sollte, um älteren Menschen ein gesundes und längeres Arbeiten zu ermöglichen. Das EU-Projekt wird zeitgleich auch in den Regionen Günzburg, Brandenburg, Steiermark (Österreich) und in Portugal durchgeführt. Partner der DGB-Region Oberland sind die IHK, die Innungen, die Agentur für Arbeit und die AOK. *Infos: DGB-Region Oberland, Tel. 0881/6 20 55 oder www.smartregion.net*

IG Bauen-Agrar-Umwelt

Erfolgreiche Mitgliederrückgewinnung

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) professionalisiert ihre Mitgliederrückholaktionen – mit wachsendem Erfolg.

Die IG BAU hat ein zweistufiges Verfahren entwickelt, um ausgetretene Mitglieder zurückzugewinnen. Sobald eine Kündigung im Bezirksbüro eingegangen ist, wird sie bearbeitet – d.h. im ersten Schritt bemüht sich ein Gewerkschaftssekretär oder Betriebsrat um die Kontaktaufnahme mit dem Kündiger, im zweiten Schritt „facts", das Callcenter der IG BAU. Die wichtigste Grundregel: „Die Bearbeitung von Kündigungen muss schnell gehen", sagt IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Dietmar Schäfers. Denn oft habe sich die Kündigungsabsicht zu diesem Zeitpunkt noch nicht verfestigt. Arno Haas, der Geschäftsführer des Bezirksverbands Bochum-Dortmund, bestätigt das. Sofort zu reagieren sei „das Geheimnis des Erfolgs"; in dem Moment sei die Kündigung für das Mitglied noch „eine Herzensangelegenheit". Der Erfolg gibt ihm recht: Rund 30 Prozent der Angesprochenen ziehen ihre Kündigung zurück.

Die Namen der Mitglieder, die nicht vom Bezirksverband kontaktiert werden können, werden seit Anfang Juni an „facts – die Infoline der Gewerkschaft GmbH" weitergeleitet. Das Service-Center der IG BAU hat vom 1. Juni bis 20. September auf diese Weise die Namen von 1309 Mitgliedern erhalten. Davon seien 413 nicht erreicht worden, berichtet „facts"-Geschäftsführer Klaus Hentschel – entweder weil die Telefonnummern-Recherche oder der dreimalige Versuch, das Mitglied telefonisch zu erreichen, erfolglos geblieben ist. Von den 751 Mitglieder, die bislang erreicht werden konnten, haben 131 oder 17,5 Prozent ihre Kündigung zurück gezogen.

25 der 56 IG BAU-Bezirke nutzen inzwischen die Dienste von „facts". Einen anderen Weg geht der Bezirksverband Nordhessen in Kassel. Geschäftsführer Bernd Honsberg setzt lieber auf die Betreuung durch engagierte GewerkschafterInnen. Ein Kreis von ehrenamtlichen Betreuern kümmere sich um jedes Mitglied, sobald es der IG BAU beigetreten ist. Und natürlich gelte das auch für den Fall einer Kündigung der Mitgliedschaft. Eine noch andere Methode praktiziert der Bezirksverband Nord-Ost-Niedersachsen. Dort bemüht sich eine Verwaltungsangestellte um die Kündiger. Geschäftsführer Eckhard Stoermer: „Sie besitzt das nötige Einfühlungsvermögen und trifft den richtigen Ton." In den allermeisten Fällen erfolge die Kündigung aus wirtschaftlicher Not.

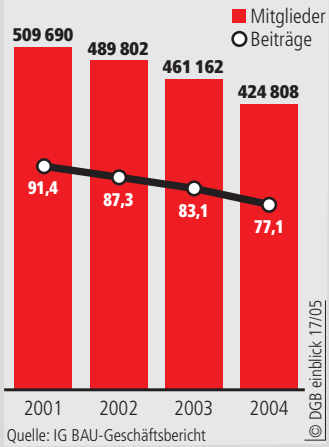
„facts", das bundesweit erste Callcenter für GewerkschafterInnen, 2001 auf Initiative der IG BAU entstanden und inzwischen auch für die Gewerkschaften NGG und ver.di tätig, wird nicht nur aktiv, wenn es gilt, Mitglieder zurückzugewinnen. Geschäftsführer Hentschel: „Wir sprechen auch mit Mitgliedern, die in Beitragsrückstand geraten sind – und bieten eine Ratenzahlung an." Allein 2004 konnten auf diese Weise Beitragsschulden in Höhe von 767 000 Euro erfolgreich reguliert werden. •

Gewerkschaftstag 3.-7. Oktober in Bonn

Unter dem Motto „Solidarität sprengt alle Grenzen" findet vom 3. bis 7. Oktober in Bonn der Gewerkschaftstag der IG Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) statt. Umstritten ist die Größe des neuen Bundesvorstands. Er soll auf Vorschlag des Beirats der IG BAU von zehn auf neun Mitglieder verkleinert werden (einblick 16/05). Die Bezirksverbandstage von Nordhessen und Gelnhausen-Friedberg fordern jedoch eine Verkleinerung auf sieben Mitglieder. Um Kosten zu sparen, müsse „auch die Zahl der Bundesvorstandsmitglieder angepasst werden". Die Satzungsberatungskommission empfiehlt die Ablehnung dieser Anträge. Die 303 Delegierten müssen nicht nur 37 Satzungsänderungsanträge, sondern auch 140 politische Anträge und Entschließungen beschließen. Mit Mehrheit angenommen werden dürfte die Entschließung des Bundesvorstands „Die Zukunft gestalten – Für eine solidarische, soziale Gesellschaft". Darin wird von der Bundesregierung „ein neues Verständnis von politischer Verantwortung" erwartet, „um den Siegeszug einer einseitigen neoliberalen Ideologie zu brechen". Die neoliberale Politik habe zwar zu einer Umverteilung des Reichtums zugunsten der Unternehmen geführt, aber die Arbeitslosigkeit nicht verringert. Im Gegenteil: „Die soziale Lage der Arbeitnehmer hat sich durch diese Politik weiter verschlechtert." Diese Entwicklung zerschlage „über kurz oder lang" den Sozialstaat und müsse gestoppt werden.

Rückläufig

IG BAU 2001 – 2004: Mitgliederstand und Beitragseinnahmen (Mio. Euro)



Quelle: IG BAU-Geschäftsbericht

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) hat in den vergangenen vier Jahren knapp 84 882 Mitglieder verloren (16,7 Prozent). Die Beitragseinnahmen gingen um 14,4 Millionen Euro zurück (15,7 Prozent).

So wurden sie gewählt

***Willi Brase,** DGB-Regionsvorsitzender Siegen-Wittgenstein-Olpe, SPD, Siegen-Wittgenstein, 43,5 / 39,1*

***Martin Burkert,** TRANSNET-Gewerkschaftssekretär in Nürnberg, AfA-Bundesvorstand, SPD, Nürnberg-Süd, 38,8 / 35,3 (Liste)*

***Werner Dreibus,** 1. Bevollmächtigter der IG Metall Offenbach, Die Linke.PDS, Offenbach, 4,3 / 5,1 (Liste)*

***Thea Dückert,** ehem. Leiterin der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften in Oldenburg, Bündnis 90/Die Grünen, Oldenburg-Ammerland, 10,0 / 11,1 (Liste)*

***Klaus Ernst,** 1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt, Mitbegründer der WASG, Die Linke.PDS, Schweinfurt, 6,4 / 5,3 (Liste)*

***Wolfgang Grotthaus,** ehem. Betriebsratsvorsitzender Babcock, SPD, Oberhausen-Wesel III, 58,2 / 53,9*

***Josip Juratovic,** Betriebsrat bei Audi, SPD, Heilbronn, 33,6 / 32,4 (Liste)*

***Monika Knoche,** Gewerkschaftssekretärin ver.di-Bundesvorstand, Die Linke.PDS*

***Ute Kumpf,** ehem. Bezirkssekretärin der IG Metall Baden-Württemberg, SPD, Stuttgart II, 42,1 / 33,9*

***Ulla Lötzer,** ver.di-Gewerkschaftssekretärin in Köln, Die Linke.PDS, Leverkusen-Köln IV, 4,4 / 5,5 (Liste)*

***Andrea Nahles,** kurzzeitig Gewerkschaftssekretärin der IG Metall, SPD, Ahrweiler, 35,9 / 31,8 (Liste)*

***Walter Riester,** Bundesminister a.D., ehem. 2. Vorsitzender der IG Metall, SPD, Göppingen, 36,5 / 31,5 (Liste)*

weiter auf Seite 7 →

kurz&bündig

IG Metall-Vize Berthold Huber hat mehr Einfluss für die Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten gefordert, um „fehlerhafte Unternehmensentwicklungen besser abzuwehren". Dazu gehöre die Abschaffung des doppelten Stimmrechts für den Vorsitzenden und ein Mindestkatalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Die GdP befürchtet, dass im Falle einer unionsgeführten Bundesregierung die Fußball-WM 2006 als Vorwand für einen Bundeswehreinsatz im Innern genutzt wird. Die Forderung, die durch den Personalabbau entstandenen Lücken während der WM durch Soldaten aufzufüllen, sei „scheinheilig".

TRANSNET fordert eine Zweckbindung der so genannten Regionalisierungsmittel der Bahn. Diese Mittel stellt der Bund den Ländern für den Personennahverkehr auf der Schiene zur Verfügung. Die Verwendung von zwei der sieben Milliarden Euro durch die Länder sei jedoch „unklar", so die noch amtierende Bundesregierung.

IG BCE und ver.di wollen angesichts der angekündigten Fusion der Verpackungskonzerne Smurfit und Kappa Packaging gemeinsam für den Erhalt der Arbeitsplätze eintreten. Sie werden sich an dem entsprechenden Verfahren der EU-Generaldirektion Wettbewerb beteiligen.

Rechtsschutz für ArbeitnehmerInnen

Anwalts-GmbH vor der Gründung

Betriebsräte und ArbeitnehmerInnen, die Rechtsschutz in Anspruch nehmen müssen, können in Zukunft auch die Dienstleistungen einer gewerkschaftsnahen Anwalts-GmbH nutzen. Die neue Gesellschaft, die bundesweit unter dem Namen „die gewerkschaftlichen beratungskanzleien (d.g.b.)" auftreten wird, versteht sich nicht als Konkurrenz zur DGB Rechtsschutz GmbH, sondern als deren Ergänzung. Sie will Verfahren übernehmen, die von der DGB Rechtsschutz GmbH nicht durchgeführt werden können. Dazu zählen Auseinandersetzungen im kollektiven Arbeitsrecht, die bislang an externe Anwaltskanzleien vergeben wurden, Revisionsverfahren sowie die Vertretung von Gewerkschaftsmitgliedern außerhalb des Arbeits- und Sozialrechts. Zudem wollen die gewerkschaftlichen beratungskanzleien gemeinsam mit den Gewerkschaften in der Erstberatung von ArbeitnehmerInnen tätig sein. Auch nicht organisierte ArbeitnehmerInnen sollen von ihr vertreten werden.

Gegründet wurde die neue Anwalts-GmbH von 14 Beschäftigten der DGB Rechtsschutz GmbH. Geplant sind in einer ersten Pilotphase Büros in Bautzen, Bielefeld, Bocholt, Bremen, Emden, Düsseldorf, Frankfurt/M., Oldenburg, Potsdam, Rostock und Wiesbaden.

Ziel ist eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der DGB Rechtsschutz GmbH *(einblick 14/2004)*. Die Niederlassungen der Gesellschaft sollen deshalb auch als Anlaufstelle für die Gewerkschaften genutzt werden. Zudem sollen die Büros möglichst in den Gewerkschaftshäusern angesiedelt werden.

Wirtschaftlich ist die neue Gesellschaft unabhängig. Weil die Beschäftigten der Anwalts-GmbH gleichzeitig bei der DGB Rechtsschutz GmbH beschäftigt sind, profitiert diese allerdings indirekt durch eine Reduzierung ihrer Personalkosten von der Neugründung. Zudem soll die enge Kooperation zwischen DGB Rechtsschutz GmbH und der neuen Gesellschaft mit dazu beitragen, ein engmaschiges Netz gewerkschaftlicher Rechtsschutzbüros aufrecht zu erhalten.

Der Aufsichtsrat der DGB Rechtsschutz GmbH hat das Konzept einer eigenständigen Anwalts-GmbH einstimmig befürwortet. Wann die ersten Niederlassungen der Gesellschaft eröffnet werden, hängt noch von ihrer Zulassung durch die Anwaltskammer Düsseldorf ab. •

Fragen an ...

Unmittelbar vor dem Start des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) hat der Marburger Bund die Tarifgemeinschaft mit ver.di aufgekündigt. Er will für die 22 000 Klinikärzte eigene Tarifverträge durchsetzen. Welche Folgen hat das Scheitern der Tarifgemeinschaft? hat *einblick* ver.di-Vorstand Ellen Paschke, 57, gefragt.

■ Nach fast 40 Jahren ist die Tarifgemeinschaft mit dem Marburger Bund zerbrochen. Warum ist es ver.di nicht gelungen, die Interessenvertretung der Klinikärzte an Bord zu halten?

■ *Der Marburger Bund will den Mangel an Klinikärzten nutzen, um deren Gehälter massiv zu erhöhen. Er fordert 30 Prozent Gehaltssteigerung. Weil die Krankenhauskosten gedeckelt sind, bedeutet das, dass unsere KollegInnen in anderen Bereichen am Ende dafür die Zeche zahlen müssen.*

■ Du appellierst an die Solidarität innerhalb der ArbeitnehmerInnen. Ein junger Assistenzarzt verdient 3140 Euro brutto, trotz immenser Arbeitsbelastung. Ist die Forderung nach einer deutlichen Gehaltserhöhung nicht verständlich?

■ *Die Ärzte haben in der Vergangenheit sehr viel Überstunden geleistet. Sie sind ausgebeutet worden. Auch, weil sie von der Möglichkeit, Überstunden in Rechnung zu stellen, kaum Gebrauch gemacht haben. Sonst hätten die Arbeitgeber auch in der Vergangenheit bereits gesehen, was ein Arzt tatsächlich kostet. Statt dessen haben sich die Ärzte ihr Gehalt mit überlangen Nacht- und Bereitschaftsdiensten aufgebessert. Gemeinsam mit dem Marburger Bund haben wir durchgesetzt, dass die Bereitschaftsdienste verkürzt werden. Jetzt, wo das im Tarifvertrag steht, ist auf einmal Geld wichtiger als der Gesundheitsschutz. Dafür habe ich kein Verständnis.*

■ Der Verhandlungsführer der Länder, der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), hat hingegen Verständnis für die Forderung der Ärzte. Zugleich weigern sich die Länder, den neuen TVöD zu übernehmen. Ist die Idee eines Tarifrechts für den gesamten öffentlichen Dienst gescheitert?

■ *Ich gehe davon aus, dass die Länder wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Allerdings wehrt sich ver.di gegen die Ausweitung der Arbeitszeit auf 40- bzw. 42-Stunden pro Woche. Bei der bestehenden Deckelung der Personalkosten im Gesundheitssektor würde eine Arbeitszeitverlängerung zwangsläufig zu Personalabbau führen. Das ist mit uns nicht zu machen.*

Linke Politik nach der Bundestagswahl

Respekt und Verantwortung als Leitbegriffe

Es gibt eine linke Mehrheit jenseits von Union und FDP – das hat die Bundestagswahl am 18. September gezeigt. Rein rechnerisch. Politisch wirksam kann sie nur werden, wenn sie sich von alten Dogmen und Antworten verabschiedet und neue linke Leitbegriffe entwickelt. Hans-Jürgen Arlt schlägt Respekt und Verantwortung vor.

Der Publizist Hans-Jürgen Arlt, 57, leitete von 1990 bis 2002 die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB.

Sonntag, 18. September, 18 Uhr: Zwei blaue Augen, die schauen die Wähler an. SIE hat eines abbekommen, ER ist mit einem davon gekommen. Wer sich nicht damit beruhigen will, dass alles schlimmer sein könnte, sollte sich jetzt nicht abspeisen lassen mit Fastfood-Floskeln aus der Feldküche aufrechter Kämpfer. Kann die linke Mehrheit jenseits der Union, die es rechnerisch, aber nicht praktisch gibt, politikfähig werden? Auf der Basis ihres real existierenden Weltbildes nicht.

Die Gesellschaft, in der wir leben, funktioniert anders als die Gesellschaft, für bzw. gegen die im Namen der Arbeiterbewegung Politik gemacht wird. Sie funktioniert nicht besser, nicht gerechter, nicht humaner, das schon gar nicht – aber anders. Deshalb hat arbeiterbewegte Politik, egal ob als Espresso à la Linke Liste/PDS verabreicht oder als SPD-Milchkaffee, keine belebende Wirkung. **Die analytische Kapazität linksgestrickter Reden erschöpft sich in dem Label „neoliberal",** wahlweise „marktradikal" oder „Kapitalismus pur". Von der Macht der anderen und der Ohnmacht Marke Eigenproduktion lässt sich der linke Blick trüben für emanzipatorische Potenziale, für Gegenläufiges und Widersprechendes.

Ein paar Thesen, nicht zum Glauben, zum Streiten. Konflikte zwischen Kapital und Arbeit entzünden sich nach wie vor flächendeckend, aber sie sind nicht mehr der gesellschaftspolitische Brennpunkt. Wer die Gerechtigkeitsfrage heute noch vorrangig am Unterschied zwischen oben und unten festmacht, **kontrolliert die Lagerfeuer und ignoriert den Waldbrand.** Der soziale Super-GAU in unserer Weltgesellschaft lauert an der Grenze zwischen drinnen und draußen. Die zentrale Konfliktlinie verläuft zwischen den großen Funktionssystemen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Massenmedien, Politik einerseits, Menschen und Natur andererseits. „Der Mensch im Mittelpunkt" ist zum inflationären Slogan geworden, weil die Menschen für Funktionssysteme und deren Organisationen nur noch Randerscheinungen darstellen, potenzielle Störfaktoren, auf die Rücksicht genommen wird, wenn andernfalls Verluste drohen an Geld, Macht, Reputation...

Die Verlierer sind die Ausgegrenzten, „die eigentlich nur noch als Körper existieren, mit der Frage, wie ich den nächsten Tag schaffe, wie ich zu ein bisschen Essen komme oder wie ich mich vor Gewalt schütze" (Niklas Luhmann). Der Bedrohungskorridor an dieser Grenze weitet sich aus. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse tragen das **Gefährdungspotenzial bis hinein in die Mittelschichten.** Was Marx für die Wirtschaft glänzend analysiert hat, gilt inzwischen für alle Teilsysteme der Gesellschaft: Sie interessiert nichts außer ihrem eigenen Funktionieren. Proteste gegen Naturzerstörung, Verzweifeln an der Massenarbeitslosigkeit, Wut über das Bildungssystem, Hilflosigkeit gegenüber dem Gesundheitssystem, Frust über Medienmanipulation, tief sitzende Politikverdrossenheit – die Beweisliste ist lang.

Was folgt daraus? Als Erben der Arbeiterbewegung **sollten wir nicht länger glauben, etwas Besonderes zu sein.** Der Mantel der Geschichte, der uns umweht, ist auch nur von der Stange. Der Widerstand, der an allen Ecken und Enden aufflammt, in Grüppchen, Initiativen, Aktionen, braucht ein miteinander sympathisierendes Bewusstsein, kein sektiererisches. Zwei Leitbegriffe könnten Orientierung geben. Erstens der Respekt, der jedem Menschen gebührt. Wer will, kann es auch Würde nennen. Respekt und Würde brauchen **eine materielle Basis, keine Hartz IV-Ohrfeigen.** Das Gegenprojekt gegen Ausgrenzung ist nicht „Arbeit, Arbeit, Arbeit", sondern ein garantiertes Basiseinkommen. Zweitens Verantwortung. Das völlig selbstbezogene, geradezu autistische Funktionieren der Einzelsysteme mündet in Risikomaximierung und Kontrollverlust. Dagegen gilt es, auf einer **nachhaltigen Perspektive, auf der Verantwortung für Mensch und Natur** zu bestehen. Deshalb sind zum Beispiel Engagements für eine gesellschaftlich verantwortliche Unternehmensführung, für eine Balance zwischen Arbeit und Leben und für eine humane Zeitpolitik richtig und wichtig. So kann linke Politik Wirklichkeit gewinnen und Sinn stiften. •

So wurden sie gewählt

***Franz Romer,** Mitglied der Arbeitsgemeinschaft CDA-DGB, bis 1998 Betriebsratsvorsitzender der Lindenmaier Präzision AG, CDU, Biberach, 52,4 / 49,8*

***Karin Roth,** ehem. Vorsitzende des DGB-Bezirks Nordmark, SPD, Esslingen, 39,2 / 31,7 (Liste)*

***Anton Schaaf,** Betriebsratsvorsitzender der Mülheimer Entsorgungsgesellschaft, SPD. Mülheim-Essen I, 52,6 / 47,6*

***Frank Spieth,** Landesvorsitzender DGB Thüringen, Die Linke.PDS, Erfurt, 26,2 / 25,9 (Liste)*

***Andreas Steppuhn,** Mitglied des Bundesvorstandsmitglied der IG BAU, SPD, Harz, 33,8 / 34,1*

***Jörg Tauss,** ehem. Pressesprecher der IGM Baden-Württemberg, SPD, Karlsruhe-Land, 35,6/30,7*

***Jella Teuchner,** ehem. Gewerkschaftssekretärin der IG Metall, SPD, Passau, 21,3 / 22,9 (Liste)*

***Franz Thönnes,** ehem. Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hamburg der IG Chemie-Papier-Keramik, SPD, Segeberg, 42,6 / 36,6 (Liste)*

***Hans-Jürgen Uhl,** Betriebsrat bei VW, SPD, Helmstedt-Wolfsburg, 49,5/46,7*

***Alexander Ulrich,** 2. Bevollmächtigter der IG Metall Kaiserslautern, Die Linke.PDS, Kaiserslautern, 8,3/8,8 (Liste)*

***Engelbert Wistuba,** ehem. Landesvorstandsmitglied der IG BCE, SPD, Anhalt, 33,6 / 31,6*

***Sabine Zimmermann,** Vorsitzende der DGB-Region Vogtland-Zwickau, Die Linke.PDS, Zwickauer Land-Zwickau, 26,1 / 25,5 (Liste)*

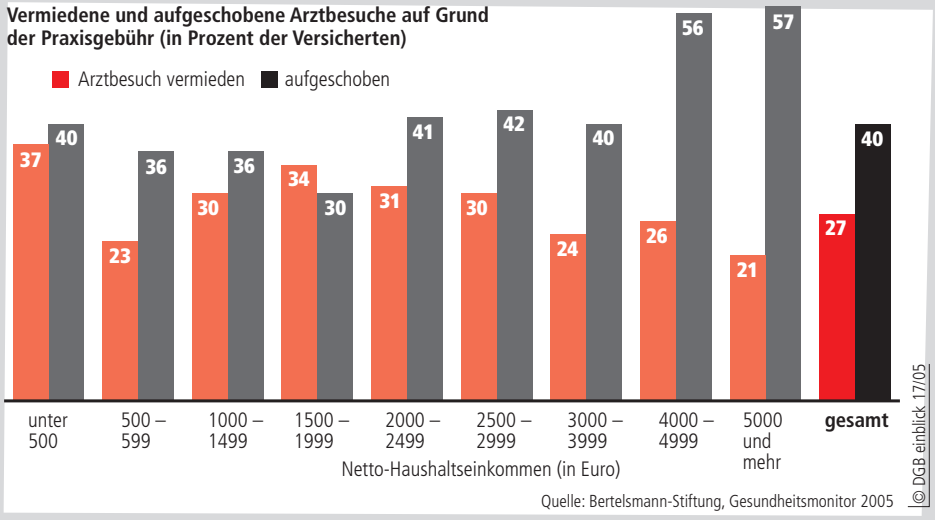
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

PRAXISGEBÜHR: Unerwünschte Nebenwirkungen

Die seit 2004 erhobene Praxisgebühr bei Arztbesuchen hat zur einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung geführt. Das belegt eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung. Danach ist die Zahl der Arztbesuche besonders bei Patienten mit schlechtem Gesundheitszustand zurückgegangen. Die Abschreckungswirkung ist aber nicht in allen Einkommensgruppen gleich: Während Versicherte mit niedrigem Einkommen tendenziell auf den Arztbesuch verzichten, wird er von besser Verdienenden eher verschoben.



personalien

••• ***Dr. Regina Görner,*** 55, Mitglied des Bundesvorstands der CDU, von 1990 bis 1999 Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands und von 1999 bis Oktober 2004 Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland, ist am 6. September vom Beirat der IG Metall in den Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall gewählt worden.

••• ***Fabienne Melzer,*** 37, Volontariat bei den Lüdenscheider Nachrichten, Studium der Geographie an der Universität Köln, seit 1999 Arbeit als freie Journalistin, ist ab dem 1. Oktober Redakteurin des IG Metall-Mitgliedermagazins *metall*.

14 TAGE

27./28.9. GEW, Fachtagung „Niemanden zurücklassen! – Integration durch Schulsozialarbeit an Ganztagsschulen", Recklinghausen

30.9.-2.10. attac und DGB-Jugend, Herbstakademie Globalisierung 2005, Flecken Zechlin

2.10. Nachwahl im Bundestagswahlkreis Dresden I

3.-7.10. IG BAU, Gewerkschaftstag „Solidarität sprengt alle Grenzen", Bonn

5./6.10. ver.di, Personalräteforum „Personalratsarbeit 2005: Alte Risiken – Neue Chancen", Magdeburg

9.-14.10. IG BCE, Gewerkschaftskongress „Stark genug für neue Wege", Hannover

Tipp

***Buch:* Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 318 Seiten, 24,90 Euro**

Noch ist nicht ausgemacht, wer die künftige Bundesregierung bildet. Aber dass in der neuen Legislaturperiode der weitere Abbau des Sozialstaats auf der Agenda steht, ist absehbar – auch im Falle einer Regierungsbeteiligung der SPD. Kenntnisreich und detailliert schildert der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge die Entwicklung des Sozialstaats, von den Anfängen im Kaiserreich bis zu den Herausforderungen durch die Globalisierung. Er kritisiert die bereits in den 1970er Jahren einsetzende ziellose Demontage des Sozialstaates durch die damalige CDU/CSU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl und die rot-grüne Koalition von Gerhard Schröder. Die öffentliche Debatte über den Sozialstaat sei nicht nur in Wahlkampfzeiten kurzatmig. Sie werde den tatsächlichen Problemen nicht gerecht.
In das Zentrum seines Gegenentwurfs eines zukunftsfähigen Sozialstaates stellt Butterwegge das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung. Sie müsse um eine bedarfsabhängige Grundsicherung erweitert werden, die Armut nicht länger institutionell ausgrenzt.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Verwirrte Verlierer vor blinkenden Ampeln"

Die Süddeutsche Zeitung am 19. September über die Suche von Union und SPD nach einem möglichen Koalitionspartner

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.10.2005 18/05

DGB

inhalt

Seite 3

Neue Doppelstrategie
Die IG Metall will das Verhältnis von betrieblicher und überbetrieblicher Tarifpolitik neu definieren

Seite 5

Wahlvorbereitungen auf Hochtouren
Betriebsräte sind das organisatorische Rückgrat der Gewerkschaften. Der DGB begleitet die Betriebsratswahlen 2006 mit einer Kampagne

Seite 7

Arbeitsplätze retten – nicht die Welt
Die IG BCE setzt stärker als andere auf einen Konsens mit den Arbeitgebern. Die Journalistin Gabriele Stief rät, diesen Politikansatz nicht als Schmusekurs abzutun

Der nächste einblick erscheint am 31. Oktober 2005

Kampagnen in den Gewerkschaften

Raus aus dem Tagesgeschäft

2,1 Millionen ArbeitnehmerInnen arbeiten in Deutschland in prekären Arbeitsverhältnissen, zu Stundenlöhnen zwischen vier und zehn Euro. Weil prekär Beschäftigte mit den Mitteln traditioneller Gewerkschaftsarbeit immer schwieriger zu erreichen sind, nutzen die Gewerkschaften zunehmend Kampagnen.

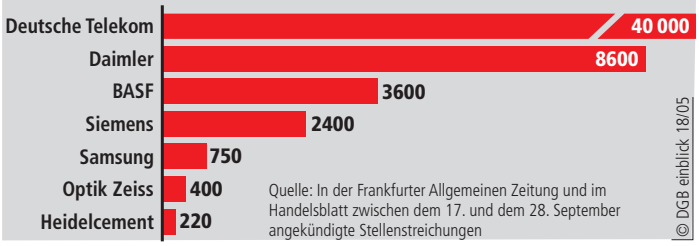
„Ihr habt eure Rechte, und wir wollen, dass ihr sie wahrnehmt", lautet die zentrale Botschaft der Lidl-Kampagne. Ende September hatten Gewerkschaftsmitglieder vor Lidl-Filialen „Kundenkarten" an die Beschäftigten verteilt. Sie sollten ihnen Mut machen, faire Arbeitsbedingungen zu fordern und einen Betriebsrat zu gründen. Unterstützt wurde die Aktion vor Ort von regionalen Netzwerken und von Prominenten, darunter Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) und Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) sowie der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und seine Stellvertreterin Ursula Engelen-Kefer. Mit der Lidl-Kampagne will ver.di erproben, wie sich die Methoden des amerikanischen Organising auf die deutschen Bedingungen übertragen lassen. Der öffentliche Druck soll dazu führen, dass der Discounter nicht weiter die betriebliche Interessenvertretung seiner Beschäftigten behindert. Dass UnterstützerInnen aus anderen Betrieben und von außerhalb der Gewerkschaften bei der Kampagne mitarbeiten, sei deshalb „geradezu Gold wert", so Koordinatorin Agnes Schreieder.

Auch bei der IG BAU spielen Kampagnen eine zentrale Rolle. Unter dem Motto „Ohne Regeln geht es nicht" haben Ende vergangenen Jahres 35 IG BAU-Sekretäre aus dem gesamten Bundesgebiet acht Tage lang mehr als 380 Baustellen in Niedersachsen und Bremen besucht, um für den Erhalt des dort gefährdeten Flächentarifvertrags zu kämpfen. Mit so nachhaltigem Erfolg, dass noch heute Beschäftigte über die einstige Kampagnennummer Kontakt zur IG BAU aufnehmen. „Bei Kampagnen muss man raus aus dem Tagesgeschäft", meint Carsten Burckhardt, Organisationsleiter der IG BAU. Wichtig sei nicht nur ein gemeinsam formuliertes Ziel, sondern auch eine konsequente Ergebniskontrolle und die richtige Dramaturgie.

Prekäre Beschäftigung gibt es auch im Hotel- und Gaststättengewerbe. Seit langem kämpft die NGG für einen gesetzlichen Mindestlohn und versucht auch mit ungewöhnlichen Mitteln, auf sich aufmerksam zu machen. „Vielen Dank. Sie bedienten eine/n KollegIn der NGG" steht auf der Karte, die NGG-Beschäftigte in Gaststätten verteilen, ergänzt mit dem Beratungsangebot der nächsten NGG-Geschäftsstelle. Ein Service, der im Gastgewerbe mit seinen oft nur drei bis vier Beschäftigten besser ankommt als die Parole „Rote Fahnen sieht man besser", meint Klaus Schröter vom NGG-Hauptvorstand. Am liebsten würde er die Karte auch Mitgliedern anderer Gewerkschaften zum Verteilen in die Hand drücken. •

Heimliche Wahlkampfhilfe der Industrie

Unmittelbar nach der Bundestagswahl angekündigte Stellenstreichungen großer Unternehmen in Deutschland



Quelle: In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und im Handelsblatt zwischen dem 17. und dem 28. September angekündigte Stellenstreichungen

© DGB einblick 18/05

In Deutschland sind trotz niedriger Tarifabschlüsse nicht nur prekäre Arbeitsplätze bedroht. Das zeigen die mit Rücksicht auf die Chancen der Union erst nach der Wahl veröffentlichten Pläne großer Unternehmen zum Abbau von Arbeitsplätzen.

plusminusBERLIN

+ ***Die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU), hat die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems gefordert: „Wir können uns das nicht mehr leisten." Pisa zeige, dass die Kinder „länger gemeinsam lernen" müssten.***

– ***Der verteidigungspolitische Sprecher der Union Christian Schmidt (CSU) hat eine Sonderpolizei für Auslandseinsätze gefordert. Die militärischen Polizeieinheiten sollten bei Unruhen eingreifen, für deren Bekämpfung die Bundeswehr „nur beschränkt geeignet" sei.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

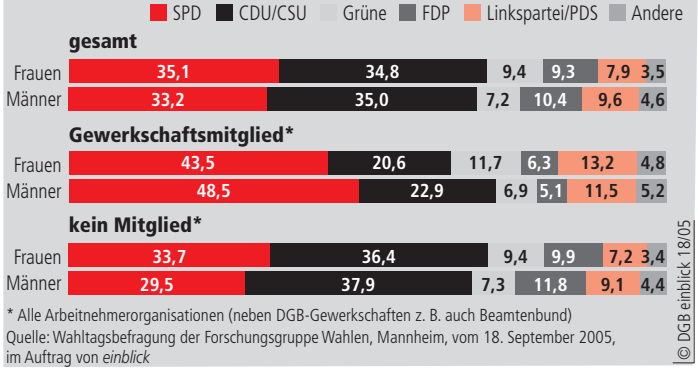
www.ausbildungsstau.de
Das Blogspezial der ver.di-Jugend zum Ausbildungsjahr

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Probleme betrieblicher Bündnisse ohne Gewerkschaften. Anmerkungen des Sozialwissenschaftlers Wolfgang Streeck

Gewerkschaftsmitglieder: Frauen wählen anders

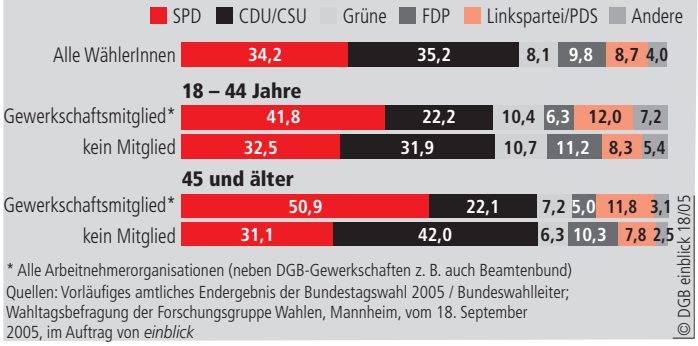
Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Gewerkschaftszugehörigkeit (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, vom 18. September 2005, im Auftrag von *einblick*

Gewerkschaftsmitglieder: SPD punktet bei Älteren

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005 nach Alter und Gewerkschaftszugehörigkeit (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quellen: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Bundestagswahl 2005 / Bundeswahlleiter; Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, vom 18. September 2005, im Auftrag von *einblick*

Wie bei den letzten Bundestagswahlen fand Rot-Grün am 18. September bei Frauen mehr Zustimmung als bei Männern: 35,1 Prozent aller Frauen gaben ihre Zweitstimme der SPD (Männer: 33,2%) und 9,4 Prozent den Grünen (Männer: 7,2 %). Dennoch waren die Verluste der SPD bei den Wählerinnen mit einem Minus von 5,6 Prozent gegenüber 2002 überdurchschnittlich hoch (Männer: minus 3,1 %). Besonders groß sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern: So votierten 48,5 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Männer für die SPD, aber nur 43,5 Prozent der Gewerkschaftsfrauen. Letztere haben mit 11,7 Prozent wesentlich häufiger für die Grünen gestimmt als ihre Gewerkschaftskollegen (6,9 %). Wie's scheint, honorieren die Wählerinnen, dass die Grünen konsequenter als andere Parteien Gender- und Frauenpolitik verfolgen. Und wie bisher weist auch die neu gewählte grüne Fraktion im Bundestag mit 56,9 Prozent den höchsten Frauenanteil auf, gefolgt von der Linkspartei mit 48,1 Prozent, der SPD mit 36,0 Prozent und der FDP mit 24,6 Prozent. Schlusslicht ist die CDU/CSU-Fraktion mit 19,9 Prozent weiblichen Abgeordneten. Insgesamt ist der Frauenanteil im Bundestag mit 31,8 Prozent gegenüber der letzten Legislaturperiode (31,5 Prozent) nur geringfügig gestiegen.

Bei GewerkschafterInnen, die 45 Jahre und älter sind, konnte die SPD mit 50,9 Prozent die absolute Mehrheit erringen, bei den unter 45-Jährigen erhielten die Sozialdemokraten mit 41,8 Prozent über neun Prozent weniger Stimmen. Auffallend hoch ist bei den jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern mit 7,2 Prozent der Stimmenanteil der Parteien, die nicht den Sprung ins Parlament schafften. Dazu zählt auch die rechtsextreme NPD. Verlässliche Aussagen über den Anteil der WählerInnen rechtsextremer Parteien unter jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern lassen die Ergebnisse der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen aber nicht zu. Dafür ist der Anteil der NPD-WählerInnen insgesamt zu gering und regional zu unterschiedlich.

Krankenversicherung

Kostentreiber Privatisierung

Die von Union und FDP im Bundestagswahlkampf geforderte stärkere Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung bzw. deren Ablösung durch eine private Versicherung würde zu einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung und zu steigenden Kosten im Gesundheitswesen führen. Das geht aus einem von der AOK in Auftrag gegebenen Gutachten des Instituts für Wirtschaft und Soziales (WISO) hervor. Während in der privaten Krankenversicherung (PKV) die Ausgaben der Versicherten zwischen 1985 und 2001 um 122 Prozent gestiegen seien, betrage der Kostenanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) lediglich 67 Prozent. Verantwortlich hierfür macht die Studie nicht nur die höheren Arzthonorare für Privatversicherte, sondern auch höhere Verwaltungskosten. Sie lägen im GKV-System bei 108 Euro pro Versicherten und Jahr, im PKV-System hingegen bei 366 Euro.

Wären die Kosten in der gesetzlichen Krankenversicherung genauso gestiegen wie bei den Privaten, würde der Beitragssatz nach Berechnungen des WISO-Instituts nicht bei 14,2 Prozent, sondern bei 18,5 Prozent liegen. Zudem verweisen die GutachterInnen darauf, dass es in Deutschland im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern bei medizinisch notwendigen Eingriffen keine Wartezeiten gebe. Zum Vergleich: Im EU-Land Großbritannien würden wegen der drastischen Sparmaßnahmen im staatlichen Gesundheitssystem jedes Jahr rund 130 000 Operationen kurzfristig abgesagt. •

Dienstleistungsrichtlinie

Im Druck nicht nachlassen

Das EU-Parlament hat am 4. Oktober die Abstimmung im Binnenmarktausschuss über die umstrittene EU-Dienstleistungsrichtlinie verschoben. Der Ausschuss wird nun erst am 20./21. November abstimmen, und die erste Lesung im Parlament ist jetzt für Januar 2006 geplant.

Trotz der Verzögerung hat für DGB und Gewerkschaften die Mobilisierung gegen das im Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission vorgesehene Herkunftslandprinzip Priorität. „Gerade jetzt dürfen wir im Druck nicht nachlassen", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Schließlich sei die Abstimmung im Binnenmarktausschuss daran gescheitert, dass die Konservativen und Liberalen im Ausschuss das Herkunftslandprinzip weitgehend erhalten und keinerlei Kompromisse mit den Sozialdemokraten, Grünen und Linkssozialisten eingehen wollten.

Die Verfechter des Herkunftslandprinzips hätten sogar „erpresserische Methoden" angewendet, um die Abstimmung zu verhindern, so Evelyn Gebhardt (SPD), Berichterstatterin des EU-Parlaments zur Richtlinie. Gebhardt hat in ihrer Stellungnahme vorgeschlagen, dass bei der Liberalisierung des Binnenmarktes – entgegen dem Entwurf der Kommission – Löhne, Sozialvorschriften, Umweltvorgaben und andere Bestimmungen des Ziellandes und nicht des Herkunftslandes gelten sollten. DGB und Gewerkschaften wollen in den nächsten Wochen die gewerkschaftlichen Forderungen nachhaltig in die Öffentlichkeit tragen, beispielsweise in Veranstaltungen mit den örtlichen Europaabgeordneten. •

Tarifpolitik

Neue Doppelstrategie

Die IG Metall will raus aus der tarifpolitischen Defensive und das Spannungsverhältnis von betrieblicher und überbetrieblicher Tarifpolitik neu justieren. „Stark in der Fläche – aktiv im Betrieb!" lautet das Motto ihrer Tarifpolitischen Konferenz vom 20. bis 22. Oktober in Mannheim.

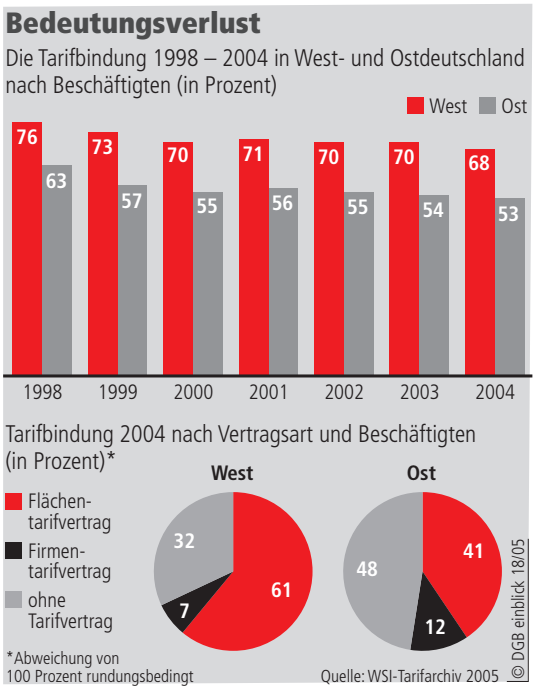
Der ursprüngliche Anlass des dreitägigen Treffens von rund 500 MetallerInnen im Mannheimer Congress-Center hat sich längst überholt. Auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 2003 stritten sich die Delegierten noch heftig über die Notwendigkeit einer zweistufigen Entgeltpolitik. Dort, wo die betriebliche Ertragslage mehr hergibt als der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt, sollte auch für die Beschäftigten mehr herausspringen. Kritiker dieser Position befürchteten das Ende der solidarischen Lohnpolitik. Also beschloss man, nach dem Gewerkschaftstag weiter zu diskutieren und „die Kontroverse über eine stärker erfolgsabhängige Differenzierung der Tarifpolitik bis Ende 2005 abzuschließen". Der bis Jahresende zu fällende Vorstandsbeschluss sollte in Mannheim vorbereitet werden.

Doch die IG Metall steht längst in einem anderen Zielkonflikt. Nicht mögliche Abweichungen vom Flächentarifvertrag nach oben sind jetzt das Thema, sondern die tatsächlichen Abweichungen nach unten. Für manche in der Gewerkschaft hat der letzte Metalltarifabschluss diese „Büchse der Pandora" geöffnet. Schuld sei „Pforzheim". Dort hat sich am 12. Februar 2004 die IG Metall mit dem Arbeitgeberverband darauf verständigt, dass – falls notwendig – befristet von tariflichen Mindeststandards abgewichen werden kann, „um Beschäftigung zu sichern". Seitdem gibt es erstmals für die Metallindustrie flächendeckend eine umfassende tarifliche Öffnungsklausel (zuvor waren sie auf Ostdeutschland oder auf Fälle drohender Insolvenz begrenzt). Von den rund 5500 verbandsgebundenen Unternehmen der Branche haben bislang 459 diese Klausel genutzt, d.h. acht Prozent. Mehrere 100 000 Arbeitsplätze sind auf diese Weise gesichert worden.

Der Trend zur so genannten Verbetrieblichung der Tarifpolitik hat jedoch viel früher begonnen. Allein die IG Metall registrierte 2003 mit 1336 Firmentarifverträgen fast drei Mal so viele wie zehn Jahre zuvor (1993: 500). Tarifexperten nennen diesen Prozess gern „kontrollierte Dezentralisierung" – und verschleiern damit das Problem: Die Strahlkraft des Flächentarifvertrags sinkt, die Tarifflucht der Arbeitgeber nimmt zu, ebenso die Zahl der Abweichungen vom Tarifstandard. Die Tariflandschaft ist bis in den Kernbereich der Metallindustrie durchlöchert. In Mannheim will die IG Metall über ein einheitliches Konzept diskutieren. Eine neue Doppelstrategie soll her. Die Idee lautet: Im Aktionsfeld Betrieb stärker Fuß fassen, um das Aktionsfeld Fläche wieder zu stärken.

Erste Ansätze existieren. So hat der größte IG Metall-Bezirk Nordrhein-Westfalen – ähnlich wie die IG Metall Bayern bereits 2002 – im Frühjahr die Kampagne „Tarif aktiv" gestartet und die Unternehmer aufgefordert, ihre Zugehörigkeit zum Arbeitgeberverband zu bestätigen. Das Ergebnis: In 32 Betrieben hatten sich die Arbeitgeber heimlich aus der Tarifbindung gestohlen, ohne die Beschäftigten zu informieren. In 21 dieser Betriebe konnte bislang die Tarifbindung wieder hergestellt werden – dort, wo der Organisationsgrad gestimmt hat.

„Das A und O erfolgreicher Tarifpolitik sind gut organisierte Belegschaften", sagt der IG Metall-Bezirksleiter von NRW, Detlef Wetzel. In jeder Verwaltungsstelle soll in mindestens drei Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten der Organisationsgrad bis Jahresende von unter auf über 60 Prozent gesteigert werden. Den Beschäftigten soll vermittelt werden: Ihr habt es selbst in der Hand. „Die Zeiten, in denen Tarifverhandlungen nur im Fernsehen stattfanden, sind vorbei", sagt Bezirksleiter Wetzel. •



Tarifverträge gelten für immer weniger Beschäftigte. Die Tarifflucht der Arbeitgeber nimmt zu, ihre Bereitschaft zur Anerkennung von Tarifverträgen ab. Dort, wo offiziell kein Tarifvertrag gilt, profitiert dennoch die Hälfte der Beschäftigten von ihm: Ihre Arbeitgeber orientieren sich zumindest an den Tarifstandards.

Betriebsräte skeptisch

Drei von vier tarifgebundenen Betrieben nutzen inzwischen die Möglichkeiten der Flächentarifverträge, von Standards abzuweichen. Das zeigt die Betriebsräteumfrage 2004/2005 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Gegenüber der letzten Befragung von 2002 hat sich der Anteil der Betriebe in etwa verdoppelt, der tarifliche Öffnungsklauseln anwendet.

Der Löwenanteil der betrieblichen Sonderregelungen betrifft die Arbeitszeit. So haben rund 50 Prozent aller tarifgebundenen Betriebe variable Arbeitszeiten vereinbart, die von der Standardregelung im Tarifvertrag abweichen. Auch Abweichungen beim Entgelt sind keine Seltenheit mehr. Mal werden an neu Eingestellte befristet niedrigere Einstiegstarife gezahlt, mal Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekürzt, mal Tariferhöhungen ausgesetzt.

Die zunehmende Erfahrung mit betrieblichen Regelungen begeistert die Betriebsräte allerdings nicht. Viele Arbeitnehmervertreter sehen die „Verbetrieblichung" der Tarifpolitik skeptisch. 53 Prozent finden sie „generell problematisch", weitere 30 Prozent sehen sie „zwiespältig". Zwölf Prozent nennen die Entwicklung „begrüßenswert". Im Vergleich zu 2002 ist der Anteil der positiven Bewertungen leicht gesunken.

PROJEKTE UND PARTNER

TBS NRW

Aktiv für mehr Job-Sicherheit

Ist meine Beschäftigung gesichert? Viele ArbeitnehmerInnen müssen diese Frage verneinen, können sie bestenfalls zögernd bejahen. Denn der Anpassungsdruck auf Unternehmen und Beschäftigte steigt dramatisch, kontinuierliche Beschäftigung wird zur Ausnahme. Die Technologieberatungsstelle (TBS) beim DGB NRW hat deshalb vor eineinhalb Jahren das Projekt „Beschäftigungsfähigkeit im Betrieb" (BiB) gestartet. Danach gilt als beschäftigungsfähig, „wer dauerhaft am wirtschaftlichen und sozialen Leben aktiv teilnehmen kann". Mittlerweile berät die TBS 18 Betriebe verschiedener Größenordnung und Branchen. Stets geht es darum, gemeinsam mit der Geschäftsführung und der Arbeitnehmervertretung die Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen – durch innovative Arbeitsorganisation, gezielte Qualifizierung und Gesundheitsförderung.

Das Berater-Team von BiB hat seine Erfahrungen jetzt in den „UnternehmensCheck Beschäftigungsfähigkeit" einfließen lassen, von dem auch andere Unternehmen profitieren können. Kernstück des Checks ist ein umfangreicher Fragebogen, der auch in elektronischer Form ausgefüllt werden kann, und mit dessen Hilfe Handlungsfelder zur Besserung der Beschäftigungsfähigkeit ermittelt werden. Interessierte Unternehmen können bis zu fünf kostenfreie Beratungstage in Anspruch nehmen. Als Gegenstück zum „UnternehmensCheck" hat die TBS einen „SelbstCheck Beschäftigungsfähigkeit" entwickelt, mit dessen Hilfe ein individuelles Stärken-Schwächen-Profil erstellt werden kann. Broschüre, Fragebogen und CD zum Thema sind kostenlos. •

www.bib-nrw.de

DGB-Projekt

Lernen ohne Ende

Die Anforderungen an ArbeitnehmerInnen steigen: So sollen sie nicht nur mobil und flexibel sein, sondern auch möglichst viele Weiterbildungsangebote wahrnehmen. In der Praxis unterstützen allerdings Arbeitgeber das berufsbegleitende Lernen selten: Nahmen 1997 noch 30 Prozent der Bundesbürger zwischen 19 und 64 Jahren entsprechende Angebote wahr, sank der Anteil bis 2003 auf 26 Prozent. Der DGB-Bundesvorstand hat deshalb innerhalb des Projektes „LeA" (Leben und Arbeiten) gemeinsam mit Beschäftigten und Unternehmen neue Konzepte der weiterbildungsbezogenen Zusammenarbeit entwickelt. Mitte September wurden in Hamburg die Ergebnisse aus drei Projektjahren anhand konkreter Beispiele präsentiert. Dabei zeigte sich, dass Bildungscoaching von außen positive Wirkungen für alle Beteiligten hat, denn gezielte Weiterbildung erhöht nicht nur die Kompetenz und Motivation der Beschäftigten, sondern optimiert auch Arbeitsabläufe und -ergebnisse. •

www.dgb-lea.de

Online-Broschüre

BAföG ausrechnen

SchülerInnen und StudentInnen können jetzt schon vor dem Ausfüllen eines BAföG-Antrages ausrechnen, wie viel Förderung sie vermutlich erhalten werden. Die Arbeitskammer des Saarlandes hat die aktualisierte Broschüre „Finanzielle Förderung für Schüler und Studenten – Erläuterungen zum BAföG" als Online-Version ins Netz gestellt. Im Angebot enthalten sind Rechenbeispiele, die Adressen aller Anlaufstellen sowie Links zu allen Gesetzestexten rund ums BAföG. •

www.arbeitskammer.de

Wirtschaftspolitik

30 Jahre Memo-Gruppe

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memo-Gruppe) feiert ihr 30-jähriges Bestehen mit einer wissenschaftlichen Konferenz und anschließender Jubiläumsveranstaltung am 22. Oktober in Berlin. Das erstmals im November 1975 vorgelegte „Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" versteht sich als Gegenentwurf zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates der Bundesregierung. Seit 1977 erscheint das Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik jeweils Ende April. Es will eine öffentliche Diskussion über Alternativen zur kapitalorientierten Wirtschaftswissenschaft anstoßen.

Auf der Jubiläumsveranstaltung in Berlin werden auch die Gewerkschaftsvorsitzenden Jürgen Peters (IG Metall) und Frank Bsirske (ver.di) sprechen. •

DGB-Bildungswerk

Forum Politische Bildung

Das Seminarprogramm Politische Bildung des DGB-Bildungswerks für 2006 ist erschienen. Über 100 Seminare zu den Themenbereichen Gesellschaft, Wirtschaft, Europa, Migration, Arbeitswelt und Computer werden angeboten. Außerdem sind weitere Seminare in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) im Angebot, unter anderem

zu den Themen Globalisierung, Rassismus und soziale Gerechtigkeit. Im Juli und August 2006 wird erneut der Hattinger Mediensommer gefeiert, der für alle Altersgruppen Kurse rund um den Computer anbietet. Die Anmeldung steht allen Interessierten unabhängig von der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft frei. •

www.dgb-bildungswerk.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Mülheim-Essen-Oberhausen*** geht mit der ***Aktion*** „Essener Jugend gegen (Aus-)Bildungskiller" in die heiße Phase. Am 3. Dezember findet ein „Abschlusstribunal" statt, das die Ausbildungsbilanz in der Region bewertet. Vorher lädt die gemeinsame Aktion verschiedener Jugendverbände – darunter der AStA der Uni Duisburg und Die Falken – am 4. November zu ihrem dritten Kinoabend ein. Das Bündnis fordert eine Ausbildungsumlage, Ausbildungsvergütungen, die ein „elternunabhängiges Leben" ermöglichen, und die Abschaffung von Studiengebühren.
Infos: *www.ausbildungskiller.de*

••• Der ***DGB Niedersachsen*** zieht eine ***Halbzeitbilanz*** der Landesregierung von CDU und FDP in Hannover. Zu neun Themengebieten von „Arbeitslosigkeit" bis „Schule" nimmt der Gewerkschaftsbund die schwarz-gelbe Politik auf seiner Internetseite *www.niedersachsen.dgb.de* unter die Lupe. Fazit: Die Behauptung von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), dass es den Menschen dort besser gehe, wo die CDU regiert, sei falsch. So seien etwa die öffentlichen Investitionen auf Rekordtief. Der DGB Niedersachsen begleitet die Bilanz mit einer Postkartenaktion, die auch online heruntergeladen werden kann.

DGB-Begleitkampagne zur Betriebsratswahl 2006

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Mit einer Vielzahl von Aktivitäten begleitet der DGB die turnusmäßigen Betriebsratswahlen 2006.

Kaum sind die Plakate zur Bundestagswahl 2005 abgeräumt, da laufen in DGB und Gewerkschaften bereits die Vorbereitungen für die nächste wichtige Wahl auf Hochtouren: Vom 1. März bis zum 31. Mai 2006 finden turnusgemäß die nächsten Betriebsratswahlen statt. Diese Wahlen legen „wichtige Grundlagen für unsere organisatorische Stärke in den folgenden vier Jahren", betont Dietmar Hexel, im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand zuständig für Mitbestimmung.

Flankiert werden die Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften in Branchen und Betrieben durch eine DGB-Begleitkampagne. „Vertrauen ist gut – Betriebsrat ist besser" lautet ihre zentrale Botschaft *(einblick 13/ 05)*. Zwar habe sich die Novelle der Betriebsverfassung von 2001 bewährt und dazu beigetragen, dass bei den Betriebswahlen 2002 die Zahl der Mandate um elf Prozent gestiegen sei, so Hexel. Doch dies dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass „der Druck auf Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften in den letzten Jahren enorm zugenommen hat". Zwar habe die Mehrheit der WählerInnen am 18. September den von Schwarz-Gelb geplanten Eingriffen in die Tarifautonomie und die betriebliche Mitbestimmung eine Absage erteilt, doch die Gegner der Mitbestimmung ließen nicht locker, beschreibt Hexel die Rahmenbedingungen.

Ziel der DGB-Kampagne ist zum einen, mehr organisierte Betriebsratsmitglieder zu bekommen, neue Betriebsräte zu gründen sowie die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Vor allem Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen sowie in Handwerksbetrieben, junge Angestellte und Frauen sollen vom Nutzen der Betriebsräte überzeugt werden. Zum anderen soll aber auch insgesamt das Thema Mitbestimmung neu belebt werden. Damit möchte der DGB eine breite Debatte über Teilhabe durch Mitbestimmung in Deutschland und Europa forcieren.

Die Kampagne baut auf die DGB-Aktivitäten zur Betriebsratswahl 2002 sowie die Kommunikationskampagne von 2004 auf. Eine zentrale Rolle kommt wieder den Regionen zu. Sie sollen mit den Gewerkschaften vor Ort konkrete Maßnahmen und Ziele vereinbaren, zum Beispiel Branchen oder Betriebe benennen, in denen besonders für die Gründung von Betriebsräten geworben werden soll. Anfang November entscheidet der DGB-Bundesvorstand über die Projektanträge der Regionen.

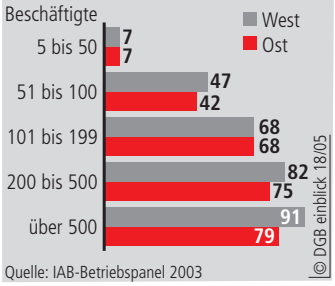
Aktionen in Fußgängerzonen, Messestände, regionale Pressearbeit, Qualifizierungsseminare, Leserbriefkampagnen oder die Förderung von Betriebsratsnetzwerken: Die Bandbreite der bisher eingereichten Planungen ist groß. Erste Schwerpunkte zeichnen sich bereits ab. Während einige Regionen vor allem auf öffentlichkeitswirksame Aktionen setzen, haben andere mit den Gewerkschaften gezielte Aktivitäten zur Neugründung von Betriebsräten in Bereichen vereinbart, in denen bislang kaum Interessenvertretungen existieren, den so genannten weißen Flecken. Eine besondere Bedeutung haben in großstädtischen Regionen wie Stuttgart, München oder Köln Aktionen an Verkehrsknotenpunkten, mit denen DGB und Gewerkschaften Berufspendler erreichen wollen.

Zur Unterstützung der Aktivitäten vor Ort hat der DGB-Bundesvorstand eine „Tool-Box" mit Ideen und Materialien entwickelt. Von Give-aways wie etwa „Vitaminsticks zur Stärkung der Abwehrkräfte", einer Aktionszeitung zur Ansprache der Pendler bis hin zu Radiospots für die lokalen Privatsender: Die Regionen können bei ihren Aktivitäten auf eine Reihe zentral produzierter Materialien zurückgreifen. Ab November ist eine Telefon-Hotline für die Akteure in DGB und Gewerkschaften geschaltet. Im selben Monat startet auch ein E-Mail-Newsletter, der die Akteure auf dem Laufenden halten soll. Neben zentraler Pressearbeit wird der DGB außerdem mit gezielter Großflächenplakatierung die regionalen Aktionen unterstützen.

Zum Start der „heißen Phase" Mitte Januar 2006 geht eine Kampagnen-Homepage online *(www.betriebsrat-ist-besser.dgb.de)*. Unterstützung bei der Wahl und Gründung von Betriebsräten leistet vom 1. Februar bis 31. Mai auch eine bundesweite Telefonhotline (Tel. 0180/2 34 00 00). •

Kaum Betriebsräte in Kleinbetrieben

Betriebe mit Betriebsrat nach Beschäftigten (in Prozent)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2003

In den meisten Großbetrieben existieren Betriebsräte, doch nur in sieben Prozent der Kleinbetriebe werden die Interessen der Beschäftigten durch einen Betriebsrat vertreten. Dort die Gründung von Betriebsräten zu initiieren, ist ein Ziel der DGB-Begleitkampagne.

Material satt

Erstmals haben sich die DGB-Gewerkschaften darauf geeinigt, gemeinsam Materialien für die Betriebsratswahlen 2006 zu erstellen. Dazu gehören unter anderem:

- ***Wahlhilfe-Broschüren zum normalen und vereinfachten Wahlverfahren***
- ***Kurzhinweise und Wahlausschreiben***
- ***Briefwahlhinweise, übersetzt in 14 Sprachen***
- ***Terminpläne und Wandkalender zu den drei Wahlverfahren***
- ***Faltblätter zu verschiedenen Themen wie z.B. Betriebsräte in klein- und mittelständischen Betrieben (KMU) und für einzelne Zielgruppen, z.B. Frauen, junge Menschen, Migranten***
- ***eine CD-ROM mit digitalem Wahlkalender***
- ***Folien für Wahlvorstandsschulungen***
- ***Schulungskonzepte für Multiplikatoren***

Nicht jede Gewerkschaft hat alle Materialien übernommen. Nur die IG BCE hat sich für ein eigenes Motto für die Wahlkampagne entschieden: „Erfolge mitbestimmen". Alle anderen stellen ihre Aktivitäten unter das Motto „Vertrauen ist gut, Betriebsrat ist besser". Ende Oktober soll die Auslieferung der Materialien abgeschlossen sein.

Mehr Infos gibt's im DGB-Kampagnenbüro:
Tel. 030/240 601 39
betriebsrat-ist-besser@dgb.de

kurz&bündig

Die GEW hat die potenziellen Koalitionspartner CDU/CSU und SPD aufgefordert, sich für mehr Kompetenzen des Bundes in der Bildungspolitik einzusetzen. Eine weitere „Wettbewerbs-Föderalisierung" koppele Deutschland von der internationalen Entwicklung ab.

IG Metall-Vorstand Regina Görner wirft der Bundesagentur für Arbeit vor, bei der Ausbildungsbilanz mit Tricks zu arbeiten. Durch die kurzfristige Verschiebung der Bilanzvorstellung auf Mitte Oktober verlängere sich der Erfassungszeitraum, das Vermittlungsergebnis werde verfälscht. Offensichtlich wollten Bundesagentur, Arbeitgeber und Bundesregierung damit das Scheitern des Ausbildungspakts verbergen.

TRANSWEB, der Bildungsträger der Gewerkschaft TRANSNET, veranstaltet im Oktober und November vier von der EU geförderte internationale Konferenzen. Die Themen reichen von der europäischen Dimension der Weiterbildung bis zu internationalen Unternehmensstrategien. Infos: ***www.transweb-gmbh.de***

Nach dem Bauhauptgewerbe wurden Ende September auch die Mindestlöhne im Maler- und Lackiererhandwerk bis 2008 verlängert. Damit sei ein wichtiges Instrument gegen Lohndumping weiter nutzbar, so IG BAU-Vorstand Andreas Steppuhn.

Aufsichtsräte

Vorstandsentscheidungen selten in Frage gestellt

Die Aufsichtsräte von Dax-Unternehmen orientieren sich bei der Kontrolle des Vorstands zu stark am Betriebsergebnis und stellen nur selten die strategischen Ziele des Vorstands in Frage. Das belegt eine Studie der Universität Dortmund, in der 46 ausgewählte Aufsichtsratsmitglieder befragt wurden, darunter elf der insgesamt 25 Vorsitzenden der 29 Dax-Aktiengesellschaften. Die Kontrolle des Vorstands sei zu passiv und zu vergangenheitsorientiert, heißt es in der in Kürze im Verlag Peter Lang erscheinenden Studie, deren wichtigste Ergebnisse vorab im HBS-Newsletter *Böcklerimpuls* (15/2005) vorgestellt werden.

Nur 6,7 Prozent der befragten Aufsichtsratsmitglieder hatten in der Studie angegeben, dass die strategischen Ziele des Unternehmens gemeinsam von Vorstand und Aufsichtsrat definiert werden. 53 Prozent erklärten, dass der Vorstand „die Ziele definiert und dem Aufsichtsrat zur Kenntnis vorlegt". In den übrigen 40 Prozent werden sie ihm „zur Beratung und Beschlussfassung" vorgelegt, allerdings habe der Aufsichtsrat „keinen maßgeblichen Einfluss". Mit dieser Form der Kontrolltätigkeit sei eine „frühzeitige Revision strategischer Entscheidungen in der Praxis kaum möglich", so Studienautor Philip Grothe gegenüber *Böcklerimpuls.* Zur Stärkung der Kontrollfunktion des Aufsichtsrats empfiehlt Grothe die Einsetzung eines Strategieausschusses. Zudem hält er den Erlass einer Informationsordnung für notwendig, die das Informationsrecht der Aufsichtsratsmitglieder stärkt. •

www.boecklerimpuls.de

BAG-Urteil zu IBM

Für Arbeitgeber bindend

DGB-Vorstand Dietmar Hexel hat die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG), mit der die Computerfirma IBM verpflichtet worden ist, auch mit der IG Metall über einen Tarifvertrag zu verhandeln, begrüßt. Damit sei „klargestellt, dass die Gewerkschaften im DGB untereinander und autonom die Zuständigkeit für Betriebe regeln". Die Arbeitgeber könnten sich „keine Gewerkschaft für die Tarifverhandlungen aussuchen. Es bleibt bei der Regelung, dass bei IBM sowohl ver.di wie auch die IG Metall zuständig sind".

2001 hatten sich beide Gewerkschaften vor dem DGB-Schiedsgericht auf die Bildung einer Tarifgemeinschaft unter Federführung von ver.di verständigt. Dadurch soll verhindert werden, dass es zu einer Konkurrenzsituation zwischen beiden Gewerkschaften bei der Durchsetzung besserer Arbeits- und Einkommensbedingungen für die bundesweit 24 000 IBM-Beschäftigten kommt. IBM hatte diese Einigung jedoch ignoriert und eine Anerkennung der IG Metall als Tarifpartner verweigert. Zu Unrecht: Nach dem Urteil des BAG sind Entscheidungen des DGB-Schiedsgerichts auch für die Arbeitgeber bindend.

Trotz der vom DGB positiv bewerteten Grundsatzentscheidung des Gerichts will der DGB das BAG-Urteil sorgfältig prüfen. „Falls das BAG in der schriftlichen Urteilsbegründung eine Regelungslücke in der DGB-Satzung monieren sollte, wird diese auf dem DGB-Kongress im Mai 2006 durch eine Satzungsänderung geschlossen", so DGB-Vorstand Dietmar Hexel. •

Gewerkschaftsjubiläum

NGG wird 140

Am 18. November erinnert die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit einer Feierstunde in Hannover an den 140. Geburtstag ihrer ältesten Vorläuferorganisation, den Weihnachten 1865 gegründeten Allgemeinen Deutschen Cigarrenarbeiterverband. Die NGG, die heute 225 000 Mitglieder im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie organisiert, ist die zweitkleinste Gewerkschaft im DGB. In der Vergangenheit war sie dennoch oft Schrittmacher für die Großen, so zum Beispiel bei dem bereits 1974 eingeführten einheitlichen Entgelttarif für Arbeiter und Angestellte. Teil der Jubiläumsveranstaltung ist eine zweitägige Beiratssitzung (17. bis 18. November) sowie die Verleihung des mit 10 000 Euro dotierten Journalistenpreises zum Thema „Solidarität und Arbeit – Museum oder Zukunftswerkstatt?" am 16. November. •

Neuer ver.di-Service

Arbeitszeugnisse verstehen

Die Gewerkschaft ver.di hat eine Service-Hotline eingerichtet, über die auch Nicht-Mitglieder zum Thema Arbeitszeugnis beraten werden. Unter der Nummer 01802/ 938 46 47 geben Fachleute der Gewerkschaft Auskunft über die verdeckte Bedeutung von Formulierungen und vermitteln Hilfen zur Lösung konkreter Probleme. Eingesandte Arbeitszeugnisse werden innerhalb von zwei Tagen analysiert. Der Service ist für Mitglieder kostenlos, Nicht-Mitglieder zahlen 70 Euro je Beratungsstunde. Die Gebühr für Nicht-Mitglieder wird im Falle des Gewerkschaftsbeitritts erlassen. •

www.verdi-arbeitszeugnisberatung.de

Politikkonzept der IG BCE

Arbeitsplätze retten – nicht die Welt

Im vergangenen Jahr haben die Gewerkschaften erneut Mitglieder verloren, fast 1000 pro Tag. Um den Trend umzukehren, müssen sich die Gewerkschaften stärker auf den Erhalt von Arbeitsplätzen konzentrieren, meint die Journalistin Gabriele Stief. In der Politik der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) sieht sie ein Vorbild für andere Gewerkschaften.

Man stelle sich vor: Ein Gewerkschaftskongress findet statt und die Versammlung hat die Größe eines Kaffeekränzchens. Nein, wenn sich die Delegierten der IG BCE in diesen Tagen in Hannover treffen, um den Vorsitzenden neu zu wählen, um Bilanz zu ziehen und nach vorn zu schauen, wird der Saal aus den Nähten platzen. Spitzenpolitiker werden dabei sein und man wird Stärke demonstrieren. Ein paar Zwischentöne wird es geben – ein paar Worte zur Krise, auch der eigenen.

Die Gewerkschaften stecken in der Krise. Knapp 4,8 Millionen Mitglieder sind ihnen seit 1991 von der Fahne gegangen. **Im vergangenen Jahr fast 1000** pro Tag. Frauen sind nach wie vor in der Minderheit; der Anteil der Rentner hat steile Zuwachsraten. Das Image ist miserabel. Laut dem jüngsten DGB-Trendbarometer halten mittlerweile 30 Prozent der eigenen Leute die Gewerkschaften für verzichtbar. Macht, Bürokratie, Blockade sind die Begriffe, die viele laut einer Allensbach-Umfrage mit der traditionsreichen Arbeitnehmervertretung verbinden. Funktionäre gelten als Betonköpfe. **Wo ist der Aufschrei?** Wo sind die Kampagnen, die deutlich machen: Wir sind nicht so! Oder gibt es Zweifel, dass die Kritiker Recht haben könnten?

Noch etwas: In der politischen Arena ist der Einfluss gesunken – das Verhältnis zur SPD, die gemeinsam mit der Union wohl weiter regieren wird, ist deutlich abgekühlt. Die Union wird zwar von ihren geplanten Eingriffen ins Tarifrecht Abstand nehmen, aber eine Große Koalition wird den Agenda-Kurs verschärfen. Wer allein auf die neue Linke im Bundestag und die vielen Gewerkschafter in ihren Reihen setzt, hat bereits verloren. Die Frage, wie Deutschland in den nächsten Jahren die Herausforderung der Globalisierung annimmt, wird nicht auf den Oppositionsbänken und auch nicht auf der Straße entschieden. Was heißt das für die Gewerkschaften?

Sie müssen raus aus der Wagenburg. Es ist **höchste Zeit, das eigene Selbstverständnis zu klären** und unter dem Dach des DGB mit einer Stimme zu sprechen. Vorbei sind die Zeiten, als das Gewerkschaftsbuch einfach weitergereicht wurde, in der Familie oder im Betrieb. Gewerkschaften teilen das Schicksal aller Großorganisationen. Sie müssen klar machen, wofür sie gebraucht werden: Als Dienstleister, politische Reformer oder betriebliche Partner? Oder doch alles zugleich? Eins ist offensichtlich: Mit Klassenkampfparolen und der alten Umverteilungsrezeptur überzeugt man nicht mehr. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität müssen immer wieder neu definiert werden.

Können andere von der IG BCE lernen? Sie ist eine der wenigen in der Gewerkschaftsfamilie, die sich früh für einen pragmatischen Weg entschieden

Gabriele Stief, 51, ist Politik-Redakteurin der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*. Gemeinsam mit dem Journalisten Hartmut Contenius hat sie kürzlich ein Buch zur Politik der IG BCE veröffentlicht.

hat – nicht nur in der betrieblichen Praxis, sondern auch in der öffentlichen Darstellung. Sie begreift Kompromisse nicht als Niederlage, erklärt betriebliche Bündnisse nicht zu Betriebsunfällen. Das, was manche als Schmusekurs verspotten, ist schlicht **die Einsicht, dass sich die Welt verändert hat** und Gewerkschaften verhandeln müssen, wenn sie für Arbeitnehmer etwas erreichen wollen. Auf allen Ebenen: in den Betrieben, in Berlin und in Brüssel. Das klingt unspektakulär und ist doch äußerst effektiv. Vor allem in der Tarifpolitik.

Es geht nicht darum, den Gewerkschaften den Schneid abzukaufen oder sie handzahm zu machen. Es geht um das Mandat der Interessenvertretung. **Gewerkschaftsvorsitzende werden nicht gewählt, um die Welt zu retten, sondern Arbeitsplätze.** Manche verwechseln die geballte Faust mit Durchsetzungskraft, Verweigerung mit vermeintlicher Stärke. Von der IG BCE lernen? Man stelle sich vor, Hubertus Schmoldt hätte sich mit seinem kompromissbereiten Kurs im Gewerkschaftslager durchgesetzt – bevor das Bündnis für Arbeit scheiterte, bevor man sich in der Auseinandersetzung um die Agenda 2010 aufrieb. Vielleicht wäre es zu einem Reformbündnis nach skandinavischem oder niederländischem Vorbild gekommen. Vielleicht wären die Gewerkschaften heute stärker. •

Gabriele Stief, Hartmut Contenius, Nur wer mitgestaltet, überlebt. Gewerkschaften als Motor, Aufbau Verlag, Berlin 2005, 202 Seiten, 14,90 Euro

IG BCE-Kongress in Hannover

„Stark genug für eigene Wege" – unter diesem Motto steht der Gewerkschaftskongress der IG BCE am 9. bis 14. Oktober in Hannover. 391 Delegierte wählen nicht nur den Vorstand, sondern entscheiden auch über die Grundlagen der Politik der mit 770 000 Mitgliedern drittgrößten DGB-Gewerkschaft.

Zur Abstimmung stehen 150 Anträge. Im Leitantrag „Das Modell Deutschland weiterentwickeln" heißt es, „Die Reform des Modells Deutschland ist notwendig. Aber Reformen müssen sozial gerecht sein." Die IG BCE fordert eine öffentliche Debatte über die Verantwortung der gesellschaftlichen Akteure. Wenn die Arbeitgeber trotz einer konsensorientierten Tarifpolitik mit Jobverlagerung drohten, um Gewinne zu erhöhen, oder Unternehmen jnach Bedarf gekauft oder verkauft würden, werde „die Verantwortung für das Modell Deutschland mit Füßen getreten". Im Leitantrag bekennt sich die IG BCE zum Ziel einer auf Innovation und Wachstum gegründeten Vollbeschäftigung. Das Modell Deutschland könne nur intakt bleiben, „wenn Arbeitsplätze in ausreichender Zahl für alle vorhanden sind". Dafür reiche eine Politik der Umverteilung nicht aus.

Im Internet
www.igbce.de
Alle Kongressanträge zum Download

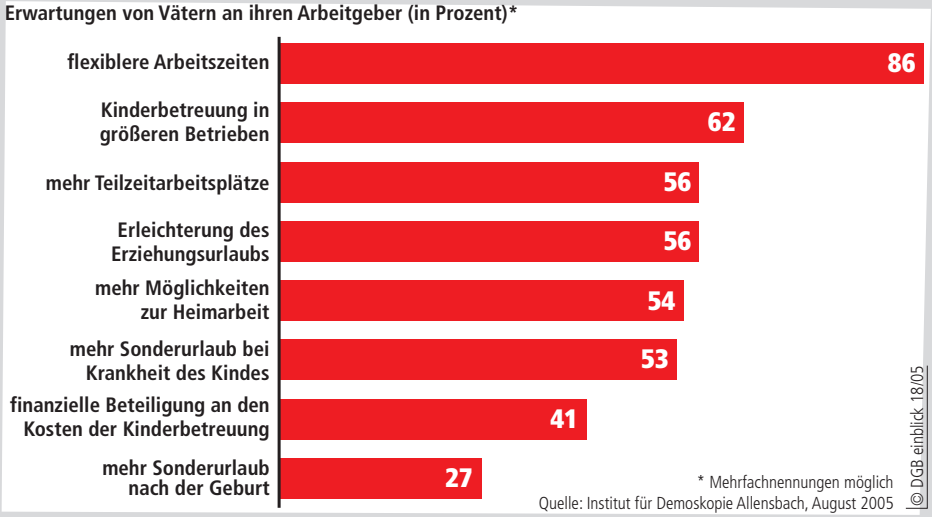
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

VEREINBARKEIT: Bedürfnisse berufstätiger Mütter und Väter gleich

90 Prozent der berufstätigen Männer mit Kindern wünschen sich von ihrem Unternehmen familienfreundlichere Arbeitszeiten. Für zwei Drittel ist eine betriebliche Kinderbetreuung wichtig. Eine finanzielle Unterstützung seitens des Arbeitgebers hat hingegen nur für ein Drittel der Väter Priorität. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Allensbach-Instituts zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf hervor. Damit unterscheiden sich die Wünsche berufstätiger Väter nicht von denen berufstätiger Mütter.



personalien

••• ***Klaus Wiesehügel,*** 52, ist am 4. Oktober vom Gewerkschaftstag der IG BAU als Gewerkschaftsvorsitzender wiedergewählt worden. Zum stellvertretenden Vorsitzende wurden der bisherige IG BAU-Vize ***Hans-Joachim Wilms,*** 50, sowie Vorstandsmitglied ***Dietmar Schäfers,*** 50, gewählt. In den von zehn auf neun Mitgliedern verkleinerten Vorstand wurden zudem ***Christoph Burmester,*** 56, ***Bärbel Feltrini,*** 41, ***Rolf Steinmann,*** 58, ***Andreas Steppuhn,*** 43, ***Karl Heinz Strobl,*** 58, und ***Frank Wynands,*** 53, gewählt.

••• ***Marika Briedrigkeit,*** 34, persönliche Referentin des DGB-Vorsitzenden, ist seit dem 26. September Referatsleiterin für gesellschaftspolitische Analysen des DGB. Ihre bisherige Funktion übernimmt ***Barbara Sušec,*** 36, bislang Referatsleiterin in der Grundsatzabteilung des DGB.

••• ***Sigrun Heil,*** 40, ist seit dem 1. Oktober zweite Pressesprecherin der IG BAU. Die Journalistin und Juristin hat in den letzten fünf Jahren als Hörfunk-Redakteurin für den SWR gearbeitet. Ab November vertritt sie für elf Monate den Leiter der Pressestelle, ***Michael Knoche,*** 38, der vom 1. November 2005 bis 30. September 2006 in Elternzeit geht.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Der nächste *einblick* erscheint am 31. Oktober.

21 TAGE

9.-14.10. IG BCE, Gewerkschaftskongress, Hannover

11.10. ver.di und Sozialverband Deutschland (SoVD), Tagung „Die Stärkung der häuslichen Pflege – eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft", Berlin

13.10. DGB Nordrhein-Westfalen, Fachtagung „Betriebliches Eingliederungsmanagement und Prävention", Düsseldorf

13./14.10. DGB, Tagung „Zukunft der Aus- und Weiterbildung – Chancen des neuen Berufsbildungsgesetzes", Berlin

19.10. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen, „Auf dem Weg zum Zweiverdienermodell – Fortschritt oder Rückschritt durch die Hartz-Gesetze?", Berlin

20.-22.10. IG Metall, Tarifpolitische Konferenz „Stark in der Fläche – aktiv im Betrieb", Mannheim

21.10. DGB Saar, Festakt anlässlich der Gründung des DGB Saar vor 50 Jahren, Saarbrücken

22.10. ver.di, Konferenz „Alternativen der Wirtschaftspolitik", Berlin

25.10. DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Makroökonomischer Kongress „Strukturreform als Wachstumsmotor? – Ein Vergleich zwischen Schweden und Deutschland", Berlin

27./28.10. IG Metall, Gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Forum, Berlin

27.-29.10. DGB, Bundesjugendkonferenz „Solidarität reloaded", Halle/Saale

Schlusspunkt

„Grüne schalten Trittin ab"

Die Berliner tageszeitung (taz) am 28. September zur Wahl von Renate Künast und Fritz Kuhn als Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Grüne. Umweltminister Jürgen Trittin hatte ebenfalls für den Fraktionsvorsitz kandidiert.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 31.10.2005 19/05

DGB

inhalt

Seite 3
Mehr Beschäftigung in einem modernen Sozialstaat
Anforderungen des DGB an die künftige Bundesregierung

Seite 5
Mehr regelmäßige Kontakte
Regina Görner, Mitglied des Vorstands von IG Metall und CDU, rät Gewerkschaften und Union zu mehr Gesprächskontakten

Seite 7
Das Lied vom Klassenfeind
Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel will Unternehmen, die Tarifverträge brechen, härter angehen. Die Botschaft ist bei Freund und Feind angekommen, meint Michael Knoche.

Koalitionsverhandlungen von Union und SPD

DGB fordert Aufschwung für Arbeit

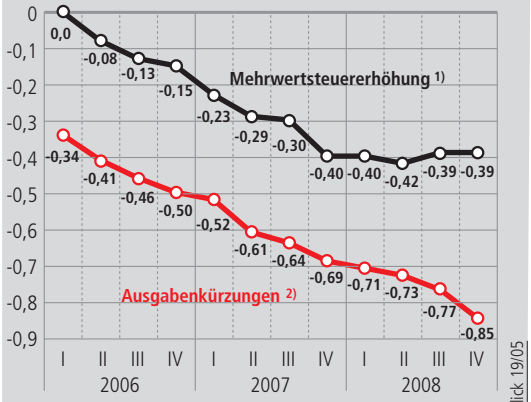
Zwei Grundsatzentscheidungen haben Union und SPD in ihren Koalitionsverhandlungen bereits gefällt: Zum einen wollen sie ab 2007 die Kriterien des EU-Stabilitätspakts einhalten. Zum anderen haben sich die Spitzen von Union und SPD bereits am 10. Oktober in den „Grundlagen für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen" auf vier inhaltliche Aussagen zur künftigen Regierungspolitik verständigt. Dazu zählt neben der Ankündigung, ab 2010 mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung zu investieren, auch das gemeinsame Bekenntnis zum Erhalt der Tarifautonomie.

Im Wahlkampf hatte die Union noch gefordert, dass die Unternehmen über betriebliche Bündnisse Abweichungen vom Tarifvertrag vereinbaren können. Auch gegen den Willen der Tarifparteien. Jetzt spricht sich die Union für betriebliche Bündnisse „im Rahmen der Tarifautonomie" aus. Über deren Ausgestaltung will die künftige Bundesregierung Gespräche mit den Tarifvertragsparteien führen. Auch die beiden anderen Punkte der Vereinbarung bewerten die Gewerkschaften positiv: Statt der von der Union geplanten Steuersenkungen soll es lediglich zu einer Vereinfachung der Einkommenssteuer kommen, die nicht nur zu mehr Transparenz und Effizienz führen soll, sondern auch zu mehr Gerechtigkeit. Dazu sollen Ausnahmetatbestände reduziert werden, die Steuerfreiheit von Sonn-, Nacht- und Feiertagszuschlägen soll aber ausdrücklich erhalten bleiben. Und in der Familienpolitik wollen beide Parteien über die Einführung eines Elterngeldes sprechen. Ein Modell, das auch von den Gewerkschaften gefordert wird.

Bis zum 12. November wollen Union und SPD die Koalitionsverhandlungen abschließen. „Wir werden die weiteren Verhandlungen konstruktiv-kritisch begleiten", kündigte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer gegenüber *einblick* an. „Konstruktiv überall da, wo die Richtung stimmt, kritisch dort, wo es angebracht ist." Wichtig sei dabei, „dass wir unseren Anforderungen treu bleiben, die wir als Maßstäbe für eine sozial gerechte Politik bereits vor den Wahlen formuliert haben. Die Wähler haben uns in dieser Haltung bestätigt: Sie wollen Reformen, aber für mehr Arbeitsplätze, sozial versichert und anständig bezahlt." Dabei komme es nicht auf die Lautstärke an, sondern auf intensive Gespräche. „Wir setzen auf die Kraft unserer Argumente", so Sommer. •

Übereilter Schuldenabbau schadet der Konjunktur

Auswirkungen einer beschleunigten Haushaltskonsolidierung auf das Wirtschaftswachstum (in Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts)



1) Erhöhung der Mehrwertsteuersatzes auf 18 Prozent
2) schrittweiser Rückgang des Staatskonsums gegenüber dem Status quo Szenario um fünf Milliarden Euro/Jahr
Quelle: IMK, Kunjunkturprognose 2005

© DGB einblick 19/05

Ab 2007 wollen Union und SPD die von der EU geforderte Drei-Prozent-Grenze bei der Neuverschuldung einhalten. Eine beschleunigte Haushaltskonsolidierung wirkt sich allerdings negativ auf das Wirtschaftswachstum aus, befürchtet das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

plusminusBERLIN

+ ***Die Grünen-MdB Christine Scheel und Thea Dückert fordern, dass ArbeitnehmerInnen ihre betriebliche Altersvorsorge bei einem Arbeitgeberwechsel „uneingeschränkt" fortsetzen können. Sie sei „keine Verfügungsmasse" der Firmen.***

– ***Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) glaubt nach wie vor fest an eine „Wende am Arbeitsmarkt". Die Bundesagentur für Arbeit rechnet hingegen mit einem Wiederanstieg der Arbeitslosenzahl auf über fünf Millionen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de
Der Medien-Newsletter des DGB zum Download (Klick auf: Service, Publikationen, Medien-Newsletter)

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Die Turbos im Kapitalismus". Basisinformationen von ver.di über Hedge- und Private Equity-Fonds

IMK-Konjunkturbericht

Deutschland wettbewerbsfähig

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in diesem Jahr trotz hoher Energiepreise um ein Prozent steigen, im kommenden Jahr um 1,4 Prozent. Das Wirtschaftswachstum liegt damit in Deutschland geringfügig unter dem erwarteten Wachstum für den Euroraum von 1,2 Prozent in 2005 bzw. 1,5 im Jahr 2006. Diese Prognose hat das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in seinem Mitte Oktober erstmals präsentierten Konjunkturbericht gemacht. Schwachpunkt der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bleibt nach der Analyse des IMK die schleppende Binnennachfrage. Zwar würden die Ausrüstungsinvestitionen 2005 um gut fünf Prozent zunehmen, weil die Unternehmen ihre Produktion modernisieren und zum Teil ausweiten würden. Dagegen hätte der private Konsum bislang keine neuen Impulse erhalten. Geringe Lohnzuwächse und hohe Energiekosten führten 2005 und 2006 dazu, „dass die Realeinkommen leicht sinken, zum vierten Mal in Folge", so das IMK. „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Konsumentwicklung so gedrückt wie seit 2001", konstatieren die WissenschaftlerInnen.

„Deutschland ist wettbewerbsfähig", so Institutsleiter Gustav Horn. Jetzt käme es darauf an, dass die Politik anders als in den vergangenen Jahren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wieder einen höheren Stellenwert einräumt. Die neue Bundesregierung könne dazu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie auf weitere Kürzungen im Haushalt und auf Steuererhöhungen verzichte und stattdessen eine mittelfristige Konsolidierung des Haushaltes verfolge. Zudem sei eine Senkung der Lohnnebenkosten, wie zurzeit in den Koalitionsverhandlungen diskutiert, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nicht erforderlich. •

Studie über Praktika

Hochprekäre Jobs

Die „Generation Praktikum" steht im Mittelpunkt einer Studie im Auftrag von DGB-Jugend und Hans-Böckler-Stiftung. Erste Ergebnisse wurden auf der DGB-Bundesjugendkonferenz in Halle vorgestellt. Sie bestätigen, dass die Zahl der HochschulabsolventInnen, die nach dem Studium keine feste Anstellung erhalten, stetig zunimmt. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt hat die AkademikerInnen erreicht. Obwohl sie nach wie vor deutlich bessere Job-Chancen als niedriger Qualifizierte haben, verläuft der Einstieg in den Beruf selten ohne Brüche.

Die erste Phase bis zum Berufseinstieg wird mit einer Vielzahl „prekärer Beschäftigungsformen" überbrückt. Dazu gehören befristete Beschäftigungen, unterqualifizierte Übergangsjobs, Honorar- und Werkverträge oder Formen der Selbstständigkeit sowie regelrechte „Praktikakarrieren", also mehrere Praktika hintereinander ohne Aussicht auf feste Anstellung. Dabei zeichnen sich diese „Arbeitsverhältnisse" durch ein hohes Qualifikationsniveau, äußerst flexible Arbeitszeiten, niedrige Entlohnung und geringe Sozialstandards aus. Arbeitgeber rekrutieren so hochleistungsfähige Arbeitskräfte ohne ausreichende Entlohnung und die üblichen Arbeitnehmerrechte. •

www.jugend.dgb.de

Unternehmensberatung
Gender Mainstreaming
Branchenkonzepte
Turn-around-Beratung

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH
Westring 26a | 44787 Bochum

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de

Rolf Plake:
rplake@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH

Beratung von Betriebsräten

Krisen bewältigen und gleichzeitig Zukunftschancen für Unternehmen erarbeiten - mit einem integrierten Leistungsprofil bietet die ISA Consult GmbH dafür kundenorientierte Beratungen an - und das bereits seit 1991.

Auf Grundlage des § 80.3 bzw. § 111 BetrVG berät die ISA Consult Betriebsräte als externe Sachverständige dabei,
• Konzepte und Pläne des Arbeitgebers qualifiziert zu bewerten
• auf Grundlage des § 92a BetrVG eigene Vorschläge für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu erstellen und
• diese in die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber einzubringen.

Die ISA verfügt über 30 erfahrene Beraterinnen und Berater mit spezialisierten betriebswirtschaftlichen, arbeitswissenschaftlichen, gleichstellungsorientierten Fachkenntnissen an vier Standorten - Bochum, Berlin, Hamburg und Frankfurt.

Aus diesem BeraterInnenstamm werden die Teams genau auf die jeweilige Aufgabe und den Kunden, unter Berücksichtigung der jeweiligen Branche, zugeschnitten. Durch die aktive Einbeziehung des Betriebsrates kontrolliert dieser jederzeit das Verfahren. Die ISA Consult unterstützt die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge.

Darüber hinaus entwickelt das Team der ISA Consult in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten im Unternehmen passgenaue Konzepte zur Organisations- und Personalentwicklung oder organisiert betriebliches Coaching und Führungkräftetraining, was gleichstellungsorieniert erfolgen kann. Sie erarbeitet gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften Konzepte für Zukunfts- und Brancheninitiativen und setzt sie im Dialog mit Unternehmensvertretern um.

Kurzum: Methodisches Vorgehen, fachliches Knowhow und die Beteiligung der betroffenen Beschäftigten sind die Grundlagen unserer erfolgreichen Arbeit.

Anforderungen an die künftige Bundesregierung

Mehr Beschäftigung in einem modernen Sozialstaat

Eine Beteiligung an der öffentlich geführten Debatte über die Bildung der neuen Bundesregierung hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses vom 18. September abgelehnt. Der DGB setzt stattdessen auf inhaltliche Anforderungen an die Politik der künftigen Bundesregierung. Am 19. Oktober hat der DGB-Bundesausschuss die Forderungen der Gewerkschaften noch einmal konkretisiert.

„Die Gewerkschaften sind der Überzeugung, dass Politik viel bewirken kann, um das Leben und Arbeiten der Menschen auch in Umbruchsituationen zu verbessern", heißt es in der Erklärung des Bundesausschusses zu den Koalitionsverhandlungen. „Was das im Einzelnen bedeutet, mag unterschiedlich beurteilt und entschieden werden, doch der DGB bekräftigt, dass alle konkreten Entscheidungen sich daran messen lassen müssen, inwieweit sie Beschäftigungschancen zu sozialverträglichen Bedingungen vergrößern und Arbeitslosigkeit abbauen." Ausdrücklich betont der Bundesausschuss, dass die Gewerkschaften bereit seien, einen konstruktiven Beitrag für eine „reformorientierte Weiterentwicklung des Sozialstaates" und für die Überwindung der Arbeitslosigkeit zu leisten. „Sie verlangen allerdings auch, dass die öffentlichen und privaten Arbeitgeber ihrer sozialen und beschäftigungspolitischen Verantwortung nachkommen".

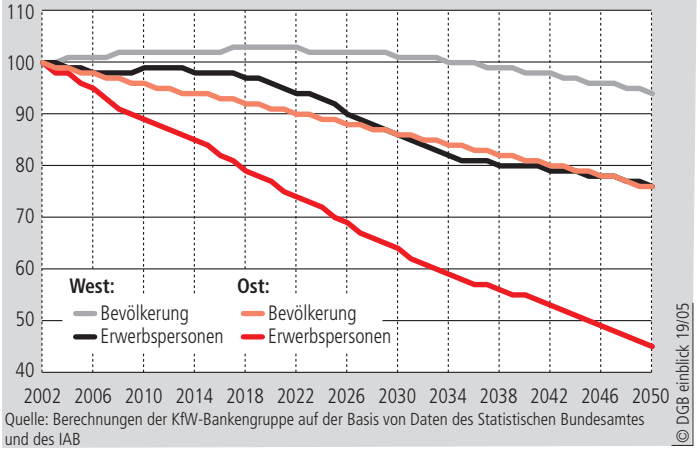
Von der künftigen Bundesregierung erwartet der DGB, dass sie mit den Mitteln der Innovations- und Forschungsförderung sowie mit Hilfe öffentlicher Investitionen selbst einen Beitrag zur Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze leistet. Durch Qualifizierung und berufliche Eingliederung müsse die Bundesregierung Langzeitarbeitslosen, Jugendlichen und älteren ArbeitnehmerInnen wieder eine realistische Chance auf dem Arbeitsmarkt bieten. Notwendig sei zudem eine Politik, die für alle Jugendliche einen Ausbildungsplatz gewährleiste. Dazu zählt aus Sicht des DGB auch die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage. Für zentral hält der DGB zudem eine Gleichstellungs- und Familienpolitik, die „gleiche Chancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen zum Ziel hat, das Leben mit Kindern fördert und Eltern dabei unterstützt, ihre Verpflichtungen gegenüber Kindern und Beruf besser zu vereinbaren".

Teil der Erklärung des DGB-Bundesausschusses zu den Koalitionsverhandlungen sind die Anforderungen an die künftige Bundesregierung, die der DGB bereits Anfang Juni während des Bundestagswahlkampfes präsentiert hat *(einblick 12/2005)*. Dort stellt der DGB auch seine Vorschläge zur Modernisierung des Sozialstaates, zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung und für einen sozial gerechten Umbau des Steuersystems vor. Statt weiterer Steuersenkungen fordert der DGB eine Politik, die eine solide Finanzierung des Sozialstaats sicherstellt.

Auch die Mitgliedsgewerkschaften haben zum Teil eigene Positionspapiere zur Begleitung der Koalitionsverhandlungen vorgelegt. Allein bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di umfasst das entsprechende Positionspapier 13 Seiten. Aufgelistet werden dort auch Vorschläge, die die Entwicklungsperspektiven der von der Gewerkschaft vertretenen Branchen stärken sollen. •

Halbierung des Arbeitskräfteangebots im Osten

Entwicklung der Bevölkerung und des Erwerbspersonenpotenzials 2002 bis 2050 (2002: 100 Prozent)



Quelle: Berechnungen der KfW-Bankengruppe auf der Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes und des IAB

Die schwierige wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern ist eines der zentralen Themen der Koalitionsverhandlungen. Nach einer Studie der KfW-Bankengruppe dürfte sie sich in den nächsten Jahren sogar noch verschärfen: Bis Ende dieses Jahrzehnts sinkt das Erwerbspersonenpotenzial im Osten auf 89 Prozent gegenüber 2002, bis 2050 sogar auf nur noch 45 Prozent. Der Grund: Der demographische Wandel vollzieht sich im Osten nicht nur schneller und früher als im Westen, sondern er wird durch die Abwanderung junger, qualifizierter Fachkräfte noch verstärkt.

Wahl am 22. November

Bis zum 12. November sollen die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sein. Zwei Tage später, am 14. November, müssen CDU, CSU und SPD die Ergebnisse dann ihren Parteitagen vorlegen, bevor am 22. November Angela Merkel (CDU) zur neuen Bundeskanzlerin gewählt werden kann. Um den Zeitplan einzuhalten, wollen die künftigen Koalitionspartner in der Schlussphase notfalls jeden Tag zusammentreten.

Welche Chancen die Gewerkschaften haben, ihre Forderungen in den Koalitionsvertrag einfließen zu lassen, entscheidet sich auch in den 16 Arbeitsgruppen, die Union und SPD zur Vorbereitung der Koalitionsrunde gebildet haben.

Dort sind zum Teil Abgeordnete vertreten, die den Gewerkschaften nahe stehen. Mitglied der besonders wichtigen Arbeitsgruppe 1 „Arbeit und soziale Sicherheit" sind unter anderen die Bundestagsabgeordneten Franz Thönnes, Klaus Brandner und Gerd Andres (alle SPD) sowie der CDA-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann. Der Arbeitsgruppe 2 „Gesundheit" gehören der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach und der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU im Bundestag, Gerald Weiß, an.

PROJEKTE UND PARTNER

Tagung

Vorfahrt für Familie

Um „Vorfahrt für Familien" geht es bei dem gleichnamigen Projekt des DGB. Mit einer Tagung am 2. November in Berlin wollen Hans-Böckler-Stiftung und DGB die Perspektiven und Handlungsfelder einer nachhaltigen Familienpolitik erkunden. Für den DGB müsste das ein neuartiger Mix aus Infrastruktur, familienfreundlicher Unternehmenskultur und finanziellen Leistungen sein, um mehr Spielräume für Familien zu öffnen. In Talkrunden und Workshops soll es um familienfreundliche Arbeitsbedingungen, finanzielle Sicherheit, zeitliche Freiräume und unterstützende Infrastruktur wie eine bessere Kinderbetreuung gehen. „Lokale Bündnisse für Familie", in denen sich immer mehr GewerkschafterInnen engagieren, zeigen, dass Ansätze dieser neuen Familienpolitik längst Praxis sind. •

martina.schultz@dgb.de
www.dgb.de

HBS-Broschüre

Fonds im Blick

Hitzig wurde in den letzten Monaten über Finanzinvestoren diskutiert, insbesondere über hoch spekulative Hedge-Fonds, die zunehmend deutsche Firmen als lukrative Gewinnmöglichkeiten für sich entdecken. Lothar Kamp und Alexandra Krieger von der Hans-Böckler-Stiftung wollen mit ihrer Broschüre „Die Aktivitäten von Finanzinvestoren in Deutschland" einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten. Der Einstieg von Fondsgesellschaften in Unternehmen bedeute nicht zwingend, dass Beschäftigte entlassen und die Verschuldung in die Höhe getrieben werde, so die AutorInnen. Kamp und Krieger haben insgesamt elf Fallbeispiele – von A.T.U. bis Deutsche Börse AG – analysiert, um die unterschiedliche Vorgehensweise der Fondsgesellschaften aufzuzeigen. Die 86-seitige Broschüre kostet 10 Euro. •

Fax 0211/77 78 188

Symposium

Werte und Wohlfahrt

Welche Perspektiven hat der Wohlfahrtsstaat? Welche Modelle gibt es weltweit, welche Antworten geben sie auf die drängenden Fragen in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, und Sozialpolitik? Das Centrum für Globalisierung und Governance an der Universität Hamburg veranstaltet gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung am 4. und 5. November in Hamburg ein internationales Symposium unter dem Titel „Culture and Welfare State. Values of Social Policy from a comparative Perspective". Die ReferentInnen kommen von Universitäten aus dem In- und Ausland, u.a. aus Ulster, Berkeley, Trondheim, Toronto und Bamberg. •

melanie.eichler@uni-hamburg.de

Buch und Veranstaltung

Gerechte Leistungsvergütung

Der Trend zur leistungsabhängigen Bezahlung birgt Chancen und Risiken für Beschäftigte. Deshalb haben ver.di und IG Metall das Buch „(Geschlechter-)Gerechte Leistungsvergütung? Vom (Durch)Bruch des Leistungsprinzips in der Entlohnung" initiiert (VSA-Verlag, 10,80 Euro). Es überprüft, ob das Leistungsprinzip in der Bezahlung dem Grundsatz der Entgeltgleichheit entspricht. Dabei geht es in erster Linie um Entgeltgerechtigkeit, nicht nur um Geschlechtergerechtigkeit. Die beiden Autorinnen Karin Tondorf und Andrea Jochmann-Döll untersuchen verschiedene Modelle der Leistungsvergütung und ihre rechtlichen Aspekte und analysieren Diskriminierungsmechanismen. Außerdem geben sie zehn Gestaltungsempfehlungen für ein diskriminierungsfreies Leistungsprinzip.

Unter dem Titel des Buches veranstaltet ver.di am 15. November 2005 eine Tagung in der ver.di-Zentrale in Berlin. Unter anderem sprechen die Autorinnen des Buches über arbeitsrechtliche Vorgaben der Leistungsbezahlung und über Diskriminierungsfallen. •

waltraut.jebara@verdi.de

Seminare 2006

Personalräte stärken

Das neue Seminarprogramm der Zeitschrift *Der Personalrat* für 2006 setzt Schwerpunkte im Bereich Beamte, Organisation der Personalratsarbeit, Kommunikation und wirtschaftliche Angelegenheiten. Erstmals werden Seminare zur Krankenhausprivatisierung sowie zum neuen kommunalen Finanzmanagement angeboten. •

www.aib-verlag.de
ilona.hofmann@aib-verlag.de

DGB-Themenheft

Bewährte Mitbestimmung

Im Bundestagswahlkampf warben FDP und CDU für eine massive Beschneidung von Tarifautonomie und Mitbestimmung. Angesichts des Wahlausgangs ist die akute Gefahr gebannt, doch im Arbeitgeberlager werden die Mitbestimmungsrechte nach wie vor in Frage gestellt. Umso wichtiger sind Sachargumente wie sie das DGB-Themenheft „Mitbestimmung – ein Gewinn für Deutschland und Europa" bietet. Es finde sich keinerlei Nachweis für die These, so heißt es, dass die Mitbestimmung ein Standortnachteil im internationalen Wettbewerb sei. Im Gegenteil: Länder mit weitgehenden Mitbestimmungsrechten hätten zumeist eine starke Weltmarktposition – und außerdem eine niedrige Streikrate. •

www.dgb.de/themen/themen (Klick auf: Mitbestimmungspolitik, Dokumente

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** will den ***Hochschulzugang für MeisterInnen*** erleichtern. Wer die berufliche Qualifikation besitzt, müsse ohne Prüfung für Studiengänge zugelassen werden, die fachlich dieser Qualifikation entsprechen. In anderen Bundesländern sei das bereits möglich, so der DGB-Bezirksvorsitzende Rainer Bliesener. Der DGB unterstütze deshalb den entsprechenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion im Landtag. Für eine weitergehende Durchlässigkeit der Berufsbildung fordert der DGB darüber hinaus ein flächendeckendes Angebot dualer Berufskollege und die Möglichkeit, in der dualen Ausbildung die Fachhochschulreife zu erlangen. Infos: *www.dgb-bw.de*

••• Das ***DGB-Bildungswerk Berlin – Brandenburg*** will betriebliche Ausbildung für ***behinderte Jugendliche*** in beiden Bundesländern koordinieren. Die neu gegründete Koordinierungsstelle will nicht nur behinderte Jugendliche auf ihrem Weg in die Ausbildung unterstützen, sondern auch Unternehmen und Betriebe beraten, die behinderte Azubis ausbilden wollen. Das zunächst auf zwei Jahre angelegte Projekt findet im Rahmen der Initiative „job – Jobs ohne Barrieren" des Bundesgesundheitsministeriums statt. Infos: Michael Wiedebur, *wiedeburg@dgb-bildungswerk-bb.de*

Interview mit IG Metall-Vorstand Regina Görner

Mehr regelmäßige Kontakte

Das neue IG Metall-Vorstandsmitglied mit CDU-Parteibuch, Regina Görner, plädiert für regelmäßige Kontakte zwischen GewerkschafterInnen und Mitgliedern der Union. Der persönliche Austausch sei besser als der Schlagabtausch über Presseerklärungen.

■ Du bezeichnest dich als „Übersetzerin zwischen Union und Gewerkschaft". Warum sind sich beide so fremd?

■ *In der praktischen Alltagsarbeit gibt es wenig Berührungspunkte. Viele CDU-Mitglieder kennen kaum GewerkschafterInnen – und umgekehrt. Das führt zu unterschiedlichen Perspektiven.*

■ Wie sehen die aus?

■ *In gewerkschaftlichen Diskussionen über die Tarifautonomie beispielsweise zählen Argumente wie Interessenvertretungsstrukturen und gewerkschaftliche Handlungsspielräume. In der Union überzeugt der Hinweis auf die Bedeutung der Tarifautonomie für gleiche Wettbewerbschancen von Betrieben oft mehr. Man muss wissen, wer von welchen Erfahrungen ausgeht. Ein Unionsabgeordneter, der von einem gewerkschaftlichen Gegenüber als Repräsentant des Großkapitals angesprochen wird, wird sich fragen, warum er für Dinge kritisiert wird, mit denen er sich selbst gar nicht identifiziert. Beide teilen die Skepsis gegenüber dem Großkapital, werden es im Gespräch aber nicht merken.*

■ Bleibt das gegenseitige Verständnis nur Paradiesvögeln wie dir vorbehalten?

■ *Natürlich nicht. Mehr gemeinsame Berührungspunkte und regelmäßige Kontakte können dafür sorgen, dass man sich nicht dauernd missversteht und missverstanden fühlen muss. Als sich die Vorstände von CDU und DGB kürzlich getroffen haben, waren beide Seiten positiv überrascht. Der persönliche Austausch ist nun mal nicht durch den Schlagabtausch über Presseerklärungen zu ersetzen.*

■ Dein Appell lautet also?

■ *Zunächst wäre es wichtig, genauer hinzuhören. Manches, was martialisch klingt, kann durchaus ein Friedensangebot sein. Je mehr man über die Gegenseite weiß, desto bessere Ergebnisse kann man erzielen. Das kennen wir doch bestens aus dem Tarifgeschäft.*

Foto: IG Metall/Kirchgessner

Regina Görner, 55, war von 1990 bis 1999 DGB-Vorstandsmitglied, dann bis 2004 Sozialministerin im Saarland. Sie gehört dem CDU-Bundesvorstand an.

■ Bist du als Schwarze in der Gewerkschaft das Feigenblatt?

■ *Ich vertrete eine Minderheit. Was ist daran problematisch? Wenn Organisationen bestimmte Zielgruppen ansprechen wollen, dann müssen sie auch sichtbar machen, dass sie ihnen Beteiligungsmöglichkeiten einräumen.*

■ Wo wird dir mehr Misstrauen entgegengebracht – in der Union oder in der Gewerkschaft?

■ *Ich erfahre auf beiden Seiten Misstrauen, aber auch Vertrauen, weil ich mich bemühe, meine eigene Linie klar durchzuhalten: Wenn etwas nicht meiner Überzeugung entspricht, stimme ich nicht zu. Ich suche nicht den Konflikt, gehe ihm aber auch nicht aus dem Weg.*

■ Ein Beispiel?

■ *Dem Wahlprogramm von CDU und CSU konnte ich nicht zustimmen, wegen des Konflikts um die betrieblichen Bündnisse. Dass man als Gewerkschaftsmitglied nicht immer mit der eigenen Partei übereinstimmen kann, haben inzwischen ja auch andere lernen müssen. In der Minderheitenposition zu sein, ist kein Vergnügen, selbstverständlich respektiere ich Mehrheitsentscheidungen.*

■ Immer?

■ *Es sind schon Situationen denkbar, in denen man gehen muss. Ende der 70er Jahre gab es in der CDA eine sehr negative Diskussion zum Thema Frauengleichstellung. Wenn bestimmte Entscheidungen gefallen wären, wäre ich ausgetreten. Aber im Alltag überwiegen die Situationen, in denen ich mich als „schwarze" Gewerkschafterin durchaus wohl fühle.*

■ CDA-Vorsitzender Laumann kritisiert, dass die Union im Wahlkampf die Interessen der Arbeitnehmer „sträflich vernachlässigt" habe.

■ *Wer Volkspartei sein und mehr als 40 Prozent der Stimmen gewinnen will, darf nicht nur die Interessen von einem Drittel der Bevölkerung vertreten – und sich dann wundern, dass er nur von diesem Teil gewählt wird. Es gibt in diesem Land keine Mehrheit gegen die ArbeitnehmerInnen. Wer das nicht respektiert, kriegt die Quittung.*

■ Die Union hat sich auf ihre Ehrlichkeit was eingebildet.

■ *Die Ehrlichkeit war richtig. Die Menschen sind bereit, auch bittere Pillen zu schlucken, wenn sie die Notwendigkeit erkennen. Aber sie hatten dann – Stichwort Steuerpolitik à la Kirchhof – nicht mehr den Eindruck, dass es gerecht zugeht.*

■ Du kommst nach sechs Jahren wieder zur Gewerkschaft zurück...

■ *... und denke manchmal, ich sei gar nicht weg gewesen.*

■ Hat sich nichts geändert?

■ *Doch, zum Beispiel das Verständnis von der eigenen Rolle: Die Einsicht, die vorhandenen wie die potenziellen Mitglieder ansprechen zu müssen, scheint deutlich gewachsen zu sein. Wir können als Gewerkschaften nur erfolgreich sein, wenn wir möglichst viele an uns binden. Das setzt voraus, dass wir ernst nehmen, dass sie uns brauchen. Und wir werden dringend gebraucht, vor allem dort, wo wir nicht gut organisiert sind.* •

Nicht jede hat „Schwarze"

Der DGB ist nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft organisiert, d.h. er ist parteipolitisch unabhängig. Im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (5 hauptamtliche Mitglieder) ist deshalb traditionell ein Mitglied der CDU vertreten (zurzeit Ingrid Sehrbrock, die zugleich stellvertretende CDA-Vorsitzende ist).

Das gilt nicht für die acht Mitgliedsgewerkschaften. So sitzt im Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt (neun Mitglieder) kein so genannter „Schwarzer". Dasselbe gilt für die geschäftsführenden Vorstände der Gewerkschaften TRANSNET (neun Mitglieder) sowie Erziehung und Wissenschaft (zehn Mitglieder) und für den geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (drei Mitglieder).

Bei der Gewerkschaft der Polizei ist nur der Bundesvorsitzende hauptamtlich, unter den neun ehrenamtlichen Mitgliedern des geschäftsführenden Bundesvorstands ist ein „Schwarzer" (Detlef Rieffenstahl). Im Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall und im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie sind mit Kurt Martin, Regina Görner und Wilfried Woller GewerkschafterInnen mit CDU-Parteibuch vertreten.

kurz&bündig

Die GEW fordert von Bund und Ländern zehn Millionen Euro für die Leseförderung. Das sei exakt der Betrag, der nach dem schlechten Abschneiden deutscher SchülerInnen bei internationalen Studien in die mathematisch-naturwissenschaftliche Förderung investiert wurde. Was im Vergleich dazu bei der Leseförderung geschehe, sei „lächerlich", so GEW-Vize Marianne Demmer.

Die Zeitschrift der IG BCE-Frauen erscheint seit Oktober mit neuem Titel und im neuen Design. Statt FUSSNOTEN heißt die Zeitschrift in Zukunft IG BCE FrauenImpuls. Schwerpunktthema der ersten Ausgabe ist die „Familienbewusste Personalpolitik".

Der ver.di-Fernsehpreis geht 2005 an zwei Fernsehfilme des ZDF. „Kleine Freiheit" von Yüksel Yavuz beschreibt die Freundschaft zweier illegal in Deutschland lebender 16-Jähriger. Zweite Preisträgerin ist Sabine Derflinger mit „Kleine Schwester", ein Familiendrama im Spannungsverhältnis von Ost und West.

Die GdP bezeichnet die Fußball-WM 2006 als größte Herausforderung für die Polizei in der Nachkriegszeit. Ein wesentliches Problem sei die „Verlagerung des Fußballgeschehens in den öffentlichen Raum". Außerdem würden allein aus England pro Spiel der englischen Mannschaft 25 000 Fans ohne Eintrittskarten erwartet.

Abführungsrichtlinien

Neu geordnet

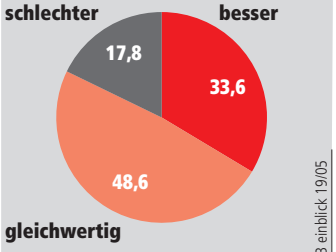
Auf Antrag der Gewerkschaften hat der DGB-Bundesvorstand die Richtlinien zur Abführung von Aufsichtsratstantiemen ergänzt. Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten dürfen demnach einen leicht erhöhten Anteil dieser Tantiemen behalten. Der Rest ist abzuführen an die Hans-Böckler-Stiftung oder – und das ist neu – bis zu einer Höhe von 20 Prozent an gemeinnützige Organisationen der IG Metall, von ver.di, IG BAU oder der Gewerkschaft NGG. Für die IG BCE gab es die Ausnahme bereits in der Vergangenheit.

Nach den neuen Regeln dürfen die Aufsichtsratsmitglieder nun etwa so viel behalten, dass beispielsweise die entstehenden Kosten für Steuerberater gedeckt sind. •

„Gleich gestellt, doppelt stark!" Unter dieses Motto stellen die Gewerkschaftsfrauen ihre Aktivitäten zum Internationalen Frauentag 2006. Mehr dazu gibt's in der Ausgabe des DGB-Infobriefs „Frau geht vor", die Mitte Dezember erscheint. „Betriebsrat ist gut, besser mit Frauen" ist das Thema des gerade erschienenen Frauen-Infobriefs. Infos und Bestellungen: *lilo.collm@dgb.de*

Besser als Anwälte

Wie bewerten Sie die Leistungen des DGB-Rechtsschutzes im Vergleich zu freien Anwaltskanzleien? (in Prozent)



Quelle: DGB Rechtsschutz GmbH, Mandantenbefragung 2005

© DGB einblick 19/05

85 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder, die in der jüngsten Zeit die DGB Rechtsschutz GmbH in Anspruch genommen haben, sind mit der Vertretung ihrer Interessen „zufrieden", 38 Prozent sogar „sehr zufrieden". In ihrer Mandantenbefragung 2005 hat die DGB Rechtsschutz GmbH auch gefragt, mit wem sie mehr zufrieden waren: 33,6 Prozent fanden die Vertretung durch die DGB Rechtsschutz GmbH besser als die durch freie Anwälte, weitere 48,6 Prozent gleichwertig. Nur 17,8 Prozent fühlten sich von unabhängigen Anwaltskanzleien besser vertreten.

BGAG

Postbank kauft BHW-Anteile

Die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG (BGAG) und die BWB, die Holding des Beamtenbundes, verkaufen ihre Anteile an der Hamelner BHW Holding AG an die Deutsche Postbank AG. Nach dem Vollzug dieser Transaktion, der für Anfang 2006 vorgesehen ist, wird die Postbank mehr als 90 Prozent der Anteile des BHW halten. Mit der Postbank sei ein finanzkräftiger Investor gefunden worden, der die Erfolgsgeschichte des BHW fortschreiben könne, so Norbert Massfeller, Vorsitzender des Vorstands der BGAG. Er kündigte an, dass der Verkaufsprozess für die Allgemeine Hypothekenbank Rheinboden AG (AHBR) weiter fortgeführt werde. •

?...nachgefragt

Was verbirgt sich hinter dem neuen Masterstudiengang „Gewerkschaftspolitik und Globalisierung"? Das fragte einblick Harald Kroeck, 44, einen der ersten Absolventen des Studiengangs, der u.a. von der ILO entwickelt wurde und vom DGB unterstützt wird. Das Studium wird ein Semester an der Universität Kassel und ein weiteres an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin durchgeführt.

Der Studiengang richtet sich an Studierende, die Antworten auf die neoliberalen Herausforderungen der Globalisierung finden wollen. Insgesamt waren unter den 23 Studierenden 18 Nationen vertreten. Viele haben bereits in Organisationen oder Gewerkschaften gearbeitet und kehren dahin zurück. Ein Ziel des Studienganges ist es, ein internationales Netzwerk zu schaffen, in dem sich GewerkschafterInnen austauschen. Dieser Austausch und eine enge Zusammenarbeit von Hochschulen und Gewerkschaften sind entscheidend, um Arbeitnehmerrechten international größeres Gewicht zu verschaffen. Man muss mit der WTO und internationalen Arbeitgeberverbänden auf gleicher Augenhöhe diskutieren können. Deshalb setzt das Master-Programm auf fundierte Wirtschaftskenntnisse. Das Studium ist inhaltlich zweigeteilt: Im ersten Semester steht die politische Dimension der Globalisierung auf dem Stundenplan, dazu gehört das Wissen über internationale Institutionen. In Berlin geht es dann um makroökonomische Grundlagen, wissenschaftliche Theorien und Ansätze.

Meine Erwartungen haben sich erfüllt. Durch die Ausrichtung des Studiengangs habe ich die Arbeitsbedingungen und Positionen der Gewerkschaften auf der internationalen Bühne kennen gelernt.

Gewerkschaften und Medien

Das Lied vom Klassenfeind

„Unternehmer, die keine Gewerkschaftsarbeit im Betrieb zulassen und Tarife nicht einhalten, sind unsere Feinde, und Feinde muss man bekämpfen bis hin zur Vernichtung". Kaum hatte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel mit diesen Worten eine härtere Gangart seiner Gewerkschaft angekündigt, da brach in den Medien ein Sturm der Entrüstung los. Für den IG BAU-Pressesprecher Michael Knoche sind die Reaktionen nicht nur heuchlerisch. Sie zeigten auch, dass dank der harschen Worte Wiesehügels Botschaft angekommen sei.

Vernichtend war die Reaktion auf die Grundsatzrede, die der gerade erst mit 94 Prozent wieder gewählte IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel auf dem Kongress seiner Organisation Anfang Oktober in Bonn hielt. Die sonst in ihrer Wortwahl nicht gerade zimperliche *Bild,* in der Bauarbeiter aus Ostdeutschland schon mal als „Ostarbeiter" bezeichnet werden, rief den IG BAU-Vorsitzenden zum „Verlierer" aus und mahnte ihn noch vergleichsweise höflich, er habe sich „im Ton vergriffen".

Zahlreiche Chefredakteure und Leitartikler griffen zum Degen und forderten Satisfaktion, **mindestens Wiesehügels Rücktritt.** Die FDP Nordrhein-Westfalen – Möllemann lässt grüßen – schloss sich dieser Forderung an, sah einen „Brandstifter" am Werk, der „Nazi-Vokabular" verwende. Unisono distanzierten sich die Kommentatoren von ihrem neuen Feind „Wieseprügel" *(Rheinische Post).*

Einzig die *Financial Times Deutschland* **will Gnade vor Recht ergehen lassen** und schlägt sich auf die Seite des Klassenfeindes: „Der Kampf der IG Bau ist legitim und oft sogar notwendig. (…) Wiesehügels Wortwahl ist zwar überzogen. Solchen Zuständen den Kampf anzusagen, liegt aber im Interesse der Arbeitnehmer und der Branche."

Eine neue Wut macht sich breit. Sie kommt nicht von den Begriffen, sondern die Begriffe kommen von der erlebten Realität.

Mit einem Mal erfährt die erstaunte Öffentlichkeit, wie dramatisch die Zustände auf dem Bau nun schon seit Jahren sind. Und was dagegen getan werden muss. Immerhin hat am Bau binnen nur eines Jahrzehnts fast jeder zweite seine Arbeit verloren – bis zu einem Drittel der noch knapp 700 000 Beschäftigten war zudem in diesem Sommer arbeitslos.

Das lange Sterben nimmt kein Ende. Aber immer noch gibt es im Bauhauptgewerbe die gleiche Zahl von Betrieben wie vor zehn Jahren – mit halbierter Belegschaft. Dieser Vernichtung von Arbeitsplätzen **hat die IG BAU einen entschlossenen Kampf angesagt.** Deshalb muss sie konsequent auch gegen die Betriebe vorgehen, die sich als „Krisenschmarotzer" hervortun und mit der Angst der Kollegen vor Arbeitslosigkeit Schindluder treiben.

Bezeichnend auch die Reaktion des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, der in einer Pressemitteilung das „Ende der Sozialpartnerschaft" erkennt, „wenn die Gewerkschaft wirklich mit Eingreiftruppen den Baumarkt bereinigen will". Die IG BAU solle „ihre Kritik auf die schwarzen Schafe beschränken, die Gesetze und allgemeinverbindliche Tarifverträge nicht einhalten".

Es bringt das Problem auf den Punkt, dass ein Arbeitgeberverband nicht mal mehr von der Einhaltung mit ihm getroffener Tarifvereinbarungen spricht. Sie wollen den „Tariffrieden", **aber nur für sich selbst und ohne die Bereitschaft zur Gegenleistung.** Schwarze Schafe gibt es zuhauf: In Ostdeutschland besteht beispielsweise die kuriose Rechtsauffassung, Tarifverträge seien nur bindend für den im Verband organisierten Arbeitgeber, wenn zugleich die Mehrheit der Beschäftigten in seinem Betrieb sich offen zur Gewerkschaft bekennt. Solchen Zuständen den Kampf anzusagen, liegt im Interesse der Arbeitnehmer und der Branche.

Michael Knoche (38) ist Pressesprecher der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Klaus Wiesehügel hat nicht nur den meisten Delegierten aus der Seele gesprochen, als er sagte: „Ich bin fest entschlossen, uns den Respekt zurückzuholen, den unsere Kolleginnen und Kollegen verdienen." **Seine Botschaft ist angekommen bei Freund und Feind.**

Im Übrigen haben selbst ernannte Radikalreformer längst im Propaganda-Stil der Nationalsozialisten die Gewerkschaften als „Plage" und „Blutsauger" bezeichnet (Guido Westerwelle) oder von Sümpfen gesprochen, die man austrocknen müsse, ohne die „Frösche" zu fragen (Friedrich Merz über das Tarifrecht und die Gewerkschaften). Bis heute wartet man dazu von den konservativ-liberalen Leitartiklern vergebens auf ähnlich empörte Kommentare oder gar eine Rücktrittsforderung. Und auch die neoliberalen Stichwortgeber zeigen keine Reue, wie die *taz nrw* treffend feststellt: „Zurückgenommen wurden die Äußerungen bis heute nicht. Warum auch, sie waren schließlich ernst gemeint." •

Neue Wege in der Gewerkschaftsarbeit

will die IG BAU beschreiten. Die „schnelle Eingreiftruppe" gegen Betriebe, die sich nicht an die Regeln des fairen Wettbewerbes halten, sorgte für Aufregung. Doch sie ist nur eine der unkonventionellen Methoden in der Gewerkschaftsarbeit, die der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel auf dem Gewerkschaftstag präsentierte. So will er die IG BAU zur „Mitmachgewerkschaft" umgestalten und neue Formen der direkten Kommunikation zwischen Mitgliedern und Apparat forcieren.

Zu den heftigen Reaktionen auf seine Grundsatzrede stellt der IG BAU-Vorsitzende klar: „Ich habe nicht gesagt, dass wir Menschen vernichten wollen. Ich habe gesagt: Unternehmen, die unsere Kollegen rausschmeißen, weil sie sich gewerkschaftlich organisieren, oder die eine Betriebsratswahl verhindern, müssen vom Markt verschwinden. Wir wollen Unternehmen angreifen und nicht Menschen. Aber einige Neoliberale fühlen sich ertappt. Nicht über die Wörter ‚Feind' und ‚vernichten' regen sie sich auf, sondern über ein anderes Wort, zu dem ich stehe: Wer die Angst Arbeitsloser ausnutzt, ist ein ‚Krisenschmarotzer'."

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Die Grundsatzrede des IG BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel im Wortlaut

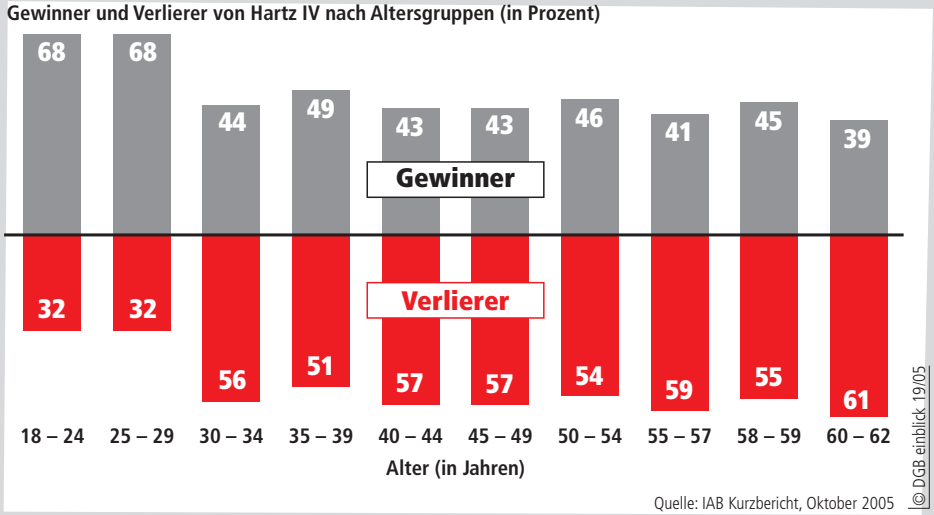
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

HARTZ IV: Ab dreißig überwiegend Verlierer

Mit dem Alter steigt die Zahl der Hartz-Verlierer. Bei den über 30-Jährigen liegt sie sogar durchgängig über der der Hartz-Gewinner. Die Ursache: Bei älteren Arbeitslosen liegt das Arbeitslosengeld II (Alg II) auch bei langer Berufstätigkeit unter der früheren Arbeitslosenhilfe. Jüngere profitieren dagegen von der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe, ergänzender Sozialhilfe und Wohngeld zum neuen Alg II, wenn sie ihren vor der Reform bestehenden Rechtsanspruch auf ergänzende Sozialleistungen nicht wahrgenommen haben.



Quelle: IAB Kurzbericht, Oktober 2005

personalien

••• ***Claudia Menne,*** 43, seit 1999 Leiterin des Fachbereichs Internationales der Gewerkschaft TRANSNET, ist ab dem 1. Dezember Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB. Zuvor war sie von 1993 bis 1996 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Betriebsrats der Opel AG in Bochum sowie von 1996 bis 1998 Beraterin der gewerkschaftsnahen Unternehmensberatung ISA CONSULT.

••• ***Hubertus Schmoldt,*** 60, ist am 11. Oktober vom Gewerkschaftstag der IG BCE als Vorsitzender wiedergewählt worden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der bisherige Vize ***Ulrich Freese,*** 54, wiedergewählt. Als weitere Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstands wurden Tarifexperte ***Werner Bischoff,*** 57, sowie die Vorstandsmitglieder ***Edeltraud Glänzer,*** 49, ***Michael Vassiliadis,*** 41, und ***Wilfried Woller,*** 53, bestätigt.

••• Die Selbstverwaltungsorgane der aus dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) gegründeten Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund) haben in ihrer konstituierenden Sitzung am 1. Oktober ***Rainer Bliesener,*** 54, DGB-Bezirksvorsitzender in Baden-Württemberg, und ***Martin Hoppenrath,*** 59, Vorstandsmitglied des Pensionssicherungsvereins, zu alternierenden Vorsitzenden der Vertreterversammlung gewählt. Als alternierende Vorstandsvorsitzende wurden DGB-Vize ***Dr. Ursula Engelen-Kefer,*** 62, und ***Alexander Gunkel,*** 37, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), gewählt. Den jährlich wechselnden Vorsitz in der Vertreterversammlung übernimmt zunächst Rainer Bliesener, den Vorstandsvorsitz Alexander Gunkel. Zum alternierenden Vorsitzenden des Trägerausschusses des Vorstands wurden ver.di-Vorstandsmitglied ***Christian Zahn,*** 57, und ***Dr. Hartmann Kleiner,*** 63, Vorsitzender der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin – Brandenburg gewählt. Den Vorsitz übernimmt zunächst Christian Zahn.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

14 TAGE

1.11. Netzwerk Hessischer Erwerbsloseninitiativen, Podiumsdiskussion „300 Tage 1-Euro-Jobs – neue Arbeitsdienste auf den Weg gebracht?", Frankfurt/M.

2.11. Hans-Böckler-Stiftung und DGB, Tagung „Vorfahrt für Familien – zukunftsfähig mit einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt", Berlin

3.11. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Fachtagung „Hartz IV und die Praxis", Hannover

9.11. DGB Berlin – Brandenburg, Medienworkshop „EU und unsere Region", Berlin

9./10.11. DGB, Schöneberger Forum „Gestaltungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst: Tarifautonomie – Beteiligungsrechte – Mitbestimmung, Berlin

Schlusspunkt

„Deutsche Sargindustrie findet keine Ruhe"

Überschrift einer dpa-Meldung vom 20. Oktober über die durch Billigimporte ausgelöste Umsatzkrise der deutschen Sarghersteller.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.11.2005 20/05

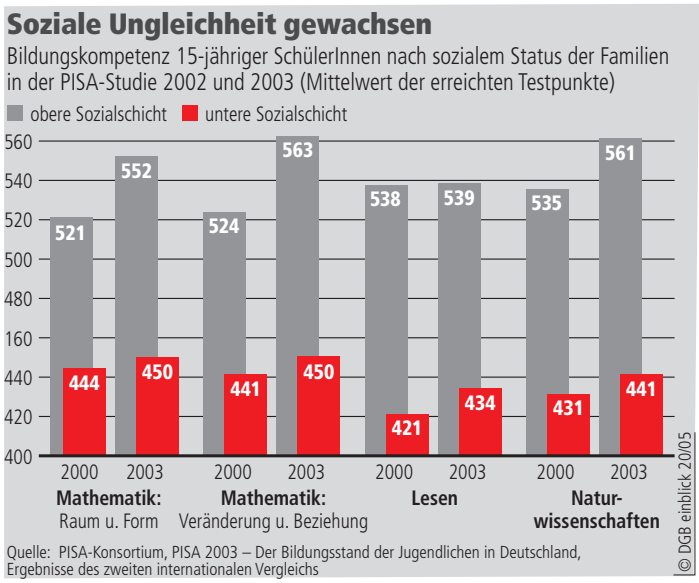
DGB

Debatte über das neue PISA-Gutachten

Chance nicht genutzt

Deutschland ist auf dem richtigen Weg: Bei der Leistungsfähigkeit 15-jähriger SchülerInnen gebe es im Vergleich zur ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 „beachtliche Fortschritte". Das ist die zentrale Botschaft, mit der die Kultusministerkonferenz der Länder auf die Anfang November veröffentlichten Ergebnisse der nationalen Ergänzungsstudie zum PISA-Gutachten 2003 (PISA E) reagiert hat. Über die weiteren Schlussfolgerungen aus dem Gutachten gibt es allerdings Streit: Weil bei PISA E erneut die unionsgeführten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen vorne liegen, sehen CDU und CSU in der Studie einen Beleg für die vermeintliche Überlegenheit ihres Bildungssystems. Mit Blick auf die Bundestagswahl hatten sie deshalb bereits im Juli eine Vorabveröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse durchgesetzt.

Unabhängige Bildungsforscher und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bewerten die jetzt vollständig vorliegende Studie kritischer. Sie verweisen vor allem auf die in allen Bundesländern vorhandenen Defizite: Mehr als 10 Prozent aller SchülerInnen verlassen die Schule ohne Abschluss, weitere 20 Prozent erreichen lediglich Leistungen auf oder unterhalb der niedrigsten Kompetenzstufe. Laut PISA-Studie sind die Chancen für ein Kind aus der Oberschicht, das Abitur zu erlangen, in Deutschland vier Mal so hoch wie bei einem Arbeiterkind mit gleichem Kenntnisstand und Lernvermögen. In Bayern ist diese Chance sogar 6,65 Mal so hoch.



Das bessere Abschneiden Deutschlands im zweiten internationalen PISA-Test ist fast ausschließlich auf Leistungssteigerungen von SchülerInnen aus der oberen sozialen Schicht zurückzuführen. Deren Wissensvorsprung beträgt gegenüber der unteren Sozialschicht mehr als 100 Punkte. Das entspricht dem Lernfortschritt von mehr als zwei Schuljahren.

Über die Frage, ob die Chancenungleichheit seit der letzten PISA-Studie noch gewachsen sei, ist es Anfang November zu einem heftigen Streit gekommen. Weil die Nachrichtenagentur dpa über die wachsende soziale Ungleichheit des Bildungssystems berichtet hatte, hatte der deutsche PISA-Koordinator Manfred Prenzel dpa öffentlich „Leseschwäche" vorgeworfen. dpa widerlegte den Vorwurf mit Hilfe der vom PISA-Konsortium veröffentlichten Fakten (s. Grafik). Die GEW kritisiert zudem, dass Union und SPD die Bildungspolitik in Zukunft ausschließlich in die Kompetenz der Länder geben wollen. GEW-Vize Marianne Demmer: „Die Koordinierungskompetenz der Kultusminister reicht nicht aus, um ein bundesweit leistungsfähiges und einheitliches Bildungssystem zu entwickeln." •

plusminusBERLIN

+ ***Eine abgeschlossene Berufsausbildung soll für den Besuch einer Fachhochschule oder Universität genügen. Darauf haben sich Unterhändler von Union und SPD unter Vorsitz von Edelgard Buhlmahn (SPD) und Annette Schavan (CDU) geeinigt.***

– ***SPD und Union haben sich im Koalitionspoker geeinigt, den Kündigungsschutz zu lockern. Er soll erst nach zwei Jahren gelten. SPD-Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner: „Wir haben beim Kündigungsschutz Federn gelassen."***

inhalt

Seite 3
Rentenkürzung durch die Hintertür
Union und SPD setzen auf die Rente ab 67 Jahren. Obwohl Jobs für Ältere fehlen

Seite 5
Preis der Arbeit
Ab 2006 zeichnet das „Forum Zukunftsökonomie" Unternehmen aus, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in besonderer Weise gerecht werden. einblick gehört zu den Initiatoren

Seite 7
Abkehr vom Ausstieg wäre falsch
Die Gewerkschaften wären gut beraten, an ihrer bisherigen Unterstützung des Ausstiegs aus der Kernenergie festzuhalten, meint der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.familie.dgb.de
Frisch online: Die Site des DGB für Lokale Bündnisse für Familie

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Soziale Herkunft bleibt entscheidend. GEW-Analyse des zweiten PISA-Ländervergleichs

Föderalismusreform

Beamte nach Landesrecht

Die Eckpunkte der Föderalismusreform, auf die sich Union und SPD am 7. November kurz vor dem geplanten Abschluss der Koalitionsverhandlungen geeinigt haben, hat auch Auswirkungen auf das Tarifsystem im öffentlichen Dienst. Wie bis in die 70er Jahre hinein üblich, erhalten die Länder wieder die Zuständigkeit für die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten. Bei Einkommen und Arbeitszeit ihrer Staatsdiener, bei der Laufbahngestaltung und bei der Altersversorgung können sie vom Bundesniveau abweichen.

Finanzschwache Bundesländer könnten versuchen, die neue Möglichkeit als Hebel zur Reduzierung ihrer Personalkosten zu nutzen. Zudem ist ungewiss, ob die erst im Sommer zwischen ver.di, dem Deutschen Beamtenbund und Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) vereinbarten Eckpunkte zu einer großen Beamtenrechtsreform von den Bundesländern übernommen werden. Weil die Bundesländer bislang noch nicht dem von den Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und TRANSNET mit dem Bund und den Kommunen abgeschlossenen neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) beigetreten sind, könnte das Ende des gemeinsamen Tarifrechts für die Beamten indirekt auch Auswirkungen auf die Angestellten der Länder haben.

Zeitgleich mit der Einigung bei der Föderalismusreform haben sich Union und SPD auch auf Kürzungen bei den Beamten des Bundes verständigt. Ihr Weihnachtsgeld soll erneut reduziert, die Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden erhöht werden. DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock hat als Gegenmaßnahme ein Streikrecht für Beamte gefordert. Wer die Rechte der Staatsdiener immer weiter beschneide, dürfe sich nicht wundern, wenn die BeamtInnen „die vollen Arbeitnehmerrechte durchsetzen" würden. •

EU-Förderpolitik

Gender außen vor

Die EU-Kommission plant, sich aus der Finanzierung von frauen- und gleichstellungspolitischen Projekten zurückzuziehen. Innovative Frauenpolitik und -förderung sowie Aktionen zur Gleichstellung sollen zum großen Teil von der EU-Ebene auf die nationale Ebene verlagert werden.

Nach den derzeitigen Vorstellungen der EU-Kommission soll es in der kommenden EU-Förderperiode 2007 bis 2013 nur noch eingeschränkte EU-Programme zur Gleichstellung von Frauen und Männern geben. Mit der Begründung, die bisherigen Programme im Rahmen des Europäischen Strukturfonds vereinfachen zu wollen, hat die Kommission für die neue Förderperiode nur ein einziges integriertes Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität vorgeschlagen.

In einer Petition fordern Gleichstellungs- und Frauenorganisationen aus Europa die Kommission auf, in der kommenden Strukturfondsperiode Gleichstellung nicht nur als Ziel zu proklamieren, sondern entsprechende Ressourcen in allen Strukturfonds zu verankern. Die Initiative für die Petition ging von „nowa", dem österreichischen Netzwerk für Berufsausbildung, aus. In Deutschland unterstützen die Petition auch Frauen aus den Gewerkschaften. •

www.nowa.at/genderequality/petition_de.htm

Unternehmensberatung
Gender Mainstreaming
Branchenkonzepte
Turn-around-Beratung

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH

Beratung von Betriebsräten

Krisen bewältigen und gleichzeitig Zukunftschancen für Unternehmen erarbeiten - mit einem integrierten Leistungsprofil bietet die ISA Consult GmbH dafür kundenorientierte Beratungen an - und das bereits seit 1991.

Auf Grundlage des § 80.3 bzw. § 111 BetrVG berät die ISA Consult Betriebsräte als externe Sachverständige dabei,
• Konzepte und Pläne des Arbeitgebers qualifiziert zu bewerten
• auf Grundlage des § 92a BetrVG eigene Vorschläge für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu erstellen und
• diese in die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber einzubringen.

Die ISA verfügt über 30 erfahrene Beraterinnen und Berater mit spezialisierten betriebswirtschaftlichen, arbeitswissenschaftlichen, gleichstellungsorientierten Fachkenntnissen an vier Standorten - Bochum, Berlin, Hamburg und Frankfurt.

Aus diesem BeraterInnenstamm werden die Teams genau auf die jeweilige Aufgabe und den Kunden, unter Berücksichtigung der jeweiligen Branche, zugeschnitten. Durch die aktive Einbeziehung des Betriebsrates kontrolliert dieser jederzeit das Verfahren. Die ISA Consult unterstützt die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge.

Darüber hinaus entwickelt das Team der ISA Consult in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten im Unternehmen passgenaue Konzepte zur Organisations- und Personalentwicklung oder organisiert betriebliches Coaching und Führungkräftetraining, was gleichstellungsorieniert erfolgen kann. Sie erarbeitet gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften Konzepte für Zukunfts- und Brancheninitiativen und setzt sie im Dialog mit Unternehmensvertretern um.

Kurzum: Methodisches Vorgehen, fachliches Knowhow und die Beteiligung der betroffenen Beschäftigten sind die Grundlagen unserer erfolgreichen Arbeit.

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH
Westring 26a | 44787 Bochum

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de

Rolf Plake:
rplake@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

Rente mit 67

Rentenkürzung durch die Hintertür

Union und SPD wollen die Rente mit 67 durchboxen. Weil aber Jobs für Ältere fehlen, bedeutet die Anhebung der Altersgrenze nur, dass noch mehr Menschen mit Abschlägen in Rente gehen können.

Die schwarz-rote Koalition in spe will 2008 ihre jetzige Willenserklärung zum Gesetz machen. Von 2012 bis 2035 soll schrittweise das Rentenalter von 65 auf 67 Jahre angehoben werden. Sollte es dazu kommen, wären alle Geburtenjahrgänge ab 1947 betroffen. Ab 2012 würde Jahr für Jahr der Rentenbeginn um mindestens einen Monat hinausgeschoben. Bis er für die 1968 Geborenen bei 67 Jahren läge.

Der DGB lehnt die Anhebung des Rentenalters strikt ab. Sie führe „nur zu Arbeitslosigkeit, niedrigeren Renten und höherer Altersarmut", solange Ältere keine gerechte Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben hätten. Der designierte Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) hat zwar angekündigt, den Arbeitgebern, die Ältere einstellen, einen Lohnkostenzuschuss zu zahlen, doch bei der Rente mit 67 geht es gar nicht darum, dass auch länger gearbeitet wird. „Tatsächlich ist das Ziel einer solchen Maßnahme, dass die Arbeitnehmer höhere Abschläge auf ihre vorgezogenen Renten in Kauf nehmen würden", sagt der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, Mitglied der früheren Rürup-Kommission, die schon 2003 die Rente mit 67 propagiert hat.

Dass sie der große Wurf sei, behauptet nicht einmal der Namensgeber dieser Kommission, der Finanzwissenschaftler Bert Rürup: Die Rentenzahlung setze zwar später ein, durch die verlängerte Erwerbstätigkeit würden aber auch höhere Renten fällig, sagt er. Die Rentenkasse werde nur vorrübergehend entlastet.

Aber dafür werden die älteren ArbeitnehmerInnen nachhaltig verunsichert, warnt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Kein Wunder, dass das Vertrauen in die gesetzliche Rente sinkt. Denn eine so genannte Reform jagt die nächste. Und hinterlässt immer tiefere Spuren: Seit 1989 haben die Rentenreformen nach Berechnung des DGB den künftigen Leistungsumfang der Rentenversicherung schon um mehr als ein Drittel verringert. Heute kann ein Standardrentner nach 45 Beitragsjahren mit Durchschnittsverdienst 70 Prozent seines letzten Nettolohns als Rente erwarten, im Jahr 2030 werden es nur noch 52 Prozent vom Netto sein.

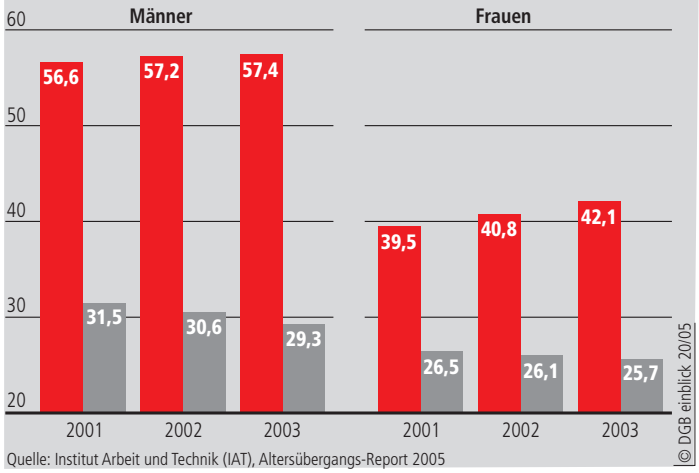
Immer mehr Menschen werden in die Grundsicherung gedrängt, sprich in die Rente auf Sozialhilfeniveau. Für den DGB ein unhaltbarer Zustand. Wer sein Leben lang gearbeitet habe, dürfe im Alter nicht von Fürsorgeleistungen abhängig sein. Um eine ausreichende Alterssicherung zu gewährleisten, sollten alle Beschäftigten zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung verpflichtet werden, fordert der DGB.

Die Aussage der künftigen Berliner Koalition, wonach diejenigen weiter mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können, die 45 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt haben, stößt bei den Gewerkschaften auf Sympathie – sie hatten diese Überlegung selbst in die Beratung der Rürup-Kommission eingebracht.

Das Altersteilzeitgesetz, das älteren Beschäftigten per Tarifvertrag einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben ermöglicht, läuft Ende 2009 aus. Eine Alternative zur Lebensarbeitszeitverkürzung ist nicht in Sicht. Zwar hat die IG Metall NRW mit den Edelstahlwerken Südwestfalen Langzeitkonten vereinbart, auf die 4800 Überstunden gebucht werden können, um früher den Job an den Nagel hängen zu können. Aber dieses tarifpolitische Neuland möchten nicht alle betreten: Nach DGB-Auffassung bergen solche Arbeitszeitkonten „grundsätzlich die Gefahr der schleichenden Arbeitszeiterhöhung unter dem Vorwand der Alterssicherung". •

Die Erwerbstätigkeit Älterer steigt – zu langsam

Erwerbstätigkeit und Rentenbezug von 50- bis 64-jährigen Männern und Frauen 2001 – 2003 (in Prozent)



Quelle: Institut Arbeit und Technik (IAT), Altersübergangs-Report 2005

Die gestiegene Erwerbstätigkeit der 50- bis 64-Jährigen ist maßgeblich auf die gewachsene Erwerbstätigkeit von Frauen zurückzuführen. Diese wiederum resultiert wesentlich aus der Zunahme der geringfügigen Beschäftigung und einer höheren Teilzeitquote der 60- bis 64-jährigen Frauen. Der Anteil der RentenbezieherInnen unter den Älteren ist gesunken.

Rententipps mit Vorsicht genießen

Die Deutsche Rentenversicherung warnt vor falschen Auskünften in Sachen Frühverrentung. „Unter den teilweise in die Irre führenden und unzutreffenden Überschriften ‚Vor 65 in Rente – Anspruch fällt 2006 weg', ‚Tipps – Vorzeitig in Rente'. ‚Frührente – Clever aussteigen' bewerben verschiedene Fernsehsender zurzeit verstärkt kostenpflichtige Faxabruf-Services und SMS-Dienste zum Thema Rente. Hierfür werden zwischen 1,24 Euro pro Minute (Faxabruf) und 2,99 Euro (je SMS) an Gebühren fällig", heißt es in einer Pressemitteilung der Rentenversicherer.

Sie raten von der Inanspruchnahme solcher kommerziellen Beratungsdienste ab. Die kostenpflichtigen Informationen wiesen häufig unklare oder ungenaue, teilweise auch falsche Aussagen auf. Stattdessen empfehle es sich, eine der bundesweit mehr als 1000 Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung aufzusuchen oder sich beim kostenlosen Telefonservice (0800/3 33 19 19) zu informieren.

www.deutsche-rentenversicherung.de

Im Internet

www.einblick.dgb.de

DGB: Eckpunkte und Diskussionspapier zur Fortentwicklung der Alterssicherung

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di b+b

Arbeitshilfen neu aufgelegt

Betriebsräte können nur so wirksam sein, wie sie ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Dabei sind gut gemachte Nachschlagewerke für Arbeitnehmervertretungen unentbehrlich. ver.di b+b (Bildung + Beratung) hat deshalb zwei Publikationen aktualisiert: „Gesetzestexte für die Arbeitswelt" (896 S., ISBN 3-931975-28-2, 8 Euro) und „Rechte des Betriebsrats bei personellen Einzelmaßnahmen" (172 S., ISBN 3-931975-27-4, 14 Euro). Die Gesetzessammlung dokumentiert u.a. das Betriebsverfassungs-, das Altersteilzeit- und das Mitbestimmungsgesetz. Darüber hinaus enthält der Band Beiträge zu wichtigen Gesetzesänderungen, Übersichten und Adressen. Die Alltagspraxis der Betriebsratsarbeit rund um die Mitbestimmungsrechte nach Paragraph 99 bis 101 Betriebsverfassungsgesetz steht im Mittelpunkt der zweiten überarbeiteten Veröffentlichung. Hier wurden die aktuelle Rechtsprechung und neue arbeitsmarktpolitische Themen (Ein-Euro-Jobs) aufgenommen. •

www.verdi-bub.de
verlag@verdi-bub.de

DGB-Leitfaden

Ansprüche klären

Armut trotz Arbeit kann nur durch staatliche Sozialleistungen abgefedert werden. Doch längst nicht jede/r kennt seine oder ihre Ansprüche. Der DGB hat in einer dritten überarbeiteten Auflage den Ratgeberband „111 Tipps zu Sozialleistungen" (208 S., ISBN 3-7663-3637-1, Bund-Verlag, Frankfurt/M., 9,90 Euro im Buchhandel) herausgegeben. Ausführlich und verständlich beschreiben die Autoren Rolf Winkel und Hans Nakielski, welche Leistungen gering Verdienende und Arbeitslose beanspruchen können: Die Schwerpunkte liegen bei den

Themen Wohngeld, Krankenversicherung, Kinderzuschläge und Erziehungsgeld. Außerdem enthält der Ratgeber Tipps zum Thema Schulden und zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen. •

Zum Vorzugspreis von 5 Euro bei: bianca.webler@dgb.de

DGB-Bildungswerk

Workshop illegale Beschäftigung

Das DGB-Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung, führt am 30. November in Berlin einen Workshop zu illegaler Beschäftigung durch. Der Workshop befasst sich mit der Frage, was und wer sich hinter illegaler Beschäftigung verbirgt. Ist das ein Thema für die Migrationsarbeit? Gibt es einen gesellschaftlichen Diskurs, und wie beteiligen sich die Gewerkschaften? Nach einem einführenden Vortrag darüber, werden wissenschaftliche Impulsreferate die Diskussion über Ursachen, Verantwortlichkeiten und die gesellschaftliche Bedeutung einleiten. Am Nachmittag besteht Gelegenheit, die daraus resultierenden Aufgaben und Herausforderungen für Gewerkschaften zu thematisieren. Tagungsort: DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin. •

www.dgb-bildungswerk.de

Zeitarbeit

Neuer Infotreff

Zeitarbeit wird immer häufiger zum „Rettungsanker" für Berufsanfänger, Wiedereinsteiger, Arbeitslose. Inzwischen gibt es für die expandierende Branche Tarifverträge, die der DGB mit dem Bundesverband Zeitarbeit sowie dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen geschlossen hat. Um Beschäftigten von Zeitarbeitsfirmen regelmäßig mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen, hat der DGB Niedersachsen-Mitte kürzlich in Hannover das Projekt „Kontakt-Zeitarbeit" gestartet. An jedem zweiten Mittwoch des Monats informieren kompetente Ansprechpartner rund um Zeitarbeit. Darüber hinaus gibt es bei „Kontakt-Zeitarbeit" sowie bei ver.di, IG Metall und DGB AnsprechpartnerInnen:

gleitzek@gmx.de
gerhard.klein@verdi.de
norbert.kuck@igmetall.de
sebastian.wertmüller@dgb.de

Robert-Jungk-Preis

Lohn für Aktive

Ruheständler in Verbindung mit ihren früheren Betrieben für soziale, kulturelle, ökologische und politische Aufgaben aktivieren: Das ist Anliegen der „Agentur für gesellschaftliches Engagement" (AGE), eines Projektes von Arbeit und Leben DGB/VHS NW und VHS Hamm. Für ihre Arbeit wurde die AGE vom Städte-Netzwerk NRW, zwei NRW-Ministerien sowie der Robert-Jungk-Stiftung mit dem diesjährigen Robert-Jungk-Preis geehrt. •

info@age-in-hamm.de

Hans-Böckler-Stiftung

Datenkarte 2005

Kaum etwas veraltet so schnell wie Zahlen. Umso wichtiger, dass die Hans-Böckler-Stiftung jedes Jahr eine Datenkarte mit aktuellen Zahlen aus Wirtschaft, Arbeitsrecht und Mitbestimmung veröffentlicht. In dem Flyer finden sich Angaben zur Beschäftigungsentwicklung, zu Einkommen, Arbeitszeiten und Ausbildungsplätzen. Außerdem werden die Daten durch einen EU- und einen Bundesländervergleich ergänzt. In Papierform gibt es die Datenkarte kostenlos bei mail@setzkasten.de (Fax: 0211 / 408 00 90 40). •

www.boeckler.de/datenkarte

interregio

••• Die ***DGB-Region Unterelbe*** und die Stadt Brunsbüttel laden am 19. November zur gemeinsamen Veranstaltung ***„Vorfahrt für Familie"*** ein. Unter der Anleitung der Theaterpädagogen von „Kaleidoskop" sollen Eltern und Kinder ihre Ideen für eine familienfreundliche Gesellschaft und Arbeitswelt einbringen können. Die Veranstaltung ist Auftakt eines einjährigen Projekts von DGB und der Stadt Brunsbüttel und soll ein lokales Bündnis für Familie vorbereiten. Der DGB beteiligt sich bundesweit bereits an über 40 lokalen Bündnissen für Familie. Anmeldung und Infos: DGB-Kreisbüro Dithmarschen, Tel. 0481/55 01

••• Die ***DGB-Region Südbrandenburg/Lausitz*** und die ***DGB-Jugend Berlin-Brandenburg*** haben nach den positiven Reaktionen auf die letzte Berufsschultour in Südbrandenburg drei ***Beratungsbüros*** für Azubis an Cottbuser Schulen eröffnet. Viele Jugendliche hätten nicht nur Probleme mit ihren Ausbildern, sondern auch mit Behörden. In beiden Fällen wollen die Beratungsbüros kostenlose Hilfe leisten und damit zu einer „qualitativ hochwertigen Ausbildung" in der Region beitragen. Einmal pro Woche bieten die BeraterInnen an den drei Cottbuser Standorten für je drei Stunden Sprechstunden an: Oberstufenzentrum (OSZ) II Spree-Neiße, dienstags 10 bis 13 Uhr, Kaufmännisches OSZ, mittwochs 12 bis 15 Uhr, OSZ I Cottbus, donnerstags 10 bis 13 Uhr. Infos: Lutz Glasewald, Tel. 0160/97 87 93 28

Preis der Arbeit

Für eine Kultur der Verantwortung

Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besonders gerecht werden, will das in Berlin gegründete „Forum Zukunftsökonomie" ab Herbst 2006 mit dem „Preis der Arbeit" auszeichnen. Dabei ist auch die Meinung der einblick-LeserInnen gefragt.

forum zukunfts ökonomie

Wenn der Coffee-Shop Starbucks seinen Beschäftigten in den USA eine Krankenversicherung anbietet und diese Sozialleistung als ein herausragendes Beispiel für „gesellschaftlich verantwortliche Unternehmensführung" propagiert, dann fragen deutsche Gewerkschaften mit Recht kritisch: Ist das, was unter dem englischen Titel „Corporate Social Responsibility" (CSR) inzwischen auch in der europäischen Politik eine beachtliche Rolle spielt, nicht eine gefährliche Falle? Soll der Appell an die Unternehmensverantwortung am Ende sozialstaatliche Verpflichtungen ersetzen?

Dem „Forum Zukunftsökonomie", das sich im Lauf dieses Jahres in Berlin gebildet hat, ist diese Problematik bewusst. Kein Wunder, wenn man sich die wichtigsten Akteure anschaut: An erster Stelle *ver.di-PUBLIK* und *einblick*, die *taz*, das *BUNDmagazin* des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, *Verbraucher konkret*, das Organ der Verbraucherinitiative, die SPD-Parteizeitung *vorwärts* und „Terre des hommes".

Die sieben Initiatoren haben sich zusammen gefunden, um im Herbst 2006 den „Preis der Arbeit" an Unternehmen zu verleihen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in herausragender Weise gerecht werden. Sie wollen ein Verständnis von Wirtschaft und Arbeit fördern, das soziale und ökologische, emanzipatorische und demokratische Kriterien, mit einem Wort, das Leitbild der Nachhaltigkeit ernst nimmt.

Die Forumsgründer sind optimistisch, dass weitere Medien den Trägerkreis des Preises der Arbeit vergrößern werden, der zweifach vergeben wird: zum einen von einer Fachjury und zum anderen vom Publikum der beteiligten Medien. Das Forum legt besonderen Wert auf Pluralität und demokratische Elemente des Dialogs mit den LeserInnen. Ab Frühjahr 2006 werden die beteiligten Publikationen Kriterien der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Verantwortung unternehmerischen Handelns zur Debatte stellen. Das Publikum – also auch die LeserInnen des *einblick* – wird eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und später auch preiswürdige Betriebe vorzuschlagen sowie einen Publikumssieger zu küren.

Hans-Jürgen Arlt, Gründungsmitglied und Geschäftsführer des Forums, erläutert es so: Natürlich habe das Thema Unternehmensverantwortung eine angelsächsische Vorgeschichte. Es sei auch kein Zufall, dass die CSR-Thematik in Europa in den 80er Jahren im zeitlichen Umfeld der Thatcher-Politik wachsende Beachtung gefunden habe. „Aber wir müssen sehen, dass wir in Europa an einem Punkt sind, an dem gewerkschaftliche Gegenmacht und nationalstaatliche Ordnungskraft nicht stärker, sondern schwächer werden. Unternehmerisches Verantwortungsbewusstsein für Menschen und Umwelt muss zur selbstverständlichen öffentlichen Erwartung werden, andernfalls werden wir die Kapitallogik nicht zähmen." „Gesetze und Vorschriften sind wichtig", betont Martin Kempe, Chefredakteur von *ver.di-PUBLIK*. „Aber sie werden umso leichter gebrochen und umgangen, je geringer die öffentliche Aufmerksamkeit ist." •

?...nachgefragt

Je mehr die Wirtschaft das gesellschaftliche Leben prägt, desto mehr entsteht die Notwendigkeit, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Unternehmen sollen Shareholder-Interessen mit denen der Stakeholder in Einklang zu bringen. Welche Rolle spielen dabei die Arbeitnehmervertretungen? Dieser Frage geht das Münchner Institut für Sozialforschung seit Oktober 2004 im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung nach. *einblick* fragte Projektleiter Prof. Dr. Gerd Mutz, weshalb er „Unternehmensverantwortung" für ein wichtiges gewerkschaftliches Thema hält.

Wir sehen Unternehmen als Teil der Bürgergesellschaft (corporate citizen) mit Rechten, aber auch gesellschaftlichen Verpflichtungen. Unternehmen, die sich dieser gesellschaftlichen Verantwortung stellen wollen, verändern ihre Geschäftsprozesse nach ökologischen und sozialen Kriterien. Manche gehen auch Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Einrichtungen ein. Daraus entstehen oft innovative Projekte zum beiderseitigen Vorteil von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir gehen davon aus, dass diese Entwicklung nicht allein von der Unternehmensseite bestimmt werden sollte. Daher möchten wir ausloten, wie die Träger der Mitbestimmung die unternehmerische Verantwortung zum Wohle der Beschäftigten und der Gemeinschaft mitgestalten können. **Infos: www.socialscience.de**

Globale Standards

Das Thema soziale Verantwortung von Unternehmen findet in der Öffentlichkeit immer mehr Beachtung. Ein schlechtes Image ist schlecht fürs Geschäft, Global Player überbieten sich in ihren Bekenntnissen zu sozialer und ökologischer Verantwortung.

Lange bevor CSR zum „Modetrend" wurde, setzten sich Gewerkschaften für die weltweite Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards, von Kernarbeitsnormen und verbindlichen Regeln für multinationale Konzerne ein. Gemeinsam mit der IG BCE, der IG Metall und dem DGB hat das Nord-Süd-Netz im DGB-Bildungswerk drei informative Materialhefte erarbeitet. Aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten sie umfassend die Verantwortung von Unternehmen in der globalisierten Welt.

Die Broschüren „Globalisierung sozialer Verantwortung", „Soziale Verantwortung konkret" und „Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen" können auf der Homepage des Nord-Süd-Netzes heruntergeladen oder als Print-Ausgabe gegen eine Schutzgebühr von jeweils 3,50 Euro bestellt werden.

www.nord-sued-netz.de

Im Internet

www.preis-der-arbeit.de
Mehr Infos zum „Forum Zukunftsökonomie" und zum „Preis der Arbeit"

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Als Lektion aus den schweren Krawallen in Frankreich müsse es ein „Umsteuern in der Sozial-, Gesellschafts- und Migrationspolitik" geben, fordert der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg. Indizien, dass es auch in Deutschland eine „explosive Mischung" gebe, seien die Klagen von SozialarbeiterInnen über die zunehmende Verwahrlosung von Jugendlichen und der achtlose Umgang mit der Schulpflicht.

TRANSNET

Giovanni Trapattoni, Trainer des VfB Stuttgart, hat nach Protesten der Gewerkschaft TRANSNET seine Äußerungen über Lokführer zurückgezogen. Trapattoni war mit den Worten zitiert worden: „Wenn ich mit Druck nicht fertig werden würde, wäre ich Lokführer geworden." In einer TRANSNET-Online-Umfrage antworteten daraufhin 51 Prozent der User, dass Lokführer mehr leisten würden als Fußballtrainer.

DGB

Der DGB hat eine 55 Seiten starke Studie zur „Weiterentwicklung der Steuerpolitik in der neuen Legislaturperiode" vorgelegt. Sie stellt die Anforderungen der Gewerkschaften an ein einfaches und gerechtes Steuersystem vor und zeigt, wie dazu die Besteuerung von Arbeitnehmerinnen, Unternehmen und Kapitalerträgen verändert werden muss. Ein eigenes Kapitel ist der Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform gewidmet. Bestellung: carina.ortmann@dgb.de

Christliche Gewerkschaft

Tarifvertrag unanwendbar

Der französische Kabelhersteller Nexans hat im Konflikt mit der IG Metall eingelenkt. Der Aufsichtsrat hat einen mit der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) geschlossenen Tarifvertrag für „unanwendbar" erklärt. Nach dem CGM-Tarifvertrag sollte das Entgelt der Nexans-Beschäftigten in einem ersten Schritt um 17 Prozent unter das aktuelle Tarifniveau abgesenkt werden. Später sollten mit einem neuen Entgeltsystem sogar Gehaltskürzungen von bis zu 44 Prozent möglich sein.

Dagegen hatten rund 1000 Beschäftigte protestiert. Eine Mahnwache vor dem Haupttor des Kabelwerks wollen sie erst beenden, wenn die Geschäftsleitung verbindlich erklärt, alle bereits begonnen Maßnahmen zur Umsetzung des CGM-Tarifvertrags zurück zu nehmen. In einem Ultimatum hatte die IG Metall darüber hinaus das Unternehmen aufgefordert, die uneingeschränkte Geltung der IG Metall-Tarifverträge anzuerkennen.

Die so genannte Christliche Gewerkschaft Metall verfügt nach IG Metall-Erkenntnissen über kein einziges Mitglied in den vier Nexans-Werken Hannover, Mönchengladbach, Nürnberg und Vacha. ●

Fragen an ...

Am 18. November feiert die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG), ihren 140. Geburtstag. *einblick* hat deren Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg, 52, gefragt, ob die NGG für die Zukunft gerüstet ist.

■ Die NGG musste wie andere Gewerkschaften auch in den vergangenen Jahren mit Mitgliederverlusten kämpfen. Bis wann muss die Trendumkehr gelingen, damit die NGG mit ihren heute noch 215 000 Mitgliedern eigenständig bleibt?

■ *Ich halte nichts von konkreten Zeitvorgaben. Wer glaubt, wir müssten nur einen Hebel umlegen und plötzlich wäre die Trendwende da, hat nicht begriffen, dass die Realität sehr viel schwieriger ist. Bei uns liegen die Probleme vor allem im industriellen Bereich. Die Arbeitsplatzvernichtung dort – egal, ob in der Brauwirtschaft, in der Zuckerindustrie oder der Futtermittelindustrie – geht mit einem Mitgliederverlust einher. Im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Bäckerhandwerk haben wir dagegen Zuwächse. Aber um die Verluste in den anderen Branchen auszugleichen, müssen wir pro Jahr zehn Prozent neue Mitglieder gewinnen. Das haben wir in den letzten drei Jahren nicht geschafft.*

■ Mit traditionellen Mitteln wird sich die Entwicklung kaum umkehren lassen.

■ *Deshalb gehen wir neue Wege. Wir haben beispielsweise seit Juni ein fünfköpfiges Werbeteam im Einsatz. Darüber hinaus geht im Dezember eine sechsköpfige Mannschaft an den Start, die sich gezielt auf die Rückholung von Mitgliedern konzentriert. Zudem haben wir uns vorgenommen, unsere Schwachpunkte stärker in den Blick zu nehmen. Wir haben zum Beispiel das Problem, dass sich in einzelnen Branchen Betriebsräte zum Teil von uns entfernt haben. Das wollen wir ändern.*

■ Das Profil einer Gewerkschaft entscheidet sich vor allem in der Tarifpolitik. In der Vergangenheit war die NGG den Großen oft voraus ....

■ *... das sind wir immer noch, zum Beispiel in der tariflichen Altersvorsorge. Von den rund 400 Tarifverträgen zur Altersvorsorge in Deutschland sind über dreihundert von uns. Und wir haben schon vor vier Jahren verpflichtende Arbeitgeberbeiträge durchgesetzt. Allerdings haben wir das Problem, dass die Bereiche zunehmen, in denen die Arbeitgeber aus der Tarifbindung flüchten. Das gilt zum Beispiel in Teilen des Bäcker- und des Konditorenhandwerks und in Schlachtbetrieben. Deshalb fordern wir als Absicherung nach unten einen gesetzlichen Mindestlohn.*

■ Der Mindestlohn war lange im DGB umstritten. Ziehen die Gewerkschaften inzwischen an einem Strang?

■ *Erstens haben wir durch die gemeinsam geführte Debatte, so strittig sie auch war, erreicht, dass die noch vor einem Jahr von manchen Arbeitgebern und Politikern erhobene Forderung nach Ausweitung des Billiglohnbereichs vom Tisch ist. Zweitens haben wir uns im DGB darauf verständigt, dass wir das Problem gemeinsam lösen wollen. Das hat zwar noch nicht dazu geführt, dass alle für einen einheitlichen Mindestlohn kämpfen, aber es gibt positive Signale. Zum Beispiel bekennt sich die IG Metall inzwischen zur Notwendigkeit branchenbezogener Mindestlöhne.*

■ Die IG BCE lehnt Mindestlöhne weiter ab.

■ *Wenn das eine Gewerkschaft für ihren Organisationsbereich tut, habe ich das zu respektieren. Aber ich erwarte auch, dass eine Schwestergewerkschaft die Problematik, die wir zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe haben, oder die ver.di etwa im Wach- und Schließdienst und in Teilen des Handels hat, anerkennt und die Aktivitäten der dort zuständigen Gewerkschaft unterstützt.*

Atomenergie

Abkehr vom Ausstieg wäre falsch

Eine Abkehr vom Atomausstieg erhöht nur die Profite der großen Stromkonzerne. Meint der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer. Verärgert über einen gemeinsamen Brief von Stromkonzernen, IG BCE und ver.di, der den Eindruck nahe legte, ver.di verabschiede sich vom Atomkonsens, kündigte das langjährige ver.di-Mitglied Scheer zunächst an, seiner Gewerkschaft den Rücken zu kehren.

Bereits vor den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU/CSU haben sich interessierte Kreise für eine Abkehr vom bisherigen Atomausstieg stark gemacht. In einem gemeinsamen Papier der vier großen Stromkonzerne Deutschlands haben sich zwei Gewerkschaften ebenfalls für eine Abkehr vom bisherigen Zeitplan des mit der Stromwirtschaft vereinbarten Atomausstiegs ausgesprochen – und dabei **nicht nur die gewerkschaftseigenen Interessen vernachlässigt, sondern sich gegen diese gestellt.**

Von Seiten der Befürworter einer längeren Laufzeit der Atomkraftwerke wird stets betont, dass dies zu einer Senkung der Strompreise, zumindest aber zu einer Dämpfung der Strompreissteigerung führen werde. Da sich aber der Preis für die Kilowattstunde Strom am Markt bildet, sind für die Höhe des Strompreises die Stromgestehungskosten des so genannten Grenzkraftwerkes maßgeblich, also des Kraftwerkes, dessen Leistung für die Deckung des Strombedarfs notwendig ist. Folglich führt eine Verlängerung der Laufzeit von abgeschriebenen Kernkraftwerken, die weit unterhalb der Grenzkosten produzieren, zu **zusätzlichen Gewinnen bei den Atomkraftwerksbetreibern** und somit bei den großen Stromkonzernen, die damit ihre „Kriegskasse" auffüllen können. Kein Wunder also, dass die Großkonzerne versuchen, diese Einnahmequellen für sich zu erhalten. Angesichts dessen ist die Abkehr der großen Stromkonzerne vom vereinbarten Ausstieg absolut unredlich, zumal sie schon zusätzliche Milliardengewinne durch den vom Atomkonsens garantierten privilegierten Weiterbetrieb der Atomkraftwerke erzielen.

Mit einer Laufzeitverlängerung wird der bereits existierenden Beherrschung des Strommarktes durch wenige Großunternehmen direkt und indirekt Vorschub geleistet; der Aufkauf der Stadtwerke wird weiter voranschreiten. Mittelfristig hat dies zur Folge, dass die anstehende Ersetzung der konventionellen Kraftwerksleistung zwangsläufig durch zentrale Großkraftwerke erfolgt und regional angesiedelte Arbeitsplätze bei Stadtwerken abgebaut werden.

Demgegenüber würden durch die anstehenden Investitionen, durch die Erneuerung des Kraftwerkparks sowie durch die Umstrukturierung des Energiesystems in Deutschland **wichtige Wachstumsimpulse für den Kraftwerks- und Maschinenbau gegeben.** Zusammen mit der ökologischen Erneuerung in Richtung erneuerbare Energien

Hermann Scheer, 61, SPD-MdB, ist Vorsitzender des Weltrates für erneuerbare Energien und Präsident von Eurosolar, der gemeinnützigen Europäischen Vereinigung zur Nutzung der Sonnenenergie.

würden **neue lokale und regionale Arbeitsplätze geschaffen** – der bisherige Ausbau der Erneuerbaren Energien hat in Deutschland zwischen 150 000 und 200 000 Arbeitsplätze gebracht. Bei einer konsequenten Energiewende hin zu erneuerbaren Energien sind die Arbeitsplatzeffekte aufgrund ihres Umfanges kaum abzuschätzen. Eine aktuelle Eurosolar-Studie zeigt, dass der Kraftwerksersatz vollständig mit erneuerbaren Energien **ohne jeglichen Verlust an Versorgungsqualität** geschlossen werden kann. Beide Effekte und Wachstumsimpulse unterbleiben bei einer Abkehr vom Atomausstieg.

Auch das stets vorgetragene Argument, dass nur mit der rein auf Grundlast basierenden Atomkraft die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann, ist nicht haltbar. Bisher wurde der enorme Wasserbedarf der Kernreaktoren für Dampfprozesse und die daraus folgenden Konsequenzen vernachlässigt. Die Reduzierung der Kraftwerksleistung in Folge der Dürre im Sommer 2003 in Süddeutschland und in Südfrankreich sorgte für Versorgungsengpässe und Sparaufrufe von Seiten der Regierung. Ein regional differenzierter, breit gefächerter Mix aus erneuerbaren Energien trägt aber entscheidend zur Versorgungssicherheit bei – ohne Gefahrenanfälligkeit und Endlagerproblemen der Atomkraft.

Nein, eine Abkehr vom Ausstieg ist nicht zu rechtfertigen, egal ob aus volkswirtschaftlicher, energiesystemischer, ökologischer Sicht oder aus Rücksicht auf künftige Generationen. •

Austritt verhindert

Hermann Scheer bleibt der Gewerkschaft ver.di erhalten – nachdem der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske öffentlich und im persönlichen Gespräch erklärte: ver.di hält am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Der von Rot-Grün ausgehandelte Atomkonsens soll unverändert umgesetzt, die vereinbarten Restlaufzeiten der Kernkraftwerke nicht verlängert werden.

Nicht nur bei Scheer hatte Ende Oktober ein gemeinsamer Brief von ver.di, IG BCE und den Stromkonzernen EnBW, e.on, RWE und Vattenfall an SPD und CDU/CSU für große Irritationen gesorgt. Auszüge:

„Angesichts der international gestiegenen Energiepreise und der zunehmenden Versorgungsrisiken muss die deutsche Energiepolitik alle vorhandenen Versorgungsoptionen offen halten; einzelne Energieträger dürfen nicht aus ideologischen Gründen aufgegeben werden. (...) Umso wertvoller ist der kostenstabilisierende Beitrag der Braunkohle und der Kernenergie (...). Zudem kann durch den Einsatz der Kernenergie die Zeitachse zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit neuer Energieoptionen entscheidend erweitert werden. Vor diesem Hintergrund sollte angedacht werden, den Einsatz der Kernenergie allein auf den Sicherheitsnachweis der Anlagen abzustellen. (...)"

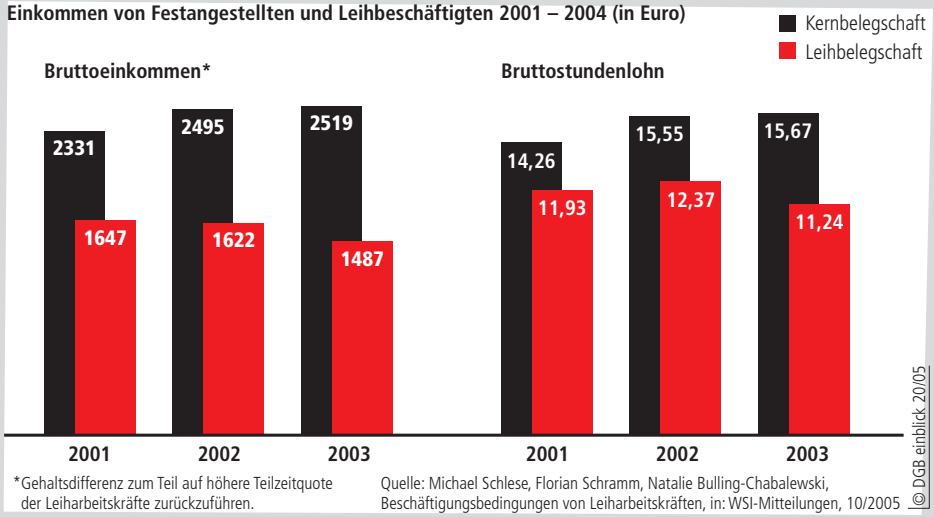
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

LEIHARBEIT: Einkommensunterschied zur Kernbelegschaft gewachsen

In den vergangenen drei Jahren ist die Zahl der in den Unternehmen eingesetzten Leihbeschäftigten stark gestiegen, von 550 000 Leiharbeitskräften 2001 auf 1,2 Millionen 2004. Nach einer in den WSI-Mitteilungen veröffentlichten Untersuchung ist ihr Einkommen gleichzeitig stark gesunken, auf weniger als 70 Prozent des Einkommens der Kernbelegschaft. Während deren Bruttoeinkommen von 2331 Euro auf 2519 Euro stieg, sank das der Leihbeschäftigten von 1647 Euro auf 1487 Euro.



14 TAGE

15.11. DGB-Bildungswerk, Fachtagung „50 Jahre Integration in die Arbeitswelt – von der Anwerbung bis zur Zuwanderungspolitik", Düsseldorf

15.11. ver.di, Tagung „(Geschlechter)Gerechte Leistungsvergütung – vom (Durch)Bruch des Leistungsprinzips in der Entlohnung", Berlin

16.11. ver.di und Arbeitskreis Arbeit und Leben NRW, Lesung von Michael Kittner aus seinem Buch „Arbeitskampf, Geschichte, Recht, Gegenwart" Düsseldorf

17.11. Technologie- und Innovationsberatungsagentur in Bayern (TIBAY), Forum „Innovationskompetenz", München

18.11. NGG, 140-Jahr-Feier zum Bestehen der NGG, Hannover

18.11. DGB Nord, Seniorenkonferenz, Hamburg

18.11. TBS Nordrhein-Westfalen, Info-Veranstaltung für Interessenvertretungen „TBS zum Kennenlernen", Köln

19.11. DGB Sachsen-Anhalt, Landeskonferenz, Magdeburg

21./22.11. IG Metall und Friedrich-Ebert-Stiftung, internationale Konferenz „Kapitalverkehr, Investorenfreiheit und soziale Entwicklung – Globalisierung solidarischer Ansätze statt globale Standortkonkurrenz", Berlin

23./24.11. Otto-Brenner-Stiftung, Jahrestagung „Zukunft für Ostdeutschland", Berlin

24.11. TBS Nordrhein Westfalen, Fachtagung „Mobbing – wir beugen vor!", Düsseldorf

24.-26.11. DGB-Bundesfrauenkonferenz „Frauen sind unerhört", Berlin

personalien

••• ***Knut Lambertin,*** 34, ist ab dem 2. Dezember politischer Referent für Gesundheitspolitik und Krankenversicherung des DGB. Zuvor war er von 1995 bis 2003 Mitarbeiter der SPD-Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges, Klaus Brandner und Dr. Rolf Mützenich sowie seit Februar 2003 Referent der Arbeitsgruppe Gesundheit und soziale Sicherung der SPD-Bundestagsfraktion.

Tipp

***Buch:* Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hrsg.), Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, UVK Verlag, Konstanz 2005, 591 S., 29 Euro**

Durch Ausschluss von wachsenden Teilen der Gesellschaft von Arbeit und Bildung entstehen neue Klassenunterschiede in Deutschland. Selbst die Mittelschicht ist nicht mehr sicher vor sozialem Abstieg. In Interviews beleuchten die AutorInnen die Folgen einer brüchig werdenden Arbeitswelt. Das Buch von Franz Schultheis und Kristina Schulz knüpft an das Werk des französischen Soziologen Pierre Bourdieu „Das Elend der Welt" an.

Schlusspunkt

„Deutsche, macht Urlaub in Deutschland!"

Überschrift in Bild am Sonntag vom 6. November zu einem Interview mit dem designierten Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) über dessen Konzept zur Ankurbelung der Konjunktur

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.11.2005 21/05

DGB

inhalt

Seite 2-3
Nachhaltiger Konjunkturimpuls vermisst
Der Koalitionsvertrag im Urteil der Gewerkschaften

Seite 5
Die Datenlage wird besser
Gleichstellung spielt für die neue Bundesregierung nur eine untergeordnete Rolle

Seite 7
Wir brauchen einander
Die EU würde von einer Mitgliedschaft der Türkei mindestens genauso stark profitieren wie die Türkei, meint Nihat Öztürk

Koalitionsvertrag

„Da ist viel Einheitsgewerkschaft drin"

„Deutschland muss sozial gestaltet werden", mit dieser Botschaft hatten sich die Gewerkschaften in den Bundestagswahlkampf 2005 eingemischt und damit auf den Punkt gebracht, was auch die Mehrheit der WählerInnen von der neuen Bundesregierung erwartet. Für die Gewerkschaften ist die seit dem 22. November regierende große Koalition keine Traumkonstellation. Aber angesichts der schwierigen Ausgangslage sei der von CDU/CSU und SPD verabredete Koalitionsvertrag „besser gelungen, als viele gedacht haben", allerdings auch „schlechter als erhofft", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

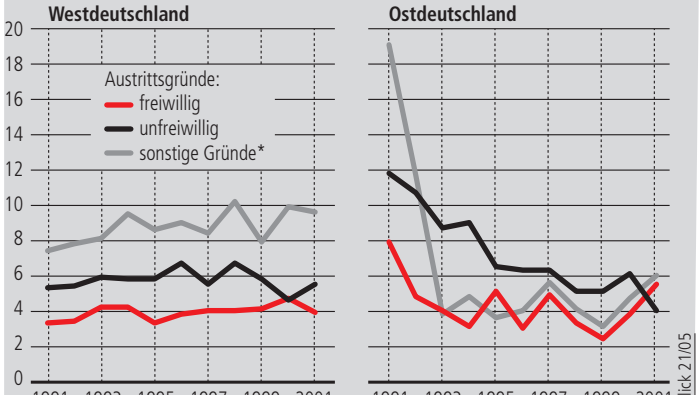
Bestätigt sehen sich die Gewerkschaften vor allem durch das Bekenntnis der neuen Bundesregierung zum Erhalt der Tarifautonomie und der Mitbestimmung, aber auch durch den Verzicht auf die noch im Wahlkampf von der Union geplante Senkung des Spitzensteuersatzes. Dennoch hätte sich der DGB von den Koalitionsparteien eine gerechtere Verteilung der Lasten und deutlichere Impulse für die Konjunktur gewünscht. Es gebe eine verteilungspolitische Schlagseite zu Lasten der breiten Bevölkerung, so Sommer, „die durch die von der Koalition geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer weiter verschärft wird". Die Gewerkschaften würden zwar ausdrücklich eine Politik mittragen, die die Kosten der gesellschaftspolitisch gewünschten Sozialpolitik auf eine Finanzierung über Steuereinnahmen umstellt, statt die Arbeit zu belasten, aber die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer sei „in der jetzigen konjunkturellen Lage der falsche Weg".

Für nicht akzeptabel hält der DGB zudem, dass Hartz IV praktisch unverändert geblieben ist. Hart kritisiert wird von den Gewerkschaften auch die geplante Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre – sie sei angesichts der Arbeitsmarktsituation für ältere ArbeitnehmerInnen „für viele nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung". Ebenfalls kritisiert wird die von der Union durchgesetzte Einschränkung des Kündigungsschutzes während der ersten beiden Beschäftigungsjahre.

Trotz der Kritik sieht der DGB den Koalitionsvertrag vor allem als Kompromiss zwischen den Positionen von Union und SPD. So gesehen sei da auch „viel Einheitsgewerkschaft drin". •

Flexibler als gedacht

Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit ausgeschiedener ArbeitnehmerInnen 1991 – 2001 (in Jahren)



* Auslaufen eines befristeten Arbeitsverhältnisses, Übergang in Altersrente etc.
Quelle: Berechnung des Instituts Arbeit und Technik (IAT) auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels; IAT-Report 9/2005

© DGB einblick 21/05

Der Arbeitsmarkt ist wesentlicher flexibler, als von der Politik unterstellt. Nach einer Studie des Instituts Arbeit und Technik waren die ArbeitnehmerInnen vor ihrem Ausscheiden in Westdeutschland im Schnitt sechs Jahre im gleichen Betrieb beschäftigt, in Ostdeutschland sogar nur fünf Jahre. ArbeitnehmerInnen kündigen früher als die Arbeitgeber.

plusminusBERLIN

+ ***Jürgen Schrempp, scheidender Vorstandsvorsitzender von DaimlerChrysler, hat Pläne seines Unternehmens scharf kritisiert, die Zahl der Ausbildungsplätze um 20 Prozent zu reduzieren. Das Unternehmen müsse der Jugend eine Perspektive geben.***

– ***Bundesbankpräsident Axel Weber hat im aktuellen Monatsbericht der Bundesbank „eine Verschärfung des Defizitverfahrens" gegen Deutschland gefordert. Der Umfang der im kommenden Jahr geplanten Haushaltskonsolidierung sei unzureichend.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.cleanclothes.org
Internationale Menschenrechts-Kampagne für „Saubere Kleidung"

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Wer hat Anspruch? Tarifliche und rechtliche Voraussetzungen beim Weihnachtsgeld

Koalitionsvertrag im Urteil der Gewerkschaften: Nachhaltiger Konjunkturimpuls vermisst

Fast fünf Millionen Arbeitslose gibt es in Deutschland, mit der stillen Reserve sind es sieben Millionen. Daran wird sich auch unter der schwarz-roten Bundesregierung so schnell nichts ändern. Denn im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD fehlen nach Meinung der Gewerkschaften nicht nur konkrete Schritte für eine gerechtere Verteilung der sozialen Lasten, sondern es fehlt auch ein nachhaltiger Konjunkturimpuls, der über 2006 hinaus wirkt. Trotz dieser grundsätzlichen Kritik geben die Gewerkschaften Schwarz-Rot eine Chance: Statt der von etlichen Wirtschaftsverbänden und Journalisten formulierten pauschalen Ablehnung des Regierungsprogramms konzentrieren sie sich auf die Kritik am Detail.

Union und SPD hätten in ihrem Koalitionsvertrag wichtige Anliegen der Gewerkschaften aufgegriffen, stellt der DGB-Bundesvorstand in seiner am 11. November beschlossenen Erklärung zum Koalitionsvertrag fest. Trotzdem seien viele Forderungen unberücksichtigt geblieben, die nach Auffassung der Gewerkschaften ein Mehr an Beschäftigung und an sozialer Gerechtigkeit gebracht hätten. Kritik übt der DGB nicht nur an der von Schwarz-Rot geplanten faktischen Aussetzung des Kündigungsschutzes während der ersten beiden Beschäftigungsjahre und an der für 2007 geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent, sondern auch an zahlreichen Details des Koalitionsvertrags.

Zu den Punkten, die bei den Gewerkschaften auf starke Kritik gestoßen sind, gehören die Steuer- und Finanzpolitik, die geplanten Leistungskürzungen zu Lasten der Arbeitslosen, die Einschnitte in das Rentensystem und die Verlagerung von Kompetenzen im Bildungs- und im Beamtenbereich auf die Länder. Zwar begrüßt der DGB die von der Koalition angekündigte Abschaffung von reinen Steuersparfonds und die Einführung höherer Steuersätze für Spitzenverdiener. Auf diesem Weg könnten aber nicht die Einnahmelücken des Staates geschlossen werden, die durch den Verzicht von Schwarz-Rot auf eine zeitgemäße Erbschafts-, Vermögens- und Börsenumsatzsteuer entstehen. Zudem sei die Steuer- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung viel zu sehr der Vorstellung verhaftet, „man könne sich aus der Krise heraussparen, statt herauswachsen zu wollen".

Aus der Krise kann man sich nicht heraussparen, man muss herauswachsen

In der Arbeitsmarktpolitik habe die Koalition nur sehr eingeschränkt ihre Chance genutzt, die Arbeitslosigkeit durch eine wirksame Wachstums- und Beschäftigungsförderungspolitik aufzulösen. Ihr sei „we-

Unternehmensberatung
Gender Mainstreaming
Branchenkonzepte
Turn-around-Beratung

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH

Beratung von Betriebsräten

Krisen bewältigen und gleichzeitig Zukunftschancen für Unternehmen erarbeiten - mit einem integrierten Leistungsprofil bietet die ISA Consult GmbH dafür kundenorientierte Beratungen an - und das bereits seit 1991.

Auf Grundlage des § 80.3 bzw. § 111 BetrVG berät die ISA Consult Betriebsräte als externe Sachverständige dabei,
• Konzepte und Pläne des Arbeitgebers qualifiziert zu bewerten
• auf Grundlage des § 92a BetrVG eigene Vorschläge für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu erstellen und
• diese in die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber einzubringen.

Die ISA verfügt über 30 erfahrene Beraterinnen und Berater mit spezialisierten betriebswirtschaftlichen, arbeitswissenschaftlichen, gleichstellungsorientierten Fachkenntnissen an vier Standorten - Bochum, Berlin, Hamburg und Frankfurt.

Aus diesem BeraterInnenstamm werden die Teams genau auf die jeweilige Aufgabe und den Kunden, unter Berücksichtigung der jeweiligen Branche, zugeschnitten. Durch die aktive Einbeziehung des Betriebsrates kontrolliert dieser jederzeit das Verfahren. Die ISA Consult unterstützt die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge.

Darüber hinaus entwickelt das Team der ISA Consult in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten im Unternehmen passgenaue Konzepte zur Organisations- und Personalentwicklung oder organisiert betriebliches Coaching und Führungkräftetraining, was gleichstellungsorieniert erfolgen kann. Sie erarbeitet gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften Konzepte für Zukunfts- und Brancheninitiativen und setzt sie im Dialog mit Unternehmensvertretern um.

Kurzum: Methodisches Vorgehen, fachliches Know-how und die Beteiligung der betroffenen Beschäftigten sind die Grundlagen unserer erfolgreichen Arbeit.

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH
Westring 26a | 44787 Bochum

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de

Rolf Plake:
rplake@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

nig besseres eingefallen, als die verhängnisvolle Entwicklung der letzten Legislaturperiode fortzusetzen", kritisiert der DGB. Wer auf Haushaltseinsparungen durch weitere Verschlechterungen von Leistungen und von Rentenzusagen für Langzeitarbeitslose setzt, dürfe sich nicht wundern, „wenn sich die schon vorhandene Verbitterung der Langzeitarbeitslosen nicht auflösen lässt, sondern nur neue Nahrung erhalten wird". Auch bei den Mini- und den Midijobs sieht der DGB die Regierung in der Pflicht. Zwar gebe es hier erste positive Ansätze in der Koalitionsvereinbarung. Aber wenn die Bundesregierung ernst machen wolle, die Zerstückelung sozialversicherungspflichtiger Arbeit durch Mini- und Midijobs zu beenden, müsse sie diese so verteuern, dass sie als Alternative zu regulärer Arbeit für die Arbeitgeber nicht mehr interessant sind.

Auch der schrittweisen Anhebung der Rentenaltersgrenze von 2012 bis 2035 auf 67 Jahre kann der DGB nichts Positives abgewinnen. Es sei eine falsche Abfolge, zuerst eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters durchzusetzen, und dann erst zu Beginn des nächsten Jahrzehnts zu schauen, ob die Arbeitsmarktlage für Ältere und deren soziale Situation eine Anhebung der Altersgrenze überhaupt erlauben. Von der neuen Bundesregierung fordert der DGB stattdessen konkrete Anstrengungen, die Beschäftigungschancen älterer ArbeitnehmerInnen nachhaltig zu verbessern. Nur so könne das tatsächliche Renteneintrittsalter zuerst einmal an die bislang geltende Altersgrenze herangeführt werden. Auch die Einführung eines so genannten Nachholfaktors, mit dessen Hilfe die Bundesregierung Rentenkürzungen, die aufgrund der bestehenden Niveausicherungsklausel nicht vollzogen werden können, zu einem späteren Zeitpunkt nachholen will, lehnt der DGB ab. Dies führe nicht nur zu einer starken Verunsicherung der Rentner, sondern schade in Verbindung mit der ohnehin geplanten Mehrwertsteuererhöhung der Binnenkonjunktur.

Arbeitnehmerrechte – Die Achillesferse der Beschäftigten

Vor der Bundestagswahl stand die Mitbestimmung zur Disposition. Jetzt sprechen Union und SPD von einem „Erfolgsmodell". Die für Ende 2006 erwarteten Empfehlungen der Biedenkopf-Kommission, der auch die Gewerkschaftsvorsitzenden Michael Sommer (DGB) und Jürgen Peters (IG Metall) sowie der Betriebsratsvorsitzende Günter Reppin (RWE Power) angehören, für eine „europataugliche Weiterentwicklung der deutschen Unternehmensmitbestimmung" sollen aufgegriffen werden. Positiv bewerten die Gewerkschaften zudem, dass die betriebliche Mitbestimmung nicht länger als „Reformbremse" dargestellt, sondern von den Koalitionspartnern als „Garant des Wohlstands" anerkannt wird. Auch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, auf die vor der Wahl die Unternehmer gedrängt hatten, ist vom Tisch. Darüber hinaus bekennen sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag zur Tarifautonomie. Zu den positiv bewerteten Vereinbarungen gehört auch der geplante Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten und der Erhalt des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit. Negativ zu Buche schlägt hingegen das Fehlen einer klaren Aussage zum bislang von der Union blockierten Antidiskriminierungsgesetz. Zudem wollen die Koalitionspartner an der Möglichkeit für Existenzgründer festhalten, ArbeitnehmerInnen über 52 Jahre befristet einzustellen. Ein Punkt, der allerdings im Widerspruch zu einer zwischenzeitlich ergangenen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs steht.

Den größten Brocken sehen die Gewerkschaften in der auch von der SPD mitgetragenen Verlängerung der Probezeit auf bis zu zwei Jahre. „Hier wurde ohne Not reine Symbolpolitik betrieben", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, „ohne das dadurch ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen wird." Den Beweis, dass durch die Beseitigung des Kündigungsschutzes Arbeitsplätze entstehen, seien die Arbeitgeber schuldig geblieben. In den Gesprächen mit der Union hatte der DGB angeboten, als Alternative zu einer generellen Verlängerung der Probezeit darüber nachzudenken, wie das Kündigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden kann. Vergeblich. Der DGB hat bereits angekündigt, das entsprechende Gesetzesvorhaben intensiv zu begleiten. Zur Verhinderung einer generellen Ausweitung der Kündigungsfrist könnten die Gewerkschaften zudem das Instrument der Tarifpolitik nutzen. In etlichen Tarifverträgen ist die Probezeit auf sechs Monate begrenzt.

Die Balkanisierung der Bildungslandschaft wird sich bitter rächen

Positiv bewertet der DGB hingegen, dass es dem Bund und den Ländern gelungen ist, die 2004 steckengebliebene Föderalismusreform zu einem Abschluss zu bringen. Allerdings sei die Einigung „teuer erkauft". Die Kompetenzübertragung der Beamtenbesoldung auf die Länder werde sich bitter rächen, ebenso die geplante Balkanisierung der Bildungslandschaft. Zudem sei die angekündigte Sparwelle in der Bundesverwaltung ein falsches Signal. Eine Milliarde Euro will Schwarz-Rot bei den Personalkosten einsparen. Dahinter verberge sich eine Arbeitszeitverlängerung – das sei „kein Zeichen beschäftigungspolitischer Verantwortung des öffentlichen Arbeitgebers", kritisiert der DGB. •

Gesprächsbereit

Die Gewerkschaften haben den Koalitionsvertrag nicht euphorisch begrüßt, aber sie haben ihn auch nicht pauschal zurückgewiesen.

Er enthalte „eine Reihe von positiven Elementen", hatte zum Beispiel der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erklärt, und auf das Bekenntnis zur Tarifautonomie und auf das geplante Elterngeld verwiesen. Allerdings springe die Koalition „in den zentralen Feldern zu kurz oder in die falsche Richtung".

Ebenso differenziert äußerte sich der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt. Der Koalitionsvertrag sei „alles in allem besser, als ich es erwartet habe", trotz „aller Kritik in einer Reihe von Punkten". Und auch sein IG Metall-Kollege Jürgen Peters fand in der Vereinbarung „eine Reihe positiver Aspekte". Zugleich kritisierte er aber die geplante Anhebungen des Rentenalters als „fatal für die Menschen", und die Pläne zur Lockerung des Kündigungsschutzes als „zutiefst ungerecht".

Trotz der Kritik am Detail bleiben die Gewerkschaften gesprächsbereit. „Wir werden die große Koalition kritisch begleiten", so TRANSNET-Vorsitzender Norbert Hansen.

Im Internet
www.einblick.dgb.de
Bewertung des Koalitionsvertrags durch den DGB-Bundesvorstand

PROJEKTE UND PARTNER

Newsletter

jetzt! für Frauen

Antwort auf Gleichstellungsfragen im öffentlichen Dienst gibt ein neuer Newsletter des AiB-Verlages. In der ersten Ausgabe geht es um Themen wie: Welche gleichstellungspolitisch wichtigen Aspekte enthält der neue Tarifvertrag? Wie lässt sich mit gegenderten Personalbudgets die Einstellung von Frauen fördern? Der Newsletter „*jetzt!* – Gleichstellung der Frau im öffentlichen Dienst" wendet sich an Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, an Schulen und bei der Polizei. Die Publikation informiert über ihre Rechte und Aufgaben, über gute Praxis und neue Instrumente, über Netzwerke und Weiterbildungsangebote. Die redaktionelle Verantwortung hat die Journalistin Dorothee Beck. *jetzt!* erscheint achtmal jährlich. •

Test-Abo (zwei Ausgaben kostenlos): Fax 069 / 79 50 10 12

Fachtagung

Daten schützen

Kaum ein Arbeitsplatz kommt heute noch ohne Datenkommunikation via E-Mail, Inter- und Intranet aus. In der modernen Technik stecken jedoch auch Tücken, ermöglichen sie doch eine nahezu lückenlose Kontrolle der Beschäftigten. Mit dem Thema „Onlinerechte im Betrieb" befasst sich eine Fachtagung in Berlin am 13. Dezember, zu der DGB und ver.di gemeinsam einladen. Die ReferentInnen, darunter die DGB-Vize-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer, Jochen Konrad-Klein von der TBS NRW und Soultana Paschalidou von der EU-Kommission, werden erläutern, welche Regelungen zum Arbeitnehmerdatenschutz bestehen, wie die betrieblichen AkteurInnen ihn gestalten können und wie der Bereich auf europäischer Ebene geregelt ist. Tagungsort ist die Landesvertretung Rheinland-Pfalz. •

Anmeldungen:
030 / 24 06 07 20
michaela.goerner@dgb.de

Tagung

Weg in die EU

Die Weichen für Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union sind im Oktober gestellt worden. Doch der Weg bis zum tatsächlichen Beitritt dürfte noch lang und schwierig werden. Das DGB-Bildungswerk lädt im Rahmen der Düsseldorfer Migrationsgespräche am 9. Dezember, dem UN-Tag der Menschenrechte, zu einer Tagung „Zukunft der Türkei in der Europäischen Union" ins Hans-Böckler-Haus nach Düsseldorf ein. Volker Roßocha vom DGB-Bundesvorstand, der türkische Botschaftsrat Can Ünver, Ulrich Weins von der EU-Kommission und andere ExpertInnen werden über Chancen und Risiken, Vorurteile und Sachfragen eines EU-Beitritts der Türkei diskutieren. •

Anmeldung: Fax 0211/4301134

Aktionswoche

Infos zu Lidl

Nach der erfolgreichen Lidl-Kundenwoche im September wird die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vom 5. bis zum 10. Dezember eine bundesweite Lidl-Adventswoche veranstalten. Mit verschiedenen öffentlichen Aktionen sollen die KundInnen über die miserablen Arbeitsbedingungen beim Discounter Lidl informiert, die mehr als 40 000 Lidl-Beschäftigten zugleich ermuntert werden, in ihren Filialen Betriebsräte zu gründen. Zur Aktionswoche ist nun auch die dritte Ausgabe der Lidl-Zeitung Schwarz-Markt veröffentlicht worden. Sie widmet sich u.a. den Bündnispartnern der Lidl-Kampagne, zu denen neben den Gewerkschaften u.a. attac und kirchliche Arbeitnehmerorganisationen zählen. •

www.lidl.verdi.de

DGB-Kalender 2006

Aktuelle Daten und Fakten

Gerade erschienen ist der DGB-Taschenkalender 2006. In bewährter Form liefert er aktuelle Daten und Fakten zum DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften und informiert über DGB-Medien oder Service-Dienstleistungen gewerkschaftlicher Einrichtungen – vom DGB-Bildungswerk über die Hans-Böckler-Stiftung bis zum DGB-Rechtsschutz. Daneben bietet er unter anderem auch aktuelle Tarifdaten und Infos zur Gewerkschaftsgeschichte. Wer Kontakt mit dem DGB oder den Gewerkschaften aufnehmen will, wird im umfangreichen Adressenteil fündig – ob er nun einen Ansprechpartner bei einer internationalen Gewerkschaftsorganisation oder in einer DGB-Region sucht. Jeder DGB-Bezirk hat eine eigene Ausgabe, die nicht nur Adressen aus dem Bezirk und den DGB-Regionen präsentiert, sondern auch über spezielle Angebote der Gewerkschaften vor Ort informiert. Der DGB-Kalender 2006 ist bei den DGB-Regionen und -Bezirken kostenlos erhältlich. •

interregio

••• Unter dem Motto „Nicht von der Hand in den Mund" lädt der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** am 2. Dezember zu einer ***tarifpolitischen Konferenz*** nach Berlin-Köpenick ein. Mit deutschen und internationalen TeilnehmerInnen wird dabei die Frage diskutiert, ob das europäische Sozialstaatsmodell sich gegen das anglo-amerikanische Modell der Deregulierung behaupten kann. Die Foren der Konferenz setzen sich etwa mit den Erfahrungen anderer europäischer Länder mit Mindestlöhnen oder der Zukunft des Flächentarifvertrags auseinander. Infos und Anmeldung: DGB Berlin-Brandenburg, Tel. 030 / 212 40 120

••• Die ***DGB-Landesverbände Thüringen und Sachsen*** sowie der ***DGB-Bezirk Sachsen*** beteiligen sich am 8. Dezember an einer ***Innovations-Konferenz*** zum Thema „Erhöhung der regionalen Leistungs- und Innovationsfähigkeit Mitteldeutschlands". Ziel ist die verstärkte Zusammenarbeit von Sozialpartnern, Politik und Wissenschaft. Mitveranstalter sind die Hans-Böckler-Stiftung sowie das Institut für Europäische Forschungen und Projekte. Infos: Klaus-Dieter Zimmermann, Tel. 0391 / 625 03 15

DGB-Infohefte

Bildung tut Not!

Der DGB-Bundesvorstand hat im Juli mit dem Beschluss „Deutschland braucht mehr Weiterbildung" bekräftigt, dass die Ressource Bildung für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt zentral ist. Eine 20-seitige Publikation in der Reihe Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dokumentiert den Beschluss und fasst die Weiterbildungssituation von Arbeitslosen zusammen. Die Schrift kann gegen Übernahme der Versandkosten bezogen werden . •

Fax 030 / 81 45 93 99
bestellservice@ toennes-bestellservice.de

Gleichstellungspolitik im Koalitionsvertrag

Die Datenlage wird besser

Gute Absichten, wenig konkrete Maßnahmen: Gleichstellungspolitik spielt im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD nur eine untergeordnete Rolle.

„Die Papierlage ist gut": So bewertete der *einblick* 1998 das rotgrüne Koalitionspapier aus frauenpolitischer Sicht. Sieben Jahre danach warten die Frauen noch immer auf das damals versprochene Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Solch konkrete Zusagen machen die Großkoalitionäre erst gar nicht. Zwar wollen sie, „dass Männer und Frauen gleichermaßen einer sozial abgesicherten und Existenz sichernden Erwerbsarbeit nachgehen können". Die Hartz-Reformen sollen auf ihre Auswirkungen auf Frauen geprüft und gegebenenfalls nachgebessert werden. Die Frauenerwerbsquote soll auf über 60 Prozent gesteigert, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit durchgesetzt, Karrierechancen für Frauen verbessert werden.

Konkrete Maßnahmen, wie sie diese Ziele erreichen wollen, nennen CDU/CSU und SPD aber nicht. Bereits die erste Bilanz der Selbstverpflichtung der Wirtschaft für mehr Chancengleichheit in der Arbeitswelt zeigte 2004, dass es ohne gesetzliche Regelungen kaum Fortschritte gibt. Doch die große Koalition will erst nach einer weiteren Bilanz dieser Vereinbarung „über möglicherweise notwendige, verbindliche Instrumente befinden". Immerhin: Die Datenlage soll besser werden – die Koalitionspartner wollen künftig in jeder Legislaturperiode einen „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern" vorlegen sowie alle Arbeitsmarkt-Daten geschlechtsspezifisch erstellen und auswerten. •

?...nachgefragt

Was bringt der Koalitionsvertrag den Frauen? *einblick* fragte DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Gleichstellungs- und Frauenpolitik zuständig.

Entscheidend ist gerade auch für Frauen, dass es keine Eingriffe in die Tarifautonomie geben soll. Denn dies hätte Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor geöffnet. Davon wären Frauen besonders betroffen. Frauen müssen schon heute eine schlechtere Entlohnung und ungünstige Arbeitsbedingungen hinnehmen. Die Wahrung der Tarifautonomie gibt uns die Chance, die Situation von Frauen im Arbeitsleben weiter zu verbessern. Dagegen werden sich die Verschlechterungen beim Kündigungsschutz besonders negativ auf Frauen auswirken. Wir müssen daher unseren Einfluss in den anstehenden Gesetzgebungsverfahren geltend machen, damit die besonderen Belange von Frauen stärker berücksichtigt werden.

Leider lässt der Koalitionsvertrag kaum erkennen, wie die hohe Arbeitslosigkeit gesenkt und der dramatische Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gestoppt werden können. Auch dies betrifft vor allem Frauen, die zunehmend in prekäre Jobs gedrängt werden. Zwar will die große Koalition die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigern, doch konkrete Maßnahmen, um Existenz sichernde Arbeit für Frauen zu fördern, werden im Vertrag nicht benannt. So finden sich nur unzureichende Ansätze zur Gleichstellungspolitik. Gesetzliche Regelungen für mehr Gleichstellung in der Privatwirtschaft sollen erst geprüft werden, wenn die zweite „Bilanz" der freiwilligen Vereinbarung der Bundesregierung mit der Wirtschaft vorliegt. Doch schon die erste Bilanz im Jahr 2004 hat gezeigt, dass die meisten Unternehmen freiwillig kaum etwas für gleiche Chancen von Frauen und Männern am Arbeitsplatz tun. Wir halten deswegen an unserer Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft fest. Ebenso fordern wir nach wie vor ein effektives Antidiskriminierungsgesetz – auch dazu trifft der Koalitionsvertrag keine klare Aussage.

Positiv sind die Pläne von CDU/CSU und SPD zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die große Koalition hat nicht nur den Ausbau der Tagesbetreuung – auch für unter Dreijährige – verbindlich vereinbart, sondern sich auch auf ein einjähriges Elterngeld als Lohnersatzleistung geeinigt. In Verbindung mit der Elternzeit eröffnet das Elterngeld neue Chancen, damit Frauen mit Kindern nicht aus dem Arbeitsleben gedrängt werden. Die finanzielle Absicherung schafft einen Anreiz für Väter, sich stärker der Kindererziehung zu widmen. Diese Verbesserungen sind auch ein Erfolg der Frauenpolitik der Gewerkschaften. Seit vielen Jahren setzen wir uns für den Ausbau der Infrastruktur und bessere Anreize für eine frühe Berufsrückkehr von Müttern ein. Mit dem Elterngeld kommen wir diesem Ziel näher, auch wenn es noch unter einem Finanzierungsvorbehalt steht. Wir müssen also weiter am Ball bleiben.

Frauenpolitik darf aber nicht zum Anhängsel der Familienpolitik werden. Die Förderung von Familien ist zweifellos wichtig und richtig. Doch wir wollen gleiche Chancen für alle Frauen. Und deshalb setzen wir uns weiterhin dafür ein, die Benachteiligungen von Frauen vor allem am Arbeitsmarkt abzubauen.

In der Familienpolitik

setzt die große Koalition den Kurs der bisherigen Familienministerin Renate Schmidt (SPD) fort. So wollen CDU/CSU und SPD an dem im Tagesbetreuungsausbaugesetz verankerten Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige festhalten und unter Umständen ab 2008 den Rechtsanspruch auf Betreuung auf alle Kinder ab dem 2. Lebensjahr ausweiten. Es wird nach Wegen gesucht, das letzte Kindergartenjahr von Gebühren zu befreien. Geprüft werden soll auch die Einführung einer Familienkasse, die alle familienpolitischen Leistungen bündelt. Eine Offensive „Familienbewusste Arbeitswelt" soll für eine bessere Balance von Familie und Beruf in den Unternehmen sorgen.

Zentrales neues Element ist die Einführung eines Elterngeldes als Einkommensersatzleistung ab 2007. Mütter und Väter, die nach der Geburt eines Kindes in Elternzeit gehen, sollen ein Jahr lang 67 Prozent ihres vorherigen, pauschalisierten Nettoeinkommens als Lohnersatz erhalten, maximal 1800 Euro. Zwei Monate des Bezugszeitraums bleiben dem Vater, zwei Monate der Mutter reserviert.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Frauen- und Gleichstellungspolitik im Koalitionsvertrag: Bewertung des DGB

kurz&bündig

Der DGB und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) haben die Bundesregierung aufgefordert, die Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) wieder in Kraft zu setzen. Sie war 2003 ausgesetzt worden, um mehr Betrieben die Einrichtung von Ausbildungsplätzen zu ermöglichen. DGB und ZDH sehen dadurch die Attraktivität der Berufsbildung gefährdet.

TRANSNET hat sich gemeinsam mit den Eisenbahnergewerkschaften der Schweiz (SEV) und Tschechiens (OSZ) gegen die Anwendung des Herkunftslandprinzips in der EU ausgesprochen. Auch für nicht tarifgebundene Unternehmen müssten die im Erbringerland der Dienstleistung existierenden „kollektiven Vereinbarungen" gelten.

IG Metall und attac haben beim Kampagnen-Netzwerk campact.de ein „5-Minuten-Info" zu den Auswirkungen der geplanten Mehrwertsteuererhöhung ins Netz gestellt. Protest-Mails können direkt an die SPD-Finanzexperten geschickt werden. www.campact.de/mwst/infos/5min

Drei von vier Beschäftigten in Deutschland erhalten laut WSI-Tarifarchiv Weihnachtsgeld oder ein 13. Monatsgehalt. In Betrieben ohne Tarifvertrag gebe es nur für 59 Prozent der Beschäftigten eine Sonderzahlung, in Betrieben mit Tarifvertrag seien es 84 Prozent. www.lohnspiegel.de

Tarifrunde 2006

Aufregung um Lohnforderung

Unkenntnis über die Aufstellung gewerkschaftlicher Lohnforderungen verursachte Mitte November einen Sturm im Wasserglas: Wirtschaftsforscher wie der Chef der Wirtschaftsweisen, Bert Rürup, warnten die Gewerkschaften davor, die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Anlass für kräftige Lohnforderungen zu nehmen. Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine* titelten: „Lohnausgleich für Mehrwertsteuer". Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hatte zuvor eine Selbstverständlichkeit kundgetan und mit Blick auf die von Union und SPD geplante Mehrwertsteuererhöhung gesagt: „Was davon durchschlägt auf die Inflation, werden wir in unseren Forderungen berücksichtigen."

Die Höhe von Tarifforderungen setzt sich im Wesentlichen aus der Inflationsrate und der Produktivitätsrate zusammen. Beides wird nicht mit Blick in die Glaskugel geschätzt, sondern rückblickend ermittelt. Weil die schwarz-rote Koalition die Mehrwertsteuer erst 2007 um drei Punkte auf 19 Prozent erhöhen will, ist mit Auswirkungen auf die Tarifforderungen erst 2008 zu rechnen – „soweit eine höhere Mehrwertsteuer die Inflationsrate erhöht" (IG BCE-Vorsitzender Hubertus Schmoldt).

In diesem Punkt sind sich sogar Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt und der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters einig. Hundt sagte dem Kölner *Express,* „Tarifabschlüsse können keine Steuererhöhungen ausgleichen, und Peters erklärte im *Zeit*-Interview, „wir (können) politische Entscheidungen nicht in Tarifverhandlungen korrigieren".

Für die 3,2 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie stehen nach zwei Jahren wieder Tarifverhandlungen auf der Tagesordnung. Die Verträge laufen am 28. Februar 2006 aus.

Der IG Metall-Vorstand wird Mitte Dezember seine Empfehlung und Ende Januar seine Forderungen beschließen. Laut IG Metall-Vize Berthold Huber werden angestrebt: eine „spürbare" Erhöhung der Entgelte, die Wiedereinsetzung des arbeitgeberseitig gekündigten Tarifvertrags über vermögenswirksame Leistungen sowie tarifliche Regelungen zu Qualifikation und Innovation. •

NGG und IG Metall

Preise für engagierten Journalismus

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall haben unabhängig voneinander JournalistInnen ausgezeichnet, die sich kritisch mit den Themen „Solidarität und Arbeit" sowie „Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten" auseinandergesetzt haben. Den ersten Preis des mit insgesamt 10 000 Euro dotierten Nachwuchsjournalistenpreises der NGG erhielten Nadine Rüttinger und Thies Marsen vom Bayerischen Rundfunk für ihr Feature „Zweifel is in da House! Warum Arbeit keinen Spaß mehr macht". Den zweiten Preis teilen sich der Hörfunkjournalist Jens Jarisch für „Lifestyle – Warum Vietnamesen keine Adidas-Schuhe tragen" und der *Spiegel*-Redakteur Mario Kaiser für „Armut: Die Kunst der Sozialklempner". Einen Sonderpreis erhielten die Journalistin Inka Schmeling und die Fotografin Isadora Tast für ihren in Kürze in *Brigitte* erscheinenden Artikel „Schnipseljagd".

Den ersten Preis der zum ersten Mal verliehenen Auszeichnung der Otto-Brenner-Stiftung erhielt Marcus Rohwetter für seinen in der *Zeit* veröffentlichten Beitrag „Ihr Wort wird Gesetz". Den 2. Preis verlieh die Jury der *Stern*-Redakteurin Nikola Sellmair für ihren Artikel „Kollege Angst". Der 3. Preis ging an Brigitte Baetz für ihr im Deutschlandfunk ausgestrahltes Feature „Meinung für Millionen – Wie Interessengruppen die öffentliche Meinung beeinflussen". In der Kategorie Newcomer und Neue Medien wurden der Passauer Schülerzeitungsredakteur Maximilian Popp ausgezeichnet sowie die Berliner AutorInnen Andreas Hamann und Gudrun Giese für ihr „Schwarzbuch Lidl". •

GEW-Gutachten

Länder ignorieren eigene Vorgaben

In Deutschland wurden 2005 fast 5000 Lehrer zu wenig eingestellt. Damit ist zum dritten Mal in Folge der von der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) definierte Lehrereinstellungsbedarf deutlich verfehlt worden – trotz PISA. Das belegt eine von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vorgestellte Studie der Universität Duisburg-Essen.

Seit 2003 wurden damit bereits 15 000 Lehrkräfte weniger eingestellt als von der KMK selbst für erforderlich erachtet wird. „Offenbar sind den Bundesländern die PISA-Ergebnisse nicht wirklich wichtig", mutmaßt der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Viele Bundesländer hätten zudem durch Arbeitszeitverlängerungen den Einstellungsbedarf künstlich reduziert. Die Autoren der Studie warnen, dass durch die verfehlte Personalpolitik der Länder bereits in naher Zukunft die Personalreserven für den notwendigen Ausbau der Ganztagsschulen fehlen könnten. •

Streitthema EU-Beitritt der Türkei

Wir brauchen einander

Kann die Europäische Union (EU) ein so großes Land wie die Türkei überhaupt als Mitglied wirtschaftlich verkraften? „Selbstverständlich", meint der Autor Nihat Öztürk. Welche Belastungen entstehen, wenn die volle Freizügigkeit für türkische ArbeitnehmerInnen hergestellt wird? „Keine größeren als bei den bisherigen EU-Beitritten."

Foto: Manfred Vollmer

Nihat Öztürk, 50, Dipl.-Sozialökonom, ist 2. Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf.

Meine These lautet: Die EU profitiert von einer Mitgliedschaft der Türkei mindestens genauso stark wie die Türkei von der EU – wirtschaftlich, politisch, kulturell und geostrategisch. Gewiss, die Türkei ist ein großes Land (doppelt so groß wie Deutschland, 71 Millionen Einwohner); die Heranführung an die EU-Standards wird etwas kosten. **Doch die Vorteile** für die EU, insbesondere für Deutschland, **überwiegen** bei weitem die wirtschaftlichen Belastungen.

Das Volumen der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen EU bzw. Deutschland und der Türkei ist beachtlich und wächst kontinuierlich. Seit Vollendung der Zollunion vom 1996 beträgt der wirtschaftliche Vorteil für die EU jährlich zehn Milliarden Euro, davon entfallen vier Milliarden auf Deutschland.

Die türkische Wirtschaft rangiert im internationalen Vergleich weltweit auf Platz 20. Sie überzeugt durch **hohe Wachstumsraten und hervorragende Perspektiven als Produktions- und Absatzmarkt.** Diese Entwicklungspotenziale sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik – junge Bevölkerung, hoher Nachholbedarf – warten auf ihre weitere Freisetzung.

Mehr als 1200 deutsche Unternehmen sind mit ihren Produktions- und Vertriebsstätten in der Türkei tätig, Tendenz stark steigend. Ein hoher Anteil der Wertschöpfung dieser Unternehmen findet in Deutschland statt und sichert dort Arbeitsplätze.

Aufgrund ihrer geografischen Lage sowie ihrer sprachlichen und kulturellen Nähe bildet die Türkei eine **Brücke zum Mittleren Osten** (Naher Osten, Kaukasus und Zentralasien), also – neben China und Indien – zu den Märkten der Zukunft. Ohne oder gar gegen die Türkei kann die EU in diesen Regionen keinen oder nur einen eingeschränkten Einfluss haben – und würde von den USA abgehängt. Ohne oder gar gegen die Türkei kann Europa kein weltpolitischer Akteur werden.

Unter wirtschaftlichen wie politischen Kriterien fällt die Türkei – im Vergleich mit den jüngsten und früheren Beitrittskandidaten – keineswegs aus dem Rahmen. Zudem darf nicht übersehen werden, dass die türkische Ökonomie und Gesellschaft in zehn Jahren, wenn der EU-Beitritt erfolgt, anders aussehen werden. Wirtschaftsexperten und EU-Kommission **bescheinigen dem Land schon jetzt eine „funktionierende Marktwirtschaft",** prognostizieren, dass die Stabilitätskriterien der EU – wonach beispielsweise die jährliche Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten darf – in zwei bis drei Jahren erfüllt werden und dass sich das türkische BIP in weniger als zehn Jahren mindestens verdoppeln wird.

Die von deutschen Beschäftigten und Gewerkschaften befürchtete Freizügigkeit türkischer ArbeitnehmerInnen – die nach einem EU-Beitritt der Türkei sehr lange auf sich warten lassen wird, da vermutlich lange Übergangsfristen bis zur Herstellung ihrer vollen Gültigkeit vereinbart werden – ist deshalb völlig unbegründet, weil aufgrund der ökonomischen Daten in der Türkei eine ähnliche Entwicklung zu erwarten ist wie in Griechenland, Spanien und Portugal nach deren EU-Beitritt 1981 bzw. 1986: wirtschaftliche Prosperität, politische Stabilität und – als Folge – **eher Rück- statt Zuwanderung nach Deutschland und Europa.**

Selbstverständlich muss die Türkei **ohne Abstriche die Kopenhagener Kriterien erfüllen,** d.h. eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung garantieren, die Wahrung der Menschenrechte sowie den Schutz von Minderheiten, und den „gemeinschaftlichen Besitzstand", den 80 000 Seiten umfassenden Acquis communautaire, übernehmen, um EU-Mitglied zu werden. Ebenso klar ist aber auch, dass keine Regierung in Ankara es sich erlauben könnte, normale oder gar partnerschaftliche Beziehungen mit der EU zu pflegen, wenn trotz Erfüllung der Beitrittsbedingungen eine Aufnahme als Vollmitglied abgelehnt würde. •

Die Türkei in Europa

1949:	**Gründungsmitglied des Europarates**
1952:	**Mitglied der NATO**
1963:	**Assoziierungsabkommen mit EWG, Ziel: Vollmitgliedschaft**
1975:	**Mitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)**
1995:	**Abkommen über Zollunion**
1999:	**Verleihung des Kandidatenstatus**
2005:	**Beginn der offiziellen Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober**

Kein Automatismus

„Orient und Okzident lassen sich nicht mehr trennen", meinte zwar schon Johann Wolfgang von Goethe (1748 – 1832), aber ob die Türkei eines Tages Mitglied der EU werden soll, kann oder darf, ist heute mehr denn je umstritten.

Seinen Beitrittswunsch hat das Land bereits 1987 angemeldet. Seit 1999 hat es den Status eines Beitrittskandidaten. Begonnen haben die Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005.

Das Auswärtige Amt rechnet mit langen und schwierigen Verhandlungen und hält einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren für realistisch. Das Ziel der Verhandlungen ist der Beitritt, das Ergebnis könne aber nicht garantiert werden, es gebe keinen „Automatismus".

Zumindest unter Rot-Grün vertrat das Außenministerium die Auffassung: „Eine europafähige Türkei, die sich als EU-Mitglied mit weit überwiegend islamischer Bevölkerung zu unseren westlichen Werten bekennt, straft diejenigen Lügen, die einen ‚Kampf der Kulturen' zwischen der islamischen Welt und dem Westen als unausweichlich prognostizieren."

*Unter dem Titel **„Europa kommt aus dem Orient. Gegen die Scheinheiligkeit in der EU/Türkei-Debatte"** erscheint von Nihat Öztürk ein Aufsatz als Beilage der Zeitschrift „Sozialismus", Ausgabe Dezember 2005, VSA-Verlag, Hamburg.*

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

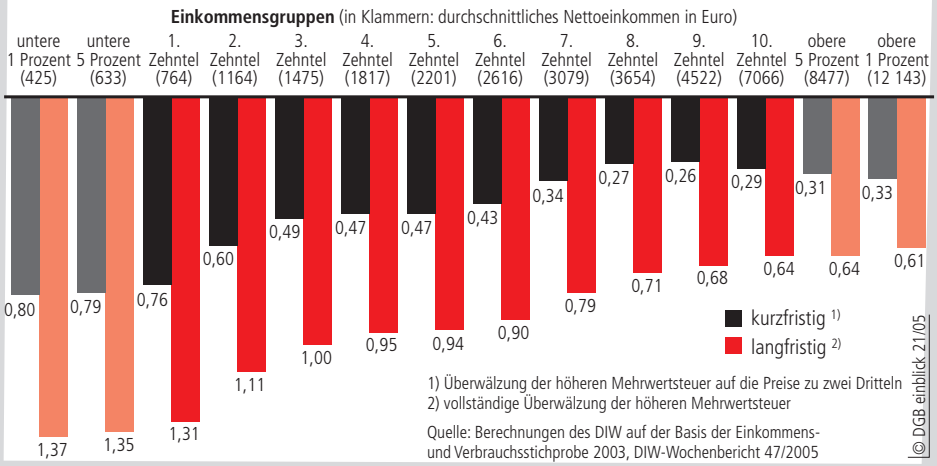
DIES & DAS

die DGB grafik

MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG: Wer wenig hat, verliert am meisten

Durch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent reduziert sich die Kaufkraft der privaten Haushalte trotz sinkender Sozialausgaben um 0,8 Prozent. Die größten Einschnitte gibt es bei Haushalten mit sehr niedrigem Einkommen. Sie verlieren bis zu 1,4 Prozent ihrer Kaufkraft, die obersten Einkommensgruppen hingegen nur 0,6 Prozent. Zu den Verlierern gehören zudem RentnerInnen, Beamte und kleine Selbstständige, die nicht von der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge profitieren.

Verringerung der Kaufkraft der Privathaushalte durch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent bei gleichzeitiger Senkung der Sozialabgaben (in Prozent)



1) Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer auf die Preise zu zwei Dritteln
2) vollständige Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer

Quelle: Berechnungen des DIW auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, DIW-Wochenbericht 47/2005

© DGB einblick 21/05

personalien

••• ***Gunold Fischer,*** 61, Vorsitzender des Landesbezirks Niedersachsen/Bremen der Gewerkschaft NGG, ist am 17. November vom Beirat zu einem der beiden stellvertretenden NGG-Vorsitzenden gewählt worden. Er folgt ***Werner Weck,*** 58, der in Altersteilzeit gegangen ist.

••• Die stellvertretende DGB-Vorsitzende ***Dr. Ursula Engelen-Kefer,*** 62, ist am 15. November vom SPD-Parteitag als Beisitzerin in den 45-köpfigen SPD-Vorstand wiedergewählt worden.

••• ***Clemens Bollen,*** 57, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Leer, ist in den Bundestag nachgerückt. Er folgt Ex-Bundeskanzler ***Gerhard Schröder,*** 61, der sein Abgeordnetenmandat niedergelegt hat.

14 TAGE

30.11. DGB-Bildungswerk, „Interkulturelle Arbeitswelt – Potenziale erkennen, fördern, nutzen", Eröffnungsveranstaltung der Initiative „Pro Qualifizierung" für Migranten, Düsseldorf

1.12. ver.di, Frauen-Alterssicherungskonferenz, Berlin

1.12. DGB Nordrhein-Westfalen, Fachforum Kirche und Gewerkschaften, Düsseldorf

1./2.12. WSI-Herbstforum „Der Sozialstaat zwischen Eigenverantwortung und Solidarität", Berlin

2.12. DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, tarifpolitische Konferenz „Nicht von der Hand in den Mund", Berlin

3.12. IG BCE, Recklinghäuser Tagung „50 Jahre Anwerbung Deutschland – Italien", Recklinghausen

4.-7.12. ver.di-innotec und Technologieagentur TIBAY, Fachtagung „Technologie und Innovation in der Telekommunikation", Brannenburg

8.12. Hans-Böckler-Stiftung und DGB Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen, Innovations-Konferenz „Erhöhung der regionalen Leistungs- und Innovationsfähigkeit Mitteldeutschlands", Dornburg/Thüringen

9.12. DGB-Bildungswerk, Tagung „Zukunft der Türkei in der Europäischen Union", Düsseldorf

9./10.12. GEW, Fachtagung „FrauenStärken im Schulbereich – Gleichstellung durch Personalpolitik", Berlin

Tipp

Buch: ***Cerstin Gammelin, Götz Hamann, Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien, Wie Deutschland regiert wird, Econ Verlag, Berlin 2005, 304 Seiten, 19,95 Euro***

Regieren ohne demokratisches Mandat? Das verbietet das Grundgesetz. Tatsächlich aber tritt nahezu kein Gesetz ohne Mitwirkung der Wirtschaft in Kraft. Fast 2000 Gruppen sind in der Lobbyliste des Bundestags registriert, mehr als jemals zuvor. Spannend und informativ schildern die JournalistInnen Cerstin Gammelin und Götz Hamann, wie die Strippenzieher der Nation nicht nur Gesetze beeinflussen, sondern oft sogar die Parlamentsvorlagen schreiben.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Polizeibeamtinnen und -beamte sind keine Kühe"

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg in einer Pressemitteilung vom 20. November zu den von der großen Koalition geplanten Kürzungen bei den Beamten. PolizistInnen ließen sich nicht widerstandslos melken.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 12.12.2005 22/05

DGB

inhalt

Seite 3
Quadratur des Kreises
Zwischen den Verfechtern von Kopfpauschale und Bürgerversicherung werden alte Schlachten geschlagen

Seite 5
Populäre Sparpläne
Seit Jahren müssen Beamte massive Kürzungen hinnehmen – nun regt sich Widerspruch

Seite 7
Zeit für eine Strategiedebatte
Wenn die Gewerkschaften eine Erosion ihrer Durchsetzungsmacht verhindern wollen, müssen sie ihre Ressourcen wirksamer einsetzen

Der nächste einblick erscheint am 16. Januar 2006

EU-Dienstleistungsrichtlinie

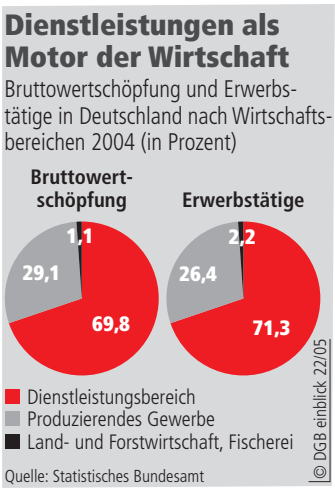
DGB will grundlegende Korrektur

„Keine Dienstleistungsrichtlinie ohne soziale Ausgewogenheit": In einer Resolution hat der DGB-Bundesvorstand am 6. Dezember die EU-ParlamentarierInnen zu einem klaren Bekenntnis für den Schutz der Arbeitnehmerinteressen bei der Durchsetzung des Binnenmarktes aufgefordert. Am 22. November hatten die Abgeordneten im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (EP) mit knapper Mehrheit Änderungen an der umstrittenen Richtlinie abgesegnet. Trotz einiger Korrekturen am Entwurf des Ex-EU-Kommissars Frits Bolkestein ließen sie den Kern der Richtlinie unangetastet: das Herkunftslandprinzip. Demnach sind Unternehmen, die Dienstleistungen in einem anderen EU-Staat erbringen, den Regeln ihres Heimatlandes unterworfen.

Dieses Prinzip sei „eine Bankrotterklärung für eine Politik der europäischen Integration" und dürfe nicht umgesetzt werden, heißt es in der DGB-Resolution. Wenn es keine wesentlichen Verbesserungen vor der für Januar oder Februar 2006 geplanten ersten Lesung der Richtlinie im EP gebe, „dann muss der ganze Vorschlag vom Tisch", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft anlässlich der ersten Lesung der Richtlinie im EP zu einer Demonstration in Straßburg auf. Der genaue Termin soll Mitte Dezember feststehen *(www.dgb.de)*.

DGB, EGB und Gewerkschaften lehnen keinesfalls grundsätzlich eine weitere Öffnung der Dienstleistungsmärkte ab, sie setzen sich aber für einen Dienstleistungsbinnenmarkt ein, der auf der Harmonisierung der Rahmenbedingungen und auf transparente, gemeinsame Regeln aufbaut. Befürwortet wird von ihnen der Kompromissvorschlag von Evelyne Gebhardt (SPE), Hauptberichterstatterin zur Richtlinie im Binnenmarktausschuss, das Herkunftslandprinzip nicht bei der Erbringung einer Dienstleistung anzuwenden.

Der Ausschuss folgte Gebhardts Empfehlungen nur sehr partiell, wesentliche Änderungen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen, der gemeinwohlorientierten Dienste sowie der Umwelt wurden nicht berücksichtigt. So wurde zwar ein Passus eingeführt, nach dem die Richtlinie keine Auswirkungen auf Arbeitsrecht, industrielle Beziehungen, Streik und Tarifverträge sowie auf die sozialen Sicherungssysteme haben soll. Doch dieser Passus allein reiche nicht aus, so der DGB, um zu verhindern, dass Arbeitnehmerrechte umgangen werden könnten. „Insbesondere bleibt erhebliche Rechtsunsicherheit durch die Einführung des Herkunftslandprinzips und der wichtigen Frage der Unterscheidung zwischen Selbstständigkeit und Arbeitnehmerstatus sowie durch die Einbeziehung der Leiharbeit." Sinnvoll sei, die Gesundheitsdienstleistungen aus dem Regelungsbereich herauszunehmen. Allerdings kritisiert der DGB, dass andere gemeinwohlorientierte Dienstleistungen, wie Bildung und soziale Dienste, nach wie vor der Richtlinie unterliegen sollen. Die Option, vom Herkunftslandprinzip „in besonderen Fällen des öffentlichen Interesses" abweichen zu können, hält der DGB für unzureichend. Im übrigen widerspreche die Linie des Binnenmarktausschusses dem Koalitionsvertrag von Union und SPD. •



Mehr als 70 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten in Deutschland im Dienstleistungssektor.

plusminusBERLIN

+ ***Bundespräsident Horst Köhler hat bei einem Bankett zu Ehren des namibischen Präsidenten zu einem „ehrlichen Umgang" der Deutschen mit dem von ihnen verübten Völkermord an den Hereros und Nama während der Kolonialzeit aufgerufen.***

– ***NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) hält den Plan der Bundesregierung, beim geplanten Elterngeld zwei „Papa-Monate" einzuführen, für verfassungswidrig. Es sei Sache der Menschen, wie sie ihre Familie organisieren.***

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.gesetze-im-internet.de
Nahezu das gesamte Bundesrecht im Netz

Hintergrund
www.einblick.dgb.de
„Keine Dienstleistungsrichtlinie ohne soziale Ausgewogenheit" Resolution des DGB-Bundesvorstandes im Wortlaut

POLITIK AKTUELL

WSI-Verteilungsbericht

Arbeitnehmer verlieren erneut

2005 sind die Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen erneut gesunken: Im ersten Halbjahr lag die Nettolohnquote der ArbeitnehmerInnen nur noch 38,9 Prozent ihres Bruttoeinkommens, gegenüber 41,5 Prozent 2004. Zum Vergleich: 1991 lag deren Anteil noch bei 48,1 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der Netto-Gewinn- und Vermögenseinkommen 2005 erneut gestiegen: von 31,9 Prozent 2004 auf 34,2 Prozent im ersten Halbjahr 2005. Das geht aus dem Verteilungsbericht 2005 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Verantwortlich für die ungleiche Einkommensverteilung ist auch Umverteilungswirkung des Staates. Nach einer Studie des Landes Nordrhein-Westfalen blieben bezogen auf das Jahr 1998 den beiden oberen Einkommensgruppen mit einem zu versteuernden Einkommen von 59 300 bzw. von 130 500 Euro 54 bzw. 57 Prozent ihres Bruttoeinkommens, den mittleren Einkommensgruppen zwischen 24 300 Euro und 38 800 Euro dagegen nur gut 51 Prozent übrig. •

Mitbestimmung

Keine Europa AG ohne Beschäftigte

Die Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE) ohne Beschäftigte ist mit dem europäischen Recht nicht vereinbar. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebenes Gutachten des Oldenburger Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Thomas Blanke. Anlass des Gutachtens waren die Versuche einzelner Unternehmen, mit einer so genannten Vorratsgründung einer SE ohne Beschäftigte die gesetzlich vorgeschriebenen Verhandlungen über die Ausgestaltung der Mitbestimmung im Aufsichtsrat zu umgehen. Die Unternehmen hatten argumentiert, die zukünftige SE habe (noch) keine Beschäftigte, und sie hätten deshalb auf der Arbeitnehmerseite keinen Partner, mit dem sie über die Konkretisierung der Mitbestimmung verhandeln könnten. Nach Meinung des Gutachters kommt die Gründung einer SE aber nur zu Stande, wenn zuvor die Mitbestimmungsfrage geklärt ist. Das sieht offenbar auch das Landgericht Hamburg so. Wegen des Fehlens von Beschäftigten hat das Gericht bereits in einem konkreten Fall die Eintragung einer SE in das Handelsregister verweigert. Das Gutachten von Prof. Blanke ist unter dem Titel „Vorrats-SE ohne Arbeitnehmerbeteiligung" in der Edition sigma erschienen. •

Abfindungen

DGB weiter für Steuerfreiheit

Der DGB kritisiert die von der Bundesregierung angekündigte Streichung der teilweisen Steuerfreiheit von Abfindungszahlungen. Damit gehe ein Viertel der Entschädigung für den Verlust des Arbeitsplatzes an den Staat. Die soziale Sicherheit der ArbeitnehmerInnen werde „erheblich verschlechtert", heißt es – auch mit Blick auf die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Reduzierung des Kündigungsschutzes – in einer DGB-Resolution. •

Unternehmensberatung
Gender Mainstreaming
Branchenkonzepte
Turn-around-Beratung

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH
Westring 26a | 44787 Bochum

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de

Rolf Plake:
rplake@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH

Beratung von Betriebsräten

Krisen bewältigen und gleichzeitig Zukunftschancen für Unternehmen erarbeiten - mit einem integrierten Leistungsprofil bietet die ISA Consult GmbH dafür kundenorientierte Beratungen an - und das bereits seit 1991.

Auf Grundlage des § 80.3 bzw. § 111 BetrVG berät die ISA Consult Betriebsräte als externe Sachverständige dabei,
• Konzepte und Pläne des Arbeitgebers qualifiziert zu bewerten
• auf Grundlage des § 92a BetrVG eigene Vorschläge für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu erstellen und
• diese in die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber einzubringen.

Die ISA verfügt über 30 erfahrene Beraterinnen und Berater mit spezialisierten betriebswirtschaftlichen, arbeitswissenschaftlichen, gleichstellungsorientierten Fachkenntnissen an vier Standorten - Bochum, Berlin, Hamburg und Frankfurt.

Aus diesem BeraterInnenstamm werden die Teams genau auf die jeweilige Aufgabe und den Kunden, unter Berücksichtigung der jeweiligen Branche, zugeschnitten. Durch die aktive Einbeziehung des Betriebsrates kontrolliert dieser jederzeit das Verfahren. Die ISA Consult unterstützt die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge.

Darüber hinaus entwickelt das Team der ISA Consult in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten im Unternehmen passgenaue Konzepte zur Organisations- und Personalentwicklung oder organisiert betriebliches Coaching und Führungkräftetraining, was gleichstellungsorienierter erfolgen kann. Sie erarbeitet gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften Konzepte für Zukunfts- und Brancheninitiativen und setzt sie im Dialog mit Unternehmensvertretern um.

Kurzum: Methodisches Vorgehen, fachliches Knowhow und die Beteiligung der betroffenen Beschäftigten sind die Grundlagen unserer erfolgreichen Arbeit.

Gesundheitsreform

Die Quadratur des Kreises

Zwischen Kopfpauschale und Bürgerversicherung liegen Welten, „die sich nicht ohne weiteres miteinander vereinbaren lassen", heißt es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Beide Fraktionen wollen deshalb 2006 „gemeinsam eine Gesundheitsreform basteln". Von Gemeinsamkeit ist aber noch nichts zu sehen – im Gegenteil.

Rauchen für die Gesundheit – damit ist bald Schluss: Die Tabaksteuer, die 2004 erhöht worden ist, um versicherungsfremde Krankenkassen-Leistungen wie das Mutterschaftsgeld zu finanzieren, dient künftig voll und ganz der Sanierung des Bundeshaushalts. „Die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Krankenversicherung werden schrittweise auf Null zurückgeführt" steht lapidar im schwarzroten Koalitionsvertrag auf Seite 68. Genauere Angaben fehlen.

Für 2006 und 2007 waren Bundeszuschüsse von jeweils 4,2 Milliarden Euro vorgesehen. Ihre Streichung lasse befürchten, „dass der Ausgabendruck auf die Beitragszahler überwälzt wird oder weitere Leistungskürzungen drohen", kommentiert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Privat Versicherte können sich ins Fäustchen lachen: Das Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung leisten nur die gesetzlich Versicherten.

Auch wenn sich die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung positiv entwickeln und die Kassen 2006 vermutlich keine roten Zahlen schreiben müssen – die Streichung von Bundesmitteln in Milliardenhöhe erhöht den Druck auf die Koalition, einen dritten Weg zur Finanzierung des Gesundheitswesens zu finden. Es kann weder das CDU/CSU-Modell der Kopfpauschale sein, bei der jeder Erwachsene – unabhängig von seinem Einkommen – eine Pauschale bezahlt und die Kinderpauschale vom Staat gezahlt wird, noch die Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit sowie alle Einkunftsarten einbezogen werden.

Eine überzeugende Kompromisslinie ist noch nicht erkennbar. „Wir wollen das Gegenteil von dem, was die Sozialdemokraten wollen", benennt der niedersächsische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Vorsitzende Christian Wulff das Dilemma.

Kein Wunder, dass Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) die Union in helle Aufregung versetzt, weil sie das Gerechtigkeitsprinzip in den Vordergrund rückt – und angekündigt hat, mit der Benachteiligung von Kassenpatienten aufräumen zu wollen. Auch wenn sie es so nicht formuliert: Es gibt längst die Zwei-Klassen-Medizin; während die Kassenpatienten im Wartezimmer schmoren, genießen die Privatversicherten die Zuneigung des Chefarztes. Schmidt will deshalb eine neue Gebührenordnung für Ärzte einführen. „Unser Ziel ist, dass medizinische Leistungen gleich honoriert werden, egal ob sie für einen privat oder einen gesetzlich versicherten Patienten erbracht werden." Die Union hat den Braten gerochen und kontert scharf: Sie wolle keine „Bürgerversicherung durch die Hintertür", schimpft ihr Gesundheitsexperte Wolfgang Zöller (CSU). Und stellt die Behauptung auf: „Die Ärzte können nur überleben, weil sie Privatpatienten haben." Zöller dramatisiert. Die Ministerin zeigt sich unbeeindruckt: Eine Blinddarmoperation bedeute für den Arzt den selben Aufwand – egal ob der Patient privat oder gesetzlich versichert sei.

Schmidt stützt sich auf den Koalitionsvertrag, in dem steht: „Wir werden das ärztliche Vergütungssystem fortentwickeln und vereinfachen." Der Vertrag könne aber nicht so interpretiert werden, „dass damit die Voraussetzungen für eine Form der Bürgerversicherung geschaffen werden", korrigiert Unions-Fraktionschef Volker Kauder die Ministerin. So hat die Koalition ihren ersten Krach.

Der Vorsitzende des wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigenrats, Bert Rürup, hält einen Kompromiss zwischen den Konzepten von Union und SPD für möglich: Die einkommensabhängige Beitragszahlung könne erhalten und die bislang beitragsfreie Mitversicherung der Kinder durch eine steuerfinanzierte ergänzt werden. Das sieht auch der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach so, es genügt ihm aber nicht: „Die nächste Reform wird scheitern, wenn Privatversicherte nicht stärker einbezogen werden." Lauterbach regt deshalb an, den Finanzausgleich der gesetzlichen Kassen auf die Privatversicherer zu erweitern. Möglich sei auch, den Kreis der gesetzlich Versicherten auszudehnen. Derzeit können Beschäftigte schon ab einem Bruttoeinkommen von 3900 Euro in die Privatversicherung wechseln. •

Krankenversicherung 2006

Die neuen Rechengrößen (in Euro)

	Monat	Jahr
Versicherungspflichtgrenze	3937,50	47 250
Beitragsbemessungsgrenze	3562,50	42 750

Quelle: Bundesgesundheitsministerium

Um ein halbes Prozent werden sich 2006 die maßgeblichen Rechengrößen in der Sozialversicherung erhöhen. Die Versicherungspflichtgrenze legt fest, bis zu welcher Höhe des Bruttoentgelts ArbeitnehmerInnen der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) unterliegen; verdienen sie mehr, können sie freiwilliges GKV-Mitglied bleiben oder Mitglied einer privaten Krankenkasse werden. Die Beitragsbemessungsgrenze benennt die Einkommenshöhe, bis zu der Krankenkassenbeiträge zu zahlen sind.

Gesundheitspolitik – was Schwarz-Rot will

- ***In Sachen Finanzreform soll 2006 eine gemeinsame Lösung gefunden werden.***
- ***Um den Wettbewerb innerhalb der privaten Krankenversicherung zu stärken, sollen die individuellen Altersrückstellungen beim Wechsel zwischen privaten Versicherungen übertragen werden können.***
- ***Die Informations- und Beteiligungsrechte von Patienten sollen verbessert werden.***
- ***Die Zahl der Krankenkassen (262) soll verringert und deshalb auch der Zusammenschluss verschiedener Arten von Kassen erlaubt werden.***
- ***Die Anschubfinanzierung der so genannten integrierten Versorgung, die die unkoordinierte Behandlung von Kranken beenden soll, wird bis 2008 verlängert.***
- ***Die Preise für Arzneimittel dürfen zwei Jahre lang nicht erhöht werden.***
- ***Es wird „eine Behandlungspflicht zu bestimmten Gebührensätzen für privatversicherte Personengruppen" geschaffen. Denn 2002 hat es bereits 200 000 Menschen ohne Krankenversicherung gegeben; ihre Zahl dürfte sich inzwischen drastisch erhöht haben. Dabei handelt es sich vor allem um Selbstständige, die ihre Beiträge für die private Kasse nicht mehr bezahlen können, aber von der gesetzlichen Kasse nicht aufgenommen werden.***

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Infobroschüre

Schwarz-rote Arbeitsmarktpolitik

Etliche Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik sieht der Koalitionsvertrag von Union und SPD vor. Der DGB hat in einer vierseitigen Informationsschrift die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Beschlüsse der neuen Regierung zusammengestellt und bewertet. Einleitend äußert sich DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer zur geplanten Arbeitsmarktpolitik von Schwarz-Rot: Bedauerlicherweise seien die DGB-Forderungen zur Änderung von Hartz IV nicht aufgegriffen worden. Besonders kritisch bewertet sie, dass es dabei bleibt, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I im Februar 2006 zu kürzen. Andererseits gebe es richtige Ansätze, die Beschäftigungssituation älterer Menschen zu verbessern. •

ais@dgb.de

„Deutschland und Europa im Umbruch: Wohin die Reise geht": So lautet der Titel des neuen *einblick*MAGAZINs. Von der Dienstleistungsrichtlinie über die Lissabon-Strategie der EU bis zur großen Koalition in Deutschland – im Mittelpunkt der Reportagen, Meinungsbeiträge, Hintergrundartikel und Interviews steht die Frage nach der Balance von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Außerdem gibt's Reise-Tipps zu den Orten in Europa, die für Meilensteine in der Geschichte der EU stehen – von Rom über Maastricht und Schengen bis Lissabon. Das Magazin ist in Kürze kostenlos bei den DGB-Regionen und den Gewerkschaften vor Ort erhältlich.

werden 2006

Zündstoff für Diskussionen

Die neue Ausgabe von *werden,* dem Jahrbuch für die Gewerkschaften, liefert Zündstoff für Diskussionen. Frank Bsirske setzt sich mit der Gestaltung der Globalisierung auseinander. „Was bleibt von der sozialen Sicherung?" fragt Ursula Engelen-Kefer. Mit Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik beschäftigen sich die Beiträge von Werner Rügemer, Jörg Huffschmid und Wolfgang Lieb. Eine Diskussion über die Zukunft der (Erwerbs)Arbeit wird von Hans-Jürgen Arlt angestoßen. Mohssen Massarrat empfiehlt die 30-Stunden-Woche. Vor Ort nachgespürt hat Doris Trapmann den Gründen für den Rückgang der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Jeremy Waddington provoziert mit seinem Beitrag „Sind für viele Gewerkschaften die Stunden gezählt?".

Einzelexemplare von *werden* können gegen einen Unkostenbeitrag von sechs Euro beim *einblick* Verlag bestellt werden. •

Tel. 030 / 30 88 24 0
redaktion@einblick.info

DGB-Ratgeber

Tipps zu ALG II

Zum Sonderpreis bietet der DGB seine im vergangenen Jahr veröffentlichte Broschüre „Arbeitslosengeld II – Tipps und Hilfen des DGB" in deutscher wie in türkischer Sprache an. Mit Ausnahme der Anrechnungsregeln für Zuverdienste oder Partnereinkommen entsprechen die rechtliche Darstellung und die konkreten Tipps dem aktuellen Stand. Die Broschüre hat 68 Seiten und kann unter DGB 21008 (deutsche Ausgabe) bzw. DGB 21018 (türkische Ausgabe) bestellt werden. Bei einer Sammelbestellung ab zehn Exemplaren werden pro Heft 0,40 Euro plus Versand berechnet. Einzelhefte kosten 3,50 Euro (frei Haus). •

Fax 030 / 81 45 93 99
bestellservice@
toennes-bestellservice.de

TBS NRW

Seminarangebote

Was können Betriebsräte tun, um die Auslagerung von Firmenteilen zu verhindern? Mit Problemen aus dem betrieblichen Alltag beschäftigen sich die Seminare der Technologieberatungsstelle beim DGB NRW (TBS). Weitere Themen sind: Tipps und Tricks für SAP, Mitarbeitergespräch und Zielvereinbarung, Betriebliches Gesundheitsmanagement. •

02161 / 294 07 11
www.tbs-nrw.de

Fotowettbewerb

Die Farbe der Würde

„Wie sieht Würde aus?" Das ist der Titel des Fotowettbewerbs, zu dem der DGB im Vorfeld des 18. ordentlichen DGB-Bundeskongresses einlädt. Ziel ist es, sich dem Thema des Kongresses „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab" kreativ zu nähern. Wie sieht Würde aus? Welche Farbe und Form hat sie? Gerade in Zeiten der Globalisierung, in denen Menschen zu Kostenfaktoren degradiert werden, sind diese Fragen drängender denn je. Profis und Amateure, die sich am Wettbewerb beteiligen möchten, können ihre Fotos bis Ende Februar 2006 einsenden. Die ausgezeichneten Arbeiten werden auf dem DGB-Kongress im Mai in Berlin ausgestellt. Als Preise winken Digitalkameras. •

fotowettbewerb@dgb.de

interregio

••• Der ***DGB Bayern*** hat gemeinsam mit den Landesverbänden anderer europäischer Gewerkschaften eine ***grenzüberschreitende Initiative*** gegen den Steuersenkungswettlauf in Europa ins Leben gerufen. Erster Schritt: Der ÖGB Oberösterreich, die tschechische CMKOS Südböhmen und der DGB Bayern fordern in einer Resolution vom EGB eine europaweite Kampagne für eine einheitliche Unternehmensbesteuerung. Infos: Ralf Mattes, Tel. 089 / 51 70 02 10

••• Hartmut Meine, Bezirksleiter der ***IG Metall Niedersachsen / Sachsen-Anhalt,*** hat im Vorfeld der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ein ***parteiübergreifendes Bündnis*** gegen Rechts gefordert. DVU und NPD würden bereits mobil machen, so Meine. Deshalb seien gemeinsame Aktionen der demokratischen Parteien sowie der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände nötig. Die Wahl zum Magdeburger Landtag findet am 26. März 2006 statt. 1998 war die DVU mit 12,9 Prozent für vier Jahre ins Parlament eingezogen. *www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de*

••• Der ***DGB Niedersachsen*** fordert von der Landesregierung einen jährlichen ***Armuts- und Reichtumsbericht.*** Die entsprechende Datenlage des Landes sei „mangelhaft". Neben der Bundesregierung veröffentlichen auch einige Bundesländer wie NRW und Rheinland-Pfalz eigene Armutsberichte. Eine Materialsammlung zum Thema hat der DGB ins Netz gestellt: *www.niedersachsen.dgb.de*

Sparpläne bei der Bundesverwaltung

DGB will Streikrecht für Beamte

Eine Milliarde Euro will die neue Bundesregierung pro Jahr in der Bundesverwaltung sparen. Wie das Sparziel erreicht werden kann, ist zwischen den Koalitionspartnern umstritten. Weil weitere Einschnitte beim Weihnachtsgeld und eine Verlängerung der Arbeitszeit für die Beamten immer wahrscheinlicher werden, hat der DGB die Bundesregierung aufgefordert, über die Arbeitsbedingungen der Beamten zu verhandeln, statt sie zu verordnen. Notfalls könnten die Beamten auch streiken.

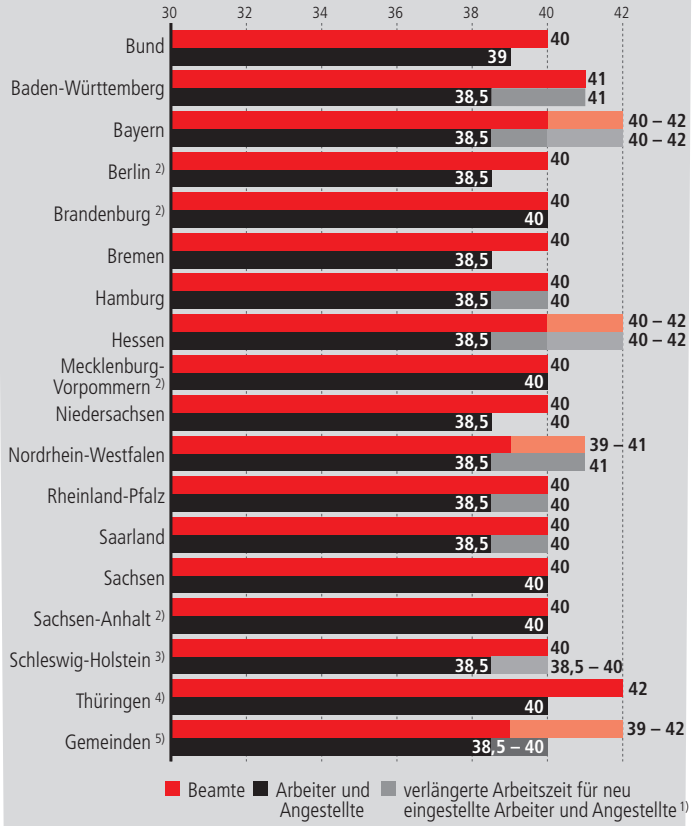
Die geplanten Einschnitte bei den Beamten sind in der Öffentlichkeit populär. Beamte, so die weit verbreitete Meinung, hätten einen sicheren Arbeitsplatz, und Opfer müssten auch andere ArbeitnehmerInnen bringen. Ein Blick auf die Fakten zeigt ein anderes Bild: Nur noch 130 000 Beamte gibt es nach den Stellenstreichungen der vergangenen Jahre auf der Bundesebene, weitere 185 000 sind bei der Bundeswehr. Ein weiterer großflächiger Stellenabbau ist deshalb in den kommenden Jahren kaum möglich. Will die Bundesregierung ihr Sparziel erreichen, muss sie deshalb die Einkommen der Beamten kürzen, und das heißt vor allem: Es drohen weitere Einschnitte beim Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie eine erneute Verlängerung der Arbeitszeit. Doch auch hier ist nur wenig Spielraum. Anders als die meisten Angestellten in der freien Wirtschaft bekommen Bundesbeamte schon lange kein Urlaubsgeld mehr, und auch beim Weihnachtsgeld gibt es seit 2004 nur noch 60 Prozent eines Monatsgehalts. Zudem wurde die Arbeitszeit der Beamten bereits im vergangenen Jahr durch die rot-grüne Bundesregierung um 1,5 Stunden erhöht. „Entgegen dem in der Öffentlichkeit verbreiteten Eindruck, der öffentliche Dienst sei ein Naturschutzpark und jetzt seien zur Abwechslung mal die Beamten dran, wird dort seit Jahren massiv gekürzt", warnt DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock vor überzogenen Hoffnungen auf vermeintlich schlummernde Sparpotenziale.

In einem Brief an die Parteivorsitzenden hat der DGB zwar seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich konstruktiv an der Entwicklung eines modernen, leistungsorientierten Bezahlsystems für die Beamten zu beteiligen, aber er erwartet von Schwarz-Rot auch „ein Ende des phantasielosen Sparens" zu Lasten der BeamtInnen. „Wenn die geplanten Einschnitte gegen unseren Widerstand durchgesetzt werden sollen, werden wir die vollen Verhandlungsrechte einfordern, einschließlich des Streikrechts", so Sehrbrock gegenüber *einblick*. „Die einseitige Regelungsmacht durch Gesetz und Verordnung ist ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert, das wir nicht mehr hinnehmen." ●

In den vergangenen Jahren haben Bund und Länder die Arbeitszeit der Beamten zum Teil erheblich ausgeweitet. Die längere Arbeitszeit der Beamten wird von ihnen auch als Hebel genutzt, um bei den Angestellten eine Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen.

Länger als die Angestellten

Arbeitszeit von Beamten im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst (in Wochenstunden)



1) Wegen der Kündigung des BAT durch die westdeutschen Länder gelten für die dort neu eingestellten ArbeiterInnen und Angestellten seit Mai 2004 neue Arbeitszeitregelungen
2) Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung ermöglicht bei den Tarifbeschäftigten eine Absenkung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich
3) Arbeitszeitverlängerung für BeamtInnen auf 41 Stunden ab 01.08.06 geplant
4) 42-Stunden-Regelung gilt nicht für BeamtInnen mit Kindern
5) Die Arbeitszeit der BeamtInnen entspricht der jeweiligen Landesregelung; die Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten im kommunalen Bereich beträgt unverändert 38,5 Stunden im Westen und 40 Stunden im Osten. Öffnungsklauseln lassen aber regional bis zu 40 Wochenstunden zu

Quelle: DGB, Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamte, Stand: 01. September 2005

© DGB einblick 22/05

Keine großen Sprünge

Die größere Arbeitsplatzsicherheit und die im Vergleich zu anderen Berufen bessere Altersvorsorge von Beamten hat ihren Preis. Beim Einkommen liegen die Staatsbediensteten hinter dem zurück, was ArbeitnehmerInnen außerhalb des öffentlichen Dienstes verdienen. Vor allem in den unteren Besoldungsgruppen sind die Verdienstmöglichkeiten bescheiden: Ein Brandmeister bei der Feuerwehr (A 7) bekommt im Westen zwischen 1773 und 2254 Euro, ein Oberinspektor im Verwaltungsdienst (A10) erhält zwischen 2136 und 2924 Euro.

Auch bei den Sonderzahlungen ist für die Beamten nicht viel drin: Beim Bund und in elf der 16 Bundesländer ist das Urlaubsgeld gestrichen. In den anderen Ländern gibt es lediglich zwischen 116 (Hessen) und 332 Euro (Hamburg) zusätzlich. Zudem wurde das Weihnachtsgeld beim Bund bereits auf 60 Prozent eines Monatsgehalts gekürzt. In einigen Ländern gibt es noch weniger. Zum Teil werden auch Pauschalen gezahlt. Schlusslicht ist Sachsen-Anhalt mit 120 Euro.

Im Internet

www.einblick.dgb.de
Sonderzahlungen 2005: Was Beamte (noch) zu erwarten haben

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

IG BAU und Deutscher Naturschutzring (DNR) haben ein gemeinsames Konzept „Vorrang für Arbeitsplätze durch Umweltschutz" vorgestellt. Den Schwerpunkt legen beide Verbände auf den Ausbau von erneuerbarer Energie, die energetische Gebäudesanierung, den ökologischen Landbau und den Inlandstourismus. In diesen Bereichen seien bis 2020 über 600 000 neue Arbeitsplätze möglich.

Die IG BCE und der Gesamtverband der Kunststoffverarbeitenden Industrie (GKV) haben einen paritätisch besetzten „Berufsbildungsrat" gegründet. Der Rat soll bildungspolitische Themen erörtern und Neuordnungen von Ausbildungsberufen erarbeiten.

TRANSNET, IG BAU, IG Metall und die Beamtengewerkschaft GDBA wenden sich gemeinsam gegen die Kürzung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV. Derzeit zahlt der Bund neun Milliarden Euro zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Nahverkehrs an die Länder. Wenn der Betrag wie von der Bundesregierung geplant bis 2009 auf sechs Milliarden sinke, seien 10 000 Arbeitsplätze bedroht.

Die NGG und weitere europäische Lebensmittelarbeitergewerkschaften fordern mit Blick auf den Skandal in der Fleischindustrie, die Lebensmittelkontrollen EU-weit zu vereinheitlichen.

Gewerkschaftsmitglieder im Bundestag

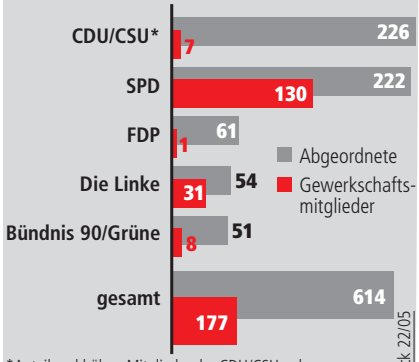
Leichter Rückgang

Mindestens 177 der 614 Abgeordneten des neu gewählten Bundestages sind Mitglied einer DGB-Gewerkschaft, das zeigt ein Blick in die Biographien der Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestags. Im letzten Bundestag lag der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder nach Recherchen des DGB mit 213 von damals 603 Abgeordneten leicht höher *(einblick* 21/2002 und 1/2003).

Wie stark der Rückgang der DGB-Mitglieder im Bundestag ist, lässt sich aus diesen Zahlen allerdings nicht exakt ablesen: Der Hinweis der Abgeordneten auf eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist freiwillig. Auf Anfrage der *einblick*-Redaktion konnte deshalb mit Ausnahme der Linkspartei keine der fünf Bundestagsfraktionen genau sagen, wieviele Gewerkschaftsmitglieder sich in ihren Reihen befinden. Das gilt insbesondere für Bündnis 90/Die Grünen und für die CDU/CSU. ●

Knapp ein Drittel ist im DGB

Gewerkschaftsmitglieder im neuen Bundestag



*Anteil real höher: Mitglieder der CDU/CSU geben traditionell statt der Gewerkschaftszugehörigkeit eher die Mitgliedschaft in der CDA an

Quelle: Angaben der Abgeordneten auf der Bundestagshomepage; Auskunft der Parteien

177 Mitglieder des neu gewählten Bundestags weisen auf ihrer Homepage auf ihre Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft hin. Der größte Teil davon entfällt auf die SPD, gefolgt von der Linkspartei. Mit 69 MdBs sind die meisten in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di organisiert, 32 in der GEW, 28 in der IG BCE und 25 in der IG Metall.

wiewardiewoche?

Ihren ersten Auftritt als Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, hatte Claudia Menne, 43, auf der DGB-Bundesfrauenkonferenz. Ob Arbeitsgespräch bei der BDA oder Frauenfrühstück mit SPD-Abgeordneten – die ersten Tage im neuen Job waren für die bisherige Leiterin der Internationalen Abteilung von TRANSNET gleich ziemlich „aufregend".

Einen besseren Einstieg in die gewerkschaftliche Frauenpolitik als eine DGB-Bundesfrauenkonferenz gibt's kaum. Der Kongress war eine wunderbare Gelegenheit, die frauenpolitischen Akteurinnen kennen zu lernen und viel Motivation für meinen neuen Job zu tanken. Aber nicht nur mir hat die Konferenz unter dem schön doppeldeutigen Motto „Frauen sind unerhört" viel gebracht. Ob Frauen vom DGB oder von den Mitgliedsgewerkschaften: Wir sind uns einig, dass die Konferenz erneut bestätigt hat, wie wichtig die Zusammenarbeit über Branchengrenzen hinweg ist, wenn wir voran kommen wollen in der Chancengleichheitspolitik. Und damit der DGB seiner Rolle gerecht werden kann, Forderungen der Gewerkschaftsfrauen in die Politik zu tragen, brauchen die DGB-Frauen eigene betriebsbezogene Projekte, wie zum Beispiel DGB-Betriebsrätinnen-Netzwerke.

Unterstützt durch Beispiele aus der Praxis lassen sich Forderungen wie die nach einem Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft viel überzeugender vertreten. Ein weiterer wichtiger Impuls der Konferenz ist, dass wir künftig unsere Öffentlichkeitsarbeit verstärken werden. Wir wollen dafür sorgen, dass die „unerhörten" Forderungen von Frauen auch gehört werden!

Die Woche ging so turbulent weiter. Jeder Neuanfang ist auch ein Abschied – zum letzten Mal habe ich mich in Paris mit den Kollegen aus den europäischen Verkehrsgewerkschaften getroffen. Dort war ich die einzige Frau in einer Männerrunde. Zum Abschied gaben sie mir auf den Weg, dass nun Frauen für mich Arbeit bedeuteten und Männer Vergnügen, vorher sei es umgekehrt gewesen.

Zumindest bisher scheint mir, dass meine neue Aufgabe es zulässt, Arbeit und Vergnügen zu verbinden. So haben wir beim Frühstück mit den SPD-Frauen im Bundestag uns nicht nur intensiv über viele Themen vom Elterngeld bis zum Kündigungsschutz ausgetauscht, auch die Atmosphäre war angenehm und anregend. Konstruktiv und effektiv war auch die Arbeitsgruppensitzung beim Arbeitgeberverband BDA. Initiiert von der EU erarbeiten wir als Sozialpartner einen gemeinsamen Aktionsplan Gleichstellung. Einen ersten Fortschrittsbericht soll es bereits im März 2006 geben. Vielleicht gelingt es uns ja sogar, dass DGB und BDA zum EU-Jahr der Chancengleichheit 2007 gemeinsam etwas auf die Beine stellen.

Gewerkschaftspolitik bei knapper werdenden Ressourcen

Zeit für eine Strategiedebatte

Die Politik der großen Koalition wird nicht zu einer Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation führen. Wenn die Gewerkschaften eine damit einhergehende Erosion ihrer Durchsetzungsmacht verhindern wollen, müssen sie ihre Ressourcen wirksamer einsetzen, meint Hans-Jürgen Urban.

Kein Zweifel: Das Ergebnis der Bundestagswahl hat dazu geführt, dass Eingriffe in Tarifautonomie und Mitbestimmung erst einmal vom Tisch sind. Das ist gut so. Dennoch vermag die politische Agenda der großen Koalition keine Aufbruchstimmung hervorzurufen. Mit Blick auf die massiven Probleme unserer Gesellschaft wirkt der Koalitionsvertrag verzagt. Schlimmer noch: Die dort festgeschriebene Politik **wird das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum nicht stimulieren,** sondern hemmen, die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung nicht gerechter, sondern ungerechter verteilen und keine nachhaltige Konsolidierung der Staatshaushalte und Sozialversicherungen erreichen.

Die Gewerkschaften werden also mit der Mobilisierung für ihre solidarischen Alternativen fortfahren müssen. Das gilt auch für die IG Metall und ihr Arbeitnehmerbegehren. Die IG Metall wird sich weiterhin für die Realisierung eines gesamtwirtschaftlichen Investitions- und Innovationsprogramms, die Weiterentwicklung der Kranken- und Rentenversicherung zu solidarischen Bürgerversicherungen, die sozial gerechte Einfachsteuer sowie für ein neues europäisches Sozialmodell engagieren.

Doch das ist leichter gesagt als getan. Das gewerkschaftliche Wollen ist einigermaßen klar, **aber wie sieht es mit dem Können aus?** Wirtschaftliche Stagnation und strukturelle Arbeitslosigkeit, Verluste an Mitgliedern und Ressourcen und nicht zuletzt ein antigewerkschaftlicher Zeitgeist drohen gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht zu unterminieren. Daraus folgt: So wichtig die Entwicklung inhaltlicher Alternativen auch sein mag (und sie ist es!), so fahrlässig wäre es, die **schleichende Erosion der gewerkschaftlichen Durchsetzungsmacht zu vernachlässigen.**

Somit rückt in den Vordergrund, was in der Gewerkschaftsforschung als Fähigkeit zur Generierung von Machtressourcen beschrieben wird. Wie kann die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit in der gegenwärtigen Umbruchkrise stabilisiert und gestärkt werden? Eine beliebte Antwort orientiert sich an dem gegenwärtigen Paradigmenwechsel in der Unternehmenspolitik. Sie lautet: **Fokussierung auf das gewerkschaftliche Kerngeschäft;** also auf die Betriebs- und Tarifpolitik.

Doch was auf den ersten Blick plausibel erscheint, offenbart auf den zweiten erhebliche Risiken. Zum einen liefe ein Rückzug aus den Arenen der Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Gesellschafts- und Sozialpolitik auf die Preisgabe des Anspruchs hinaus, die Interessen der Lohnabhängigen auch in diesen Feldern zu vertreten. Ein solcher, geschrumpfter Interessenvertretungsanspruch würde mit den Erwartungen der Mitgliedschaft kollidieren und uns zu-

Hans-Jürgen Urban, 44, ist Leiter des Funktionsbereichs Gesellschaftspolitik, Grundsatzfragen und strategische Planung beim Vorstand der IG Metall.

gleich den Vorwurf einer ständisch orientierten Lobbypolitik für „Arbeitsplatzbesitzer" einhandeln. Zugleich beruht er auf einer Illusion. Denn die Erfolgsaussichten gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik sind auf vielfältige Weise von politischen Weichenstellungen abhängig. Wer wollte etwa leugnen, dass die Entwicklung von Steuern und Sozialabgaben die reale Einkommensposition der ArbeitnehmerInnen beeinflusst. Oder, dass der Verzicht auf die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften in der Betriebs- und Tarifpolitik fast existenzgefährdend schwächt.

Doch so problematisch ein Rückzug aus den politischen Arenen wäre: **Ebenfalls fatal wäre die Vernachlässigung der Betriebs- und Tarifpolitik** und die darauf fußenden Anstrengungen zur Werbung neuer Mitglieder. Die Gewerkschaften werden gegenüber politischen Parteien und Regierungen kaum als einflussreicher Akteur auftreten können, wenn sie durch kontinuierliche Verluste an Mitgliedern, betrieblicher Verankerung und tarifpolitischer Durchsetzungskraft immer schwächer werden.

Was also tun? Offenbar stehen die Gewerkschaften vor der Herausforderung, ihre strategischen Schlüsselfelder zu definieren und die knapper werdenden Ressourcen möglichst effizient einzusetzen. Es geht also um eine **gewerkschaftliche Strategiedebatte über die besten Wege zu einer machtpolitischen Revitalisierung** – jenseits einer Entpolitisierung, aber auch ohne Flucht aus der Betriebs- und Tarifpolitik. Was dies im modernen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts heißt, wäre in einer längst überfälligen Strategiedebatte zu klären! •

Das doppelte Dilemma

Die Gewerkschaften sind in einem doppelten Dilemma: Weil als Folge der anhaltenden Krise am Arbeitsmarkt seit Jahren auch die Mitgliederzahl zurückgeht, sinkt nicht nur der politische Einfluss der Gewerkschaften, sondern auch ihre Einnahmen gehen zurück. Ohne eine Konzentration ihrer knapper werdenden Ressourcen auf zentrale strategische Handlungsfelder werden die Gewerkschaften in den nächsten Jahren kaum eine Trendwende zum Besseren durchsetzen können.

Mitte November hat deshalb der Vorstand der IG Metall eine Debatte über die Frage angestoßen, wie die Organisation ihre Ressourcen in Zukunft gezielter einsetzen kann. Dabei soll auch die eigene Strategie auf den Prüfstand gestellt werden.

Was das für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik heißt, hatten bereits Anfang Juli Funktionäre der Gewerkschaft auf einer Fachtagung in Sprockhövel diskutiert. Deren Ergebnisse liegen jetzt in Buchform vor:

Richard Detje, Klaus Pickshaus, Hans-Jürgen Urban (Hrsg.), ***Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien,*** *VSA-Verlag, Hamburg 2005, 212 Seiten, 16,80 Euro*

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

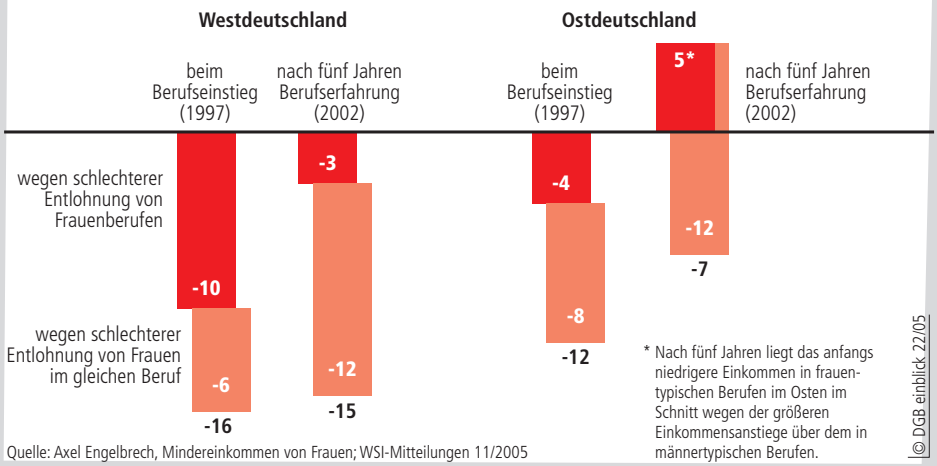
DIES & DAS

die DGB grafik

FRAUEN: Nur die Diskriminierungsgründe ändern sich

Frauen verdienen nach der Berufsausbildung im Westen 16 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, im Osten 12 Prozent weniger. Nach fünf Jahren liegt der Einkommensunterschied im Westen noch immer bei 15 Prozent, im Osten bei 7 Prozent. Allerdings ändern sich mit der Berufserfahrung die Gründe für die Diskriminierung: Während sich anfangs vor allem die niedrigeren Einstiegsgehälter frauenspezifischer Berufe auswirken, werden Frauen später häufiger auch bei gleicher Qualifikation schlechter bezahlt.

Einkommensunterschied von jungen Frauen nach dem Ende der Berufsausbildung (1997) und nach fünf Jahren Berufserfahrung (2002) gegenüber jungen Männern (in Prozent)



Quelle: Axel Engelbrech, Mindereinkommen von Frauen; WSI-Mitteilungen 11/2005

personalien

••• ***Guntram Schneider,*** 54, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Münster, soll am 10./11. Februar 2006 von den Delegierten der DGB-Bezirkskonferenz Nordrhein-Westfalen als Bezirksvorsitzender gewählt werden. Er soll ***Walter Haas,*** 64, folgen, der seit 1977 an der Spitze des größten DGB-Bezirks steht. Stellvertretende Bezirksvorsitzende soll ***Elke Hannack,*** 44, Gewerkschaftssekretärin in der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg und Mitglied des CDA-Bundesvorstands, werden. Sie soll ***Brigitte Grosse,*** 64, folgen, die aus Altersgründen ausscheidet. Das hat der DGB-Bundesvorstand am 6. Dezember vorgeschlagen.

••• Als Nachfolger für den im September für die Linkspartei in den Bundestag gewählten DGB-Landesvorsitzenden Thüringen, ***Frank Spieth,*** 58, hat der Bundesvorstand den Regionsvorsitzenden von Mittel-Nordthüringen, ***Steffen Lemme,*** 40, vorgeschlagen. Lemme, der auch stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Hessen-Thüringen werden soll, stellt sich am 21. Januar zur Wahl.

35 TAGE

12.12. Hans-Böckler-Stiftung und ver.di, Tagung „Öffentliche Dienstleistungen in Europa – zwischen politischer Verantwortung und Wettbewerb", Berlin

13.12. DGB, Projekt Vorfahrt für Familien!, Qualifizierungs-Workshop „RegionalmanagerIn für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf", Frankfurt/M.

13.12. ver.di und DGB, „Onlinerechte im Betrieb – Fachtagung zum Arbeitnehmerdatenschutz", Berlin

14.12. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen, „Eine neue Finanzarchitektur des Sozialstaates bauen – Wie geht das bei Massenarbeitslosigkeit und Konsolidierungspolitik?", Berlin

11.1.06 DGB Nordrhein-Westfalen und Hans-Böckler-Stiftung, Forum „Leere öffentliche Kassen. Was ist zu tun? Strategien zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte", Düsseldorf

Tipp

Buch: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1956 – 1963, Band 12 der Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bearbeitet von Jens Hildebrandt, Bonn 2005, 970 Seiten, 78 Euro

20 Jahre nach dem Erscheinen des ersten Bandes der Quellenedition öffnet der im Bonner Dietz-Verlag erschienene 12. Band den Blick auf die Wohlstandsjahre der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt: Dokumente zur Geschichte des Widerstands der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze, über deren programmatische Annäherung an die soziale Marktwirtschaft und interne Auseinandersetzungen wie den Fall Agartz.

Schlusspunkt

Du bist die Charité

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 30. November über den Ärztestreik am Berliner Krankenhaus Charité

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.
Der nächste einblick erscheint am 16. Januar 2006.